ED - 106/126-7

BEAUGRAND, Günter

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Institut für Zeitgeschichte
ARCHIV
Akz. 3911/67 Best. ED 106/26
Rep. Kat.

ED-100126 -2

DAS FREIE WORT
Wochenzeitung für Freiheit und Menschenwürde

Bankkonto:
C. G. Trinkaus, Düsseldorf Nr. 27606

DÜSSELDORF-GERRESHEIM, den 1. Juni 1953
Postfach
Fernruf 69 25 90

B/Ku

DIE REDAKTION

Herrn
Walter Hammer

Hamburg 39
Bilserstr. 16 d

Lieber Herr Hammer!

Beiliegend senden wir Ihnen die uns freundlicherweise überlassenen Exemplare des Fackelreiters mit bestem Dank zurück. Wir haben sie mit großem Interesse durchgelesen und, wie Sie sicherlich schon im "Freien Wort" festgestellt haben, besonders eindrucksvolle Sentenzen und Aphorismen zum Abdruck gebracht. Es ist traurig, wenn man die gleichen Tendenzen heute schon wieder feststellen kann, die Sie vor 25 Jahren scharf angeprangert haben - leider ergebnislos. Wir wollen hoffen, daß unserem heutigen Kampf mehr Erfolg geschenkt sein wird als Ihnen im "Fackelreiter". Sie haben jedenfalls die innere Genugtuung, auf dem richtigen Weg gewesen zu sein.

Der Weisenborn-Abend am vergangenen Freitag bot nichts Besonderes für den, der bereits das Buch kannte. Die Diskussion war recht lebhaft. Es beteiligten sich ua. Pfarrer Klinkhammer, Oberstadtdirektor Dr. Hensel, Wolfgang Müller und Karl Ibach. Weisenborn hinterließ einen guten Eindruck. Es ist beabsichtigt, das Gespräch in ähnlicher Weise fortzusetzen, und zwar unter Beteiligung ehemaliger Nazis, die ihren Standpunkt gegen die Widerstandsbewegung äußern sollen. Der Rhein-Ruhr-Klub tendiert stark nach rechts. Der Diskussionsleiter versuchte am Freitag krampfhaft, aber ergebnislos, die durch zahlreiche Stimmen "verteidigte Widerstandsbewegung" zu neutralisieren und den zum Ausdruck gebrachten Spitzen gegen den neuen Nationalismus ihre Schärfe zu nehmen. Alles in allem: der Abend war für uns, d.h. für das demokratische Deutschland, sicherlich ein Erfolg.

Dr. Stöcker teilte mir mit, daß am Mittwoch in Köln Görlitz über sein Hitlerbuch sprechen wird. Wenn nichts dazwischen kommt, werden wir gemeinsam nach dort fahren.

Mit freundlichen Grüßen
Die Redaktion "Das freie Wort"

Hg. Beaugrand

Anlage

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

EO-106/26 -3

Günter Beaugrand

Düsseldorf, den 9. Juni 1953
Golzheimer Platz 5
Telefon 45527

Lieber Herr Hammer!

Zum erstenmal seit langen Jahren habe ich die Ehre, mit Ihnen als „Privatmann" und nicht mehr als Mitglied der Redaktion zu korrespondieren. Wie Sie vielleicht bereits aus der Veränderung im Impressum geschlossen haben, sind Herr Bläser und ich seit einigen Tagen nicht mehr im Dienst - weil u.a. allmählich die Obersten ihren alten Dienst wieder aufzunehmen trachten. Ich brauche Ihnen die Vorgänge, die zu diesem Entschluss führten, nicht im einzelnen zu schildern, denn bei Ihrem letzten Besuch in Düsseldorf wurde Ihnen sicherlich die Situation im "Freien Wort" klar. Der Einfachheit halber füge ich im Durchschlag die Mitteilung bei, die wir an einige wenige Bekannte - und Ihnen als erstem - schicken werden, um Ihnen die Motive unserer Fahnenflucht zu schildern. Bitte, behandeln Sie ganze Angelegenheit vertraulich. Ich lege keinen Wert darauf, dass der Sache der Verfolgten ohne Not noch mehr Schaden zugefügt wird. Es müsste das Anliegen der Leser und der VVN-Vorstände selbst sein, aus dem veränderten Inhalt des FW in den letzten Wochen und in Zukunft die Konsequenzen zu ziehen. Eines steht für mich fest: wenn die von uns abgelehnte Tendenz sich durchsetzt, woran nach unserem Ausscheiden wohl kein Zweifel besteht, dann kann "Das freie Wort" nicht mehr als die Zeitung der Widerstandskämpfer angesehen werden! Es wird Verrat an dem Vermächtnis der Toten geübt, wenn ausgerechnet die Stimme der Überlebenden kein Wort der Kritik zu dem neuen nationalistischen Rummel sagt! Gott sei Dank sind nur wenige über die Hintergründe unterrichtet: dass das Versiegen gewisser Geldquellen zu einer neuen Schatzsuche geführt hat, gleichgültig wo sie zum Erfolg kommt. Vielleicht bei Remer! Man verkauft sich für Geld! Ich weiss, dass ich die Dinge wohl in "jugendlichem Eifer" zu krass sehe. Aber ich bin nun seit sechs Jahren in der Redaktion der Verfolgtenzeitung - von den VVN-Nachrichten bis zum "Freien Wort" - und habe aus der intensiven Beschäftigung mit den demokratischen Idealen, wie wir sie immer vertreten haben, ein gutes Empfinden dafür, ob der gerade Weg gegangen wird oder nicht. Interessant, dass die Rheinische Post", ein ziemlich konservatives CDU-Blatt in ihrer Be-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

sprechung des Weisenborn-Abends ausgerechnet den Diskussionsbeitrag des Chefredakteurs der Widerstandszeitung, Herrn Wolfgang Müller, angreift. Sie schreibt unter anderem: "Das war besonders bedauerlich in dieser Diskussion (eine heute begrüßenswerte Diskussion: wer traut sich denn noch - oder schon -, über die deutsche Widerstandsbewegung zu sprechen?)." - Einschaltung von mir: der Verfasser des Berichts meint die Frage nach dem möglichen Kameradenverrat. - " Bedauerlich auch deshalb, weil der Redner, der sich zur Antwort berufen fühlte, aus bestem Willen heraus die Frage abbog und verfälschte. 'Historisch falsch' behauptete er, Oberst a.D. und selbst Verfasser einer Schrift gegen die neue Dolchstosslegende, seien vor allem die Beschuldigungen gegen Canaris und Oster, sie hätten durch ihr Handeln den Tod deutscher Soldaten verschuldet. Beide hätten vor Angriffen Nazi-Deutschlands die betroffenen Staaten gewarnt und damit zweifellos die Ehre Deutschlands gewahrt. Man habe ihnen aber auf der Gegenseite im rechten Augenblick keinen Glauben geschenkt. Ihre Aktionen seien teilweise auf Befehl von oben geschehen, ein "Verrat auf Befehl", der zur Taktischen Kriegsführung gehört habe.-Niemand fand das erlösende Wort: dass diese und die anderen Widerstandskämpfer, weil sie aus eigener Verantwortung heraus, oft erst nach Überwindung schwerster Gewissensbedenken, gegen eine verbrecherische Führung handelten. Denn ob es richtig ist oder falsch, dass durch ihren "Verrat" deutsche Soldaten ihr Leben verloren: die damaligen "Führer" des deutschen Volkes opferten gewissenlos Hunderttausende."-Soweit die "Rheinische Post. Der Bericht ist etwas konfus. M. meinte, dass Canaris und Oster den Überfall auf Holland und Belgien, aus Pflichterfüllung gegenüber dem Vaterland, nicht als Widerstandsaktion dem "Feind", einem neutralen Staat, vorzeitig bekanntgegeben hätten, sondern im Auftrag des Generalstabs mehr als zwanzigmal als sogenannte "Spielmeldung", um die wahren Absichten zu verschleiern. Damit verwirrte M. die Diskussion und schob sie auf das schwierige Terrain, das schon beim "Teufels General" die Gemüter erhitzt hatte. Ich hatte den Eindruck, als ob M. den Widerstand auf diesem Gebiet ablehnte.-Vielleicht sprechen Sie einmal mit Weisenborn über den Diskussionsabend.

Nun bin ich also "arbeitslos". Wissen Sie keine Möglichkeit, an einem demokratischen Blatt (nicht SPD) unterzukommen? Ich möchte natürlich gern die - frühere - FW-Tendenz fortsetzen, aber dazu bietet sich wohl kaum die Möglichkeit. Ist in Hamburg nichts los? Über Lüth? Es herrscht dort oben doch ein

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/126-4

frischer Wind, sogar noch bei der FDP. Oder beim NWDR? Wissen Sie keinen Rat? Eine Wald- und Wiesenstelle kann ich wohl schnell bekommen, aber ich lege an sich keinen Wert darauf, in Zukunft als Lokalreporter oder -redakteur in einer Kleinstadt zu verstauben. Pressemässig ist in Düsseldorf nichts los, obwohl ich hier manche Leute kenne. Nun liegt alles offen - eigentlich ein schöner Zustand, solange die Finanzen reichen, und die sind gleich Null! Wenn es sein muss, kann ich auch als Arbeiter mein Brot verdienen. Aber man hat nun einmal völkerverbessernde Ambitionen. Wer - wie ich - solange Phrasen von Freiheit, Recht und Menschenwürde gedroschen hat, der findet sich nicht leicht zurecht, wenn er Brötchen backen muss!

Lieber Herr, Hammer, ich möchte meine Litanei beenden. Bitte, nehmen Sie meinen Bericht zur Kenntnis und teilen Sie mir Ihre Meinung mit, auf die ich, wie Sie wissen, grossen Wert lege. Vielleicht haben Sie einen Geistesblitz, wie man das FW noch retten kann - nicht im materiellen Sinne. Mir ist es eigentlich lieber, wenn es in Ehren von der politischen Bühne verschwindet, als dass es jetzt, nach dreieinhalb Jahren, schmachvoll unter fremder Flagge segelt.

Seien Sie recht herzlich gegrüsst von

Ihrem Guido Baumgard

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Günter Beaugrand
Heinz Bläser

Düsseldorf, den 8. Juni 1953

ED-106/26 -5

M i t e i l u n g

Wir möchten Sie hiermit davon unterrichten, dass wir unsere Arbeit in der Redaktion "Das freie Wort" niedergelegt haben, und zwar insbesondere aus folgenden Gründen:

1.) Es war uns bereits in den letzten Monaten nur unter Schwierigkeiten möglich, Artikel in unserer Zeitung zu veröffentlichen, die die nationalistische Renaissance in der Bundesrepublik mit der notwendigen Klarheit kritisierten und die bedenkliche Politik der Soldatenverbände und gewisser stark nach rechts tendierender Parteien angriffen. Zudem wurde jedes Wort, das den Krieg als die Umkehrung aller menschlichen Werte bezeichnete und zu Frieden und Verständigung aufforderte, von der Chefredaktion mit Argwohn betrachtet, weil es angeblich die Politik der Bolschewisten - Friedenstaube etc.- unterstütze. Jede Kritik am preussischen Drill galt aus ähnlichen Motiven als verfemt.

2.) In einem Schriftstück, das uns - als Endpunkt dieser Entwicklung - vor einigen Tagen vorgelegt wurde und dessen Unterzeichnung wir ablehnten, wurde von uns unter anderem verlangt, alle demokratischen Parteien zu tolerieren, das Soldatenbrauchtum und soldatische Tradition hochzuhalten und nicht herabzusetzen und schliesslich keinem pazifistischen Mitarbeiter mehr das Wort zu geben. Die Bejahung dieser Forderungen, die von uns im echten Sinne des Worts durchaus nicht abgelehnt werden, bedeutet bei dem Charakter des "Freien Worts" als Kampfblatt für die Demokratie und angesichts der unter Punkt 1 geschilderten ausgenblicklichen Situation nichts anderes als die Kapitulation des demokratischen Gedankengutes unserer Zeitung, dem Organ der Verfolgten des Naziregimes, vor nationalistischen Bestrebungen.

3.) Das obengenannte Dokument versuchte weiter, den der Redaktion für jede Ausgabe zur Verfügung stehenden minimalen Honorarsatz nochmals um fast die Hälfte zu kürzen und damit auf ein äusserst niedriges, nicht mehr akzeptables Niveau zu drücken. Im Interesse unserer Mitarbeiter, die - trotz unserer ständigen Proteste - schon seit langem vernachlässigt wurden, mussten wir eine Zustimmung zu dieser unsozialen Massnahme ablehnen.

4.) Ein anderer Punkt des Schriftstückes sah die grundlegende Umwandlung des Feuilletonteils vor, der "völlig unkompliziert" gestaltet werden müsse. Die Tendenz, das Niveau des "Freien Wortes" auf eine "Tante Klara"-Ebene zu senken, wäre mit der Zustimmung zu dieser Forderung Wirklichkeit geworden, so dass auch aus diesem Grunde eine weitere Mitarbeit für uns nicht mehr möglich war.

Günter Beaugrand Heinz Bläser

Institut für Zeitungsforschung - Archiv

DAS FREIE WORT
Wochenzeitung für Freiheit und Menschenwürde

Bankkonto:
C. G. Trinkaus, Düsseldorf Nr. 27 606

DÜSSELDORF-GERRESHEIM,
Postfach
Fernruf 64 250

12. Juni 53

ED-106/2 6 -6

DIE REDAKTION

Sehr verehrter, lieber Kamerad!

Als die "Düsseldorfer Nachrichten" Nr. 112 vom 16. Mai 1953 unter der Überschrift "Innenministerium übergrüßt Lütsches" einen Schmähartikel gegen den Herausgeber unserer Zeitung, Herrn Peter Lütsches, veröffentlichte, war es allen Eingeweihten klar, daß mit diesem Abdruck die Absicht verbunden war, seine Wiederwahl zum Vorsitzenden des "Bundes der Verfolgten des Naziregimes" (BVN) unmöglich zu machen.

In der Tat lehnte Herr Lütsches - wie Ihnen bekannt - seine Wiederwahl aus verständlichen Gründen ab. Zur Charakterisierung derjenigen, die den Schmähartikel veranlaßten, sei noch mitgeteilt, daß sie 30 Exemplare der erwähnten Zeitung in dem Hause verteilen ließen, in welchem Herr Lütsches eine Wohnung innehat und daß Herr Lothar-Walter Beyer je eine Ausgabe an ausländische Freunde des Herrn Lütsches in Niederland und in Belgien gelangen ließ.

Inzwischen ging Herrn Lütsches ein Schreiben des Herrn Innenministers Dr. Meyers, Düsseldorf, vom 1. Juni 1953 zu, von welchen wir Ihnen beigeschlossen eine Fotokopie überreichen. Daß sich Herr Minister Dr. Meyers von der Veröffentlichung der "Düsseldorfer Nachrichten" distanziert, ist außerordentlich aufschlußreich.

Wir halten es für unsere Pflicht, festzustellen, daß der "Abschuß" des Herrn Lütsches die Folge einer jahrelangen Hetzkampagne der Kommunisten ist und daß sein Ausscheiden aus der Führung des Bundes der Verfolgten des Naziregimes (BVN) zugleich die Arbeitslosigkeit von mehr als fünfzig Angestellten und Mitarbeitern des BVN nach sich gezogen hat.

Was wir ganz besonders bedauern, das ist obendrein die Tatsache, daß durch das Ausscheiden des Herrn Lütsches zugleich die internationale Zusammenarbeit des BVN mit der "Internationalen Kommission gegen das KZ-Regime" in Brüssel und mit der "Freien Internationale der Europäischen Résistance" in Paris empfindlich gestört wurde, zumal er zur Gründung beider internationaler Verbände wesentlich beigetragen hat.

Mit kameradschaftlichem Gruß!
gez. Wolfgang Müller
gez. Dr. Karl Meysemeyer

1 Anlage

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/26 -7

Der Innenminister
des Landes Nordrhein-Westfalen
V- A/2- Lü- 122

Düsseldorf, den 1. 6. 195 3
Tel. 2022. Hausanschluss

Eingegangen am: 6.6.53.

Herrn
Peter L ü t s c h e s

D ü s s e l d o r f
Haroldstr. 1

Auf Ihre wiederholten Eingaben in Ihrer Wiedergutmachungsangelegenheit teile ich Ihnen mit, dass das Innenministerium der Veröffentlichung in Nr. 112 der Düsseldorfer Nachrichten vom 16.5. 1953 fern steht.

Allerdings habe ich im Jahre 1952 pflichtgemäss gewisse Ermittlungen in Ihrer Angelegenheit veranlasst, die inzwischen abgeschlossen sind. Auf Grund dieser Ermittlungen habe ich meine im Aufsichtswege angeordnete Beanstandung Ihrer Anerkennung zurückgenommen. Die gesetzmässige Zuständigkeit des Vertreters des öffentlichen Interesses im Rahmen des § 28 Abs. 3 bleibt hiervon unberührt.

gez.Dr. M e y e r s

Der Innenminister 35 Büro des Landes Nordrhein-Westfalen

Beglaubigt
Angestellte

Anmerkungen 1. Die von Innenminister Dr.Meyers im Jahre 1952 durchgeführten Ermittelungen betrafen die kommunistischen Behauptungen,dass ich mich in der Zeit von Juni 1933 bis August 1935 im Sinne des Nationalsozialismus betätigt hätte.

2. § 28, Absatz 3 des "Gesetzes über die Anerkennung der Verfolgten und Geschädigten der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft des Landes Nordrhein-Westfalen" besagt,dass der "Vertreter des öffentlichen Interesses innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des erwähnten Gesetzes" berechtigt ist,eine bereits endgültige Anerkennung anzufechten.Die Entscheidung liegt in diesem Falle beim zuständigen Kreis-Anerkennungsausschuss.

3. Mir ist bis heute nicht bekanntgeworden (weder amtlich noch inoffiziell)dass meine Anerkennung angefochten wurde.

688

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106126 -8 3.Juli 1953 (H/L)

An das
"Freie Wort"
Redaktion
Düsseldorf-Gerresheim
Heyestraße 73.

Liebe Kameraden in Gerresheim!

Aus meiner langjährigen Mitarbeit darf ich wohl Recht und Pflicht ableiten, Ihnen ein wohlgemeintes Wort der Warnung zu schicken. Sie stoßen immer wieder gerade jene Leute vor den Kopf, die sich Ihnen am ehrlichsten verbunden fühlten.

Ich habe es immer abgelehnt, als "Pazifist" zu gelten, da mir ein Anklang an Passivität nicht behagte; ich war immer ein aktiver Kriegsgegner und wehrte mich dagegen, mit Waschlappen verwechselt zu werden. Dennoch verletzte mich ein Satz in Ihrer Nummer 26 auf der 2.Seite auf der Mitte der 2.Spalte. Es heißt da: "Es gibt hunderte solcher Beispiele, die vielleicht auch nun endlich unsere Neutralisten, Pazifisten und ähnliche Jämmerlinge eines anderen belehren ...." Ich schätze, daß dieser eine Satz genügt, Ihnen Hunderte von Abbestellungen einzubringen.

In der gleichen Nummer bringen Sie "Briefe an die Redaktion" (als welcher übrigens mein an Gratulanten rundgeschickter Dankbrief nicht gelten konnte - so dankbar ich Ihnen auch für Ihre gute Absicht bin). Sie erlauben es da einem Hans Niemann in Lübeck, seine [redacted] Wut an einem Mann auszulassen, an dessen Ehrhaftigkeit in ganz Holstein kein Mensch zweifelt. Es ist der Bürgermeister Karl Feldmann, der als Entnazifizierungskommissar gewirkt hat, dem viele Menschen Dank schulden, dem einige Wenige aber auch gram sind, wie das bei einer solch delikaten Funktion nicht anders sein kann.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Karl Feldmann war in den 20er Jahren einer der bekanntesten Reichsbanner-Führer. Er ist auch heute noch das Muster eines ehrlichen Demokraten. Über ihn steht nun bei Ihnen folgender Satz gedruckt: "Was Herrn Feldmann dazu bewogen hat, kann man sich denken, aber kaum auszusprechen." Mit anderen Worten, zwischen den Zeilen zu lesen: Feldmann ist ein käufliches Subjekt. Die Folge dieses Mißgriffes wird es nun wahrscheinlich sein, daß Ihnen die Leser in Schleswig-Hols ein davonlaufen werden - mit Ausnahme von Herrn Hans Niemann.

Weiter rächt es sich auch fortgesetzt, daß Peter Lütsches nicht zeitig und nicht hörbar genug von Petrone abgerückt ist, die in allen eingeweihten Kreisen unseren Bund in Verruf gebracht haben. Sie können sich denken, daß ich hier in erster Linie an Hamburg denke.

Ich kann mir vorstellen, daß Sie gegenwärtig mit großen Sorgen zu kämpfen haben, doch wäre es grundverkehrt, vor offenbaren Mißständen die Augen zu verschließen, denn man wird des Übels nur Herr, wenn man sich nicht scheut, es klar zu erkennen.

Es reisen übrigens erstaunlich viele alte Sachsenhausener aus Berlin durchs Land, die früher den grünen Winkel trugen, also Berufsverbrecher waren. Sie scheinen ganz bestimmte Aufträge ausführen zu sollen, weshalb ich allen Annäherungsversuchen gegenüber mich ablehnend verhalte. Einer davon hat auch Pfarrer Floßdorf besucht. Mit Hinweis darauf hat er mich bewegen wollen, ihn willkommen zu heißen. So lauern von allen Seiten her Gefahren, angesichts derer die eingangs beklagten Mißgriffe besonders verhängnisvoll sein können.

Mit besten kameradschaftlichen Grüßen verbleibe ich

Ihr

Günter Beaugrand

Düsseldorf, den 7. Juli 1953
Golzheimer Platz 5

ED-105/26-3

Lieber Herr Hammer,
entschuldigen Sie bitte, dass ich Ihnen auf Ihren Brief vom 15. Juni erst heute antworte. Aber es gibt eigentlich nicht viel Neues, und ich hatte erst vor wenigen Tagen, als ich mein Gehalt abholte, Gelegenheit, die fehlenden Fackelreiter-Hefte aus der Redaktion zu holen. Herr Bläser hatte sie noch studiert, so dass sie im ersten Paket vergessen wurden.

Inzwischen hatte ich eine lange Unterredung (und morgen eine zweite) mit Herrn Lütsches, der sich über die politische Haltung von Herrn Müller selbst sehr bedenklich äusserte und im grossen und ganzen die Haltung von Herrn Bläser und mir teilte. Ja, er prägte sogar das Wort: " Früher war er (M.) Neutralist und Rückversicherer, und jetzt ist er McCarthy-Mann!" Es ist nur grotesk, wie inkonsequent Herr Lütsches handelt, indem er Herrn M. wurschteln lässt, während die Redakteure, die seiner Meinung sind, zu gehen gezwungen waren! Nach Meinung von Herrn Lütsches, wie sie auch im letzten Scheinwerfer zum Ausdruck kam, liegt die Hauptaufgabe des FW in der scharfen Bekämpfung des Neofaschismus, des Uniformen- und Paradekultes, der Traditionsmache, kurz: in der Bekämpfung der Ewig-Gestrigen. Wie aber sieht die Zeitung aus? Herr Lütsches erklärte, dass er niemals mit einer Umänderung der Zeitung in eine "Soldatenzeitung" oder ein "Streikbrecherorgan", wie geplant, einverstanden sei. Er werde gegebenenfalls die notwendigen Konsequenzen ziehen. Aber ist er nicht Herausgeber? Hat er nicht das Recht und die Macht, das FW so zu formen, wie es seiner Intention entspricht? Es ist wahr: wenn Lütsches nicht wäre, dann wäre die Tendenz noch weitaus seltsamer als heute. Aber er ist nicht in der Lage oder nicht willens, sich durchzusetzen. Und daran scheitert alles.

Fast alle guten und verstandigen Mitarbeiter des FW unterstützen unsere Haltung. Kurt Hiller teilte mit, dass er schnell nach der Lektüre der letzten Nummern einen Schnaps habe trinken müssen. Rudolf Pechel hat von sich aus, ohne zunächst von uns informiert worden zu sein, seine Bedenken über den Kurs des FW in den letzten Monaten zum Ausdruck gebracht. Pfarrer Dr. Klinkhammer, der das Herz auf dem rechten Fleck hat, war persönlich bei Lütsches und hat ihn beschworen, die Aufgaben des FW nicht zu verraten. Franz Ballhorn, ein persönlicher

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Freund von L., hat uns beglückwünscht; der BVN-Landesvorstand ist unserer Meinung. Otto Lehmann-Russbüldt will seinen Einfluss bei Lütsches geltend machen. Alles in allem: die wirklichen und echten Widerstandskämpfer, die ~~über~~ eine viel tiefere Erkenntnis der Dinge besitzen als wir jungen Dachse, unterstützen uns. Und das, obwohl wir die Gründe unseres Austritts nur ganz wenigen, uns gut bekannten Freunden und Mitarbeitern schilderten. Ich bin überzeugt, dass ein entsprechendes Rundschreiben an alle Mitarbeiter, an die Prominenz der deutschen Widerstandsbewegung etc. grosse Resonanz finden würde. Doch das ist, wie ich Ihnen wohl schon schrieb, nicht unsere Aufgabe. Dazu sind nur die berufen, die selbst in Wort und Tat gegen Hitler gestanden haben, die in den Zuchthäusern und KZs gesessen haben und die die politische Entwicklung besser zu überschauen vermögen. Zudem scheint, wie die letzte Nummer des FW zeigt, Lütsches doch eingegriffen zu haben.

Meine nur kurze Beschäftigung mit der Politik hat mir leider die Richtigkeit des Wortes bestätigt, dass sie den Charakter verderbe. Ehrlichkeit, Klarheit und Sauberkeit ist auf diesem Gebiet anscheinend sehr selten. Der "Spiegel" brachte in der vorletzten Ausgabe eine Notiz, nach der ein Abiturient für folgende Definition des Politikers den ersten Preis des Kultusministeriums erhielt: " Der Politiker steht jenseits von Gut und Böse. Moral und Unmoral gibt es für ihn nicht... Ehrlichkeit? Es wird Situationen geben, wo er lügen muss. Unbestechlichkeit? Es wird Situationen geben, wo ein anderer sagt, gib mir das, so bekommst Du das, auch wenn es Unrecht ist." -

Lieber Herr Hammer! Ich möchte schliessen. Ich danke Ihnen nochmals für alles. Entschuldigen Sie die Tippfehler, doch ich schreibe in grosser Eile; ich muss in wenigen Minuten fort, möchte aber die Fackelreiter, die mir auf der Seele liegen, vorher noch auf die Post geben.

Mit besten Grüssen!

Ihr Guido Baumgart

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

DAS FREIE WORT
Wochenzeitung für Freiheit und Menschenwürde

Bankkonto:
[redacted]

DÜSSELDORF-GERRESHEIM, den 16.7.1953
Postfach
Fernruf 692590

E/Ku

ED-106126-10

DIE REDAKTION

Herrn
Walter Hammer
Hamburg 39
Bilserstraße 16d

Lieber Kamerad Hammer!

Mit herzlichem Dank senden wir die beiden Fotokopien zurück. Zu gleicher Zeit sind wir Ihnen für Ihre aufrichtige Kritik dankbar und bedauern tief, daß einem unserer Herren der Schnitzer mit den "Jämmerlingen" passiert ist. Ebenso bedauerlich bleibt der Angriff gegen den Kameraden Feldmann, den wir in unserer Rubrik "Leserbriefe" richtiggestellt haben. Im übrigen teilen wir Ihnen mit, daß wir, wenn nicht noch im letzten Augenblick Hilfe kommt, am Ende angelangt sind. Leider ist es zu spät, jetzt über Schuld und Ursache zu debattieren. Es bleibt nur zu wünschen übrig, daß es noch im letzten Augenblick gelingt, das auf Strand gelaufene Schiff wieder flott zu machen. Wir bitten Sie herzlich, uns trotz allem weiter die Treue zu halten.
Immer in Dankbarkeit und

mit freundlichen Grüßen
Redaktion "Das freie Wort"

(Ernst)
Chef vom Dienst

Anlage

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/26 -11

BEHLING, Kurt

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-905/12-92

14.Dezember 1952

Lieber Harald Poelchau!

Als ganz bescheidenes Zeichen meines Dankes und in der Hoffnung, Dir damit eine kleine Weihnachtsfreude bereiten zu können, schicke ich Dir heute ein Bild, worauf Du sogleich Hermann Stöhr erkennen wirst. Ich hoffe, dieses Bild (natürlich nur das Kopfbild von Stöhr) im Plötzensee-Buch mit unterbringen zu können. Auch im übrigen ist es mir gelungen, gute Bilder herbeizuschaffen, so auch von Getrud Seele.

Es ist immer als sehr peinlich empfunden worden, dass die Anwälte, die in politischen Prozessen als Verteidiger fungierten, sich zumeist geradezu jämmerlich benommen haben. Umso erfreulicher wirkten die wenigen Ausnahmen, deren man noch nachträglich rühmend gedenken sollte. Die Gräfin Ballestrem wusste von einem tapferen Verteidiger zu berichten, der ihr auch selber geholfen hätte. Es sei ein Freund von Dir gewesen: RA.Dr. Behling. Lebt er noch, ist er noch erreichbar, stand er uns gesinnungsmässig nahe? Vielleicht ein Mann aus der Jugendbewegung? Ich wäre Dir dankbar, wenn Du

Institut für Zeitgeschichte Archiv

mich mit ihm in Verbindung bringen wolltest. Sonst würde es aber auch wohl genügen, wenn Du mir über ihn einige Aufschlüsse geben wolltest.

Mit herzlichen Festtagsgrüssen und Neujahrswünschen verbleibe ich

Dein

ED-706/26-13

28.Dezember 1952

Herrn
Rechtsanwalt Dr. Kurt Behling
B e r l i n W. 30
Neue Bayreutherstr. 3

Sehr geehrter Herr Doktor!

Verargen Sie es mir bitte nicht, dass ich Sie zwischen den Festtagen mit einer Angelegenheit belästige, die aber wahrscheinlich auch Ihnen immer noch am Herzen liegen wird. Ich verdanke Ihre Adresse meinem alten Gesinnungsfreunde Pfarrer Dr. Harald Poelchau, den ich nach Ihnen befragt habe, nachdem Sie gelegentlich meiner Quellenstudien mehrfach rühmend genannt worden sind.

Als Erklärung noch kurz folgendes: Seit Jahren arbeite ich an einem Werk über das Zuchthaus Brandenburg. neuerdings hat mich der Westberliner Magistratauch beauftragt, den Opfern von Plötzensee ein Denkmal aus Wort und Bild zu schaffen. Das ist eine ebenso schmerzliche wie schwierige Aufgabe, die ich ohne die Unterstützung aller Berufenen schwerlich meistern kann.

Sie haben zu den wenigen Juristen gehört, die es als Verteidiger gewagt haben, Freisler mutig entgegenzutreten. Wenn ich nicht irre, haben Sie sich insbesondere der Angehörigen des Solf-Kreises angenommen. Vielleicht bieten Ihnen einmal ein paar stille Abendstunden die Möglichkeit, im Buche der Erinnerungen zu blättern und mich bei meiner schwierigen Arbeit davon profitieren zu lassen.Mit knappen Notizen wäre mir schon gedient.Vielleicht lassen Sie mich auchwissen , welche politischen Angeklagten Ihren Schutz genissen durften. Besonders freuen würde es mich, wenn dabei auch einige sein würden, die Sie vor dem Todesurteil bewahren konnten.

Es wird Ihnen bekannt sein, dass auch einer Ihrer Berliner Kollegen in Plötzensee sein Leben lassen musste: Ra.Eugen Polzien, der seine Praxis am Kurfürstendamm

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

hatte. Vielleicht sind an ihn noch Erinnerungen wach? Für jeden Fingerzeig bin ich Ihnen dankbar.

Mir ist noch ein Dresdner Anwalt bekannt geworden, der für seine politischen Klienten vor Freislers Blutgericht allerhand gewagt hat: Dr.Werner Schubert. Er hatte sich sogar dermassen exponiert, dass er schliesslich selber als "Reichsfeind" zum Tode verurteilt und auch hingerichtet worden ist. Es wäre wirklich nötig, auch solchen tapferen Anwälten ein Denkmal zu setzen, wie mir übrigens auch viele Justizbeamte bekannt geworden sind, die aller Ehren wert sind.

Verehrter Herr Doktor, nehmen Sie mir diese Belästigung bitte nicht übel. Für recht baldige Wunscherfüllung würden Sie mich zu besonderem Dank verpflichten.

Mit besten Grüssen

Ihr ergebener

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106126 -14

DR. KURT BEHLING
Rechtsanwalt und Steuerberater
DR. FRITZ KAYSER
Rechtsanwalt

Postscheckkonto: Berlin-West 888 84
Bankkonto:
Berliner Bank-Aktiengesellschaft
Depositenkasse 19 Konto Nr. 83 08

Berlin W 30, den Neue Bayreuther Straße 6
U-Bahn Viktoria-Luise-Platz
Telefon: 24 84 69
24 84 70
Telegramm-Adresse: Universumlex Berlin

6. Januar 1953
2/K.

Herrn
Schriftsteller Walter H a m m e r ,
H a m b u r g 39

Bilserstr. 16 d.

Sehr verehrter Herr Hammer !

Für Ihre liebenswürdigen Zeilen vom 28.12.52 danke ich Ihnen verbindlich. Ich halte es für eine ausserordentlich verdienstvolle Aufgabe, der Sie sich unterziehen wollen. Ich will Ihnen mit dem mir zur Verfügung stehenden Material gern unter die Arme greifen, doch ist dieses so umfangreich, dass ich beim besten Willen nicht weiss, wo ich anfangen und wo ich aufhören soll. Ich habe in rund 500 politischen Verfahren vor dem Volksgerichtshof, Reichskriegsgericht, Zentralgericht des Heeres und anderen Gerichten in der Nazizeit verteidigt und deshalb einen sehr weitgehenden Überblick über die Widerstandstätigkeit bekommen.

Darüber hinaus habe ich das Problem auch noch von einer anderen Seite kennen gelernt, da ich anlässlich der Verteidigung des früheren Vorstandsmitgliedes der Krupp A.-G., Dr. Ewald Löser, in Nürnberg und anlässlich der Verteidigung von General v. Falkenhausen in Brüssel die Frage des deutschen Widerstandes, insbesondere unter Berücksichtigung der Resistance, zu behandeln hatte. Ich habe in diesem Zusammenhang sehr eingehend mit einem der besten Fachkenner dieses Gebietes, Herrn Professor Dr. Rheindorf, Hiddesen b. Detmold, Hülsenweg 23, zusammengearbeitet, der mir wertvolle Anregungen gegeben hat. Prof. Dr. Rheindorf ist Historiker und Verfolgter des Naziregimes. Er kennt wie kein anderer diese Materie und geht insbesondere auch sehr kritisch an das Material heran. Sie werden, wenn Sie sich mit ihm in Verbindung setzen würden, wobei Sie auf mich Bezug nehmen können, sicherlich viele wertvolle Anregungen bekommen.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

EO-106/25-15

Wie kann ich Ihnen nun helfen ? M.E. kommt es entscheidend darauf an, nun endlich einmal eine wertvolle Abhandlung über das Wesen des Widerstandes zu schaffen. Bedenken Sie bitte, dass wir heute im Osten eine erneute deutsche Widerstandsbewegung haben, die mit dem Widerstand gegen das Hitler-Regime nicht vergleichbar ist, aber vielfach in den gleichen Topf geworfen wird. Es müssen die Unterschiede zwischen Widerstand im 3. Reich, Resistance und Widerstand gegen das östliche totalitäre System unter den verschiedenen historischen und völkerrechtlichen Perspektiven herausgearbeitet werden. Dies ist umso notwendiger als ich in meiner täglichen Berufsarbeit heute immer wieder erkenne, wie das Durcheinanderwürfeln der 3 verschiedenen Erscheinungsformen zu unmöglichen Ergebnissen führt. Bisher hat keiner der Schriftsteller -und ich verfolge die einschlägige Literatur sehr genau- das Problem erkannt. Ich wünsche Ihrer Arbeit von Herzen, dass Sie, sehr verehrter Herr Hammer, hier einen entscheidenden Schritt vorankommen.

Neben dem Material aus der Zeit vor 1945 besitze ich auch ein grosses Archiv, das 1 Zimmer füllt, mit Materialien aus den Nürnberger Prozessen und den in den übrigen Ländern durchgeführten Verfahren, ausserdem bin ich zurzeit im Auftrage der Bundesregierung mit Ostproblemen befasst. Nach überschläglicher Prüfung glaube ich, dass ich zurzeit 4.000 Fälle in Bearbeitung habe. Allein schon diese Zahl wird Ihnen mehr sagen als viele Ausführungen. Sie werden es insbesondere auch verstehen, wenn ich davon Abstand nehme, Ihnen das eine oder das andere mitzuteilen. Es würde niemals vollständig sein, und ich weiss, dass Ihnen mit lückenhaften Angaben nicht gedient ist. Ich stehe Ihnen jedoch in Berlin jederzeit zur Verfügung. Ich würde für den Ihnen vorschwebenden Zweck auch mein Archiv zur Verfügung stellen, weil ich persönlich der Meinung bin, dass der Allgemeinheit gedient ist, wenn das Material in seriöser Form derselben zugänglich gemacht wird.

- 3 -

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-100/26-16

Die beiden Fälle der Rechtsanwälte Polzin und Schubert sind mir unbekannt. Ich war niemals mit ihnen befasst.

Ich bedauere aufrichtig, Ihnen keine bessere Auskunft geben zu können, doch bitte ich Sie überzeugt zu sein, dass ich mich freuen würde, wenn ich Ihnen in Zukunft noch mit der einen oder anderen Anregung unter die Arme greifen könnte.

Mit verbindlichen Empfehlungen

Ihr sehr ergebener

Rechtsanwalt.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/26 -17

DR. KURT BEHLING
Rechtsanwalt und Steuerberater
DR. FRITZ KAYSER
Rechtsanwalt

Postscheckkonto: Berlin-West 29084
Bankkonto:
Berliner Bank Aktiengesellschaft
Depositenkasse 19 Konto Nr. 9003

Berlin W 30, den Neue Bayreuther Straße 8
U-Bahn Viktoria-Luise-Platz
Telefon: 24 64 69
24 64 70
Telegramm-Adresse: Universumlex Berlin

11. Dezember 1953
2/We.

Herrn
Schriftsteller
Walter H a m m e r
H a m b u r g 39
Veerstücken 9

Sehr geehrter Herr Hammer !

Ich darf den Eingang Ihrer liebenswürdigen Zeilen vom 8. 12. 1953 dankend bestätigen. Aus dem in Fotokopie beigefügten Artikel der Neuen Zeitung habe ich mit grosser Freude entnommen, dass Ihnen für Ihre Verdienste um die Erforschung der deutschen Hitlerabwehr eine mit Recht verdiente Auszeichnung zuteil geworden ist. Ich bedauere nur, erst jetzt hiervon Kenntnis zu bekommen und bitte Sie daher zu entschuldigen, wenn ich nunmehr erst Gelegenheit nehme, meine aufrichtigen Glückwünsche, wenn auch verspätet, zu übermitteln.

Ihre Absicht, der Verteidiger vor dem Volksgerichtshof und in den anderen politischen Verfahren zu gedenken, ist - auch wenn sie mich nicht persönlich berühren würde - nach meiner Meinung ausgezeichnet. Ich habe eine Reihe von Kollegen kennen gelernt, die sich in sehr uneigennütziger Form für die Interessen der Angeklagten einsetzten.
Auf der anderen Seite muss ich aber auch gestehen, dass leider sehr viele Rechtsanwälte gerade in politischen Verfahren, die vor 1945 zum Zuge kamen, sowohl ihre anwaltlichen Pflichten - man kann wohl sagen - in entschiedener Form verletzt und auch in menschlicher Hinsicht zu erheblichen Bedenken Anlass gegeben haben. Ich hoffe, dass Sie bei der Auswahl der zu erwähnenden Anwälte eine glückliche Hand haben.

Ich werde am 17. 12. 1953 wahrscheinlich in Hamburg sein, da ich als Zeuge in einem Schwurgerichtsprozess benötigt werde. Ich beabsichtige, im Reichshof zu wohnen. Leider kann ich nicht übersehen, wie ich zeitlich gebunden bin. Sollten Sie, sehr

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/25 · 18

sehr verehrter Herr Hammer, jedoch eine Notwendigkeit sehen, dass wir uns kurz fernmündlich über die Dinge unterhalten, so stelle ich Ihnen anheim, mich dort anzurufen.

Ich würde Ihnen gern einen persönlichen Besuch machen, doch glaube ich kaum, dass mir die Zeit hierzu bleibt, da ich am gleichen Tag wieder nach Berlin zurückfliegen muss.
Im übrigen lasse ich Ihnen hinsichtlich Ihrer Publikation, soweit diese meine Person betrifft, freie Hand.

Mit verbindlichen Empfehlungen

Ihr

sehr ergebener

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-906/26 - 13

DR. KURT BEHLING
RECHTSANWALT

Hamburg-Sasel, den
Saselbergweg 51
Telefon: 60 02 47/48

7. Mai 1957
B/G

Herrn
Walter H a m m e r
-Schriftsteller-
H a m b u r g 39
Veerstücken 9

Sehr geehrter Herr Hammer !

Erst heute komme ich dazu, Ihren freundlichen Brief vom 30.4., den die beiden Gedenkbücher beigefügt waren, zu danken.

Ich habe bisher nur Zeit gehabt, die beiden Bücher durchzublättern, doch kann ich sagen, daß ich schon heute von dem Inhalt und auch von der Form der Wiedergabe außerordentlich beeindruckt bin. Ich habe mir daher die beiden Bücher zurückgelegt, um in einer stillen Stunde in Ruhe die Werke durchzuarbeiten.

Ich bedaure sehr, daß ich Ihnen kein Äquivalent übersenden kann, aber meine schriftstellerische Tätigkeit geht leider in den Aktenbergen, die sich täglich aufs neue um mich türmen, auf.

Mit Interesse habe ich von der Arbeit der Arbeitsgruppe zur Erforschung des Berliner Widerstandes Kenntnis genommen.

Wie Sie wissen, habe ich ja in einer außerordentlich großen Zahl von Fällen vor 1945 und in einer Reihe sehr maßgeblicher Prozesse nach 1945 verteidigt. Ich denke immer noch daran, daß ich einmal einen Mandanten als Feind Hitlers und 3 Jahre später als Freund Hitlers zu verteidigen hatte. Die Verwerflichkeit der politischen Justiz konnte man bei dieser Gelegenheit so recht kennenlernen. Ich glaube, es wird einmal eine dankbare Aufgabe sein, die letzten 30 Jahre aus der Perspektive eines politischen Strafverteidigers aufzuzeichnen. Material wäre genug vorhanden, doch die Zeit fehlt. Ich habe deshalb auch, um wenigstens einen kleinen Beitrag zu leisten, mein gesamtes Material dem Bundesarchiv in Koblenz zur Verfügung gestellt. Allerdings liegt es dort unter Verschluß,

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/26 -20

da in den Akten vielen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens auftreten und es schon der früheren Praxis des Reichsarchivs entsprach, daß zeitgenössisches Material erst nach einer gewissen Zeit zur Verfügung gestellt wurde. Ich glaube daher auch nicht, daß das Bundesarchiv das Prozeßmaterial für die Auswertung zur Verfügung stellen wird, so daß es sich erübrigen dürfte, Ihnen den Namen des zuständigen Archivrats zu nennen.

Es liefen im übrigen auch Überlegungen, das Material dem Berliner Archiv zu überlassen, umso mehr, als ich ja längere Zeit als Lehrbeauftragter an der Hochschule für Politik tätig war und fort über die uns gemeinsam interessierenden Fragen gelesen habe. Die Sache zerschlug sich aber, weil damals Berlin kein besonderes Interesse dafür hatte.

Ich darf die Gelegenheit benutzen, um mich zugleich auch für Ihr Schreiben vom 3.Mai 57 nebst Anlage zu bedanken. Ähnliche Ausführungen wie in diesem Bericht finden sich im übrigen in einem amerikanischen Buch, das mir kürzlich von anderer Seite zugängig gemacht wurde. Ich muß schon sagen, daß die gute Gräfin Ballestrem reichlich übertrieben hat. Neben meiner selbstverständlichen anwaltlichen Pflicht habe ich mich nur so verwandt, wie ich es als politischer Gefangener auch von meinem Anwalt erwartet hätte.

Im übrigen ist ja auch der Fall Solf /Ballestrem kennzeichnend für unsere Zeit. Kaum wird die Gräfin aus der Kazihaft entlassen, als ihr Mann von den Sowjets verhaftet wird. Nur kurze Zeit war es den beiden vergönnt, später noch den gemeinsamen Lebensweg zu gehen.

Was nun Dr.Reckzahn angeht, so spielte dieser ja bei der Affäre Solf die entscheidende Rolle. R. -der im übrigen nicht Zahnarzt sondern praktischer Arzt war- wurde 1945 von den Sowjets verhaftet und zu 25 Jahren verurteilt. Seine Entlassung erfolgte -wenn ich mich recht erinnere- 1950. Er wurde dann in ein Verfahren in Westberlin verwickelt und auch vorübergehend in Untersuchungshaft genommen. Nähere Einzelheiten kann ich Ihnen hierüber aus dem Gedächtnis nicht sagen. Es bestehen aber hierüber Aktenvorgänge

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/26-21

die mein Nachfolger in der Leitung der Rechtsschutzstelle in Berlin Herr Rechtsanwalt Commichau, Berlin W 30, Neue Bayreuther-Straße 3 noch in Händen haben müßte. Dieser wird Ihnen sicherlich präzise Fragen gern beantworten. Irgendwelche Zweifel an der Identität von R. sind allerdings nie aufgetaucht.

In der Hoffnung, Ihnen hiermit gedient zu haben, verbleibe ich

mit verbindlichster Empfehlung

als

Ihr Ihnen sehr ergebener

Institut für Zeitgeschichte. Archiv

ED-706/25-22

BERGSTRÄSSER, Ludwig Prof. Dr.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Herrn
Dr.Walter Hammer
Hamburg 39
Veerstücken 9

EP-106/26 - 23

Darmstadt am 3. 7. 1954

Adressen:

Frau Inge Leetz, Adresse erreichbar durch Sozialdemokratische Partei Frankfurt/Main, Bockenheimer Anlage 3

269 Karl Höltermann wohnt London E.S. Pepys rode 103 b. Dhanao

268 Über den demokratischen Reichstagsabgeordneten Koch-Weser weiß Bescheid sein Neffe, der frühere Bundestagsabgeordnete Dr. Koch- Offenbach, dessen jetzige Adresse mir nicht bekannt ist, den ein Brief aber erreicht, wenn er an den Bundestag adressiert wird.

Prof.Dr.Bergsträsser MdB , Darmstadt,
Dieburgerstr. 136

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Prof.Dr.Bergsträsser
Darmstadt,
Dieburgerstr.156

ED-106/26 -24

Herrn
Walter Hammer
Hamburg 39
Veerstücken 9

Darmstadt, am 26. 2. 1955

Sehr verehrter Herr Hammer, Werter Genosse,

Herzlichen Dank für Ihren Glückwunsch.

Justizrat Falk: Es gibt ein kleines Bild im Handbuch der Nationalversammlung und ebenso in dem Buch von Prof. Maas, Die verfassungsgebende deutsche Nationalversammlung, Charlottenburg 1919.

Wenn Sie sich mit früheren Reichstagsabgeordneten beschäftigen, so wenden Sie sich doch an die "Kommission für die Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien" in Bonn, Kronprinzenstr. 43. Über Falk speziell könnte Ihnen wahrscheinlich das ausgezeichnete Stadtarchiv in Köln näheren mitteilen, aber s reiben Sie mir doch einmal, was Sie mit dem großen Parlamentarierwerk vorhaben, denn meiner Arbeitsrichtung nach interessiere ich mich dafür, und könnte Ihnen vielleicht auch generell helfen. Überdies sammelt das "Bundesarchiv" in Koblenz/Rhein, Am Rhein 12 Nachlässe von Parlamentariern, und eine Zusammenarbeit mit diesem wäre vielleicht auch nutzbringend. Das Bundesarchiv besitzt z.B. den Nachlass von Südekum.

Mit besten Grüßen

Ihr

(Prof.Dr.Bergsträsser)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-706/26-25

1. März 1955

Herrn
Prof. Dr. Ludwig Bergsträßer
Darmstadt, Dieburgerstr. 156

Lieber verehrter Herr Professor!

Herzlichen Dank für Ihre fortgesetzte Hilfsbereitschaft. Natürlich habe ich sämtliche Reichstags-Kürschner hier zur Verfügung, indessen weiß ich mit den darin enthaltenen kleinen Bildern absolut nichts anzufangen. Mir muß an den besten Bildern gelegen sein, die von den betreffenden Persönlichkeiten noch zu erlangen sind. Ich habe mir schon große Mühe gegeben und mehrfach wegen eines einzigen Bildes vierzig bis fünfzig Briefe in alle Welt hinein geschrieben. Es liegen nun schon 130 Bilder bereit; nur noch ganz wenige Lücken wollen ausgefüllt sein. Insbesondere ein Bild von Falk fehlte mir noch, doch hat es den Anschein, als wenn sich da noch brauchbarer Rat schaffen ließe.

Diesen Zeilen falte ich meinen Artikel aus dem "Parlament" vom 21. Juli v.J. bei. Darin habe ich programmatische Erklärungen abgegeben, die ich doch einmal durchzusehen bitte. Ich weiß, daß alte verdiente Abgeordnete unserer Partei nur keine Verleger für ihre "Memoiren" haben finden können. Hierüber hat sich insbesondere Genosse Dittmann gelegentlich eines Besuches im Parteiarchiv bitter bei mir beschwert. Es würde natürlich viel zu weit führen, wenn ich jedes einzelnen Parlamentariers ausführlich gedenken wollte. Ein Band vom Umfang eines Lexikons würde da entstehen. Ich muß mich beinahe aphoristischer Kürze befleißigen, um in meinem Buch wenigstens das Wesentlichste vorzutragen. Wenn Sie die zweite Auflage von unserem "Lautlosen Aufstand" einmal aufblättern wollen, können Sie auf den Seiten 234 bis 237 feststellen, daß ich schon einige Vorarbeit geleistet habe. Das ist ja auch aus der beigefalteten Seite des "Parlaments" zu ersehen.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Ich bin Ihnen sehr dankbar für den Hinweis auf die "Kommission für die Geschichte des Parlamentarismus" in Bonn, Kronprinzenstraße 43. Ich werde mich einmal dahin wenden, wenn die Erfahrung auch lehrt, daß aus solchen Quellen selten einmal Brauchbares zu schöpfen ist.

Vor allem bin ich seit Jahr und Tag bestrebt, ein brauchbares Bild von Julius Leber zu erlangen. In unserem Berliner Parteiblatt, dem "Volk" vom 17. Juli 1945, ist ein ganz vorzügliches Porträt von ihm erschienen; ebenfalls wäre zu gebrauchen gewesen ein großes Bild, welches zu den 64 Porträts gehörte, die 1948 in der Ehrenhalle der Ausstellung im ehemaligen Reichstagspräsidentenpalais gezeigt wurde. Aber diese beiden Bilder sind ganz verdrängt worden, durch ein schlimm zurechtretuschiertes Bild, welches allenfalls als Wahlplakat zu gebrauchen war, nicht aber in meinem Buch. Frau Leber hat es in ihrer Leber-Biographie reproduziert. Noch viel weniger kommt allerdings jenes Zerrbild in Betracht, welches in dem Bilderbuch von Frau Leber enthalten ist. Welch fataler Mißgriff! Wer immer vor Freislers Blutgericht gestanden hat, dachte bei sich, wenn der Staatsanwalt seinen Antrag stellte, wenn der Angeklagte in einem Schlußwort um seinen Kopf kämpfen durfte, wenn dann schließlich das Urteil verkündigt wurde: "Nur nicht fotografiert werden, in dieser Situation, in dieser Verfassung!" Es hat sich leider keiner gefunden, der die Toten i n Schutz genommen hat. Selber konnten sie sich nicht mehr wahren.

Ich würde es natürlich sehr beklagen, wenn mein Buch ohne den bedeutenden Kopf von Julius Leber erscheinen müßte. Aber soviel ich mich auch schon um ein brauchbares Bild von ihm bemüht habe - immer vergebens.

Mit verehrungsvollem Gruß verbleibe ich

in alter gesinnungsfreundlicher Verbundenheit

Ihr

ED-106/26 -26

2. März 1955

An die Kommission
für die Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien
Bonn/Rhein, Kronprinzenstraße 43

Sehr geehrte Herren!

Herr Prof. Dr. Bergsträsser in Darmstadt empfahl mir, mich einmal mit folgenden Fragen vertrauensvoll an Sie zu wenden:

Vorausschicken darf ich Folgendes: Schon seit zehn Jahren habe ich mich auf die Erforschung der deutschen Hilfsdienste spezialisiert, wobei mir die Totenehrung ganz besonders am Herzen liegt. Sehen Sie daraufhin doch bitte einmal die Beilagen durch, die Ihnen sicher mancherlei willkommene Aufschlüsse geben können.

Argwöhnen Sie aber bitte nicht, daß ich etwa hinter Subventionen herjagen wolle, daß es sich bei meiner Forschungsarbeit um eine durchaus seriöse Angelegenheit handelt, illustriert wohl überzeugend genug der Umstand, daß Bundespräsident Heuß mir dafür das Steckkreuz des Verdienstordens verliehen hat.

Nachdem ich erst kürzlich mit meinem Haubach-Gedenkbuch herausgekommen bin, welches eine sehr gute Presse gefunden hat, setze ich gegenwärtig meine Arbeiten an dem großen illustrierten Parlamentarierwerk fort, worüber ich im "Parlament" vom 20. Juli v.J. schon eine programmatische Erklärung veröffentlicht habe, die ich mit der Bitte um Rückgabe diesen Zeilen ebenfalls beifalte.

(Walter Hammer)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

In diesem Buche werde ich die Leidenswege und den Opfergang jener vielen deutschen Parlamentarier würdigen, die durch die Hitlerhöllen hindurchgehen mußten oder sogar darin umgekommen sind. Es stehen mir dafür schon 130 gute Bilder zur Verfügung, darunter ganz vorzügliche und auch sehr seltene Aufnahmen. Aber immer noch bleiben einige Lücken auszufüllen. Ich weiß nicht, ob Sie über Bilder von Parlamentariern verfügen. Sollte dieses der Fall sein, dürfte ich mir dann wohl erlauben, Ihnen einmal meine Wunschliste zu schicken und um leihweise Überlassung des einen oder anderen Bildes bitten? Beispielshalber fehlt mir immer noch ein brauchbares Bild von Dr. Julius Leber, deren es in den Jahren 1945 bis 1948 zum mindestens zwei gegeben hat, die aber leider inzwischen verdrängt worden sind.

Nach sehr mühsamen Quellenstudien glaube ich im übrigen die Materie jetzt so einigermaßen zu beherrschen, wäre Ihnen aber selbstverständlich außerordentlich dankbar, wenn Sie mir in Zweifelsfällen Nachfragen gestatten wollten. Ich nehme an, daß auch Sie schon über ein umfangreiches Archiv verfügen.

Besonders schmerzlich wäre es mir natürlich, wenn ich eine wichtige Persönlichkeit übersehen würde, die unbedingt in diese Ehrung miteinbezogen werden müßte. Darf ich Sie wohl bitten, mir dann zur Ausfüllung etwaiger Lücken zu verhelfen? Beispielshalber bin ich erst dieser Tage dahintergekommen, daß in meinem Buche auch Justizrat Bernhard Falk gewürdigt werden müßte, an den ich bis dahin noch nicht gedacht hatte. Überlegen Sie sich das doch bitte einmal. Für recht baldige Wunscherfüllung wäre ich Ihnen besonders dankbar. Mein illustriertes Parlamentarierwerk soll nämlich schon im Juni dieses Jahres erscheinen.

Mit hochachtungsvoller Empfehlung

Ihr ergebener

(Walter Hammer)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/26 - 27

KOMMISSION FÜR GESCHICHTE
DES PARLAMENTARISMUS
UND DER POLITISCHEN PARTEIEN
Der Generalsekretär

BONN/RHEIN, den 8.3.1955

Tel. 28471 Neue Anschrift:
Kronprinzenstr. 43

Herrn
Walter Hammer
H a m b u r g 39
Veerstücken 9

Sehr geehrter Herr Hammer!

Im Namen der Kommission darf ich Ihnen für Ihr freundliches Schreiben vom 2.3.1955 verbindlichen Dank sagen. Die von Ihnen in Angriff genommene Arbeit, die Materialsammlung zum deutschen Widerstand ist außerordentlich begrüßenswert und auch notwendig. Daß die Kommission an ihr sehr interessiert ist, brauche ich wohl nicht besonders zu betonen. Das Haubach-Gedenkbuch liegt mir vor. Es ist eine sehr schöne und empfehlenswerte Arbeit.

Zur Klarstellung über die Aufgaben der Kommission muß ich jedoch betonen, daß unser Arbeitsgebiet gegenüber dem Institut für Zeitgeschichte in München, mit dem Sie sicher in Verbindung stehen, scharf abgegrenzt ist. Fragen der Vorgeschichte und Geschichte des Nationalsozialismus, also auch des deutschen Widerstandes, werden bestimmungsgemäß nur von diesem wahrgenommen. Aus diesem Grunde wird es wohl höchstens in Einzelfällen möglich sein, daß die Kommission Ihnen in Ihrer Arbeit behilflich ist. Ein Bildarchiv steht uns nicht zur Verfügung, wie wir auch selbst kaum über archivalische Schrifttumbestände verfügen, da wir in diesen Fragen dem Bundesarchiv und der Bundestagbibliothek den Vorrang lassen. Hinsichtlich der Personalien nichtnazistischer deutscher Parlamentarier befindet sich unsere Materialsammlung noch sehr in den Anfängen, Wenn es auch ein Anliegen von uns ist, langsam eine biographische und bibliographische Kartei aller dieser Persönlichkeiten im Laufe der Zeit auszubauen. Da wir aber nicht nur den Zeitraum der Weimarer Republik zu bearbeiten hatten, sondern sich unsere Aufgabe bis zu den Anfängen des deutschen Parlamentarismus vor 1848 erstreckt, können wir auf diesem Gebiete, wie Sie verstehen werden, nur langsam vorankommen. Ich glaube aber jedoch, daß wir Ihnen hier gelegentlich zu Diensten sein können, sofern von Ihnen ganz konkrete Fragen gestellt werden. Auf jeden Fall würde ich es aber begrüßen, wenn wir weiterhin in Verbindung blieben.

Die von Ihnen freundlicherweise zur Verfügung gestellten Beilagen, die mir übrigens bekannt waren, darf ich Ihnen in der Anlage mit Dank zurückreichen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Ihr Ihnen sehr ergebener

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/26 - 28

LUDWIG BERGSTRASSER

MEIN WEG

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Ludwig Bergsträßer

MEIN WEG

Wer sich dem Ende des 70. Lebensjahres nähert, neigt dazu, zurückzuschauen. Ist er Historiker, so ist er versucht, seinen persönlichen Lebensweg mit der Entwicklung seiner Umwelt, seines Volkes, seines Staates in Verbindung zu bringen. Und wenn man nun, wie der Verfasser, seit gut 50 Jahren die Politik erst nur interessiert, dann auch schriftstellerisch und aktiv politisch teilnehmend miterlebt hat, so liegt es nicht ganz fern, daß man annimmt, die Auseinandersetzung mit den ungeheuren Wandlungen dieser Zeit sei vielleicht doch nicht so isoliert, wie man zu eigenen Gunsten etwa zu glauben geneigt sein möchte, sondern sie sei typisch für eine Gruppe oder vielleicht gar für eine Richtung. Dies gibt die Veranlassung, sich mit den Dingen systematischer auseinanderzusetzen, wobei es dem Leser überlassen bleibt, zu entscheiden, ob die Annahme des Typischen richtig ist oder nicht.

Ich bin im Jahre 1889 geboren. Ich habe meine Jugend im Elsaß erlebt. Meine Eltern waren Reichsdeutsche. Das erste politische Ereignis, an das ich mich heute noch erinnere, waren Gemeindewahlen in Colmar im Jahre 1898. Seitdem ließ mich die Politik nicht mehr los. Die Situation damals war die, daß die katholische Partei zugleich die Partei derer war, die gegen die Zugehörigkeit des Elsaß zu Deutschland protestierten, die liberale Partei die, die sich auf den Boden der Tatsachen stellte. Wo ich hingehörte, ist selbstverständlich. Aber wichtiger ist, daß wir 15jährigen alle politischen Probleme diskutierten, nicht allein die Frage dieser Gemeindewahl, sondern natürlich auch die Fragen der großen Politik. Ich erinnere mich eines Mitschülers, mit dem ich immer wieder die Frage behandelte, ob das Elsaß rechtmäßig zu Deutschland gehöre oder nicht, und ich erinnere mich, daß er mir eines Tages sagte, es sei doch ganz klar, daß es unrechtmäßig zu Deutschland gehöre, denn Bismarck habe die Emser Depesche gefälscht. Ich wußte davon nichts, sagte nein und fragte meinen Vater, der mir aus seiner reichen historisch-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

politischen Bibliothek die nötigen Dokumente gab, natürlich mit Erläuterung. Mein Vater selbst war durchaus Typus seiner Zeit. Er war enthusiastischer Bismarckianer. Trotz seiner süddeutsch-hessischen Herkunft absolut preußisch gesinnt und im Grunde genommen konservativ. Dabei war er — und das ist für mich sehr wichtig gewesen — tolerant. Der Gegensatz zwischen deutsch, elsässisch und französisch machte schon den jungen Menschen kritisch. Autorität galt ihm nur, wenn sie ihre Berechtigung nachweisen konnte. Im Land konnte er französische Gesetzgebung und Verwaltung kennen und da er des elsässischen Dialektes mächtig war, kam er mit elsässischen Schulkameraden und auch mit deren Familien in nähere Verbindung. Daraus ergab sich ein weiteres. Die Unterschiede der Stände waren ihm fremd, denn unter diesen elsässischen Kameraden galt der Sohn des Pfarrers und der Sohn des Schneiders gleich. Nicht so unter der deutschen Beamtenschaft, wo die Gliederung Offizier, Verwaltungsjurist, Justizjurist, Studienrat etc. etc. auch im gesellschaftlichen Verkehr streng eingehalten wurde. Am Gymnasium unterrichteten Studienräte aus den verschiedensten deutschen Ländern. Partikularismus war also ausgeschlossen. Vom Reichsland aus war der Blick auf das Reich als Einheit gegeben.

Als der Student Bjärnig „nach Deutschland" auf die Universität ging, war sein erster erstaunter Eindruck der, daß sich die Mehrzahl aller seiner Kommilitonen nicht für Politik interessierte, sich mit politischen Dingen nicht persönlich auseinandersetzte und höchstens einmal irgendwelche allgemeine Phrasen nachredete. Eine Ausnahme machten nur die „Vereine Deutscher Studenten". So war es kein Wunder, daß er sich diesem Verein in Heidelberg anschloß, um so mehr, als er wußte, daß auch Friedrich Naumann, von dem er in Colmar Vorträge gehört hatte und einige Schriften kannte, aus dieser Studentenverbindung hervorgegangen war. Daß diese Vereine keine Juden aufnahmen, stieß ihn nicht ab, denn das war bei fast allen studentischen Verbindungen gleich, daß sie in ihren Bänden ausgesprochen antisemitisch waren, kümmerte ihn nicht. In Heidelberg merkte man davon nichts. Als einmal einer der Norddeutschen auf einem Konvent den Antrag stellte, daß Alte Herren, die eine Jüdin heirateten, ausgeschlossen werden sollten, wurde er ausgelacht. Was in dieser Verbindung wirklichen Wert hatte, waren die politischen Vorträge, der politische Unterricht für die jüngeren Semester, den ich selbst dann lange Zeit hindurch erteilte und die Verbindung mit diesem oder jenem der dem Verein befreundeten Professoren, ab und an mit einem Politiker. Innerhalb der Studienzeit wurde besonders wichtig ein Sommersemester in Paris. Es war eine besondere Zeit, 1905, das Jahr, in dem die Frage der Trennung von Staat und Kirche in der französischen Kammer leidenschaftlich diskutiert wurde, das Jahr zugleich, in dem der erste Akt der Marokko-Affäre spielte; ich erinnere mich noch, wie ich — es mochte im Juli des Jahres sein — von den Franzosen, die in meinem Hotel wohnten, bestürmt wurde mit der Frage, ob denn Deutschland wirklich den Krieg wolle. Andere Anregungen kamen in Paris dazu. Ich arbeitete auf dem Staatsarchiv, um Material für meine Dissertation zu sammeln, und einer der Archivare, der mich zu betreuen hatte, Charles Schmitt, ein geborener Elsässer, fand Interesse daran, sich mit diesem jungen Deutschen zu unterhalten und gab ihm vielerlei Aufschlüsse, die man aus Büchern nicht lernen konnte. Ein früherer Schulkamerad brachte mich in Verbindung mit französischen Studenten, ein anderer in Verbindung mit sozialistischen Kreisen. So wurden die paar Monate weit über den wissenschaftlichen Ertrag hinaus gerade im Politischen sehr anregend. Es war über-

dies ein frohes Semester, und da ich Gelegenheit hatte, französische Zivilisation und Kultur kennenzulernen, blieb ich diesem innerlich verbunden bis zum heutigen Tag und habe den Nationalhaß weder gegen Frankreich noch gegen irgendein anderes Land kennengelernt, was nicht bedeutet, daß ich die politischen Gegensätze nicht gesehen und mich natürlich auf die deutsche Seite gestellt hätte.

Nachdem ich promoviert hatte, lebte ich einige Zeit in München, um an die Vorbereitung eines größeren Buches, das als Habilitationsschrift geeignet wäre, heranzugehen. Ich hatte eine Vorlesung von Walter Goetz gehört über den Katholizismus im 19. Jahrhundert. Ich hatte im Elsaß die katholische Partei an der Arbeit gesehen. Ich hatte in München die Auseinandersetzungen zwischen Zentrum und Liberalen immer wieder verfolgen können, und so kam ich darauf, mich mit der Geschichte des politischen Katholizismus zu beschäftigen, woraus meine erste eigentliche wissenschaftliche Arbeit „Studien zur Vorgeschichte der Zentrumspartei" erwuchs, mit der ich mich 1910 in Greifswald habilitierte. Sie trug mir damals das Lob von Karl Bachem in der Kölnischen Volkszeitung und eine lange freundliche Rezension von Martin Spahn in Hochland ein. Ich erwähne das, weil es für mich eine Bestätigung bedeutete, daß man trotz politischer Interessen- und politischer Gegensätzlichkeit als Wissenschaftler auch ein solches Thema fruchtbringend behandeln könne. Ich habe dann später auf diesem Gebiet weitergearbeitet und im Jahre 1921 die „Geschichte der politischen Parteien in Deutschland" geschrieben, die in 8 Auflagen bis 1932 und in der neuen Auflage 1952* ihren Weg gemacht hat. Sie wurde geschrieben ohne parteipolitische Tendenz, aber mit der politischen Absicht, weitere Kreise für das Parteiwesen zu interessieren und auch weitere wissenschaftliche Forschung anzuregen, da mir beides in einem parlamentarischen Staat notwendig erschien. Meine wissenschaftliche Tätigkeit hat sich infolgedessen wesentlich auf dieses Gebiet beschränkt, mit einigen wenigen Ausnahmen, zu denen eine große Arbeit über Eugen Sue, den ersten französischen sozialistischen Romanschriftsteller, gehört, die ich im letzten Weltkrieg schrieb und die leider in beiden Exemplaren dem Krieg zum Opfer fiel. Auch meine Vorlesungstätigkeit behandelte wesentlich gleiche oder ähnliche Gegenstände. Im Jahre 1912 begann ich zusammen mit dem damaligen Greifswalder Staatsrechtler Pohl eine Vorlesung über Gegenwartsfragen der Politik, die nicht nur Studenten, sondern auch eine Reihe von Kollegen und Greifswalder Bürger anzog.

Die Wahl des Themas für meine erste wissenschaftliche Arbeit war bedingt durch den Gegensatz der Anschauungen, womit schon gesagt ist, daß ich mich den Liberalen zurechnete, im einzelnen zunächst noch ohne parteimäßige Bindung, denn in München war der Liberalismus der verschiedensten Schattierungen verhältnismäßig einheitlich durch den Kampf gegen die herrschende klerikale Partei. Und als im Jahre 1908 der damalige Privatdozent Dr. Ohm mit anderen zusammen eine Organisation gründete, die allen liberalen Richtungen dienen sollte, den „Nationalverein für das liberale Deutschland", machte ich mit und bereitete die erste Heidelberger Tagung vor. Ich habe dann auch 1907 in dem Wahlkampf der sogenannten Blockwahlen in München eifrig mitgearbeitet, studentische Wahlhelfer organisiert, erste politische Reden gehalten und einen erster und wirklich gründlichen Einblick in die Technik parteipolitischer Organisation und Agitation bekommen.

* Ludwig Bergsträsser: „Die Geschichte der politischen Parteien in Deutschland". 7. Aufl. Ehr. Verlag München 1952, 337 Seiten, Halbleinen DM 12.60.

Inzwischen hatten sich in meinem studentischen Verband, dem ich nunmehr als sogenannter „Alter Herr" angehörte, die Verhältnisse sehr zugespitzt, indem die Berliner Richtung Friedrich Naumann aus dem Verband ausschließen wollte wegen seiner Stellung zur Sozialdemokratie, die er für bündnisfähig hielt, während die konservativen Kreise das ablehnten, wegen seines Anschlusses an die Freisinnigen, die als philosemitisch angesehen wurden und bei denen ja tatsächlich einige jüdische Abgeordnete eine bedeutende Rolle spielten. Der Münchner Verein Deutscher Studenten war für Naumann, aber auf der Verbandstagung siegten die anderen. Im nächsten Jahr kam allerdings der Rückschlag, und 1908 wurde ich auf Grund dieses Rückschlages zum Redakteur der Verbandszeitschrift „Akademische Blätter" gewählt, die ich dann bis zum Jahre 1913 geführt habe. Diese Zeitschrift brachte politische Artikel neben Aufsätzen über studentische Fragen. Ich hatte hier — ich glaube es war 1905 — meinen ersten politischen Artikel geschrieben. Mit dem neuen Posten war die Übersiedlung nach Leipzig verbunden.

In Leipzig kam ich in Verbindung mit den jungliberalen Kreisen, die unter Führung des Rechtsanwalts Zöphel eine recht lebendige Gruppe bildeten, die zuhing und manchmal sogar leidenschaftlich gegen die Alten in der Nationalliberalen Partei arbeitete. Damit ist mein damaliger politischer Standpunkt bezeichnet. Aber es bedarf wohl einer Erklärung, wie ich dazu kam. Zwischen den Jungliberalen und den alten Nationalliberalen bestand ein sehr wesentlicher Unterschied. Die Jungliberalen waren viel demokratischer, neigten einer Entwicklung zu parlamentarischen Verhältnissen zu, wenn sie auch in dem, was man damals die großen nationalen Fragen nannte, die Auffassung der alten Partei teilten. Ich war also innerpolitisch fortschrittlich, während ich außenpolitisch im Strom der Zeit oder sagen wir im Strom der mittelbürgerlichen Anschauungen mitschwamm.

Heutigen, vor allen Dingen heutiger Jugend, mag diese Stellung seltsam erscheinen, wenn sie die Katastrophen kritisch überdenken, die ein Ergebnis dieser „nationalen" Außenpolitik gewesen sind. Und wenn ich mich nun selbst frage, wie ich wohl damals dazu kam, so glaube ich, daß vielerlei mitspielte, eines allerdings sicher nicht: persönliche wirtschaftliche Interessen. Denn der junge Mann, der immer noch der Naumannschen Auffassung von Demokratie und Kaisertum und von der Bejahung der sozialen Frage anhing, der als Student in Leipzig für die Streikenden in Crimmitschau jede Woche seinen Obolus gegeben hatte, war am Großverdienen der Schwerindustrie nicht interessiert. Aber seine damalige wirtschaftliche Einsicht, soweit man von einer solchen sprechen kann, ging dahin, daß Deutschland infolge der Industrialisierung Rohstoffgebiete brauche und entwickeln müsse und daß es auch der politischen Seite hin dafür sorgen müsse, daß es nicht von England auf politischem Wege außer Konkurrenz gesetzt werde. Seit 1907, seitdem Dernburg die Kolonialpolitik in die Hand genommen hatte, hatten die diese wirtschaftlichen Auffassungen stärker beeinflußt. Imperialistische Ideen lagen ihm nicht eigentlich nahe und insofern übersah er die Tragweite der Außenpolitik nicht, und der Gedanke etwa einer Hegemonie Deutschlands in Europa war etwas, was er weder erwog, noch der Diskussion für würdig hielt. Er hat damals schon das Nationalgefühl im wesentlichen kulturell begründet, d. h. mit den geistigen Leistungen seines Volkes, ohne dabei je in den unsinnigen Überschwang zu verfallen, daß er die geistigen Leistungen anderer Völker bestritten oder herabgesetzt hätte.

Es war ihm einige Male angeboten worden, direkt in die Politik hineinzugehen, ins Zeitungswesen oder auch als Assistent eines nationalliberalen Abgeordneten in Leipzig. Er hatte das der wissenschaftlichen Laufbahn wegen abgelehnt. Diese führte ihn 1910 nach Greifswald, und der Aufenthalt dort, der im wesentlichen bis 1915 ging — dann kam auch für ihn die Kriegszeit —, gab einen weiteren sehr bestimmenden neuen Eindruck. Er lernte zum ersten Mal Norddeutschland eigentlich kennen, denn ein kurzer Aufenthalt in Berlin reichte nicht. Und er lernte in Greifswald das ausgesprochene Ostelbien kennen. Der Regierungsbezirk Stralsund war der mit dem größten Prozentsatz von Großgrundbesitz in ganz Deutschland, und der Gegensatz zwischen der herrschenden Klasse und den anderen war so sichtbar und so scharf, daß er auch dem ungeübtesten Auge nicht hatte entgehen können. Ihn wurde der Eindruck, daß es in diesen Gegenden im Grunde genommen eine Herrenschicht gebe, von der alle anderen abhängig seien, und daß diese Herrenschicht ihr Übergewicht restlos und mit allen Mitteln ausnutze; auch, daß dadurch die geistige Freiheit, die er vom Westen her gewohnt war, leide. Außerhalb der Kreise der Universität gab es eigentlich keine Diskussion, sondern nur eine Herausarbeitung der Gegensätze, und an der Universität selbst schien ihm doch auch ein Teil der Professorenschaft sehr stark in das System der herrschenden Schicht eingegliedert zu sein. Schon während er die Akademischen Blätter redigierte, hatte er einmal die eigentliche Frage der inneren Politik Preußens behandelt, indem er anläßlich des Buches von Hello von Gerlach über das preußische Wahlrecht einen Aufsatz geschrieben hatte, der sich für die Reform dieses Wahlrechts aussprach. Das hatte in den konservativen Kreisen seines Verbandes Aufsehen und Ärger erregt. Er aber fühlte nun, nachdem er die ostelbischen Verhältnisse kennengelernt hatte, um so mehr, daß seine Auffassung richtig sei.

Die außenpolitischen Fragen haben ihn in jenen Jahren auch lebhaft interessiert, aber er war hierin denn doch nicht kenntnisreich genug, nicht erfahren genug, um die ständig wachsende Gefahr der deutschen Außenpolitik zu erkennen. Er behandelte in einer Vorlesung die Balkanfrage, und er verfolgte mit gespanntester Aufmerksamkeit 1914 die Auseinandersetzung, die dann zum Weltkrieg führte. Aber allerdings war er dann doch bedenklicher und vorsichtiger als die meisten aus seiner Umgebung, indem er nach der Ermordung des österreichischen Erzherzogs den Krieg kommen sah und Nachrichten, die dahin gingen, er könne doch noch vermieden werden, von vornherein für unglaubwürdig erachtete.

Im ersten Weltkrieg gehörte auch er lange Zeit hindurch zu den Gläubigen. Er hatte keinerlei militärische Erfahrung, er hatte ja nicht einmal gedient, und so erkannte er nicht, daß die großen militärischen Anfangserfolge für die letzte Entscheidung bedeutungslos waren; die Tragweite der Marneschlacht konnte er nicht erfassen. Sehr lange, bis zum Jahre 1918, hoffte er auf einen günstigen Ausgang, allerdings lehnte er den Annexionismus ab und vertrat den Standpunkt, daß es ein großer Sieg Deutschlands wäre, wenn es den Frieden mit dem status quo erreiche. Überdies war er aus seinen Erfahrungen im Elsaß heraus der Meinung, daß der Erwerb neuer Länder nur neue außenpolitische und innenpolitische Schwierigkeiten schaffen werde, denen man füglich aus dem Wege gehen solle. Als sich vage Möglichkeiten für einen Frieden aufzutun schienen, begrüßte er sie. Die innerpolitischen Probleme interessierten ihn in der ganzen Kriegszeit mindestens ebensosehr wie die außenpolitischen. Und hier blieb er seiner alten Linie treu: für die Einführung

des Reichstagswahlrechts in Preußen und für die Parlamentarisierung. Er wurde in dieser Auffassung noch bestärkt durch seine Erfahrungen beim Militär. Er war nicht felddienstfähig, blieb erst längere Zeit beim Ersatzbataillon, kam dann in die Presseabteilung des Stabes Ober-Ost nach Kowno, dann Ende 1916 als Lehrer ans Realgymnasium nach Libau, wo er auch Uniform trug. 1917 hat Bachmann Hollweg in der Ostertotsdrift verkündet, daß auch eine Reform des Heeres eingeleitet werden müsse, die das Heer zu einem wirklichen Volksheer machen solle. Das war ihm aus der Seele gesprochen, denn er hatte aus seinem Militärdienst heraus erlebt, daß es ein Volksheer nicht war, — schon wegen der absoluten scharfen Trennung zwischen Offizier und Nicht-Offizier und wegen der Rechtlosigkeit des Untergebenen, besonders des Nicht-Offiziers. Er zog Vergleiche zwischen diesen Verhältnissen und den innerpolitischen oder sagen wir besser sozialen in Pommern. Er hat eine zweite Erfahrung gemacht. Man plante damals die Angliederung Litauens und Kurlands an Deutschland. Die Formen, unter denen das geschehen sollte, wechselten, die Tendenz blieb. Aus seinem elsässischen Erleben heraus zog er natürlich die Folgerungen, wenn man etwas derartiges wolle, müsse man die eingesessene nichtrussische Bevölkerung, also die Litauer und die Letten entsprechend behandeln und für sich zu gewinnen suchen, d.h. man müsse ihnen zeigen, daß eine zukünftige deutsche Regierung ihren Interessen und auch ihren nationalen Bestrebungen mehr entgegenkommen werde als die bisherige russische. Das geschah aber nicht, da die militärischen Okkupationsbehörden dieses Gebiet und seine Bevölkerung durchaus als ein Objekt ihrer hemmungslosen Herrschaftsmöglichkeiten ansahen und behandelten.

Der deutsche Zusammenbruch kam auch ihn überraschend, um so mehr als im besetzten Gebiet die Möglichkeit persönlicher Unterhaltung mit besser unterrichteten Kreisen wegfiel. Er hatte die Parlamentarisierung begrüßt. Mit dem Fall des Kaisertums und der Erklärung der Republik sind er sich schnell und ohne Gemütsbewegung ab. Von der elsässischen Heimat aus war der Kaiser ja sowieso ziemlich fern. Und die Vorgänge während des Krieges mit dem Abschluß der Flucht nach Holland waren nicht geeignet, besondere Gefühle zu erwecken. Schon von Libau aus schloß er sich infolgedessen der beruhigten Deutschen Demokratischen Partei an. Da er erst im Dezember nach Hause kam, blieb ihm die Möglichkeit, die er ersehnt hatte, sich um einen Sitz in der Nationalversammlung zu bewerben, verschlossen. Trotzdem stürzte er sich schnell in die politische Arbeit. Er schrieb mehrere politische Broschüren, deren eine das Programm der Demokratischen Partei volkstümlich erklärte, eine andere wandte sich gegen den Spartakismus, der bei der studentischen Jugend damals einige Erfolge zu haben schien. Im Januar führte er für die Demokratische Partei den Wahlkampf in Pommern. Seine Grundauffassung war die, daß man radikalen Bestrebungen von links entgegentreten und versuchen müsse, möglichst bald geordnete Zustände herbeizuführen. Dabei dachte er allerdings noch etwas weiter und war aus seinen Erfahrungen als Historiker heraus durchaus nicht damit einverstanden, daß man eine Schicht, die nach seiner Auffassung sicher ein Gegner jeder Neuordnung sein und verbissen bleiben würde, nämlich den Großgrundbesitz, nicht durch Enteignung erledigte, was man damals hätte tun können und was Ebert wegen der Ernährungslage nicht durchführte. Der Mangel an politischer Auffassung hat sich später schwer gerächt. In den Kreisen seiner Umgebung wurde die Politik natürlich damals auch diskutiert, und ein wohlmeinender

Freund sagte ihm, er machte einen großen Fehler, wenn er sich der republikanischen Seite anschließe, denn die Monarchie werde ja doch wiederkommen. Er antwortete darauf, das sei wohl möglich, aber wenn sie wiederkomme, bedeute das eine neue schwere Erschütterung des Staates, und er wolle das Seine tun, diese zu vermeiden; überdies werde jede wiederkommende Monarchie, ob sie wolle oder nicht wolle, durch ihre Umgebung in ein radikalreaktionäres Fahrwasser gedrängt und habe schon deshalb keine Zukunft. Bei dieser Auffassung blieb er bis heute. Nach den Wahlen löste er sein Verhältnis zur Universität Greifswald, weil ihm die dortige enge Umgebung nicht mehr recht erträglich erschien, habilitierte sich nach Berlin um und lebte längere Zeit als politischer Schriftsteller, speziell für die demokratische „Ostseezeitung" in Stettin leitartikelnd. Als diese Tätigkeit infolge der Inflation wirtschaftlich unhaltbar war, bewarb er sich um eine Stelle in der Forschungsabteilung des neugegründeten Reichsarchivs, die er auch, und zwar wesentlich durch Fürsprache des ihm persönlich unbekannten Reichstagsabgeordneten der Zentrumspartei, Prälat Dr. Schreiber bekam. Ein Umzug von Berlin nach Potsdam war insofern günstig, als sich in Potsdam ein weniger unübersichtliches Feld für seine parteipolitische Arbeit ergab und er dadurch 1921 als Abgeordneter für den Wahlkreis Potsdam I in den Reichstag einziehen konnte, dem er bis 1933 angehörte. Er hat sich während der Zugehörigkeit zum Reichstag wesentlich für die innerpolitischen Fragen interessiert, ist als Redner im Plenum wenig hervorgetreten und sah seine Hauptarbeit darin, nacheinander zwei Untersuchungsausschüssen anzugehören. Das eine war der Ausschuß zur Untersuchung der Ursachen des Zusammenbruchs, und zwar der Unterausschuß, in dem die innerpolitischen Fragen erörtert wurden, also der Komplex, der unter dem Wort „Dolchstoß" zusammengefaßt wird. Er nahm an dessen Verhandlungen sehr lebhaft Anteil und schrieb eine ganze Reihe von Gutachten und wissenschaftlichen Ausarbeitungen. Ihn leitete dabei der Gedanke, daß die von den Militärs aufgebrachte und von großen Teilen des Bürgertums willig mitgemachte Lüge geeignet sei, das demokratische Staatswesen zu erschüttern, was sich dann als richtig erwies. Versuche, damals in breiterem Maße durch Einführung staatsbürgerlichen Unterrichts diesen Wirkungen entgegenzuarbeiten, scheiterten daran, daß die beteiligten Ministerien, vor allen Dingen das Unterrichtsministerium in Preußen, das Problem nicht sahen. Der zweite Ausschuß, dem er angehörte, war der sogenannte Feme-Ausschuß, der die Morde in den rechtsradikalen Organisationen untersuchen sollte. Vorsitzender war der sozialdemokratische Abg. Rechtsanwalt Dr. Levi. Er fragte ihn einmal, wie er eigentlich als Nicht-Jurist in diesen Ausschuß komme und meinte, die Fraktion habe ihn wohl dazu gezwungen. Er antwortete: im Gegenteil, er habe sich um diesen Sitz beworben, denn er sehe darin eine ganz wesentliche politisch-psychologische Aufgabe. Sie ist vom Ausschuß nicht erfüllt worden.

1928 schied er aus dem Reichstag aus und wurde mit der Aufgabe betraut, Vorarbeiten zu einer Geschichte des Frankfurter Parlaments zu machen. Das führte ihn nach Frankfurt. Er nahm auch da weiter starken Anteil an der Politik, und zwar einmal, indem er recht gut besuchte Vorlesungen und Übungen über Politik abhielt, wozu auch ein Debatterklub unter seiner und eines rechtsstehenden Kollegen Leitung gehörte, vor die Studenten mit den parlamentarischen Formen vertraut machen sollte. Daneben schrieb er für die „Deutsche Politik" und andere Zeitschriften. Schon während seiner Reichstagstätigkeit hatte er in der landwirtschaftlichen Schutzzollpolitik und der Politik der

Subventionen für große wirtschaftliche Betriebe einen Fehler gesehen, den er auch nachher stets publizistisch bekämpfte. Die rechtsradikalen Bewegungen verfolgte er weiterhin aufmerksam, wozu der Zwang wesentlich beitrug, für jede neue Auflage der „Geschichte der politischen Parteien" die einschlägige Literatur zu lesen, wozu natürlich auch Hitlers „Mein Kampf" gehörte, weswegen er sich über die Politik der Nationalsozialisten keinerlei Illusionen machte. Er verstand nicht, warum der Reichskanzler Brüning nicht gegen die bewaffneten Organisationen dieser Partei durchgriff und lehnte schon darum diese Politik als psychologisch falsch ab.

Als sich 1930 die Demokratische Partei in die seltsame Verbindung mit dem Jungdeutschen Orden einließ, den er als einen faden Absud der Spätromantik verachtete, trat er der neuen Staatspartei nicht bei, sondern ging zur Sozialdemokratischen Partei über. Das wurde ihm um so leichter, als er schon während seiner Zugehörigkeit zur demokratischen Reichstagsfraktion immer auf deren linkem Flügel gestanden hatte und innerhalb der Fraktion für die Interessen der Arbeitnehmer, der Arbeiter und Angestellten eingetreten war. Das geschah nicht nur aus sozialem Empfinden heraus, sondern auch deswegen, weil er der Überzeugung war, daß diese Kreise richtig behandelt und in den Staat eingeordnet die eigentliche Stütze der Demokratie in Deutschland seien, während ihm gerade im Reichstag immer mehr klar geworden war, daß die bürgerlichen Kreise eine rein wirtschaftliche Interessenpolitik machten, also politisch im Grunde genommen käuflich waren und überdies interessenmäßig zu eng gebunden in der Regel auf das falsche Pferd setzten. Daß die Kreise dessen, was man Intelligenz zu nennen pflegt, denselben Weg gingen, war ihm auch nicht unbekannt geblieben, um so weniger, als er von Frankfurt aus die nähere Fühlung mit Darmstädter Beamtenkreisen, denen er familienmäßig angehörte, wieder aufnahm.

Im Jahre 1933 wurde er von den Nationalsozialisten nach dem § 4 des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" entlassen. Er hat später einmal von einem wohlmeinenden Freund ein Angebot bekommen, sich doch mit der Partei auszusöhnen, er hat das abgelehnt. Im Jahre 1934 ergab sich für ihn eine erste Gelegenheit, ins Ausland zu reisen. Er hatte den Fürsten Wilhelm Lichnowsky gebeten, in seinem Archiv über den Fürsten Felix Lichnowsky (1848 in Frankfurt bei einem Volksaufstand als Mitglied des Frankfurter Parlaments ermordet) arbeiten zu dürfen, und die Polizei in Darmstadt, wohin er inzwischen verzogen war, gab ihm einen Paß, zu seinem Erstaunen und zu seiner Freude einen ganz regulären Paß für 5 Jahre, während er unter den damaligen Umständen mit einer Spezialerlaubnis zu einer Reise auch schon zufrieden gewesen wäre. Im Winter 1934/35 schrieb er diese Biographie. Dann bekam er die Einladung eines früheren Libauer Schülers nach Paris. Dort kam er mit Kreisen der deutschen Emigration in Verbindung, für die er auch arbeitete, überdies wurde er eingeladen zu einer Tagung englischer Historiker, die ihm sein Reichsarchivskollege Veit Valentin vermittelt hatte und kam so zum ersten Mal in seinem Leben nach England. Mancherlei Umstände ermöglichten ihm, monatelang dorthin bleiben. Er versuchte, innerhalb des englischen Sprachgebietes eine Stellung in einer Hochschule zu bekommen, was aber zum großen Teil wegen seiner unvollkommenen Sprachkenntnisse scheiterte. Ehe er wieder nach Deutschland zurückging, besuchte er eine Emigrantengruppe seiner Partei, die in Mülhausen im Elsaß ein Informationsblatt über Deutschland herausgab. Er hat dann mit dieser Gruppe bis zum Mai 1939 zusammengearbeitet, mehr-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

fache Reisen in Deutschland für sie gemacht und über seine Erfahrungen und Eindrücke auf seinen Reisen nach England und Frankreich berichtet. Er kam in Paris und London auch mit dortigen politischen Kreisen zusammen und war immer wieder erstaunt und betrübt darüber, daß diese Kreise mit ganz wenigen damals einflußlosen Ausnahmen die Gefahr des Hitlerismus für die Welt nicht erkannten. Ihm selbst war aus der Lektüre des nationalsozialistischen Schrifttums gewiß, daß Hitler einen Revanche-Krieg führen werde, nur der Termin stand ihm nicht fest. Als er sich zum letzten Mal in London aufhielt, im Frühsommer 1938, kam er mit der Gewißheit zurück, daß auch der kleinste weitere Schritt Hitlers unbedingt einen Krieg auslösen müsse. Und als er am 15. August 1939 das Telegramm las über den Abschluß eines deutsch-russischen Vertrags, sagte er zu seiner Frau: ‚Dies bedeutet den Krieg. Dieser Krieg dauert mindestens 4 Jahre und ist verloren.' Die Kriegszeit verbrachte er im wesentlichen, von einigen Reisen abgesehen, in Darmstadt, bis zum Herbst 1944. Er hatte aus den Erfahrungen des ersten Weltkrieges gelernt, und deswegen imponierten ihm die Anfangserfolge in Frankreich durchaus nicht. Er wußte, wie es um das englische Weltreich bestellt war, und es war ihm gewiß, daß die Amerikaner irgendwann in diesen Krieg mit eintreten würden. Als nun gar der Krieg mit Rußland begann, wurde ihm die Entwicklungslinie schicksalshaft deutlich. Die erste genaue Information über diese neue Absicht Hitlers hatte er einige Monate vor dem 22. Juni 1941 bekommen, als er sich eine Woche in Berlin aufhielt. Wilhelm Leuschner hatte sie ihm mit vielen anderen interessanten und zutreffenden Neuigkeiten übermittelt. Die neugeknüpften Verbindungen blieben. Er hat an der Vorbereitung des 20. Juli mit einigen Denkschriften für Leuschner und durch den Ausbau von mancherlei persönlichen Verbindungen lebhaft Anteil genommen. Dabei hat er das unerhörte Glück gehabt, daß alle seine Freunde, die verhaftet und zum Teil ermordet wurden, in bezug auf ihn selbst völlig dicht hielten. Vielleicht war es auch günstig, daß er im September 1941 ausgebombt wurde und in einem kleinen Gasthof im südlichen Odenwald Zuflucht fand, wodurch doch wohl Spuren verwischt worden sind. Eigentliche Beschäftigung während der Kriegsjahre war, daß er ein eingehendes Tagebuch führte, bewußt damit eine Quelle für die spätere innere Geschichte während des Krieges schaffend. Überdies schrieb er das schon erwähnte Buch über Eugen Sue.

Ende März 1945 brachte das Radio, das er schwarz zu hören ab und zu Gelegenheit hatte, die Nachricht, die Amerikaner seien in der Nähe von Darmstadt über den Rhein gegangen. Am nächsten Morgen stand er auf, weil er sich sagte, daß er nun nicht mehr in das kleine Nest im Odenwald, sondern an sein größtes politisches Zentrum gehöre. Ihm war völlig klar, daß es für die nächste Zeit keine andere Möglichkeit gebe, als mit der Besatzungsmacht zusammenzuarbeiten, um sie im Interesse der deutschen Bevölkerung zu beeinflussen und zu versuchen, sie vor Dummheiten möglichst zu bewahren. Der inzwischen schon ernannte Bürgermeister von Darmstadt, der jetzige hessische Ernährungsminister Ludwig Metzger, bat ihn, die von der amerikanischen Militärregierung gewünschte Stelle eines Verbindungsmannes, Liaison-officer, zwischen Bürgermeister und amerikanischer Militärregierung zu übernehmen. Begründung: englische Sprachkenntnisse. So rentierte sich das einzige, was er der Hitlerregierung verdankte. Die Stellung war interessant, weil sowohl alle Wünsche der Militärregierung und alle Wünsche und Beschwerden der deutschen Bevölkerung durch seine Hand gingen. Die größte Schwierigkeit der damaligen Zeit bestand darin, daß die Amerikaner eine

Verwaltungsorganisation schufen, die nicht über die Kreisebene hinausging. Infolgedessen legte jeder Landrat den größten Wert darauf, daß die Lebensmittel in seinen Kreis blieben, und die Städte kamen ins Verhungern. Viele Vorstellungen bewirkten schließlich, daß die leitenden Herren der Militärregierung die beide verwaltungsmäßig unvereinigenommen und sachlich waren, einsahen, man müsse ein größeres Gebiet verwaltungsmäßig zusammenfassen. Ich wurde mit dieser Aufgabe betraut und bildete als erste Regierung im gesamten besetzten Gebiet die „Deutsche Regierung des Landes Hessen" die anfänglich nur die frühere hessische Provinz Starkenburg, dann auch Oberhessen umfaßte. Sofort nachdem dies erreicht war, ging ich einen Schritt weiter und reichte Denkschriften darüber ein, daß zur Konsolidierung der Verhältnisse in Deutschland größere Gebiete von einheitlicher Verwaltung gestaltet werden müßten. Speziell ging ich darauf aus, daß die drei Hessen zu einem Gebiet zusammengefaßt werden sollten. Andere politische Persönlichkeiten wirkten in derselben Richtung, teils mit zusammen, teils isoliert. Und im Herbst war es so weit, daß das jetzige Land Hessen geschaffen wurde. Im Frühjahr 1946 berief der Ministerpräsident dieses Landes, Professor Geiler, einen vorbereitenden Verfassungsausschuß, dem ich angehörte. Wenn ich dabei ein Verdienst hatte, an war es dies, daß auf meinen Antrag hin schon in den Entwurf die Justiziabilität der Grundrechte aufgenommen wurde, die der Landtag dann in die endgültige Verfassung übernahm und die von da aus auch in das Bonner Grundgesetz übergegangen ist. Mich leiteten dabei die schlechten Erfahrungen, die man während der Weimarer Zeit mit der Gerichten gemacht hatte, die immer bestrebt waren, bestehende Gesetze gegen die linken unsympathischen Grundrechte auszuspielen. Ich wurde 1946 in den verfassungsberatenden Landtag gewählt und von meiner Partei zum Vorsitzenden des Verfassungsausschusses gemacht. Es gelang mir dabei, nicht ohne manchmal Mühe, durch eine immer wieder bewußte Vermittlungstätigkeit die beiden großen Parteien auf eine gemeinsame Linie zu bringen und dadurch der Verfassung im Lande eine überwältigende Mehrheit zu schaffen, um so mehr, als auch die Kommunistische Partei damals diesem Verfassungswerk zustimmte. 1948 delegierte mich der Hessische Landtag auf Vorschlag meiner Fraktion in den Parlamentarischen Rat. In diesem gehörte ich dem Grundsatzausschuß an, wo ich Gelegenheit hatte, für mein altes Ideal der Simultanschule zu kämpfen und mit zu verhindern, daß die Konfessionsschule zur Regelschule gemacht werden wäre, in der ja immer eine Forderung der Intoleranz gesehen habe. Als Vorsitzender eines Unterausschusses konnte ich dazu beitragen, daß die Flaggenfrage sachlich und ohne Kompromiß gelöst wurde. Ich war während der ganzen Tätigkeit im Parlamentarischen Rat der Meinung, daß die von den drei westalliierten Besatzungsmächten gegebene Möglichkeit benutzt werden müsse als der Weg, weitere Selbständigkeitsrechte zu erreichen. 1949 wurde ich im Wahlkreis Groß-Gerau Main-Taunus, in direkter Wahl in den Bundestag gewählt. Es war mir gelungen, die CDU, die bei den vorhergehenden Wahlen ein paar Hundert Stimmen mehr als meine Partei gehabt hatte, beträchtlich zu überflügeln. Beide Landkreise sind charakteristisch für das Mittelrheingebiet. Die ursprünglichen Bauernhöfer sind zu Arbeiterwohngemeinden geworden, teils für Opel in Rüsselsheim, teils für Merck in Darmstadt, teils für die Höchster Farbwerke und beide auch für Industrie und Gewerbe in Frankfurt. Meine Fraktion ging in Bundestag in die Opposition. Ich hätte das auch dann für richtig gehalten, wenn mir ein Koalitionsangebot gemacht worden wäre, und zwar weil ich auf

die Weimarer Zeit zurückblickend, es für bedenklich hielt, wenn die beiden eigentlichen staatstragenden Parteien sich gemeinsam regierend abnutzen. Denn vom verfassungspolitischen Standpunkt aus sind die Sozialdemokratische Partei und die CDU, letztere hauptsächlich insoweit in ihr katholische Wähler vertreten sind, die einzig wirklich verfassungstreuen Parteien. Es hat sich ja in der Zwischenzeit seit 1949 deutlich gezeigt, daß auf dem rechten Flügel der bürgerlichen Parteien extrem Tendenzen anderer Art aufgetreten sind und romantische Vorstellungen wieder auf viele Gemüter Einfluß gewonnen haben. Gerade weil darin in gewissem Sinn eine Wiederholung der Entwicklung nach 1919 liegt, war es für mich leicht, eine klare Linie herauszuarbeiten. Darüber hinaus liegt für mich ein wesentliches Problem der Zukunft darin, daß die gewaltige soziale Umschichtung auch im Politischen berücksichtigt werden muß, weswegen mir eine einseitig besitzlichen Interessen dienende Wirtschaftspolitik auch dann große Gefahren zu enthalten schien, wenn ich nicht überzeugt wäre, daß man einer großen wirtschaftlichen und politischen Ideologie wie dem Kommunismus fruchtbar nicht entgegenwirkt, wenn man sich aus Angst in kompromißlose Gegnerschaft scheuchen läßt. Ich habe mich aus voller Überzeugung die außenpolitische Haltung meiner Fraktion gebilligt und vertreten, weil ich der Meinung bin, daß auch hier eine bestimmte Angst dazu verführt hat, eine Entwicklung von Deutschland aus zu beschleunigen, während es besser gewesen wäre, abzuwarten, weil das die größere Chance gegeben hätte, ein Wiederaufleben von sehr begreiflichen gegensätzlichen Gefühlen im Ausland zu verhindern, und mir erst auf dieser Grundlage möglich erscheint, eine wirkliche, sowohl im Vertragswerk festgelegte wie tatsächlich geübte Gleichberechtigung zu erwirken.

Dies also wäre mein Weg. Ich kehre noch einmal zu den einleitenden Worten zurück und könnte vielleicht überspitzt sagen, daß das Typische darin liegt, daß ich in dieser Weise von rechts nach links gewandert bin, während ich in einem ausgeglicheneren, innerpolitisch konsolidierten Land wie etwa England meiner Herkunft und Umwelt nach vielleicht ein zufriedenes Mitglied des linken Flügels der Konservativen Partei geworden wäre. Das Wesentliche unserer Gesamtentwicklung ist eben, daß die meisten Menschen in Deutschland gar nicht wissen, was konservativ ist, daß echter Konservatismus nämlich auch fortschrittlich ist, sondern daß man in Deutschland konservativ mit reaktionär und damit Ideal mit Illusion gleichsetzt.

Darmstadt/Bonn, 28. Februar 1958

Stadtarchiv Darmstadt · Signatur Z5 Von der Tannen, A

Institut für Zeitgeschichte Archiv

Verfassungsklagen

Zu dem Bericht „Bonn begrüßt Maßnahmen der Regierung gegen radikale Parteien" (vgl. Nr. 273), in dem die Rede davon war, daß die Verfassungsklagen mit der Opposition abgesprochen wurden, wird uns geschrieben:

„Gestatten Sie mir, der ich als Mitglied des Bundestagsausschusses zum Schutze der Verfassung die ganzen Verhandlungen mitgemacht habe, Ihnen zu sagen, daß dies zwar auf die Klage gegen die SRP, aber durchaus nicht auf die Klage gegen die KPD zutrifft. In dem letzteren Falle sind uns nur einige ganz allgemeine Grundzüge der Klage mitgeteilt worden, und die beteiligten Mitglieder der SPD, auch ich persönlich, haben soweit den Grundgedanken dieses Entwurfs, wie auch der Absicht gegenüber der KPD, scharf widersprochen, und zwar nicht, wie jetzt im Pressedienst der CDU gesagt wird, aus Neinsage-Manie (vgl. Nr. 274), sondern weil wir davon ausgehen, daß Politik zweckhaftes Handeln sei und weil wir in dem Fall KPD überzeugt sind, daß der Zweck nicht erreicht wird, sondern nur sein Gegenteil. Die KPD ist in der letzten Zeit ständig zurückgegangen, deutlicher Beweis der Ausgang der Betriebsratswahlen in meinem Wahlkreis (Rüsselsheim, Opelwerke). Die KPD hat sich schon seit einiger Zeit auf die Illegalität vorbereitet und die käme ihr fast wie gerufen, denn sie gäbe den schicklichen Anlaß, weiteren Rückgang zu verbergen und auf das Verbot zu schieben. Wir haben also gute Gründe. Und schließlich ist es ja so, daß die SPD im Kampf gegen die KPD in der vordersten Linie steht, da die Wählerschicht, an die sich die KPD wendet, auch die Wählerschicht ist, mit der die SPD rechnet.

Prof. Dr. Ludwig Bergsträßer
Abgeordneter des Deutschen Bundestages

Neue Zeitung
2.12.1951

ED-700126-34

Was wird aus der zweiten Kammer?

Von Dr. Ludwig Bergsträsser, Mitglied des Parlamentarischen Rates

Die CDU-Fraktion des Parlamentarischen Rates hat es schwer; sie ist so verschiedenartig zusammengesetzt, daß es ihr nicht leicht fällt, zu den entscheidenden Fragen einheitlich Stellung zu nehmen.

Das hat sich deutlich an dem Vorschlag gezeigt, den der Redner der CDU in der öffentlichen Sitzung zu der Frage machte, ob man einen Senat oder einen Bundesrat schaffen solle, d. h. eine neben der Volkskammer stehende Länderkammer aus Mitgliedern, die frei gewählt werden und frei abstimmen, oder aus Mitgliedern, die Vertreter der betreffenden Länderregierungen und infolgedessen natürlich an Instruktionen gebunden sind. Für jedes dieser Systeme gibt es gute Gründe. Aber es ist fraglich, ob diese guten Gründe besser werden, wenn man diese beiden Systeme mischt wie einen Cocktail. Was würde dabei herauskommen? Die eine Hälfte der Senatoren soll nach dem Vorschlag der CDU von den Regierungen ernannt werden. Sie soll zwar in ihrer Abstimmung frei sein, dafür sollen aber die Regierungen das Recht haben, sie jederzeit zurückzurufen. Das schmeckt etwas nach dem freiwilligen Zwang vergangener Tage, und da die Vertreter der Regierungen aller Wahrscheinlichkeit nach und vernünftigerweise Beamte sein werden, so wird der Zwang dadurch größer und die Freiwilligkeit kleiner. Die Senatoren sollen nach dem Vorschlag von Dr. Lehr von den Landtagen gewählt werden, also nicht, wie in den Vereinigten Staaten von Amerika, von der Gesamtbevölkerung des betreffenden Landes, auch nicht wie die französischen Senatoren früherer Zeit von den Selbstverwaltungskörpern der einzelnen Wahlbezirke. Die Erfahrungen, die wir im Parlamentarischen Rat gemacht haben, sprechen nicht gegen die indirekte Wahl durch die Landtage. Aber wenn der Vorschlag der CDU die Landtage an eine Vorschlagsliste binden will, die von den Länderregierungen aufgestellt wird, so werden auch diese freigewählten Senatoren indirekt abhängig, d. h. mindestens ihre Wiederwahl. Wenn sie der Regierung nicht gefallen, wenn sie sich frei und unumwunden den Wünschen ihrer Regierungen entgegenstellen, so setzt sie die Regierung nicht auf die nächste Liste. Aus ist's entweder mit dem Amt des Senators oder mit der Freiheit. Und das wäre doch wahrlich schade. Im Grunde genommen ist die so gemischte Länderkammer der CDU eigentlich ein Bundesrat mit einem kleinen Feigenblatt für die öffentliche Meinung. Dann sollte man doch ehrlich sein, oder besser gesagt konsequent, und den Bundesrat wirklich wollen.

Aber das hat nun wieder vom Standpunkt der CDU aus einen anderen Haken. Die CDU will, daß beide Kammern gleichberechtigt seien, das heißt, daß z. B. für die Gesetzgebung übereinstimmende Beschlüsse beider Kammern erforderlich sind. Das ist nach den bisherigen Verfassungen möglich, wenn man einen Senat hat, unmöglich dagegen, wenn man einen Bundesrat hat. Also darf der Bundesrat kein Bundesrat sein. Es ist nicht zu bestreiten, daß man da und dort mit dem System gleichberechtigter Kammern auch gute Erfahrungen gemacht hat. Aber für die augenblickliche Zeit hat es einen Mangel: alle Entscheidungen dauern noch länger, und da in einer parlamentarischen Demokratie ohnehin nicht so rasch gearbeitet wird wie in einem Staate der Diktatur, wo der eine große Mann binnen fünf Minuten sagt, was richtig ist und also zu geschehen hat, so könnte dieses komplizierte System die höchst unerfreuliche Nebenwirkung haben, daß in der Bevölkerung, da sie ja aus Deutschen besteht, die in allen politischen Fragen höchst ungeduldig sind, der Ruf nach einem großen Mann sich wieder erhöhe trotz der Erfahrungen, die wir eben gemacht haben.

Neuer Vorwärts
30.10.48

Institut für Zeitgeschichte

ED-196/26-35

23. Feb. 1953

Professor Dr. Ludwig Bergsträßer 70 Jahre alt

DARMSTADT (DE). Heute feiert in Darmstadt Professor Dr. Ludwig Bergsträßer, Regierungspräsident a. D. und SPD-Bundestagsabgeordneter des Kreises Groß-Gerau seinen 70. Geburtstag. Er — eine der markantesten Erscheinungen im politischen Leben Deutschlands — hat sich besonders bei der Neuordnung des hessischen Staatswesens nach dem zweiten Weltkriege große Verdienste erworben.

Es war für Prof. Dr. Bergsträßer nicht leicht, in dem Chaos des Zusammenbruchs mit dem Wiederaufbau der hessischen Landesverwaltung zu beginnen. Schon am 8. Mai 1945 wurde er von der amerikanischen Militärregierung zum Präsidenten der Provinz

(DE-Archivbild)

Starkenburg und später, nach Hinzuziehung der Provinz Oberhessen, zum Präsidenten der „Deutschen Regierung des Landes Hessen" ernannt. Unter seiner verantwortlichen und umsichtigen Leitung vollzog sich Zug um Zug der Verwaltungsaufbau. Nach Bildung der hessischen Landesregierung wurde er zum Regierungspräsidenten des Regierungsbezirks Darmstadt ernannt. Nach Erreichen der Altersgrenze trat er am 1. September 1948 in den Ruhestand.

Auf dem politisch heißen Boden seiner elsässischen Heimat (Altkirch in Oberelsaß) wurde Prof. Dr. Bergsträßer früh politisiert. Schon als Student der Geschichtswissenschaften (Universitäten Heidelberg, München, Leipzig und Paris) schrieb er politische Arbeiten und hielt politische Vorträge. 1924 bis 1928 war er Mitglied des Reichstages für die Demokratische Partei. Als diese sich mit dem Jungdeutschen Orden zur Staatspartei vereinigte, trat er zur SPD über.

Die wissenschaftlichen Arbeiten von Professor Bergsträßer beziehen sich im wesentlichen auf die Geschichte des 19. Jahrhunderts. Dabei kam ihm auch die jahrelange Tätigkeit in der Forschungsabteilung des Reichsarchivs zustatten, in die er im Jahre 1920 berufen worden war.

Dort erhielt er im Jahre 1938 den Sonderauftrag, die Geschichte des Frankfurter Parlaments zu schreiben. Sein Werk über die „Geschichte der deutschen Parteien in Deutschland" erschien 1932 bereits in sechster Auflage. 1952 brachte der Isar-Verlag in München die siebente Auflage heraus. Dieses Buch wird von allen Parteien als eine absolut sachliche Arbeit anerkannt.

Im Juni 1933 war Bergsträßer als ein ausgesprochener Feind des Nationalsozialismus aus dem Amte vertrieben worden. Er hatte daraufhin in Darmstadt Verbindung zu den illegalen Gegnern Hitlers gesucht. Am 20. Juli 1944 war er durch enge Zusammenarbeit mit Wilhelm Leuschner beseitigt und entging nur durch besonders glückliche Umstände dem Schicksal der Opfer dieses denkwürdigen Tages.

Prof. Dr. Ludwig Bergsträßer, dessen Lebensweg ihn durch viele europäische Länder führte und der sich längere Zeit in Frankreich und England aufhielt, ist auch ein durchaus musisch veranlagter Mensch von großer Kunstliebe und großem Kunstverständnis.

In einer Broschüre „Mein Weg", die er zu seinem heutigen Geburtstag veröffentlichte, und in der er versucht, „seinen persönlichen Lebensweg mit der Entwicklung seiner Umwelt, seines Volkes und seines Staates in Verbindung zu bringen", sieht der Politiker Bergsträßer ein wesentliches Problem der Zukunft darin, „daß die gewaltige soziale Umschichtung auch im Politischen berücksichtigt werden muß, weswegen mir eine einseitig besitzlichen Interessen dienende Wirtschaftspolitik auch dann große Gefahren zu enthalten schien, wenn ich nicht überzeugt wäre, daß man einer großen wirtschaftlichen und politischen Ideologie wie dem Kommunismus fruchtbar nicht entgegenwirkt, wenn man sich aus Angst in kompromißlose Gegnerschaft scheuchen läßt."

Institut für Zeitgeschichte Archiv

Erste Arbeit für eine staatliche Ordnung

Von Professor Dr. Bergsträßer

Die Lage nach der bedingungslosen Kapitulation von 1945 war von der des Jahres 1918 wesentlich verschieden. 1918 war die staatliche Gewalt in deutscher Hand geblieben, diesmal war sie an die Siegermächte übergegangen, die sie in treuhänderische Verwaltung genommen hatten, wie der Staatssekretär Hymmen in seiner berühmten Rede in Stuttgart 1945 zutreffend ausführte. Das bedeutete, daß diese Treuhänder die Ausübung dieser Gewalt oder eines Teiles dieser Gewalt übertragen konnten, es bedeutete aber zugleich, daß jede einzelne Besatzungsmacht in ihrem Gebiet damit nach Belieben verfahren konnte. Damit war die Neuordnung an die Grenzen der Besatzungszonengebunden. Das ist wichtig geworden, man kann sagen entscheidend, denn darauf beruht die Entwicklung der Sowjetzone und teilweise die Abgrenzung der Länder.

Als die Besatzung begann, wußten wir Deutschen eigentlich gar nichts von den Absichten der Sieger. Wir erfuhren bald durch die Tatsachen, wie sie die Besatzungsgebiete abgrenzten, wir hatten sonst nur von dem sogenannten Morgenthauplan vernommen, der die Reagrarisierung Deutschlands vorsah, d. h. die Vernichtung der gesamten Industrie. Ob er offiziell angenommen war, wußten wir nicht.

Das erste, was wir zu unserer Erleichterung feststellen konnten, war die Tatsache, daß die amerikanische Militärregierung sich nicht an den Morgenthauplan hielt. Im Gegenteil, sie erlaubte der Industrie zu arbeiten, soweit nicht militärische Bedenken vorlagen. Die politische Ordnung wurde zunächst von unten aufgebaut, auf Kreisebene. Uns war klar, daß dies nicht genügte.

Das deutsche Wirtschaftsleben war zu differenziert, die Abkapselung war nicht tragbar, schon wegen der Ernährung und wegen der Rohstoffe. Hier in Darmstadt gelang es schnell, die Amerikaner dazu zu bringen, wenigstens ein kleineres Gebiet unter einer Verwaltung zusammenzuschließen.

Prof. Dr. Ludwig Bergsträßer, Regierungspräsident a. D.

So entstand die Regierung für Starkenburg, die bald zur Regierung für Hessen wurde, allerdings ohne Rheinhessen. Auch das genügte natürlich nicht.

Von den verschiedensten Seiten wurde daran gearbeitet, ein größeres Gebiet zu schaffen. Oberbürgermeister Blum, damals Hanau, reichte Denkschriften ein. Ich tat dasselbe schon Ende April zum ersten Male, dann wieder Ende Juni aus einem besonderen Anlaß.

Die Militärregierung hatte beanstandet, daß ich die Landräte angewiesen hatte, eine Sitzung des Landesernährungsamtes in Frankfurt zu besuchen.

Ich machte in der Denkschrift darauf aufmerksam, daß eine ganze Reihe von Behörden Zuständigkeiten über die Grenzen meines Gebietes hinaus hätten, und schlug vor, aus den drei hessischen Gebieten ein Land zu bilden, das ich verläufig, amerikanischem Gebrauch mich anschließend, als Greater Hesse, Großhessen, bezeichnete. Mich leitete dabei der Gedanke, daß das Gebiet um Frankfurt herum eine Einheit werden müsse, und daß eine Vergrößerung um das nördlich anschließende mehr landwirtschaftliche Kurhessen praktisch sei, einmal weil dadurch das Gebiet bis zur Zonengrenze unter einheitliche Verwaltung kam, dann, weil man ja die Zukunft nicht voraussehen konnte und der Einschluß eines landwirtschaftlichen Ueberschußgebietes das Risiko verminderte. Die Militärregierung verschloß sich diesen Gedanken nicht, sie war aber doch vorsichtig und machte noch eine Stichprobe durch eine Befragung, à la Gallup. Die hatte ein besonders gutes Ergebnis, alle Befragten stimmten zu. So kam es im Oktober 1946 zur Bildung des Landes Großhessen.

Die amerikanische Militärregierung betrachtete die Schaffung dieses Landes als endgültig. Deshalb wollte sie noch kurzer Zeit, daß es eine Verfassung bekäme. Die Regierung wurde mit den Vorarbeiten betraut. Ministerpräsident Geiler beauftragte den Professor Jellinek in Heidelberg, einen Entwurf zu machen, der zunächst im Laufe des Winters von einem kleinen Kreise beraten wurde, dem ich auf Vorschlag meiner Partei angehörte. In diesem Ausschuß wurde ein Entwurf fertiggestellt, der allerdings nicht offiziell den Beratungen der verfassungsberatenden Landesversammlung zugrunde gelegt wurde, da diese auf meinen Vorschlag hin sich als solche an Vorschläge nicht gebunden erachtete.

Bei der Beratung über die Verfassung war ich im wahrsten Sinne des Wortes leitend beteiligt, da ich auf Vorschlag meiner Fraktion Vorsitzender des Verfassungsausschusses wurde. Mit der Unterstützung erfahrener Politiker aus den beiden großen Parteien — ich nenne den damaligen Landrat, Herrn Stieler von der CDU, den späteren Ministerpräsidenten Stock von der SPD — und der Hilfe von Experten, Kanka (CDU), Caspary (SPD), gelang es schließlich, beide Fraktionen auf ein Kompromiß zu einigen, dem sich auch die KPD anschloß. Nur die FDP unter Führung des Herrn Euler blieb draußen.

Es wurde ein Werk geschaffen, das immerhin alle Mitarbeiter auch insofern befriedigen konnte, als diese Verfassung mehr als alle anderen auf das Bonner Grundgesetz eingewirkt hat. So findet sich in der Hessischen Verfassung schon eine Bestimmung, die es einer in sich nicht einigen Opposition zweier Flügelparteien unmöglich macht, die Regierung zu stürzen, und ebenso die, wie mir scheint, für die weitere freiheitliche Entwicklung entscheidende Bestimmung, daß die Grundrechte Gesetzgeber, Richter und Verwaltung unmittelbar binden. Sie ist in besserer Formulierung in das Grundgesetz übergegangen: Artikel 1, Absatz 3. Mir war diese Bestimmung deshalb so angelegen, weil ich erlebt hatte, wie böswillige Richter in der Weimarer Zeit die Freiheit unterhöhlt hatten mit der Rechtsauffassung, daß die Grundrechte nur allgemeine und unverbindliche Deklarationen seien. Darum hatte ich sie schon in den Entwurf hineingebracht.

Es gelang mir und meinen Freunden auch, die CDU dazuzubringen, daß sie ihren Antrag auf eine Erste Kammer zurückzog. Uns schien das für die Zukunft eine zu große Belastung des Apparates. Wir waren uns mit allen Beteiligten darin einig, daß diese Hessische Verfassung zwar für das Land nach innen hin endgültig sein sollte, daß sie aber gerade deshalb von vornherein alle Möglichkeiten bieten müsse, zu einem größeren Organismus zu kommen. Deshalb haben wir auch den Vorspruch der Verfassung, die Präambel, entsprechend gefaßt und darin ausdrücklich Hessen als Gliedstaat der Deutschen Republik bezeichnet.

Rückschauend können wir wohl sagen, daß die Entwicklung, die ich hier aufgezeigt habe, zu einem guten Ende geführt hat. Sowohl die räumliche Anordnung des Landes, die ich übrigens in bezug auf seine Westgrenze nicht als abgeschlossen betrachte, wie auch der verfassungsmäßige Rahmen haben sich bewährt, trotz aller Einengungen und Hinderungen der damaligen Zeit, zu denen nicht zuletzt gehörte, daß die Militärregierung uns termintäglich band und uns zu schneller, ja wahrer Hetzarbeit veranlaßte.

Institut für Zeitgeschichte

ED-106/126-37

BETHGE, Eberhard

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-900/26 -38

Eberhard Bethge
Studentenpfarrer

Berlin-Charlottenburg
Jebenstr.3 ,
den 14.6.52.

Sehr geehrter, lieber Herr Hammer,

Vielen Dank für Ihren Brief. Ich denke, es ist die schnellste und vollständigste Hilfe für Sie, wenn ich Ihnen die Zusammenstellung ausleihe, die wir noch im Jahr 1945 gemeinsam angefertigt haben. Sie ersehen daraus, Dass Ihre Aufstellung einige Fehler enthält. Hildebrandt bediente sich seinerseit auch meiner Protokolle und Zusammenstellung. Bernsdorf, Guttenberg und Koch gehören nicht in die Nummer 1-15.- Bernsdorf, Guttenberg und Schneppenhorst sind die 3, die bei uns in der Nacht vom 23.-24. April herausgeholt wurden. Koch gehört zur Prinz Albrechtstr. Dr. Ense, jetzt hier in Berlin wieder praktizeirender Arzt, war zunächst in der Lehrterstr., erlebte aber das Ende in der Prinz Albrechtstr. Zu den 16, die bei uns inder Nacht vom 22. zum 23. April herausgeholt wurden, gehören: Moll, Sosimoff, zur Nieden. Der 16. war der entkommende Kosmey. Generak von Rabenau und Theodor Strunk endeten auch nicht in der Prinz Albrechtstr., sondern im KZ Flossenbrück.

In der Hoffnung, dass Sie aus dem langen Aktenstück alles ersehen, was Ihnen wichtig ist und mit der Bitte um gelegentliche Rückgabe bin ich

Ihr ergebener

Eberhard Bethge

An
Herrn Walter Hammer
Hamburg 39
Bilserstr.16 a

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/26-33

16. Juni 52

Lieber, verehrter Herr Pastor Bethge!

Die Fülle des hereinströmenden Materials ließ mich noch nicht dazu kommen, die mir gütigst leihweise überlassenen Papiere durchzuarbeiten, doch ist es mir ein Herzensbedürfnis, Ihnen un verzüglich herzlichen Dank zu sagen für Ihre v ständnisvolle Unterstützung. Zusammen mit den Aufschlüssen, die ich auch schon anderer Seite her in Empfang nehmen durfte, wird es nun wohl möglich sein, ein histxorisch getreues Bild der Ereignisse zu gestalten. Ich finde, daß es der Darstellung von Rainer Hildebrandt an der nötigen Klarheit gefehlt hat.

Sie können sich darauf verlassen, daß Sie die Papiere recht bald unversehrt zurückerhalten werden.

Schließlich noch: Als ich kürzlich für 8 Tage nach Berlin geflogen kam, wollte ich auch Pfar rer Claus Block besucht haben, den ich wohl au dort in der Jebenstraße hätte erreichen können Leider aber reichten Kraft und Zeit nicht mehr für diesen Besuch. Wollen Sie wohl die Freundlichkeit haben, herzliche Grüße von mir für Herrn Pfarrer Block und seine Frau zu sagen? Von Herrn Pfarrer Block werden Sie wohl auch einiges über meine bisherige Arbeit, speziell in Brandenburg, erfahren können.

Mit verehrungsvollem Gruß
verbleibe ich
Ihr ergebener

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-706/26-40

26. Juni 52

Herrn
Pfarrer Eberhard Bethge
Berlin-Charlottenburg
Jebenstraße 3

Lieber verehrter Herr Pfarrer!

Nachdem ich Ihre wertvollen Aufzeichnungen nun gründlich durchgearbeitet habe, schicke ich Ihnen die Papiere mit herzlichem Dank zurück. Unterdessen bin ich auch schon mit Dr. Heinz Haushofer in Verbindung gekommen, wie ich Herrn Dr. Ense mancherlei gute Aufschlüsse zu verdanken habe. Mit Herrn Schilling habe ich in Verbindung zu kommen versucht, doch mußte ich erfahren, daß er sehr schwer erkrankt sei und größter Schonung bedürfe.

Die Witwen Schneppenhorst und Döhre wissen heute noch nicht, was überhaupt mit ihren Männern geschehen ist. Sie haben wohl nichts dagegen, wenn ich gelegentlich von meinem WissenGebrauch mache? Es ist ja doch wohl unsere Pflicht, allenthalben zur Aufklärung beizutragen, denn es muß für die Frauen doch schrecklich sein, unaufhörlich im Dunkeln zu tappen.

Mit herzlichen Grüßen und Wünschen, bitte gelegentlich auch für Herrn Klaus Block, verbleibe ich Ihr

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-706/26 - 47

29. Juni 1952

Herrn
Pfarrer Eberhard Bethge
Berlin-Charlottenburg
Marienburgerallee 50

Lieber verehrter Herr Pfarrer!
Nachdem Sie meine Bitte um Unterstützung so grosszügig erfüllt haben, werden Sie es mir vielleicht nicht übelnehmen, wenn ich mich abermals vertrauensvoll an Sie wende, stimmen wir ja doch in dem Willen überein, den Opfern der Hitlerzeit alle ihnen gebührende Ehre zu sichern.
Wie ich Ihnen wohl schon schrieb, stamme ich selbst aus evangelischem Hause; der alte Pastor Niemöller hat mich noch in meiner alten Heimat Elberfeld konfirmiert. So liegt es mir natürlich am Herzen, dass auch Protestanten zur Geltung kommen. Sie werden sich sicher gewundert haben, dass in Brandenburg kein einziger protestantischer, wohl aber 19 katholische Geistliche ihr Leben unterm Fallbeil lassen mussten.
Wissen Sie vielleicht dort in der Jebenstrasse, wann und wo der ev.Pfarrer Dr. Alfred Kaufmann-Giessen sein Leben lassen musste? Er ist 1942 zum Tode verurteilt worden. Vielleicht hat er sogar mit Plötzensee etwas zu schaffen gehabt? Wie lagen eigentlich die Dinge bei Pfarrer Koppenrath, der wegen seiner Kanzelpredigten ins Gefängnis (vielleicht sogar nach Plötzensee?) gesteckt und dann aus Berlin verbannt worden ist? Wäre es Ihnen wohl möglich, mir noch ev.Geistliche zu nennen, die in Plötzensee eingekerkert sassen? Wir können natürlich absehen von Dietrich Bonhöffer und dem übrigen Kreisauer-Kreis, dessen streng religiöse Haltung schon zur Geltung

kommen wird.

Noch eine weitere Bitte an die ganze Jebensstrasse Noch am 12. Januar 45 ist in Plötzensee die Krankenschwester Gertrud Seele im Alter von 27 Jahren hingerichtet worden, weil sie verfolgte Juden in Schutz genommen hatte. Was weiss man von ihr? Wie könnte ich an ein Bild von ihr kommen?

Lassen Sie mich bitte auch auf Ihre Rundfunkrede noch einmal zurückgreifen. Sie erwähnten damals Hilde Jacobi und Ludwig Steil. Was war es eigentlich mit ihnen?

Ist Ihnen bekannt, dass ein strenggläubiger Medizinstudent aus Homburg v.d.Höhe am 3.9.43 in Plötzensee hingerichtet worden ist: Arnd von Wedekind?

Zu allem Überfluss habe ich es nun brandeilig, wäre Ihnen deshalb für baldige Antwort besonders dankbar. Haben Sie doch die Güte, Herrn Pfarrer Claus Bleck wiederum herzlich von mir zu grüssen. Er wird Ihnen auch gerne bestätigen, wie ernst es mir mit meiner Arbeit ist.

Mit freundlichen Grüssen verbleibe ich

Ihr

ED-106/26 -42

30. Juni 52

Herrn
Pfarrer Eberhard Bethge
Berlin-Charlottenburg
Jebenstraße 3

Lieber verehrter Herr Pfarrer!

De Sie bei all Ihrer gütigen Hilfsbereitschaft meinengestrigen Brief nicht postwendend haben erledigen können, darf ich heute wohl eine weitere Frage folgen lassen. Diese hatte ich schon meinem alten Sachsenhausen-Kameraden Propst Heinrich Grüber gestellt, der aber noch für weitere 14 Tage seine Ferien genießt und im Augenblick unerreichbar zu sein scheint.

Die Frage betrifft den Pfarrer Werner Sylten, der gleich mir aus der Jugendbewegung hervorgegangen sein soll und allgemein als großer Idealist geschildert wird. Er mußte am 26. Aug. 42 in Dachau elend umkommen, nachdem man es ihm übel angekreidet hatte, daß er Juden in Schutz genommen hatte. Sind Ihnen in der Jebenstraße über ihn vielleicht noch weitere Momente bekannt, die für ihn sprechen? Hat man ihn auch in Plötzensee festgesetzt gehabt?

Mit freundlichen Grüßen verbleibe ich in der Hoffnung auf Wunscherfüllung Ihr

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

2. 7. 52

ED-106/26 - 43

Lieber Herr [illegible]!

Vielen Dank für Ihr Zuschrift. Leider kann ich z. Zt. nur beschränkte Zeit für Sie [illegible]. [illegible] konnte ich nur auf auf meine Notizen zurückgreifen, [illegible] ich augenblicklich kein [illegible] über das Material hier verfügen kann. Für die erfragten Personen gibt es einige [illegible]. Es gibt außerdem ein Archiv der Kirchen[illegible] bei der kirchl. Hochschule Berlin - Zehlendorf, geleitet v. Prof. Harder (K. Hochsch. Bln, Zehl. Heimat 27), dort können Sie [illegible] alle Literatur [illegible].

der Sohn v. W. Sylten studiert jetzt an der Freien Universität
[illegible] Evgl. Studentengemeinde an der F. U., Dahlem, Rudeloffweg 27

Auskünfte auch b. Prof. Harder
oder Prof. Albertz Spandau, Behnitz 3

Kaufmann - Giessen ist [illegible].
([illegible] zu erfragen ?)

Koppenrath unbekannt
(bei Harder ?)

Seele ebenfalls

Hilde Jacobi bei Harder

Steil, dessen Frau lebt in Wanne - Eickel

Wedekind unbekannt.

ED-106126-44

Eberhard Bethge
Studentenpfarrer

Berlin-Charlottenburg
Marienburger Allee 43,
den 26.9.52.

Sehr geehrter Herr Hammer,

Auf Ihre Anfrage hin konnte ich Ihnen folgende Personalien und Daten für die Herausgabe Ihres Buches ermitteln:

48.) Anschrift von Propst S c h a p p e r:
Gross Möhringen, Kreis Stendal (Sachsen)

50.) Betr. Prüfungsprozesse der Bekennenden Kirche, in Untersuchungshaft ab 1.5.41. bis zum Urteil im Dez.41. (Es waren mehrere öffentliche Prozesse, sie fanden im Kriminalgericht, Berlin-Moabit statt.)

Albertz, Martin Prof. Berlin-Spandau 1 Jahr 6 Mon
Am Behnitz 3
(im Moabiter Gefängnis und in Tegel)

Assmussen, Hans 7 Monate

Böhm, Hans Propst.Dr. Berlin-Zehlendorf 4 Monate
Teltower Damm 224

Dehn, Günther Prof. in Bonn 1 Jahr

Grauer, Elisabeth Vikarin , jetzt in Ostdeutschl. 4 Mon.

Harder, Günther Prof. Kirchl. Hochschule, Berlin-Zehlendorf, Heimat 26 - 7 Monate

Hitzigrath, Hellmut Pfarrer Berlin-W 40 Alt-Moabit 25
(verstorben) 7 Monate

Lokies, Hans Kirchenrat Friedenau Albestr.12 - 5 Monate

Wiese, --- 6 Monate

Prätorius, Pfarrer freigesprochen, jetzt in Düsseldor

Thiele, Barbara Mitarbeiterin im Burckhardthaus - 4 Mon

Vogel, Heinrich Prof. an der Kirchl. Hochschule - 7 Mona

Arnhelm, Ruth Sekretärin bei Prof. Albertz, (verstorben)
4 Monate

Michels, Grete Sekretärin 2 Monate

Nur zur Verhandlung:

Jacobi, Generalsuperintendent
Vogel, Ferd. 300,- Geldstrafe
Violett 1500,- "
Moldaenke das Verfahren eingestellt
Frau Albertz 300,- Geldstrafe
Herr Schröder 200,- "
Frau " 200,- "
Frau Blank 200,- "
Herr Lossau freigesprochen

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Mit freundlichen Grüssen
Ihr ergebener

Zeltz.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/26-45

14.November 1952

Herrn
Pfarrer Eberhard B e t h g e
Berlin - Charlottenburg
Marienburger Allee 50

Lieber, verehrter Herr Pfarrer !

Inzwischen aus dem Sanatorium zurückgekehrt, kann ich nun mit frischer Schaffenskraft neu ans Werk gehen. Ich hoffe auch, daß es mir beschieden sein wird, das Plötzensee-Buch noch zu vollenden. Leider kann ich nicht umhin, auch Sie noch einmal mit einer Frage zu belästigen. Wenn Sie selber keinen Rat wissen, kann mir vielleicht der eine oder andere in der Hebenstraße helfen, vielleicht sogar Pfarrer Block, den ich herzlich von mir zu grüßen bitte.

Zu den in Plötzensee Hingerichteten gehörte auch ein Fliegeroffizier Georg Albrecht von Spieß, der aus Stuttgart stammte aus einer dort sehr geachteten Familie. Er hatte einen Bruder Wolfgang, der 1941 im Berliner Adreßbuch als Rittmeister a.D. vermerkt stand, und in Staaken wohnte, Heerstraße 38 a.

Dort in Berlin lebte auch eine Schwester dieser Gebrüder von Spieß mit Vornamen Asta. Sie wirkte in Berlin als Weißzeugbeschliesserin im Christlichen Hospiz am Askanischen Platz. Mir wäre sehr viel daran gelegen, wenn ich mit dieser Dame noch in

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Verbindung kommen könnte, da sie mir wahrscheinlich ein Bild ihres hingerichteten Bruders für mein Plötzensee-Buch zur Verfügung stellen könnte.

Vielleicht wissen Sie mir einen brauchbaren Fingerzeig zu geben?

Verargen Sie mir bitte diese neue Belästigung nicht.

Mit freundlichen Grüßen verbleibe

Ihr

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

nach London 9/9 53

E. Bethge

ED-106/IE-46

Berlin-Charlottenburg, 23.5.53
Marienburger Allee 43

Lieber Herr Hammer

Vielen Dank für Ihren Brief v.2o.5. Leider kann ich Ihnen diesmal beinahe garnicht weiterhelfen. Von einem Strahlenbrief von Karl Immer weiss ich leider nichts und konnte hier auch nichts weiter ausmachen. Es leben aber Söhne von Karl Immer soviel ich weiss ein Studentx Friedrich Immer und ein Vikar Theodor Immer, beide meines Wissens in Göttingen. Aber die nähere Anschrift? Kirchliche Beziehungen im Rheinland müssten Ihnen da weiterhelfen.

Aus den bei mir vorhandenen Briefem von Ihnen kann ich mir nichts Erleuchtendes herausfinden, um Ihre Frage nach der Krankenschwester zu beantworten. Entweder muss ein Brief verloren sein oder Sie hatten das mich doch noch nicht gefragt.

Claus Block ist am Sonnabend vor Ostern an einer Lungensache gestorben, für uns alle doch überraschend. Aber eine schwere Operation hat er nicht überstehen können.

Zu Ihrem Festtag möchte ich Ihnen meine herzlichsten Wünsche sagen! Vor allem wünschen wir uns, dass Sie Ihre Sammeltätigkeit zu einem guten Abschluss bringen dürfen. Zwar wird es Ihnen so ergehen, dass Sie mit jedem Neuland, das Sie dabei entdecken, neue Unerledigte Menschengruppen und verzweigungen neue Arbeit bringen. Aber das erhöht ja nur den unschätzbaren Wert Ihrer Unternehmungen. Möchte Ihre Gesundheit nicht allzu sehr angegriffen werden

Mit allen guten Wünschen und herzlichen Dankesgrüssen Ihr sehr ergebener

Bethge.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-706 26-47

BEUSCH, Hans

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

8. 4. 53 (H/Hg)

ED-106126-48

Herrn Direktor
Dr. Hans Beusch
Essen - Bredeney
Ruschenstraße

Sehr geehrter Herr Direktor!

Verargen Sie es mir bitte nicht, daß ich Sie heute um eine Unterstützung meiner sehr mühsamen Forschungsarbeit bitte. Wenn Sie schon das von Günther Weisenborn herausgegebene Buch durchgearbeitet haben, konnten Sie wohl feststellen, daß ich dazu das meiste Material beigesteuert hatte. Vielleicht haben Sie mich auch schon im NWDR sprechen hören, insbesondere über Brandenburg. Gegenwärtig arbeite ich an illustrierten Werken über Brandenburg und Sachsenhausen. Der Westberliner Magistrat hat mich beauftragt, auch noch ein Buch über Plötzensee zu veröffentlichen. Dabei bin ich ganz auf die Unterstützung der Eingeweihten angewiesen. Und so hoffe ich zuversichtlich, auch Sie nicht vergebens um Hilfe bitten zu brauchen.

Bin ich zutreffend unterrichtet, dann sind Sie seinerzeit zusammen mit Herrn Direktor Loeser verhaftet und zu Zuchthaus verurteilt worden. Gegen Freislers Urteil soll Himmler Berufung eingelegt haben, weil er auch für Sie die Todesstrafe verlangt hatte. Vor allem würde mich nun interessieren zu erfahren, ob vielleicht auch Sie bei uns in Brandenburg waren.

Darüber hinaus dürften wir in der Auffassung übereinstimmen, daß einer Inflation des Märtyrerruhms energisch entgegengetreten werden muß. Über den 20. Juli sind

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ganz phantastische Zahlen leichtsinnig in die Welt gesetzt und eifrig kolportiert worden.

Insbesondere zwei Fehlerquellen sind festzustellen. Da wäre einmal der angebliche SS-Bericht, womit sich im Jahre 1947 die "Nordwestdeutschen Hefte" böse haben reinlegen lassen. Da hätte sich der SS-Obersturmbannführer Dr. Kiesel in einem Gefangenenlager renommierend über seine Tätigkeit in der "Sonderkommission 20. Juli" ausgelassen, und ein an seinem "Parteichinesisch" sofort zu erkennender "Antifaschist" hatte sich die Weisheit Kiesels zueigen gemacht, der bekanntlich in Jugoslawien erhängt wurde. Es mag schon stimmen, daß im Verlauf jener Aktion 7000 Personen verhaftet worden sind, die dann aber bis auf ein paar Hundert bald wieder freikamen. Angeblich sollen nicht weniger als 700 Offiziere erschossen worden sein. Außer den Ihnen wie mir längst bekannten Namen, weiß ich eigentlich nur noch von einem Offizier, der erschossen worden ist: Der Schwiegersohn von Freifrau von der Lancken. Aber wer weiß etwas von 700?

Aus ganz, ganz ferner Perspektive hat Professor Rothfels, schon mit den Augen eines Amerikaners, die Vorgänge in Deutschland betrachtet. Und so hat er publiziert, daß nach dem 20. Juli nicht weniger als 4980 Hinrichtungen stattgefunden hätten. Nach meinen sorgfältigen Berechnungen und Schätzungen sind nach dem 20. Juli noch ca. 3900 Todeskandidaten hingerichtet worden, wovon aber "nur" ungefähr 100 etwas mit dem 20. Juli zu schaffen gehabt haben. Nach meinen vorläufigen Feststellungen hat der 20. Juli unmittelbar 162 bis 168 Opfer gekostet, wobei auch schon alle Selbst- und Meuchelmorde mit einbezogen sind. Da Sie Herrn Dr. Goerdeler von Königsberg und Leipzig her freundschaftlich nahegestanden haben, sind Sie sicher besonders gut orientiert. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mich bei meiner schwierigen Aufgabe durch ein Gutachten unterstützen wollten.

Darf ich Sie zum Schluß noch bitten, mir doch womöglich die Adresse von Herrn Direktor Loeser anzuvertrauen, der ja zusammen mit meinem Freunde Dr. Theodor Haubach vor Freislers Blutgericht gestanden hat.

In alter kameradschaftlicher Verbundenheit
begrüße ich Sie bestens
als Ihr ergebener

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

DD-106 (20-03)

Krüppelwerker Dr. Hans Beusch

Chef des Gesundheitswesens in Königsberg, beste Freund Gördelers, dem er nach Leipzig folgte. Dort war er ebenfalls Chef des Gesundheitswesens. Als man gegen Gördeler agitierte ging es aber in die Industrie. Wurde kein Krüppelchef des Sozial- und Wohnungswesens (als Direktor) Gördeler wohnte mit Frau öfters bei ihm. (Noch heute: Bredeney, Reischenstr.) Nach dem 20.7. verhaftet. Vom Vg. verurteilt. 8 Jahre Z (?) Gegen Freislers Urteil Berufung von Himmler eingelegt. Vorlegte ++!

Beusch ehrenhaft als Zugrunde bei Krüppel

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/26 - 50

BLACHSTEIN, Peter MdB

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/8-57

26.Dezember 1951

Herrn
Peter Blachstein
M.d.B.
Hamburg-Blankenese
Am Klingenberg 2

Werter Genosse Blachstein! Verargen Sie es mir bitte nicht, dass ich Sie heute einmal mit ein paar Fragen belästige. Sie werden wahrscheinlich wissen, dass ich es mir besonders angelegen sein lasse, die Opfer der Nazityrannei zu ehren. Im NWDR und im Hessischen Rundfunk habe ich ja auch schon verschiedentlich gesprochen.

März/April 1933 steckte ich für ein paar Wochen in der SA-Kaserne Pirna, im Dresdner Polizeipräsidium und dann im Mathildenschlösschen, wo wir uns damals schon begegnet sein könnten. 1935 bis 1940 lebte ich als Emigrant in Kopenhagen. Waren Sie um diese Zeit ebenfalls in der dänsichen Hauptstadt? Dann dürfte ich Sie vielleicht gelegentlich bitten, mir im Dienste der Geschichtsforschung einige Auskünfte zu geben?

Offenbar ist es Ihnen gelungen, beizeiten über den Sund zu kommen. Bei mir misslang ein Versuch leider. Erich Alfringhaus, mit dessen Jacht wir fliehen wollten,

(Liesel Scheidemann war mit dabei) wurde mitten in der Nacht verhaftet und nahm sich bekanntlich das Leben, als er nach Berlin ausgeliefert werden sollte . Mir selber misslang ein ähnlicher Versuch, alsman mich Ende August 1940 auf einen langen Leidensweg schickte. Mit Kurt Heinisch und einigen andern deutschen Parteigenossen in Schweden stehe ich noch in Verbindung.

Wie gesagt, für einige kurze Aufschlüsse wäre ich Ihnen dankbar.

Mir sozialistischem Gruss und besten Neujahrswünschen

DEUTSCHER BUNDESTAG
Abgeordneter

ED-709/26-52

Bonn, den 19. 3. 52.
Fernruf 8341

Lieber Walter Hammer!

Ich danke Ihnen für die Schrift 'Brandenburg', die mich sehr interessiert hat.

Dabei fiele mir ein, dass Sie mich vor einiger Zeit mal eine Unterredung gebeten haben. Es wäre mir sehr recht, mit Ihnen zusammenzukommen. Wenn es bisher nicht geschah, dann ist nur die kurze Zeit, die ich am Anfange in Hamburg zur Verfügung habe, — bei den zahlreichen Verpflichtungen im Wahlkreis, die Ursache.

Vielleicht rufen Sie mich einmal an: 44 65 28, am besten zwischen 9 — 10 morgens.

Freundliche Grüsse

Ihr Blankenstein

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Peter Blachstein

Mitglied des Deutschen Bundestages

ED-106/26-53

53 Bonn /Hamburg, 28.2.1966

Fernruf 206

Die Wahl dieser Rufnummer vermittelt den gewünschten Hausanschluß.
Kommt ein Anschluß nicht zustande, bitte Nr. 2061 (Bundeshaus-Vermittlung) anrufen.

2- Hamburg 61
König Heinrich-Weg 11
Telef. 58 54 10

Herrn Walter H a m m e r

2-Hamburg 39

Veerstücken 9

Lieber Walter Hammer!

Ich danke Dir für Deinen Brief und die Beilage betreffend Herrn Rodriges. Ich bin längst in der Sache Rodriges beschäftigt. Sein Schicksal wird davon abhängen, wie der Prozeß ausgeht. Für diesen Prozeß hat er alle Rechtsgarantien und einen Rechtsanwalt.

Er scheint über genügend Geld zu verfügen, um seine Sache so gut wie möglich vertreten lassen zu können.

Mit herzlichem Gruß
Dein

Peter Blachstein

B/G

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-706/26 54

Gnade für die Rosenbergs gefordert!

Gefahr eines Justiz-Doppelmordes — Das Urteil gegen die Atomspione

Von Peter Blachstein, Mitglied des Bundestages

Unter den „unerledigten Angelegenheiten", die Expräsident Truman seinem Nachfolger Eisenhower übergeben hat, befindet sich auch das Gnadengesuch des zum Tode verurteilten Ehepaares Rosenberg. Zu diesem Thema sendet uns Bundestagsabgeordneter Blachstein den folgenden Beitrag:

Das Ehepaar Rosenberg ist in den Vereinigten Staaten wegen Atomspionage zum Tode verurteilt worden und wird hingerichtet werden, wenn der amerikanische Präsident von seinem Begnadigungsrecht keinen Gebrauch macht. Ich habe die Hoffnung, daß der Präsident der Vereinigten Staaten die Todesstrafe aufhebt, weil ich von der Schuld der Rosenbergs nicht überzeugt bin. Es gibt da sehr ernste Zweifel, die Gefahr des Irrtums, ja, eines Justiz-Doppelmordes.

Es muß in diesem Zusammenhang an die Affäre Sacco und Vanzetti erinnert werden. Beide Anarchisten wurden damals wegen eines Sprengstoff-Attentates, bei dem es Tote gegeben hatte, angeklagt und nach einem langen Verfahren hingerichtet. In der ganzen Welt fanden damals Demonstrationen für Sacco und Vanzetti statt, und die besten Geister Europas versuchten durch Petitionen das Leben der unschuldig Verurteilten zu retten.

Heute ist gerichtlich erwiesen, daß die beiden unschuldig waren. Im Sommer vorigen Jahres schrieben die amerikanischen Zeitungen, zum Ende der beiden unschuldig hingerichteten Anarchisten, es sei doch tröstlich und großartig, daß sich in den USA immer Menschen finden, die den Krieg um das Recht leidenschaftlich führen. Es ist tatsächlich heute etwas, den Kampf gegen ein Todesurteil, ohne Gefahr für das eigene Leben führen zu dürfen, denn niemand dürfte in Bulgarien für Petkow, in Ungarn für Rajk oder in der CSR für Slansky und damit gegen die Todesurteile und die kommunistische Terrorjustiz dieser Länder protestieren.

Aber je mehr Menschen in Rußland und in den Satellitenstaaten in Schauprozessen verurteilt und in Sklavenlagern vernichtet werden, um so sorgsamer muß in der westlichen Welt mit dem geschändeten Recht und den mißachteten Menschen umgegangen werden. Sollte man drüben nicht aus dem Justizmord an Sacco und Vanzetti gelernt haben, bei ernsten Zweifeln an einem Todesurteil ein solches nicht zu vollstrecken?

Auch wenn es um Kommunisten geht, die, selbst an der Macht, sofort jedes Recht beseitigen würden, müssen wir auf die Anerkennung des Rechts und des menschlichen Lebens bestehen. Es geht dabei weniger um die Rosenbergs und gar nicht um die Kommunisten, sondern um uns. Recht ist nicht, was im kalten Krieg nützt. Das Recht ist unteilbar, auch wenn es um Kommunisten oder Anarchisten geht.

Auch der Fall Rosenberg wird einmal restlos geklärt werden. Eine Begnadigung zu lebenslänglicher Haft würde verhindern, daß sie weiteren Schaden anrichten können. Aber die hingerichteten Rosenbergs würden als Märtyrer ihrer Idee, als „Opfer der amerikanischen Kriegsvorbereitungen" eine Glanznummer der kommunistischen Propaganda in der Welt sein. Diejenigen, die in ihrem Machtbereich blutige Judenverfolgungen in Gang setzen, würden die Rosenbergs als Opfer amerikanischer Rassenpolitik verherrlichen und es wird ihnen vielerorts geglaubt werden. Die Rosenbergs sind fanatische Kommunisten, leugnen aber Spionage getrieben zu haben. Die Beweise gegen die Rosenbergs sind lückenhaft, die Zeugen zweifelhaft. Daran ändert das formal rechtskräftige Urteil nichts.

Es darf kein Justizmord geschehen. Der Präsident der Vereinigten Staaten kann eine Wiederholung einer Tragödie wie die von Sacco und Vanzetti verhindern. Wird er im Stadium des kalten Krieges stark genug sein, lieber Nachsicht gegen zwei anscheinend Schuldige zu üben, als zwei vielleicht Unschuldige sterben zu lassen?

Institut für Zeitgeschichte Archiv

ED-10626-55

HAMBURGER ECHO

Nr. 2 Hamburg, den 4. Januar 1955

Bonn stört Beginn der Langwelle

Von Peter Blachstein,
Mitglied des Bundestages

Erst hatten wir keine Welle, dann fehlte die alliierte Genehmigung für die Errichtung eines deutschen Langwellensenders; lange fand man keine Organisationsform, und als schließlich diese und andere Hemmungen überwunden waren und man hätte feierlich am Jahresanfang beginnen können, da schoß das Bundeskanzleramt die provisorischen Vorbereitungen in die Versenkung. Dabei bestreiten alle Beteiligten, daß ein echtes Bedürfnis nach einem repräsentativen deutschen Sender bestehe. Ein gutes Programm für das ganze Deutschland und unsere Nachbarn in Europa, die sich für uns interessieren. Es sollte kein Kampfsender werden, sondern eine Stimme der Freiheit, deren Anziehungskraft in der Qualität des Gebotenen liegen sollte. Berlin sollte für den politischen aktuellen Teil des Programms der natürliche Ort sein, uns und Berlin zur Förderung. Dieser wichtige gesamtdeutsche Sender würde bereits seit Tagen arbeiten, wenn nicht Bonn sein Veto eingelegt hätte.

Vorläufig hat die Bundesregierung keine Zuständigkeit auf dem Gebiet des Rundfunks. Wir wünschen auch in der Zukunft keinen Regierungssender, weder im Bund noch in den Ländern. Als kulturelle Einrichtung wie als Mittel der Massenbeeinflussung gehört der Rundfunk in die Hände unabhängiger, schöpferischer Menschen, die von geeigneten Ausschüssen kontrolliert werden müssen. Eine neue Rundfunkstation für Deutschland ist keine Sache der Bundesregierung und darf auch nicht dazu werden. Die unseligen Lenzschen Rundfunkpläne scheinen fröhliche Urstid zu feiern, und machthüsternen, gleichschaltungshungrigen Bundespressebeamten scheint der Zeitpunkt gekommen, nun doch endlich das Instrument Rundfunk in ihr Amtsbereich zu bekommen.

Nachdem die Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten den NWDR mit der Vorbereitung der Langwelle beauftragt hatte, gab der Generaldirektor diesen Auftrag an den Hamburger Intendanten Ernst Schnabel weiter. Pflichtgemäß entwarf Schnabel einen Plan für den Aufbau eines deutschen Langwellensenders, mit dem Ziel, um die Jahreswende zu beginnen. Der Aufbau sollte in Etappen und provisorisch vor sich gehen, um Erfahrungen zu sammeln und Fehldispositionen zu vermeiden. Wir sind der Auffassung, daß der Aufbauplan Schnabels Mängel hatte und nicht in allen Einzelheiten glücklich war. Aber beginnen konnte und sollte man, nachdem schon viel zu lange Zeit verstrichen war. Über die strittigen Fragen konnte weiter verhandelt werden, eben weil es sich nur um ein Provisorium handelte. Schnabel, der die Langwelle während des Provisoriums neben der Intendanz des Hamburger NWDR leiten sollte, wurde von Bonner Beamten als nicht tragbar für die Bundesregierung bezeichnet. Als Gründe wurden genannt, Schnabel habe voreilig Entscheidungen getroffen, zu denen er nicht berechtigt gewesen sei. Darüber zu befinden hätten nur diejenigen, die Schnabel mit der Vorbereitung der Langwelle beauftragten, worunter sich die Bundesregierung nicht befindet. Hier wird deutlich, daß man in Bonn sich nicht mit Mitsprache bei den leitenden Redakteuren zufrieden geben will, sondern das Ganze nach Bonner Modell vielleicht auch im Raum Bonn aufbauen möchte.

Warum aber ist Ernst Schnabel als erster Intendant der deutschen Langwelle für Bonn nicht tragbar? Als ein unabhängiger Mann hat er diese Frage nun öffentlich gestellt, nachdem ihm das Bundeskanzleramt auf zwei Briefe keine Antwort gegeben hat. Die Öffentlichkeit hat ein Recht, eine Antwort zu erhalten. Wir wehren uns gegen die Heckenschützenmethoden von Beamten, die aus der Sicherheit ihrer Stellung auf Lebenszeit, ihnen oder ihren Ministern nicht genehme Männer verdächtigen und auf diese Weise, ohne Angabe von Gründen, zu denen sich der Betroffene äußern könnte, Stimmung zu machen versuchen. Schnabel ist kein Mann der Partei- und Gesangbücher, kein Freiwild für die vergifteten Pfeile aus der Küche des Herrn Globke. Gerade wir, die wir öfter mit Schnabel nicht einverstanden waren, empfinden diese Kampfesweise für unerträglich. Der verantwortliche Bundeskanzler sollte seine Kanzlei zur Respektierung der Ehre und des Ansehens freier Männer veranlassen. Es mag schwerfallen, aber vielleicht zu erreichen sein, wenn die Öffentlichkeit sich wirksam für Anständigkeit im Vorgehen der Behörden einsetzt.

Dieses Zwischenspiel, wir hoffen, daß es ein solches bleibt, zeigt uns, was blüht, wenn jene beamteten Kavaliere den Rundfunk in ihre Hände bekämen. Es gibt keinen Fall Schnabel. Es gab nur Störungen des Beginns des Langwellensenders durch die Bundesregierung. Mögen die Länder mit den Rundfunkanstalten rasch zu Entschlüssen kommen, die den deutschen Langwellensender mit der politischen Hauptredaktion in Berlin endlich zum Senden kommen lassen.

Institut für Zeitgeschichte IfZ

ED-106/26-56

Peter Blachstein

Journalist, Hamburg. - Geb. 30. 4. 1911 in Dresden. Studium Wirtschaft, Geschichte, Literatur, kaufmänn. Lehre. 1933–1934 in Haft aus politischen Gründen, vor 2. Verhaftung nach Skandinavien emigriert, 1945 Organisation der Hilfssendungen für notleidende Deutsche, Austausch von Gewerkschaftlern u. Kindern. Freier Journalist in Hamburg. SPD - Vorstand (Hamburg). 14. 8. 1949 MdB, 6. 9. 1953 MdH (Hamburg, Landesliste SPD).

HAMBURGER ECHO

Nr. 14. Hamburg, den 18. Januar 1955

Freiheit angeklagt

Von Peter Blachstein
Mitglied des Bundestages

Vor einem Jahr wurde der Kampfgefährte Titos und stellvertretende Ministerpräsident Milovan Djilas aus der Partei ausgeschlossen und aller Ämter enthoben. Tito selbst machte vor dem Zentralkomitee der Partei einem seiner nächsten Mitarbeiter den Prozeß. Djilas hatte in einer Artikelserie im Zentralorgan der Partei mehr Recht und mehr Freiheit gefordert. Und er beharrte auch vor der Partei auf seinen Auffassungen. Der einzige Freund, der öffentlich zu ihm hielt, der Titobiograph Vladimir Dedijer, kapitulierte und wurde noch einmal in Gnaden geschont.

Inzwischen haben die beiden das „Verbrechen" begangen, ihre Meinungen in Interviews in ausländischen Zeitungen erneut zu vertreten. Sie fordern ganz einfach den Abbau der Diktatur der Staatspartei, öffentliche Kritik und die Zulassung einer zweiten demokratisch sozialistischen Partei. Uns scheinen das gute, richtige Forderungen zu sein, für eine Demokratie Selbstverständlichkeiten. In Jugoslawien ist aber auf die Vertretung demokratischer Grundrechte die Einleitung eines Strafprozesses gefolgt. Die Vertretung demokratischer Auffassungen ist also in diesem Lande ein kriminelles Verbrechen.

Wir sind von diesen Nachrichten tief erschüttert. Wir hatten gehofft, daß die monströsen Anklagen in sich zusammenfallen würden. Jetzt wird aber gemeldet, daß der Prozeß bereits am 24. Januar stattfinden soll. Seine Vorbereitung deutet mehr auf Vernichtung der Angeklagten als auf Rechtsprechung. Die wüsten Beschimpfungen durch den Vizepräsidenten Kardelj erinnern an die schlimmsten Moskauer Prozeßpraktiken. Die Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Dedijer und sein Ausschluß aus dem Berufsverband unter Beifall der amtlichen Meute, alles das ist für jeden, dem Recht und Freiheit unveräußerliche Werte sind, alarmierend.

Das „Hamburger Echo" hat schon vor Jahren durch sachliche Reiseberichte seine Leser über die wirklichen Verhältnisse in Jugoslawien orientiert. Alle Zeichen auf größere Freiheit und ein milderes Regime wurden von uns dankbar registriert. Was sich aber jetzt in Belgrad abspielt, läßt uns an der Aufrichtigkeit der Erklärungen jugoslawischer Politiker zweifeln, die eine Demokratisierung ihres Landes verkündeten.

Es wäre ganz falsch, diesen Prozeß in Belgrad als einen kommunistischen Hauskrach zu bagatellisieren. Es geht mit den beiden Angeklagten um den künftigen Kurs Jugoslawiens. Wo die Freiheit der Meinung, die Unabhängigkeit der Persönlichkeit in Gefahr ist, sind wir aufgerufen, unsere Stimme zu ihrer Verteidigung zu erheben. In Belgrad sitzt die Freiheit auf der Anklagebank. Damit werden aus den Anklägern die wirklichen Angeklagten.

Institut für Zeitgeschichte Archiv

ED-106126-57

Hamburger Echo — Freitag, den 17. Februar 1956

Zur Debatte gestellt:

Warum nicht eine Amnestie?

Ein Vorschlag von Peter Blachstein, MdB

Die Todesurteile gegen Rudert und Held sind auf dem Gnadenwege umgewandelt worden. Der Proteststurm aus der Bundesrepublik und aus anderen europäischen Staaten hat einen Teilerfolg gebracht. Wir können uns aber mit der Umwandlung der Strafen in lebenslänglich Zuchthaus nicht abfinden. Die Begründung, daß von der Begnadigung Gebrauch gemacht wurde, um zur Milderung der Spannungen beizutragen, scheint uns bemerkenswert.

Wir begrüßen alles, was in den beiden Teilen Deutschlands geschieht und dazu beiträgt, die Verhältnisse zu normalisieren. Man irrt sich in Ost-Berlin, wenn man glaubt, daß uns die Umwandlung von zwei Todesurteilen beruhigt. Es geht um mehr als um zwei Urteile. Wir kennen nicht die Einzelheiten der Anklage und der Urteilsbegründung gegen Held und Rudert. Sie waren nach der Presse der Sowjetzone besonders darum verurteilt worden, weil sie andere veranlaßt haben sollten, nach Westdeutschland zu gehen. Inzwischen gibt es eine ganze Serie von Urteilen wegen angeblicher „Abwerbung".

Dieses neue „Verbrechen" ist geeignet, die Beziehungen der Deutschen untereinander zu erschweren. Auch nach der Verfassung der DDR ist die Freizügigkeit jedem Deutschen garantiert. Wir fordern, daß es dabei bleibt, daß jeder Deutsche dort leben kann, wo er es selbst wünscht.

Diese letzten Urteile wegen „Abwerbung" verlängern nur die Reihe der nach unseren Vorstellungen Unschuldigen oder sehr geringfügig Schuldigen, die meist zu sehr langen Zuchthausstrafen in der Zone verurteilt wurden.

Wenn die Sowjetunion noch zehn Jahren bereit war, die Kriegsverurteilten freizugeben, und darunter auch solche, die sich nach sowjetischer Auffassung schwer schuldig gemacht hatten, so sollte das für uns Deutsche ein Beispiel sein. Als Folge des kalten Krieges sind viele Deutsche auf beiden Seiten verurteilt worden. Die beiden Machtblöcke haben sich der Deutschen bedient und sie für ihre Nachrichtendienste verwandt. In der Bundesrepublik wurden Kommunisten verurteilt, und zahlreiche Prozesse laufen. In der Sowjetzone sitzen viele Tausende, weil sie sich gegen das Gewaltregime auflehnten oder einfach im Wege waren.

Sollten die beiden Teile Deutschlands nicht die Kraft haben, die Großzügigkeit aufzubringen, die Zuchthäuser und Gefängnisse zu öffnen? Es wäre ein Schritt zur Entspannung, der für alle nützlich wäre. Wieviele kleine Opfer des großen kalten Krieges würden aus ihrer verzweifelten Lage befreit werden!

In der Bundesrepublik wird uns hoffentlich niemand einzureden versuchen, daß unsere Freiheit ernsthaft bedroht würde, wenn einige Kommunisten aus den Gefängnissen und der Untersuchungshaft entlassen würden. Sollte sich auf der anderen Seite Pankow von der Freilassung der aus politischen Gründen Verurteilten bedroht fühlen?

Von drüben wurde die Umwandlung der Todesurteile als Beweis der Stärke des Regimes erklärt. Wenn es so ist, dürfte der Freilassung der politischen Gefangenen nichts im Wege stehen. Solange Tausende nach unseren Vorstellungen Unschuldige hinter Gittern schmachten, wird es keine dauerhafte Entspannung zwischen den beiden Teilen Deutschlands geben.

Man komme uns nicht mit dem Einwand, darüber könne man nicht verhandeln. Konnten wir die Freilassung der Verurteilten in der Sowjetunion erreichen, sollten wir es auch mit den Verurteilten der Zone versuchen. Wir verhandeln mit Pankow über den Interzonenhandel. Mindestens so viel sollten uns die Menschen wert sein.

Wer es ernst meint mit der Freiheit der Verurteilten, sollte sich nicht mit Appellen an die andere Seite begnügen, sondern die Amnestie auch im eigenen Bereich anbieten.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Vom BUNDESTAG

INFORMATIONSBLATT DER HAMBURGER SPD-BUNDESTAGS-ABGEORDNETEN

NUMMER 11 1. NOVEMBER 1952

Amerikaner finanzieren Mordbanden!

Von Peter Blachstein, Mitglied des Bundestages

Es tut sich einiges in der Bundesrepublik, und manches kommt an das Licht der Öffentlichkeit. So der Bericht des hessischen Ministerpräsidenten über eine Partisanenorganisation, die für erhebliche Gelder sich darauf vorbereitete, im Falle der Besetzung der Bundesrepublik durch die Russen Widerstand zu leisten. Es ist von amerikanischen Stellen nicht bestritten worden, daß tatsächlich Leute für solche Zwecke geworben und ausgebildet wurden. Es soll sich um frühere Offiziere im Alter zwischen 30 und 50 Jahren handeln. Organisatoren dieser Liliput-Privatarmee waren führende Figuren des „Bund Deutscher Jugend", der trotz seiner ziemlich unverhüllt gezeigten faschistischen Sympathien, die besondere Förderung der Regierungsparteien und finanzielle Unterstützung durch das Ministerium Kaiser erhielt.

Jener Bund zeichnete sich bei seinem Pfingsttreffen in Frankfurt dadurch aus, daß prominente Mitglieder der CDU und FDP da sprachen und während des Treffens Arbeiterkinder und Funktionäre überfallen wurden. Zur Partisanenausbildung gehörte auch politische Schulung und, wie immer bei solchen Organisationen, der Kampf gegen die Sozialdemokratie als zentrale Aufgabe. Nach in Hessen gefundenen Listen sollten für den Fall eines russischen Überfalls führende Sozialdemokraten beseitigt werden. Auf dieser Liste stehen die Vorsitzenden der SPD, Mitglieder des Parteivorstandes, Ministerpräsidenten, die Bürgermeister der Hansestädte und Berlins und viele andere, von denen jeder politisch nur ein wenig Orientierte weiß, daß diese Liste die aktivsten und besten Persönlichkeiten im Kampf gegen den Bolschewismus in Deutschland repräsentiert.

Für den schrecklichen Fall eines Krieges diese Männer beseitigen, hieße der CDU die Arbeit abnehmen, ein Stahnorden wäre dafür voll verdient! So verrückt, politisch irrsinnig das alles ist, gerade darin liegt ein Zeichen der Echtheit.

> **Genau so verworren und unreif, politisch hilflos, aber brutal zu politischen Zwecken mißbraucht waren die Mörder von Rosa Luxemburg und Liebknecht, von Erzberger und Rathenau. Es geht nicht um die „dummen Jungs", sondern um ihre biederen oder mordlustigen Hintermänner. Und da wird die Sache dieses Mal wirklich interessant.**

Auch Amerikaner finanzieren Mordbanden, sie leugnen es nicht. Die Russen tun es seit Jahren, aber sie leugnen. Die Opfer der Verschleppten und Entführten sprechen eine schreckliche Sprache über die Tätigkeit der russischen Partisanen.

> **Wichtig ist auch, festzuhalten, daß eine Untersuchung in Deutschland läuft und kein Amerikaner sie bisher hindern konnte. Hat jemand so viel Phantasie, sich vorzustellen, die Regierung der sowjetischen Besatzungsmacht würde eine Untersuchung auch gegen den Willen der sowjetischen Besatzungsmacht durchführen und die Resultate veröffentlichen?**

Wir kommen aber in diesem Zusammenhang zu der Frage: Was wird mit den Mordpartisanen? Können deutsche Gerichte gegen sie eingreifen oder werden sie, wie Kommeritz, als Agenten der Besatzungsmacht von dieser geschützt? Bekanntlich ist der Schutz für Agenten auch im Generalvertrag garantiert. Hält man nach den jüngsten Enthüllungen diese Agentensicherung für erträglich? Wenn einer also Agent einer Besatzungsmacht ist, kann er Verbrechen begehen oder vorbereiten und nicht zur Verantwortung gezogen werden, da die Besatzungsmacht nicht für Verbrechen gegen deutsche Gesetze und Einrichtungen zuständig ist, den Agenten aber als ihr Werkzeug deckt. Dieser Zustand ist unhaltbar, was vielleicht auch die Regierungsparteien einsehen werden, da sie keine Garantie haben, daß auf der Abschußliste immer nur Sozialdemokraten stehen werden.

Die Rolle von Amerikanern in diesem dunklen Spiel ist skandalös. Es ist für uns nicht wesentlich, welche Dienststelle diese Dinge betrieben hat. Leider muß man auch davon ausgehen, daß es sich nicht um die berühmten untergeordneten Stellen, sondern um bestimmte, sehr einflußreiche zentrale Stellen handelt. Stellen, die Deutsche für militärische Zwecke ausbilden und ihnen Waffen geben, ohne die deutsche Regierung zu fragen und ohne die unerläßliche öffentliche, parlamentarische Kontrolle. Stellen, die gewissenlos mit Deutschen und um Deutschland Politik treiben. Stellen, deren militärischer Dilettantismus ebenso verwundert wie ihre politische Stupidität. Stellen, deren hirnloser Antibolschewismus eine direkte Hilfe für die Unterdrückung der Deutschen in der sowjetischen Besatzungszone darstellt. Und obendrein Stellen, die nationalbolschewistische Agenten munter anziehen und hochpäppeln.

Vielfältig sind die Bindungen und Querverbindungen zwischen den rechten Bünden und Verbänden und den russischen Drahtziehern, die als Nationalbolschewisten, als Neutralisten, als Pazifisten oder als Nationalisten je nach Bedarf auftreten. In ihrem tiefen Haß gegen die Demokratie, und vor allem die Arbeiterbewegung, treffen sich die Nazis mit den Kommunisten. Längst haben die Herren in Moskau erkannt, daß mit der KPD keine Einflußnahme auf die Massen in Westdeutschland möglich ist.

Seither wird der Weg der Beeinflussung der rechtsradikalen Gruppen nicht ohne Erfolg beschritten. In diesem Zusammenhang ist die frühere Zugehörigkeit des BDJ-Vorsitzenden Lüth zur KPD interessant und seine ungenügenden Erklärungen über seine Tätigkeit dort und sein Ausscheiden aufschlußreich. Im Sumpf der militärischen Nachrichtenapparate auf unserem Boden, im Gefolge des Dollars und des Rubels, sammeln und begegnen sich die Feinde der Sozialdemokratie. Ein Zweig der kommunistischen SDA ist den Amerikanern 30 000 DM im Monat wert, wie Ollenhauer kürzlich bekanntgab. Die Zersetzung und möglichst Zerschlagung der SPD eint, und in dieser Front darf die Bundesregierung nicht fehlen.

Mindestens so schlimm wie die ganze Affäre sind die Dummheiten, die Herr Dr. Lehr darüber von sich gegeben hat. Da sind die berühmten „dummen Jungen" und „nur sieben von 1,7 Mill. Hamburgern". Und dann kommt die Forderung, die Abschußliste sehen zu wollen, an die er vorher nicht glauben könne. Sind wir so weit, daß der Bundesinnenminister Erklärungen eines sozialdemokratischen Ministerpräsidenten nicht glaubt und ohne Beweise ihn der Unwahrheit bezichtigt? Schlimmer kann man doch unsere demokratischen Einrichtungen nicht diskreditieren, als es dieser gestern Hitler-an-die-Macht-Bringer heute wieder tut. Will Herr Dr. Lehr Leichen sehen, bevor er an die Liste glaubt, und wirkt sein jovialer Geschwätz nicht vielleicht wie eine Aufforderung für jene bewaffneten „dummen Jungen"? Der Stil von Herrn Dr.

Archiv

ED-106/26-89

Amerikaner finanzieren . . .

(Fortsetzung von Seite 1)

Lehr von heute, das ist die Form, in der Schwerindustrie und deutschnationale Presse nach dem ersten Weltkrieg Fememorde möglich machten und begünstigten.

Wir verlangen von der Bundesregierung und von ihrem Innenminister Aufklärung über die Partisanen und über die Feme, die vorbereitet wurde. Wir verlangen eine rücksichtslose Untersuchung und energische Bestrafung aller Schuldigen. Auch Herr Justizminister Dehler hatte zunächst im Stile Lehr reagiert, er hat sich inzwischen berichtigt. Auch Minister können einen Tag überlegen, bevor sie losquatschen und damit Schaden anstiften. Mit Mordandrohungen ist nicht zu spielen.

Es muß sich eine Front der anständigen Menschen bilden, gegen die Verbrecher und gegen jene einflußreichen Männer bis zu Ministern, die über Mordandrohungen scherzen. Hier geht es nicht darum, wer auf der ersten gefundenen Abschußliste steht, sondern um die Absicht und die Methode.

Der Innenminister hat nicht beruhigt, sondern provoziert. Jede Weichheit gegenüber den ersten Anzeichen faschistischer Gewaltmethoden wird Kräfte entfesseln, die nur im Keim vernichtet und zertreten werden können. Männer, die dazu nicht fähig oder willens sind, mögen gehen. Was tun eigentlich die Verfassungsschutzämter, die Innenminister und andere Hüter der demokratischen Grundordnung? Es ist uns nicht mit Akten gedient, wenn die Beobachtungen nicht dazu führen, gegen antidemokratische Kräfte rechtzeitig einzuschreiten.

Wir wollen nichts dramatisieren, aber die Dinge so ernst nehmen, wie sie sind. Wir wollen nicht anders beruhigt werden als durch die Aufklärung aller Zusammenhänge und Bestrafung aller Schuldigen. Die Vorgänge erinnern an die Zeit der Schwarzen Reichswehr. Was die Gründer dieser Truppe damals bewogen haben mag, im Dunkel der Illegalität und völkischer Verhetzung, wurde sie zum Instrument des politischen Mordes und Kampfes gegen die Republik. Mit solchen Methoden, wie sie der östliche Totalitarismus täglich anwendet, ist die Freiheit nicht zu verteidigen.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106126 - 60

BLUMENFELD, Erik

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Erik Blumenfeld

Hamburg 1
Chilehaus B II
Telefon 32 28 60-62
Fernschreiber 02 12 81

den 8.Febr.1954

ED-106/26 -61

Herrn
Walter H a m m e r
Schriftsteller
Hamburg 39
Veerstücken 9

Sehr geehrter Herr Hammer !

Der Geschäftsführer des Landesverbandes der CDU, Herr Z e t t e l, hat mich davon unterrichtet, dass Sie beabsichtigen, in Hamburg einen "Arbeitskreis Deutscher Widerstand" zu gründen und mich als Ehrenmitglied vorzuschlagen. Ich danke Ihnen aufrichtig für die mir zugedachte Ehrung und bitte Sie, davon überzeugt zu sein, dass ich Ihrer Forschungsarbeit, die durch die Verleihung des Verdienstkreuzes an Sie höchste Anerkennung gefunden hat, mit Interesse und Aufgeschlossenheit gegenüberstehe. Wenn ich Sie trotzdem freundlichst bitte, von der mir zugedachten Ehrung Abstand zu nehmen, so entspringt dieser Wunsch lediglich der Erkenntnis, dass die von mir als Fraktionsvorsitzender des Hamburg-Block übernommenen Aufgaben und Pflichten mich neben meinen rein geschäftlichen Arbeiten so in Anspruch nehmen, dass ich mir die Übernahme weiterer Pflichten leider versagen muss. Ich hoffe, dass Sie meinen Standpunkt verstehen werden, und verbleibe

mit verbindlichen Grüssen
Ihr ergebener
Blumenfeld

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 700/26 - 62

ERIK BLUMENFELD

1. VORSITZENDER
DES HAMBURG-BLOCK
CDU · FDP · DP · BHE

Meine lieben Hamburgerinnen und Hamburger!

Am 1. November werden wir über die nächste Zukunft unserer Heimatstadt und unserer Familien zu entscheiden haben. Vor zwei Monaten hat das deutsche Volk ein überwältigendes Bekenntnis zur Politik der Regierung Dr. Adenauers und damit zur Freiheit abgelegt. Am kommenden Sonntag werden wir Hamburger uns erneut zu dieser Entscheidung bekennen. Jedenfalls könnte ich mir nicht vorstellen, daß meine nüchtern und sachlich denkenden Mitbürger heute anderer Meinung geworden sind.

Der sozialdemokratische Senat und seine Parteipresse führt den Wahlkampf mit der Parole „Alles für Hamburg". Er versucht dabei, mich — als den Repräsentanten des Hamburg-Block — und meine politischen Freunde als Hemmschuh für die Zukunft unserer Stadt hinzustellen. Wenn die SPD und ihr Plakat- und Bannerträger Max Brauer ehrlich wären, dann müßten sie auch öffentlich zugeben, wofür sie in Wahrheit nur kämpfen, nämlich: Hamburg als Bastion des Sozialismus zu halten. Darum ist ihr Ärger über den Zusammenschluß der anti-marxistischen Parteien im Hamburg-Block so groß; gehören sie doch jener Partei an, die sich zwar sozialdemokratisch nennt, die aber richtiger — nach ihren Taten! — sozialistisch-demokratisch heißen müßte. Im Rathaus ist die SPD seit vier Jahren gegen die soziale Marktwirtschaft, weil ihre Parteizentrale in Bonn vollen Einsatz für die sozialistische Planwirtschaft befohlen hat. Wie weit die Sozialisierung unserer Stadt bereits gediehen ist, beweist der sogenannte Rechenschaftsbericht des Senats.

Meine lieben Mitbürger! Zum Kapitel Schulreform heißt es in diesem Senatsbericht: „Hier geht es nicht um Zweckmäßigkeitsfragen, sondern wirklich um Ideen." Hamburger Eltern, da haben Sie es schwarz auf weiß. Diesen Reformern geht es also nicht in erster Linie um einen zweckmäßigen Unterricht für unsere Kinder, sondern um die Verwirklichung sozialistischer Ideen. Da kann ich nur mit Ihnen allen sagen: Für marxistische Experimente ist uns Hamburgs Jugend zu schade. Herr Brauer hat in einer Wahlrede mit Pathos verkündet: „Wir wollen lieber den Wahlkampf verlieren, als daß wir die vierjährige Grundschule wieder einführen." Nun gut, dann wird er allein wegen seiner sozialistischen „Schulreform von 1949" am 1. November der Verlierer sein.

Unseren Wahlsieg vom 6. September verdanken wir weitgehend den Stimmen der Frauen, die in ihrer klaren und praktischen Denkungsart die Zukunft ihrer Familie sichern wollten. Am 1. November werden die Frauen Hamburgs auch für die Freiheit ihrer Hansestadt stimmen, d. h. den Hamburg-Block wählen.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Lage, Geist und Tradition unserer Stadt stellt die Jugend vor besondere Aufgaben; sie steht geistig, wirtschaftlich und politisch am Tor zur Welt. Der echte Unternehmungsgeist, die Fantasie und der Wagemut, den die Jugend dieser Stadt schon so oft bewiesen hat, wird sie auch jetzt den Weg in die Freiheit wählen lassen. Hamburgs Jugend wählt nicht mehr sozialistisch, weil sie über Klassenkampfparolen innerlich längst hinausgewachsen ist.

Mit Nachdruck kann ich hier versichern, daß unsere besondere Fürsorge den Arbeitslosen, den Rentnern und dem großen Kreis der 131er gelten wird, weil diese Gruppen bislang im SPD-Senat nicht die genügende Beachtung gefunden haben. Außerdem wird uns der Bau von familiengerechten Wohnungen und die Schaffung von Wohnungseigentum sehr am Herzen liegen.

Wir Hamburger wissen, daß unsere Stadt eine große politische Bedeutung hat, da ihr als Tor zur Welt eine gesamtdeutsche und europäische Aufgabe gestellt ist. Hamburgs Schicksal ist nicht von dem der Bundesrepublik zu trennen. Wenn jetzt Max Brauer mit der Behauptung aufwartet, der Hamburg-Block wolle unsere Stadt „mit Bonn gleichschalten", so ist das eine klare wahltaktische Verdrehung der Tatsachen. Ein Mann wie Max Brauer, der — nach seinen eigenen Worten — privat die Europa- und Außenpolitik des Bundeskanzlers für richtig hält und trotzdem im Bundesrat gegen diese Vertragspolitik stimmt, weil er sich gegen seine innere Überzeugung von der SPD-Zentrale fernsteuern läßt, kann und darf nicht länger Erster Bürgermeister bei uns sein. Mit ihm muß der ganze marxistische Senat verschwinden.

Die Politik Dr. Adenauers hat in vier Jahren das deutsche Volk in der Bundesrepublik aus dem Chaos des Zusammenbruchs zu Wohlstand und zu persönlicher und wirtschaftlicher Freiheit geführt und Deutschland wieder Ansehen und Vertrauen in der Welt verschafft. Der Weg in die politische Freiheit ist jedoch nur möglich, wenn die SPD-Vertreter Hamburgs als die ewigen Neinsager im Bundesrat ausgeschaltet werden.

Deswegen gehen wir Hamburger am 1. November geschlossen zur Wahl und geben unsere Stimme dem Hamburg-Block (Liste 2), der alle echten demokratischen Kräfte rechts der SPD zusammengefaßt hat.

Mit meinen besten Grüßen
bin ich Ihr

Erik Blumenfeld

Girardet & Co., Hamburg

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

17.8.1950

ED-106/26 - 63

Die Lehren aus Korea

Schutz vor sowjetischer Zersetzung / Von E. Blumenfeld (MdB)

Unter dem Titel „Die Lehren aus Korea" erscheint dieser Tage im „Informationsdienst der Hamburger CDU" ein Artikel des Fraktionsvorsitzenden in der Bürgerschaft, Erik Blumenfeld, dem wir die folgenden Stellen entnehmen.

Es hat sich über Korea einmal wieder erwiesen, daß die Sowjetunion den Zeitpunkt für einen offenen Krieg noch nicht für gekommen hält. Immer noch will sie ihren politischen Machtbereich, getreu der proletarischen Taktik, nicht durch einen „eigenen" Krieg, sondern durch Zersetzung und Bürgerkriege erweitern. Aber auch in dieser taktischen Taktik sehen sich die Sowjets nun durch das bewaffnete Halt der Westmächte gehindert.

Diese Tatsache bleibt übrigens bestehen, selbst wenn die Amerikaner einem angesichts der geographischen und politischen Lage Koreas unnötig verlustreichen und sie schwächenden Krieg durch endgültige Räumung Koreas aus dem Wege gehen sollten.

Welchen Anlaß hätte also angesichts dieser Lage Europa und insbesondere Westdeutschland, weiterhin in einer angstvollen Kriegspsychose zu verharren? Für den nüchternen Beobachter bildet das Verhalten unserer Bevölkerung zweifellos vielerorts ein peinliches Schauspiel. Angstkäufe, übertriebenes Geschrei um eine im Vergleich zum sowjetischen Lebensstandard überhaupt nicht ins Gewicht fallende und im Zuge einer beschränkten Nachkriegswirtschaft vorübergehend vielleicht notwendigen Verteuerung, schließlich die unwürdigen und kurzsichtigen Anbiederungsversuche einiger Opportunisten und selbst eingefleischter „Bourgeois" an die Kommunisten mit dem Ziele einer „rechtzeitigen" Rückendeckung, lassen jedes Bewußtsein einer in europäischer Kultur begründeten Stärke vermissen.

Wir haben keinen Grund, uns zu fürchten! Die Haltung der Sowjet-Union beweist dies in der Korea-Frage einmal mehr. Wir haben alle Veranlassung, zu zeigen und zu beweisen, daß wir uns in unserer europäischen Haltung stark fühlen und sogar in Kürze noch stärker zu fühlen Berechtigung haben. Wir haben jedoch die Pflicht, der offen verkündeten politischen Zersetzung durch sowjetische Agenten nicht länger tatenlos zuzusehen. Es ist endlich an der Zeit, unser Lebensgebiet genau so abzuschirmen, wie es die Ostzonenregierung im Auftrage der Sowjet-Union und hoffentlich nicht mehr lange, bereits seit Jahr und Tag tut. Unsere Brüder in der Ostzone werden für diese Maßnahmen mehr Verständnis aufbringen als für unsere bisherige Lauheit. Sie werden uns eines Tages dafür offen Dank sagen dürfen.

Wir sind sicher, daß unser Volk in Kürze die bereits abklingende Kriegsfurcht ganz überwunden haben wird. Es wird jede Maßnahme der Bundesregierung zum Schutze vor sowjetischen Zersetzungsversuchen begrüßen. Letzten Endes ist unser Vertrauen und unser Wille zur westlichen Kultur stärker als alle wirtschaftlichen Nachkriegsnöte und die dadurch bedingten Unzufriedenheiten. Diese Einstellung sollte unsere Regierung auch vor aller Welt dokumentieren.

Wir schlagen daher als ersten Schritt auf diesem Wege, nach Beendigung der Parlamentsferien, die Abhaltung einer der ersten Plenarsitzungsperioden des Bundestages und des Bundesrates in dem in seiner Haltung vorbildlichen Bollwerk Berlin vor. Dies soll den deutschen Menschen in der Ostzone und in der Bundesrepublik zeigen, daß wir aus dem Konflikt in Korea endlich die richtigen Schlüsse gezogen haben und daß unser Bekenntnis zu Europa unerschütterlicher denn je ist.

Institut für Zeitgeschichte Archiv

ED-720/25-E4 Hamburger Echo, 16.10.1950

Unerwartete Bestätigung

Die Angelegenheit der Einladung ostdeutscher Studenten durch die sogenannte „Studentische Arbeitsgemeinschaft für gesamtdeutsche Fragen" schlägt noch einige Wellen. Zwar hat die „Arbeitsgemeinschaft" sich nach dem Mißerfolg ihrer Aktion, von der sie sich allerlei versprochen hatte, sang- und klanglos aufgelöst, und damit könnte man die Sache auf sich beruhen lassen. Aber Herr Erik Blumenfeld, der Vorsitzende der CDU-Bürgerschaftsfraktion, dessen „großzügige Unterstützung" nach den Worten der Veranstalter die Einladung der ostdeutschen Diskussionspartner erst ermöglichte, fühlt das dringende Bedürfnis, sich zu rechtfertigen. Er überrascht die Öffentlichkeit mit einem von ihm unterzeichneten vierseitigen Flugblatt, dessen Inhalt dem Ansehen des Mannes, der als Vorsitzender einer großen Fraktion auf Erhaltung seiner Repräsentation auch über den Kreis der unbedingten Anhänger hinaus bedacht sein müßte, kaum förderlich sein wird.

Besonders fühlt Herr Blumenfeld sich getroffen durch die Bemerkung des „Hamburger Echo", daß man kaum annehmen könne, er, der sich so gern in der Rolle eines versierten Politikers gefalle, sei der kommunistischen Propaganda auf den Leim gekrochen. „Oder", so hatten wir geschlossen, „wollte er gar absichtlich . . . Aber nein, das ist doch nicht denkbar." Nun, was wir für undenkbar gehalten haben, ist tatsächlich geschehen. Herr Blumenfeld selbst bestätigt in seinem Flugblatt, daß er wirklich und absichtlich mit der Studentengruppe nicht nur verhandelte, sondern auch finanzielle Unterstützung gab und sich um weitere Spenden bei seinen Geschäftsfreunden bemühte. Herr Blumenfeld gibt an, auf diese Weise der Gefahr einer einseitigen kommunistischen Beeinflussung entgegengearbeitet zu haben. Über die Motive des Herrn Blumenfeld wollen wir nicht weiter rechten, aber über die Zweckmäßigkeit seines Vorgehens wird man geteilter Meinung sein. Auch in den Reihen der Parteifreunde des Herrn Blumenfeld wird es nicht viele geben, die diese Art der Bekämpfung kommunistischer Infiltrationen als besonders glücklich empfinden.

*

Herr Blumenfeld begnügt sich in seinem Flugblatt aber nicht nur mit Rechtfertigungsversuchen. Er unternimmt eine wilde Attacke gegen das „Hamburger Echo", dem er mit einer Häufung von Schimpfworten unwahre, böswillige und ehrenrührige Berichterstattung vorwirft. Zur Stützung seiner Behauptungen schreckt er nicht vor demagogischen Verzerrungen, willkürlichen Unterstellungen und sogar offenkundigen Fälschungen zurück. Im Widerspruch zu den Tatsachen, behauptet er, das „Hamburger Echo" habe ihm der „Rückversicherung" geziehen und behauptet noch weiter, es habe auch den britischen Landeskommissar Dr. Dunlop „als Rückversicherer" gebrandmarkt. Nicht genug damit, fälscht Herr Blumenfeld ans Gründen, die hier noch nicht weiter erörtert zu werden brauchen, das Datum des Absendetages eines von ihm an das „Hamburger Echo" gerichteten Schreibens, von dem er behauptet, daß es eine „kurze und sachlich gehaltene „Wiedergabe" der tatsächlichen Verhältnisse darstelle. In Wahrheit war dieses Schreiben mit einer Reihe massiver Beleidigungen wie „Verleumdungen", „Verunglimpfungen", „zahlreicher Unrichtigkeiten", „bedauernswerte Lese" gespickt.

Daß ein an so hervorragender Stelle des öffentlichen Lebens stehender Mann sich in derlei Praktiken gefällt, ist erstaunlich. Man gewinnt den Eindruck, daß der Verfasser jenes Flugblattes, der von sich behauptete, als bekannter Hamburger Politiker wisse er seine Worte zu wägen, aus einem Gefühl gekränkter Eitelkeit die Kontrolle über sich selbst verloren hat und nicht mehr das Maß zu halten vermag, das erste Voraussetzung einer politischen Führereigenschaft zu sein hat.

Institut für Zeitgeschichte Archiv

ED-106/26 - 65

Hamburger Echo, 14.11.1950 [?]

Trübe Wasser werden gesucht

Wir gaben unseren Lesern vor einigen Tagen Kenntnis von dem Bericht des ständigen bürgerschaftlichen Ausschusses für Bau- und Wohnungswesen über die seit der Währungsreform wiederhergestellten und neuerbauten Wohnungen und über die vorläufige Stellungnahme zu einem Antrag des CDU-Abgeordneten B l u m e n f e l d auf Überprüfung der Finanzpolitik der Wiederaufbaukasse und der Kreditplanung im Wohnungsbau. Herr Blumenfeld hatte seinerzeit in der Bürgerschaft Andeutungen gemacht, als ob sich auf diesem Gebiete Dinge ereignet hätten, die nicht ganz in Ordnung seien. Er wurde deshalb im Ausschuß ersucht, das seinen Angriffen zugrunde liegende Material dem Ausschuß zu unterbreiten. Bis jetzt, so fügten wir dem Bericht hinzu, habe Herr Blumenfeld allerdings noch keine Zeit gefunden, sein Material zur Verfügung zu stellen. Offenbar habe er es damit nicht so eilig.

Diese Bemerkung hat Herrn Blumenfelds Zorn erregt. Er schreibt uns einen Brief und bittet, berichtigend mitzuteilen, es sei in dem Ausschuß beschlossen worden, daß er dem Ausschußvorsitzenden eine Reihe von zu überprüfenden Bauvorhaben benennen sollte. Deshalb habe er in einem Schreiben vom 27. Oktober eine Anzahl von Bauvorhaben angegeben, die zur Überprüfung dem Ausschuß vorzulegen seien und „wofür die Unterlagen seitens der zuständigen Stellen dem Ausschuß zu unterbreiten sind".

Mit der ihm eigenen Arroganz empfiehlt Herr Blumenfeld dem „Echo", es möge, bevor es Behauptungen verbreite, sich vorher über den derzeitigen Stand der Verhandlungen unterrichten. Diese hintergründige Art der Verdächtigung berührt uns nicht. Zu ihrer Charakterisierung genüge der Hinweis, daß das „Echo" sich bei seinen Angaben auf den offiziellen Bericht des Ausschusses und den tatsächlichen Verlauf der Verhandlungen stützte.

Doch verlohnt es sich, ein Wort zu der „Berichtigung" des Herrn Blumenfeld zu sagen. Nach unseren Informationen hat der Ausschuß nicht beschlossen, daß Herr Blumenfeld „eine Reihe von Bauvorhaben" benennen solle, die „zu überprüfen" wären, sondern Herr Blumenfeld wurde ersucht, d a s Material dem Ausschuß vorzulegen, das seiner Kritik zugrunde liegt. Anscheinend aber will Herr Blumenfeld davon nichts wissen. Statt s e i n Material zu unterbreiten, zieht er es vor, behördliche Unterlagen zu verlangen, um sie „zu überprüfen".

Diese Art der Kritik ist zwar nicht neu, doch nicht gerade das Zeichen einer sorgsamen Politik. Was soll solches Versteckspiel? Warum nennt Herr Blumenfeld nicht offen und geradeheraus diejenigen „Mißstände", die angeblich aufzudecken wären? Die merkwürdige Zurückhaltung des Herrn Blumenfeld läßt den Verdacht aufkommen, als wolle er gern irgendwie im trüben fischen. Da jedoch trübes Wasser nicht zu sehen ist, begibt er sich erst auf die Suche, solches zu finden. Wenn auch das nichts hilft, könnte man, so etwa mag die Spekulation sein, durch Aufwühlen des Bodens eine künstliche, wenn auch nur zeitweilige Trübung erzielen.

Institut für Zeitgeschichte Archiv

Hamburger Echo, 21.12.1950

ED-106/26-66

Erik Blumenfeld und Otto Grotewohl

Ein angebrannter Weihnachtsbraten der kommunistischen „HVZ"

Die „Hamburger Volkszeitung" wartet am Mittwoch mit einem ganz besonderen „Schlager" auf. In großer Aufmachung bringt sie auf ihrer Titelseite unter der Schlagzeile „Kampffront für Verständigung wächst! Hamburger CDU- und FDP-Politiker fordern Beantwortung des Grotewohl-Vorschlags" Äußerungen, die nach der Angabe des Blattes von Erik Blumenfeld, einem, wie die „HVZ" zu betonen für besonders notwendig hält, „der einflußreichsten CDU-Politiker in Hamburg", und dem „Großkaufmann" Eduard Wilkening gemacht worden seien. Nach der „HVZ" habe Blumenfeld, der Vorsitzende der CDU-Fraktion des Hamburger Stadtparlaments (!), erklärt, er stelle sich „positiv zu dem Vorschlag des Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, einen gesamtdeutschen konstituierenden Rat zu bilden", und es sei die Aufgabe der Bonner Regierung, jetzt die Vorschläge Grotewohls zu überprüfen und die Basis für ein gesamtdeutsches Gespräch zu finden. Sollte Dr. Adenauer dem Schreiben Grotewohls zustimmen, so wäre damit, so habe nach der „HVZ" Blumenfeld „betont", ein wesentlicher Beitrag für die Einheit Deutschlands geleistet.

Der „bekannte Hamburger Ostasienkaufmann" Eduard Wilkening läßt die „Volkszeitung" sagen, daß er jeden Versuch begrüße, ein Gespräch zwischen den politischen Führern West- und Ostdeutschlands herbeizuführen.

Aufmachung und Inhalt dieser Erklärungen erschienen uns nach der in der „HVZ" wiedergegebenen Fassung doch etwas zu erstaunlich, als daß sie unbesehen als richtig genommen werden konnten, insbesondere ließ die Bezeichnung Blumenfelds als CDU-Fraktionsvorsitzenden des Hamburger „Stadtparlamentes" erkennen, daß hier ein Autor am Werk gewesen ist, der von hamburgischen Verhältnissen keine Ahnung und seinen Standort vermutlich in der Berliner Propagandazentrale der SED hat.

Wir hielten deshalb Rückfrage bei Herrn Blumenfeld, der sich zur Zeit in Köln befindet, und baten ihn um eine Äußerung zu der Veröffentlichung in der „HVZ". Herr Blumenfeld erklärte:

Fälschung

„Das wörtliche Zitat in der „HVZ" ist eine Fälschung. Nach meinen auch im „Hamburger Echo" wiedergegebenen Ausführungen in der Bürgerschaft kam irgendein Korrespondent zu mir und fragte mich nach meiner Stellungnahme zum Grotewohl-Vorschlag. Ich habe ihm inhaltlich nur das gesagt, was ich in der Bürgerschaft ausführte, dabei aber unterstrichen, daß ein gleichberechtigtes Gespräch mit der Grotewohl-Regierung müßig wäre, weil wir diese Regierung nicht als gewählt anerkennen. Wenn man die Möglichkeiten zu Verhandlungen mit der Ostzone überhaupt erwägen müsse, so deshalb, um die Deutschen jenseits der Zonengrenze nicht noch tiefer in das Elend der Diktatur zu stürzen. Grotewohl ist durch keine Wahlen legitimiert, für die Deutschen in der Ostzone zu sprechen.

Ich habe erklärt, daß Hamburg wirtschaftlich daran interessiert ist, sein ehemaliges Hinterland für den Handel wiederzugewinnen, aber dabei klargestellt, daß man dafür keinerlei politische Konzessionen machen dürfe.

Die Formulierungen in der „HVZ" sind wieder einmal typisch für die Berichterstattung der kommunistischen Presse und geben meine Ausführungen völlig umgedreht und für ihre Zwecke zurechtfrisiert wieder."

Dieser „Weihnachtsbraten" der „HVZ" ist ein neues Beispiel dafür, daß es den Kommunisten auf eine sachliche Berichterstattung nicht ankommt. Um ihre eigenen ständigen Mißerfolge zu verbergen, operieren sie seit langer Zeit mit dem Namen bekannter Persönlichkeiten, um so den wenig denkenden Menschen ihre zersetzenden Pläne schmackhafter zu machen. Der Vorgang zeigt aber auch, daß niemand den Kommunisten auch nur den kleinsten Finger reichen darf.

Institut für Zeitgeschichte Archiv

ED 706/26 -67

Die Welt, 10. 10. 1953

Adenauer über die Hamburger Wahlen

Schreiben an Erik Blumenfeld — Der Kanzler spricht am 23. Oktober in der St.-Pauli-Markthalle

Der Bundeskanzler hat an den 1. Vorsitzenden des Hamburg-Blockes, Erik Blumenfeld, ein persönliches Schreiben gerichtet, in dem er zu den bevorstehenden Bürgerschaftswahlen in Hamburg Stellung nimmt. Es heißt darin: „Zunächst möchte ich nochmals die große Bedeutung dieser Wahlen unterstreichen, nicht nur weil nach nahezu achtjähriger, praktischer Alleinherrschaft der Sozialdemokratie in Hamburg ein Wechsel des politischen Kräfteverhältnisses und der Verantwortung sehr notwendig erscheint, sondern vor allem, damit die traditionsreiche Hansestadt endlich wieder ungehindert von parteipolitischen Hemmnissen an den wirtschaftlichen, sozialen und außenpolitischen Erfolgen unseres Vaterlandes teilhaben kann.

Hierbei erinnere ich an die Rede, die Sie als Führer der Opposition in der Hamburger Bürgerschaft anläßlich der Haushaltsberatungen im Frühjahr 1953 gehalten haben. Diese Rede wird sowohl in der Analyse der wirtschaftlichen Lage als auch der Betrachtungen zur gesellschafts-politischen und sozialen Situation noch heute von mir voll anerkannt. Besonders jedoch in der von Ihnen seinerzeit vorausgesagten außen- und wirtschaftspolitischen Entscheidung der Hamburger Bevölkerung gegen die dort herrschende Politik hat sie sich hervorragend am 6. September bestätigt. Ich kann somit nur meine erwartungsvolle Hoffnung aussprechen, daß die Hamburger sich ihrer großen Pflicht und Verantwortung am 1. November bewußt sind und ebenso zahlreich zur Wahl schreiten wie am Tag der Bundestagswahlen.

Die kommende Bundesregierung wünscht und erhofft, wie mit den anderen Bundesländern so auch mit dem Hamburger Senat eine enge, auf gegenseitigem Vertrauen ruhende Zusammenarbeit. Gleichermaßen wie Bund und Bundesregierung die Schaffenskraft, den Rat und die Unterstützung Hamburgs benötigen, angesichts der großen vor uns liegenden Aufgaben. Diese Zusammenarbeit wird zweifellos am besten vollzogen in den kommenden Jahren, wenn Menschen unseres politischen Vertrauens Hamburgs Senat führen.

Ihnen, als einem der Hamburger Exponenten der von mir geleiteten Bundespolitik, sowie allen Mitarbeitern und politischen Freunden sichere ich zu, daß alles in meinen Kräften Stehende getan werden wird, damit der besonderen gesamtdeutschen und europäischen Aufgabe Hamburgs volle Anerkennung zuteil wird. Dies betrifft insbesondere die Hafen-, Schiffahrts- und sonstigen Verkehrsfragen der Hamburger, wie die allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Belange, wobei ich hier besonders an die Jugend und die Familie denke."

*

Auf einer Kundgebung des „Hamburg-Blocks (CDU/FDP/DP)" wird im Rahmen des Wahlkampfes für die neue Bürgerschaft auch Bundeskanzler Dr. Adenauer sprechen. Die Kundgebung ist für den 23. Oktober in der St.-Pauli-Markthalle vorgesehen. Zwei Tage vorher wird in der Handelskammer Bundeswirtschaftsminister Prof. Erhard sprechen. am

Institut für Zeitgeschichte Archiv

ED-106126-68

Reichlich späte Entschuldigungen

Nach langem Zögern hat der Vorsitzende des Hamburg-Blocks, Herr Blumenfeld, sich endlich zu dem eigentlich als selbstverständlich anzusehenden Schritt entschlossen, sein Bedauern über die vom „Hanseat" ausgestreuten Verleumdungen über Bürgermeister Brauer auszusprechen.

In einem Schreiben an Bürgermeister Brauer bedauerte Blumenfeld am Freitag den am Vorabend der Bürgerschaftswahl in einem Extrablatt des „Hanseat" veröffentlichten Artikel, in dem Brauer die Äußerung unterstellt worden war, es seien zu wenig Bomben auf Hamburg gefallen.

Blumenfeld schreibt, daß sich die für den Inhalt des Artikels Verantwortlichen zu entschuldigen hätten. Er habe seinen Standpunkt der Redaktion der Zeitung mit allem Ernst vermittelt. Die Führung des Hamburg-Blocks sei für den Artikel nicht verantwortlich. Sie habe von seinem Inhalt vorher keine Kenntnis gehabt.

Es wird nicht unbeachtet bleiben, daß Herr Blumenfeld sich erst am fünften Tage nach der Wahl zu dem Schritt entschlossen hat. Den Gesetzen der Fairneß hätte es entsprochen, daß er von der ihm sicher schon bekanntgewordenen Verleumdung des „Hanseat" in seiner abendlichen Rundfunkansprache abgerückt wäre. Auf einen solchen Gedanken aber ist er nicht gekommen. Er ließ das Gift der Verleumdung ruhig weiter wirken, bis er schließlich spüren mußte, wie sehr man in breiten Kreisen Hamburgs auf eine deutliche Entschuldigung von ihm wartete.

Es müssen, wenn man den Worten Blumenfelds folgen soll, beim Hamburg-Block tolle Zustände herrschen. Unter dem Titel „Hamburg im Schatten der Bundesrepublik" wurde in den letzten Wochen des Wahlkampfes in Massen eine Broschüre verteilt, die eine politische Brunnenvergiftung schlimmster Art darstellte. Neben frechen Verleumdungen und offenkundigen Unwahrheiten war sie mit demagogischen Versprechungen für den Fall des Wahlsieges des Hamburg-Blocks angefüllt. Als Herausgeber der Schmutzschrift, die den „Hanseat" noch an Niedertracht übertraf, zeichnete eine „Arbeitsgemeinschaft für Sozialpolitik", Kaiser-Wilhelm-Straße 85 — im Hause des vom Hamburg-Block herausgegebenen „Hanseat"!

Durch die vom Hamburger Jugendring gegen einige Behauptungen dieser Schrift erhobenen Proteste sah Herr Blumenfeld sich schließlich genötigt, von der Schmutzschrift abzurücken. Wann tat er es und wie tat er es? Am letzten Tage vor der Wahl ließ er durch eine Anzeige in sehr bescheidener Größe bekanntgeben, daß die Schrift — ohne Kenntnis des „Vorstandes des ‚Hamburg-Blocks' erschienen" sei. Weiß der Kuckuck, woher die so unautorisierten Schmierfinken außerhalb des Vorstandes des „Hamburg-Blocks" die beträchtlichen Geldmittel für den Druck und die Verbreitung jener Propagandaschrift bekommen haben mögen.

Der Vorstand des „Hamburg-Blocks" aber hat, laut öffentlichem Zeugnis des Herrn Blumenfeld, von der Existenz dieser Schrift keine Kenntnis gehabt. Nehmen wir es zur Kenntnis. Aber nehmen wir auch weiter zur Kenntnis, daß Herr Blumenfeld zwar seine Unkenntnis beteuerte, es aber nicht für notwendig hielt, die in der Broschüre enthaltenen Verdächtigungen irgendwie zu bedauern. Vielleicht kommt auch noch der Tag, wo er dieses tut oder bereut, es nicht früher getan zu haben.

7. Nov. 1953
Hamb. Echo

Institut für Zeitungsforschung - Archiv

ED-10626-69

Scharnberg widerlegt Blumenfeld

Im Widerspruch zu manchen Beteuerungen aus Kreisen des Hamburg-Blocks, daß man nach dem knappen Wahlerfolg am 1. November eine maßvolle und versöhnliche Linie der künftigen Landespolitik herausarbeiten wolle, steht die aggressive Betriebsamkeit der Gruppe um Erik Blumenfeld, dem Vorsitzenden des Hamburg-Blockes. Er sucht sich den Anschein einer besonderen Forschheit zu geben und ist, wenn man seinen Äußerungen glauben soll, gewillt, trotz der schwachen Mehrheit des Hamburg-Blocks einen scharfmacherischen Kurs zu steuern.

Die am Freitagabend von der sozialdemokratischen Bürgerschaftsfraktion herausgegebene Erklärung, daß sie sich zur Zusammenarbeit mit anderen parlamentarischen Gruppen unter der Voraussetzung bereit erklärt, daß sie den Präsidenten des Senats stellt und in der sie ferner nach altem parlamentarischen Brauch auf die Besetzung des Amtes des Bürgerschaftspräsidenten Anspruch erhebt, beantwortete bereits am Sonnabendvormittag Herr Blumenfeld mit der Erklärung, daß der Hamburg-Block in der ersten Bürgerschaftssitzung am 20. November es zu einer Kampfabstimmung über die Person des neuen Präsidenten der Bürgerschaft und über einen Mißtrauensantrag des Hamburg-Blocks gegen den amtierenden Senat kommen lassen werde.

Herr Blumenfeld wiederholte dabei die bekannte, schon von der bisherigen sozialdemokratischen Bürgerschaftsfraktion nicht akzeptierte These, daß der Hamburg-Block eine einheitliche Fraktion bilde. Der Hamburg-Block sei eine neue, rechtmäßig eingetragene Partei, die „in ihrer Gesamtheit" eine klare Mehrheit bei der Bürgerschaftswahl errungen habe, und als stärkste Fraktion auch allein die neue Regierung der Hansestadt bilden werde.

Es ist interessant, daß auch Herr Blumenfeld sich zu der Bemerkung gedrängt fühlte, die angeblich so einheitliche Partei habe „in ihrer Gesamtheit" eine klare Mehrheit errungen. Diese Formulierung verrät deutlich die eigene Unsicherheit über die Beweiskraft der so eifrig verfochtenen These.

Wie bei einer so ausgeklügelten These nicht anders zu erwarten, ergeben sich dann im Laufe der Diskussion fast von selbst Widersprüche. Hatte schon die FDP-Korrespondenz wenige Tage vor der Wahl darauf aufmerksam gemacht, daß es sich beim Hamburg-Block nur um ein Zweckbündnis handele für die Durchführung der Wahl, von dem man noch nicht wisse, ob es für die Dauer Bestand haben werde, so erklärte, laut dpa, der Bundestagsabgeordnete Dr. Hugo Scharnberg, der 1. Vorsitzende der Hamburger CDU, am Freitag, der Hamburg-Block (CDU/FDP/DP/BHE) würde eine „Fraktionsgemeinschaft" bilden und „als solche" auch den Präsidenten der Bürgerschaft stellen.

Eine Fraktionsgemeinschaft der vier Parteien aber ist eben nicht, wie es die Geschäftsordnung der Hamburger Bürgerschaft vorsieht, eine Fraktion, deren Mitglieder sich aus den Angehörigen der gleichen Partei zusammensetzt, sondern das ist eine Verbindung mehrerer Fraktionen.

Wie immer auch nun dieser Streit um die Auslegung des Begriffes einer Partei und einer Fraktion ausgehen mag, ganz außer jedem Zweifel spricht aus den Äußerungen der Gruppe um Herrn Blumenfeld der Wille, durch herausfordernde Aktionen ihre Macht zu bekunden, ohne Rücksicht auf die Folgen, die sich aus solcher Art des Auftretens ergeben müssen.

Mit dem verschiedentlich betonten Geist der Zusammenarbeit hat ein solches Auftreten nichts mehr zu tun, sondern das wäre der Versuch der Machtausnützung um jeden Preis.

– 9. Nov. 1953 Hamb. Echo

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-706126-7C

Die Welt 30. Mai 1954

* Sonntag, 30. Mai 1954

Man schreibt uns:

Die Reisepläne Dr. Pfleiderers

Von Erik Blumenfeld

An die WELT am SONNTAG:

Der Artikel über die Pläne des Abgeordneten Dr. Pfleiderer hat mich sehr interessiert. Vom Standpunkt der Wirtschaft her müssen meiner Meinung nach jedoch einige Worte gesagt werden, weil sonst der Eindruck entstehen könnte, daß Industrie und Kaufmannschaft, Exporteure und Reeder sehnsüchtig auf die Initiative von Herrn Dr. Pfleiderer gewartet haben.

Natürlich begrüßt die Wirtschaft jeden Versuch, im politischen Raum die vorhandenen Spannungen zu mildern. Insofern sind die Gedanken Dr. Pfleiderers theoretisch richtig und sollen keineswegs „verdammt" werden. Dennoch muß man als Wirtschaftler darauf Wert legen, daß erstens Verständigungsversuche eine realere Ausgangsposition und Grundlage haben als die in ihrer theoretischen Zielsetzung richtige Idee Pfleiderers, und zweitens diese sich nicht auf der breiten Propagandabühne der Weltpolitik abspielen, sondern vielmehr in der Stille und Nüchternheit, die der geschäftlichen Sphäre eigen ist.

Wirtschaftliche Berührungspunkte gibt es genügend zwischen Ost und West. Allein das Eigeninteresse der Staaten Europas am wirtschaftlichen Güteraustausch mit dem Osten, insbesondere China, wird dafür sorgen, daß schon geführte Wirtschaftsgespräche nicht im Keime durch irgendwelche anderen Gesichtspunkte erstickt werden. Man muß sich allerdings darüber im klaren sein, daß der Umfang der wirtschaftlichen Beziehungen zum Osten, insbesondere China, nur eine sehr bedingte Größenordnung haben wird und haben kann, und man wird meiner Meinung nach auch sehr stark zu unterscheiden haben zwischen der Frage einer wirtschaftlich engeren Verbindung zwischen der Bundesrepublik und dem fernöstlichen Raum sowie der Sowjetunion andererseits. Kurzum, eine Normalisierung der diplomatischen Beziehungen zwischen uns und der Volksrepublik China wird kommen und wird begrüßt werden. Die Entwicklung der Beziehungen zur Sowjetunion wird unter einem anderen Aspekt auch von der wirtschaftlichen Seite her gesehen werden müssen. Aber ich vermag nicht zu verstehen, wieso die private Reise eines oder mehrerer Abgeordneter auch nur im entferntesten im gegenwärtigen Augenblick oder in naher Zukunft die politischen Beziehungen wird normalisieren können, noch viel weniger, wie daraus die Wirtschaft Vorteile ziehen kann. Im Gegenteil, ich meine, daß auf rein wirtschaftlicher Basis erfolgende Verhandlungen und Abschlüsse der offiziellen Politik — und das scheint mir der richtige Weg zu sein — für die Zukunft eine breitere und stabilere Operationsbasis geben können.

Ich möchte jedoch keinen Zweifel daran lassen, daß wirtschaftspolitische Planungen zum Unterschied von individuellen Planungen nur im Gesamtverband der westlichen Demokratien für die Bundesrepublik möglich und auch nur in diesem Verhältnis erfolgversprechend sind.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Bürgermeister Dr. Sievekings und Blumenfelds Spezialitäten

CD-106/26-71

Kleine Nachlese zur Etatsdebatte in der Hamburger Bürgerschaft

In der viertägigen Aussprache über den Hamburger Etat sind so viele Einzelfragen erörtert worden, daß es schier unmöglich war, sie alle in unseren Bürgerschaftsberichten festzuhalten. Einige Punkte, die uns der Betrachtung noch wert erscheinen, seien darum nachgetragen.

Brüchige Argumente

Eine der schwächsten Stellen der Regierungsmehrheit während der Etatsdebatte lag auf dem Gebiet der Personalpolitik. Die Block-Vertreter, die einst so heftig gegen die angeblich betriebene „Parteibuchwirtschaft" gewettert hatten, sahen sich jetzt sehr in die Rolle der Angeklagten versetzt.

Zu ihrer Entlastung führten Bürgermeister Dr. Sieveking und Blumenfeld u. a. zwei Argumente auf. Nach 1945, so sagte Blumenfeld seien rund 7000 Personen aus dem hamburgischen Staatsdienst entlassen worden (gemeint ist die Entnazifizierung - die Red.) aber 8000 neu eingestellt worden. Die große Zahl der Neueinstellungen, so ließ er durchblicken, hätten den sozialdemokratischen Senat mancherlei Möglichkeiten geboten, ihm politisch nahestehende Beamte einzustellen.

Ein Zuruf Max Brauers aber nahm dem Argument sofort die Schlagkraft: „Aber Herr Blumenfeld vergessen Sie doch nicht die große Zahl derjenigen, die von den Ausgeschiedenen wieder zurückgeflossen sind."

In der Tat ist durch die Korrektur der Entnazifizierungsbestimmungen der größte Teil der einstmals Entnazifizierten inzwischen wieder in Amt und Würden gekommen. Dazu treten noch die zahlreichen „Täter", die gemäß bundesgesetzlicher Vorschriften vordringlich eingestellt werden mußten. Was nach Abzug dieser Kategorien von den 8000 Neueinstellungen noch nachbleibt, ist ein so geringer Prozentsatz, daß es sich kaum lohnt, darüber noch zu sprechen.

Die Sache hat aber noch eine andere, ernstere Seite. Gesetzt den Fall, Herrn Blumenfelds Zahlenvergleich wäre durch Brauers Zuruf nicht sofort auf das richtige Maß zurückgeführt worden. Dann hätte man am nächsten Tage in allen dem Block-Senat wohlgesinnten Hamburger Zeitungen lesen können, in welch weitgehendem Maße unter dem sozialdemokratischen Senat durch die 8000 Neueinstellungen eine „Sozialdemokratisierung der Verwaltung" durchgeführt worden sei.

Nicht viel besser war es um ein Argument des Bürgermeisters bestellt. Die von der Opposition kritisierte Einflußnahme aus den Reihen des Hamburg-Blocks auf den Senat zum Zwecke einer stärkeren Berücksichtigung von Parteifreunden glaubte Bürgermeister Dr. Sieveking mit dem Hinweis abschwächen zu können, auch unter dem sozialdemokratischen Senat habe es so etwas gegeben. Er selbst sei dafür ein lebendes Beispiel. Als er noch Hamburger Senatssyndikus gewesen sei, habe der „damalige Kronprinz der SPD" seine Entfernung gefordert. Nur das loyale Eintreten des Bürgermeisters Brauer, der sich vor ihn gestellt habe, hatte seine Abberufung verhindert.

Wen der Bürgermeister mit dem „Kronprinzen" meinte, blieb unbeantwortet — in den Reihen der SPD-Fraktion gab es nur verwunderte Gesichter. Aber daß man auch in sozialdemokratischen Kreisen über die Arbeit gewisser leitender Beamter nicht immer restlos glücklich gewesen ist, braucht nicht verhehlt zu werden. Reibungsflächen hat es genug gegeben. Entscheidend aber und für die gegenwärtige Situation allein bedeutungsvoll ist, daß der sozialdemokratische Senat keinen Beamten wegen dessen parteipolitischer Einstellung aus dem Dienst entfernte.

Herrn Dr. Sievekings „lebendiger Beweis" war also kein Beweis. Sein Argument glich einer schillernden schnell zerspringenden Seifenblase.

Blumenfeld contra Lenz und „Luftbohm"

Für gewisse Erscheinungen der CDU-Politik, die „draußen" nicht gut ankommen, hat Block-Vorsitzender Blumenfeld einen Riecher. Er liebt es dann, sich in der Bürgerschaft mit einer „persönlichen Meinung" vorzustellen, die die Selbständigkeit seines politischen Urteils erkennen lassen soll.

So fühlte er sich während der Etatsdebatte veranlaßt, sich ebenfalls gegen die Subventions- und Festpreisforderungen agrarischer Kreise auszusprechen, die von der sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Anders eindrucksvoll kritisiert worden waren. Auch dem bundeskanzlerischen „Koordinationsausschuß" des Herrn Lenz konnte Blumenfeld keine Freude abgewinnen.

Eine scharfe Attacke aber unternahm er gegen seinen Koalitionsfreund, den ironisch bereits als „Luftbohm" titulierten Herrn Bundesverkehrsminister Seebohm, dessen allzu eifriges Werben für die Deutsche Lufthansa unterzog er einer scharfen Kritik. Eindringlich warnte er vor übermäßiger Investition, besonders solcher aus Prestigegründen, und ermunterte zum Kürzertreten, da die deutsche Luftfahrt ein schlechtes Geschäft sein würde.

Bei dieser Gelegenheit erinnerten sich kundige Leute daran, daß in der Zeit, als der frühere Wirtschaftssenator, Prof. Dr. Schiller, und sein Mitarbeiter, der heutige Bundestagsabgeordnete Helmut Schmidt, sich um die Heranziehung der Werftbasis für die Deutsche Lufthansa nach Hamburg bemühten und sich dabei für einen zwar angemessenen, aber begrenzten Rahmen der Anlagen aussprachen, mancherlei stürmische Ermunterungen aus dem Kreise der Hamburger Angehörigen der Bonner Koalition kamen und sie bedrängten, sich zu sputen. Um so interessanter nun, von Herrn Blumenfeld so kräftige Bedenken zu hören. Leider unterließ er es, darzulegen, warum er sich jetzt dazu entschlossen hat.

So blieb es ungeklärt, ob es sich wirklich nur um die ganz private Meinung des Herrn Blumenfeld handelte oder ob nicht von seinem Parteivorsitzenden, Dr. Konrad Adenauer, ein kleiner Wink gekommen war, den Eifer des Herrn Seebohm, den er schließlich ja auch nicht als Privatmann, sondern als Bundesminister betreibt, „von unten her" zu bremsen.

Die Hamburger DP-Abgeordneten im Hamburg-Block schienen, ihren Mienen nach zu urteilen, von der Rede ihres Block-Vorsitzenden nicht eben entzückt zu sein.

19. Juni 1954

Hamb. Echo

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Die andere Seite des Streiks

Politische Hintergründe / Über die wirtschaftlichen Aspekte / Keine Tariferhöhungen

von Erik Blumenfeld

Das unerfreulichste Kapitel der hamburgischen Wirtschaftsgeschichte in der Nachkriegszeit ist vor nunmehr vier Wochen abgeschlossen worden, der Streik der Arbeiter und Angestellten in den öffentlichen Verkehrs- und Versorgungsbetrieben, welcher auf Anweisung der Stuttgarter ÖTV-Zentrale in Hamburg vom Zaun gebrochen worden ist. Unter dem Druck ihrer Funktionäre mußten 13 000 — das sind weniger als 1 % der Einwohner Hamburgs — gutbezahlte, mit hohen Sozialleistungen seitens der Unternehmen ausgestattete und mit Pensionsrechten versehene Kommunalarbeiter neun Tage lang die Bevölkerung unter Druck setzen. Über die Auswirkungen dieses unseligen Streiks ist an anderer Stelle ausführlich berichtet worden. Die Handlungsweise der ÖTV-Funktionäre unter der Leitung ihres Chefs Kummernuß wird in ihrer Bedeutung dadurch nicht abgeschwächt, daß sich die Bediensteten der Wasser- und Gaswerke sowie der HHA in überwiegender Mehrzahl ihrer großen Verantwortung gegenüber dem Gemeinwohl bewußt gewesen sein dürften, als sie für den Ausstand stimmten. Es steht außer Zweifel, daß ein hoher Prozentsatz von ihnen Lohnerhöhungen in dieser Form nicht durchgesetzt wissen wollte. Aber sie mußten sich, wie die Bevölkerung auch, den voreiligen Beschlüssen einer kleinen Minorität beugen.

Führen wir uns einmal die wirtschaftliche Situation des Arbeiters in der Bundesrepublik vor Augen. Da ist zunächst die erfreuliche Tatsache, daß die Steigerung des deutschen Reallohns nach Feststellungen des Statistischen Amtes der UNO an der Spitze aller Länder der westlichen Welt liegt. Er ist in der Vergleichszeit (Mitte 1950 bis Mitte 1953) um 22 % gestiegen, während er sich in Frankreich um nur 14 %, in den USA um 10, in Belgien um 4 und in England sogar um nur 2% erhöht hat. Die Löhne in Industrie und Baugewerbe liegen heute etwa doppelt so hoch wie im Jahr 1938, während sich die Lebenshaltung (1938 = 100) auf 170 verteuert hat. Im übrigen fließen den Arbeitnehmern in der westdeutschen Industrie tariflich und freiwillige Sozialleistungen der Betriebe in Höhe von fast 40 % ihrer Lohnsumme als indirekte Einkommen zu. Der Anteil der Arbeitnehmer am Sozialprodukt liegt in der Bundesrepublik zum Teil um 5 % höher als in wirtschaftlich hochentwickelten Ländern wie Kanada, Belgien, der Schweiz und anderen. (Bei dieser Darstellung sind die betrieblichen Sozialleistungen noch nicht einmal berücksichtigt worden.)

Aus diesen wenigen Zahlen wird bereits ersichtlich, daß der Status unserer Arbeiterschaft kein schlechter ist. Um so bedauerlicher, daß die Lohnbewegung, die sich gegenwärtig über die Bundesrepublik ausbreitet, in ihren Forderungen weit über das hinausgeht, was wirtschafts- und sozialpolitisch verantwortbar ist. Die Forderungen der Gewerkschaften sind durchweg weit übertrieben, eine bedauerliche Feststellung angesichts der Bereitschaft zumindest der Unternehmen, eine erträgliche Lohn- und vor allem Gehaltsaufbesserung bei den Angestellten zu verantworten.

„Expansive Lohnpolitik?"

Den Auftakt zu dieser Lohnwelle gab vor einem halben Jahr Dr. Viktor Agartz, der Leiter des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts des DGB, mit seinem Artikel über die „expansive Lohnpolitik". Er schrieb, man dürfe sich nicht damit begnügen, den Reallohn nachträglich an die volkswirtschaftliche Entwicklung heranzubringen, sondern man müsse vielmehr versuchen, die wirtschaftliche Expansion zu forcieren, um durch bewußte Kaufkraftsteigerung eine Ausweitung der Produktion herauszufordern. Wenn es heute zu Lohnkündigungen mit [illegible] eine krisenfeste und ständig wachsende Wirtschaft voraus. Voraussetzung dafür ist das richtige Verhältnis von Produktivitätssteigerung und Einkommenserhöhung zueinander, das heißt, eine parallele Aufwärtsentwicklung beider. Aus einem unbefriedigtem Mehr an Kaufkraft resultiert notwendig inflatorischer Druck mit allen seinen Folgen. Nachhinkendes Einkommen (= schwindende Kaufkraft) aber ergibt Störungen im Gleichgewicht von Konsum, Investition und Spartätigkeit. — Wir stehen immer vor dem Erfordernis, die Lohnpolitik in die gesamtwirtschaftlichen Zusammen-

Erik Blumenfeld

hänge einzubauen. Bewußte Rationalisierung wird hier zu einer fortschrittlichen Einkommenspolitik führen.

Der Lohn kann durchaus ein konjunkturpolitisches Element sein, sind doch die Löhne von heute die Umsätze von morgen. Die Investitionsentwicklung wird nicht durch Lohnsteigerungen gefährdet, wenn zwei wesentliche Einschränkungen beachtet werden. Einmal müssen Lohnforderungen in den Grenzen des Wachstums der allgemeinen Arbeitsproduktivität gehalten werden, zum anderen dürfen Lohnerhöhungen weder stoßartig erfolgen noch ein Ausmaß annehmen, das die Rentabilität der Unternehmen gefährdet. Die Betriebe sind bekanntlich sehr unterschiedlich gelagert. Deshalb muß den Unternehmern Spielraum für die im Wettbewerb erforderlichen Rationalisierungsinvestitionen und Preissenkungen gewährt werden.

völlig verfehlt sie würde die Entwicklung unseres gesamten Wirtschaftsaufbaus erschüttern.

Ohne jeden Zweifel ist es unbestrittenes Recht der Arbeitnehmer, sich zur Verbesserung ihrer Lebenshaltung einen gerechten und der Allgemeinheit gegenüber vertretbaren Anteil an der Steigerung des Sozialprodukts zu sichern. Allerdings stellt sich hier die entscheidende Frage, ob das Kampfmittel des Streiks, das in seinen Auswirkungen schwere Gefahren für das Gemeinwohl in sich birgt, in seiner Anwendung nicht bis zur letzten Möglichkeit eines Vergleichs hin ausgeschaltet bleiben muß. Es sollte ausschließlich als allerletzte Waffe eingesetzt werden.

Keine Tariferhöhungen

Das Verhältnis des Bundeskanzlers und mit ihm des gesamten Kabinetts zu beiden Sozialpartnern der Bundesrepublik ist in den zurückliegenden Jahren erfreulich gut gewesen. Das gilt nicht nur für die Arbeitgeber, sondern in ganz besonderem Maße auch für die Gewerkschaften. Im Interesse der Bevölkerung wäre es zu wünschen, wenn sich auch in Hamburg ein solches Verhältnis zwischen Senat und Sozialpartnern (vorzüglich den Gewerkschaften) anbahnte.

Lohnerhöhungen für die Arbeitnehmer, auch der stadteigenen Betriebe, sind durchaus diskutabel, wobei man sich über Zeitpunkt, Höhe und Form unterhalten kann. Vermieden werden muß aber, daß Lohnerhöhungen Tariferhöhungen nach sich ziehen. Die sozial Schwachen — die Rentner und Alten, die Kriegsopfer und Arbeitslosen, die Kinderreichen, weithin auch die Geistesarbeiter — würden die Last zuerst zu tragen haben. Darüber hinaus würden solche Erhöhungen sich bis in die breitesten Konsumentenschichten hinein auswirken. Davor aber soll und muß Hamburg bewahrt bleiben. Es ist dies auch der falscheste Weg zur Steigerung des Realeinkommens.

Der Hamburger Ausstand war der Beginn großer innenpolitischer Auseinandersetzungen. Es war ein Streik auf Befehl. Die Zusammenhänge zwischen Berliner SPD-Parteitag, Hamburger Streik und dem Gewerkschaftskongreß im Herbst sind offenkundig geworden. Die Lehren daraus? Funktionäre der SPD wie des DGB werden gut daran tun, sich künftig größere Zurückhaltung [illegible] zuzulegen. Es könnte sonst [illegible] für sie [illegible]

Archiv Zeitgeschichte

schen Reallohns nach Feststellungen des Statistischen Amtes der UNO an der Spitze aller Länder der westlichen Welt liegt. Er ist in der Vergleichszeit (Mitte 1950 bis Mitte 1953) um 22 % gestiegen, während er sich in Frankreich um nur 14 %, in den USA um 10, in Belgien um 4 und in England sogar um nur 2% erhöht hat. Die Löhne in Industrie und Baugewerbe liegen heute etwa doppelt so hoch wie im Jahr 1938, während sich die Lebenshaltung (1938 = 100) auf 170 verteuert hat. Im übrigen fließen den Arbeitnehmern in der westdeutschen Industrie tariflich und freiwillige Sozialleistungen der Betriebe in Höhe von fast 40 % ihrer Lohnsumme als indirekte Einkommen zu. Der Anteil der Arbeitnehmer am Sozialprodukt liegt in der Bundesrepublik zum Teil um 5 % höher als in wirtschaftlich hochentwickelten Ländern wie Kanada, Belgien, der Schweiz und anderen. (Bei dieser Darstellung sind die betrieblichen Sozialleistungen noch nicht einmal berücksichtigt worden.)

Aus diesen wenigen Zahlen wird bereits ersichtlich, daß der Status unserer Arbeiterschaft kein schlechter ist. Um so bedauerlicher, daß die Lohnbewegung, die sich gegenwärtig über die Bundesrepublik ausbreitet, in ihren Forderungen weit über das hinausgeht, was wirtschafts- und sozialpolitisch verantwortbar ist. Die Forderungen der Gewerkschaften sind durchweg weit übertrieben, eine bedauerliche Feststellung angesichts der Bereitschaft zumindest der Unternehmen, eine erträgliche Lohn- und vor allem Gehaltsaufbesserung bei den Angestellten zu verantworten.

„Expansive Lohnpolitik?"

Den Auftakt zu dieser Lohnwelle gab vor einem halben Jahr Dr. Viktor Agartz, der Leiter des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts des DGB, mit seinem Artikel über die „expansive Lohnpolitik". Er schrieb, man dürfe sich nicht damit begnügen, den Reallohn nachträglich an die volkswirtschaftliche Entwicklung heranzubringen, sondern man müsse vielmehr versuchen, die wirtschaftliche Expansion zu forcieren, um durch bewußte Kaufkraftsteigerung eine Ausweitung der Produktion herauszufordern. Wenn es heute zu Lohnkündigungen mit ihren Folgeerscheinungen käme, so sei dies ebenso ein wirtschaftlich-konjunkturpolitisches Erfordernis wie die Abwehr verteuerter Lebenshaltung.

Wie steht es nun mit der wirtschaftlichen und konjunkturpolitischen Begründung des Gewerkschaftskurses? Beschäftigungsstabilität, und in ihrem Gefolge eine allgemeine Hebung des Lebensstandards, setzt einander, das heißt, eine parallele Aufwärtsentwicklung beider. Aus einem unbefriedigtem Mehr an Kaufkraft resultiert notwendig inflatorischer Druck mit allen seinen Folgen. Nachhinkendes Einkommen (= schwindende Kaufkraft) aber ergibt Störungen im Gleichgewicht von Konsum, Investition und Sparfähigkeit. — Wir stehen immer vor dem Erfordernis, die Lohnpolitik in die gesamtwirtschaftlichen Zusammen-

Erik Blumenfeld

hänge einzubauen. Bewußte Rationalisierung wird hier zu einer fortschrittlichen Einkommenspolitik führen.

Der Lohn kann durchaus ein konjunkturpolitisches Element sein, sind doch die Löhne von heute die Umsätze von morgen. Die Investitionsentwicklung wird nicht durch Lohnsteigerungen gefährdet, wenn zwei wesentliche Einschränkungen beachtet werden. Einmal müssen Lohnforderungen in den Grenzen des Wachstums der allgemeinen Arbeitsproduktivität gehalten werden, zum anderen dürfen Lohnerhöhungen weder stoßartig erfolgen noch ein Ausmaß annehmen, das die Rentabilität der Unternehmen gefährdet. Die Betriebe sind bekanntlich sehr unterschiedlich gelagert. Deshalb muß den Unternehmern Spielraum für die im Wettbewerb erforderlichen Rationalisierungsinvestitionen und Preissenkungen gewährt werden.

Herr Agartz irrt

Herrn Agartz' Gedankengänge einer expansiven, auch progressiv genannten, Lohnpolitik sind nicht nur sehr umstritten, sondern praktisch überlebt. Jeder Erfahrene weiß, daß die Bundesrepublik mit strukturellen Problemen kämpft. Eine nachhaltige Konjunkturspritze wäre deshalb zur Verbesserung ihrer Ausstattung einen gerechten und der Allgemeinheit gegenüber vertretbaren Anteil an der Steigerung des Sozialprodukts zu sichern. Allerdings stellt sich hier die entscheidende Frage, ob das Kampfmittel des Streiks, das in seinen Auswirkungen schwere Gefahren für das Gemeinwohl in sich birgt, in seiner Anwendung nicht bis zur letzten Möglichkeit eines Vergleichs hin ausgeschaltet bleiben muß. Es sollte ausschließlich als allerletzte Waffe eingesetzt werden.

Keine Tariferhöhungen

Das Verhältnis des Bundeskanzlers und mit ihm des gesamten Kabinetts zu beiden Sozialpartnern der Bundesrepublik ist in den zurückliegenden Jahren erfreulich gut gewesen. Das gilt nicht nur für die Arbeitgeber, sondern in ganz besonderem Maße auch für die Gewerkschaften. Im Interesse der Bevölkerung wäre es zu wünschen, wenn sich auch in Hamburg ein solches Verhältnis zwischen Senat und Sozialpartnern (vorzüglich den Gewerkschaften) anbahnte.

Lohnerhöhungen für die Arbeitnehmer, auch der stadteigenen Betriebe, sind durchaus diskutabel, wobei man sich über Zeitpunkt, Höhe und Form unterhalten kann. Vermieden werden muß aber, daß Lohnerhöhungen Tariferhöhungen nach sich ziehen. Die sozial Schwachen — die Rentner und Alten, die Kriegsopfer und Arbeitslosen, die Kinderreichen, weithin auch die Geistesarbeiter — würden die Last zuerst zu tragen haben. Darüber hinaus würden solche Erhöhungen sich bis in die breitesten Konsumentenschichten hinein auswirken. Davor aber soll und muß Hamburg bewahrt bleiben. Es ist dies auch der falscheste Weg zur Steigerung des Realeinkommens.

Der Hamburger Ausstand war der Beginn großer innenpolitischer Auseinandersetzungen. Es war ein Streik auf Befehl. Die Zusammenhänge zwischen Berliner SPD-Parteitag, Hamburger Streik und dem Gewerkschaftskongreß im Herbst sind offenkundig geworden. Die Lehren daraus? Funktionäre der SPD wie des DGB werden gut daran tun, sich künftig größere Zurückhaltung aufzuerlegen. Es könnte sonst der Tag für sie kommen, an dem sie ihre Glaubwürdigkeit verlieren. Die Forderungen der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer finden ihre natürliche Grenze dort, wo deren Erfüllung das Gefüge unserer Volkswirtschaft ins Wanken zu bringen droht. Unverantwortlich wäre es, sich dieser Erkenntnis auf die Gesamtheit unseres Volkes, und ganz besonders gegenüber den sozial Schwachen, nicht zu jeder Zeit bewußt zu sein!

Institut für Zeitgeschichte München Archiv

CD-105126-74

Die CDU schießt quer

Seitdem durch den Beschluß Nordrhein-Westfalens, einen eigenen Rundfunksender zu errichten, die Aufspaltung des NWDR zu einem nicht mehr abzuwendenden Faktum geworden ist, ist man in den Ländern Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein bemüht, nun schnellstens den verbleibenden Teil des NWDR zu einer gemeinsamen Anstalt dieser Länder zu machen und damit auch gleichzeitig die Erfüllung der trotz der Aufspaltung verbleibenden gemeinsamen Aufgaben beider Sender zu gewährleisten. Gewisse Kreise der CDU versuchen jetzt, diese Bestrebungen zu hintertreiben.

Bekanntlich wird seit einiger Zeit zwischen den Regierungen Niedersachsens, Hamburgs und Schleswig-Holsteins über einen Staatsvertrag über die Errichtung eines „Norddeutschen Rundfunks" (NDR) verhandelt. Die Verhandlungen haben, wie man hört, bisher einen befriedigenden Verlauf genommen. Der Vertragsentwurf ist zur Unterzeichnung durch die Regierungschefs reif. Er soll anschließend den Parlamenten der drei Länder vorgelegt werden.

Die Vertretung der drei Länder im vorgesehenen neuen Rundfunkrat ist so gedacht, daß Niedersachsen die Hälfte der Vertreter stellt, Hamburg und Schleswig-Holstein je ein Viertel. Damit ist jedem Lande eine seiner Hörerzahl entsprechende angemessene Vertretung gewährleistet. Für grundlegende Beschlüsse ist eine qualifizierte Mehrheit vorgesehen, um unbillige Majorisierungen zu vermeiden.

Diese Regelung aber paßt interessanterweise gewissen Kreisen der CDU ganz und gar nicht. Sie möchten sich bei dieser Gelegenheit einen besonderen Einfluß verschaffen. Deshalb eröffnete der Herr Blumenfeld vor etwa einer Woche, ein Aufpasser in Verschleierung hintergründiger Absichten wartete er mit dem scheinheiligen Argument auf, der neue Vertrag sehe eine zu starke Beteiligung „rein politischer Instanzen" vor und vernachlässige die übrige Vertretung der Öffentlichkeit.

Blumenfelds Vorstoß ist Teil eines sorgfältig ausgeklügelten Querbetreibens machtpolitisch orientierter CDU-Kreise. Unzweideutig ist das dem Informationsdienst Nr. 3 der Katholischen Nachrichtenagentur in Bonn zu entnehmen. In der in jenem Dienst üblichen demagogischen Verzerrung der tatsächlichen Verhältnisse wird kühn behauptet, der Staatsvertrag solle ohne vorherige gründliche Konsultation der interessierten „politischen und sonstigen Stellen" durchgepeitscht werden. In Wirklichkeit ist auch der CDU genau bekannt, wie lange schon und wie gründlich an diesem Vertrag gearbeitet wird. Klipp und klar aber erklärt der Katholische Nachrichtendienst, der Vertrag stoße auf heftigen Widerstand „in CDU-Kreisen". Die Hauptkritik richte sich — man höre — gegen den Hamburger Bürgermeister Sieveking, der (wie schrecklich!) die Vertragsverhandlungen „seinem Staatssekretär Drexelius (SPD)" überlassen habe, „ohne" die CDU als stärkste Regierungspartei vorher um eine Stellungnahme zu bitten".

Da haben wir's! Unmißverständlich tritt der Machtanspruch der CDU hier zutage. Sie, die bei anderen Gelegenheiten sich nicht genug über parteipolitische Einflüsse zu entrüsten weiß, attackiert jetzt sogar den ihrer Partei angehörenden Hamburger Bürgermeister, nur weil er bei Ausübung seiner selbstverständlichen Bürgermeisterpflichten nicht vorher unterdänigst die CDU um ihre Meinung fragte.

Aus diesem Grunde ist, wie die Katholische Nachrichtenagentur mit besonderer Betonung hervorhebt, der Landesvorsitzende der CDU in Hamburg „von maßgeblichen Kreisen" seiner Partei aufgefordert worden, mit den CDU-Landesvorsitzenden Schleswig-Holsteins und Niedersachsens in Verbindung zu treten und dafür zu sorgen, daß „die Bildung des Norddeutschen Rundfunks von der Erfüllung einiger Bedingungen abhängig gemacht wird."

Welches aber sind die „Bedingungen" der CDU? Nun, sie laufen darauf hinaus, die Besetzung des vorgesehenen Rundfunkrates so zu gestalten, daß der CDU die Möglichkeit eröffnet wird, vorwiegend ihre Leute hineinzubugsieren. Wenn diesen Forderungen nicht stattgegeben werde, dann müsse, so erklärt die Katholische Nachrichtenagentur messerscharf, „die Regierung Kopf (II) die Verantwortung für die Spaltung der drei norddeutschen Länder in der Rundfunkfrage tragen".

Uns scheint, die parteiegoistischen Machenschaften der CDU, die hinter diesen Absichten stecken, sollten für alle diejenigen, die einen wirklich unabhängigen und von übersteigerten machtpolitischen CDU-Einflüssen freien Rundfunk wollen, Anlaß sein, sich der angekündigten Verzögerungstaktik entschieden zu widersetzen und für eine baldige Verabschiedung des Vertrages zur Errichtung der neuen Rundfunkanstalt einzutreten.

12. Feb. 1955
Hamb. Echo

Institut für Zeitungsforschung - Archiv

Die Welt, ED-10020.75
7.11.1953

Blumenfeld an Brauer

In einem Brief an Bürgermeister Max Brauer nahm Erik Blumenfeld, der Vorsitzende des Hamburg-Blocks (CDU/FDP/DP/BHE), gestern zu dem umstrittenen Artikel „Zuwenig Bomben über Hamburg" Stellung, der in einem Extrablatt des „Hanseat" am Tage vor der Bürgerschaftswahl erschienen war und Brauer die Äußerung unterstellt hatte, es seien auf Hamburg zuwenig Bomben gefallen. Bürgermeister Brauer hat, wie bereits berichtet, gegen den „Hanseat" Strafantrag wegen Verleumdung gestellt.

Erik Blumenfeld betont in seinem Schreiben, daß er den Artikel bedaure. Die für den Inhalt Verantwortlichen hätten sich nach seiner Auffassung zu entschuldigen, und er habe diese seine Auffassung auch der Redaktion des Blattes mit allem Ernst vermittelt. Die Führung des Hamburg-Blocks sei jedoch nicht verantwortlich, sie habe von dem Inhalt des Flugblattes vorher keine Kenntnis gehabt.

Weiterhin erklärt der Vorsitzende des Hamburg-Blocks in dem Brief, er hätte schon in der Nacht des Wahlsonntags gehofft, mit dem Bürgermeister sprechen und im gemeinsamen Handschlag die Härte des Wahlkampfes beenden zu können. Auf Grund der Zusage Brauers an den NWDR habe er im Fernseh-Studio Lokstedt auf ihn gewartet, jedoch vergebens.

Gleichzeitig erinnert Blumenfeld an ein Interview, das Brauer der amerikanischen Zeitung „New York Times" am 28. Oktober gegeben hatte. Diesem Interview zufolge soll Brauer gesagt haben (in englischer Sprache): „Ich sage den Amerikanern, macht euch nichts vor und entfremdet euch nicht diejenigen, die in erster Linie gegen Hitler kämpften und die jetzt von der gegenwärtigen Regierung wie Aussätzige behandelt werden."

Blumenfeld drückt in dem Schreiben sein Befremden über diese Bemerkungen aus und bezeichnet sie als einen Versuch, zwischen dem Hamburg-Block und dem Naziregime ganz bewußt bedenkliche Beziehungen herzustellen. Er habe eigentlich erwartet und wäre dankbar dafür, eine Mitteilung zu erhalten, daß Brauer diese Äußerung der amerikanischen Zeitung gegenüber nicht gemacht habe oder sie bedaure. dw

Blumenfeld zieht sich zurück

Die Frist ist um ...

Eine für die breitere Öffentlichkeit Hamburgs überraschende Kunde kommt aus den Reihen des Hamburg-Blocks. Abgeordneter Erik Blumenfeld will von der Führung des Hamburg-Blocks zurücktreten, ja, auch sein Bürgerschaftsmandat niederlegen und sich sogar „vorerst" jeder aktiven politischen Tätigkeit enthalten. Mitglied der CDU aber, so wird hinzugefügt, werde er bleiben.

Es bedarf wohl keiner näheren Darlegung, daß diese Nachricht für das politische Leben Hamburgs eine kleine Sensation bedeutet. Erik Blumenfeld, geschäftiger Manager des Hamburg-Blocks und dessen Wortführer in der Bürgerschaft, will sich zurückziehen? Das ist ein ungewöhnlicher Vorgang, und die Frage nach den Gründen oder Hintergründen eines so aufsehenerregenden Schrittes stellt sich natürlicherweise sofort ein.

In einer Morgenzeitung, die ihre Informationen vermutlich von Herrn Blumenfeld selbst oder doch seiner nächsten Umgebung hat, heißt es, Blumenfeld, der sieben große Firmen zum Teil allein verantwortlich leite, sehe sich „angesichts seiner wirtschaftlichen Aufgaben" nicht mehr in der Lage, politisch mitzuwirken. Er könne sich nicht teilen. Die Verantwortung, das Risiko, seien zu groß. Die Zeitung fügt hinzu, der bevorstehende Rücktritt Blumenfelds sei „ein bedenkliches Symptom".

In der Tat wird man sich fragen, inwiefern die angedeuteten wirtschaftlichen Aufgaben Herrn Blumenfeld gerade jetzt so in Anspruch nehmen, während ihm die Leitung seiner sieben großen Firmen vor Jahren anscheinend doch hinreichende Zeit ließ, sich sehr weitgehend um die Politik und insbesondere um die Hamburger Landespolitik zu bekümmern. Sollte die Bemerkung über das Risiko und die Verantwortung für die Firmen andeuten, daß sich die wirtschaftliche Lage für Herrn Blumenfeld inzwischen einschneidend verändert hat?

Nach den Informationen der gleichen Zeitung gedenkt Herr Blumenfeld nicht, sich für immer aus der politischen Arena zurückzuziehen. Ein, zwei Jahre werde er voraussichtlich schweigen, aber „niemand kann heute voraussehen, auf welcher Ebene er dann das Wort aufs neue ergreifen wird. Die landespolitische der Hansestadt wird es kaum wieder sein".

In dem Kommentar jener Morgenzeitung wird auch daran erinnert, daß Blumenfeld „seinen Schwur" aus zweijährigem KZ-Aufenthalt wahrgemacht habe, „nach Kriegsende für mindestens zehn Jahre politisch aktiv zu sein, um mitzuarbeiten an der Riesenaufgabe, Deutschland wieder auf den richtigen Weg zu bringen". Diese Frist wäre damit, so läßt die Zeitung zwischen den Zeilen durchblicken, abgelaufen. Ob allerdings die politische Linie, die der zweifellos sehr aktive Blumenfeld mit der Geburt des Hamburg-Blocks verfolgte, sich zum Segen auswirken wird, ist eine andere Frage. Schon heute verursachen die Auswirkungen der Block-Idee, die nach dem Hamburger Beispiel auch in anderen Ländern der Bundesrepublik Schule gemacht hat, weiten Kreisen auch im eigenen Lager erhebliche Sorgen. Möglicherweise ist auch Herr Blumenfeld selbst, wenn er sich in stiller Stunde die Ergebnisse seiner Block-Idee ansieht, nicht frei von solchen Sorgen ...

HC
15/6 55

Institut für Zeitungsforschung Archiv

ED-106/26 - 76

BÖHME, Ernst Oberbürgermeister a.D.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-906/26-77

ERNST BÖHME
Oberbürgermeister a.D.
Rechtsanwalt und Notar

Braunschweig, den 7. Okt. 1955
Münzstraße 2 - Fernruf 248 57 1/H.
privat: Seesener Straße 12 Fernruf 21494

Herrn
Walter H a m m e r
H a m b u r g 39
Veerstücken 9

Sehr geehrter Herr Hammer !

Zu Ihrem Parlamentarierbuch erlaube ich mir, Ihnen ein Bild zu übersenden, welches heimlich gemacht worden ist und dessen Verbreitung von den Nazis verboten war. Es ist mir 1945, als ich nach Braunschweig in mein altes Amt zurückkehrte, von Freunden zugestellt worden. Es zeigt den Umzug, der mit mir von SA- und SS-Leuten veranstaltet worden ist, nachdem ich im Gebäude des Volksfreundhauses misshandelt und nachdem ich aus der Bewusstlosigkeit erwacht war, mit der roten Schärpe geschmückt, durch die Strassen der Stadt Braunschweig zum Gefängnis geführt wurde.
Sollten Sie die Absicht einer Wiedergabe haben, könnte ich Ihnen in einigen Tagen auch einen härteren Abzug schicken.

1 Anlage

Mit freundlichem Gruss !

Böhme

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/26 - 78

Oberbgm. Böhme
Md L.

13.333 seines Amtes enthoben.
verhaftet
am gleichen Abend freigelassen
25.333 mit Peitschen bewußtlos geschlagen
einige Zähne ausgeschlagen
so zugerichtet, daß er auf Monate hinaus
arbeitsunfähig war.

Mit roter Schärpe im Triumphzug durch
die belebtesten Straßen Br. ins Ugf. geführt!
19.4.33 entlassen

Vgl. Degener XII + XI!
Klagges-Brosch. S. 8

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/26 -73

METROPOL-GESELLSCHAFT / E. Matthes & Co.
Zeitungs-Ausschnitt-Büro
Gegr. 1926 Berlin-Charlottenburg 2 Uhlandstr. 184
Tel.: 91 68 31

Zeitung: Vorwärts

Erscheinungsort: Köln

Datum: 25. JAN. 1957

Ein verdienter Kommunalpolitiker

Am 23. Januar 1957 vollendete ein hochverdienter sozialdemokratischer Kommunalpolitiker, Oberbürgermeister a. D. Ernst Böhme-Braunschweig das 65. Lebensjahr. Der in Magdeburg gebürtige Sohn eines Arbeiters schloß sich bereits als zwanzigjähriger Jurastudent der SPD an. Während des ersten Weltkrieges schwer verwundet, war er nach seiner Entlassung aus dem Lazarett im Jahre 1919 zunächst als Arbeitersekretär tätig und trat dann, nach abgeschlossenem Studium, 1923 in den Kommunaldienst seiner Vaterstadt. Das Jahr 1924 sah ihn unter den Mitbegründern des „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold", dessen Bundesvorstand er bis zur Auflösung im Jahre 1933 angehörte. Der Anfang Dezember 1929 zum Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig Berufene wurde ein Jahr danach von der Sozialdemokratischen Partei in den Braunschweigischen Landtag entsandt. Hier und natürlich auch in seiner kommunalen Arbeit trat er den gerade während jener Jahre sehr erstarkenden Nazis wiederholt unerschrocken entgegen und zog damit die Aufmerksamkeit und den Unwillen der späteren Gewalthaber des „Dritten Reiches" auf sich. So konnte es nicht ausbleiben, daß Ernst Böhme unter dem Naziregime sofort seines Amtes enthoben, wiederholt inhaftiert, schwer mißhandelt und in jeder erdenklichen Weise schikaniert wurde. Nach der vernichtenden Niederlage des Jahres 1945, als Deutschland im Chaos untergegangen war, holten ihn die Braunschweiger in ihr Rathaus zurück. Bis zum Jahre 1948, also in den schwersten Jahren des Wiederaufbaues, diente er seiner Stadt, die ihn später zu ihrem Ehrenbürger machte, wieder als Oberbürgermeister; dann nötigte ihn eine schwere Erkrankung in den Ruhestand. Gleichwohl wirkt er auch weiterhin in zahlreichen Ehrenämtern zum Wohle der Öffentlichkeit, so u. a. im Deutschen Städtetag und im Deutschen Roten Kreuz. —

-n-

Institut für Zeitungsforschung - Archiv

ED-106/26-80

Böhme, Ernst 23.3.1933

1/2-BA-0004063

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/26 - 81

BÖLLER, Franz

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Gladbeck i/W., Schillerstr. 35
29. 6. 54

ED-106/26 -82

Sehr geehrter Herr Hammer,

wieso Ihr (erschütternder) Rundbrief mit den vielen Fragen meine Adresse aussuchte, weiß ich zwar nicht, wenngleich Ihre Anliegen auch mir sehr am Herzen liegen. Von Zeit zu Zeit versäume ich nicht, die Schüler der Oberstufe auf die studentischen Widerstandskämpfer in München nachdrücklich hinzuweisen und auf anderes aus diesem Gebiet. Da lag das „wahre" Deutschland, nicht in der NS-Verzerrung!

Als ich Ihre Fragen bezüglich Plötzensee las, kam mir der eindrucksvolle Vortrag von Peter Buchholz in den Sinn über die Opfer des 20. Juli 44. Er war ja Gefängnispfarrer in Plötzensee.

Sollten Sie ihm Ihren Rundbrief noch nicht haben zugehen lassen: Domkapitular Peter Buchholz, Düsseldorf, Metzer Str. 30.

Senden Sie Ihren Rundbrief auch an meinen Freund

Univ.-Prof. Dr. d'Ester, München-Obermenzing, Verdistr. 15.

Prof. d'Ester, der Senior der deutschen Zeitungswissenschaft, hatte unter seinen Schülern auch den jungen Herrn Hart (Vater: Druckereibesitzer in Volkach), der der geheimen Freiheitsbewegung angehörte, er starb im Krankenhaus in Wien während des Krieges.

Ob Ihnen die Mutter des in München hingerichteten Christel Probst, Frau Karin Klablatt, jetzt Tegernsee/Obb., Reisberger Hof, noch viel Material liefern kann, bezweifle ich. Ricarda Huch hat sich damals schon an Sie gewandt. Das Bild Probsts in Ingl. Scholls „Weißer Rose" sagte der Mutter nicht ganz zu. Sie

ist jetzt eine alte Dame, in einem Altersheim, ihre Augenschwäche erschwerte ihr das Schreiben.

Sie fragen nach dem zog. Milders-Brief. Ich halte ihn für eine ganz raffinierte Fälschung aus dem Propagandaministerium oder den SD-usw. Kreisen, um – „die Ratten aus ihren Schlupfwinkeln zu locken". Ich selbst geriet auch in die „Beschattung" durch die Gestapo, als ich ihn arglos als „Flingerbrief" (ohne ihn vorher geprüft zu haben) in einer Oberklasse unseres Gymnasiums verlesen hatte. Meine Nachfrage beim „Propst von Stettin", an den der Brief angeblich gerichtet war, ergab die Fälschung. Auf eine Anfrage beim deutschen Feldpropst in Paris erfolgte die gleiche Auskunft mit dem Schluß der betreffenden Schreibstelle „mit „freundlichem Guß!" (ich faßte es nicht als Schreibfehler, sondern Teufelei auf). Der Guß erfolgte auch: beim Verhör durch die Gestapo in Münster kam ich mit einem „blauen Auge" davon, mußte aber – „freiwillig" natürlich – 400 Mark an die NSV zahlen, zur Buße, daß ich den Brief vorher nicht durchgelesen hatte (was der Wahrheit entsprach, aber auf ungläubige Ohren stieß – wie anzunehmen).

Das Ganze war eine aufregende Geschichte. Mir wurde vom Provinzialschulkollegium der Unterricht auf der Oberstufe entzogen. Daß ich nicht an eine andere Schule versetzt wurde, scheiterte nur daran, daß mein Ersatzmann nicht hierher wollte.

Doch all das ist ein unbedeutendes Kapitel gegenüber den Martyrien der eigentlichen Widerstandskämpfer.

Gute Wünsche für Ihre Bestrebungen,

Ihr Franz Böller.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106126-83

BONDY, Curt

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/26-84

Curt Bondy

HAMBURG 13, BORNPLATZ 2

16. April 1958.

Lieber Walter Hammer,

Für Ihre Geburtstagskarte danke ich Ihnen sehr herzlich. Das war wirklich nett von Ihnen, daran zu denken. Ich war verreist und schreibe darum auch erst heute.

Das Mißverständnis mit Hugo Sieker tut mir auch leid. Seien Sie versichert, daß es nichts mit Ihnen zu tun hat. Mir ist immer noch nicht klar, warum er sich nicht an Walter Herrmann gewandt hat. Letzterer wird Ihnen noch bekannt sein aus seiner Zusammenarbeit mit Karl Wilker im Linderhof und später mit mir im Jugendgefängnis Hannöversand. Während der nationalsozialistischen Zeit war er übrigens nicht im Staatsdienst; er hat die Leitung des Gefängnisses Wolfenbüttel erst 1945 übernommen.

Mit herzlichen Grüßen
Ihr

Curt Bondy

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

18. Oktober 1951

Herrn
Professor Dr. Curt Bondy
H a m b u r g
Bornplatz 2, III

Lieber Curt Bondy! Vielleicht wissen Sie schon, dass wir nächster Tage wieder mit einem Besuch aus Amerika rechnen dürfen: Hans Maeder. Selber stehe ich im Begriff, erneut nach Bad Pyrmont zu Dr.Buchinger zu reisen, wo mir eine nochmalige "Operation ohne Messer" eine Besserung meines Herzleidens bringen soll. Ich kann mir vorstellen, dass Sie stark mit Arbeit überlastet sind, doch hoffe ich, dass Sie mir nicht grollen werden, wenn ich noch kurz vor meiner Abreise mit einigen Fragen komme. (Post wird mir nachgeschickt!)

Ich habe die Absicht, ein neues Passahebuch herauszubringen, welches auch sämtliche Briefe des Negers "Lukanga Mukrra" enthalten soll. In einem Anhang will ich jener alten Freunde gedenken, die im Geiste Hans Paasches gelebt und gewirkt haben und gleich ihm im Kampf für die deutsche Freiheit umgekommen sind. Ich habe bereits mehr als 150 Namen beisammen, doch wäre es mir schmerzlich, wenn ich wichtige Persönlichkeiten übersehen würde. So bitte ich also meine folgenden Fragen zu verstehen.

Beim Durchblättern alter Jahrgänge meiner Zeitschriften, womit mich kürzlich ein alter Leser beglückt hat, stiess ich auf folgende Mitarbeiter: Justus Ehrhardt und Alwin Brockmann-Schwerin von der Gildenschaft Soziale Arbeit; ferner Kleist und Kreba aus Berlin, ebenso Dr. Gerda Weyl. Aus Berlin stammte auch Georg Foerder, der einmal in Göttingen der Akademischen Freischar angehört haben soll. Erinnern Sie sich an ihn? Er hielt es mit der Schwarzen Front, war bei uns im Zuchthaus Brandenburg und starb an den Strapazen bald nach unserer

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Befreiung. Wann und wo starb eigentlich Ihr Bruder Max? Was haben Sie erfahren über das Schicksal Ihres Vorgängers Prof. Willism Stern?

Vor gut 25 Jahren sprach ich an Festtagen im Zuchthaus Neumünster. Damals wirkten dort in Jugendgefängnis unsere Freunde Gerd Steuck und Rittinghaus. Wissen Sie vielleicht, was aus denen geworden ist? - Dr. Karl Wilker ging nach Südafrika als Hauslehrer, schwieg seitdem. Dr. Elisabeth Rotten wüsste über ihn wahrscheinlich Bescheid, doch wie erreicht man Elisabeth Rotten? Wissen Sie vielleicht auch da brauchbaren Rat?

In alter gesinnungsfreundlicher Verbundenheit
verbleibe ich mit herzlichen Grüssen
Ihr

Curt Bondy

ED-106/26 - 86

HAMBURG 13, BORNPLATZ 2

22. Oktober 1951

Lieber Walter Hammer!

Durch die Erkrankung meiner Sekretärin ist Ihr Brief vom 18. Oktober mir nicht nachgeschickt worden. Ich bin erst gestern abend von einer mehrwöchentlichen Reise zurückgekommen. Auf Ihre Anfrage möchte ich Ihnen folgendes antworten:

1. Justus Ehrhardt ist im Krieg gefallen. Die Adresse seiner Frau ist: Marburg/Lahn, Reitgasse 3

2. Alwin Brockmann ist in der evangelischen Fürsorgearbeit. Seine Adresse: Lübeck, Untertrave 1.

3. Kleist: Ich weiß nicht, was aus ihm geworden ist.

4. Krebs: Wenn Sie Dr. Albert Krebs meinen, den Gefängnismann, der früher in Thüringen gearbeitet hat: er ist Ministerialrat im Hessischen Justizministerium und der Leiter des dortigen Gefängniswesens Wiesbaden.

5. Dr. Gerda Weyl: Keine Ahnung.

6. Georg Foerder: ebenfalls.

7. Max Bondy: Er starb vor etwa 5 Monaten in den Vereinigten Staaten, wo er ein neues Landerziehungsheim gegründet hatte.

8. William Stern: Er starb in den Vereinigten Staaten etwa im Jahre 1939.

9. Gerd Steuck ist Gefängnis-Psychologe am Jugendgefängnis in Vechta in Oldenburg.

10. Rittinghaus: Nichts von ihm gehört.

11. Elisabeth Rotten wird wohl über Wilker wissen. Ihre Adresse werden Sie erfahren können über Studiendirektor Dr. Schadow, z. Zt. Norddeutsches Landerziehungsheim Marienau bei Dahlenburg/Elbe.

Heute nur dies. Mit herzlichen Grüßen

Ihr

Curt Bondy

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/26 -81

BOVERI, Margret

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/26-88

2. Oktober 1956

Frau
Dr. Margret B o v e r i
Berlin - Dahlem
Im schwarzen Grund 18

Sehr geehrte Frau Doktor !

Nachdem ich mit reichem Gewinn Ihre rororo-Bände über den Verrat durchgearbeitet habe, fühle ich mich zu ein paar Randbemerkungen verpflichtet, deretwegen Sie mir hoffentlich nicht grollen werden. Ich halte es so bei allen ernst zu nehmenden einschlägigen Publikationen; vielleicht sagt man mir zutreffend nach, daß ich großen Respekt vor geistiger Leistung stets bewiesen hätte, der ja auch gerade in unserem Falle am Platze ist, weshalb ich es immer verschmäht habe, Fehler und Mißverständnisse an die große Glocke zu hängen und in der Presse breitzutreten. So also will ich es auch jetzt wieder halten. Es handelt sich überdies nur um geringfügige Bemängelungen.

Sehr ärgerlich ist es allerdings, daß Sie auf den Seiten 21,43 und 83 des II.Bandes den hingerichteten Hauptmann Friedrich-Karl Klausing irrtümlich als Klausning bezeichnet haben, was bei einer Neuauflage ja unschwer zu korrigieren wäre.

Darf ich auf Seite 14 des zweiten Bandes ein großes Fragezeichen setzen ? Mir ist nämlich kein Konservativer bekannt, welcher der "Roten Kapelle" hätte zugezählt werden können.

Vor einiger Zeit schickte ich Ihnen schon einige Drucksachen, woraus Sie u.a. ersehen haben, daß ich den angeblichen SS-Bericht nach gründlicher Prüfung als ein apokryphes Machwerk ablehnen muß.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Daß unter den rund 200 Opfern des 20.Juli sich nur zwei Frauen befunden haben, war auch für mich ein Rätsel, welches ich nicht ohne Erfolg zu lösen bestrebt war. Wenn Sie es wünschen und wenn mein Gesundheitszustand das noch erlaubt, will ich gerne darauf noch zu sprechen kommen.

Auf Seite 41 (des II.Bandes) bin ich auf eine sonderbare Duplizität gestoßen. Sollte Beck wirklich beinahe wörtlich genau den gleichen Ausspruch getan haben, auf den man in Schachts "Abrechnung" auf Seite 96 stößt? Es würde sich wohl empfehlen, dieser Frage einmal nachzugehen.

Auf Friedrich-Wilhelm Heinz kommen Sie sehr ausführlich zu sprechen. Er hat mich hier in meinem Archiv besucht, denn ich wußte ihm Wesentliches zu berichten über seinen Sohn Rüdiger, der als 12jähriger in die Landesanstalt Brandenburg kam und dort von heute auf morgen ums Leben gebracht wurde. Eingeliefert wurde der Junge von einer braunen Schwester als " Sohn einer Zuchthäuslerin und eines Deserteurs". Ich bin gerne bereit, Ihnen hierüber weitere einwandfreie Details anzuvertrauen.

Ich hätte Ihnen dies gerne schon etwas früher geschrieben, aber die Sorge um die wesentlich erweiterte Auflage meines Parlamentarierbuches nahm meine geschwächte Kraft (ich mußte durch alle Hitler-Höllen hindurchgehen) so stark in Anspruch, daß ich erst heute dazu komme, nachdem ich die Neufassung meines Parlamentarierbuches noch glücklich unter Dach gebracht habe.

Mit verehrungsvollem Gruß

Ihr ergebener

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-706/26-89

DR. MARGRET A. BOVERI

BERLIN-DAHLEM
IM SCHWARZEN GRUND 16
TEL. 76 15 24

z.Zt. Höfen bei Bamberg, den 13.10.56.

Sehr geehrter Herr Hammer,

vielen Dank für Ihren Brief vom 2.10.56. und die vorangegangenen Drucksachen, die mich alle sehr interessiert haben. Klausing ist für die kommende Neuauflage schon berichtigt worden. Leider waren auch viele andere kleine Fehler ähnlicher Art zu berichtigen. Textänderungen sollen erst vorgenommen werden, wenn eine allgemeine Revision der beiden Bände stattfindet, bei der ich vielleicht auch ganze Partien fortlassen werde. Dazu wird möglicherweise auch das Kapitel über Friedrich-Wilhelm Heinz gehören. Heinz hat mir übrigens auf die Bändchen hin einen ausführlichen Brief mit mancherlei Berichtigungen geschrieben, die Tragödie mit seinem Sohn jedoch nicht erwähnt. Gegebenenfalls werde ich mich nochmals an Sie wenden und um weitere Einzelheiten bitten.

Zu den Konservativen der roten Kapelle gehörte sicher Erwin Gehrts. Er war seit seiner Fliegerzeit mit meinem Freund Hermann Beckmann in Dahlem befreundet und auch der Pate von dessen im zweiten Weltkrieg gefallenen Sohn. Beckmann glaubte, er sei vorübergehend Chefredakteur der Kreuzzeitung gewesen. Dieses konnte ich jedoch bisher nicht feststellen. Der Arzt, Dr. John Rittmeister, den emigrierte Freunde von mir in Zürich kennen lernten, muss nach deren Beschreibung auch konservative Überzeugungen mit sozialistischen Ansichten verbunden haben.

Dieses für heute mit den besten Wünschen für Ihre Gesundheit und Arbeit und vielen Grüssen von

Ihrer

Margret Boveri

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-906/26-90

4.November 1956

Frau
Dr. Margret Boveri
Berlin - Dahlem
Im schwarzen Grund 18

Sehr geehrte Frau Doktor!

Ohnehin wollte ich Ihnen heute kurz geschrieben haben; nach Lektüre der in unübertrefflichem Gelehrtendünkel geschriebenen Abkanzlung, die sich Professor Ritter gestern in der WELT geleistet hat, muss nun unbedingt der Sonntag zu diesen wenigen Worten herhalten. Vielleicht tröstet es Sie ein wenig, dass auch ich mir fortgesetzt üble Schulmeistereien gefallen lassen muss. Wenn man Fakten sprechen lässt, dann ist man in den Augen gewisser Leute nur noch "Journalist", als welcher ja auch Sie höchmütig abgetan werden.

Zum Thema "Rote Kapelle" glaube ich Ihnen eine sehr wichtige Mitteilung machen zu können. 1948 ist von der VVN in Berlin ein 88 Seiten starkes Heft herausgegeben worden: "Widerstandsgruppe Schulze-Boysen /Harnack". Ich kenne den Bearbeiter Klaus Lehmann, der es persönlich gewiss nicht schlecht gemeint hat, der aber alle an der "Roten Kapelle" Beteiligten für den Osten in Anspruch nimmt. Alle werden als Kommunisten vorgestellt. Wahrscheinlich kennen Sie dieses Heft noch nicht. Ich bemühe mich darum und hoffe, Ihnen in aller Kürze ein Exemplar schicken zu können. Sollten Sie aber wider Erwarten doch schon darüber verfügen, dann wäre ich für kurzen Bescheid dankbar. Auch mit weiteren Aufschlüssen stehe ich gerne zu Ihrer Verfügung.

Notgedrungen muss ich mich knapp fassen, es geht mir gesundheitlich nämlich schlecht. Für Ihre Genesungswünsche bestens dankend, verbleibe ich mit verehrungsvollem Gruss

Ihr

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

DR. MARGRET A. BOVERI

BERLIN-DAHLEM
IM SCHWARZEN GRUND 10
TEL. 76 15 24

7. November 1956

ED-206/26 -9/1.

Sehr geehrter Herr Hammer,

vielen Dank für Ihren Brief vom 4.11. und Ihre freundlichen Worte zu der B esprechung von Ritter, die allerdings einen Höhepunkt unsachlicher Polemik darstellt. Es gibt Stimmen, die es für nötig halten, dass ich darauf erwidere. Ich bin dagegen der Meinung, dass auf dieser Basis eine Diskussion unmöglich ist.

Die Broschüre von Klaus Lehmann, auf die Sie mich aufmerksam machen, kenne ich nicht und hoffe, es gelingt Ihnen, sie zu beschaffen. Dagegen erhielt ich in Bezug auf Schulze-Boysen Briefe von Adrian Turel und Arnold Bauer, die aber nicht viel anderes besagen, als dass er Kommunist nationalkommunistischer Prägung war. Axel v. Harnack schrieb mir, dass ich von dem berliner Filmregisseur Falk Harnack weitere Auskunft über dessen Bruder Arvid Harnack erhalten könne. Ich kam noch nicht dazu, einen Kontakt aufzunehmen und erwarte mir offen gestanden auch nicht viel davon. Ausserdem besteht Aussicht auf ein Treffen mit einer der östlichen Witwen aus der "Roten Kapelle".

Ich bitte schon jetzt um Entschuldigung für den Fall, dass ich auf künftige Mitteilung von Ihnen nicht antworte: Es kommen immer noch so viel Leserbriefe, dass ich von der Arbeit abgehalten werde und mich ab nächster oder übernächster Woche wieder radikal von allem abzuschliessen gedenke.

Mit nochmaligen guten Wünschen für Ihre Gesundheit und besten Grüssen

bin ich

Ihre

Margret Boveri

Institut für Zeitgeschichte / Archiv

ED-106126 - 02

17. Dezember 1956

Frau
Dr. Margret Boveri
Berlin-Dahlem
Im schwarzen Grund 18.

Sehr geehrte Frau Doktor!

Zu meiner großen Freude ist es mir nun geglückt, die für Sie hervorragend wichtige Publikation von Klaus Lehmann über die "Widerstandsgruppe Schulze-Boysen / Harnack" zu beschaffen, worüber ich Ihnen in meinem Brief vom 4. vorigen Monats bereits schrieb. Gerne will ich Ihnen diese Schrift zur Verfügung stellen, doch sprachen aus Ihrem letzten Brief Zweifel, ob Sie sich noch damit befassen wollen. Können Sie das Heft aber willkommen heißen, werde ich es Ihnen nach Weihnachten sogleich schicken. Im übrigen stehe ich nach wie vor gerne zu Ihrer Verfügung.

Mit verehrungsvollem Gruß und herzlichen Festtagswünschen verbleibe ich

Ihr

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/26-93

Dr. Margret A. Scveri

BERLIN-DAHLEM 22. Dez. 56
IM SCHWARZEN GRUND 18
TEL.: 76 15 24

Sehr geehrter Herr Hammer,

vielen Dank für Ihre Mitteilung, dass Sie die Publikation von Klaus Lehmann erhalten haben. Da ich mich in der nächster Zeit ganz auf die Arbeit für die kommenden Bände konzentrieren muss (dies neben der journalistischen Tagesarbeit für den Lebensunterhalt) plane ich, die Revision der ersten beiden Bände erst nach dem Abschluss des Ganzen vorzunehmen. Ich glaube also, dass ich die Schrift über die Gruppe Schulze - Boysen - Harnack nicht vor 1958 würde verwerten können und denke, sie ist bis dahin am besten in Ihrem Archiv aufbewahrt.

Ihr Buch "Hohes Haus in Henkers Hand" habe ich inzwischen gekauft und betrachte es als wertvolle Quelle.

Mit den besten Grüssen und allen guten Wünschen für Weihnachten und das neue Jahr bin ich

Ihre

Margret Boveri

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/26 — 84

3.März 1957

Frau
Dr.Margret Boveri
Berlin-Dahlem
Im schwarzen Grund 13

Sehr geehrte Frau Doktor!

Verbindlichen Dank für Ihre gestern bei mir eingetroffene Drucksache.Es war sehr freundlich von Ihnen, auch mich damit zu bedenken.

Für Sie habe ich übrigens das Heft von Klaus Lehmann noch bereitliegen. Falls es Ihnen jetzt willkommen sein würde, bedürfte es nur eines kurzen Bescheides,woraufhin ich postwendend reagieren würde.

Inzwischen habe ich nur die Neuauflage von Ritters "Goerdeler" durcharbeiten müssen. Lässt sich ein schlimmerer Verrat als der von Goerdeler vorstellen, der, ohne unter Druck gesetzt worden zu sein, all seine Mitverschworenen preisgab? Man könnte wohl ein Dutzend Opfer dieses Verrats nennen.Selber befreundete ich mich noch im Zuchthaushospital von Brandenburg mit dem früheren sächsischen Staatsminister Fr.W.Richter, einem deutschnationalen MANN? DER WEGEN "Nichtanzeige" und als Freund Goerdelers zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt worden war. Man holte ihn im Sommer 45 nach Dresden zurück,wo er Präsident des

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Rechnungshofes wurde. Es vergingen nur wenige Wochen, da[r]
seine Frau mir herzliche Abschiedsgrüsse von ihm schickte.
er starb an Lungentuberkulose, die er sich bei uns im
Zuchthaus Brandenburg geholt hatte. Jeder, der Zuchthaus
und KZ durchlitten hat, fragt sich immer wieder, wie Ritter
es nur riskieren durfte, Boerdeler als "unsern Patriot" zu
feiern. Viele sehen in diesem umfangreichen Schmöker nicht
mehr als eine Kuriosität. Aber der Historiker-Nachwuchs
riskiert es wohl kaum, gebührend geharnischt zu protestieren
gegen Ritters verzerrtes Geschichtsbild. Aber dies natürlich
ganz unter uns. Mir reicht die Kraft nicht mehr, mit einzu-
greifen.

Mit verehrungsvollem Gruss verbleibe ich

Ihr Ihnen kollegial ergebener

Institut für Zeitgeschichte Archiv

ED-106/26

5. März 1957

Frau
Dr. Margret B o v e r i
Berlin-Dahlem
Im schwarzen Grund 13

Sehr geehrte Frau Doktor !

Verbindlichen Dank für Ihre gestern bei mir eingetroffene Drucksache. Es war sehr freundlich von Ihnen, auch mich damit zu bedenken.

Für Sie habe ich ~~auch~~ übrigens das Heft von Klaus Lehmann noch bereitliegen. Falls es Ihnen jetzt willkommen sein sollte, bedürfte es nur eines kurzen Bescheides, woraufhin ich postwendend reagieren würde.

Inzwischen habe ich nun die Neuauflage von Ritters "Goerdeler" durcharbeiten müssen. Läßt sich ein schlimmerer Verrat als der von Goerdeler vorstellen, der, ohne unter Druck gesetzt worden zu sein, all seine Mitverschworenen preisgab? Man könnte wohl ein Dutzend Opfer dieses Verrats nennen. Selber befreundete ich mich noch im Zuchthaushospital von Brandenburg mit dem früheren sächsischen Staatsminister Fr.W. Richter, einem deutschnationalen Mann der wegen "Nichtanzeige" und als Freund Goerdelers zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt worden war. Man holte ihn im Sommer 45 nach Dresden zurück, wo er Präsident des Rechnungshofes wurde. Es vergingen nur

Institut für Zeitgeschichte Archiv

wenige Wochen, daß seine Frau mir herzliche Abschiedsgrüße von ihm schickte; er starb an Lungentuberkolose, die er sich bei uns im Zuchthaus Brandenburg geholt hatte. Jeder, der Zuchthaus und KZ durchlitten hat, fragt sich immer wieder, wie Ritter es nur riskieren durfte, Goerdeler als „unseren "Patrioten" zu feiern. Viele sehen in seinem umfangreichen Schmöker nicht mehr als eine Kuriosität. Aber der Historiker-Nachwuchs riskiert es wohl kaum, geharnischt zu protestieren gegen Ritters verzerrtes Geschichtsbild. Aber dies natürlich ganz unter uns. Mir reicht die Kraft nicht mehr, mit einzugreifen.

Mit verehrungsvollem Gruß verbleibe ich
Ihr Ihnen kollegial ergebener

Institut für Zeitgeschichte Archiv

ED-106126 - 96

DR. MARGRET A. BOVERI

BERLIN-DAHLEM den 3.4.1957
IM SCHWARZEN GRUND 18
TE...: 76 15 24

Sehr geehrter Herr Hammer:

Besten Dank für Ihren Brief vom 26.3. mit den Randbemerkungen zu dem Goerdeler-Buch, die ich anbei wieder an Sie zurückgehen lasse. Natürlich verstehe ich, dass Sie nicht mit Namen in Bezug auf die Sätze in Ihrem letzten Brief zitiert werden wollen, und füge mich Ihrem Wunsche. Für heute nur dies

Mit den besten Grüssen

von Ihrer

Margret Boveri.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106126 - 97

20. März 1957

ARCHIV
WALTER
HAMMER

Einige Handbemerkungen zu Professor Dr. Gerhard Ritters "Goerdeler"-Buch in seiner dritten Auflage.

Seite 101, 12. Zeile: SelbstAusschuß.

Seite 102 und 103: Wohl gab es eine Gruppe "Neubeginnen", aber keine Gruppe "Neubeginner".

Seite 105, 19. Zeile: Der terminus technicus war immer nur: "Treffs".

Seite 109, Zeilen 1 & 25: Nicht Jakob, sondern Jagob.

Seite 109 geschieht Brill Unrecht, denn er stand bis zum Schluß mit seiner Organisation der Sozialdemokraten in Abwehr gegen die kommunistischen "Antifaschisten".

Seite 111, 3.Zeile von unten fehlen Anführungsstriche.

Seite 141, 2.Zeile: lernten, statt lehrten.

Seite 239, 11.Zeile von unten: man stolpert über "alle Augenblicke".

Seite 245, 13.Zeile von unten: Großgurth.

Seite 292, 11.Zeile v.unten: geplant war wohl die Gründung, denn einer Begründung der Einheitsgewerkschaft bedurfte es wohl nicht.

Seite 303, vorletzte Zeile: "Kreisauer Dokumente" ist die geläufigere Bezeichnung.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ARCHIV WALTER HAMMER

Seite 348, 13.Zeile: unendlich?

Seite 373, 16.Zeile v.unten: Paulus van Husen .

Seite 380, 22.Zeile: XXXW Flievier ist nie Kommunist gewesen.

Seite 389, 16.Zeile: Generals von Falkenhausen.

Seite 416 oben: Bei uns im Zuchthaus Brandenburg haben einige politische Todeskandidaten länger als 2 Jahre auf ihre Hinrichtung gewartet, Tag und Nacht gefesselt.

Seite 443, 8.Zeile: Hier ist wohl "unerträglich" gemeint, denn untragbar ist etwa ein von Motten zerfressener XXXXX Überzieher oder ein Korb ohne Henkel.

Seite 471: Meines Wissens schreibt sich der Berliner Arzt: Schmidt.

Seite 471, 5.Zeile v.unten: Dahrendorfa .

Seite 474, 16. Zeile: Der jetzige Prälat heißt Schmitt .

Seite 477, 29.Zeile: Brecher .

Seite 508: Der sogenannte "Kissel-Bericht" ist und bleibt ein apokryphes Machwerk östlicher Provenienz, ein Gemisch aus Hitler-Deutsch und Partei-Chinesisch.

Seite 521, 18.Zeile: vgl. beil.Drucksache.

Seite 544, 11.Zeile v.unten: Weigenborn.

Seite 580, 2.Zeile: Vollmerhaus.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/26 98

28.2.1958

Frau
Dr. Margret A. Boveri
Berlin - Dahlem
Im schwarzen Grund 18

Sehr geehrte Frau Doktor !

Verzeihen Sie bitte, daß ich Ihnen erst heute herzlich danke. Es ging mir in den letzten Wochen sehr schlecht. Hoffentlich werden Sie das als Entschuldigung für meine Saumseligkeit gelten lassen können.

Zu meiner Beschämung muß ich gestehen, daß zwei hohe Berge aus einschlägiger Literatur auf Durcharbeit warten. Leider immer noch vergebens, denn ich finde einfach die Kraft dazu nicht mehr. Hoffentlich blühe ich gegen das Frühjahr wieder auf - trotz meiner bald 70 Jahre ! Dann werde ich wieder von mir hören lassen.

Wenn ich Ihnen zwischendurch mit Auskünften dienen kann - gerne nach besten Kräften. Sie werden sich erinnern, daß ich mich nicht ohne Erfolg um die aufschlußreiche Publikation über die "Rote Kapelle" aus der Feder von Klaus Lehmenn, für Sie bemüht habe.

Mit den besten Grüßen und Wünschen
verbleibe ich Ihr Ihnen kollegial ergebener

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/26-99

BRANDT, Willy MdB Reg. Bürgermeister

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/26-100

Herrn Abgeordneten
Willy Brandt,
B o n n /Bundeshaus

H/F. 27.11.50

Lieber Willy Brandt! Als ich kürzlich von hier nach Düsseldorf fuhr, kam ich reichlich verspätet zur Lektüre Deines Buches"Krieg in Norwegen". Es hat mir viel gegeben; jetzt erst werde ich gewahr, wieviel ich an Lektüre nachzuholen habe, nachdem ich mich 5 Jahre an die Brandenburger Pflichten habe binden lassen. Die in Brandenburg über mich hereingebrochene Katastrophe scheint mir übrigens den Rest gegeben zu haben. Ich fürchte fast, daß mir die Kraft fehlen wird, das Brandenburgbuch doch noch zu schreiben. Für diesen Fall wäre ich Dir dankbar, wenn Du mit dazu beitragen wolltest, daß die Resultate meiner Arbeit nich ganz vor die Hunde gehen, vielleicht kommst Du später einmal mit den Genossen Brill und Erler darauf zu sprechen. Die Ärzte bügeln heftig an meinem schlappen Herzmuskeln herum, vielleicht komme ich auch noch glücklich über den Winter. Anbei meine Rundfunkworte mit der Ansage. Es soll sehr starke Wirkung davon ausgegangen sein.

In alter gesinnungsfreundlicher Verbundenheit verbleibe ich mit herzlichen Grüssen und Festtagswünschen Dein

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

10.April 1951.

ED-701/24-704

Herrn

Abgeordneten Willy Brandt,

B O N N / Bundeshaus.

Lieber Willy Brandt! Grolle mir nicht, weil ich Dich mit einer dringenden Bitte überfalle -nun Du gerade besonders stark durch die Lastenausgleich- und Mitbestimmungs- Debatten in Anspruch genommen wirst.

Als ich am 7. März nach Bad Pyrmont abdampfte, zur g l e i c h e n Stunde beriet man in Düsseldorf über meine sauer verdiente Haftentschädigung. Zwar hat die dreiwöchige Heilfasten-Kur wirklich Wunder gewirkt - aber in Düsseldorf habe ich gefehlt. Der Ausschuss, dem u.a. auch jener ulkige Pfarrer Flossdorf angehört, der sich opfern wollte, um die sieben Schwerverbrecher von Landsberg zu retten, fasste den ärgerlichen Beschluss, die Entscheidung noch zu verschieben und trotz Presse und Rundfunk noch weitere Erkundigungen über die Notwendigkeit meiner Flucht aus Brandenburg einzuziehen.

Sei nun doch so freundlich, dem Walter Hösterey genannt Hammer in Düsseldorf-Oberkassel, Saarwerdenstr. 14, (Düsseldorf, meine alte Heimat, ist der Hauptsitz meiner "Firma"!) mit dem ganzen Gewicht Deines Namens und Deiner Abgeordneten-Würde eben zu bescheinigen, dass die eingeweihten politischen Kreise Berlins keinen Augenblick darüber im Zweifel gewesen sind, dass meine Flucht aus Brandenburg, die man schon lange erwartet hatte, nach dem Ueberfall von Fritz Lange und Konsorten eine absolute Notwendigkeit geworden war. Es ist ein Jammer, dass man den Berufssoldaten alles zuschanzt, wiewohl die Angestellten einer bankrott gegangenen Firma sonst ohne Gnade in den Mond gucken müssen, uns aber geradezu um unsere Haftentschädigung betteln lässt. Dabei gehe ich sicher nicht in der Annahme fehl, dass mein Fall geradezu ein Schulbeispiel von Verfolgung und Flucht darstellt, wie sie der Gesetzgeber beim sog. Härteparagraphen des Haftentschädigungsgesetzes für Nordrhein-Westfalen im Auge gehabt hat.

Für recht baldige Wunscherfüllung wäre ich Dir besonders dankbar. Auch Ernst Lemmer habe ich um eine derartige Bescheinigung gebeten. Er wird sie mir sicher sogleich schicken, doch ist es mit einer einzigen Bestätigung kaum geschehen

Mit herzlichen Grüssen verbleibe ich

Dein

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-706/26-702

WILLY BRANDT

BERLIN-SCHLACHTENSEE, den 14.4.1951
Seesteig 9

Herrn
Walter H a m m e r
Schriftsteller
Hamburg 39
Bilserstr. 16 d.

Lieber Walter Hammer!

Besten Dank für Deine Briefe vom 29.3. und 1o.4. Dein Artikel hat mich sehr interessiert. Was aus der Wiedergutmachung auf Bundesebene wird, lässt sich noch nicht übersehen. Die SPD hat eine bundesgesetzliche Regelung beantragt, aber der Antrag liegt jetzt, ich weiss nicht für wie lange, im Ausschuss. Wenn Du zu dieser Sache Vorschläge machen willst, schicke sie mir bitte. Ich kann sie dann an einen der zuständigen Genossen weitergeben; selbst werde ich nicht an dieser Arbeit beteiligt sein.

In der Anlage übermittle ich Dir gern die Bescheinigung, die Du für die Behörden in Düsseldorf brauchst.

Mit freundlichsten Grüssen

Dein

Willy Brandt

Anlage

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

24. April 1951.

Herrn
Willy Brandt, M.d.B.,
B O N N / Bundeshaus.

Lieber Willy Brandt!

Hab herzlichen Dank für die schnell Wunscherfüllung! Hoffentlich kommt es bald zu einer Regelung der Wiedergutmachung auf Bundesebene. In diesem Falle darf ich wohl unserem Genossen im Ausschuss folgendes zu Berücksichtigen empfehlen:

1. Dem freien Ermessen muss weitgehend Raum gegeben werden, denn gerade auf diesem Gebiete k a n n und d a r f man nicht bloss in Kategorien denken. Rein schematische Regelung führt zu oft geradezu grotesken Ergebnissen. (In Berlin z.B. sollen die Witwen der Rebellen vom 20. Juli leer ausgehen!?)

2. Ich warne davor, blosse "illegale Tätigkeit" mit einzubeziehen, wie man das in Nordrhein-Westfalen getan hat. Mit diesem Kautschukbegriff haben die Stalinisten von der VVN einen tollen Unfug getrieben, indem sie sich gegenseitig jahrelange "illegale Tätigkeit" bestätigt haben. Ich glaube, dass Peter Lütsches, CDU-Stadtverordneter von Düsseldorf und Vorsitzender des BVN, hierüber schwerwiegendes Material zur Verfügung hat, welches er dem Ausschuss sicher gerne vorzulegen bereit wäre (Düsseldorf, Haroldstr.1).

3. Man sollte den Kommunisten nicht erlauben, in den Ausschüssen über Anerkennung und Haftsentschädigung mitzubestimmen ~~zu lassen~~, denn sie paktieren heute ja ohne Scham mit unseren Peinigern in der Hitlerzeit.

Mit freundlichen Grüssen verbleibe ich Dein

ED-706/26 -104

16. September 1953

Herrn Bundestagsabgeordneten
Willi Brandt
Berlin-Schlachtensee
Seesteig 9

Lieber Willi Brandt!

Lasse bitte auch mich zu Deinen Gratulanten gehören. Schmerzlich wird es auch Dir sein, daß Hermann Brill und Arnold Bergsträsser Eurer Bundestags-Fraktion nicht mehr angehören werden. Namentlich aber wird Euch Paul Loebe fehlen. Wenn ich in etwa drei Wochen wieder einmal nach Bonn gefahren komme, hoffe ich auch Dich kurz begrüßen zu können. Es würde mich freuen, wenn Du dann ein paar Minuten für mich übrig haben würdest. Wir müßten dann einmal auf das von Annedore Leber geplante illustrierte Werk zu sprechen kommen, bei dem Du ihr als geborener Lübecker ja auch behilflich zu sein versprochen hast. Ich habe da große Bedenken und möchte wünschen, daß es Dir gegeben wäre, drohende Fehlgriffe zu verhüten. Wir dürfen nicht übersehen, daß unsere Gegner auf Blößen lauern und ständig darauf bedacht sind, zuzuschlagen. Vielleicht bin ich gar zu gewissenhaft, aber wir stimmen sicher in der Meinung überein daß man grade auf dem Gebiete der Totenehrung nicht vorsichtig genug sein kann. Der geringste Mißgriff kann sich böse rächen. Ich weiß zur Genüge, wie schwierig die Aufgabe ist.

In alter Verbundenheit verbleibe ich
mit herzlichen Grüßen Dein

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-706/28 - 705

1. August 1954

Lieber Willy Brandt!

Für Deinen Brief vom 10.Juli schulde ich Dir immer noch Dank; da ich Dich ohnehin in den letzten Wochen mit Arbeit überlastet wusste,hielt ich mit meinem Dank noch zurück.

Zu Frage 248: gewiss hätte ich von XXX Trotha und von Einsiedel ausklammern können, denn ich wusste,dass sie nicht von den Nazis umgebracht worden waren, aber ich hielt das an dieser Stelle für unwesentlich. Der ganze Fragebogen ist ja voll Latrinenparolen, voll Zweifel und Fragen. Seine Aufgabe war es ja gerade, blosse Gerüchte von unbestreitbaren Tatsachen zu trennen. Wiederum hat sich meine Arbeitsmethode gut bewährt,weshalb ich vom Fragebogen noch ein viertes Tausend drucken liess.Neu hinzugekommen ist das Schlusswort,welches ich besonders zu beachten bitte. Von Halvard Lange hatte ich Post. Wir alten Sachsenhausenern xxxxxxx waren tatsächlich davon überzeugt,dass August bei uns im Lager umgekommen sei. So also muss die Wahrheit mit sehr viel Mühe und Ausdauer erarbeitet werden. Man irrt

Institut für Zeitgeschichte, Archiv

sich, wenn man glaubt, billiger zum Ziel kommen zu können. Nach wie vor bin ich der Auffassung, dass jenes Bilderbuch eine wirkliche Katastrophe für uns bedeutet.

Gleichwohl verbleibe ich mit herzlichen Grüssen

Dein

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-906/26-706

DEUTSCHER BUNDESTAG
Abgeordneter

Willy Brandt

BONN, 10.7.1954
(Bundeshaus)
Fernruf 2041

Herrn
Walter Harmer
Hamburg 39
Veerstücken 9

Lieber Walter Harmer!

Ich muß Dir noch Deinen Brief vom 9. Juni d.J. bestätigen, hatte Dir aber schon früher geschrieben, daß ich Deine Kritik an dem von Anna Gora Lober herausgegebenen Buch nicht für richtig halte. Um eine Angelegenheit zu erwähnen: Ich halte das "Braunbuch" (betreffend Schmaus) nicht für eine solide Quelle.

Die mir mit Brief vom 20. Juni freundlicherweise übermittelte Drucksache habe ich mit Interesse gelesen. Vielleicht darf ich gleich ein paar Irrtümer berichtigen:

Zu 248: Carl-Dietrich v. Trotha wurde nicht von den Nazis umgebracht, sondern ist vor einigen Jahren während einer Studienreise in den Vereinigten Staaten verunglückt.

Zu 306: Ein Bruder Halvard Langes ist nicht in Sachsenhausen umgekommen. Beide Brüder - der Lehrer August wie auch der Arzt und jetzige Abgeordnete Carl Viggo - sind glücklicherweise 1945 lebend zurückgekommen.

Zu 416: Ein Büchlein über "Witz als Waffe" ist nach dem Krieg in Berlin erschienen, und zwar herausgegeben durch meinen Parteifreund und Bundestagskollegen Dr. Wilhelm Königswarter.

Mit freundlichen Grüßen
Dein Willy Brandt

i. A. Kuhnke

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-906/20 -107

6. April 1955

Herrn Präsident
Willy B r a n d t , MdB
Berlin-Schlachtensee
Marinesteig 9

Lieber Willy Brandt!

Da wahrscheinlich auch Du über die Festtage endlich einmal wieder zum Aufatmen kommst und Dich um Angelegenheiten im engeren persönlichen Bezirk kümmern kannst, möchte ich Dich doch einmal gefragt haben, ob Du mit folgendem Plan einverstanden bist.

Nach langjähriger intensiver Arbeit reift nun mein großes illustriertes Parlamentarierwerk heran, wofür mir 130 vorzügliche Bilder zur Verfügung stehen. Nun möchte ich gerne einige drei oder vier jüngere Abgeordnete in diese Ehrung miteinbeziehen, die 1933 noch keinem Parlament angehörten, wohl aber zu den Verfolgten gehört haben. Ich habe an Dich, an Fritz Erler und an Gerstenmaier gedacht. Aber selbstverständlich möchte ich auf Deine ausdrückliche Einwilligung nicht verzichten. Überlege Dir das doch bitte einmal. Vielleicht kannst Du mir dann auch schon ein Bild vorschlagen. In Betracht käme dann allerdings nur das beste überhaupt erreichbare Bild von Dir.

Da ich es jetzt sehr eilig habe, wäre ich Dir für recht baldigen Bescheid doppelt dankbar.

Mit herzlichen Grüßen und Festtagswünschen
verbleibe ich Dein

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

WILLY BRANDT

Berlin-Schlachtensee, den 12. April 1955
Marineweg 9

FD-106/26 -103

Herrn
Walter H a m m e r
H a m b u r g 39
Vorsetzken 9

Lieber Walter Hammer,

vielen Dank für Deinen Brief vom 6. d. Mts. und für die guten Wünsche. Du irrst allerdings, wenn Du glaubst, dass mir die Feiertage viel Zeit zu persönlichen Dingen gelassen haben.

Es freut mich zu hören, dass sich die Arbeit an Deinem Buch über die Parlamentarier der Beendigung nähert. Ob ich allerdings dort mit hineingehöre, möchte ich doch noch einmal genau zu überlegen bitten. Erler und Gerstenmaier haben ja im Vergleich zu mir unendlich viel mehr durchzumachen gehabt. Wenn es auch wahr ist, dass ich in all den Jahren mit dem deutschen Widerstand sehr eng zusammengearbeitet habe, und zwar nicht nur von draussen her, sondern auch durch mehrfache und nicht risikolose Tätigkeit im Lande selbst, so möchte ich doch nicht, dass durch das Eingereihtwerden in die Gruppe derer, die einen unendlich viel höheren, und zum Teil den höchsten Preis bezahlen mussten, ein falscher Eindruck entstehen könnte.

Falls Du diese Erwägungen jedoch für nicht stichhaltig hältst, und falls ich selbst die angedeuteten Bedenken überwinden sollte, würde ich mich gern bemühen, Dir ein gutes Bild zur Verfügung zu stellen, aber ich hätte zunächst wirklich gern eine Äusserung zu der aufgeworfenen Bedenken.

Mit den besten Grüssen

Dein

Willy Brandt

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

17.4!

Lebe Bla?

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-706/26 --203

2.

17.April 1955

Herrn
Präsident des Abgeordnetenhauses
W i l l y B r a n d t
Berlin - Schlachtensee
Marinesteig 9

Lieber Willy Brandt!

Habe Dank für Deinen Brief vom 12. April. Deine Bedenken sind mir sehr wohl verständlich, doch glaube ich, dass wir uns doch noch verständigen können. Mittlerweile habe ich in letzter Stunde noch einige vortreffliche Bilder hereinbekommen, nach beinahe hundert Briefen endlich auch ein nicht nur brauchbares, sondern sogar ganz vorzügliches Bild von Julius Leber. Ich habe mich darüber wie toll gefreut, denn die im Umlauf gebrachten Zerrbilder dürfen nicht weiter das Feld beherrschen.

Gestern besuchte mich Karl Meitmann für mehrere Stunden. Auch er hat nicht wenig gestaunt über die reichen Schätze meines Archivs, Frucht intensiver Arbeit nun schon eines vollen Jahrzehnts. Auch er teilte meine Auffassung, dass nämlich auch Du in das Parlamentarierbuch mit hineingehörtest. Andere waren wiederum der Meinung, dass wir nicht gar zu viele Sozialdemokraten in den Vordergrund rücken sollten, aber die Oberfrohrens sind nun einmal sehr selten !

Um aber allen überhaupt in Betracht kommenden Parteien gerecht zu werden, möchte ich neben den Bildern von Dir und Fritz Erler auch noch die Bilder von Gerstenmaier und Dehler bringen, der ja das Reichsbanner mitgegründet hat, wie ebenfalls Dr. Wilhelm Nowack, der vielleicht auch noch hinzutreten könnte, so dass dann das Parteienverhältnis harmonisch ausgeglichen wäre. Allerdings habe ich auch noch einen dritten Sozialdemokraten gedacht, der in mehreren Büchern als höchst anständiger Dachau-Gefangener gerühmt worden ist: Heinrich Stöhr, jetzt Mitglied des Bayrischen Landtages.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Bitte, lieber Willy Brandt, ich verspreche Dir, dass Taktlosigkeiten nicht unterlaufen werden, vertraue mir bitte das beste Porträt an, welches es bis jetzt von Dir gibt. Überwinde bitte Deine Bedenken und trage derart indirekt zur Ehrung unserer Toten bei. Denn wir ehren unsere Toten am sinnvollsten dadurch, dass wir uns als ihre Testamentsvollstrecker bewähren. Wir dürfen uns nicht erschöpfen in der Totenklage, müssen vielmehr beweisen, dass es an der weiterbauenden Lebendigkeit an unseren Kreisen nicht fehlt. So erkläre Dich bitte einverstanden.

Nun hab ich es allerdings wirklich brandeilig, weshalb ich Dir für recht schnelle Antwort doppelt dankbar wäre. Auf ein gutes Resultat darfst Du Dich verlassen. Schon Ende Juni wird unser Parlamentarierbuch vom Buchbinder fertiggestellt.

Mit herzlichen Grüssen verbleibe ich

Dein

WILLY BRANDT

Berlin-Schlachtensee, den 21. Juli 1955
Marinesteig 9

ED-106/26 -110

Herrn
Walter H a m m e r
Schriftsteller

H a m b u r g 39

Veerstücken 9

Lieber Walter Hammer,

vielen Dank für Deinen Brief vom 17. d. Mts., der mich leider erst gestern abend nach der Gedenkfeier in Plötzensee erreicht hat. Eine Ausgabe unseres Pressedienstes mit der Niederschrift meiner Rede füge ich bei.

Die Probeabzüge für Dein ~~neues~~ Buch haben mich sehr beeindruckt und ich wünsche Deinem neuen Werk guten Erfolg.

Du weisst, dass ich Dein Urteil über die "Zerrbilder" nicht teile, aber Du kannst Dich darauf verlassen, dass ich Deine Bilder niemand zeigen werde.

Mit herzlichen Grüssen

Dein

Willy Brandt

1 Anlage.

Drucksache
DANK und GRUSS!
23. Juli 1955

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

WILLY BRANDT

Berlin-Schöneberg, den 19. April 1956
Rathaus

ED-706/26-917

Herrn
Walter H a m m e r
H a m b u r g 39

Veerstücken 9

Lieber Walter Hammer,

ich habe mir Deinen Ostern verschickten Rundbrief angesehen und möchte Dir zu zwei Punkten Anregungen übermitteln:

Olav D a l g a r d war nach dem Kriege wieder in Oslo und hat auch gelegentlich für Arbeiderbladet geschrieben. Ich würde also empfehlen, ihm einen Brief unter der Adresse von "Arbeiderbladet", Oslo zu schicken.

Die Witwe von Dr. Fritz Solmitz, dessen Bild Du suchst, lebt in Amerika. Da Du vermutlich nicht mit Annedore Leber in Verbindung treten willst, die ja ein Bild von Solmitz veröffentlicht hatte, würde ich Dir raten, an Senator Paul Brönne in Lübeck zu schreiben, der entweder selbst ein Bild hat oder in der Lage sein wird, Dir die Anschrift von Frau Solmitz mitzuteilen.

Mit den besten Grüssen

Dein

Willy Brandt

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ABGEORDNETER
des Deutschen Bundestages
Willy Brandt

BONN Bundeshaus
Fernruf 20141 (Ortsverkehr)
20151 (Fernverkehr)

BONN am 7.Dez.1955

ED-106/26-112

Herrn
Walter H a m m e r

H a m b u r g 39
Veerstücken 9

Lieber Walter Hammer!

Deinen Brief vom 27.11. habe ich erhalten. Sigvard Strandstedt ist mir persönlich nicht bekannt; in Berlin ist er jedenfalls nicht. Wegen anderer norwegischer Journalisten, die das Parlamentarierbuch interessiert, könntest Du an unseren Freund Vogel schreiben, der Presseattaché bei der deutschen Botschaft in Oslo ist. Ich nehme an, er ist Dir aus der Emigrationszeit bekannt. Sonst kannst Du Dich auch in einem Brief an ihn auf mich berufen.

Mit den besten Grüssen

Dein

Willy Brandt

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

WILLY BRANDT

Berlin-Schlachtensee, den 12. Dezember 1955
Marinesteig 14

ED-706126 -113

Herrn
Walter H a m m e r
Schriftsteller
H a m b u r g 39

Veerstücken 9

Lieber Walter Hammer,

vielen Dank für Dein Parlamentarier-Buch, das vor ein paar Tagen ankam. Ich habe es bisher nur durchblättern können. Der Gesamteindruck ist sehr gut, und ich bin froh, dass Du Paul L ö b e noch dieses Geschenk zu seinem 80. Geburtstag machen konntest.

Freundliche Grüsse

Dein

Willy Brandt

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/26-[illegible]

Beitrag von Bürgermeister
Dr.h.c. W I L L Y B R A N D T
für die Glückwunschadresse
die Walter Hammer
am 24.Mai 1958
zu seinem 70. Geburtstag
gewidmet worden war

Wie fremd ist der Gedanke, daß wir Walter Hammer nunmehr zu den "ehrwürdigen alten Herren" zu zählen haben! Und doch: Es sind tatsächlich mehr als zwei Jahrzehnte vergangen, seit wir uns in skandinavischem Exil begegneten. Er saß damals in Kopenhagen, ich in Oslo. Er lebte aus dem guten Erbe der deutschen Jugendbewegung. Ich stand mit einem Bein in der norwegischen Jugendbewegung, mit dem anderen in der Arbeit am Zusammenhalt zwischen jungen Gesinnungsfreunden innerhalb und außerhalb der deutschen Grenzen.

Vieles ist anders gekommen, als wir es uns damals vorgenommen hatten. Damit ist leider nicht gesagt, daß es besser gekommen sei. Denn wir erstrebten eine gründliche Erneuerung. Dennoch wollen wir froh sein, daß wir am Tage danach dabei sein durften.

Wir bangten um Walter Hammer, als ihn die braunen Okkupanten aus Kopenhagen verschleppt hatten. Ich bin ihm dann nach dem Kriege in Berlin wieder begegnet. Und ich werde nie jenen Tag vergessen, an dem er zu mir kam und schlicht mitteilte, daß er nun auch bei den machtbesessenen Banausen in Brandenburg seines Lebens nicht mehr sicher gewesen sei. Er hatte sich auch diesmal nicht gebeugt.

Ich bin froh, daß ich im Kreise derer sein darf, die Walter Hammer Dank sagen möchten für alles, was er uns gewesen ist. Mögen ihm noch gute Jahre beschert sein, möge seine Lebenserfahrung noch vielen zum Nutzen gereichen.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-10626-715

27. Juli 1964

H/G.

Herrn Reg.Bürgermeister
Dr. h.c. Willy Brandt
Berlin-Schöneberg
Rathaus

Lieber Willy Brandt !

Hocherfreut über Deine Wiedergenesung, zu der ich Dir herzlich gratuliere, kann ich leider nicht umhin, Dich wieder mal mit einem kühnen Wunsch zu behelligen. Wie ich der Presse entnehmen konnte, hat Herr Dr. Richter eine Kassette "Terror und Widerstand 1933 bis 1945" herausgebracht, die bei uns im Archiv wohl nicht fehlen dürfte. Sei doch so freundlich zu veranlassen, daß mir diese Kassette geschickt wird.

Es ist mit meiner Gesundheit ganz verteufelt schlecht bestellt. Nimm deshalb nicht übel, daß ich so kurz angebunden bin. Doch möchte ich nicht versäumen, Dir recht baldige und vollständige Wiedergenesung zu wünschen und Dich und Frau Rut herzlich zu grüßen

in alter gesinnungsfreundlicher
Verbundenheit

stets Dein

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-706/26 - 716

Vergeben - ja . . . vergessen - nein

Präsident Willy Brandt gedenkt der Opfer des 20. Juli 1944

ILE. Berlin gedachte am Vorabend des 20. Juli jener Frauen und Männer, die vor elf Jahren den kühnen Versuch wagten, die Nazi-Diktatur zu beseitigen und dem vor ihr entfesselten Krieg ein Ende zu bereiten. Der Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin, Willy Brandt, sprach im Verlauf einer Feierstunde, die am Dienstag, dem 19. Juli, in der Gedenkstätte in Plötzensee stattfand, über den Sinn des Opfers dieser Frauen und Männer; seine Rede hat folgenden Wortlaut:

"Euer Opfer hat doch einen Sinn gehabt, die Welt hat das in zunehmendem Maße erkannt - wir werden diesen tieferen und eigentlichen Sinn Eures Opfers unserem eigenen Volk immer mehr bewußt werden lassen -, und das wird Euer nachträglicher Sieg sein!

Lassen Sie mich dem an die toten Freunde gerichteten Wort ein zweites hinzufügen, das uns selbst gilt: Unser Werk wird nur dann Bestand haben, wenn es auf dem Grunde des Rechts und der Gerechtigkeit errichtet ist, wenn es im Zeichen der Freiheit steht, und wenn wir uns in Gesinnung und Tat zu den Vorkämpfern für Freiheit und Recht nicht nur bekennen, sondern uns ihrer würdig erweisen.

Laßt uns nicht allein und immer zuerst fragen, wie anders alles hätte kommen können, um wieviel weniger beschwert unser Volk seinen neuen Weg hätte antreten können, wenn dem deutschen Widerstand gegen die braune Gewaltherrschaft unmittelbarer, handgreiflicher Erfolg beschieden ge-

- V -

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

wesen wäre. Wir wollen zunächst bekunden, was leider noch nicht wirklich Gemeingut des Volkes geworden ist, daß wir unendlich viel ärmer wären ohne das, was uns die Frauen und Männer des Widerstandes vorgelebt haben - ohne den Opfergang, den Tausende der Besten für uns gegangen sind - ohne den Versuch der befreienden Tat im Juli des Jahres 1944.

Viel Leid wäre erspart geblieben

Gewiß dürfen wir auch die Frage stellen, was Deutschland und Europa, was der Menschheit hätte erspart bleiben können. Wir müssen diese Frage vor allem auch deswegen stellen, weil eine beträchtliche Zahl unserer Mitbürger nur allzu leicht zu vergessen bereit ist. Der jungen Generation soll jedenfalls nahegebracht werden, wie anders das Leben unseres Volkes hätte verlaufen können, wenn es 1932/33 gelungen wäre, die Machtübernahme der Volksverderber zu verhindern - wenn es 1934 ein entschiedenes Aufbegehren gegen die frechen Herausforderer jeder Rechtsstaatlichkeit gegeben hätte - wenn man 1936 oder 1938/39 denen Einhalt geboten hätte, die den Marsch ins Nichts in Gang setzten. Der größere Teil der Zerstörung unserer Heimat war auch im Juli 1944 noch abzuwenden. Vielen Müttern wäre der Sohn, vielen Kindern der Vater erhalten geblieben. Viele Hände und gute Köpfe hätten beim Neubau Deutschlands mitwirken können. Nicht die Besetzung durch fremde Truppen, wohl aber die Spaltung unseres Vaterlandes war damals noch abzuwenden. Die Einheit von Volk und Staat hätte durch die befreiende Tat gerettet und neu begründet werden können.

Ohne den deutschen Widerstand hätten wir es nach 1945 schwerer gehabt

Es kam anders, weil der durch das Gewissen aufgegebenen Tat der erstrebte unmittelbare Erfolg versagt blieb. Aber wir wissen, und unser ganzes Volk sollte es wissen, daß wir es nach 1945 noch unendlich viel schwerer gehabt hätten, wenn nicht zuvor durch den deutschen Widerstand Brücken zu den anderen Völkern geschlagen worden wären. Nicht in erster Linie durch das Wort, sondern durch das Opfer ist die Vorstellung von der Einheit zwischen Führung und Volk und ist die daraus abgeleitete These von der Kollektivschuld widerlegt worden. Bestehen blieb die Tatsache, daß wir uns nicht, solange es noch Zeit war, aufgerafft, Wesentliches von Unwesentlichem zu unterscheiden gewußt und uns zur Bewahrung der Freiheit zusammengefunden hatten. Bestehen blieb die Tatsache, daß ein allzu großer Teil unserer Mitbürger sich hatte blenden lassen und daß allzu viele in das schändliche Tun verstrickt wurden. Aber es gab das andere Deutschland. Daran konnte, daran kann

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

SD-106/66-118

jedenfalls heute niemand mehr vorübergehen.
Viele haben in diesen Jahren darüber nachgedacht, was wohl geschehen wäre, wenn die leise, aber klare Stimme des deutschen Widerstandes draußen in der Welt früher verstanden worden wäre. Manchen hat diese Frage so gequält, daß er dabei fast an den Rand der Verzweiflung geraten ist. Und dennoch sollten wir wissen, das Recht zur kritischen Auseinandersetzung mit dem Versagen außerdeutscher Kräfte haben wir nur dann, wenn wir zuvor mit Offenheit und Ehrlichkeit über das deutsche Versagen - es war in vielem mehr als ein Versagen - gesprochen haben. So sehr wir uns gegen die primitive These von der Kollektivschuld gewandt haben, so wenig können wir uns aus der gemeinsamen Verantwortung lösen.
Hier und da fragt man, ob wir denn nicht endlich aufhören sollten, in die grauenvolle Vergangenheit zurückzublicken, ob wir denn immer wieder die Gegensätze im eigenen Volk aufreißen wollten, ob wir nicht endlich und endgültig vergessen sollten. Es ist wahr, für ein Volk, wie für den einzelnen, daß sie nicht alles Bedrückende mit sich schleppen und jeden Tag erneut lebendig werden lassen können. Das Leben fordert sein Recht und wir müssen manches abstreifen und beiseiteschieben, wenn wir nicht erdrückt werden wollen. Aber es ist ebenso wahr, daß wir endscheidende Erkenntnisse nicht vergessen dürfen. Vergeben ja, - vergessen nein, wenn es sich um die wirklich entscheidenden Fragen handelt.

Wir dürfen weder die Verbrechen, noch die Opfer vergessen

Ich glaube nicht an die Therapie des Graswachsenlassens. Ich glaube nicht, daß unser Leben auf einer Lüge aufgebaut sein kann. Es kann aber auch nicht aufgebaut werden auf einem bequemen Verdrängen des Unangenehmen. Es kann sich nicht in betriebsamer Äußerlichkeit und in der Jagd nach materiellen Werten allein erschöpfen. Der Prozeß geistigen Wachstums, das mit uns selbst ins Reinekommen, ist beim vielzitierten deutschen Nachkriegswunder zu kurz gekommen. Worauf es heute mehr denn je und mehr als alles andere ankommt, ist der Mut zur Wahrheit. Wir stehen im Heute, aber wir werden morgen nur bestehen können, wenn wir die Lehren von gestern und vorgestern in uns aufgenommen und verarbeitet haben. Und darum können und dürfen wir weder die Verbrechen noch die Opfer vergessen, weder das Schändliche, das dem deutschen Namen zugefügt wurde, noch das, was der Schande abzuwaschen gedient hat.

Mir will scheinen, daß eine würdige Deutung des deutschen Widerstandes und des 20. Juli, in den er ausmündete, bisher häufig durch eine Front

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

der schlechten Gewissen und durch den mangelnden Mut zur Konsequenz erschwert worden ist. Aber es hieße die Zeichen der Zeit mißverstehen, wenn man nicht die Bereitschaft zur Aufnahme spürte, die sogar bei umstrittenen filmischen Deutungen dieses Abschnitts jüngster deutscher Vergangenheit zu spüren ist. Es kommt nur darauf an, daß wir nicht in unserem Volk völlig falsche Fronten aufrichten oder bestehen lassen. Es kommt darauf an, daß wir die Würdigung des deutschen Widerstandes loslösen von Rechthaberei und falscher Anklage.

Es kann uns gar nicht darum gehen, diejenigen unserer Mitbürger anzuklagen, die die Dinge damals anders sahen und glaubten, ihre Pflicht zu tun. Keiner von uns darf sich ausnehmen, wenn von der Unzulänglichkeit des menschlichen Erkenntnisvermögens die Rede ist. Jeder von uns sollte um die Rolle dessen, was man den Zufall im geschichtlichen Prozeß nennt, wissen. Jeder sollte auch wissen, daß wir nicht als gut oder böse geboren werden, sondern daß die Grenzen sehr viel unklarer sind. Nicht dazu sind wir da, selbstgerecht den Stab über andere zu brechen. Nicht zum Hassen sind wir da. Auf einer höheren Ebene der Einsicht müssen wir uns wieder zusammenfinden, alle, die wir aus den hinter uns liegenden Jahren gelernt haben.

Die Frauen und Männer des 20. Juli bedürfen keiner nachträglichen Rechtfertigung

Aber eben darauf kommt es an, daß wir gelernt haben und daß sich die Integration unseres Volkes auf den Boden der Einsicht in die Lehren von gestern und in die Erfordernisse von morgen vollzieht.

Wir wollen uns allem vor auch davor hüten, daß falsche Fronten im Lager derer errichtet werden, die im umfassenden Sinne des Wortes zum Widerstand gehörten. Jeder achte den Antrieb, die Überzeugung, das Opfer des anderen. Es gab Widerstand in Deutschland lange vor der Bewegung, zu deren Höhepunkt der 20. Juli wurde. Hunderttausende hatten bereits die Folterkeller und Konzentrationslager kennengelernt, Zehntausende waren auf der Strecke geblieben. Niemand hat das Recht, die Überzeugungstreue dieser zumeist einfachen Menschen aus allen Schichten unseres Volkes zu bezweifeln. Niemand hat das Recht, ihren Einsatz für das andere Deutschland zu verkleinern. Niemand sollte sich zum Richter aufwerfen wollen über denjenigen, den Gefahr oder Gewissen außer Landes trieb. Niemand sollte sich aber auch anmaßen, den Maßstab mäkelnder Besserwisserei anzulegen, wenn es sich um ein nationales und geschichtliches

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 106/28 - 120

Ereignis wie das des 20. Juli handelt. Wenn das Wort von der dahingerafften Blüte der Nation jemals einen Sinn gehabt hat, dann an jenem Tage, zu dessen Gedenken wir uns heute wiederum versammelt haben.

Die Frauen und Männer des Widerstandes, die Männer und Frauen des 20. Juli bedürfen nicht unserer Entschuldigung. Sie haben eine nachträgliche Rechtfertigung nicht nötig. Ihr Werk ruht in sich selbst, ihre Entscheidung spricht für sich selbst. Wir brauchen ihnen nicht hinterher zu bescheinigung, daß sie den Sieg nicht hätten verhindern wollen. Als ob wir - und das war doch gerade das Tragische - den Sieg des Bösen nur darum hätten wünschen können, weil es das eigene Land besetzt hielt. Nein, Dank und Bewunderung verdienen die wirklichen Vertreter des Widerstandes gerade deswegen, weil sie über hergebrachte Maßstäbe und über die Opportunitäten des Tages zum Letzten durchgestoßen waren, zu den eigentlichen Werten, und nur für letzte Werte lohnt das letzte Opfer. Wo aus dem Teilwiderstand der Kampf gegen das verbrecherische Prinzip selbst wurde, da mußte auch die Frage nach dem Recht zum Handeln verstummen. Da zwang sich die Pflicht zum Handeln auf.

Der Geist des Widerstandes sollte in unserer Arbeit Gestalt annehmen

Das, was in den 20. Juli mündete, war eine echte und breite nationale Einheitsfront. Da standen nebeneinander der Sozialist und der Konservative, Männer der Linken, der Mitte und der Rechten, Angehörige aller Schichten und Bekenntnisse, Offiziere und Staatsdiener, Männer des geistigen Deutschland und nicht zuletzt beste Repräsentanten der jungen Generation. Das war ein nationales Aufbegehren gegen die Schmach, die die Verderber Deutschland zugefügt hatten und noch immer zufügten. Das war aber auch zugleich ein Bündnis, das großen übernationalen Lösungen zustrebte: im allgemeinen den ewigen Menschheitssternen des Rechts der Würde, der Freiheit, im Konkreten: der Eingliederung unseres Volkes in die europäische Gemeinschaft und in eine weltumfassende Ordnung friedlichen Zusammenwirkens.

Es wäre uns nicht schlecht bekommen, hätten wir in die deutsche Gegenwart mehr als es geschehen ist, herüberzuretten vermocht von der Radikalität des Wollens, von dem ungestümen Drang zur Erneuerung der die berufenen Exponenten des Widerstandes beseelte. Es wäre uns nicht schlecht bekommen, wenn sich die Fähigkeit zum Erkennen des Wesentlichen, wenn sich das Begreifen des Entscheidenden in stärkerem Maße

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/126 -137

durchgesetzt hätten, wenn diejenigen stärker zueinander gefunden hätten, von deren Zusammenwirken Deutschlands Zukunft abhängt. Es würde uns auch heute noch nicht schlecht bekommen, wenn wir uns bemühten, mehr von dem Geist des Widerstandes und des 20. Juli in uns aufzunehmen und durch unsere Arbeit Gestalt annehmen zu lassen. Denn zu diesem Geist gehört das Streben nach einer lebendigen rechtsstaatlichen freiheitlichen Demokratie, gehört die Verpflichtung zur sozialen Verantwortung, gehört der Respekt vor der Tradition, vor allem aber auch die Verpflichtung vor dem, was uns heute aufgegeben ist und was wir unseren Nachfahren zu überantworten haben.

Zu den Ungereimtheiten unserer Entwicklung der letzten Jahre gehört, daß wir bei weitem nicht alles getan haben, was uns aufgegeben war, um das Andenken der Vorkämpfer und Märtyrer deutscher Freiheit zu ehren, zu schützen, rein zu halten. Eine kämpferische Gemeinschaft, also mehr als eine staatliche Traditionskompagnie, hat nicht nur das Recht, sie hat die Pflicht, solchen Elementen den Mund zu stopfen, die gegenüber den Kämpfern und den Opfern des Widerstandes als Verleumder und Ehrabschneider aufzutreten belieben. Eine Gemeinschaft mit dem rechten Sinn für die Rangordnung der Probleme - aber gerade daran hat es bei uns sehr gehapert - hat die Pflicht zu umfassender Hilfe für die Überlebenden des Terrors, für die Hinterbliebenen derer, die das Leben einsetzten.

Gute Ansätze der geistigen Kräfte in Deutschland wurden jetzt spürbar

Auf diesem Gebiet bleibt noch immer vieles zu tun, was längst hätte getan werden müssen. Und wir in Berlin haben das nicht nur gesagt, wir haben im Rahmen unserer begrenzten Möglichkeiten auch gezeigt, daß wir eine andere Rangordnung und ein anderes Tempo für richtig gehalten haben würden.

Die eigentliche, die wirkliche Ehrung liegt allein darin, daß wir dem Beispiel derer nacheifern, die uns vorangegangen sind. Allein dadurch sprechen wir auch ihren Nächsten einen Dank aus, der über das Konventionelle hinausreicht. Es geht nicht darum, an Worten oder Buchstaben zu kleben, es geht darum, Kleinigkeiten und Kleinlichkeiten zu überwinden und die wirklichen geistigen Kräfte des anderen, des eigentlichen Deutschland freizulegen und zu entwickeln. In Göttingen ist davon jüngst etwas sichtbar geworden. In Bonn konnte man davon, als es um die

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/26 -122

Struktur künftiger Streitkräfte ging, auch ein wenig spüren. Das waren Ansätze, gute Ansätze, wirkliche Schritte nach vorn.

Das Ringen um unsere Zukunft als ein Volk geht weiter. Wir haben vor zwei Jahren die beispiellose Erhebung unserer Landsleute in Ostberlin und in der Berlin umgebenden Zone erlebt. Wir wissen, das opferreiche Ringen um Selbstbestimmung, Rechtssicherheit, altmodische Anständigkeit und moderne Gestaltung unseres wirtschaftlichen und sozialen Lebens geht weiter. Wir haben gesehen, auch in der Auseinandersetzung mit dem neuen Totalitarismus hat sich nur als glaubwürdig erwiesen und wird nur Bestand haben, was grundsätzlich und was fest in den Herzen der Menschen verankert ist. Wir werden in der vor uns liegenden Zeit, wenn es darum geht, wieder zusammenzufügen, was willkürlich auseinandergerissen wurde, wenn es sich darum handelt, neue Formen des gemeinschaftlichen, staatlichen und zwischenstaatlichen Lebens zu entwickeln, noch unendlich viel -gedanklich und moralisch - zu schöpfen haben aus jenem Abschnitt der Geschichte deutscher Freiheitskämpfe, der in den Jahren von 1933 bis 1945 durchlebt und durchlitten wurde und dessen Geschichte erst ansatz- und bruchstückweise niedergeschrieben werden konnte.

Eine Flamme weist uns den Weg

Wenn wir dann eines hoffentlich nicht fernen Tages das Ziel der deutschen Einheit in Freiheit erreicht haben werden, dann werden wir trotz aller Drangsal und Bitternis dessen, was hinter uns liegt die Hände falten und Dank sagen, daß wir teilhaben durften an diesem schweren, aber großen Werk. Dann wird ein wiedervereinigtes und innerlich befreites Volk in Ehrfurcht sein Haupt neigen und derer gedenken, die uns den Weg durch die Finsternis gewiesen haben.

Die von ihnen entzündete Flamme ist niemals erloschen. Sie hat an Leuchtkraft zugenommen. Sie zeigt uns den Weg, den wir gehen müssen."

III/5

- - - - -

E N D E

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/25 - 13

BRILL, Hermann L. Prof. Dr. MdB

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

DEUTSCHER BUNDESTAG
Abgeordneter
H. L. Brill

BONN
Fernruf 8341
Wiesbaden, den 3. November 1950
Weinbergstr. 14

ED-106/26-T04

Herrn
Walter H a m m e r

H a m b u r g 39
Bilser Straße 16d

Lieber Walter Hammer !

Setze Dich doch bitte sofort unter Berufung auf mich mit dem Generalsekretär des umgegründeten "Deutschen Institutes für Geschichte der nationalsozialistischen Zeit" in München 22, Reitmorstr. 29, in Verbindung. Ich habe schon mehrere Male persönlich, so in einer Sitzung des Wissenschaftlichen Rates dieses Instituts, dem ich seit dem Herbst d.J. angehöre, Herrn Dr.Gerhard Kroll auf Dich und Deine Arbeit aufmerksam gemacht. Übrigens besitzt auch die Stelle des Hamburger Senats, die sich mit der Erforschung der Geschichte des Nationalsozialismus beschäftigt, Material über das Münchener Institut, darunter ein Memorandum, das ich im Frühjahr 1949 an sämtliche Regierungschefs der Länder des amerikanischen, britischen und französischen Besatzungsgebietes verschickt habe. Ich halte es für sehr wichtig, daß Du dieses Memorandum, auf das mir der Herr 1.Bürgermeister Brauer damals persönlich geantwortet hat, kennenlernst. Ich hoffe und wünsche, daß Du vom Generalsekretär des Institutes, das zur Zeit finanziell vom Bund und dem Freistaate Bayern getragen wird, zu einem Besuche in München eingeladen wirst und er Dir die Kosten einer bequemen Schlafwagenreise und eines erträglichen Aufenthaltes in München ersetzt.

Herrn Dr.Kroll unterrichte ich gleichzeitig von meinem Wunsch und schicke ihm das Material, das Du mir kürzlich sandtest, zur Information über Deine Arbeit mit der Bitte, es Dir wieder unmittelbar zuzustellen, mit.

Mit herzlichem Gruß

H. Brill

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

21. Januar 1951

ED-106/26 -125

Herrn
Professor Dr.Hermann L.Brill
M.d.B.
W i e s b a d e n
Weinbergstr. 10

Lieber Hermann Brill! Nun werden die Tage länger, da sind bei mir Kraft und Lebensmut zurückgekehrt. Im Frühjahr hoffe ich mit dem übrigen Unkraut neu aufblühen und dann das grosse Brandenburgbuch doch noch vollenden zu können. Es sind mir einige sehr aufschlussreiche Tagebücher zur Verfügung gestellt worden, die ich mit grossem Gewinn durcharbeite. Von Dr. Emil Mertens, Pfarrer @1.v.Brennhovd und vom ungarischen Komponisten Ladislaus Doery von Johabaza. Einiges Gedruckte liegt ja auch schon vor: Kris, Staempfli usw. Ich glaubte, Dir diesen kurzen Bescheid doch schuldig zu sein. Allerdings geht es auch heute nicht ohne eine Frage. Mir fehlen noch Deine Buchenwald-Berichte "Gegen den Strom". Wie wäre da noch ranzukommen?

Herzliche Grüsse und Wünsche!

Dein

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/26-726

DEUTSCHER BUNDESTAG
Abgeordneter
Prof.Dr.Brill

BONN
Fernruf 9341
Wiesbaden, den 9.April 1951
Weinbergstr. 14.

Herrn
Walter H a m m e r,
H a m b u r g 39
Bilserstr. 16d.

Lieber Walter Hammer !

Hoffentlich haben Sie sich in Bad Pyrmont gut erholt! Constantin v.Bentheim hat sich schon persönlich an mich gewandt, ich werde versuchen, seine Wünsche zu erfüllen. Fritz Küster ist ein hoffnungsloser Fall, ich hätte nicht geglaubt, daß jemand beim Älterwerden so verblöden kann. Die Todesanzeige von Martha Freund-Hoppe hat mich sehr berührt, wir haben sie geschätzt. - Im Übrigen: die alten Zuchthäusler sollten in Deutschland mehr als bisher zusammenhalten.

Mit bestem Gruß
Ihr
Hermann L. Brill
(Hermann L.Brill)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/26 - 127

DEUTSCHER BUNDESTAG
Abgeordneter
Prof.Dr.Brill

BONN
Fernruf 6341

Wiesbaden, den 25.April 1951
Weinbergstr. 14.

Herrn
Walter H a m m e r,
H a m b u r g 39
Bilserstr. 16d.

Lieber Walter Hammer!

Ich würde Dir gern behilflich sein, nur weiß ich diesmal nicht genau, was ich Dir eigentlich bescheinigen soll. Wünschst Du von mir eine Erklärung, wie sie der frühere Oberstleutnant Dr. Ertel abgegeben hat, oder was soll ich sonst erklären? Ich meine, daß eigentlich die Erklärungen der Herren Ertel und Löffler genügen müßten, um Deine Anerkennung als politisch Verfolgter durchzusetzen. Ich bitte Dich, mir recht bald aufklärend zu antworten.

Dein

(Hermann L.Brill)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

29. April 1951

Herrn Bundestagsabgeordneten
Professor Dr. Hermann L. Brill
W i e s b a d e n
Weinbergstrasse 14

Lieber Hermann Brill! Hab Dank für Deine Hilfsbereitschaft. Die Dir bereits mitgeschickten Bescheinigungen gehen von der irrtümlichen Auffassung aus, dass mir eine Anerkennung als Naziverfolgter versagt worden sei, während es in Düsseldorf darum geht, die Notwendigkeit meiner Flucht aus Brandenburg nachzuweisen. Ich hatte geglaubt, dass die Presse=und Rundfunknachrichten genügt hätten. Aber nun will man mir die Haftentschädigung vorenthalten, weil man von der Notwendigkeit meiner Flucht immer noch nicht überzeugt ist. Zwar hat mir das dreiwöchige Heilfasten wesentliche Besserung gebracht, doch machen sich schon wieder bedrohliche Symptome geltend, weshalb ich für den Sommer wiederum ins Sanatorium muss , diesmal aber leider nicht als nichtzahlender Gast, weshalb die mir zustehende Haftentschädigung für diese Kur herhalten muss. Eben deshalb geht mir die Verzögerung sehr auf die Nerven - wie Du mir sicher nachfühlen kannst.

Nachdem Gedenkstätten zugemauert, Büros , Werkstätten und Museumssäle verschlossen und versiegelt worden waren, musste ich schnellstens fliehen, zumal andern Tages Fritz Lange mit seiner zentralen Kontrollkommission einzugreifen gedroht hatte. Wer die Zustände in der Ostzone nicht aus eigener Erfahrung kennt, weiss nicht richtig zu ermessen, welche Bedrohung das bedeutet. Ich bin mit zwei Aktenmappen ins Schneegestöber hinausgehastet und habe alles, rein alles hinter mir lassen müssen. Und da fragt man in Düsseldorf auch noch, ob diese Flucht n ö t i g war ! Bescheinige mir doch bitte eben, dass es für mich wirklich höchste Eisenbahn war, dass ein längeres Verbleiben in Brandenburg reiner Selbstmord gewesen wäre.

Herzliche Grüsse!

Dein

ED-906/26-129

DEUTSCHER BUNDESTAG
Abgeordneter

BONN
Fernruf 6341

Prof.Dr.Brill

Wiesbaden, den 26.Juni 1951
Weinbergstr. 14.

Herrn
Walter Hammer, Schriftsteller,

Hamburg 39
Bilserstr. 16d.

Lieber Walter Hammer !

Anbei sende ich Dir wunschgemäss die Fotokopie Deines Artikels zurück. Ich habe auch Deinen Rundfunkvortrag gelesen, den ich allerdings nicht hören konnte. Ich weiß nicht, ob Du mit den Mitteilungen über die Hinrichtungen heute noch einen Deutschen interessierst. Aber ich möchte mit diesem Satz schon abbrechen, denn es ist mir politisch und persönlich zu viel, über diese Dinge zu sprechen. Mir liegt Landsberg noch so im Magen, daß ich einen guten Teil der heutigen offiziellen Politik nicht verdauen kann. Wäre es nicht angebracht, auch einmal über den Teil des Komplexes Brandenburg zu sprechen, der nicht aus Hinrichtungen besteht?

Mit den besten Grüßen!

Anlage!

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-706/26-730

15.Mai 1952

Herrn
Prof. Dr. Hermann L. Brill MdB
B o n n / Bundeshaus

Lieber Hermann Brill! So herzlich es mich auch gefreut hat, Dich vorigen Mittwoch begrüßen zu dürfen, so schmerzlich war meine Enttäuschung, daß es dennoch zu keiner längeren Begegnung kommen konnte und daß ich unverrichteterdinge wieder abziehen mußte. Es waren doch eine Menge gewichtiger Fragen, die ich gerne in aller Kürze mit Dir erörtert hätte und deren schriftliche Klärung für beide Teile zu umständlich geworden wäre. Insbesondere hätten wir einen Weg bahnen müssen für die im Westen verhängnisvoll vernachlässigte Widerstands-Literatur Die Gefahr wird leider gerne unterschätzt, daß auch bei uns das verzerrte Geschichtsbild der Ostzonalen vorherrschend wird.

Mit Willi Eichler habe ich deswegen ausführlicherxx gesprochen. Vielleicht kannst Du mit ihm einmal bei Gelegenheit darauf kommen. Im Parteiarchiv bin ich auch gewesen, auch dessen Arbeit bedürfte eigentlich kräftigerer Beihilfe.

Mit herzlichen Grüßen und Wünschen verbleibe ich
Dein

Institut für Zeitgeschichte Archiv

ED 106/26-137

9. Oktober 1952

Lieber Hermann Brill!

Hab herzlichen Dank für Deinen Hinweis vom 29. September. Auf meine Rundfragen im "Freien Wort" hin hat mich Dr. Otto Strasser selber mit einem ellenlangen Brief aus Kanada beehrt, der mir eine Menge brauchbarer Aufschlüsse brachte; so brauchte ich also Constantin von Bentheim nicht weiter zu belästigen, nachdem er mich im vorigen Jahr hier draußen besucht hatte. Auf seine und Oskar von Arnims Abreise kommt übrigens ausführlich die Rede in Günther Weisenborns dickem Buch, welches im November bei Rowohlt herauskommen soll. Der Verleger hat sich leider den unglücklichen Titel der "Der lautlose Aufstand" nicht abhandeln lassen. Ich habe eine Menge Material zur Verfügung gestellt, werde vor meiner Abreise ins Sanatorium auch noch die Revisonsbogen auf Mißverständnisse und Fehler hin überprüfen. Noch in letzter Minute habe einen kurzen Hinweis lanzieren können über die Gruppe "Neubeginnen" und die "Volksfrontgruppe", wobei Dein Name genannt worden ist neben denen von Fritz Erler, Otto Braß und Erich Kürschner. Hoffentlich mußte das nicht noch aus "Raumgründen" unter den Tisch fallen. Besonders bemerkenswert ist ein Überblick über das Schicksal der Parlamentarier, wobei ich festgestellt habe, daß mehr Sozialdemokraten als Kommunisten betroffen worden sind. Wie gesagt, im November soll das Buch rauskommen.

Der neue "Vorwärts" kam am 23. September auf den BVN zu sprechen. Ist in Dortmund etwas beschlossen worden? Wird uns hinfort die Mitarbeit am FREIEN WORT verboten sein? Aber wo sonst können wir denn noch publizieren?

Noch etwas ganz Wichtiges: Meines Wissens bekommt die Bundeszentrale Heimatdienst zu den 2 Millionen, die sie schon geschluckt hat, noch weitere 5 Millionen. Damit läßt sich allerhand anfangen. Aber in der Sondernummer "20. Juli" vom "Parlament" habe ich einige 20 bis 30 ganz dicke Fehler entdeckt.

Institut für Zeitgeschichte Archiv

Insbesondere habe ich herausgebracht, daß Albert von Borsig keineswegs in Plötzensee hingerichtet worden ist, sondern drüben in den Staaten lebt; es ist überhaupt keiner von den Borsigs hingerichtet worden. In der gleichen Nummer wird jene tolle Zahl kolportiert, die in dem Jahre 1947 von dem Obersturmbannführer Dr. Kiesel in die Welt gesetzt worden ist: 4980 Menschen hätten wegen des 20. Juli ihr Leben lassen müssen. In Wirklichkeit mögen es 200 bis 300 gewesen sein (wie ja auch die Seikogruppe keineswegs über 100 hinausgekommen ist!). Ich gehe diesen Dingen noch rücksichtslos nach. Es wäre dann anschließend wirklich zu fragen, mit welcher Berechtigung Adenauer gerade für die Opfer des 20. Juli beträchtliche Bundesmittel zur Verfügung gestellt hat, die doch ebenfalls allen übrigen Opfern der Nazityrannei zugute kommen müssten. Wenn es im Plenum des Bundestages endlich zur Beratung des Wiedergutmachungsgesetzes kommen sollte, wäre es wohl nötig, auch darauf einmal zu sprechen zu kommen! Schreibe mir doch bitte eben, wenn Dir noch weitere Daten und Fakten willkommen sein sollten.

In alter gesinnungsfreundlicher Verbundenheit verbleibe ich mit herzlichen Grüßen

Dein

ED-106/Bd-132

PROFESSOR DR. HERMANN L. BRILL

Wiesbaden, den 19. Dezember 195 2.

Herrn
Walter Hammer,
H a m b u r g 39
Bilsestr. 16d.

Lieber Walter Hammer !

Doktor August Siemsen hat sich bereits mehrere Monate vor Deinem letzten Brief um Hilfe an mich gewandt. Ich habe noch während meines Sommerurlaubs getan, was ich konnte, besitze Grund zu der Annahme, daß August Siemsen damit nicht unzufrieden ist und freue mich, Dir mitteilen zu können, daß seit Oktober oder November Zahlungen an ihn erfolgen. Weitere Maßnahmen kommen nach meinem Dafürhalten nicht in Frage. August Siemsens Haltung noch nach 1945 schließt das nach meiner Meinung aus.

Eine Liste der Personen, die aus dem Fonds des 20. Juli unterstützt werden, besitze ich nicht, werde sie mir jedoch bei der Beratung der Wiedergutmachungsfrage im Januar d.Js. im Rechtsausschuß beschaffen. Frau Leuschner und Frau Schwamb bin ich während meiner Tätigkeit als hessischer Staatssekretär selbst beigesprungen, beide haben die höchstzulässigen Mittel für die Beschaffung von Wohnung und Hausrat erhalten und beziehen ihre Renten aus dem hessischen Wiedergutmachungsfonds. Über die anderen Fälle (Maaß, Reichwein, Haubach, Wierendorff) kann ich keine Angaben machen. Ich stimme Dir völlig zu, daß diese Sonderbehandlung beseitigt werden muß. Seit Jahr und Tag bemühe ich mich in dieser Richtung. Ich bin mit Annedore Leber ständig im Gespräch, habe sie noch vor etwa 10 Tagen in Bonn gesehen. Aber als wir vor etwa Jahresfrist den Versuch unternahmen, eine solidarische Erklärung der Witwen herbeizuführen, in der auf die Bettelsuppe verzichtet und eine gesetzliche Regelung gefordert werden sollte, versagten sich gerade die prominentesten.

Ich schreibe Dir das alles, weil ich das Gefühl habe, Du lebst in der Annahme, daß ich in Wiedergutmachungsfragen ein Vollglanzidiot bin, mich um nichts bekümmere und den Dingen ihren Lauf lasse. Ich könnte aber im Gegenteil stundenlang davon erzählen, was ich bisher getan habe.

Mit herzlichen Grüßen für Weihnachten und Neujahr

Dein

(Hermann L. Brill)

Institut für Zeitgeschichte · Archiv

ED-106/26 - 133

28. Dezember 1952

Lieber Hermann Brill!

Bitte, grolle mir nicht weiter, denn offenbar liegt ein ärgerliches Missverständnis zugrunde. Es ist mir sehr wohl bekannt, dass Du wie kein Zweiter im Bundestag für unsere Rechte eintrittst und die Materie vollauf beherrschst. Indessen hielt ich es für meine staatsbürgerliche Pflicht, Dich auf dieses und jenes hinzuweisen, selbst auf die Gefahr hin, Dir damit nichts Neues zu sagen. Eigentlich sollte Dir solche wohlgemeinte Mitarbeit sogar willkommen sein. Aber nun will keineswegs ich mit Grollen beginnen!

Lasse Dich heute bitte noch auf folgendes hinweisen. Es wird immer schwieriger für die politischen Gefangenen von ehedem, die erforderlichen Nachweise dafür zu erbringen, dass sie aus ehrenhaften Motiven gehandelt haben. So lange ich in Brandenburg war, habe ich in vielen hundert Fällen eidesstattliche Erklärungen beisteuern können über die Dauer der Haft und das Delikt. Aber vorzugsweise in Berlin hörte ich neuerdings immer wieder die gleiche Klage: Brandenburg schweigt seit Februar 1950 und macht in zahllosen Fällen eine Klärung der Situation unmöglich. Nimm hinzu: Golnow, Luckau und Brieg. Nicht zu reden von den KZs, die von den Russen "befreit" worden sind. Neuerdings klammert man sich an die "Winkel" und möchte uns glauben machen, dass alle "Roten" ehrenwerte Politische gewesen seien, die man jetzt anerkennen und entschädigen müsse. Ihr als die Gesetzgeber steht da vor einer sehr schwierigen Aufgabe und tätet gewiss gut daran, alte Knastologen und Lagerhasen als Ratgeber und Assistenten heranzuziehen. Doch genug davon für heute!

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Über die Festtage habe ich nun die letzten Revisionsbogen von Günther Weisemborns dickem Buch geprüft. Ich glaube, dass dieses Buch nun auch für uns erträglich sein wird. Ich habe eine Menge Material dafür hergegeben, wovon aber leider 80% unter den Tisch gefallen ist (und nicht das Schlechteste!). Immerhin aber wird hier zum ersten Mal ein Versuch gemacht, einen weitreichenden Überblick über den deutschen Widerstand in seinen verschiedensten Erscheinungsformen zu bieten. Ich bin auf Dein Urteil gespannt. Noch im Januar soll das Buch erscheinen, vielleicht gerade dann, wenn Ihr in Plenum die Wiedergutmachungsfragen erörtert. Am meisten ärgere ich mich immer noch über den unglücklichen, weil vermiedlichenden Titel, den sich Rowohlt nicht hat abhandeln lassen: "Der lautlose Aufstand" - beinahe zum Lachen!

Mit herzlichen Grüssen und Neujahrswünschen verbleibe ich

Dein

12. April 1953

Herrn
Professor Dr.Hermann L.Brill
W i e s b a d e n
Weinbergstrasse 10

Lieber Hermann Brill!

Es drängt mich doch, Dir schnell eben herzlich zu danken für die ausführliche Besprechung, die Du dem von Weisenborn herausgegebenen Buch im "Parlament" gewidmet hast.

Eine sozusagen weiche Stelle hast Du sogleich herausgespürt. Es hat mir sehr wenig behagt, dass Weisenborn auf dem Schutzumschlag und im Prospekt mit dem Namen der greisen Dichterin operiert hat, die sicher etwas anderes aus dem Stoff gemacht hätte, wenn es ihr noch vergönnt gewesen wäre, einige Jahre zu leben und schaffenskräftig zu bleiben . Was ich nun sage, möchte ich nicht zum Fenster hinausgesprochen haben, möchte es aber Dir persönlich anvertrauen. Auf ihre Bitte um Mitarbeit hat man Ricarda Huch einen Wust von überwiegend zweifelhaftem Material auf den Hals geschickt. Du weisst, dass es der Dichterin nur noch gelungen ist, das Schicksal der Geschwister Scholl künstlerisch zu gestalten und dieses kleine Werk zu publizieren. (Es ist nicht einmal in der Bibliographie erwähnt, was nicht zuletzt auch meine Schuld ist, denn der Literaturnachweis ist , wie Du wahrscheinlich bemerkt hast, im Wesentlichen auf mich zurückzuführen.)Ricarda Huch steckte alles in eine grosse graue Kiste, wohinein ihr noch immer mehr Parolen und kommunistische Stimmungsmache hineingezaubert worden sind. Und mit dieser grauen Kiste führte ich ein gutes Jahr lang heftigen Krieg. Kaum,dass ich östliches Material verdrängt hatte mit den von mir mühselig erarbeiteten Fakten,Namen und Daten, griff W. in seine Mottenkiste ,und dann tauchten wieder neue kommunistische Gestalten auf. Schrieb ich Dir schon, dass der ganze Satz zweimal wieder eingeschmolzen werden musste?

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Du hättest gestaunt, wenn Du die erste Fassung hättest vergleichen können mit der nun veröffentlichten. Ich sage Dir dies zur Rechtfertigung meiner Mitwirkung, denn (Willi Eichler wird Dir das bestätigen können) es wurde in Parteikreisen die Auffassung vertreten, dass ich besser daran getan hätte, meine Hände ganz aus dem Spiel zu lassen.Aber nun glaube ich aus Deiner Besprechung ersehen zu können,dass Du meine Haltung im grossen Ganzen billigst.

Sicher ist Dir aufgefallen, dass mein Forschungsinstitut Brandenburg unerwähnt geblieben ist. Das dort vernichtete Material (man hätte es vielleicht in einem Möbelwagen unterbringen können) ist leider unersetzlich. Am ehesten noch die Bibliothek, am schmerzlichsten aber bleibt der Verlust des Archivs mit seinen vielen Dokumenten und den Ergebnissen meiner eifrigen Recherchen. Und vergessen wir nicht die 600 grossen Bilder, die eingerahmt die Wände der drei grossen Museumssäle in der Handelskammer Brandenburgs füllten. Hätte nicht eigentlich darauf die Rede kommen müssen?

Schliesslich noch: Fortsetzung der Forschung? Die Herren Historiker tun gerade so, als verfügten sie bereits über solide Grundlagen, die aber doch in den meisten Fällen fehlen. Man muss denn doch wohl Emigration , Zuchthaus und KZ tief miterlebt haben, um den Stoff zusammenzubringen und dann zu meistern. Ich bezweifle sehr, ob das von Dir empfohlene Münchner Institut imstande sein wird, die Geschichte der Nazihöllen zu schreiben. Was wir brauchen, sind Bekundungen aus erster Hand. Hier ist noch viel gerade in unserm Lager vernachlässigt worden. Hier gibt es noch eine Menge nachzuholen. Und ich würde mich im Grabe herumdrehen, wenn ich alles mit ins Grab nehmen müsste, was ich in acht Jahren erarbeitet und noch im Kopf habe(so schmerzlich ich auch die mir vor drei Jahren zugefügten Verluste beklage, die niemals wieder ausgeglichen werden können).

Du bist sehr erfreut über die Publikationen des Münchener Instituts. Ich muss Dir gestehen, dass die"Tischgespräche" nicht gerade erfreulich waren. Im übrigen wertet man das erreichbare Material nach besten Kräften aus, aber man leistet sich doch überaus ärgerliche Fehler. Ich denke

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

hier an die verrückte Zahl 4980, die von Professor Rothfels in die Welt gesetzt worden ist und die nun gutgläubig weiter kolportiert wird. Wir wissen ja noch, dass gleich nach dem Zusammenbruch des Hitlerkartenhauses jeder Zweite sich damit brüstete, an den Vorgängen des 20.Juli beteiligt gewesen zu sein. Längst hätte man gegen die Inflation des Märtyrerruhms vorgehen müssen, denn nach meinen sorgfältigen Berechnungen belaufen sich die unmittelbaren Opfer des 20.Juli auf 162 (einige Fragen schweben noch, weshalb ich vielleicht auf 168 kommen werde). Dabei sind die vielen Freitode schon einbezogen, ebenfalls die Meuchelmorde in der Puttkammerstrasse und auf dem Ulap-Gelände. Auch einige Tote von Sachsenhausen sind berücksichtigt, ebenfalls einige Brandenburger, die an den erlittenen Strapazen noch starben. Es ist wirklich ein Skandal, dass sich so was historische Forschung nennt: dieses Operieren mit phantastischen Zahlen. Gewiss könnte man sich die Spielerei leisten und alle nach dem 20.Juli noch Umgekommenen als "Opfer des 20.Juli" anreden, aber dann käme man ja auf viele Hunderttausende, dann wären auch viele Städte, wie Potsdam und Dresden, "Opfer des 20. Juli". Gewiss sind in den letzten Monaten noch eine ganze Anzahl Militärs und auch Zivilisten umgebracht worden, weil sie gar zu offenherzig das Misslingen des Anschlages beklagt haben, aber wo kämen wir hin, wenn wir auch sie als "Opfer des 20.Juli" gelten lassen wollten.

Du hast sehr empfehlend hingewiesen auf die Sondernummer vom "Parlament" und auf das anschliessend noch von der Bundeszentrale für Heimatdienst herausgegebene Schwarzbuch. Ich muss Dir gestehen, ganz unter uns, dass ich rein in dem Bestreben, der historischen Wahrheit zudienen, nach dem Erscheinen der Sondernummer einige 30 - 40 grobe Fehler habe berichtigen müssen, die dann auch beim Schwarzbuch getilgt worden sind. Aber daran gab es nun wiederum ein Dutzend neuer Fehler und Missverständnisse zu berichtigen. Wollen hoffen, dass nun wenigstens der schon vorbereitete Neudruck tadellos wird.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Ganz allgemein muss bemängelt werden, dass auch an dieser Stelle die amerikanisch anmutende Zahl von Professor Rothfels ernstgenommen worden ist. Noch schlimmer aber : dass man den angeblichen SS-Bericht des in Jugoslavien aufgehängten Obersturmbannführers Dr.Kiesel tragisch genommen hat. Da hat sich die Redaktion der "Nordwestdeutschen Hefte" 1947 ganz böse etwas unter die Weste stecken lassen. Unser-einer durchschaut sofort den Schwindel. Dieses "Dokument" stammt von einem eingefleischten "Antifaschisten", wss man an den Ansätzen von Parteichinesisch erkennt, welches jetzt die Ostzone beherrscht. Welche Motive mögen den Dr.Kiesel beseelt haben, wenn er im Gefangenenlager wirklich das zum Besten gegeben haben sollte, was der kommunistische Lauscher notiert hat. Es dürfte zutreffen, dass gegen 7000 Verhaftungen nach dem 20.Juli vorgenommen worden sind. Aber die meisten Verhafteten sind nach wenigen Tagen wieder freigelassen worden. Wer aber weiss etwas von 700 Offizieren, die erschossen worden sein sollen? Nein, das sind keine sauberen Geschichstquellen. Da müssen wir Ersatz schaffen durch einwandfreie Zeugnisse von Davongekommenen, weshalb das geforderte Forschungsinstitut unentbehrlich ist. Es hat auch neben dem Münchener Institut eine Daseinsberechtigung. Ich komme Mitte nächster Woche nach Bonn. Hoffentlich wird es mir vergönnt sein, Dich dann einmal für ein paar Minuten zu sprechen.

Mit herzlichen Grüssen verbleibe ich

Dein

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

30. April 1953

Lieber Hermann Brill!

Da habe ich vorige Woche Pech gehabt! Zwar hatte ich in Bonn auch sonst noch mancherlei zu erledigen, doch hatte ich meine grösste Hoffnung darauf gesetzt, Dir zu begegnen. Das Plenum tagte leider nicht, weshalb ich nur wenig im Bundeshaus erledigen konnte. Es lag mir natürlich am Herzen, nach dem Gedeihen des Bundesentschädigungsgesetzes zu fragen. Von einem ganz tollen Fall hätte ich Dir berichten wollen. Prüfe daraufhin doch bitte einmal den beiliegenden Briefdurchschlag.

Meinem Brief vom 12. April darf ich heute wohl noch einige Bemerkungen über Deine famose Besprechung von Weisenborns Buch folgen lassen. Wenn ich jetzt Besprechungen zu lesen bekomme, worin "Material von Ricarda Huch" erwähnt wird, weiss ich nicht, ob ich lachen oder fluchen soll. Du scheinst das richtig herausgespürt zu haben: von der Ricarda Huch stammen eigentlich nur der Aufruf und das Schlussgedicht. Sie hätte bestimmt nicht für bare Münze genommen, was ihr die Herrschaften von der VVN in ihre Kistengezaubert haben.

An einer Stelle Deiner Besprechung kommst Du auf Otto Brass zu sprechen. Gerade diese Bemerkungen konnte ich noch in letzter Stunde einflicken, um das Überwiegen des kommunistischen Materials wenigstens noch etwas zu mildern. Deshalb ist es mir natürlich etwas peinlich, dass Du gerade an dieser Stelle mit der Kritik eingesetzt hast. Ich bin Otto Brass noch oft begegnet, bin auch befreundet mit dem geretteten Todeskandidaten Dr. Emil Mertens, welcher Brass bis zu seiner letzten Stunde noch behandelt hatte. Den Todeskeim hat sich Otto Brass ohne Zweifel in Brandenburg geholt. Es grenzt an ein Wunder, dass er erst 1950 gestorben ist. Ist Kurt Schmidts Leiden nicht doch auch noch auf Brandenburg zurückzuführen? Im übrigen ist es tatsächlich bedauerlich, dass nicht ins Einzelkleine gegangen werden konnte, wie ja

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

natürlich noch nichts Erschöpfendes geboten werden konnte. Jedenfalls habe ich alles nur Mögliche getan, um unsern Standpunkt zu vertreten.

Tolle Nachrichten kamen aus Brandenburg: 90 Oberschüler verhaftet, 6 Hinrichtungen von Vopo-offizieren! Und Fritz Lange scheint sich meiner Bilder und meines Archivs bemächtigt zu haben. Nachdem u.a. auch in Frankfurt/Oder mit "unserer Guillotine" weiter hingerichtet worden ist, hat Fritz Lange sie jetzt in der Dorotheenstrasse zur Schau gestellt. In einem kommunistischen "Museum für deutsche Geschichte". Neuerdings hat man ihn beauftragt, im früheren Zeughaus ein Marx-Engels-Museum aufzubauen. Und dabei müsstest Du einmal sein Urteil kennenlernen! Daraus geht nämlich hervor, dass er seinen Kopf in sehr unfeiner Weise gerettet hat. Das ging auf Kosten seiner kommunistischen Freunde. Eine ganz üble Figur ist dieser Fritz Lange, der wahrlich geeignet ist, Antisemitismus zu züchten.

Mit herzlichen Grüssen verbleibe ich

Dein

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-100/26 -137

PROFESSOR DR. HERMANN L. BRILL

Wiesbaden , DEN 23. Februar 19 54.

Herrn
Walter Hammer,
Hamburg 39
Bilsestr. 16d.

Lieber Walter Hammer!

Zunächst meinen besten Dank für Deine Geburtstagsglückwünsche.

An der "Arbeitskreis Deutscher Widerstand" werde ich mich nicht beteiligen. Ich lehne einen solchen Zusammenschluß nicht ab, aber es ist zu spät dazu. Was er in Bezug auf Wiedergutmachungsgesetzgebung -und verwaltung hätte leisten können, ist getan. Ich kann persönlich ein Liedlein davon singen, wie schwer es war, und empfinde heute noch das Fehlen der Unterstützung derjenigen, die eigentlich am meisten an dieser Gesetzgebung hätten interessiert sein sollen, schmerzlich. 1945 hätte eine solche Verbindung von Gesinnungsgenossen eine moralische Kraft sein können - etwa wie die Liga für Menschenrechte in den 20er Jahren. Was jedoch 1945 verpaßt worden ist, kann jetzt nicht eingeholt werden. Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Ich möchte deshalb auch nicht als "Ehrenmitglied" herhalten. Außerdem gibt es zu viele Versuche, die Widerstandskreise wieder zu beleben, in denen ich mich nicht auskenne. Und schließlich graut mir davor, daß das schlechte Gewissen derjenigen - ich meine damit die Firma Theodor Heuß & Co - in diesem Jahre eine 10 Jahresfeier für die Unglücklichen vom 20. Juli 1944 veranstalten wird, die so nationalistisch ausarten könnte, daß die deutsche Militär-Clique nachträglich doch noch den Krieg gewonnen hat.

In alter Verbundenheit
mit herzlichen Grüßen
Dein

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/26-138

PROFESSOR DR. HERMANN L. BRILL

Wiesbaden, den 31.Mai 1954.

Herrn

Walter Hammer,

Hamburg 39
Veerstücken 9.

Lieber Walter Hammer!

Annedore Leber hat mit mir wohl über ihr Buch gesprochen, als es noch in status nascendi war, das Buch selbst habe ich nicht gesehen. Ich verspüre auch keine Lust danach. Ich möchte mich endlich von diesen Dingen distanzieren, denn jedes Eingehen auf sie kostet mir viele schlaflose Nächte.

Ein Exemplar der 2.Aufl. vom "Lautlosen Aufstand" habe ich von Rowohlt erhalten. Ich möchte es gern in der Zeitschrift für "Zeitgeschichte" besprechen. Wenn der Wissenschaftliche Beirat des Münchener Instituts Ende Juni zusammentritt, werde ich mit Prof. Hans Rothfels und Prof. Eschenburg darüber sprechen.

Mit den besten Grüßen

Ihr

Hermann L. Brill

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/26 - 139

PROFESSOR DR. HERMANN L. BRILL

Wiesbaden DEN 30.Juli 195 4.

Herrn

Walter Hammer,

Hamburg 39

Voerstücken 9.

Lieber Walter Hammer!

Anbei sende ich Dir eine zuverlässige Angabe über die noch lebenden Töchter von Johanna Kirchner. Deine Fragen in dem Druckstück zu beantworten, habe ich leider nicht die Zeit. Aber ich bin doch leise erschüttert darüber, wieviel Du nicht weißt.

Mit freundlichem Gruß !

Hermann Brill

(Hermann Brill)

Anlage!

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

7. August 1954

28.8.??

Lieber Hermann Brill!

Hab herzlichen Dank für Deinen Brief vom 30. Juli. Ganz ungetrübt war ja, wie ich gestehen muß, meine Freude nicht, denn gerade von Dir hatte ich noch mancherlei Aufschlüsse erwartet. Doch was nicht ist, kann vielleicht noch werden!

Vielleicht hast Du übersehen, daß viele Fragen nur rhetorisch gemeint waren, daß ich Bestätigung oder Berichtigung herausfordern wollte. Vielfach mißverstanden wurden die Namen der Ausländer. Man schickte mir Adressen, die ich längst kannte, während mir lediglich um Berichte über Begegnungen mit ihnen zu tun war. Ich habe mittlerweile sehr wertvolle Zuschriften erhalten, sogar von etlichen früheren Ministern. Viele Fragen konnten endlich geklärt werden, Fragen, die von anderer Seite her nicht einmal gestellt worden sind. Weil sich meine Arbeitsmethode wiederum bewährt hat, ließ ich von meinem Fragebogen noch ein viertes Tausend drucken. Ein Exemplar schicke ich Dir heute mit.

Eben ein Telegramm von Karl Höltermann aus London. Er wird mich heute besuchen.

Mit herzlichen Grüßen verbleibe ich

Dein

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

SD-106126 -747

19. August 1954

Lieber Hermann Brill!

Es wird Dich freuen zu hören, daß meine neue Arbeit gute Fortschritte macht. Hoffentlich werde ich nicht wiederum überfahren. Kürzlich hatte ich Besuch von Karl Höltermann und seiner Frau, die nicht wenig gestaunt haben über die Schätze meines Archivs, die aber ebenfalls entsetzt waren über das grausige Machwerk von Annedore Leber. Wer nämlich vergleichen kann und meine Bilder gesehen hat, bedauert es sehr, daß meine langjährige Arbeit geradezu um ihren Sinn gebracht worden ist. Du wärest sicher zum gleichen Urteil gekommen, wenn ich Dich schon einmal hier hätte begrüßen dürfen.

Was bisher als lautere Wahrheit feilgeboten worden ist, hat sich durch meine Rundfrage in erstaunlich zahlreichen Fällen als Latrinenparole herausgestellt. Es ist wirklich nötig, damit einmal aufzuräumen. Die wichtigsten Fragen bleiben leider immer noch ungeklärt. Ich habe sie Dir in beiliegendem Neudruck einmal angestrichen. Sei doch so nett, Dir diese Dinge noch einmal zu überlegen.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Rundfragen entlarvt werden konnten.

Ein sehr schönes Bild von Toni Pfülf bekam ich dieser Tage aus der Schweiz, nachdem ich lange vergeb danach gesucht hatte. War ihr Vater tatsächlich kommandierender General in Metz? Im Degener von 1928 heisst es von ihrem Vater lediglich, dass er Oberst gewesen sei. Aber diesetwegen korrespondiere ich mit Paul Löbe, der ja genau im Bilde ist, da Toni Pfülf und Wilhelm Sollmann ja lange Jahre sozusagen Untermieter des damaligen Reichstagspräsidenten gewesen sind.

Kürschners Reichstagshandbücher habe ich zur Verfügung, sieben an der Zahl. Aber mit den darin reproduzierten Bildern ist ja doch nichts anzufangen. Selber weiss ich einigermassen gut , wie die Reichstagsabgeordneten der 20iger Jahre ausgesehen haben, aber mir ist nicht an irgendwelchen schlechten Bildern gelegen, sondern an den besten, die sich überhaupt auftreiben lassen. Übrigens wurde mir von meinen Fotokarten aus dem Jahre 1932 viele mittlerweile wieder zur Verfügung gestellt.

Bei der Hamburger Justizbehörde fehlt nicht nur der "Leuchtturm", der übrigens nicht so wichtig ist, aber in unserem Archiv leider immer noch fehlt.

Mit herzlichen Grüssen und Wünschen verbleibe ich

Dein

ED-100/26 -142

19.September 1954

Lieber Hermann Brill!

Hab herzlichen Dank für die beiden Bilder. Wer die Wahl hat, hat die Qual. Aber weitere Mühe brauchst Du Dir nicht mehr zu machen, so gut mir auch das Bild gefallen hat, welches Du mir damals leihweise für Brandenburg anvertraut hattest. Dank ebenfalls für die Aufschlüsse, die mir Dein Brief vom 7.September gebracht hat. Aber da unterschätzt Du doch die Schwierigkeiten, die ich zu überwinden habe.

Mit Dr. Pünder stehe ich schon lange in Verbindung. Aus den verschiedensten Quellen erfuhr ich auch eine Menge über jene Prominenz, die vorübergehend im Frühjahr 1945 auch durch Buchenwald kam.

Den Quäker Friedrich in Bad Pyrmont und die Leitung des Josephshauses dort habe ich schon nach allen Regeln der Kunst ausgehorcht, indessen kam ich nicht recht weiter, wie auch Quäker aus England nichts Bestimmtes mehr zusagen wussten. Offenbar handelt es sich bei meiner Frage 262 wieder einmal um ein blosses Gerücht, wie auch sonst Dutzende von Latrinenparolen als solche durch meine

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Rundfragen entlarvt werden konnten.

Ein sehr schönes Bild von Toni Pfülf bekam ich dieser Tage aus der Schweiz, nachdem ich lange vergeb danach gesucht hatte. War ihr Vater tatsächlich kommandierender General in Metz? Im Degener von 1928 heisst es von ihrem Vater lediglich, dass er Oberst gewesen sei. Aber diesetwegen korrespondiere ich mit Paul Löbe, der ja genau im Bilde ist, da Toni Pfülf und Wilhelm Sollmann ja lange Jahre sozusagen Untermieter des damaligen Reichstagspräsidenten gewesen sind.

Kürschners Reichstagshandbücher habe ich zur Verfügung, sieben an der Zahl. Aber mit den darin reproduzierten Bildern ist ja doch nichts anzufangen. Selber weiss ich einigermassen gut , wie die Reichstagsabgeordneten der 20iger Jahre ausgesehen haben, aber mir ist nicht an irgendwelchen schlechten Bildern gelegen, sondern an den besten, die sich überhaupt auftreiben lassen. Übrigens wurde mir von meinen Fotokarten aus dem Jahre 1932 viele mittlerweile wieder zur Verfügung gestellt.

Bei der Hamburger Justizbehörde fehlt nicht nur der "Leuchtturm", der übrigens nicht so wichtig ist, aber in unserem Archiv leider immer noch fehlt.

Mit herzlichen Grüssen und Wünschen verbleibe ich

Dein

2

PROFESSOR DR. HERMANN L. BRILL

Wiesbaden , DEN 7. September 195 4.

Herrn
Walter Harmer,
Hamburg 39
Voorstücken 9.

ED-106/26 -743

Lieber Walter Hammer!

Anbei ein Bild, das im Jan./Februar d.Js. aufgenommen worden ist. Ich habe aber noch eine Aufnahme aus dem Jahre 1935. Da hiervon nur ein einziges Stück vorhanden ist, möchte es meine Frau nicht gern aus der Hand geben. Frage: Legst Du Wert darauf und könntest Du mir evtl. das Fotokopieren, was schwierig zu machen sein wird, bezahlen? -

Da Du so freundlich gewesen bist, mir anzustreichen, worüber ich Auskunft geben soll, will ich versuchen, nachfolgend zu antworten:

242: Nichts bekannt.
243: Im Kz Buchenwald sind mehrere Transporte von Angehörigen gewesen. Wieviel insgesamt nicht bekannt. Bitte Herrn Staatssekretär a.D. Dr. Hermann Pünder, der sich unter den Transporten befand, darüber zu befragen.
262: Das Quäkerheim in Bad Pyrmont ist mir bekannt. Bin selbst im März und April 1935 dort gewesen. Die Erzählung halte ich für ein Märchen. Man braucht ja nur nach dem Reichstagshandbuch die weiblichen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten durchzuprüfen und wird wahrscheinlich feststellen, daß sich unter ihnen dieser Vorfall nicht ereignet hat. Es liegen zwei Möglichkeiten der Verwechslung vor: 1.) Toni Pfülff beging Selbstmord. Sie hieß aber garnicht Toni Pfülff, sondern stammte aus dem bayrischen Hochadel. Ihr Vater war kommandierender General in Metz gewesen. 2.) Frau Kirchner, Frankfurter sozialdemokratische Funktionärin, über deren Töchter ich schon berichtet habe, war zu meiner Zeit in Bad Pyrmont. Die Besucher des Quäkerheims in Pyrmont können durch den Quäker Friedrich festgestellt werden.
263: Nichts bekannt.
338: Nichts bekannt.
341: Ich kenne nur Gerüchte und Vermutungen.
404: Fehlanzeige.
413: Siehe 341.
415: Ich habe den SS-Bericht nie gesehen. Wenn Du Bilder brauchst, so bediene Dich für Arzt, Breitscheid, Dahrendorf, Faust, Haubach, Henßler, Heuß, Högner, Hasemann, Imbusch, Joos, Krone, Kuttner, Löbe, Mierendorff, Schneidemann, Schumacher, Severing, Stelling, Vogel und Weis doch des Reichstagshandbuchs. Das hat außerdem den Vorteil, daß Du zeitgenössische Bilder erhälst. Den "Leuchtturm" kannst Du sicher bei der Hamburger Justizbehörde erhalten.

Mit besten Gruß!

H. L. Brill

Brill

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

31. Dezember 1954

ED-100/26 - 704

Lieber Hermann Brill!

Du wirst Augen machen! Nämlich über Ritters Schmöker über Goerdeler. Ich habe ihn zunächst nur durchblättern können, stieß dabei aber auf liebliche Blüten. Obwohl auch Du Dich gewiß auf allerhand gefaßt gemacht hast, wirst Du doch nicht wenig staunen.

Nun trifft es sich glücklich, daß eben in diesen Tagen mein Haubach-Gedenkbuch ausgedruckt worden ist. Wer bisher Korrekturfahnen lesen konnte, ist von diesem Buch recht angetan. Es enthält zwölf Fotos auf Kunstdruck und an die zwanzig vortreffliche Beiträge von alten Freunden des Verstorbenen aller Richtungen; auch Gerstenmaier und Willi Nowack fehlen nicht. Man sagt, daß hier wirklich ein schönes Denkmal aus Wort und Bild zustandegekommen sei. Übrigens hält der Inhalt mehr, als der Titel verspricht, denn diese Totenehrung erstreckt sich auf die ganze Generation, die sich im Kampf gegen Hitler aufgeopfert hat. Aber Du wirst Dir ja selber bald ein Urteil bilden können.

Ich wäre Dir nämlich sehr dankbar, wenn Du Dich unseres Gedenkbuches persönlich annehmen wolltest. Vielleicht bespriehst Du es für das "Parlament"? Oder für den "Neuen Vorwärts"? Ich könnte Dir nächster Tage schon Aushängebogen schicken. Aber es würde Dir vielleicht genügen, wenn ich Dir gegen den 10. Januar eines der ersten fertigwerdenden Exemplare des Buches zur Verfügung stellte?

Es sind auch schon zwei Gedenkstunden angesetzt, worin das Buch ausführlich gewürdigt werden soll: Dr. Guntram Prüfer spricht im NWDR und Dr. Gerhart Pohl im Sender "Freies Berlin". Ich weiß nicht, ob auch schon

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

für den hessischen Rundfunk eine Lösung gefunden ist.

Aber nun zum Schluß - last not least - : All meine guten Wünsche begleiten Dich in das Jahr 1955! Hoffentlich wird in ihm auch die Wiedergutmachung wieder in Fluß kommen, ehe uns auch noch die letzten "Veteranen" dahingestorben sind.

Mit herzlichen Grüßen verbleibe ich Dein

PROFESSOR DR. HERMANN L. BRILL

Wiesbaden, den 4. Januar 1955
Bierstadterstr. 2

ED-106/26-745

Herrn
Walter Hammer

Hamburg 39
Wærstücken 9

Lieber Walter Hammer !

Ritters Buch über Goerdeler habe ich noch nicht gesehen. Da ich mehrere Jahre mit ihm zusammenn in den Organen des Instituts für Zeitgeschichte gesessen habe, kann ich mir aber ungefähr vorstellen, was darin steht. Ritter war immer der Auffassung, daß es nur einen Widerstand gegen Hitler gegeben hat, eben den von Goerdeler. Er wurde nämlich im Zusammenhange mit der Goerdeler-Affäre einige Wochen oder Monate festgesetzt; das dient ihm als Alibi, und wer die erste Fassung von "Machtstaat und Utopie", die Weihnachten 1940 erschien und im Winter von 1939/40 entstanden ist, kennt, weiß ja auch, wie bitter nötig Ritter ein solches Alibi hat - von seinen früheren Schriften, beispielsweise über Friedrich den Großen, ganz abgesehen. Nous verrons !

Dein Haubach-Buch würde ich gerne im "Parlament" besprechen, Wenn Du das arrangieren willst, veranlasse bitte, daß mir ein Besprechungsexemplar zugeschickt wird.

Deine Wünsche für 1955 erwidere ich auf das Beste !

Mit herzlichen Grüßen

Dein Hermann Brill.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

B: Parlament!!

8.1.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

30.Januar 1955

ED-106126-146

Lieber Hermann Brill!

Einer folgt dem Andern! Gestern Hans Hedthoft-Hansen und vorige Woche Dr. Hermann Landwehr, wie man mir gestern aus Berlin berichtete. Immer seltener werden jene alten Kameraden, die berufen und imstande sind, für die Wahrheit zu zeugen. Das Feld werden dann Leute a la Ritter beherrschen, die kritiklos alles für bare Münze nehmen, was 1945 und 46 gedruckt worden ist, sogar apokryphe Elaborate vom Schlage des "SS=Berichtes", den Ritter sogar zu einem "Kiesel=Bericht" befördert hat. Aber auch sonst ist die professorale Widerstandsliteratur sehr anfechtbar. Hoffentlich wirst Du damit recht scharf ins Gericht gehen.

Ob Du einige der zahlreichen Gedenk=Sendungen wahrnehmen konntest, die durch mein Haubach=Gedenkbuch ausgelöst worden sind? Ich hatte gehofft, dass Deine Besprechung noch in der Woche vor dem Gedenktag im"Parlament" hätte erscheinen können. Aber diese Erwartung war nun wohl doch etwas zu kühn. Vielleicht war es sogar eine unverschämte Zumutung, die Du mir hoffentlich nicht übelnehmen wirst. Die Urteile stimmen durchweg überein in sehr angelegentlicher Empfehlung. Sie sind beinahe alle auf den Ton gestimmt, der aus Dr. Pechels Rundfunk=Rede herausklang.Hoffentlich gehst Du nicht gar zu strenge mit mir ins Gericht, auch wenn herauszuspüren sein sollte, dass meine Leistung durch Krankheit sehr stark beeinträchtigt worden ist. Es geht mir nämlich miserabel.

Mit herzlichen Grüssen und Wünschen verbleibe ich

Dein

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-206/26 - 1107

Lieber Hermann Brill!

Nun hat sich tatsächlich ereignet, was ich gestern schon befürchtet habe: Die guten Leute in Bonn haben mir mancherlei gestrichen, was ich für besonders wichtig gehalten habe, wie Sie auch all meine Überschriften und Schlagzeilen verändert und von den sieben vorzüglichen Bildern, die ich vorschlagen konnte, nur ein einziges reproduziert haben und das auch nur recht schlecht. Aber am meisten hat mich doch geärgert, daß mein Hinweis auf Dich als Autor des Buchenwalder Manifestes weggeblieben ist. So hat man eben seinen Kummer!

Erteile mir bitte Absolution!

Mit herzlichen Grüßen und Wünschen verbleibe ich

Dein

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

4. Februar 1955

EA-105/26 -368

Lieber Hermann Brill!

Eben schickte ich einen Brandbrief an Fritz Heine, worin ich ihm empfahl, sich unverzüglich mit Dir wegen des Gördeler-Buches von Ritter zu verständigen und unsere Parteipresse davor zu warnen, sich noch weiterhin Kuckuckseier in Gestalt empfehlender Besprechungen dieses Schmökers ins Nest legen zu lassen. Ritters Buch ist von einer kaum zu überbietenden Arroganz und muß von uns in Grund und Boden verdammt werden. Hoffentlich bist Du mittlerweile auch zur Lektüre des Buches gekommen. Ich zweifle nicht daran, daß wir in der Ablehnung übereinstimmen. Aber wir dürfen nicht mehr lange auf unsere Kritik warten lassen. Hoffentlich wird Heine die Parteiblätter vor weiteren Fehlgriffen warnen. Übrigens hat mich die Parteipresse im großen Ganzen auch sehr enttäuscht, denn sie läßt mich vergebens auf eigene Besprechungen des Haubach-Gedenkbuches warten. Und dabei sollte man doch gerade angesichts des Buches von Ritter sich dieses Instrumentes recht kräftig bedienen. Ein Jammer, daß die wenigen Parteiblätter, die überhaupt noch erscheinen, so böse versagen.

Es wäre sehr erfreulich gewesen, wenn Deine Haubach-Besprechung noch vor dem Gedenktag im "Parlament" erschienen wäre. Aber in Bonn scheint man auf Aktualität nicht gerade erpicht zu sein. Verfügt man in der Königstraße schon über Dein Manuskript? Ich bin natürlich sehr gespannt.

Ich schrieb Dir wohl schon, daß Dr. Landwehr vorige Woche in Berlin beerdigt wurde? Unsere Reihen lichten sich wirklich beängstigend!

Mit herzlichen Gesinnungsgrüßen verbleibe ich

Dein

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-706/26 - 313

6.Februar 1955

Lieber Hermann Brill!

Wir sind wirklich auf dem besten Wege, dass der"Mythos des 20.Jahrhundert"abgelöst wird von Professor Ritters "Mythos des 20.Juli!" Es ist höchste Eisenbahn, dass etwas dagegen geschieht.Wenn wir das widerspruchslos hinnehmen, werden wir uns bald begraben lassen können.

Es traf sich doch wirklich sher glücklich,dass gerade in diesen Tagen der wirklich sehr problematischen Figur Goerdeler der ehrliche Bekenner Haubach gegenübergestellt worden ist, der sich bis zum Tode treu blieb. Willst Du nicht einmal auf Beide zugleich zu sprechen kommen? Das würde sich lohnen. Aber in der kommenden Woche wirst Du Dich kaum zuretten wissen - über Dein Bild im letzten"Vorwärts" habe ich mich sehr gefreut.

Mit herzlichen Grüssen verbleibe ich

Dein

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

PROFESSOR DR. HERMANN L. BRILL

Wiesbaden , DEN 20. Februar 195 5
Bierstadterstr. 2

ED-106126-150

Herrn
Walter H a m m e r

H a m b u r g 39
Veerstücken 9

Lieber Walter Hammer !

Ich habe lange mit dem Haubach-Thema gerungen. Aber heute ist das Diktat des Artikels fertig geworden. Er wird morgen abgehen. Ich hoffe, daß die Redaktion des "Parlament" wegen meiner kritischen Haltung zu Goerdeler, den ich offen einen Deutschnationalen nenne, keine Schwierigkeiten macht. Ob Du meiner Beurteilung von Haubach zustimmst, weiß ich nicht. Ich nenne ihn - wie Du dem Durchschlag, der diesem Brief beigelegt werden soll, entnehmen kannst - einen romantischen Jakobiner und hätte über dieses Thema gerne mehr geschrieben. Es wäre auch sehr reizvoll gewesen, das Jahrzehnt von 1923 bis 1933 mit dem von 1945 bis 1955 zu vergleichen. Auch das mußte ich lassen. Eh bien - nous verrons !

Immer der Alte

gez. Hermann Brill

(nach Diktat abgereist).

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Theo Neubauer ff Bodly!

~~Schwarzbach 831~~

Cz. Mitt. Fr. Min. d. I., sonder

Reichsministerium d. Inn.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

24. Februar 1955

ED-106/26 - 757

Herrn
Prof. Dr. Hermann L. Brill
W i e s b a d e n
Bierstadterstraße 2

Lieber Hermann Brill!

Meine Freude war natürlich groß. Hab herzlichen Dank. Grade eben kam auch ein Brief aus Bonn. Der Chefredakteur vom "Parlament" schrieb mir, er habe leider immer noch auf Dein Manuskript warten müssen. Nun hat er es ja! Hoffentlich wird er nicht mit einem Rotstift dazwischen fahren, um zu vertuschen, daß die Ritter und Gördeler schönster Harzburger Provinienz sind.

Hoffentlich wirst Du nun auch der Einladung von Willi Eichler folgen und Ritter in "Geist und Tat" eine gehörige Abfuhr bereiten. Er kann mit seiner Arroganz nicht scharf genug abgekanzelt werden.

Auf die Gefahr hin, daß Du mich jetzt für einen üblen Schulmeister hältst, möchte ich doch auf zwei geringfügige Fehler aufmerksam machen: Dr. Theo Neubauer ist bei uns in Brandenburg hingerichtet worden, nicht in Leipzig. Und Haubach ist nicht Pressechef im Preußischen Innenministerium gewesen, sondern unter Severing im Reichsministerium des Innern. Von da kam er unmittelbar ins Polizeipräsidium. Oschilewski hat sich da geirrt, während Hans Hirschfeld im Haubach-Gedenkbuch die Dinge zutreffend geschildert hat.

Deine verständnisvolle Würdigung Haubachs ist umso verdienstlicher, als unsere Parteipresse beinahe vollständig versagt. Sie preist Gördeler als den wichtigsten Mann des Widerstandes und hüllt sich in Schweigen über mein Haubach-Gedenkbuch. Da lobe ich mir doch die zwanziger Jahre! Aber das bitte ganz unter uns.

Mit herzlichen Grüßen verbleibe ich

Dein

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-1026-152

18. März 1955

Lieber Hermann Brill!

Sollte es Dir erspart geblieben sein, den angeblichen SS-Bericht zu lesen, wird Dir die beiliegende Kostprobe gewiß schon genügen!

Kürzlich besuchte mich Wolfgang Abendroth. Wir kamen natürlich auch auf Ritters Förderlerbuch zu sprechen. Hoffentlich läßt ein kräftiger Entrüstungssturm nicht mehr lange auf sich warten. Ritter ist es übrigens auch gewesen, der jenes apokryphe Machwerk tragisch genommen und zum "Kiesel-Bericht" befördert hat.

Deine Haubach-Besprechung wird nun hoffentlich in der nächsten Woche erscheinen. Sie hätte sonst gut in die letzte Nummer gepaßt.

Freuen wird es Dich zu hören, daß - während der Buchhandel immer noch versagt - die Bundeszentrale für Heimatdienst in Bonn nicht weniger als 800 Exemplare unseres Haubach-Gedenkbuches dieser Tage an die Universitäten und an die Bibliotheken höherer Lehranstalten verschickt.

Mit herzlichen Grüßen verbleibe ich
Dein

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

PROFESSOR DR. HERMANN L. BRILL

Wiesbaden , DEN 21. März 195 5
Bierstadterstr. 2

ED-106/26 - 163

Herrn
Walter H a m m e r

H a m b u r g 39
Verstücken 9

Lieber Walter Hammer !

Der sogenannte Kiesel-Bericht ist mir entweder unbekannt oder nicht mehr erinnerlich. Daß die Idioten von der Gestapo diesen Blödsinn über den Kreisauer Kreis geschrieben haben, kann ich mir durchaus vorstellen. Noch 1944 mußte ich z.B. bemerken, daß Ermittlungsbeamte der Gestapo und des SD über bestimmte politische Sachverhalte nicht im mindesten im Bilde waren. Jenen Bericht zu einer Geschichtsquelle zu machen, ist allerdings gleichfalls schwachsinnig. Man könnte ihn höchstens aus psychologischem Interesse an der Geistesverfassung von Himmler und seinen Leuten analysieren. Ich glaube, daß sich in Bezug auf das intellektuelle Niveau der KPD-Prozeß in Karlsruhe nur graduell von dem Verstehen des "Marxismus" unterscheidet, das Hitler und seine Umgebung besaßen.

Eine Aufforderung Eichlers, eine Besprechung über Ritters Gördeler-Buch zu schreiben, erhielt ich Ende voriger Woche. Leider werde ich nicht vor Mitte April dazu kommen. Sorge bitte dafür, daß inzwischen der "Vorwärts" nicht eine Lobeshymne auf Ritter bringt !

Mit den besten Grüßen

Hermann Brill

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

22. März 1955

ED-106/26 -454

Lieber Hermann Brill!

Es drängt mich doch, Dir eben herzlich zu danken, nachdem Deine Besprechung nun endlich im neuen "Parlament" Platz gefunden hat. Leider hat sich unsere Befürchtung als begründet erwiesen, denn der Rotstift hat grade jene Passagen weggestrichen, auf die wir besonderen Wert legten. So also hat insbesondere Ritter keinen Seitenhieb abbekommen. Schade!

Es wird nun aber doch Zeit, daß Ritter gehörig einen auf den Deckel bekommt. Ich habe den Eindruck, daß die Ablehnung immer weitere Kreise erfaßt. Auch den Lesern des "Parlament" hätte getrost ein Licht aufgesteckt werden können. Ich bin gespannt auf die April-Nummer von "Geist und Tat", höffe ich doch, darin einen Beitrag von Dir über Ritter lesen zu dürfen.

Herzliche Grüße und Wünsche!

Dein

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

25. März 1955

ED-10026-155

Herrn
Prof. Dr. Hermann L. Brill
Wiesbaden, Bierstadterstr. 2

Lieber Hermann Brill!

Das lasse ich mir nicht zweimal sagen. Eben schon habe ich an die Redaktion des "Vorwärts" die in einem Durchschlag beiliegende "schüchterne Bitte" geschickt, womit ich hoffentlich auch Deine Zustimmung finden werde. Es wäre allerdings sehr erfreulich, wenn der Entrüstungssturm nicht mehr gar zu lange auf sich warten ließe. Schade, daß Willi Eichler Deine Kritik nicht schon im April-Heft bringen kann.

Solltest Du Dir den sog. SS-Bericht einmal zu Gemüte führen wollen, dann überlasse ich Dir das Heft eingeschrieben gerne einmal für einige Tage. Pechel habe ich es auch einmal geliehen. Er hat nicht wenig gestaunt!

Hab nochmals herzlichen Dank für Deine Besprechung im "Parlament". Schade bloß, daß jener ganze Absatz weggestrichen worden ist, worin Du die bisherige Widerstandsliteratur kritisch hast Revue passieren lassen.

Mit herzlichen Grüßen verbleibe ich
Dein

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

EB-100126-150

17. April 1955

Lieber Hermann Brill!

Gross war meine Freude, als gestern endlich nach mindestens achtzig vergeblichen Briefen ~~endlich~~ ein brauchbares, ja sogar ein vorzügliches Bild von Julius Leber bei mir eintraf. Auch sonst hat sich noch in letzter Stunde alles sehr glücklich entwickelt, weshalb ich ein gutes Resultat für mein illustriertes Parlamentarierwerk glaube in Aussicht stellen zu dürfen. Schon im Laufe dieser Woche wird mit der Herstellung der Klischees begonnen. Im Mai wird der Kunstdruckteil hergestellt, während ich mich bemühe, in knappester Form den dazu gehörigen Text zu schreiben. Schon Ende Juni soll das Buch vom Buchbinder fertiggestellt werden. Hoffentlich reicht meine Kraft, diese Termine einzuhalten.

Nachdem ich Dich so oft um Hilfe bitten musste, hoffe ich, dass ich in dieser Angelegenheit heute zum letzten Male Rat und Hilfe von Dir erbitten muss. Ich hatte gestern für mehrere Stunden Besuch vom Genossen Meitmann, der nicht wenig über die Schätze des Archivs gestaunt hat. Auch von ihm bekam ich ein ganz vorzügliches Bild. Beiläufig riet er mir, Dich doch einmal nach Dr. Kurt Adams zu fragen: Du wärest genau unterrichtet über sein trauriges Ende in Buchenwald. Sei doch so nett, Dich dieser Vorgänge noch in dieser Woche zu erinnern und mir eben die wichtigsten Angaben hierüber zu machen.

Letzthin bekam ich nun doch schon etliche Zeitungsausschnitte geschickt, aus denen sehr scharfe, aber doch berechtigte Kritik am Goerdelerbuch von Prof. Ritter sprach. Ich glaube, dass wir es mit energischer Abwehr jetzt eilig haben sollten, sonst wird sich in aller Kürze bei der Erörtetung der deutschen Hitlerabwehr alles bloss noch um Goerdeler drehen.

Mit herzlichen Grüssen verbleibe ich

Dein

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/26 -157

PROFESSOR DR. HERMANN L. BRILL

Wiesbaden, den 27. April 1955
Bierstadterstr. 2

Herrn
Walter Hammer

Hamburg 39
Veerstücken 9

Lieber Walter Hammer !

Deine Bitte betreffend das Schicksal von Dr. Kurt Adams erfülle ich gerne; allerdings hat es einiger Tage bedurft, bis das beiliegende Schriftstück aus altem Schriftwechsel auf dem Dachboden unseres Hauses herausgefischt werden konnte. Ich sende Dir die Durchschrift dieses 5½2 Jahre alten Briefes an seine Tochter (übrigens bitte ich sehr um Rückgabe der Anlage!). Das ist sicher das Beste, da meine Erinnerung damals noch frischer war. Vielleicht könntest Du, da mein Brief an Fräulein Dr. Hilde Adams einen gewissen historischen Wert hat, die Absätze 2, 3 und 4 unverändert übernehmen.

Bei dieser Gelegenheit erlaube ich mir die Frage, ob Du mich auch in dem "illustrierten Parlamentarierwerk" abmalen willst, und was Du in diesem Falle an Text beifügen würdest? Ich hoffe jedoch, daß Du nur Tote abbildest! -

Wegen der Kritik des Goerdeler-Buches habe ich mit Willi Eichler längst vereinbart, daß die Juli-Nummer von "Geist und Tat" eine Besprechung bringen soll. Früher hätte ich auch keine Zeit dafür. Übrigens muß ich erst einmal sehen, wo ich jetzt ein Exemplar herbekomme - ich beabsichtige nicht, mir das Ding zu kaufen. Je mehr ich herumhöre, desto mehr stelle ich fest, daß viele Menschen das Buch u.a.m. immer entschiedener ablehnen.

Mit besten Grüßen

H. L. Brill

Anlage (zurückerbeten!)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Abschrift

ED-106/26-152

H.L. Brill

Wiesbaden, den 27.12.49
Weinbergstr.14

Fräulein
Dr. med. Hilde A d a m s
Hamburg-Langenhorn
Krankenhaus Heidberg

Sehr geehrtes Fräulein Adams!

Im Jahre 1945 habe ich meinem Parteifreunde M e i t m a n n einen ausführlichen Bericht über das Schicksal Ihres Vaters im Konzentrationslager Buchenwald gegeben. Vor einigen Wochen sagte mir Herr Meitmann, dass Sie eine Bestätigung dieses Berichtes von mir selbst wünschen. Ich darf Ihnen deshalb Folgendes mitteilen.

In der Aktion "Gitter" ist Ihr Vater von der Kriminalpolizei zunächst in Hamburg gesucht worden. Es hat einige Wochen gedauert, bis man ihn schliesslich in Greiz fand. Er kam - was sehr zu seinem Nachteil war - im Wege eines Einzeltransportes nach Buchenwald, wurde dem Quarantäneblock 43 überwiesen, in dem mir die Leitung des Gesundheitswesens oblag, und war bereits bei der Einlieferung in diesen nierenkrank. Da ich ihn sofort erkannte, habe ich mich seiner speziell angenommen. Der Krankenbau war jedoch so mit frisch Operierten und Schwerkranken überbelegt, dass ich einige Zeit warten musste, bis ich ein Bett für ihn bekam. Ich muss gestehen, dass ich ihn schon bei der Aufnahme in das Lazarett aufgegeben hatte. Trotzdem ist alles geschehen, um ihn zu retten. Wir haben auch die neuesten medizinischen Mittel wie Eleutron u.s.m. in Anwendung gebracht. Leider war alles zu spät. Kurt Adams ist buchstäblich in meinen Händen gestorben. Der Tod war sehr leicht für ihn, er hatte bereits zwei Tage vorher das Bewusstsein verloren.

Gleich nach seiner Einlieferung bin ich ihm behilflich gewesen, nach draussen Nachricht zu geben. In seinem Falle hat es mich besonders erschüttert, dass die ersten Päckchen mit Liebesgaben, die sein Schicksal hätten erleichtern können, wenige Tage nach seinem Tode eintrafen.

Die Einäscherung der Leiche hat noch am Todestage stattgefunden.

Ich hoffe, dass ich Ihnen über meine Person keine Angaben zu machen brauche. Sollten Sie das doch wünschen, so werde ich veranlassen, dass Ihnen meine Biographie, wie sie in das "Handbuch des Deutschen Bundestages" aufgenommen worden ist, zugeht.

Mit freundlichem Gruss!

Dr. Hermann L. Brill

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

PROFESSOR DR. HERMANN L. BRILL

Wiesbaden , den 3. Mai 1955
Bierstadterstr. 2

ED-706/26 - 153

Herrn
Walter H a m m e r

H a m b u r g 39
Veerstücken 9

Lieber Walter Hammer !

Marie Baums Buch über Ricarda Huch habe ich schon vor etwa drei Jahren meiner Frau zu Weihnachten geschenkt und es natürlich vorher gelesen. Es hat mir nicht sehr gut gefallen, bestätigte aber das, was ich in der Frage ihrer Arbeit an einem Erinnerungsbuch bereits wußte. Kurz vor Weihnachten 1945 war ich nämlich beim Oberbürgermeister von Jena zu einem Tee eingeladen, zu dessen Gästen auch Ricarda H u c h gehörte. Sie saß rechts von mir. Nach einigen Bemerkungen über die Romane ihrer Frühzeit, unter denen die "Triumphgasse" die Hauptrolle spielte, kamen wir auf die Aufgabe zu sprechen, die ihr - verschwiegenerweise - in Wirklichkeit von der KPD, lies: Johannes R. Becher, gestellt worden war. Ich sagte ihr, daß ich diese Aufgabe für unlösbar halte und fragte sie, ob sie nicht im Stile ihrer Bücher über Luther und Wallenstein einer bestimmten Persönlichkeit nachgehen wolle. Ich hatte jedoch den Eindruck, daß sie gar keine Vorstellung von dem Umfang und der Problematik der Aufgabe besaß; schon damals kapriziert sie sich auf die Geschwister Scholl.

Wer ist Hanna Bertholet? Natürlich hätte ich ganz gerne ein Exemplar für meine persönliche Arbeit; Hinweise von Dir auf besondere Schwächen des Ritter'schen Buches interessieren mich selbstverständlich. Ich habe mich gestern Nachmittag wieder mit R i t t e r 's /Machtstatt und Utopie" (jetzt sagt der Kerl: "Die Dämonie der Macht") beschäftigt und mußte zu meiner Überraschung feststellen, daß ich trotz meiner 60 Jahre immer noch "empfindsam" bin: ich war so frisch empört wie Weihnachten 1941, als mir meine Frau dieses Buch ins Zuchthaus Brandenburg geschmuggelt hatte. Ich glaube, um Ritters Auffassung vom Widerstand zu widerlegen, muß man seine ganze wissenschaftliche Erscheinung angreifen - und das soll geschehen !

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

PROFESSOR DR. HERMANN L. BRILL

ED-106/26-160

Wiesbaden , den 6. Mai 1955
Bierstadterstr. 2

Herrn
Walter H a m m e r

H a m b u r g 39
Veerstücken 9

Sehr geehrter Herr Hammer !

Ihr dringender Brief vom 2.d.M. war hier vorgestern in Abwesenheit von Herrn Dr. Brill eingegangen. Daher konnte ich erst heute zu einer neueren Aufnahme von ihm kommen. Ich sende sie Ihnen anbei in seinem Auftrage mit der Bitte, sie nach Möglichkeit noch für das illustrierte Parlamentarier-Werk zu verwenden.

Mit vorzüglicher Hochachtung !

Anlage

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

PROFESSOR DR. HERMANN L. BRILL

ED-706/26-781

Wiesbaden , DBN 27. Juni 1955
Bierstadterstr. 2

Herrn
Walter H a m m e r

H a m b u r g 39
Veerstücken 9

Lieber Walter Hammer !

Vielen Dank für die Zusendung der "Kultur"! Brauchst Du das Exemplar zurück? Dann erhälst Du es selbstverständlich wieder. Es freut mich, daß W. Steinberg dieselbe Tendenz vertreten hat wie ich selbst. Einen Durchschlag meines schon vor mehreren Tagen abgegangenen Manuskripts für Eichler lege ich Dir bei. Zum Studium des "Monat" bin ich allerdings noch nicht gekommen; auch den Beitrag in der "Kultur" habe ich erst nach der Beendigung meiner Rezension gelesen.

Mit den besten Grüßen
Dein

Hermann L. Brill.

Anlage

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-706/26-782

11.Dezember 1955

Lieber Hermann Brill!

Hab herzlichen Dank für den gestern bei mir eingetroffenen Brief aus Deinem Sekretariat. Zu meinem aufrichtigen Kummer musste ich daraus ersehen, dass die Bummeligkeit der Post Dich in eine ärgerliche Zeitnot gestürzt hat. Das Parlamentarierbuch hätte schon um die Monatswende bei Dir eintreffen müssen. Nun bin ich doch gespannt, ob Dich der Bote der Parlaments-Redaktion am Bonner Bahnhof noch programmässig erreicht hat.

Habe jedenfalls herzlichen Dank, dass Du es noch geschafft hast. Nenne mir doch bitte eben eine Adresse, an die ich unverzüglich ein Exemplar des Parlamentarierbuches schicken will. In Deinem Verwandtenkreis wird sich doch sicher der Eine oder Andere finden, dem Du damit eine Weihnachtsfreude bereiten könntest.

Nicht so ganz behagen will es mir, dass Du den zünftigen Historikern nun sozusagen ein Stichwort gegeben hast, dass sie meiner Dokumentation keine wissenschaftliche Bedeutung zumessen werden.Schade, dass Dir nicht die Zeit blieb, das ganze Buch durchzuarbeiten. Dir wäre dann aufgefallen, dass ich die 11 ermordeten Nazis lediglich in die Statistik mit einbezogen habe, sie aber keineswegs einer Kurzbiographie würdigte. (In der Bundeszentrale - so fürchte ich - wird man gerade umgekehrt bemängeln, dass ich überhaupt Kommunisten erwähnt habe. Aber damit habe ich ja rechnen müssen.) Die Zahl 32.600 ist von Dir missverstanden worden.Sie stammt keineswegs aus dem Ausland, ist vielmehr von mir sorgfältig errechnet worden und dürfte um höchstens 100 vom Tatsächlichen abweichen.(Dabei sind allerdings die rund 20.000 mit von Militärgerichten zum Tode Verurteilten inbegriffen). Schade, dass Du auf die 134 Kunstdruck=Bilder nicht weiter eingehen konntest, denn sie stellen doch den Hauptwert des Werkes dar, zumal es sich um viele sehr seltene Aufnahmen handelt.

Institut für Zeitgeschichte: Archiv

Hab jedenfalls recht herzlichen Dank. Hoffentlich bekommt der neue Ehrenbürger von Berlin Deine Besprechung nun wirklich noch in der nächsten Nummer des "Parlaments" zu lesen. Er selber schrieb mir gestern sehr erfreut. Sein erster Eindruck: "Eine wundervolle Leistung". Nach seinem Geburtstag will er das Buch im TELEGRAF ausführlich besprechen.

Mit herzlichen Grüssen und Festtagswünschen

verbleibe ich Dein

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Prof. Dr. iur. HERMANN LOUIS BRILL

WIESBADEN, den 15.2.1956.
Wörthstraße 14

Herrn
Walter H a m m e r,
H a m b u r g 39
Veerstücken 9.

ED-706/26-163

Lieber Walter Hammer!

Vielen Dank für Deinen Glückwunsch und die beigefügte Besprechung von Paul Löbe. Aus der Sowjetzone habe ich eine begeisterte Zustimmung zu Deinem Buch bekommen. Dort drüben scheint man mehr als hier zu verstehen, was die parlamentarische Demokratie wert ist und deshalb auch die Opfer, die für sie gebracht wurden, mehr zu schätzen.

Hast Du denn einmal eine individuelle Propaganda bei allen Bundestags-und Landtagsabgeordneten gemacht? Das müßte doch genügen, um den Verkauf einer Auflage zu sichern.

Mit den besten Grüßen!

Hermann Brill

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-706/26-784

29.Juli 1956

Lieber Hermann Brill!

Es ist schon eine kleine Ewigkeit her, dass ich nichts mehr von Dir hören durfte. Hoffentlich bist Du uns nicht krank geworden?

Selber hatte ich ein paar schlimme Monate hinter mir, doch habe ich mich auch diesmal wieder zusammengerissen, musste ich doch die zweite, wesentlich erweiterte Auflage meines Parlamentarierbuches noch unter Dach bringen. In etwa vier Wochen wird der Neudruck erscheinen können. Ich hatte ja eine erstaunlich gute Presse - bis auf eine einzige Ausnahme; aber die albernen Bemerkungen in der ZEIT haben mich nicht umgeschmissen.

Hingegen traute ich meinen Augen nicht, und ich war einer Ohnmacht nahe, als ich in der neuen Nummer des VORWÄRTS jenen Artikel von Erich A. Peschler las. Wer ist das eigentlich? Auch Du wirst nicht wenig empört darüber sein, dass sich jetzt sogar in unserm Zentralorgan plötzlich alles um den 20.Juli dreht. So ein Unfug!

Nachdem ich Haubach so würdig geehrt habe und dann im Parlamentarierbuch dafür sorgte, dass gerade unsere Parteigenossen darin hervortraten, war es wirklich eine Kunst, meine beiden Bücher ganz unerwähnt zu lassen. Du weisst ja, wie redlich ich bemüht gewesen bin, sämtliche Sozialdemokraten zu berücksichtigen. Ist d a s nun der Dank?

Hat der Rezensent nun aus Unwissenheit oder aus Boshaftigkeit gehandelt? Er hat die politisch belanglosen Haubachbriefe an Alma de L'Aigle für erwähnenswert gehalten und hat den Goerdeler=Schmöker von Ritter einen "wichtigen Platz" in der Widerstandsliteratur zugesprochen, aber er hat weder mein Haubach=Gedenkbuch, noch mein Parlamentarierbuch mit einem einzigen Wort erwähnt. Ist das nicht ein Skandal?

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Offenbar ist Peschler nur ein Pseudonym. Wer mag sich dahinter verbergen? Ich wüsste keinen wirklich kundigen Thebaner unter unseren alten Leidensgenossen, der berufen gewesen wäre, diese Kapitulation vor dem 20.Juli verantworten zu können. Ich habe alle Revue passieren lassen und hatte eigentlich nur einen einzigen Verdacht. Er fiel auf einen Abgeordneten, der für das Parlamentarierbuch einfach nicht "reif" war, weil ihm Leid erspart blieb. Aber wie schäbig wäre es doch, wenn er sich nun derart unritterlich gerächt hätte!

Ich werde morgen diesetwegen sowohl an die Redaktion des VORWÄRTS schreiben, als auch an Eichler, Abendroth und Kukil. Es muss doch wirklich einmal gefragt werden, wie sich das Zentralorgan unserer Partei so etwas leisten durfte.

Wirst Du in ca. vier Wochen in Wiesbaden erreichbar sein? Ich hoffe Dir dann nämlich die Neuauflage des Parlamentarierbuches schicken zu können. Mehr als 20 Kurzbiographien und 16 Bilder sind neu hinzugekommen. Alle wesentlichen Lücken sind nun wohl geschlossen.

Mit herzlichen Grüssen und Wünschen verbleibe ich

Dein

Prof. Dr. iur. HERMANN LOUIS BRILL

WIESBADEN, den 16. 10. 1956
Wilhelmstraße 15
Bierstadterstr. 2

ED-706/26 -765

Herrn
Walter H a m m e r

H a m b u r g 39
Veerstücken 9

Lieber Walter Hammer !

Auf Deine beiden letzten Briefe hast Du bisher nur deshalb keine Antwort erhalten, weil ich auf die Zusendung der neuen Ausgabe des Parlamentarierbuches warten wollte. Es ist bis heute nicht in meinen Besitz gelangt. Immerhin freut mich die Tatsache, daß es eine zweite Ausgabe gibt.

Zu T h ä l m a n n s Tod kann ich Dir Folgendes mitteilen. Thälmann ist nicht am Tage des Bombardements von Buchenwald, das am 24. August 1944 war, wie Breitscheid umgekommen. Er wurde erst am 28. August gegen Abend eingeliefert und kurz nach der Einlieferung erschossen. Meine Kenntnis stammt von den deutschen Häftlingen, die in der politischen Abteilung und im Arbeitsamt des Lagers beschäftigt waren. Ich erinnere mich genau des Schokkes, der in diesen Stunden durch das ganze Lager ging. Die DNB-Meldung, Thälmann sei am 28. August beim Bombardement getötet worden, ist schon deshalb von einer geradezu fahrlässigen Falschheit, weil an diesem Tage überhaupt kein Angriff war.

Gesundheitlich geht es mir in den vorgezeichneten Bahnen einigermaßen gut.

Mit herzlichem Gruß

Dein

Hermann Brill.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

19.10.1956

ED-706/26 - 766

Herrn Professor
Dr. Hermann L. B r i l l
W i e s b a d e n
Bierstadter Str. 2

Lieber Hermann Brill !

Hab Dank für die wertvollen Aufschlüsse über Thälmann. Tatsache ist, daß er, bevor er nach Buchenwald kam, als Ehrenhäftling galt und in zwei Zellen höchst komfortabel untergebracht war und oft von seiner Frau besucht werden durfte, die überdies aus der Prinz-Albrecht-Strasse monatlich 250,- RM überwiesen bekam. Nun wissen wir also, daß dieses RSHA auch ein Wohltätigkeitsinstitut war.

Ich widerstand noch in letzter Stunde der Verlockung, in der Neufassung meines Parlamentarierbuches darauf zu sprechen zu kommen. Daß die zweite Auflage noch nicht in Deinen Händen ist, setzt mich in Erstaunen, denn schon am 1.Oktober hatte ich der Buchdruckerei in Heide/Holstein Weisung gegeben, Dir das Buch schnellstens zu schicken, gab allerdings als Adresse Weinbergstrasse 14 an. Geh der Sache doch bitte einmal nach. Hoffentlich ist die Sendung mittlerweile wohlbehalten bei Dir zu Hause eingetroffen. Auf Dein Urteil bin ich natürlich sehr gespannt.

Anbei ein Zeitungsausschnitt, der Dir wahrscheinlich willkommen sein wird.

Es freut mich, daß Du Dich gesundheitlich nicht zu beklagen brauchst. Ich möchte das auch gerne von mir sagen.

Mit herzlichen Grüßen verbleibe ich Dein

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

8.1.1957

ED-109126-167

Lieber Hermann Brill !

Verzeih bitte, daß ich beim Jahreswechsel nicht zu den Gratulanten gehört habe. Wahrscheinlich gehe ich sogar in der Vermutung nicht fehl, daß auch Dir die ganze Geschichte nachgerade zum Halse heraussteht. Lasse als Entschuldigung für mein langes Schweigen bitte gelten, daß es mir in den letzten Wochen gesundheitlich sehr schlecht ging. Bei Dir und Deiner Familie ist hoffentlich alles wohlauf.

Läßt es sich noch weiter verantworten, in dem Goerdeler-Schöker von Ritter eine bloße Kuriosität zu sehen ? Ich habe die Neuauflage gestern durchblättert und mußte feststellen, daß Ritters Geschichtsklitterung keineswegs gemildert worden ist. Es wäre an der Zeit, geharnischten Protest einzulegen. Es würden sich bestimmt viele daran beteiligen. Zunächst einmal werde ich Herrn Professor Ritter die "Freude" bereiten, ihm die vielen Fehler aufzutischen, die ich alleine im Namenverzeichnis auf den ersten Blick entdeckt habe. Einen Durchschlag falte ich Dir bei.

Aus Leipzig besuchte mich vor etwa 2 Jahren ein Student, dem ich mancherlei Schätze meines Archivs zeigte. Er überraschte mich kürzlich mit einer Buchenwald-Bibliographie, die ohne Engherzigkeit ungefähr 120 Titel nannte. Das hat mir doch gewaltig imponiert, zumal es bei uns fast ganz an einschlägigen Doktorarbeiten fehlt. Was läßt sich da machen ?

Mit herzlichen Grüßen verbleibe ich Dein

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Prof. Dr. iur. HERMANN LOUIS BRILL

WIESBADEN, den 23.Januar 1957.
Wilhelmstraße 14

ED-106/26-168

Herrn
Walter H a m m e r,
H a m b u r g 39
Veerstücken 9.

Lieber Walter Hammer!

Schon seit Jahren habe ich gewünscht,zu der sozialistischen Form des Verzichts auf Gratulationen zum Jahreswechsel und zur Verwendung des dafür notwendigen Geldes für politische oder caritative Zwecke zurückkehren zu können. Aus diesem Grunde habe ich schon vorigen Jahr keine Glückwünsche mehr versandt. Nachdem Du Dich aber so herzlich ausgesprochen hast,erwidere ich Dir ebenso.

Es ist sehr schön, wenn Du Deine Attacke gegen Goerdeler fortsetzt. Hast Du seinerzeit meine Kritik in der Eichler'schen "Geist und Tat" gelesen?Man könnte noch viel dazu sagen,aber ebenso sehr wird Ritter seinen Kymbus geschäftlich ausbeuten.

In dem Münchener Institut kämpfe ich einen schweren Kampf. Ich hoffe, daß sich nach den Bundestagswahlen da die Lage ändert und würde es begrüßen, wenn Du bei der Reorganisation mit in den Wissenschaftlichen Beirat kämest. Doktorarbeiten werden bei Abendroth in Marburg geschrieben,ich halte es für nützlich,sich mit ihm in Verbindung zu setzen.

Mit herzlichen Grüßen!

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

8/2?

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

14. März 1957

EB-10926-769

Herrn
Professor Dr. Hermann L. Brill
Wiesbaden
Weinbergstraße 14.

Lieber Hermann Brill!

Nun hat sich also Professor Franz nicht entblödet, in seiner Zeitschrift die dummen Randbemerkungen von Treue zu veröffentlichen. Nach Michael Freund fehlte an fanatischen Nazis nun bloß noch Ritter als Dritter im Bunde. Was soll man gegen diese Infamie unternehmen? Angeblich fehlen also "prominente Persönlichkeiten der alten KPD", deren er aber nicht einen Einzigen zu nennen weiß. Gleich Freund vermißt Treue auch die Geburtsdaten – aber es würde zu weit führen, all die albernen Randbemerkungen hier im Brief zu wiederholen.

Was ist da zu tun? Wir kommen immer ärger ins Gedränge. Es wäre so manches Schwerwiegende gegen diese Sippschaft zu publizieren, aber wer finanziert solche Werkdrucke, von denen der Buchhandel nichts wissen will?

Mit Abendroth stehe ich natürlich schon seit langem laufend in Verbindung. Gestern hatte ich auch aus Berlin Besuch, wo nicht weniger als fünf Akademiker den Auftrag erhalten haben, den Widerstand und die Opfer zu erforschen, die Berlin gebracht hat. Heute sind natürlich beinahe alle Quellen verschüttet.

Proteste gegen die verfälschten Geschichtsbilder im "Vorwärts", in Willi Eichlers Zeitschrift, und in der "Neuen Gesellschaft" ? Wir müssen uns auf die Hinterbeine setzen, es ist höchste Zeit!

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Hast Du von Ritters "Goerdeler" die zweite Auflage zur Hand? Dann schlage doch einmal die Seite 109 auf. Welche infame Verdrehung, die Dich betrifft (neben vielen anderen von ähnlichem Kaliber).

Mit herzlichen Grüßen verbleibe ich

Dein

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Prof. Dr. iur. HERMANN LOUIS BRILL

WIESBADEN, den 2. April 1957
~~Feldbergstraße 14~~
Bierstadterstr. 2

ED 906/26-770

Herrn
Walter H a m m e r

H a m b u r g 39
Veerstücken 9

Lieber Freund !

Nach der Rückkehr vom Winterurlaub habe ich Deine Briefe vom 14., 19. und 21. März zu Gesicht bekommen. Wie Deine ganze Tätigkeit seit 1945 machen sie keineswegs den Eindruck eines Halbtoten.

Die zweite Auflage von Ritters Goerdeler-Buch habe ich nicht. Laß' mir doch bitte die von Dir als infam bezeichnete Verdrehung auf Seite 109, die mich betrifft einmal abschreiben. Ich möchte dem Herrn die Antwort nicht schuldig bleiben.

Deine Adressenliste habe ich durchgesehen. Offen gestanden, reichen meine Kenntnisse über die Personen des Widerstandes nicht aus, um sie vollständig beurteilen zu können. In einigen Fällen habe ich etwas auszusetzen.

Nr. 63 müßte nachgetragen werden, daß Hilpert am 24.2.1957 verstorben ist.

Nr. 80 Mir erscheint die Angabe, Kogon sei von 1939 bis 1945 in Buchenwald gewesen, nicht vollständig; m.W. war er vorher, wahrscheinlich seit 1938, in Dachau.

Nr. 109 Josef Mörl ist nicht Ministerialrat, sondern Regierungsoberinspektor.

Nr. 131 daß Pünder freigesprochen worden wäre, halte ich nicht für zutreffend.

Nr. 134 Raabe ist inzwischen Oberbürgermeister a.D. .

Nr. 156 Bei Inge Aicher-Scholl ist die Angabe "Volkshochschule" nicht richtig, die Institution heißt wahrscheinlich "Hochschule für Gestaltung" oder so ähnlich.

Nr. 182 Fritz Ulrich war nicht Ministerpräsident, sondern Innenminister und ist auch als solcher vor vielleicht einem reichlichen Jahr ausgeschieden.

Diese Kleinigkeiten werden mich aber nicht hindern, die Liste Dr. K l u k e zuzuleiten. -

Aus juristischen Gründen muß ich mich dem Vorschlag Deiner juris consultes anschließen: die Errichtung einer Stiftung ist rechtlich gegenüber allen denkbaren Eingriffen durch Private oder durch die Staatsgewalt das sicherste. Deinem Wunsche,

b.w.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Forschungsaufträge zu finanzieren, kann dabei ohne weiteres entsprochen werden, wenn als Stiftungszweck bestimmt wird, daß bestimmte finanzielle Zuwendungen aus dem Ertrag des Stiftungskapitals für bestimmte Forschungen und Publikationen zu machen sind.

Zu Deiner bevorstehenden Heirat meinen herzlichsten Glückwunsch - zu manchem kommt das Glück eben spät !

Mit den besten Grüßen

dein Hermann Graml

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

3. April 1957

ED-106/26 -179

Lieber Hermann Brill !

Hab herzlichen Dank für Deinen ausführlichen gestrigen Brief, den ich doch postwendend beantworten will.

Ich habe bei einem Vergleich festgestellt, daß Ritter in seinem Goerdeler-Buch die Dich betreffenden Stellen nicht wesentlich geändert hat. Mir kam bei der nochmaligen Lektüre der ganze Schmöker so absonderlich, ja geradezu lächerlich vor, daß mir die Ausfälle gegen Dich besonders stark auf die Nerven fielen. Wenn Du die erste Auflage von Ritters Buch zur Hand hast, dann schlage nur einmal die Seiten 105 und 459/60 nach. So ziemlich übereinstimmend lauten diese Dich angehenden Stellen auf den Seiten 109 und 469-470 der Neuauflage (11. - 14. Tausend). Hämisch wird da von "Neubeginnern" gesprochen.

Sehr willkommen war mir natürlich Deine Berichtigung der Adressenliste. Außer Hilpert ist inzwischen ja auch Wilhelm Winzer gestorben.

Pünder ist damals vom sogenannten Volksgericht tatsächlich freigesprochen worden, wie ich das auch im Parlamentarierbuch festgehalten habe. Er gehörte zu dem sogenannten Prominenten=Transport, der über Buchenwald nach Dachau ging und noch in die Gegend von Innsbruck kam. Jos.Joos hat in seinen Büchern darüber berichtet, ebenfalls Schacht.

Zum Schluß noch herzlichen Dank für Deinen Glückwunsch; übermorgen wird das Aufgebot bestellt und acht Tage später wird die Ehe geschlossen. Hoffentlich klappt es noch. Gleich anschließend werden wir dann mein Testament unter Dach bringen und dabei reiflich überlegen, auf welchen Wegen unserer gemeinsamen Sache am Besten gedient sein wird. Natürlich werde ich Dich auch weiterhin orientieren.

Mit freundlichen Grüßen verbleibe ich

Dein

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-706/26 -172

Prof. Dr. iur. HERMANN LOUIS BRILL

WIESBADEN, den 14.11.1957
Weidenbergstraße 15
Bierstadterstr. 2

Herrn
Walter H a m m e r

H a m b u r g 39
Veerstücken 9

Lieber Walter Hammer !

Die Gelegenheit des beigefügten Briefes möchte ich benutzen, um auf das schon seit vielen Monaten vorliegende Auskunftsersuchen Nr. 428 betr. Curt W e c k e l mitzuteilen, daß er am 18. Juli 1956 im 80. Lebensjahr in Hanau a.M. gestorben ist. Er hat nur kurze Zeit in der Bundesrepublik gelebt.

Mit besten Grüßen

L. Brill.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/26-193

Prof. Dr. iur. HERMANN LOUIS BRILL

WIESBADEN, den 23. 11. 1957
Wanderungstraße 14
Bierstadterstr. 2

Herrn
Walter H a m m e r

H a m b u r g 39
Veerstücken 9

Lieber Walter Hammer !

Die Anklageschrift im Prozeß gegen Kurt S c h m i d t und Genossen ist sicher für Dich wertvoll. Bitte sieh' davon ab, sie mir zuzusenden. Man darf übrigens nicht annehmen, daß sie die "reine Wahrheit" im Sinne der Strafprozeßordnung enthält. Wir haben alle die Gestapo und den Oberreichsanwalt so sehr irregeführt, wie wir den Umständen nach überhaupt konnten. Die geschichtliche Wahrheit setzt eine umfangreiche Forschertätigkeit voraus. Zunächst dürfte es wohl das Gegebene sein, daß Du Fritz E r l e r, Erich K ü r s c h n e r und den Vater von Oskar U m r a t h ausholst. Wenn Du sonst noch Fragen hast, will ich sie gerne beantworten.

Und nun zu den gewünschten Repliken.

1. Formell Mitglied einer Jugendorganisation bin ich nicht gewesen. Ich habe mich jedoch vor 1914 an den Bestrebungen des Jung-Wandervogels beteiligt, regelmäßig die Zeitschrift gelesen, auch dafür geschrieben und ständigen Umgang mit Mitgliedern des JWV gepflegt. 1919 und 1920 ist mein Verhältnis zur isch/ Sozialisten Proletarier-Jugend ähnlich gewesen. Wenn Du Dich an diese Jahre erinnerst, wirst Du mir zugeben: es kam uns weniger auf die Organisation an, es genügte uns, "jugendbewegt" zu sein.

2. Franz P e t r i c h gehörte zu meiner Gruppe und ist mit Johannes K l e i n s p e h n , Oskar D e b u s und Willi U r b a n am 14. Juli 1939 abgeurteilt worden. Er erhielt 8 Jahre Zuchthaus. Etwa 3 Jahre davon war er in Brandenburg, danach bis 1945 in Sonnenburg. Dort wurde er im April 1945 beim Anrücken der Russen von SS erschossen. Biographische An-

b.w.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

gaben über ihn, findest Du in den Reichstagshandbüchern vom Juli und Dezember 1932. Der Jugendbewegung hat er bestimmt nicht angehört.

3. Johannes K l e i n s p e h n erhielt 3 Jahre Zuchthaus. Er wurde aus Brandenburg entlassen, war danach einen Tag in seinem Hause in Nordhausen. Wieder festgenommen, wurde er nach Sachsenhausen gebracht, wo er 14 Tage nach seiner Einlieferung umkam. Er hat bestimmt keiner Jugendbewegung angehört. Ich weiß jedoch, daß er einer der Lieblingsschüler von Rosa Luxemburg auf der Parteischule gewesen ist. - Zwischen 1924 und 1933 hatte er in Nordhausen eine echte Studiengruppe von jugendlichen Menschen um sich gebildet.

4. Über den älteren Bruder von Oskar U m r a t h , K a r b und M ö s c h k ist mir nichts bekannt.

5. Oskar D e b u s stammt aus Wuppertal-Elberfeld, kam nach dem 1. Weltkrieg als Lagerhalter der großen Konsumgenossenschaft Saale nach Schwarza bei Rudolstadt und ging von dort als Zentrallagerhalter zur Konsumgenossenschaft Berlin. In seiner Wohnung in Berlin-Lichtenberg haben viele Zusammenkünfte stattgefunden. Etwa 1936 wurde er wegen eines Leberleidens pensioniert. Trotzdem wurde er dann in Brandenburg sehr hart angefaßt; so wurde er auch vom Arzt, als er sich beim Wecken krank meldete, nicht einmal in das Krankenrevier aufgenommen. Er starb innerhalb von wenigen Stunden in einer Zelle des Hauses II. Seine Tochter, die für den nächsten Sonntag Sprecherlaubnis hatte, bekam bereits die Asche angeboten. Sie konnte aber die 400 Mark dafür nicht aufbringen.

Wenn Du diese Angaben verwenden willst, so sende mir bitte vorher die Texte, damit nichts Unrichtiges in eine Veröffentlichung kommt. Es hat mich immer schmerzlich berührt, daß bisher in keiner Publikation ein Bild von Franz P e t r i c h gebracht worden ist.

Damit genug für heute. Was bekomme ich als Belohnigung für die nunmehr folgenden schlaflosen Nächte?

Mit besten Grüßen

Hermann Brill.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/26-174

21. April 1958

Als Füllsel: Zitat Schmal!

-5. Mai 1958

Herrn
Professor Dr. Hermann L. Brill
W i e s b a d e n
Weinbergstrasse 10

Lieber Hermann Brill!

Du weißt ja schon, daß ich es an Überraschungen nicht fehlen lasse. Die Frühlingssonne hat mich neu belebt, und es sieht ganz so aus, als sollte es mir vergönnt sein, in einigen Wochen tatsächlich schon Siebzig zu werden. Hugo Siekers Buch entwickelt sich auch sehr imponierend, aber es wird wohl erst beträchtlich post festum erscheinen können. Fürs Erste bemüht sich Sieker nun um eine Glückwunschadresse, für die er schon dreihundervierzig Unterschriften beisammen hat. Ausserdem werden die immerhin auch fünfzig bis sechzig Mitarbeiter am Buch gesondert vermerkt stehen. Nicht weniger als 126 Klischees liegen für das Buch bereit. Acht der Bilder, so auch Deines, stahl ich skrupellos aus dem Parlamentarierbuch "Hohes Haus".

Nun bleibt also immerhin noch einige Zeit zur Abrundung des Geschichtsbildes übrig. Über Nacht kam mir der Gedanke, daß doch eigentlich auch noch auf Ricarda Huch die Rede kommen müßte. Und nun erkühne ich mich heute, Dich noch um einen kurzen Beitrag zu bitten, womit wir es natürlich zu allem Überfluß auch noch sehr eilig haben.

Franz Osterroth hatte mir mal einige Briefe zur Kenntnisnahme überlassen, die er von Ricarda Huch bekommen hatte. Und wenn ich dann in der "Leuchtenden Spur" von Marie Baum blättere, erschüttert es mich immer wieder, in welche Gewissensnöte die greise Dichterin damals in Jena geraten ist. Du hast mir ja einmal brieflich anvertraut, daß Du selber in Jena als

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Ministerpräsident die Nöte von Ricarda Huch unmittelbar miterleben konntest. Müßte man darauf nicht einmal, wenn auch nur vorläufig kx und in aller Kürze zu sprechen kommen? Mit ein oder zwei Seiten wäre es vielleicht schon getan. Darf ich diese kostbare Gabe noch von Dir zum Geburtstag erbitten?

Als die Leute vom Hauptausschuß Opfer des Faschismus veranlaßt hatten, daß Ricarda Huch ganz offiziell den Auftrag bekam, die Opfer zu ehren, schickte man der armen Frau ganze Pakete mit überwiegend nichtswürdigen Berichten ins Haus: kaum zu einem Drittel lesenswert, zu einem zweiten Drittel erlogen und zu einem letzten Drittel ein Sammelsurium von Halbwahrheiten. Damit wußte die würdige Greisin nichts anzufangen (als "Material von Ricarda Huch"mußten diese Aufzeichnungen später der Rowohlt-Reklame reichlich skrupellos herhalten), weshalb sie ihren bekannten Aufruf publizierte und derart in einen uferlosen Briefwechsel hineingeriet (jeder Hinterbliebene wollte seinen Toten bevorzugt geehrt sehen, wozu sich dann später eine andere Frau leichteren Herzens bereitfand). Schon sehr bald mußte Ricarda Huch gewahr werden, daß den Östlichen an einer wirklichen Totenehrung wenig gelegen war. Ihrer Bedrängnis konnte sie nur noch durch ihre Abreise nach Frankfurt ausweichen - eine der ersten und vornehmsten "Sowjetzonen-Flüchtlinge". Hierüber sollte wirklich einmal mit aller Deutlichkeit gesprochen werden. Wahrscheinlich werden wir in dieser Auffassung übereinstimmen. (Drei Jahre später - das wurdemir erst in der vergangenen Nacht so richtig klar - mußte ich eine ähnlich böse Erfahrung machen: daß nämlich den Russen und ihren Handlangern an einer wirklich würdigen Totenehrung nicht gelegen war; sie waren lediglich an einer Verherrlichung der"glorreichen Sowjetarmee"und allenfalls noch der Sackow-und Uhrig-Gruppe interessiert xxxxxx.)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/26-175 21. April 1958

Nicht zu vergessen: Thälmann! Einige Wochen bevor ich aus Brandenburg fliehen mußte, tauchten zwei Fettklöße aus Karlshorst bei mir auf, russische Offiziere höheren Ranges, die angesichts der ca. 600 großen Porträts, die ich unter Glas eingerahmt und schon aufgruppiert in den drei Museumssälen der Handelskammer hängen hatte (dicht an dicht in sechs Reihen untereinander), sperrten Nase und Ohren auf, setzten sich plötzlich in Positur und fragten scharf: "Wo Thälmann?! Nix Ingenieur, nix Professor, nix Pastor, nur Thälmann!" Dabei machten sie mit ihren Armen begreiflich, daß sie ein Thälmann-Bild zu sehen wünschten von der Decke bis zum Fußboden. Alles andere schien den Leuten überflüssig zu sein. Vergebens machte ich geltend, daß Thälmann mit Brandenburg überhaupt nichts zu schaffen gehabt habe. Jedenfalls deutete sich damals auch schon in vieler anderer Form an, daß ich zum Scheitern verurteilt war. Doch diese persönlichen Überlegungen sollen nur Randbemerkungen sein.

Es wäre eine wesentliche Bereicherung des mir zugedachten Buches, welches auch bisher noch nicht bekanntes Material über die Geschwister Scholl und über Adolf Reichwein enthalten wird, wenn Du einmal die beklagenswerte Rolle schildern wolltest, die Ricarda Huch vor ihrer Flucht in Jena zu spielen gezwungen war. Ich wäre Dir herzlich dankbar, wenn Du noch in letzter Stunde diesen Beitrag zur Verfügung stellen wolltest.

Mit herzlichen Grüßen verbleibe ich

Dein

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Prof. Dr. iur. HERMANN LOUIS BRILL

ED-1026-196

WIESBADEN, den 23. 4. 1958

Bierstadterstr. 2

Herrn
Walter H a m m e r

H a r b u r g 39
Veerstücken 9

Lieber Walter Hammer !

Diesmal muß ich Dir einen Korb geben. Meine Kenntnisse und mein Gedächtnis reichen nicht aus, um den gewünschten Artikel über Ricarda Huch zu schreiben.

Natürlich ist mir ihr Schicksal schon in den ersten Tagen meiner Regierung nahegebracht worden. Danach erschien ihr Schwiegersohn, Herr Professor Dr. Franz Böhm, damals Freiburg/Breisgau, bei mir, um sich quasi um eine Professur in Jena zu bewerben. Selbstverständlich haben wir auch über Ricarda Huch gesprochen. Das Ergebnis war mein Auftrag an den von mir ernannten Oberbürgermeister von Jena, Dr. Troeger (jetzt Vizepräsident der Bundesbank), sich um Ricarda Huch zu kümmern. Das ist geschehen. Ende 1945 habe ich im Namen von Dr. Troeger ein langes Gespräch mit Ricarda Huch gehabt. Ich kann mich aber an den Inhalt nicht mehr erinnern. Etwa um diese Zeit erfuhr ich, daß die Kommunisten ihr "Material" in die Hand gedrückt haben. Hier setzt mein Gedächtnis erneut aus. Sie hat dann bekanntlich für den Landtag kandidiert (CDU) und war - wenn ich mich nicht sehr täusche - auch Präsidentin des Landtags. Schließlich kam es unter allerlei trüben Umständen zur Katastrophe.

Ich hoffe, daß diese Angaben mich bei Dir entschuldigen, wenn ich es ablehne, jetzt einen Artikel zu konstruieren.

Wie geht es Dir? Natürlich erwartet die Welt mit Spannung das Brillantfeuerwerk zu Deinem 70. Geburtstag. Den Schwarzen Adler-Orden wirst Du ja nicht erhalten können. Deshalb fürchte ich, daß meine Devise "Suum cuique" an Deinem Geburtstag nicht zur vollen Geltung kommt, und Du mit der Verehrung Deiner Freunde vorlieb nehmen mußt.

Mit herzlichem Gruß

Hermann Brill

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/26 -177-

Wiesbaden, den 16. Juli 1959.

Lieber Freund Walter Hammer!

Ich danke Ihnen sehr für Ihre guten Worte, die Sie schrieben, obwohl es Ihnen nicht gut geht.
Hermann ist am Sonntag, den 22. Juni nachts um 1.45 Uhr einem Gehirnschlag erlegen, die Sprachlähmungen begannen nachmittags gegen 15.00 Uhr, gegen 19.00 Uhr verlor er das Bewußtsein, das er bis zum Tod nicht wiedererlangte. Er lag zu Bett und las - eben bis ihn das Bewußtsein verließ - Tolstoi.
Sein großes wissenschaftliches Vorhaben, eine moderne Staatsrechtslehre zu schreiben, konnte er nicht mehr verwirklichen. -
Lassen Sie es sich gut gehen, werden Sie gesund, unser Kreis wird immer kleiner.

Ihre

Marta Brill.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Die große Anteilnahme bei dem unersetzlichen Verlust unseres Verstorbenen war tröstlich.

Wir waren nicht allein und danken allen.

Martha Brill und Kinder
Käthe Pluskat

Bitte wenden!

Wiesbaden, im Juni 1959.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

MARTHA PLUSKAT BRILL

WIESBADEN, DEN
WEINBERGSTR. 14 7.8.1959.

ED-106/26 -178

Herrn
Walter Hammer,
H a m b u r g 39
Veerstücken 9.

Sehr verehrter Freund Walter Hammer!

Ich danke Ihnen für Ihren Brief vom 17.Juli.Ich brauche Sie nicht zu berauben, Hermann hatte das Buch "Hohes Haus in Henkers Hand" in seiner politischen Bibliothek stehen. Sie suchen einen Heraus=geber für eine Brandenburg-Gedenkschrift - ich suche ein Antiquariat ,ein Institut oder eine Universität,die die gesamte Bibliothek meines Mannes ankauft. Das ist nicht so einfach und macht mir schwere Sorgen. Es ist eine außerordentlich wertvolle und sehr umfangreiche Bibliothek- für Wissenschaftler und Interessierte (Politiker) geradezu eine Fundgrube. Wüßten Sie jemand? Hermann hat die Bücher seit 1945 unermüdlich wie eine Biene wieder zusammengetragen. die GESTAPO hatte ihm ja fast alles genommen. Bis zu seinem letzten Tag,kann ich sagen, schrieb er herum an Buchhandlungen und Antiquariate in aller Welt. Ich wäre Ihnen für einen Rat sehr dankbar!

Ihre

Martha Brill.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

11. August 1959

ED-106/26 - 173

Frau
Martha Pluskat-Brill
Wiesbaden
Weinbergstr. 14

Liebe sehr verehrte Frau Brill !

Nehmen Sie bitte mit wenigen Worten fürlieb. Ich hatte es in den letzten Tagen recht schwer, doch ist es mir ein Herzensbedürfnis, Ihnen unverzüglich, wenn auch noch so kurz eben zu antworten.

Es bot sich mir nämlich die Möglichkeit zu einer recht kühnen, aber wahrscheinlich recht aussichtsreichen Kombination.

Schon seit langem bin ich bemüht, in meinem Testament vorzusorgen, daß die Forschungsergebnisse, die hier in meinem Archiv deponiert sind, in die richtigen Hände kommen. Es besteht Aussicht, daß mein wissenschaftlich-literarischer Nachlaß von der Friedrich-Ebert-Stiftung (Bonn, Koblenzerstr. 54) ~~xxxxx~~ in der Heimvolkshochschule Bergneustadt verwaltet und ausgewertet wird. Es wäre eine sehr glückliche Ergänzung, wenn an der gleichen Stelle für die Studierenden auch die Bibliothek Ihres Gatten zur Verfügung stünde. Eine entsprechende Anregung schickte ich soeben nach Bonn. Vielleicht werden Sie ~~xxxx~~ schon bald Bescheid von Herrn Dr. Günther Grunwald, dem Leiter der Abteilung für staatsbürgerliche Bildung der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V., erhalten. Der 1.Vorsitzende des Vorstandes ist ein alter Freund aus der Jugendbewegung: Professor Dr. Gerhard Weisser in Köln.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Es würde mich aufrichtig freuen, wenn aus dieser Anregung etwas Ersprießliches gedeihen würde.
Mit herzlichen Grüßen und Wünschen verbleibe ich

Ihr

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

MARTHA FLUSKAT BRILL

WIESBADEN, DEN WEINBERGSTR. 14 10. November 1959

ED-106/26-180

Herrn
Walter H a m m e r,
H a m b u r g 39
Veerstücken 9.

Lieber Freund Walter Hammer!

Es tut mir leid, daß es Ihnen immer wieder gesundheitlich so schlecht geht,hoffentlich haben Sie keine materiellen Sorgen, damit Sie etwas für sich tun können.Denn das ist wichtig, wird doch unser Kreis immer kleiner!

An Ihrer Fragestellung sehe ich, daß ich Ihnen nochnicht einmal von dem Ausgang der Bibliotheks-Angelegenheit geschrieben habe.So sind die Menschen - undankbar! Also die Sache hätte mit der Friedrich Ebert-Stiftung geklappt, Willi Eichler war sehr erfreut und wollte von Bonn jemand zu mir schicken.Ehe er sich aber besann hatte sich das Land Hessen,vertreten durch Herrn Kurator Dr.Rau,Universität Frankfurt,gemeldet und war bereit, die Bibliothek sofort restlos für die Universität zu erwerben.Ich habe zugesagt,da Hermann mit Frankfurt ja besonders verbunden war,eswar sein Bundestagswahlkreis und er hat dort sowohl an der Akademie der Arbeit als auch an der Universität Frankfurt gelehrt.Unter der Bedingung,dem Wunsche meines Mannes gemäß,Herrn Prof.Wolfgang Abendroth ,Institut für Politische Wissenschaften, Universität Marburg,eine Auswahl von Büchern zu überlassen, wurde die Bibliothek dann bereits Anfang September in 48 Bücherkisten a 1 1/2 Centner,nach Frankfurt gefahren. Mir war an dem Tag, als stürbe Hermann Brill noch einmal.Erst da konnte ich wirklich glauben, daß er tot ist. Ich arbeite jetzt mit Freunden und unserer Sekretärin den Winter über an seinem persönlichen politischen und literarischen Nachlaß,der unbedingt ausgewertet werden soll. Vielleicht läßt sich da mit der Friedrich Ebert-Stiftung doch noch etwas machen. Die Antwort von Willi Eichler auf meine Mitteilung vom Verkauf der Bibliothek klang etwas enttäuscht,das tut mir leid. -Ich hatte übrigens kurz nachdem ich an Sie den Hilferuf sandte, mehr Interessenten,als mir lieb war. - Für die Bilder vielen Dank. Wir werden ja ab und zu voneinander hören und die Verbindung nicht abreißen lassen.

Ihre

Martha Brill.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Prof. Dr. iur. HERMANN LOUIS BRILL
Frau Martha Brill.

WIESBADEN, den 15. Oktober 1964.
Waldstraße 14

ED-706/26 -781

Herrn

Walter H a m m e r,

H a m b u r g 39
Veerstücken 9.

Lieber Freund Walter Hammer!

Wenn es Ihnen gesundheitlich sehr schlecht geht, werden Sie mir nicht antworten können, ich hoffe aber ,daß es Ihnen gut oder besser geht und ich vielleicht doch auf irgend einem Wege von Ihnen höre. Es handelt sich kurz um Folgendes:

Das Bundes-Archiv in Koblenz ist schon mehrfach an mich herangetreten mit der Bitte um Überlegung, ob ich nicht den gesamten Nachlaß meines Mannes (außer der Bibliothek, die ja gleich nach Frankfurt gegangen ist) dorthin gebe. Aus diesem Anlaß habe ich erneut mit unserer Sekretärin beratschlagt, wo Hermann Brills sehr umfangreicher politischer und wissenschaftlicher Nachlaß am besten aufgehoben und ausgewertet werden kann. Und da ich von Ihnen weiß, daß Sie den Ihren an Prof.Wolfgang Abendroth nach Marburg gaben,habe ich mit ihm ,der Hermann sehr schätzte und beinahe mit ihm befreundetvwar, Verbindung aufgenommen. Abendroth war sehr erfreut und wir sind nun dabei,die vielen Jahrgänge - zunächst die ab 1945 - durchzusehen,denn es wird auch Einiges dabei sein, das man nicht gut aus der Hand geben kann. Wenn diese Arbeit beendet ist,werden die Sachen nach Marburg gehen. Meine heutige Frage an Sie geht nun dahin, ob Sie Prof.Abendroth irgendwelche Auflagen bei der Übergabe Ihres Nachlasses gemacht haben, Klauseln oder Vereinbarungen über die Auswertung aufsetzten, s.B. über Termin oder Weitergabe an andere Stellen nach Auswertung. Denn der Nachlaß soll ja letztem Endes nicht in Marburg bleiben,ich denke dabei an das Institut in Amsterdam, wo Kautskys Arbeiten liegen, oder doch an das Bundesarchiv? Die "Friedrich-Ebert-Stiftung" ziehe ich nicht so gern in Betracht.
Ich wäre Ihnen für eine Antwort doch sehr dankbar und grüße Sie herzlich.

Ihre

Martha Brill

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-706/26-782

Geschichte und Geschichten

Geschichtsschreiber sind Männer, die auf dem Grund unbestrittener Tatsachen den Zusammenhang der politischen Ereignisse im Rhythmus der Jahrhunderte darzustellen verstehen und so den Enkeln Sinn und Bedeutung von Epochen für die Gegenwart und Zukunft von Generationen lehren. Glücklich ein Volk, wenn es so sein politisches Denken aus einem historischen Bewußtsein nährt, die Aufgaben des Tages als historische Mission begreift und löst, Geschichte macht, indem es Geschichte lernt.

Nichts täte dem heutigen Deutschland mehr not. Aber die Brüche und Disproportionalitäten der deutschen Entwicklung - 1815, 1848, 1866, 1918/20 - haben seit je die Entstehung eines deutschen Staatsbewußtseins verhindert. So klagte Friedrich Schillen, den auch nach den offiziellen Feiern nicht zu vergessen uns Verpflichtung sein sollte, daß deutscher Staat und deutsche Nation nicht dasselbe sind, und so ist es bis heute geblieben.

Aber hat denn dieses Deutschland überhaupt jemals Geschichtsschreiber wie Herodot und Thukydides, Tacitus und Livius gehabt? Sind Ranke und Mommsen, Lamprecht und Meinecke diesen Männern vergleichbar? Ranke's Historisch-politische Zeitschrift, Mommsen's bedeutungslose Abgeordnetentätigkeit, Lamprecht's Alldeutschtum und Meinecke's Politik des Scheins in der Liberalen Vereinigung beweisen, zum mindesten auf den ersten Blick, das Gegenteil. Und das Gewimmel von Plutarchen rings um sie herum - Droysen, Häusser, Gervinus, Sybel, Duncker, Treitschke -, die gesinnungstüchtigen historischen Romane - bei uns Älteren Felix Dahn mit seinem "Kampf um Rom", bei den Jüngeren Kolbenheyer und Hans Grimm -, dazwischen die Konfektionsarbeit von Emil Ludwig haben nach allen Verballhornungen der nazistischen Propaganda die historische Bildung in Deutschland auf ein Niveau gebracht, über das sich einfach nicht mehr sprechen läßt.

Deshalb ist es eine große Aufgabe, mit der Geschichtsschreibung über die größte deutsche Schande, die nazistische Diktatur, und die größte deutsche Niederlage, die von 1945, zu zeigen, warum alles so gekommen ist. Als der dritte Napoleon, geleitet

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/26 — 183

von einer Eskadron Totenkopfhusaren, in seiner Chaise Sedan verließ, besann sich Frankreich in seinem ganzen Leben zu einem Neubeginnen und Hippolyte Taine schrieb sein großes Werk über die Ursprünge des modernen Frankreich. Was hat Deutschland zehn Jahre nach dem Weltgericht, das über es gehalten wurde, geleistet ?

1947 gründeten die Länder des amerikanischen Besatzungsgebietes ein Institut zur Erforschung der nationalsozialistischen Zeit. Nach mehrfachen Krisen wurde es 1950 unter Beteiligung der Bundesrepublik umgegründet. Aber noch immer lehnen es einige von der CDU beherrschte Landesregierungen ab, dem Institut beizutreten. So fehlt es ihm an Mitteln und Menschen, und, von Einzelforschungen und einer Vierteljahreszeitschrift abgesehen, ist von dieser Institution in ihrer jetzigen Verfassung nichts zu erwarten.

Es wäre deshalb nur zu begrüßen, wenn die akademische Forschung sich der Geschichtsschreibung über das sogenannte dritte Reich angenommen hätte. Geschichten darüber, meistenteils autobiographischen und dokumentarischen Inhalts, gibt es im In- und Auslande eine ganze Menge. Das Material, das allein in Gerichts- und Spruchkammerakten steckt, ist ungeheuer. Die Militärgeschichtsschreibung des Auslandes macht beinahe von Monat zu Monat bemerkenswerte Fortschritte. Aber eine deutsche Geschichte der hitleristischen Zeit existiert nicht, es sei denn, daß man Günther Weisenborn's Versuch einer dokumentierten Reportage "Der lautlose Aufstand" als eine solche ansehen will - was der Autor und seine Mitarbeiter selbst nicht tun.

Nun ist der Freiburger Professor Gerhard Ritter mit einer Goerdeler-Biographie aufgetreten (Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1954/1955[2]), die, wie sein Titel zeigt, beansprucht, Biographie und Geschichte zugleich zu sein. Ritter ist kein Unbekannter. Nach einem Versuch über Luther fiel ein um 1930 von ihm geschriebenes Buch über den Freiherrn vom Stein peinlich auf. Ganz im Gegensatz zu der Stein-Biographie von Max Lehmann (1905), der in Stein einen Vorläufer der liberalen Demokratie sah, glaubte Ritter den Begründer der Selbstverwaltung als Vollender der altpreußischen, d.h. friderizianischen Staatsauffassung darstellen zu müssen: nicht die Dokumente, Briefe und Taten Steins, sondern die konservative, machtpolitische Staatstheorie Ritters sprachen aus dem Buche. Ein Jahrzehnt später,

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-704/26-784

1940, bekannte sich Ritter ganz offen zur Machtpolitik: sein "Machtstaat und Utopie" war wie Jüngers "Auf den Marmorklippen" eine jener typischen verdunkelnden Publikationen des Ungeistes, die sowohl für wie gegen die Diktatur aufgefaßt werden konnten. "Nicht zufällig mitten im Kriege und dicht hinter der Front unseres Westwalles entstanden", so schrieb Ritter 1940 im Vorwort, wollte er einerseits zeigen, "daß moralistisches Selbstbewußtsein mit praktischem Machiavellismus eng zusammengehört, andererseits, daß die moralische Problematik der Macht nirgends tiefer gesehen, empfunden und doch auch nirgends erfolgreicher bekämpft worden ist als in der auf machiavellistische Kampfmethoden angewiesenen Staatenwelt des Festlandes". Daß das 1941 nur als ein Plädoyer für Hitler und gegen England angesehen werden konnte, ist klar. Schon danach, noch mehr aber nach seinen Offenbarungen über "Europa und die deutsche Frage" 1948 und "Das Problem des Militarismus in Deutschland" 1953 mußte und muß man sich fragen, ob der vernebelte Machiavellist Ritter auch nur die geringste innere Disposition besitzt, über den deutschen Widerstand zu schreiben. Denn es ist eine alte Erfahrung: wenn zwischen Autor und Gegenstand nicht eine gewisse Affinität vorhanden ist, kann nur ein Nichtverstehen beide verderben. So ist sein Buch eine Fehlleistung ~~ersten Grades~~ eine mäßige biographische Darstellung über Goerdeler, eine völlig unzulängliche über den deutschen Widerstand, zusammen eine Unmöglichkeit, würdig, ins akademische Kuriositätenkabinett versetzt zu werden. Genau besehen besteht Ritters Buch aus vier Büchern: der Goerdeler-Biographie (S. 17-83, 151-197, 226-438), der Geschichte des Widerstandes (S. 87-147, 198-265), den Anmerkungen (S. 441-550) und den Dokumenten (S. 553-608). Die übrigen Seiten füllt das Register. Von den insgesamt 630 Seiten entfallen also auf die Biographie ganze ~~266~~ 334. Das ist noch gut gezählt, denn im dritten biographischen Teil stecken seitenlang Dokumente, die den Fluß der Darstellung hindern! Was bei dem Ganzen herauskommt, ist betrüblich.

Professor Michael Freund hat Goerdeler auf Grund dieser Biographie einen "Revolutionär wider Willen" genannt (Die Gegenwart, 1955, S. 106ff.). Ich zweifle, ob das die richtige Beurteilung ist. ~~Denn~~ Erstens sind die Schilderungen Ritters so dürftig, daß der Kenner der neueren Biographie fast davor zurückschreckt, ein Urteil über diese Persönlichkeit zu fällen. Über Elternhaus, Kind-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-706/26 - 185

heit, Jugend, Erziehung, Ausbildung, Über/die praktische Tätigkeit (ausgenommen im ersten Weltkrieg), Ehe, Familie, persönliche Neigungen, Verhältnis zur Religion, Kunst, Philosophie, zu Frauen und Freunden erfahren wir so gut wie nichts. Nichts über seine Maßnahmen als Preiskommissar, nichts über sein Verhältnis zum Nachkriegskapitalismus, zur "sozialen Frage" usw.. Sollte ein ostelbisches Junker tatsächlich so arm an Geist gewesen sein? Manches spricht dafür, daß Goerdeler nichts weiter als ein autoritärer "Fachbeamter" war, wie Ritter ein "Fachhistoriker" ist. Seine Denkschriften erscheinen als ewige Plänemacherei. Nur haben sie nicht den Geist seines großen Kollegen Leibniz, sondern höchstens jenes märkischen Junkers v.d. Marwitz, der bekannte: "Lieber zehn Schlachten von Jena als ein einziges Stein'sches Edikt!" Sie gehen politisch ~~einfach~~ ins Leere. Sie sind ideell der sturste Unsinn eines alten Deutschnationalen. Muß es einen wirklichen Historiker, der nach den Gründen und dem Sinn fragt, nicht reizen, zu klären, warum ein Mann wie Goerdeler, in dem so viel Bibelglaube, Rechtsgefühl, moralischer Geschmack und Aufopferung lag, so elend scheitern ~~mußte~~? Ritter rückt nur von ihm ab - eine schlechte Haltung. Die historische Frage ist gestellt, aber sie wird nicht beantwortet, ~~aber~~ sie bleibt. Ich glaube, daß Ritter einfach durch ~~an der~~ Methode des "Fachhistorismus" (wie er ihn auffaßt) ~~scheiterte~~. Seine fleißig verarbeiteten Quellen sind Dokumente und Auskünfte, die er zwar kritisch prüft, aber nicht analysiert. Wer die Biographie eines Mannes wie Goerdeler schreiben will, muß Psychologe, Charakterologe, Soziologe, Politologe und - das vor allem! - Philosoph sein. Sonst raubt er der Geschichte nicht ihren geheimnisvollen Schleier, ~~sonst wird er nichts enthüllen. Sonst bleibt~~ seine Mitwelt blind. Schließlich darf er ~~selbst~~ da, wo eine eigene Stellungnahme nötig ist, ~~sich~~ nicht dreimal distanzieren, um am Ende Jein zu sagen. Das ist Ritters größte Schwäche.

Sie erklärt sich sehr einfach daraus, daß er im Widerstand selbst keine Position hat. Er ist bereit, Hitler in der Machtpolitik zu folgen, wenn er sich nur darauf beschränkt hätte, sie - mit Maßen - nach außen anzuwenden und im Innern das Parteimonopol (so wie Goerdeler und viele der Männer vom 20. Juli 1944 es wollten) an die NSDAP. zu übertragen. Nur keine Parteien! Keine freie Presse! Keinen Parlamentarismus! Keine Stadtverordnetenversammlungen! Keine Betriebsräte! Keine Lohnforderungen! ~~So~~ klingt

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/65 - 186

es aus allem heraus. So ist die Geschichte des Widerstandes ~~wohl~~ ~~des~~ im Material unzulänglich, in der Idee unverständlichste Zeug, ~~was bis jetzt geschrieben worden ist~~. Was soll man dazu sagen, daß in dem Kapitel "Die sozialistische Opposition" die Gewerkschaften als ein Teil der Sozialdemokratie und der Generalstreik als Opposition aufgefaßt wird (S. 96), daß die "Opposition" auf Neubeginnen und Revolutionäre Sozialisten beschränkt wird (S.99) und dem Verfasser trotzdem diese von ihm so unverstandene sozialistische Untergrundbewegung "höchst bedeutsam" erscheint! Wieviel versteht er von der Opposition, wenn er die Disziplinierung von Karl Barth in Bonn und das ganze Bonner Universitätsklima von 1933/34 (man erinnere sich, daß diese Universität Thomas Mann die Ehrendoktorwürde entzog!) genau so wie die Elberfelder Synode der Bekennenden Kirche verschweigt? Hier tut nicht nur Quellenforschung im großen wie im kleinen, sondern auch ein anderer Drang zur Wahrheit not, als Ritter ihn zeigt.

Die deutsche Presse hat cum grano salis das Buch begeistert aufgenommen. Wahrscheinlich hat mancher der in der Sache urteilsunfähigen Rezensenten es Donnerstag abend unters Kopfkissen gelegt, dieses als Nürnberger Trichter gebraucht, um am Freitag morgen seinen Beitrag fürs Feuilleton zu machen. Wenn aber ~~das~~ ~~derste~~ Kapitalistenblatt Deutschlands, die "Frankfurter Allgemeine Zeitung", schreibt:

> "So ist das Buch zu einer umfassenden Darstellung des deutschen Kampfes gegen Hitler geworden, der genauesten, die es zur Zeit gibt",

dann kann man dazu nur sagen: "Herr, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun."

Oder wissen sie es vielleicht nicht gerade sehr gut? Wer nichts gegen Hitler tat, warum sollte der seine Geschichte schreiben? Und wenn eine Geschichte geschrieben wird, die nur Geschichten enthält, warum sollte er die nicht loben?

Hermann Weiß.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Kaiser-Wilhelm-Bad

Das Heilbad vor den Toren der Mainmetropole Frankfurt bei Magen-, Darm- und Gallenleiden
Berühmte Quellen
Tennis · Golf · Reiten
Schwimmen
Neues Kurhaus mit Theater
Tagungs- und Kongreßräume
Ausgangspunkt für Taunusfahrten

BAD HOMBURG vor der Höhe

Auskunft: Verkehrsamt im Kurhaus
Tel. 2245

Spielkasino

INTERNATIONALE
SPIELBANK
„Die Mutter von Monte Carlo"

täglich ab 15 Uhr

Roulette - Baccarat

Nur 15 Autominuten von Frankfurt am Main

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Deutsch-jüdische Verständigung

Von HERMANN BRILL, *Frankfurt/Main*

Wer hätte im August 1945, als der jüdische Weltkongreß in London unter anderen Forderungen auch die auf Reparationen von Deutschland stellte, geglaubt, daß acht Jahre später die deutsch-jüdische Verständigung über die materiellen Fragen dieses Komplexes von Problemen so gut wie vollständig sein würde? Wieder einmal waren die Juden durch ein Rotes Meer gegangen. In einer Art und Weise, die in der Weltgeschichte kein Beispiel hat, hatte der nazistische Teil des deutschen Volkes Ausrottungsmaßnahmen gegen das Judentum ergriffen, die nach 1945 nur Rache, Vergeltung, Ächtung und Strafe erwarten ließen. Statt dessen lebt das deutsche Volk, soweit es sich in der fragmentarischen Bundesrepublik staatlich wieder konstituiert hat, mit dem Staate Israel und dem Weltjudentum heute in einem gesetzlichen und vertraglichen Zustande, der ebenfalls in der Weltgeschichte beispiellos ist.

Die Restitutionen sind so gut wie beendet. Sie beruhten zwar auf Gesetzen der Militärregierungen, ihre Ausführung war aber den deutschen Ämtern für Vermögenskontrolle anvertraut. Nur in den obersten Instanzen der Rechtsprechung amteten die Besatzungsmächte entweder allein oder in deutsch-alliierten Gerichtshöfen. Politisch am erfreulichsten bei der Rückerstattung ist die Tatsache, daß die Gerichtsbarkeit nur in relativ verschwindenden Fällen in Anspruch genommen werden mußte. In der großen Mehrheit der Restitutionsfälle kam es zu Vergleichen. Das zeugt für die Abwendung des deutschen Volkes vom Antisemitismus ebenso wie die Tatsache, daß der Bewegung für die sogenannte „Gerechte Rückerstattung" (sie hat es 1951 sogar zu einer eigenen Zeitschrift gebracht), die bezweckte, das Geraubte im Eigentum der Räuber zu lassen, um das Deutsche Reich zum alleinigen Restitutionsschuldner zu machen, kein Erfolg beschieden gewesen ist. Das ist sicher ein Verdienst der gemischten deutsch-alliierten Gerichtshöfe, von denen insbesondere der für die französische Zone den Satz aufgestellt hat, daß das Rückerstattungsrecht zuerst im Interesse des Rückerstattungsberechtigten anzuwenden ist. Wenn heute nur noch wenige schwierige Fälle rechtshängig sind, so verdienen alle in Behörden und Gerichten Beteiligten im Interesse der deutsch-jüdischen Aussöhnung hohes Lob. Wahrscheinlich werden am 30. Juni 1954 die letzten Dienststellen für Vermögenskontrolle ihre Tätigkeit einstellen können.

In gleicher Weise ist das Israel-Abkommen vom März dieses Jahres zu beurteilen. Wenn auch Einnahmen aus dem Abkommen bereits lange in der mehrjährigen Wirtschaftsplanung des Staates Israel vorgesehen waren, so bekommt doch der außerordentliche Teil des israelischen Staatshaushaltes durch die Effektivität der Lieferungen aus Deutschland nunmehr ein anderes Gesicht. Die deutsche

Baden-Baden

der internationale Kurort im Schwarzwald

Baden-Baden heilt:

Rheuma, Gicht, Frauenkrankheiten, Katarrhe, Herz- und Kreislaufstörungen, Stoffwechselerkrankungen
Thermalquellen mit 68 Grad Celsius
Bade-, Trink- und Inhalationskuren
Modern eingerichtete Kurmittel-Häuser
Städtisches Fach- und Badearzt

Baden-Baden verjüngt:

Ideale Sportstätten
Tennis, Golf, Schwimmen, Reiten, Jagen, Fischen und Wandern
Bergbahn auf den Merkur (700 m)
Viele Ausflugsziele ringsum im Schwarzwald, in den Weinbergen, Burgen und Schlössern

Baden-Baden erfreut:

Vielseitige Kunst und Unterhaltung
Theater, Opern- und Operetten-Gastspiele, Sinfoniekonzerte, Kunstausstellungen, Museen, Tanz, Kabarett, Modenschauen

und

Die historischen Säle der schönsten Spielbank Europas

Baccarat — Roulette

Alle Thermalbäder
sind während des ganzen Jahres geöffnet

Viele Hotels und Pensionen
sind billiger als in der Großstadt

Die Küche Baden-Badens
sind weltberühmte Meister ihres Faches

Die Frühlingsblumen
blühen hier schon, wenn ringsum noch der Winter regiert

Und im Herbst
ist Baden-Baden noch schöner, das Klima ist mild, und die heißen Quellen verströmen das Rheuma.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Volkswirtschaft wird aus der Verwendung der deutschen Lieferungen in Israel viel lernen können. Diejenigen deutschen Sozialisten, die von der nicht fortgeführten marxistischen Theorie gerne zur Praxis übergehen möchten, sehen im Kibutz und im Hadramur längst gesellschaftliche Erscheinungen von zukunftstragendem Interesse. Es ist auf das Innigste zu wünschen, daß Deutschland wie Israel in vielfacher Hinsicht aus dem März-Abkommen 1953 lernen.

Der größte Fortschritt zur deutsch-jüdischen Verständigung ist aber das Bundesentschädigungsgesetz vom 18. September 1953. Es ist unter außerordentlichen Umständen zustande gekommen, unbestreitbar ist es jedoch ein Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustand. Es füllt den rechtsleeren Raum in der britischen Zone aus, ergänzt das in der französischen Zone geltende Recht in wesentlichen Punkten und bringt auch für das amerikanische Besatzungsgebiet Verbesserungen. Es erweitert den Kreis der Anspruchsberechtigten z. B. um die heimatlosen Ausländer, die Staatenlosen, die politischen Flüchtlinge, die Flüchtlinge aus den Vertreibungsgebieten und die aus nationalen Gründen Verfolgten. Es verbessert die Wohnsitz- und Stichtagvoraussetzungen, erweitert die Vererblichkeit und Übertragbarkeit der Ansprüche, gibt neue Schadenstatbestände (für die britische Zone Schaden an Vermögen, am Eigentum, im wirtschaftlichen Fortkommen bei privaten Dienstverhältnissen wie im freien Beruf, für alle Zonen Ausbildungsschäden). Für einzelne Leistungen des Staates werden die Sätze zum Teil auch gegenüber den bisherigen im US-Gebiet wesentlich erhöht. Für den Ausländer schafft es durch einen einheitlichen Behördenaufbau und ein einheitliches Verfahren endlich einen Überblick über die Zuständigkeiten. Schließlich bringt es — dem Restitutionsrecht folgend — eine oberste gerichtliche Kontrolle durch die Errichtung eines Entschädigungssenates beim Bundesgerichtshof. Da der verbrecherische Instinkt der Nazis Handlungen begangen hat, die keine normale Phantasie ausdenken kann, enthält das Gesetz endlich für Fälle, die nicht zu subsumieren sind, einen Härtefonds.

Das Gesetz hat aber auch schwere Mängel. Deshalb ist der baldige Erlaß einer Novelle notwendig, die die Anerkennung der Rechtmäßigkeit des Widerstandes, die Neubestimmung der Begriffe Verfolgter, Verfolgungszeit und Verfolgungsmaßnahme und die Anerkennung von juristischen Personen als Verfolgte bringen sollte. Außerdem müssen die Darlehensbedingungen, der Auszahlungskatalog und die Entschädigungslast neu geregelt werden. In allen diesen Punkten ist die Zusammenarbeit zwischen den jüdischen Organisationen und den judenfreundlichen Teilen des deutschen Volkes eine dringende Notwendigkeit. Die praktische Ausführung der Gesetze und die fortschreitende Gesetzgebung lassen es wün-

schenswert erscheinen, daß nicht nur das Weltjudentum durch seine ausgedehnten Organisationen in einem sicheren Verhandlungsverhältnis zur Bundesrepublik Deutschland bleibt, sondern auch der Staat Israel repräsentativ in Erscheinung tritt. Daher sollte das Jahr 1954 die Aufnahme von normalen konsularischen und diplomatischen Beziehungen zwischen Israel und Deutschland bringen. Dafür ist ausgesuchtes Personal notwendig. Daß als Vertreter der Budesrepublik Deutschland nach Israel niemand gehen darf, der auch nur die geringsten Verbindungen zur NSDAP gehabt hat, dürfte selbstverständlich sein. Bei der von einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß festgestellten Infiltration des deutschen auswärtigen Dienstes mit ehemaligen Nazis muß das leider besonders ausgesprochen werden. Darüber hinaus wäre es angebracht, als Spitzenfunktionäre der diplomatischen Mission in Israel von deutscher Seite nur Menschen zu verwenden, die auch während der Verfolgungen mit ihren jüdischen Mitbürgern in Deutschland zusammengelebt haben.

Die deutsch-jüdische Verständigung wird nur dann gelingen, wenn es zu einem wirklichen Kulturaustausch kommt. Ihn hat Deutschland am nötigsten. Der geistige Tod Spaniens und Portugals nach der Austreibung der Juden im 16. Jahrhundert steht als warnendes Menetekel vor dem deutschen Volke. Wer weiß, daß der jüdische Einfluß aus dem deutschen Kulturleben der letzten 200 Jahre nicht wegzudenken ist, muß mit aller Energie darauf hinarbeiten, ihn wenigstens teilweise wiederherzustellen. Man gibt sich heute viele Mühe, einen Austausch von Professoren und Studenten zwischen der Bundesrepublik einerseits und den Vereinigten Staaten, Frankreich und England andererseits beziehungsweise zwischen der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetunion zustande zu bringen. An einen Austausch zwischen Berlin beziehungsweise Frankfurt a. M., die die größten jüdischen Gemeinden in Deutschland gehabt haben, und Jerusalem scheint merkwürdigerweise niemand gedacht zu haben. Und doch wäre er auf den alten Wissenschaftsgebieten der Theologie und Philologie ebenso notwendig wie auf den modernen Forschungsgebieten der Medizin und Physik, der wissenschaftlichen Philosophie, Soziologie und Politik.

Selbstverständlich ist diese Krönung der deutsch-jüdischen Verständigung nur möglich, wenn der Frieden erhalten bleibt. Darum schließe ich mit dem Gruß: Shalom.

Brill, Hermann Louis, Prof., Dr., Staatssekretär a. D., MdB — Wiesbaden, Weinbergstraße 14 — Geb. 9. Febr. 1895 i. Gräfenrade (Thür.), verh. — Bürgerschr. Ehrenrol. Herzog-Ernst-Semin. Gotha, Univ. Jena (Rechtswiss., polit. Ökonomie, Soziol. u. Phil.) — Dr. jur. utr. — B. 1883 Volksschullehrer, Vortragender Rat i. Thür. Min. f. Volksbild., Min.-Dir. i. Thür. Min. d. Innern u. Doz. a. d. Heimvolkshochsch. Tinz, 1932 Wahl i. d. Reichstag, ab 1933 wiederh. Schutz- u. Untersuchungsh., 1936 wegen Vorbereit. z. Hochverr. z. 12 J. Zuchths. verurt., b. 1913 Zuchths. Brandenburg-Gürden, unabh. KZ Buchenwald, 1945 Min.-Präs. u. Min. d. Innern z. Thür. (durch d. amerik. Besatz.-Behörden ernannt), Vors. d. Aufs.-Rat. d. Thür. Verw.-Ges., spät. Chef Consultant b. DVGLS Berlin, 1947–jetzt 1949 Staatssekr. u. Leit. d. Hess. Staatskanzlei (zurückgetreten), Hon.-Prof. a. d. Univ. Frankfurt a. M., s. Aug. 1949 Mitgl. d. Bundestag (SPD), außerd. 2. Vors. d. Exekutivkomit. d. Dtsch. Rat. d. Europäisch. Bewg. — Zahlreiche Buchveröffentlichungen.

Institut für Zeitgeschichte · Archiv

A Visit to Germany

The land in the very heart of Europe, between the Baltic and North Sea shores in the north and the German Alps in the south, is often called the New Germany. That it is, in a sense. War-time destruction has necessitated new building on a tremendous scale, and that has meant new architecture in many cases, giving entire communities a new appearance. Modernization of railroad and all other transportation, vast expansion of air traffic including large new airports, has given a new aspect to territory adjacent to large cities. Within the cities, whole areas have been rearranged for the sake of modern traffic. The war and post-war strain has changed the tempo of life, the method of living and social conditions. All that and more falls under the heading 'reconstruction', which in other countries has been called 'The German Miracle'.

And yet, the Germany that has been tourists' delight for ages has not changed. It still is what the great American, Mark Twain, has called the "land of infinite variety". Medieval knights' romantic castles still nestle among terraced vineyards or crop steep crags and high mountains. The storied Rhine, the Moselle, the Main, the Neckar and the Danube and all the other beautiful rivers still lure with their enchanting scenery. The walled many hundred years old fairy-towns—Dinkelsbühl, Rothenburg, Nördlingen and ever so many others—are still the delight of many a painter's brush. Nothing has changed the beauty, majestic or serence, of the German landscape, from the sea-lashed shores in the north to the snow-capped mountain giants in the south.

Astounding is the wealth of art treasures in Germany's museums, cathedrals, palaces and private collections, which had been placed in safety during the war and are now on public view again.

Health and recreation resorts by the hundreds again attract the tired and ailing from all parts of the world. They have been thoroughly modernized and offer relief from malady under the expert supervision of physicians especially trained for spa treatment.

At colorful folk festivals the foreign visitor is always a welcome guest.

The great German fairs and expositions have again become international gathering places for manufacturers, buyers and sellers of the world's products of every branch of industry.

A thrill all its own is a visit to Berlin, erstwhile capital of Germany. The 'Island City' is again a fascinating center for the world of art, science, literature, sports and society life.

And then—travel in Germany is safe, speedy, and comfortable in the extreme, whether on the German Railroads, in the modern motor bus or on a trim river boat. Air liners provide fast connection among the country's important cities and between these and other countries and continents.

Hotel accomodation is ample and modern, the service courteous and efficient, be that in the hotel de luxe or in the more modest, but always scrupulously clean inn. There are youth hostels galore, motor camping grounds, and motels.

The German people welcome the visitor from abroad.

wichen, von Unordnung, Konflikt, gar „Klassenkampf" auch nur zu sprechen. Von Marx her läßt sich der Blick der Soziologen aufs neue auf die vernachlässigten und doch so entscheidenden Phänomene der sozialen Disorganisation und der Bildung widerstreitender Interessengruppen lenken.

In der Analyse sozialen Konflikts und des durch ihn geförderten sozialen Wandels kannte Marx eine Fülle analytischer Kategorien und Annahmen, die auch heute ihre Fruchtbarkeit noch nicht verloren haben. Die Kategorie des Eigentums als zentraler Rechtsinstitution moderner Gesellschaften, die Annahmen zur Beziehung zwischen wirtschaftlicher und politischer Macht, die Rückführung des sozialen Systems der Gütervereilung auf das der Funktion von Gruppen in der Gesellschaft, die Analyse des Wechselspiels von technologischer und institutioneller Entwicklung (Produktivkräfte — Produktionsverhältnisse) — all dies sind nur Beispiele, die für viele andere stehen.

In diesen Zusammenhang gehört dann auch die Marxsche Kategorie der Klasse und die Theorie des Klassenhandelns, die sich, wenn schon mit einiger Schwierigkeit, aus den Werken von Marx entwickeln läßt. Der Klassenbegriff hat, seit Marx ihn in die Soziologie einführte, ein unseliges Schicksal gehabt. Vielfach mißverstanden und mißdeutet, finden wir seine Karikatur heute bei einigen amerikanischen Soziologen wieder in der Unterscheidung einer „oberen Oberklasse", „unteren Oberklasse", „oberen Mittelklasse" usw. bis zur „unteren Unterklasse". Erst in jüngster Zeit ist von verschiedenen, auch — der Gerechtigkeit halber sei es erwähnt — amerikanischen Soziologen der Versuch unternommen worden, dem Klassenbegriff wieder seinen alten Ort in der Untersuchung sozialen Konflikts zuzuweisen, d. h. an Marx anzuknüpfen[10]).

Alle diese Ansätze, Blickrichtungen, Kategorien, Annahmen und Theorien sind bei Marx, wie nicht anders zu erwarten, nur erst in sehr rudimentärer Form vorhanden. Indes handelt es sich für den Soziologen ja nicht darum, das Instrumentarium seiner Analysen gebrauchsfertig aus dem Arsenal der Wissenschaftsgeschichte in Empfang zu nehmen. In der Analyse unserer Zeit ist der direkte Bezug auf Marx eher ein Hemmnis als eine Hilfe. Beweisen läßt sich mit Marx-Zitaten nichts außer der Kurzsichtigkeit des Zitierenden. Der indirekte Bezug aber, der Bezug auf soziologische Hinweise und Kategorien von Marx, die Ausarbeitung dieser Ansätze und ihre Anwendung auf konkrete Probleme etwa des industriellen Konflikts, der Parteienstruktur usw., verspricht wertvolle Unterstützung bei dem wissenschaftlichen Versuch, der so gänzlich veränderten sozialen Wirklichkeit Herr zu werden.

IV.

Die Frage, ob Marx in erster Linie Philosoph oder Soziologe war, ist falsch gestellt. Der Versuch, sie zu beantworten, zeigt, daß weder ein Schumpeter, der meint, daß von Marx' „Sätzen . . . keiner im Gebiet der Philosophie beheimatet ist[11])", noch ein Landgrebe, für den „die ganze Lehre von Karl Marx im Hinblick auf ihre letzten Voraussetzungen nur als eine philosophische zu verstehen" ist[12]), der Wahrheit sehr nahe kommt. Beides, philosophische Sätze und soziologische Kategorien, philosophische Begriffe und soziologische Theorien, findet sich bei Marx in einem traurigen Gewirr. Hat man es einmal auseinandergeknotet, dann fällt vieles der philosophischen Kritik oder dem Urteil der Geschichte zum Opfer. Manches indes bleibt erhalten als Aufgabe für den Philosophen, vor allem aber für den Soziologen von heute.

[10]) Vgl. auch meinen Aufsatz „Gibt es noch Klassen?" in den „Annalen Universitatis Saraviensis" IV/4, 1955.

[11]) J. A. Schumpeter „Capitalism, Socialism and Democracy" (2. Aufl., London 1947); S. 10.

[12]) L. Landgrebe „Hegel und Marx" in: Hamburger Akademische Rundschau III/3, 1949); S. 220.

Man sollte die Bedeutung dieses im echten Sinne kritischen Unternehmens vielleicht nicht überschätzen. Wenn es uns darum geht, die Spannungspunkte und Konfliktformen unserer eigenen Gesellschaft zu erkennen, dann richtet sich unser Blick zunächst nicht auf die Bücher von Marx, sondern auf die Ereignisse der Wirklichkeit. Nirgends kann es sich für den Wissenschaftler darum handeln, an alten Erklärungsversuchen bloß aus Pietät oder Bequemlichkeit festzuhalten. Und es ist gewiß möglich, Gültiges zur Analyse der industriellen Gesellschaft zu sagen, ohne Marx mit einem Wort zu erwähnen.

Auf der anderen Seite behält die konsequente Ablösung der Marxschen Soziologie von seiner Philosophie ihren Sinn, wenn sie in kritischem Geist betrieben wird[9]). Der philosophische Gedanke der Freiheit und die soziologischen Ansätze zu einer Theorie des Wandels bei Marx sind zu fruchtbar, als daß sie ohne Schaden gänzlich übersehen werden könnten. So unfertig ihre Marxsche Ausprägung ist, so sehr lohnt sich ihre Fortführung. Und vielleicht werden wir eines Tages lernen, diejenigen, die um diese Fortführung bemüht sind, nicht mehr als „Marxisten" mit den Gläubigen der Marxschen Geschichtsphilosophie zu verwechseln, sondern sie als „Marxianer" einer Tradition wissenschaftlicher Sozialkritik zuzurechnen.

GeT 3/55

KARL SCHULTES:

Ein Kämpfer für die Menschenrechte

Hermann Brill zum 60. Geburtstag

Am 9. Februar ist Hermann Brill 60 Jahre alt geworden. Seit er 1918 der USPD beigetreten war, hat er sich unermüdlich für den demokratischen Sozialismus eingesetzt. Die Erfahrungen mit der Hitlerdiktatur und mit dem Sowjetkommunismus haben seine theoretischen Ansichten weiter geformt.

1895 in Gräfenroda (Thüringen) geboren, wurde er zunächst Lehrer und studierte dann Rechtswissenschaft, Volkswirtschaft, Soziologie und Philosophie. In Thüringen war er Ministerialdirektor im Innenministerium. Von 1920 bis 1933 war er Mitglied des Thüringer Landtags, zuletzt als Führer der SPD-Fraktion. 1932 wurde er in den Reichstag gewählt.

Die Nazis entfernten ihn aus dem öffentlichen Dienst und verhafteten ihn mehrere Male. Er war in Berlin leitendes Mitglied der Widerstandsgruppe „Deutsche Volksfront", die politische und wissenschaftliche Schriften verfaßte und verbreitete. Am 28. Juli 1939 wurde er wegen „Vorbereitung zum Hochverrat" zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt. 1943 brachte man ihn vom Zuchthaus Brandenburg-Görden in das Konzentrationslager Buchenwald. Hier wurde er Vorsitzender des Volksfrontkomitees.

Nach dem Zusammenbruch war Dr. Brill kurze Zeit Landespräsident in Thüringen. Die einrückenden Sowjets setzten ihn ab und verhafteten ihn. Der Vereinigung der SPD mit der KPD leistete er heftigen Widerstand.

1946 wurde Brill in Hessen Staatssekretär und Chef der Staatskanzlei, 1949 Mitglied des Bundestages. Er vertrat den Bundestag in der Interparlamentarischen Union;

9) Zu einer solchen Kritik Voraussetzung und erste Ansätze zu liefern, war die Absicht meiner Studie „Marx in Perspektive". Wenn Frau Leonhard ihre Ergebnisse „ein wenig mager" findet (a. a. O., S. 353), dann hat sie diese an einer Stelle gesucht, an der ich sie selbst keineswegs Ergebnisse vorzuschlagen beabsichtigt habe.

in der Europäischen Bewegung setzte er sich für einen Europäischen Bundesstaat ein. In Hessen war Brill Vorsitzender der Kabinettskommission zur Vorbereitung der Verwaltungsreform und der Reform des öffentlichen Dienstes.

Hermann Brill ist wesentlich Verwaltungspraktiker und Verwaltungswissenschaftler. Schon in Thüringen war eines seiner Hauptarbeitsgebiete die Demokratisierung der Verwaltung und des öffentlichen Dienstes. Diese Arbeit hat er seit 1946 in Hessen in seinen Universitätsvorlesungen und Vorträgen während der „Hessischen Hochschulwochen" erfolgreich fortgesetzt. Darüber hinaus aber hat er staatstheoretische Erkenntnisse für die Theorie und Praxis der Verwaltung nutzbar zu machen versucht. Seit 1946/47 trat das juristische Problem der Menschenrechte, ihre Sicherung als Grundlage des Staats-, Verwaltungs- und Völkerrechts in den Vordergrund seiner politischen und wissenschaftlichen Arbeit.

Wir können in seinem Leben und seinen theoretischen Auffassungen deutlich drei Stadien unterscheiden. Von 1918 bis 1933 befaßte er sich vorwiegend mit Fragen der Kommunalverfassung, des Kommunalrechts, des Beamtenrechts und seiner Reform, mit kommunaler, Landesverwaltungs- und der Reichsreform.

Das zweite Stadium von 1933 bis 1945 umfaßt den Kampf gegen die Nazidiktatur. In der Illegalität in Berlin, im Zuchthaus und Konzentrationslager entstehen die folgenden Schriften: „Neu Beginnen", 1933; „Die Staatsanschauungen August Bebels", 1935; „Deutsche Ideologie", 1937; „Über aktualen Materialismus", 1938; „Vollendung und Unendlichkeit", 1943, und das Buchenwalder Manifest, 1945.

Die Auseinandersetzung mit dem Verfall des Geistes in der Nazibarbarei führte ihn zu vertiefter philosophischer Arbeit und zum Studium der angelsächsischen Soziologie und Staatslehre. Dabei kommt er zu einer Abkehr vom orthodoxen Marxismus und zu einer Verbindung von aktualem Materialismus mit moderner Soziologie und Kantischer Erkenntnistheorie. Diese geistige Entwicklung zeigt sich im dritten Zeitabschnitt, der 1946 beginnt und in dem Hermann Brill in der glücklichen Lage ist, Staats- und Verwaltungspraxis (als Staatssekretär und Bundestagsabgeordneter) mit wissenschaftlicher Tätigkeit (als Honorarprofessor in Frankfurt und Speyer) zu verbinden. Das Ergebnis sind eine große Zahl interessanter und vielseitiger Schriften und Publikationen, auf die vielleicht in einem späteren Aufsatz eingegangen werden kann.

Die Vielfalt seiner Arbeiten zeigt, daß wir es in Hermann Brill mit einem Politiker und Wissenschaftler zu tun haben, der sich vielseitig und mutig mit der Problematik unserer Zeit auf den Gebieten der Staats- und Rechtslehre, der Verwaltung und der politischen Erziehung auseinandergesetzt hat. Eine Darstellung seiner geistigen Entwicklung und eine Auseinandersetzung mit seinen Auffassungen muß besonderen Ausführungen vorbehalten bleiben. Wir halten sie für notwendig und lehrreich, weil sie uns hineinführt in die Problematik der westlichen Demokratie, die sich in der Entscheidung zwischen Kapitalismus und Sozialismus befindet.

Hinzugefügt sei der Wunsch, daß Hermann Brill in dem neuen Jahrzehnt seines Lebens die Zeit und Kraft finden möge, die in seinen vielen Veröffentlichungen und anderen Arbeiten verstreuten Darlegungen in einer systematischen Arbeit zusammenzufassen.

Wer einmal sich selbst gefunden, kann nicht auf dieser Welt mehr verlieren. Und wer einmal den Menschen in sich begriffen, der begreift alle Menschen.

Stefan Zweig

KARL O. PAETEL (New York):

Indianer kämpfen um ihr Recht

Vierhunderttausend Indianer haben das Gefühl, daß der vom weißen Mann gegen sie geführte Krieg, der vor rund 180 Jahren in den Vereinigten Staaten mit feierlich beschworenen Verträgen beendet wurde, wiederaufgenommen ist.

Die in 26 Staaten lebenden, etwa 200 Stämme umfassenden Indianer, die auf dem Territorium der USA geboren sind, wurden am 2. Juni 1924 durch Kongreßbeschluß zu Bürgern erklärt. Das heißt unter anderem, daß sie wahlberechtigt sind, nachdem zwei Drittel von ihnen bereits vor diesem Datum auf Grund von Sonderverträgen zwischen Washington und einzelnen Stämmen diesen Status erhalten hatten. Die beiden letzten Staaten — New Mexico und Arizona —, die Indianern das Wahlrecht vorenthielten, sind im Jahre 1948 durch Gerichtsbeschluß gezwungen worden, sich dem anzupassen. Dennoch leben heute noch die meisten rothäutigen Ureinwohner Amerikas in den sogenannten „Reservationen" — bis auf wenige Ausnahmen in außerordentlich ärmlichen Verhältnissen — unter der „Treuhänderschaft" (Trusteeship) des zentralen „Indian Office" beziehungsweise der „Commission of Indian Affairs" in Washington. Sie haben — den alten Verträgen zufolge — Anrecht auf Hilfe des Bundes[1]) für ärztliche Einrichtungen, Schulen, Beratung in landwirtschaftlichen Fragen; sie haben auch teilweise (bei den Stämmen verschieden) Anspruch auf bestimmte Geldzahlungen oder Lieferung von Sachwerten wie Kleiderstoffe, Lebensmittel usw.

Fast keine der vertraglich gesicherten Hilfeleistungen ist je in vollem Umfange gewährt worden. Stämme, die sich einen Rechtsanwalt leisten können, haben seit Jahren Prozesse bei den Staats- und Bundesgerichten laufen, um nichterfüllte Verträge einzuklagen.

Die Indianer, die nie vergessen haben, daß sich der republikanische Präsident Hoover einmal warm für ihre Rechte eingesetzt hat und die seitdem fast ausnahmslos republikanisch gewählt haben, erwarteten von der Eisenhower-Regierung, daß sie — bei Ausbau der Selbstverwaltung der Stämme — durch systematische Verstärkung der zentralen Bemühungen um materielle und geistige, vor allem schulische Hilfe dazu beitragen würde, die indianischen Gemeinden einerseits auf das allgemeine wirtschaftliche und kulturelle Niveau des Landes zu bringen, andererseits sie bei der Bewahrung traditioneller Sitten, Gebräuche und der vertraglich festgelegten Vorrechte zu schützen.

Sie waren, wie der bekannte Schriftsteller Oliver La Farge sagte, der Präsident der „Association on American Indian Affairs Inc." und einer der Vorkämpfer für die rechtliche und tatsächliche Gleichberechtigung der amerikanischen Ureinwohner ist, sehr bald „aufs äußerste bestürzt".

Präsident Eisenhower unterzeichnete, wenn auch unter „ernsten Zweifeln" an seiner Zweckmäßigkeit und mit der ausdrücklichen Empfehlung, sofort Ergänzungen (Amendments) auszuarbeiten, am 15. August 1953 das „Public Law 280", das die Treuhänderschaft für 700 000 Indianer vom Bund auf die Staaten übertrug. Es handelt sich dabei zumeist um Staaten, die durch ihre Behandlung der Neger und Mexikaner bereits bewiesen hatten, daß sie in der Übernahme der Staatsgerichtsbarkeit über Minderheiten nur ein Mittel zur Aufrechterhaltung der „white supremacy" (Überlegenheit der Weißen) sehen.

[1]) Wenn hier vom „Bund" die Rede ist, so ist damit die zentrale Regierung oder Verwaltung in Washington gemeint, während es sich bei den „Staaten" um die 48 Staaten handelt, die die Vereinigten Staaten von Amerika bilden.

ED-1694-1192

VVN — endgültig Nebenorganisation der KPD

Wichtige Versammlungen in Hessen und Bayern führen zur Klärung

(Von unserem Münchener L.T.- und Wiesbadener G.-W.-Korrespondenten)

Vor nicht allzu langer Zeit haben kommunistische Interessenten geglaubt, daß sie den Düsseldorfer Parteitagsbeschluß der SPD, der eine Mitgliedschaft in der VVN für unvereinbar mit der Zugehörigkeit zur SPD erklärte, zu einer „Spaltung" ausnutzen könnten. Die beiden nachfolgenden Berichte aus Hessen und Bayern (die Situation in Nord- und Westdeutschland ist seit längerer Zeit endgültig geklärt) zeigen jedoch, daß die VVN ihre Rolle ausgespielt hat und endgültig zu einer kommunistischen Nebenorganisation herabgesunken ist.

Keine Gemeinschaft mit der VVN Bayerns

Lange genug glaubten viele Sozialdemokraten in Bayern an die „Überparteilichkeit" der VVN. Sie glaubten nicht zuletzt darauf, weil sie sich an die Beteuerungen von Dr. Philipp Auerbach hielten, der so sehr von der „Überparteilichkeit" der bayerischen VVN überzeugt war, daß er jedem, der öffentlich das Gegenteil zu behaupten wagte, mit einer gerichtlichen Verfügung drohte. Der Vorstand der SPD in München sah sich darum gezwungen, Auerbach nicht mehr zur SPD gehörig zu betrachten.

In einer Versammlung sozialdemokratischer Widerstandskämpfer in München, die vor wenigen Tagen unter Vorsitz von Anton Aschauer stattfand, kam es nun zu einer endgültigen Klärung innerhalb der politisch, rassisch und religiös Verfolgten des Naziregimes in Bayern. Dr. Auerbach schilderte hier die Vorfälle anläßlich der VVN-Tagung in Hamburg. Danach sei es keinem Sozialdemokraten mehr möglich, Mitglied der VVN zu bleiben. Er habe sich in der VVN getarnt. Auerbach führte weiter aus, daß er und viele seiner Freunde sich bisher durch ihre Haltung zur VVN von der SPD getrennt hätten. Jetzt sehe er ein, daß dies falsch war.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen wies Auerbach nach, daß die Kommunisten auch in Bayern die VVN für ihre Zwecke mißbraucht haben.

Anschließend schlug Dr. Auerbach vor, in Bayern einen überparteilichen Landesrat der vom Nationalsozialismus Verfolgten zu bilden. Eine starke sozialdemokratische Kameradschaft der Verfolgten solle innerhalb der Partei und in der überparteilichen Dachorganisation für die Wiedergutmachung sorgen.

Auch der Landesvorsitzende der VVN Bayern, Dr. Ludwig Schmitt, der sich gegen Auerbach lange wehrte, dem Beschluß der SPD auf dem Düsseldorfer Parteitag Folge zu leisten, erklärte in der Versammlung sozialdemokratischer Widerstandskämpfer, daß er in der demnächst stattfindenden Landeskonferenz der VVN seinen Vorsitz niederlegen und aus der VVN austreten werde. Er empfahl jedem Sozialdemokraten, das gleiche zu tun.

Die Versammlung wählte abschließend zwei Delegierte für den künftigen Landesrat und beschloß, die sozialdemokratische Vereinigung der Widerstandskämpfer auf ganz Bayern auszudehnen.

„Keine Genossen von links"

Die Gemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten des Bezirks Südhessen hielt gleichfalls in diesen Tagen in Bad Vilbel ihre erste Delegiertentagung ab, zu der 700 Verfolgte des Naziregimes erschienen waren. Der Vorsitzende des Bezirksausschusses, Staatskommissar a. D. Jakob Weyand, eröffnete die Tagung und begrüßte besonders die Vertreter der Behörden und die erschienenen Landtagsabgeordneten.

Weyand betonte in seiner Ansprache, daß die Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts, eine umfassende sozialpolitische Gesetzgebung und wirtschaftliche Demokratie die Voraussetzungen für den Wiederaufstieg des ganzen deutschen Volkes seien. In einem so entscheidenden Abschnitt gesellschaftlicher Neuordnung rufe die Gemeinschaft der politisch, rassisch und religiös verfolgten und geschädigten Sozialdemokraten ihre einstigen Schicksalsgenossen zu erhöhter Aktivität auf, um auf den Grundlagen der politischen Freiheit, der sozialen Gerechtigkeit und der wirtschaftlichen Sicherheit ein neues Staatswesen errichten zu helfen.

In seinem Hauptreferat über die Grundgesetze der deutschen Freiheit erklärte Staatsminister Professor Dr. Hermann Brill, daß die „GVS" („Gemeinschaft Verfolgter Sozialdemokraten") keine Sonderorganisation innerhalb der SPD sei, die sich die Aufgabe gestellt habe, gewisse materielle Bedürfnisse zu erreichen, um dann befriedigt nach Hause gehen zu können, sondern daß sich die „Gemeinschaft Verfolgter Sozialdemokraten" als eine Gemeinschaft kämpferischer Sozialdemokraten fühle, die mutig allen reaktionären Bestrebungen der Kommunisten und Nazikativisten entgegentreten wolle, um Freiheit und Frieden, Demokratie und eine wirkliche Gerechtigkeit für Deutschland zu sichern.

Die „Gemeinschaft Verfolgter Sozialdemokraten" habe geschaffen werden müssen, weil kein ehrlicher Verfolgter des Naziregimes die VVN unterstützen könne, die sich als eine rein kommunistische Tarnorganisation zur Verschleierung der neuen Verbrechen gegen die Menschlichkeit in der Ostzone erwiesen habe. Wenn einige bürgerliche Renommierfiguren noch heute der VVN angehören, sei das ein erneuter Beweis dafür, daß die sogenannten Blockparteien nichts anderes als „Kulissenschieber" der SED seien.

Unter starkem Beifall der Versammlung rief Dr. Brill aus: „Wir haben für Freiheit gekämpft und gelitten, um nach der Zerschlagung der Nazidiktatur davon Gebrauch machen zu können, und nicht, um uns einer neuen Diktatur-Partei zu beugen."

Zu Wiedergutmachungsproblemen sagte Dr. Brill, der Staat dürfe nicht vergessen, daß die Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts eine Verpflichtung darstelle, die es so schnell als möglich abzutragen gelte. Das Entschädigungsgesetz für die Verfolgten des Naziregimes in der US-Zone trage den Ansprüchen der Verfolgten weitgehend Rechnung. Wichtiger sei es jetzt, einen sauberen Verwaltungsapparat zu schaffen, der dieses Entschädigungsgesetz zur Durchführung bringe. Die Errichtung der sogenannten „Betreuungsstellen" sei, da sie ständig mit der VVN verwechselt werden und personell unter weitgehendem Einfluß kommunistischer Elemente stehen, dazu nicht geeignet. Die neuen Wiedergutmachungsämter sollten nur kleine Dienststellen sein, die mit bewährten Demokraten besetzt werden. Die Gefühlsduseleien mit den „Genossen von links" müssen auch hier ein Ende haben, denn wer heute an eine Verständigung mit den Kommunisten denke, handele verbrecherisch gegenüber den Tausenden von Sozialdemokraten, die wegen ihrer Ueberzeugungstreue in kommunistischen Konzentrationslagern festgehalten werden.

Die Konferenz fand mit der einstimmigen Annahme einer Resolution ihren Abschluß, die die Unvereinbarkeit der Zugehörigkeit eines Verfolgten zur SPD und zur VVN feststellte. Ferner wird die Regierung aufgefordert, das Entschädigungsgesetz so schnell als möglich in Kraft treten zu lassen, aber auch dafür Sorge zu tragen, daß die öffentliche Verwaltung stärker als es bisher der Fall sei, demokratisiert würde.

Mit dieser großen Demonstration der Opfer des Faschismus für Freiheit und Demokratie ist die VVN in Südhessen zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken.

Neuer Vorwärts

Sonnabend, 28. Mai 1949

Bundesarchiv

ED-106/26 - 193

Neuer Vorwärts
23.12.49

Seite 11

Prof. Brill Vorsitzender des „Königsteiner Kreises"

R.R., Wiesbaden: Der bereits am 9. Juli d. J. in Königstein (Taunus) gebildete sogenannte „Königsteiner Kreis", dem namhafte Verwaltungsbeamte und Juristen, die aus den Ländern des sowjetischen Besatzungsgebietes geflüchtet sind, angehören, wählte auf seiner konstituierenden Vollversammlung am vergangenen Wochenende den früheren thüringischen Ministerpräsidenten und jetzigen SPD-Bundestagsabgeordneten Prof. Dr. Hermann Brill mit großer Mehrheit zum ersten Vorsitzenden. Dem siebenköpfigen Vorstand gehört auch Ministerialdirektor Dr. Schuster-Wiesbaden (SPD) an.

Bundestagsabgeordneter Dr. Brill betonte in einer Pressekonferenz, daß dem Königsteiner Kreis Mitglieder aller antikommunistischen und demokratischen Parteien angehören und daß er deshalb seine Arbeit parteipolitisch auf neutraler Grundlage durchführe. Der Königsteiner Kreis werde sich keiner anderen Organisation anschließen und wolle auch keine Landesorganisationen bilden. Er wolle die Bevölkerung der Bundesrepublik über die wahre Lage in der Sowjetzone, insbesondere über die dortigen Justizverhältnisse aufklären, aber auch für die politischen Flüchtlinge aus der Sowjetzone und ihre Angehörigen sorgen.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Echo der Woche, Ausg. B,
München

Nr. Dat. 8. März 1952

EB-108/26 – 29

Groteske „Wiedergutmachung"

Von Prof. Dr. Hermann L. Brill, M. d. B.

Der „Fall Auerbach", ehemals Präsident des Bayerischen Landesentschädigungsamtes, hat das Interesse der Öffentlichkeit auf eine Sache gelenkt, die schon längst der Vergangenheit anheimgefallen schien: *die Wiedergutmachung der Verfolgten des Naziregimes*. Wenn am 2. April der Prozeß gegen Auerbach beginnt, wird man wahrscheinlich wochenlang hören können, wie schwierig dieser Komplex politisch, juristisch, ökonomisch und sozial für Verwaltung und Justiz gewesen ist. Daß er auch nach der Entlassung Auerbachs noch keineswegs in den Zehen verläuft, die Recht und Gesetz verlangen, haben die Ereignisse im Bundestag in der letzten Woche klargemacht.

Der Bundestagsausschuß für Rechtswesen und Verfassungsrecht beschloß am 23. Februar, alle Erörterungen über die Wiedergutmachung bis zum Abschluß des Generalvertrags zwischen der Bundesrepublik und den Alliierten zu vertagen. Dieser Beschluß hat eine lange Geschichte. Als der Bundestag im Dezember 1950 durch den Bundesminister des Innern den Ländern Richtlinien für die Beendigung der Entnazifizierungsverfahren erteilte, sprach er die selbstverständliche Meinung aus, daß von einem Abschluß der Verfahren gegen die Nazis so lange nicht die Rede sein könne, bis nicht die von ihnen Verfolgten zu ihrem Recht gekommen seien. Auch Herr Dr. Lehr stimmte dieser Auffassung zu. Finanzielle Ansprüche der Länder an den Bund führten jedoch bald zu einer gegenteiligen Erklärung des Herrn Dr. Schäffer, der merkwürdigerweise für das Gesetz zur *Wiedereinstellung ehemaliger Pg's* in den öffentlichen Dienst (das Gesetz zur Ausführung des Artikels 131) 750 Millionen DM und für Steuergeschenke an die Besitzenden 950 Millionen DM zur Verfügung stellen konnte, für die politisch, rassisch und religiös Verfolgten jedoch *keinen Pfennig*. Sicher wäre Herr Dr. Schäffer bei seiner ablehnenden Haltung geblieben, wenn nicht inzwischen der Staat Israel gegen Deutschland eine Reparationsforderung von 6 Milliarden DM erhoben hätte und die Bestrebungen Israels nicht durch einen Antrag der SPD, dem während des Kongresses der Interparlamentarischen Union im August 1951 in Istambul direkte Gespräche zwischen deutschen und israelischen Abgeordneten folgten, unterstützt worden wäre. Trotzdem blieb die Materie schwierig.

Wie schwierig sie ist, erhellt daraus, daß der schon genannte Bundestagsausschuß einen ganzen Tag debattierte, bis er sich darüber einigte, daß unter dem Begriff „Wiedergutmachung" in Artikel 74 des Grundgesetzes beides, Rückerstattung feststellbarer Vermögenswerte und Entschädigung für Verluste an Leben und Gesundheit, Freiheit und wirtschaftlichem Fortkommen, zu verstehen ist. Allerdings hat es seitdem den Anschein, als ob die Rückerstattung eine Angelegenheit der Reichen und die Entschädigung eine Frage der Armen ist.

1948 mußte in der amerikanischen und britischen Zone die Rückerstattung des den Juden geraubten Vermögens durch Militärregierungsgesetze geregelt werden, weil sich schon damals namhafte deutsche Politiker weigerten, das durch deutsche Gesetze anzuordnen. Gewiß ist mit der Rückerstattung von Häusern und Geschäften manchmal eine Härte verbunden. Aber wer denkt an das Rechtsempfinden derjenigen, denen spätestens nach der sogenannten „Kristallnacht" 1938 alles geraubt wurde? Und wie soll ein erträgliches Verhältnis zwischen dem deutschen Volke und dem Weltjudentum wieder hergestellt werden, wenn deutsche Staatsangehörige jüdischen Glaubens nicht ihr Eigentum zurückerhalten? Die Forderungen, nicht die jetzigen Besitzer, sondern das Deutsche Reich rückerstattungspflichtig zu machen, sind deshalb völlig undiskutabel. Es ist ein trauriges Zeichen für den Tiefstand der Moral in Deutschland, daß der amerikanische Hohe Kommissar eine solche Erklärung abgeben mußte, um sich die Alliierten bei den Verhandlungen über den Generalvertrag eine Aufsicht über den Abschluß der Rückerstattungen vorbehalten haben, weil sie einfach gewissen Strömungen in Deutschland nicht trauen. Trotzdem soll nicht verkannt werden, daß eine Vereinheitlichung der Rechtsprechung in Rückerstattungssachen notwendig ist; die Aufhebung der in den drei Westzonen bestehenden alliierten beziehungsweise gemischten Gerichtshöfe und ihre Ersetzung durch einen Rückerstattungssenat beim Bundesgerichtshof ist eine dringende Notwendigkeit.

Noch viel trauriger liegen die Verhältnisse auf dem Gebiete der *Entschädigung*. Fünf Millionen tote Juden, eine nicht feststellbare Zahl von Jahren an Freiheitsberaubungen, ungeahnte Vernichtungen von wirtschaftlichen Existenzen sind keine Rechnungsposten, mit denen ein Volk gegen seine verfolgten Bürger und gegen ein anderes Volk eine Rechnung regeln könnte. Es ist fast unfaßbar, daß es trotzdem in Deutschland kein *einheitliches Entschädigungsgesetz* gibt. Selbst im amerikanischen Besatzungsgebiet wäre dieses Gesetz 1949 gescheitert, wenn nicht das Weltjudentum diesen Erlaß gefordert hätte. Die Gesetzgebung in den anderen Ländern ist fragmentarisch, widerspruchsvoll, unübersichtlich. Durch die Festsetzung neuer Stichtage, auf der 1. Januar 1947 kommen viele politischen Flüchtlinge aus der sowjetischen Besatzungszone, die *gegen zwei Diktaturen* gekämpft haben, um ihre Ansprüche. Dieses und vieles andere mehr verlangt gebieterisch nach mindestens einer Rahmengesetzgebung des Bundes, die am besten dadurch geschaffen werden könnte, daß die allgemeinen Voraussetzungen des Entschädigungsanspruchs auf das ganze Bundesgebiet ausgedehnt und die Leistungen des Entschädigungsgesetzes in der US-Zone als Mindestleistungen für alle Länder bezeichnet werden (Erstreckungsgesetz). Aber auch dieser Gesetzgebung stellt sich der Bundesfinanzminister in den Weg. Um seinen Widerstand zu überwinden, wird der Vorschlag gemacht, die Forderungen der Verfolgten mit Ausnahme von Ansprüchen für Verluste an Leben und Gesundheit und der Haftentschädigungsansprüche zunächst nur in das Bundesschuldbuch einzutragen, sie zu verzinsen und Schuldverschreibungen auf den Inhaber auszugeben. Der Bundesfinanzminister jedoch glaubt, daß dadurch der Kapitalmarkt gestört werden könnte, obgleich er nur mit einem Betrag von 1,9 Milliarden DM rechnet. So ist der Vertagungsbeschluß des Bundestagsausschusses für Rechtswesen und Verfassungsrecht zustande gekommen.

Difficile est non scribere satiram. Eine spätere Zeit wird sich mit Verwunderung fragen, warum der Ausschuß des Bundestags, der sich so nach einer *mehr als zweijährigen* Beratung der Sache um eine Entscheidung herumdrückt, die Worte Recht und Verfassung in seinem Namen führt. Denn wenn Deutschland ein Rechtsstaat werden soll, muß zunächst jenes grauenvolle Unrecht wieder gutgemacht werden, das die nazistische Diktatur jüdischen und nichtjüdischen Menschen angetan hat. Solange das nicht geschieht, ist Deutschland in einer schlechten Verfassung.

Institut für Zeitgeschichte Archiv

ED-100126-1195

Sozialdemokratische Aktion Nr. 49 v. 6.12.52

Nationalarmee oder Söldnertruppe

Ein „Nichtzustimmen" ungenügend – Briefwechsel zwischen Professor Brill und Egbert von Frankenberg

Der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Professor Dr. Hermann Brill sandte an den Volkskammer-Abgeordneten Egbert von Frankenberg einen Brief, in dem er schreibt:

„Sie können versichert sein, daß ich dem Generalvertrag nicht zustimmen werde. Warum aber haben Sie der Militarisierung der Volkspolizei und der Errichtung einer Nationalarmee für die Deutsche Demokratische Republik Ihre Zustimmung gegeben? Eine Antwort auf die Frage würde mich sehr interessieren.

Der bürgerliche Abgeordnete der Volkskammer, Egbert von Frankenberg, hat in einem ausführlichen Schreiben zu diesem Brief Professor Dr. Brills Stellung genommen. Er betont sehr richtig, daß ein „Nichtzustimmen" zum Generalvertrag unzureichend ist. Er fordert die Bundestagsabgeordneten auf, gegen dieses Dokument der Aggression den Kampf zu organisieren und die ganze Bevölkerung, vor allem die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei, über die ganze Gefährlichkeit des Generalvertrages aufzuklären.

Nachdem der Volkskammer-Abgeordnete von Frankenberg die Behauptungen über die angebliche Militarisierung der Volkspolizei zurückgewiesen hat, und darauf hinweist, daß auch die Nationalarmee noch nicht aufgestellt worden ist, kennzeichnet er die von Adenauer beabsichtigte Militarisierung Westdeutschlands als den unverhüllten Versuch, die Bundesrepublik zu einem Werkzeug der nach der Weltherrschaft strebenden amerikanischen Monopolkapitalisten zu machen.

Wörtlich schreibt Egbert von Frankenberg:

„Die nationalen Streitkräfte der Deutschen Demokratischen Republik würden angesichts der Ratifizierung des Generalkriegsvertrages und der Aufstellung einer westdeutschen Söldnerarmee unter amerikanischem Oberkommando, angesichts dieser unverhüllten Kriegsvorbereitungen zum Schutze der Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik, zur Verteidigung der demokratischen Errungenschaften und des großen Aufbauwerkes der Schaffenden der Deutschen Demokratischen Republik gegen die agressiven Pläne Adenauers und der USA aufgestellt. Sie stellen sich weder das Ziel einer Neuordnung Europas bis zum Atlantik, noch das Ziel der ‚Befreiung der ungelösten Reichsteile'.

Es ist also offensichtlich, daß die schaffenden Menschen der Deutschen Demokratischen Republik die nationalen Streitkräfte aufstellen werden. Es ist ferner offensichtlich, daß sie nicht zum Zwecke der Eroberung fremden Gebietes, sondern zum Zwecke der Verhinderung der Eroberung fremden Gebietes, zum Zwecke der Verteidigung des Eigentums und der Errungenschaften aller Schaffenden Schichten unserer Republik aufgestellt werden.

Es handelt sich also um nationale Streitkräfte eines demokratischen Deutschlands, die der Abwehrung von Aggressoren und der Erhaltung des Friedens dienen. Es ist klar, daß eine solche nationale Armee nicht nur das deutsche Volk und die Völker Europas nicht bedroht, sondern umgekehrt deren Sicherheit vor einer neuen Aggression, vor neuen kriegerischen Verwicklungen erhöht. Eine solche Armee ist ein Faktor für die Erhaltung des Weltfriedens, während umgekehrt die westdeutsche Söldnerarmee größte Beunruhigung bei den „Bundesgenossen" der Nato-Streitkräfte hervorruft."

Institut für Zeitgeschichte Archiv

10. Juli 1953

Kritisches zum Bundesentschädigungsgesetz

Von Hermann Brill, MdB.

Gegen das Bundesentschädigungsgesetz haben im Bundestag am 2. Juli, spätabends, geschlossen nur die Kommunisten gestimmt. Angenommen wurde es von rund 300 Abgeordneten, neben denen einige Nein-Sager, wie der CDU-Mann Dr. Kopf (Freiburg) und die FDP-Vertriebenenabgeordnete Frau Dr. Ilk, kaum zu bemerken waren. Die Deutsche Partei hatte bis auf ihren Fraktionsvorsitzenden Dr. von Merkatz, der für das Gesetz stimmte, den Saal verlassen.

Dieses Abstimmungsbild ist ein Symbol für die Schwierigkeiten, unter denen das „Bundesergänzungsgesetz zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung" im Bundestage zustandegekommen ist. Tatsächlich ist nicht ein einziges der fast 300 Gesetze, die dieser Bundestag gemacht hat, unter so außerordentlichen Umständen verabschiedet worden.

Die SPD hatte im Dezember 1950 und im Sommer 1951 durch eigene Anträge den Erlaß eines Entschädigungsgesetzes gefordert. Als die Regierung auf diesem Verlangen versagte, brachte sie im Sommer 1952 einen eigenen Gesetzentwurf ein. Inzwischen hatte auch der Bundesrat die Arbeit an einem Wiedergutmachungsgesetz begonnen. Die Bundesregierung nahm jedoch gegenüber dem Bundesrat einen an Unhöflichkeit grenzenden ablehnenden Standpunkt ein: ursprünglich in die Bundesratsausschüsse entsandte Regierungsvertreter wurden ohne Begründung zurückgezogen, der am 20. Februar 1953 vom Bundesrat angenommene Gesetzentwurf wurde nicht, wie vom Grundgesetz vorgeschrieben und in anderen Fällen schon geschehen, an den Bundestag weitergeleitet.

Bis zum Abschluß des Israelvertrages am 18. März hat sich die Bundesregierung der Notwendigkeit einer Gesetzesvorlage in Wiedergutmachungssachen verschlossen. Zwar enthielt bereits Annex 4 des Generalvertrages eine Verpflichtung zur Fortführung der Gesetzgebung für die Opfer des Nationalsozialismus. Wer die Begründung dazu in der Regierungsvorlage an den Bundestag gelesen hat, weiß, daß die Bundesregierung erstens sich für die Ausführung dieser völkerrechtlichen Verpflichtung Zeit lassen wollte, zweitens durchaus nicht gesonnen war, sie buchstäblich zu verstehen, und drittens einen Zahlungsplan von mindestens einem Jahrzehnt ins Auge gefaßt hat. Erst die Haager Vereinbarungen, die mit dem Staate Israel über die individuelle Entschädigung jüdischer Opfer abgeschlossen werden mußten, haben die Sache weitergebracht.

Der Bundestagsausschuß für Rechtswesen und Verfassungsrecht bemühte sich indessen seit April (vgl. „Neuer Vorwärts" vom 22. Mai 1953), unter Zugrundelegung des Referentenentwurfes des Bundesfinanzministeriums die Sache vorzuberaten. Dieser Referentenentwurf hat einen Monat beim Staatssekretär und einen weiteren Monat beim Bundesfinanzminister selbst gelegen, bis er endlich an das Kabinett kam. So war es nicht möglich, innerhalb der noch verfügbaren Zeit ein Gesetz nach dem Willen des Bundestages zu machen. Die unveränderte Annahme der Regierungsvorlage blieb der einzige Weg, um ein Bundesgesetz für die Opfer des nazistischen Terrors zu schaffen. Die Regierungsparteien konnten ja nicht gut das von ihrer eigenen Regierung ausgearbeitete Gesetz ablehnen!

Zweifellos ist das jetzige Gesetz ein Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustand. Es füllt den rechtsleeren Raum in der britischen Zone aus, ergänzt das in der französischen Zone geltende Recht in wesentlichen Punkten und bringt auch für das amerikanische Besatzungsgebiet Verbesserungen. Es erweitert den Kreis der Anspruchsberechtigten um die Heimkehrer, die Sowjetzonenflüchtlinge, die heimatlosen Ausländer, die Staatenlosen, die politischen Flüchtlinge, die Flüchtlinge aus den Vertreibungsgebieten und die aus nationalen Gründen Verfolgten. Es erweitert die Vererblichkeit und Uebertragbarkeit der Ansprüche. Es bringt eine einheitliche Begriffsbestimmung für den Begriff der Verfolgten, der Verfolgungszeit und der Verfolgungsmaßnahmen. Es gibt neue Schadenstatbestände, so z. B. für die britische Zone Schaden an Vermögen, an Eigentum (hier besonders Hausratschaden), im wirtschaftlichen Fortkommen, d. h. sogenannten Existenzschaden für öffentliche Dienstverhältnisse (Arbeiter, Angestellte und Beamte im öffentlichen Dienst), private Dienstverhältnisse und im freien Beruf sowie — völlig neu — für Ausbildungsschäden. Für einzelne Leistungen werden dabei die Sätze wesentlich verbessert. Das neue Gesetz schafft einen einheitlichen Behördenaufbau, ein einheitliches Verfahren und eine gerichtliche Kontrolle mit einer Revisionsinstanz (Entschädigungssenat beim Bundesgerichtshof). Unter Berücksichtigung der Lage, daß viele Schädigungen gesetzlich überhaupt nicht faßbar sind, enthält es einen großen Katalog von Fällen, die nach billigem Ermessen aus einem Härtefonds zu befriedigen sind. Endlich bringt es die wichtige Vorschrift, daß bessere Regelungen, die das bisherige Zonen- oder Landesrecht vorsieht, durch dieses Gesetz nicht aufgehoben werden, sondern in Kraft bleiben.

Wenn wir alle diese Dinge anerkennen und aus dieser Anerkennung heraus für die Regierungsvorlage gestimmt haben, so muß doch darauf hingewiesen werden, daß sich in den Bestimmungen nichts findet, was nicht entweder grundsätzlich schon in dem für die vier Länder der amerikanischen Zone geltenden Gesetz enthalten war oder in dem Bundestagsbeschluß vom 11. September 1952 der Regierung als Richtlinie für ihre Arbeit an dem Gesetzentwurf mit auf den Weg gegeben wurde. Unsere Kritik geht von der nicht genügenden Berücksichtigung dieser Richtlinien und unseres eigenen Gesetzentwurfes aus; an sie muß bei der Novelle angeknüpft werden. Wir werden mit aller Entschiedenheit für die Anerkennung der Rechtmäßigkeit des Widerstandes kämpfen. Ohne diese grundlegende Auffassung ist weder das jetzige Gesetz zu handhaben, noch ein neues Gesetz zu machen, noch eine Rechtsprechung aufzubauen, die bei der Lösung der vielen Zweifelsfragen nicht so blamabel versagt, wie das in den letzten Jahren immer wieder geschehen ist.

Einer ganz auf den Grund gehenden Analyse bedürfen die Begriffe Verfolgter, Verfolgungsmaßnahme und Verfolgungszeit. Die Verfolgungszeit darf nicht erst mit dem 30. Januar 1933 beginnen. Verfolgter kann nicht nur sein, wer wegen seiner Gesinnung, Religion oder Rasse verfolgt worden ist, und Verfolgungsmaßnahmen dürfen nicht nur als von Staats- oder Parteistellen der NSDAP ausgegangen definiert werden. In diesem Zusammenhange erscheint es unerträglich, daß nicht auch juristische Personen als geschädigt anerkannt werden.

Weiter kann der Auszahlungsmodus des jetzigen Gesetzes nicht bestehen bleiben. Aus vielen und vielerlei Gründen ist es notwendig, die Ausführung des Gesetzes innerhalb von zwei Jahren zu beenden. Dabei müssen die Vorbereitungsmaßnahmen im ersten, die Masse der Auszahlungen im zweiten und dritten und die Erledigung von Beschwerden und Klagen spätestens im vierten und fünften Jahre liegen. Die einfache menschliche Erwägung, daß seit dem Beginn der Verfolgungen nicht als zwanzig Jahre vergangen sind, und es im bürgerlichen Recht wohl kaum vorkommt, daß erst zwanzig Jahre nach einem Unfall, einem Versicherungsfall usw. Schadenersatz geleistet wird, zwingt dazu, endlich wieder so etwas wie eine Rechtsordnung in diesen Dingen herzustellen. — Selbstverständlich müssen wir uns dabei auch auf der Deckung der Lasten belassen. Das Gesetz sieht vor, daß die im Entschädigungsgesetz für das amerikanische Besatzungsgebiet bestimmten Lasten von den Ländern getragen werden: 65 Prozent der Lasten für die Verfolgten aus Vertreibungsgebieten, die Staatenlosen, die politischen Flüchtlinge und die Nationalverfolgten will der Bund tragen. Keine Finanzbestimmung des ersten Bundestages ist so leichtfertig gemacht worden wie diese Vorschrift. Denn die Schätzung der Entschädigungslast im ganzen schwankt zwischen 4 Milliarden DM durch den Bund und 2,3 Milliarden DM durch die Länder. Bei dieser Schätzung kann wenig Sachverstand obgewaltet haben.

Selbstverständlich wird sich die Sozialdemokratie auch überlegen müssen, wer diese Lasten tragen soll. Ich glaube, daß das Urteil des Frankfurter Landgerichts in der Sache Norbert Wollheim gegen IG. Farben einen Weg weist. Die IG. Farben sind dazu verurteilt worden, an den Kläger ein Schmerzensgeld von 10 000 D-Mark zu zahlen, weil sie es unterlassen haben, für Wollheim, der ihnen von der SS als Zwangsarbeiter überlassen worden war, in bezug auf Unterbringung und Verpflegung so zu sorgen, wie das nach den Begriffen der Menschlichkeit von jedem Arbeitgeber unter allen Umständen verlangt werden muß. Wenn die deutsche Industrie zur Aufbringung der Wiedergutmachungslast für die von ihr ausgebeuteten Fremdarbeiter und Ka-Häftlinge nur den Tariflohn in die öffentliche Hand zahlt, wird sich über den noch zu deckenden Rest leicht verhandeln lassen.

Institut für Sozialgeschichte Archiv

ED-105/26-197

Fränkische Tagespost, Nürnberg

Nr. Dat. 13.10.1951

Die Deutschen vergessen allzuleicht

Der Landesrat zum 20. Juli

MÜNCHEN. Der Landesrat für Freiheit und Recht gedachte am Samstag des 20. Juli 1944, der sich in diesen Tagen zum zehnten Male jährt. In der Gedenkrede sagte Prof. Dr. Hermann Brill (Wiesbaden), die Deutschen vergäßen allzu leicht.

Der heranwachsenden Jugend müßte ein geschichtliches Bewußtsein gegeben werden, um sie für die Demokratie zu erziehen. Elternhaus, Schulen und die Universitäten versagten oft bei der Erziehung zur Erinnerung. Auch die Gewerkschaften seien von dieser Schuld nicht freizusprechen. Der 20. Juni, so betonte Prof. Brill, sei der letzte Versuch der deutschen Widerstandsbewegung gewesen, das Terrorsystem zu beseitigen. Als Gründe für den Mißerfolg des 20. Juli nannte er: Kein Revolutionsprogramm und keine radikalen Maßnahmen, Zersplitterung der Widerstandsbewegung von Anfang an, Passivität des Bürgertums und der Bauern sowie Desinteressiertheit in der Arbeiterschaft durch die vielen Fremdarbeiter.

Nach den Worten des Redners werde der 20. Juli von der breiten Volksmasse deswegen ignoriert, weil sie ein schlechtes Gewissen habe. Prof. Brill sagte zum Schluß, gerade die aufrechte Tat der Männer vom 20. Juli erfordere, daß jeder Widerstand im Dritten Reich gesetzlich anerkannt werde. Angesichts der 50 000 Menschen, die im Dritten Reich hingerichtet wurden, sei es beschämend, daß die Wiedergutmachung für die Verfolgten des Naziregimes bis heute noch nicht geregelt ist.

Marburger Presse, Marburg

Nr. 104 Dat. 8. Mai 1951

Carlebach ein „SS-Kommunist"

Prof. Brill beschuldigt ihn, KZ-Häftlinge geschlagen zu haben

Frankfurt, 8. Mai. (dpa). Vor dem Landgericht Frankfurt begann am Montag die Berufungsverhandlung in der Privatklage der Schriftstellerin Margarete Buber-Neumann gegen den KPD-Funktionär Carlebach. Das Amtsgericht Frankfurt-Höchst hatte Carlebach im Januar wegen übler Nachrede und Beleidigung zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Klägerin und Carlebach hatten Berufung eingelegt.

Das Gericht lehnte es ab, die frühere Kommunistin Ruth Fischer, die seit 10 Jahren in New York lebt, als Zeugin zu vernehmen. Ihre Aussage sei für die Beweiserhebung unbedeutend. Der Bundestagsabgeordnete Prof. Brill sagte als Zeuge über seine gemeinsame Haftzeit mit Carlebach im KZ Buchenwald aus. Carlebach sei Blockältester gewesen und habe mehrmals Häftlinge geschlagen. Brill bezeichnete Carlebach als einen „SS-Kommunisten". Diese Bezeichnung hätten die Häftlinge für gewisse kommunistische Funktionsträger geprägt. Auch der Zeuge Georg Cohn aus Berlin bestätigte, daß Carlebach Häftlinge geschlagen habe. In Buchenwald habe es eine kommunistische Lagerleitung gegeben, die die übrigen kommunistischen Häftlinge terrorisiert habe und auch für den Tod von Häftlingen verantwortlich gewesen sei.

Der Rechtsbeistand der Klägerin, Minister a. D. Klepper, beantragte, Dr. Benedikt Kautsky aus Graz zu laden, der Carlebach in einer eidesstattlichen Erklärung der Beihilfe zum Mord beschuldigt habe.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Theodor Haubach zum Gedächtnis

Über ein Buch von Walter Hammer

Wir durchleben eine an schweren Erinnerungen überreiche Zeit. Vor zehn Jahren, ehe er die Weltbühne verließ, hielt der satanische Massenmörder Hitler eine fürchterlich blutige letzte Ernte. Die Erschießungen, enthauptungen und Erdrosselungen im August und September 1944 — auf seinen Befehl im Film festgehalten — hatten seinem verbrecherischen Willen einen letzten Ausdruck gegeben. Erbarmungen, Schlamastereien, bürokratische Unzulänglichkeiten und der Bombenkrieg der Alliierten bewahrten jedoch 1944 eine große Anzahl von Todgeweihten noch vor ihrem ehernen Schicksal. Von Anfang Januar 1945 ab aber hatten die Henker wiederum Arbeit. Zuerst Leber, dann Planck, Goerdeler, Schwarz, Bolz, zuletzt Kleist und Harnack fielen in Berlin, in Leipzig starben Neubauer und Schumann. In den Apriltagen richtete sich die Mordwelle gegen die Stralanstalten und Konzentrationslager. Bonhoeffer, Oster und Canaris seien unter den vielen Hunderten der „Letzten am Schafott" stellvertretend genannt. In Buchenwald scheiterte der Versuch, noch 80 politische Gefangene zu liquidieren, an dem organisierten bewaffneten Widerstand der Häftlinge. Aber Mauthausen war bis in die Stunde der Befreiung eine Tragödie von ungeheuerem Ausmaß.

Durch Gedenkfeiern und Gedächtnisschriften ist auf diese letzten von der nazistischen Diktatur geforderten Opfer hingewiesen worden. Unter den Publikationen der letzten Wochen hat die von Walter Hammer herausgegebene Schrift „Theodor Haubach zum Gedächtnis" (Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M. 1955) eine singuläre Bedeutung. Sie fällt schon durch ihre Art aus der üblichen Memoirenliteratur heraus. Zwanzig Überlebende haben sich durch die Initiative von Walter Hammer zusammengetan, um für den toten Freund Zeugnis abzulegen.

Die Beiträge lassen sich unschwer in drei Gruppen teilen. Die erste wird von biographischen Fragmenten gebildet, die das Leben Haubachs vom Gymnasium und der Universität, der privaten und amtlichen Tätigkeit für die Presse, in Konzentrationslagern und im Widerstand bis zu Prozeß, Todesurteil und Hinrichtung zeigen. Der Dichter Kasimir Edschmid, der Philosoph Karl Jaspers, der Soziologe Alfred Weber, der Schriftsteller Gerhart Pohl fügen dann bei. In einer wundervollen Dichtung — „Die Dioskuren" — nimmt Wolfgang Petzet das uralte und immer wieder neue Thema der geistigen Gemeinschaft zwischen Männern, Haubach und Mierendorff, ohne sie zu nennen, schildernd auf, griechische Klarheit, Hölderlinsches Pathos und Dehmelsche Formgewalt zu einer ästhetischen Einheit verschmelzend.

Die zweite Gruppe der Beiträge ist bedeutend kleiner. Sie gehört der Geschichtsschreibung an. W. G. Oschilewski gibt ein Bild vom Leben, Wirken und Sterben jener Gruppe jugendlicher Männer innerhalb der deutschen Sozialdemokratie, die, sich als Hofgeismarer Kreis bezeichnend, in dem Jahrzehnt von 1923 bis 1933 versuchte, auf vielerlei Art, vor allem durch die „Jungsozialistischen Blätter" und die „Neuen Blätter für den Sozialismus", der sozialistischen Bewegung eine neue ideelle Grundlage zu schaffen, und skizziert die Rolle, die Haubach, von der politischen Philosophie her kommend, darin spielte. Hans Hirschfeld schildert das intellektuelle Berlin zwischen 1928 und 1933, das er als Herausgeber des Amtlichen Preußischen Pressedienstes besonders gut kannte, und die Arbeit, die Haubach zuerst als Pressereferent im Preußischen Ministerium des Innern, später im Berliner Polizeipräsidium geleistet hat. Theodor Steltzer beschreibt die Position Haubachs im Kreisauer Kreis.

Sind schon diese beiden Gruppen von hochstem Interesse, indem jeder Beitrag in der Gruppe originell, menschlich warm, verehrungsvoll ist, so greifen die Stücke des Buches, die außerhalb der zwanzig Beiträge Haubach selber sprechen lassen, ans Herz des Lesers. Seine Artikel (Hamburg August 1924, Berlin Februar 1933; der letzte wird leider nur im Auszug zitiert) zeigen seine große journalistische Begabung, eine gegebene politische Situation historisch zu erfassen und stilistisch zu formen. Seine Gedenkrede auf Carlo Mierendorff vom 22. Februar 1944 ist ein solches Meisterstück der Kunst der Rhetorik, daß eine spätere Zeit sie sicherlich in die Reihe der klassischen Sprachleistungen aufnehmen wird. Vor allem aber seine Briefe an zwei Frauen, Alma de l'Aigle und Annelise Schellhase, eröffnen einen Blick in das Seelenleben dieses Mannes, der, zuletzt im Schatten des Schafotts, in eine Gefühlswelt vordringt, die sich sonst nur priesterlichen Menschen auftut.

Die Anmerkungen, die Walter Hammer zu diesen Beiträgen und Dokumenten verfaßt hat, sind in ihrer Kürze ein Teil aus der Summe jener Forschung, der sich dieser Mann seit 1945 hingab. Indem sie vieles richtigstellen, beseitigen sie manche Legende um dienen der Wahrheit. Man kann nur wünschen, daß jeder „wissenschaftliche Apparat" genau so sorgfältig gearbeitet wäre.

Dieses Buch über Haubach gestattet uns den Blick in die Seele eines Menschen, der aus seinem Wesen heraus der Freiheit verschrieben war. Dieser Mensch war kein Arbeiterführer wie Bebel oder Legien, er war auch kein Staatspolitiker vom Typ Lassalles oder Ludwig Franks. Seine Lebenslinie ist vielfach und unglücklich gebrochen. 1914 wurde er nach dem Notabitur schnell Soldat. Dreimal mußte er mit Verwundungen und noch Verschüttungen ins Lazarett. Erst 1923 konnte er sein Studium beenden. Die Revolution von 1918/19 vergönnte ihm nur den Anteil eines literarischen Stürmers und Drängers auf der kleinstaatlichen Bühne von Darmstadt. Er kam vor 1933 niemals in die praktische Politik. Sein Wirken war auf die Presse beschränkt. Erst im Widerstand, nach dem 40. Lebensjahre, entfaltete sich sein Geist voll. Aber die Richtung dieses Wachstums zielte mehr auf die Philosophie und die Religion als auf die eigentliche Politik. In merkwürdiger Weise war er dem Suchen nach dem Sinn des Todes verhaftet. Sein Artikel vom August 1924, den Toten des Weltkrieges gewidmet, hat schon dieselbe Melodie wie seine letzten Briefe: Liebe, Tod, Befreiung, Neugeburt, jedes dieser Probleme radikal von der Seite des Gefühls aufgefaßt, machten ihn zu einem Revolutionär der moralischen Lebenshaltung; er war wie viele aus dem Hofgeismarer Kreis, ein romantischer Jakobiner. Vielleicht ähnelte er in dieser Art am meisten Hölderlin. Einer zerschmetterten Säule, deren Kapitäl für immer verloren ist, gleicht dieses Leben.

Und doch — wenn diese Säule aufgerichtet wird, erfüllt uns Nachgeborene die Ehrfurcht vor dem Opfer des Geistes mehr noch als das Mitleiden der unerhörten physischen Qualen. Eine alte Krankheit trat nach Haubachs Verhaftung wieder auf, Stöhnend brach er auf der Anklagebank zusammen, so daß Freisler unwillig das Verfahren gegen ihn abtrennen mußte. Der jetzige Bundestagspräsident Gerstenmaier beschreibt diesen Augenblick in erschütternder Weise. Auf einer Bahre wurde der Verurteilte vom Gefängnis Lehrter Straße zum Galgen nach Plötzensee gebracht. So war es bekanntlich immer, wenn die Bestie Mensch wütete: Samson riß Rohespierre den Wundverband vom zerschmetterten Unterkiefer, bevor er ihn enthauptete; an der Mauer der Föderierten in Versailles starben Mädchen und Kinder, schon vielfach verwundet, den Kopf verbunden, den Arm in der Schlinge — man hatte sie aus den Betten der Pariser Krankenhäuser gerissen; 1934 wurden Wiener Arbeiter unter dem Protest der internationalen Presse auf der Trabahre zum Erhängen hergeschleppt; und in den Jahren 1943 bis 1944 hat es der Schreiber dieser Zeilen mehrere Male erlebt, wie durch Verwundungen bereits halbtote Flüchtlinge erhängt worden sind. Von dem physischen Leiden des Menschen unter der physischen Brutalität des Menschen sollte man immer wieder reden. Vor dem Opfer des Geistes in einer Welt der Gewalt aber versagt jedes Wort. Eines ist gewiß: mag das physische Leiden Theodor Haubachs wie vieler anderer noch so groß gewesen sein — das ewige Licht leuchtete ihnen . . .

Die Haubach-Gedächtnisschrift sollte die politisch verantwortlichen Kräfte zwingen, sich auch mit der Frage zu beschäftigen, was weiter geschehen muß, um die geschichtliche Wahrheit über die nazistische Diktatur an den Tag zu bringen. Die Renner und Andres sind geschleift. Otto Strasser wird keine Hitler-Legende verhindern. Aber die Napoleon-Legende ist auch erst mehr als fünfzehn Jahre nach dem Tode und mehr als zwanzig Jahre nach dem Sturze des Eroberers entstanden. Deshalb sollten wir mehr Mittel und Kräfte für die Erforschung der Wahrheit aufbringen, um den Legenden trotzen zu können. Das mag als ein banales Ende unserer Betrachtung erscheinen, ist aber eine leider notwendige Forderung an die Gegenwart.

Hermann Bull

ED-700/26 - 199

Brill, Hermann L.

UZ - BA - 0004044

UZ - BA - 0004045

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/26 - 300

BRINKHAUS, Walther

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Walther Brinkhaus
bis 14.2.58

Brinkhaus, Walter

ED-106/26 207

HOTEL UND BÄDER

»DER KAISERHOF«

INH. KARL SCHUMACHER

BAD WILDUNGEN

TEL. 396

Lieber Walter Hammer!

Soeben sendet mir Willi Schmidt Dein Schreiben an ihn vom 25. Januar 58, an welchem Tage ich meinen sechzigsten Geburtstag feierte. Hätte nicht gedacht dass an dem hier so still verlaufenen Tag dort einige Zeilen aus der Maschine laufen würden, die mich heute so erfreuten und damit meinen Sechzigsten nachträglich vergoldeten.

Von Dir, lieber Walter Hammer und Idol meiner Jugend, wusste ich, dass Du Dich in Hamburg niedergelassen hattest und nach mir fahndetest. Woher? kann ich Dir heute nicht mehr sagen. Ich habe einen sehr ausgedehnten Bekanntenkreis vielfach aus der Jh. Aber keiner konnte mir Deine Anschrift sagen. Auch mit Willi bin ich häufiger den alten gemeinsamen Bekanntenkreis durchgegangen. Woher hatte er plötzlich Deine Anschrift? Nun, wie dem auch sei, ich bin ihm dankbar, dass er mir Deinen Schrieb sofort zusandte.

Dass in Dtl. niemand von mir wusste, wundert mich. Jeden Monat fahre ich nach dort zum Liederabend der alten Herother und wenn ich hier meine Kur am 14. vorzeitig beende, so deshalb, weil an diesem Tage

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

in Düsseldorf der Liederabend steigt. Du siehst, ich bin trotz meiner sechzig Jahre,(wie sich das anhört?) noch nicht aus dem WV. herausgewachsen. So hörte ich vielfach unter mitleidigem Achselzucken Leute sagen, die mal im Wandervogel gewesen sind.

Doch zu dem Brief, soweit er mich betrifft: den früheren Kollegen Walter Theyssen kenne ich sehr wohl. Da ich seit Jahren nicht mehr in Moers wohne, weiss ich nicht, was er heute macht, heute, nachdem wir unsere Orden wieder anstecken dürfen. Morgen früh telefoniere ich mit meinem Sohn Wilfried, (der meine Weberei weiter betreibt) werde ihn dann bitten, Recherchen anzustellen nach diesem Holder, der früher mir aus dem Wege ging, um nicht grüssen oder danken zu müssen. Ich sehe, wir sind da Leidensgenossen. Trage den Schmerz in Würde, oder lache darüber wie ich. Natürlich sind mir als komm. Stadtverordneter und von der KPD nominierter Beigeordneter meiner Vaterstadt Moers während des Tausendjährigen Reiches alle Ehrungen zugeflossen, die es zu vergeben hatte, als da sind Verhaftungen, Hausuchungen und ähnliche Dinge. -- Spass beiseite, es war eine schreckliche Zeit, wenn mir auch Moor und KZ erspart blieben, daß ein alter Jugendbewegter, der mich nur in dem eine nicht verstand, wenn ich in seinen Hymnus zu Ehren des grossen Führers nicht einstimmte, für mich die politische Bürgschaft übernahm. Mit einigen Unterbrechungen hielt diese Bürgschaft bis zum Attentat vor. Danach nachts Razzia in meinem Elternhaus bei meinem alten Vater und in meinem Besitz Nordring 6 - 7 und 8, wo ich mich aufhielt aber infolge einer Verwundung vollkommen angezogen auf einer Chaise lag. Ich konnte entfliehen und lebte hinfort illegal. Versuchte den Rhein zu durchschwimmen um in die Schweiz zu gelangen. Dabei holte ich mir eine Lungenentzündung, die ich in einem Heuschober des Schwarzwaldes auskurierte. Erfolg drei Nierenoperationen sobald ich 1945 zum Arzt gehen konnte. An den Folgen kranke ich heute noch, daher das Nierenbad Wildungen als derzeitiges Domizil. Innerhalb der nächsten 14 Tage werde ich diesen Leidensweg für die Regierung schriftlich niederlegen und Dir einen Durchschlag senden.

Den Prospekt Deines Hohen Hausen sandte mir Willy gleichfalls mit. Ich habe es, nicht das Hohe Haus bzw. seine Ruine, sondern das Buch zur Bestellung vorgemerkt. Unter Berücksichtigung der politischen Entwicklung der letzten Jahre halte ich es für ausserordentlich wesentlich. Es ist schon zu viel Material verloren gegangen seit dem Zusammenbruch. Soeben sehe ich, dass ich noch einen Durchschlag zur Hand habe, aus dessen Inhalt meine Erlebnisse bis zur sog. Machtübernahme in sicherer Hut war, erfolgte meine erneute Verhaftung erst einige Monate später, nachdem

Ich dem hohen

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

hohen Hause~~n~~ zu Zöllinghausen glücklich entronnen war und erneut geschützt werden musste. Mit dem nächsten Bericht hast Du somit eine genaue Übersicht meiner Leidenstaten im Dritten Reich.

Glücklicherweise habe ich wirtschaftlich die Schlussfolgerungen aus meiner politischen Einstellung gezogen und danach gehandelt. So hatte ich am Ende des Krieges zwar nur Ruinen, aber es war ein Anfang. Da ich auch in Holland meinen Besitz zurück bekam, geht es mir wirtschaftlich ausgezeichnet.

Nur gesundheitlich könnte es besser sein. Da aber mein Vater anfangs Januar seinen neunzigsten Geburtstag feierte, verstehe ich einfach den letzten Absatz Deines Schreibens nicht, wonach Du an Deinen siebzigsten im kommenden Mai zweifeln willst? Ich zumindest fühle trotz aller Beschwernisse dieser drei scheusslichen Operationen einen unbändigen Lebenswillen in mir, und als ich gestern hier eine schöne Wanderung durch die verschneiten Berge und Täler machte, sang ich wie in alten Tagen: Speier und Spiesser, ihr habt mich verlacht, nie ging die Sonne mir unter! Und wenn Du, lieber Walter Hammer, meinst, es wäre mal schön Geburtstag in Freundeskreis zu feiern, so sage ich: komm alter Knabe in unser Heidehäuschen. Wir werden zu dritt ein paar schöne Wochen verleben. Kannst Du die Bahnfahrt nicht vertragen? macht nichts, ich hole Dich ab, und wenn der Kapitän auch nicht sehr gut in der Kurve liegt, so hab ich ihn mir trotzdem wegen seiner guten Federung und meiner empfindlichen Nieren angeschafft.

Zum Schluss Gruss und Handschlag

in alter Treue Dein Max Brinkhaus

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-108/66 - 202

Lebenslauf

Bad Wildungen, den 1.2.58.

von 1933 bis heute.

Nach der sog. Machtübernahme durch Hitler wurde ich zunächst einmal in meiner Vaterstadt Moers inhaftiert, war einige Wochen im Polizeigefängnis und wurde dann dem Reichsredner der NSDAP, Herrn Heinrich Dolle übergeben. Dieser brachte mich ins Regierungsgebäude nach Dri., wo er für mich eine politische Bürgschaftserklärung übernahm. Danach brachte er mich zu seinem Landgut, dem "Heilgrund" bei Kleinenberg im Eggegebirge (Westfalen).

Beweis: Eidesstattliche Versicherung des Gefängniswärters, Herrn Johann Weyen vom 3.9.1947.(Anlage 9 meines Schreibens an R.A.Dr.Wildermann vom 3.9.47) Photokopie anbei.

Für die dort zu leistende Arbeit erhielt ich keine Bezahlung, musste vielmehr Herrn Dolle monatlich 3o,--Mark für meine Verpflegung bezahlen. (Sie stammten aus den Mietseinnahmen meiner Häuser zu Moers, Nordring 6,7 und 8.) Statt der polizeilichen Anmeldung gingen wöchentliche Berichte an die Gauleitung Westfahlen der NSDAP. Auf Grund einer Beschwerde meines Bewachers bei der Parteileitung in Berlin über dieses Mißtrauen ihm gegenüber, verzichtete der Gauleiter nach einigen Wochen auf diese Berichte.

Anfangs Juli 1933 erhielt ich Urlaub auf Ehrenwort und fuhr für 3 Tage zu meinem Bruder nach Frankfurt am Main. Auf Grund der Abmeldepapiere, die Herr Dolle mir gab, konnte ich mich dort anmelden, lebte aber weiterhin auf dem "Heilgrund". Bereits im folgenden Monat entliess mich Herr Dolle aus der Kontrolle. Ich fuhr über Frankfurt, wo ich mir Abmeldepapiere holte, nach Krefeld. Dort verschafften mir Freunde eine kleine Wohnung im Aussenbezirk, die einen Nebenausgang zum Garten besass.(Kaiserstr.77) Als die Gestapo mich in Ruhe liess, verzog ich anfangs 1935 in die Innenstadt,(Südwall 42) von wo aus ich im Hause Ostwall 72 für Frl.Feldmüller ein vorwiegend textiles Kunstgewerbehaus einrichtete, da ich selbst als politisch unzuverlässiger keine Konzession erhielt. Auf Grund meiner Erfahrungen (ich besaß etwa 1924/27 ein solches Unternehmen auf der Hochstrasse) entwickelte sich das Geschäft sehr gut. Wir verlegten es Mitte 1937 in die beste Geschäftslage Krefelds, Rheinstrasse 85, woselbst ich dann wohnte. Erst Weihnachten 1938 wurde die Gestapo mir gegenüber wieder aktiv. Sofort meldete ich mich in Krefeld ab, und in einem meiner Moerser Häuser an, wohnte aber nach wie vor im Krefelder Geschäftshaus. Den Einzelhandel hatten wir durch den Großvertrieb von Seidenstoffen erweitert, die von der Fa. Kress in St.Tönis mit unsern Dessins bedruckt wurden. Wir belieferten derzeit fast alle Kunstgewerbehäuser in Deutschland, soweit sie Textilien führten. Der Gewinn war beachtlich. Bei Kriegsbeginn steckte das ganze Haus Rheinstr.85 vom Glaslager im Keller den grossen Verkaufsräumen im Erdgeschoss, Lager für die eignen Druckstoffe sowie Werkstätten und Versandraum im Mittelgeschoß, als auch Leder- und Leinenlager in den Mansarden bis unter die Decke voll Waren. Verständlich, wenn man berücksichtigt, daß ich praktisch im Hause ein Gefangener war, der nur in der Arbeit Ablenkung und eine gewisse Befriedigung fand.

Anfangs der Krieges kam mein Moerser Nachbar, Herr Emil Moses, zu mir nach Krefeld. Er wollte von mir ein in Holland liegendes Anwesen meiner 1929 verstorbenen Frau kaufen. Tags darauf trafen wir uns bei dem später ermordeten Notar Teusch, der jedoch die Beurkundung nicht vornehmen konnte. Von diesen Verhandlungen muss die Gestapo unterrichtet worden sein. Sie stellte fest, dass ich diesen Auslandsbesitz der Reichsbank nicht gemeldet hatte, worauf, wie mich die Beamten belehrten, die Todesstrafe stünde. Sie inhaftierten mich, und ich war einige Wochen im Gefängnis zu Krefeld. Als ich mich aus dieser erneuten Umklammerung der Gestapo befreien konnte, hatte sie die Steuerfahndung auf das Geschäft aufmerksam gemacht. Diese stellte

Institut für Zeitgeschichte Archiv

ED-706/76-20

stellte fest, daß de facto ich der Geschäftsinhaber war. Nachdem ich dieses anerkannte, nahm man mir insgesamt etwa 48 000,--Mark Steuern ab, aber ich war dadurch wieder frei und verschwand sofort in die Illegalität. Als es mir nicht gelang, von Holland aus das unbesetzte Frankreich zu erreichen, lebte ich in den verschiedensten Orten des Reiches und der besetzten Gebiete.
Derzeit zwangen mich die Umstände meine Verbindung zur Untergrundbewegung zu intensivieren, wodurch ich unter anderm den Vorteil hatte, laufend über den Inhalt der neuesten Fahndungsblätter orientiert zu sein. Als mein Name darin nicht erschien, ging ich im Winter 1942/43 nach Krefeld zurück. Meine dortige Wohnung in meinem Hause Ostwall 135 hatte ich der Tochter des oben erwähnten Reichsredners der NSDAP, der Handwebmeisterin Ingeborg Dolle zur Verfügung gestellt, die in Krefeld die Textilingenieurschule besuchte. Sie umfaßte 5 Räume und diente hinfort auch mir zum Aufenthalt. Um mich zu beschäftigen richteten wir eine Handweberei ein. Sie wurde im Juni 1943 mit dem grossen Gebäude ein Opfer der Bomben. Nachdem ich wieder monatelang herum geirrt war, erfuhr ich, dass der Onkel von Frl. Dolle inzwischen Kreisleiter und Landrat in Moers geworden war. Ich veranlaßte sie, in meinen Häusern dortselbst, Nordring 6, 7 und 8 eine neue Weberei aufzumachen. Der Landrat, Dr. Karl Bubenzer, unterstützte ihren Plan, ohne zu ahnen, dass mir damit ein neues Asyl verschaffte. Erst anläßlich der Aktivität der Gestapo, ausgelöst durch das Führerattentat, kam es zu einer nächtlichen Razzia, die aber ergebnislos verlief, da ich gewarnt worden war und in meinem unübersichtlichen Gebäudekomplex verschwinden konnte.
Beweis: Eidesstattliche Versicherung des Krankenkassendirektors Rudolf Weis vom 25.2.1947.(Anlage 6 meines Schreibens an Dr.Wildermann vom 24.9.1954.) Photokopie anbei.
Diesmal versuchte ich es, in die Schweiz zu entkommen, wo ich, genau wie im derzeit unbesetzten Frankreich Freunde hatte. Da die Übersteigung des Gebirges von Steeg,Kreis Reutte in Tirol mir mißlungen war, und jetzt wieder mißlang, versuchte ich den Rhein oberhalb von Rheinfelden zu durchschwimmen.
Beweis: Eidesstattliche Versicherung von Frau Felizitas Bodewein vom 3.6.1947.(Anlage 15 meines Schreibens an Dr.Wildermann vom 24.9.54.)
Der Versuch brachte mir eine Lungenentzündung ein, die ich, ohne ärztliche Hilfe, in einem Heuschober des Schwarzwaldes einigermassen überstand.
Kurze Zeit später überrollte mich der Einmarsch der Alliierten Truppen auf einem Bauernhof in Vinn bei Moers. Sofort nahm ich ärztliche Hilfe bei Dr. Nothers in Moers in Anspruch.
Beweis: Zeugnis des Dr. Nothers vom 4.7.1950. (Original bei den Anerkennungsakten. Abschrift als Anlage 2 meines Schreibens an Dr.W.vom 24.9
Es folgten drei schwere Nierenoperationen 1946 zu Homberg, 1949 und 1952 zu Bad Wildungen.
Im Juni 1953 übernahm ich das Textilwarengeschäft zu Krefeld, Ostwall 135. Der Umsatz stieg sprunghaft, aber nicht mein Gewinn weil meine Koliken mich zwangen eine teure Geschäftsführerin zu halten.
Beweis: Anliegendes Schreiben meines Steueranwaltes Dr.Friedericks vom 2.1.1958.
Nach dem Weihnachtsgeschäft 1956 brach ich zusammen. Prof.Dr.Sack diagnostizierte Erschöpfungszustände. Da ich seinem, und dem Rat weiterer Spezialisten aus dem Geschäftsleben auszuscheiden, nicht befolgte, erfolgte ein neuer Zusammenbruch im Oktober 1957. Notgedrungen verkaufte ich das gute Geschäft durch Akt meines Steuer- und Rechtsanwaltes Dr. Friedericks vom 27.November 1957 an die Geschäftsführerin Frau Krüger.
Beweis: Zeugnis Prof. Dr. Sack, Prof.Dr.Greven, Dr. med. Kalda und den Urologen Dr. med. Limmer, alle zu Krefeld.
Z.Z.befinde ich mich zur Wiederherstellung meiner Gesundheit in Bad Wildungen in ärztliche Behandlung.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

A b s c h r i f t !

ED-106/26-204

Herren

Amtsgerichtsrat Dr. G e i s s l e r

Rechtsanwalt Dr. W i l d e r m a n n

K r e f e l d .

Durch Urteil im Termin vom 14.d.M. kam die Sache Brinkhaus gegen Krülls (? e Bs 23/55) zum Abschluss. In diesem Termin kam die einzige Strafe meines Lebens zur Sprache. Meiner Entgegnung: "Es handelt sich um eine politische Strafe!" glaubte das Gericht entgegen halten zu müssen, dass eine solche Tat, wie sie das Urteil aus 1932 ahndete, in allen Kulturstaaten unter schweren Strafen stände. Deshalb könne von einem politischen Delikt nicht gesprochen werden.

Einige Tage später rief mich Herr Dr. Wildermann an und argumentierte: Da das Urteil vor 23 Jahren gefällt wurde, die Strafe aber bislang im Register nicht gelöscht worden sei, könne daraus gefolgert werden, dass das Justizministerium mich dieses Gnadenaktes nicht für würdig hielte. Dazu möchte ich bemerken: Ich habe den Antrag auf Löschung nie gestellt, da ich Recht und nicht Gnade wünsche. Das Urteil wurde derzeit auf Grund von Indizien gefällt und wurde von mir selbst dann nicht anerkannt, als mir Straferlass in Aussicht gestellt wurde.

Und nun zu Absatz 1 dieses Schreibens: Der Mord ist (abgesehen vom Kriege) in allen Kulturstaaten ein Delikt, welches unter schwere Strafen gestellt wurde. Trotzdem ist er ein leider gebräuchliches Mittel im politischen Kampf.

Beweis: Röhm Affaire, Tat des 20.Juli 44 und anschliessende Gegenaktion Hitlers, Doppelmord von Serajewo und viele andere.

Ich glaube, diese wenigen Zeilen beweisen, dass jedes kriminelle Delikt politischen Ursprunges sein kann.

So auch die von allen Staaten unter hohe Strafen gestellte Geldfälschung. Es dürfte heute wohl allgemein bekannt sein, dass Hitler versuchte die Währungen seiner Gegner dadurch zu erschüttern, dass er Valuten fälschen liess. Erst in jüngster Zeit stand folgendes in der "Welt": Ein Türke war Diener des englischen Gesandten in Istanbul. Er übernahm es von politischen Dokumenten seines Brotherrn Photokopien anzufertigen, und diese einem Mitglied der Deutschen

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106126-205

Deutschen Botschaft gegen einen hohen Dollarbetrag auszuhändigen. Er wurde in falschen Dollarnoten bezahlt. Da die Bundesrepublik die Nachfolge des früheren Deutschen Reiches antrat, verlangt nunmehr der Türke von ihr die Umwechslung der falschen in echte Dollarnoten.

Doch zu meinem Fall und seinem politischen Hintergrund:

Nach meiner Rückkehr aus dem ersten Weltkrieg lernte ich im Hause des Sanskritforschers und Übersetzers der Bagavad Gita Theo Springmann in Hagen einen Deutschrussen namens Scheiermann kennen. Er hatte noch Leo Tolstoy gekannt und als sein Adept zwei Güter an seine Instleute aufgeteilt und verschenkt. Seitdem lebte er selbst in freiwilliger Armut, hatte aber, wie ich später feststellen musste, den Reichtum der Sekte der Duchoborzen hinter sich. Die Duchoborzen versuchten im vorigen Jahrhundert das Leben der Urchristen zu realisieren. und waren deswegen mit der Regierung des Zaren in Konflikte geraten. Sie wurden nach Sibirien verbannt. Graf Tolstoy verwandte sich für sie beim Zaren. Die Sekte erhielt daraufhin die Genehmigung, Russland verlassen zu dürfen. Um die Jahrhundertwende zogen sie, rund 7ooo Seelen stark, arm nach Kanada. Sie erhielten von der dortigen Regierung Land und die Zusicherung, ihrer Lehre gemäss leben zu können. In zwanzig Jahren war die Sekte auf rund 1o ooo Familien angewachsen und sehr reich geworden, wenn auch der Einzelne nichts besass. Als ihr Führer, Peter Virgil, zu Verhandlungen mit der Regierung in die Hauptstadt fuhr, wurde er im Zuge ermordet. Der Gemeinderat beschloss die Rückführung der Sekte nach Russland. Der oben benannte Scheiermann führte die Verhandlungen mit der Sowjetregierung und weilte deshalb in Europa.

Unter seinem Einfluss trat ich 1923 der K.P.D. bei. Mein Arbeitsgebiet war die Wohlfahrt der Mitglieder in Stadt und Kreis Moers. Bei den nächsten Stadtwahlen wurde die Partei die weitaus stärkste im Parlament. Ich wurde von der Regierung als Beigeordneter bestätigt. Die aktivste Gegenpartei war die N.S.D.A.P. mit der ich naturgemäss bald zusammenstiess. Mein Haus Nordring 6 wurde ein Opfer dieser Auseinandersetzungen. Als ich zu einer Sozialtagung in Düsseldorf weilte, brannte es bis auf den Grund nieder, meine angrenzenden Häuser 6 und 8 wurden stark beschädigt. Das Haus hatte ich meinem Freunde, dem jetzigen Ehrenvorsitzenden des Jugendherbergsverbandes, Richard Schirrmann, für seine Ideen zur Verfügung gestellt und darin eine Jugendherberge eingerichtet. So war es meinen politischen Gegnern ein leichtes, nachts in das

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-706/16 - 206

Haus zu gelangen und den Brand zu legen.
1926 verzog ich wegen meiner kranken Frau nach Holland. Wir kauften dort einen kleinen Besitz, der heute noch mein Eigentum ist. Als meine Frau dann 1929 im Schwarzwald starb, war mir das Haus in Holland verleidet, und ich ging nach Moers zurück. Obgleich ich mich politisch nicht mehr betätigte, blieb ich, wie sich später herausstellen sollte, im Blickfeld der N.S.D.A.P.
In Moers schloss sich mir bald ein junger Arbeitsloser an, dem ich zu Arbeit und Brot verhalf. Später gab ich ihm dann noch ein Zimmer in meinem Hause. Als ich eines Tages nach Hause kam, erklärte mich ein anwesender Kriminalbeamter für verhaftet. Er hatte in meinem Zimmer Formen zum Guss von Münzen festgestellt. Obgleich ich in dem kommenden Verfahren nachweisen konnte, dass der frühere Arbeitslose namens Born von meinen politischen Gegnern in acht Fällen Geld erhalten hatte, wurde ich bestraft. Der Kommentar des Dortmunder Generalanzeigers vom 11. Juni 1932 lautete:
Wenn man noch bedenkt, welche Rolle der Auftraggeber des Lockspitzels (Born), ein Moerser Kriminalobersekretär, dessen Gegnerschaft gegen den Angeklagten zweifellos parteipolitische Färbung trägt, in der Verhandlung spielte, muss man als Ergebnis des Prozesses Brinkhaus den Eindruck gewinnen, dass der ehemalige Lehrer und Beigeordnete, dem das Gericht höchste Intelligenz und selbst der Staatsanwalt ein ausgeprägtes Sozialgefühl bescheinigten, fraglos das Opfer eines Spitzels, eines von der Polizei laufend mit Instruktionen und Geldmitteln versehenen politischen Provokateurs geworden ist, der auf dem Umwege eines Falschmünzerexperimentes in erster Linie den politischen Gegner endlich einmal zur Strecke bringen wollte.
Zur Abrundung meines Falles dann noch folgendes:
Der inzwischen wieder arbeitslos gewordene Born wurde zum Dank auf einem Werk untergebracht. Er soll im letzten Kriege gefallen sein. Der Kriminalsekretär ging nach der Machtübernahme zur Gestapo. In einem Verfahren gegen ihn vor einem alliierten Gerichtshof wurde er wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit hoch bestraft, da auf seine Veranlassung eine ganze Moerser Familie (einschliesslich der schwangeren Mutter) in Anwendung der sogenannten Sippenhaftung ausgerottet wurde. Ich lehnte es ab in diesem Prozess als Zeuge Aussagen zu machen, deshalb ist mir die genaue Höhe der Strafe nicht bekannt.
Aber in einem irrte in dem obigen Bericht der mir unbekannte Berichterstatter des Dortmunder Generalanzeigers: Dieser Kriminalsekretär war nicht der Urheber des Verfahrens gegen mich. Der spiritus rector war vielmehr der Rechtsberater bei der Kreisleitung Moers der NSDAP namens Hessels. Als ich nach dem zweiten Weltkrieg vom Landrat zu Moers in den Vertrauensausschuss des Kreises

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/26 - 257

Kreises berufen wurde, hielt dieser unverbesserliche Nationalsozialis meine Weigerung der Denunziation politischer Gegner wohl für Unkenntnis. Er verlämdete mich wegen dieser einzigen Strafe meines Lebens, die er selbst inszeniert hatte. Ich stellte Strafantrag beim Amtsgericht Moers. Als in der Verhandlung die oben dargelegten Hintergründe offengelegt wurden, hielt er es für geraten, sich bei mir öffentlich zu entschuldigen und 1000 Mark Sühne an das Deutsche Rote Kreuz zu zahlen.

In Verfolg dieses Prozesses Brinkhaus/Hessels hatte ich den Landrat gebeten mich vom Ehrenamte des Kreisvertrauensmannes mit Rücksicht auf das de jure immer noch bestehende Urteil aus 1932 zu dispensieren. Die Ablehnung dieser meiner Bitte möge diesen Bericht abschliessen. Sie lautet wörtlich:

Heinrich Reintjes
Landrat

Moers, den 25.Januar 1946.

Sehr geehrter Herr Brinkhaus!

Mit Interesse habe ich die beiden Berichte im früheren"Dort munder Generalanzeiger" ~~über~~ über die Gerichtsverhandlung gelesen. Wie ich auch schon wiederholt von anderer Seite, insbesondere aus Freundeskreisen gehört hatte, so sagten mir auch diese Berichte,dass die Verhandlung gegen Sie damals doch eine rein politische Angelegenheit gewesen ist. Persönlich bin ich von dieser Tatsache überzeugt, und ich gebe gerne die Erklärung, dass Sie ein Recht haben, in der jetzigen Zeit voll und ganz an der Gestaltung des politischen Lebens teilzunehmen. Ich wüsste nicht, warum Sie Ehrenämter nicht bekleiden dürften, und ich würde es für kurzsichtig halten, wollte man da irgendwelche Schwierigkeiten machen. Ich kann Ihnen nur bestätigen, dass ich gerne mit Ihnen zusammen im Vertrauensausschuss des Kreises gearbeitet habe, und ich würde es begrüssen, wenn es für die Zukunft auch der Fall sein würde.

Mit freundlichen Grüssen
Ihr

gez. H.Reintjes.

Ich hoffe, dass ich durch vorstehende Ausführungen die meine Reputation und mein Geschäft schädigende und m.E. vollkommen deplacierten Ausführungen der Gegenseite am Ende der Verhandlung vom 14.6.55 ausgeglichen habe und zeichne

hochachtungsvoll!

gz. W.Brinkhaus.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106126-908

BRÜNEN, Eberhard MdL

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-10626-289

April

4. ~~März~~ 1956

Herrn Landtagsabgeordneten
Eberhard B r ü n e n
Duisburg-Meiderich
Paul-Bäumer-Str. 73

Werter Genosse Brünen !

Leider haben Sie mich immer noch ohne Antwort auf meine Anfrage vom 10.Februar gelassen. Greifen Sie doch bitte auf diesen Brief noch einmal zurück.

Da mein Parlamentarierbuch schon im Mai neu gedruckt wird, wäre es mir möglich, noch einige Ergänzungen einzufügen. Es hätte damit nun allerdings grosse Eile. Darf ich Sie bitten, mir alle nötigen Daten recht bald anzuvertrauen. Wann sind Sie zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden ? In welchen Anstalten waren Sie einlogiert usw.usw. ?

Wenn ich bis zum 15.April keinen Bescheid von Ihnen erhalten habe, nehmen ich an, dass Sie keinen Wert darauf legen, in meinem Parlamentarierbuch genannt zu werden. Ich würde das aber sehr bedauern.

Mit besten Parteigrüssen verbleibe ich Ihr

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-906/26-210

Eberhard Brünen
M. d. L.

Duisburg, 20. April 1956
Paul-Bäumer-Straße 73

Herrn
Walter H a m m e r
Schriftsteller
H a m b u r g 39
Veratücken 9

Werter Genosse Hammer!

Vielen Dank für die Abschrift Ihres Schreibens vom 1c. Februar. Nachfolgend kurz die gewünschten Angaben:
Am 13. Juli 1935 wurde ich vom IV. Strafsenat des Oberlandesgerichts Hamm in Dortmund - Aktenzeichen 5.O.Ja. 28/35 - wegen Vorbereitung zum Hochverrat, hier: wegen illegaler Betätigung für die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP) zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt.
Über die Gestapo - Steinwache Dortmund-ins Untersuchungsgefängnis Dortmund. Eingesessen in den Zuchthäusern Lüttringhausen, Wolfenbüttel, Celle, Bremen-Oslebshausen, Waldheim in Sachsen.
Wenn es nötig sein sollte, kann ich auch mit Auszügen aus meinem Urteil, das in meinem Besitz ist, dienen.
Ich hoffe, dass Ihnen vorstehende Angaben genügen.

Mit herzlichen Grüssen und sozialistischer Verbundenheit verbleibe ich Ihr

Eberhard Brünen

(Eberhard Brünen)

Anlage
1 Passbild

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-706126-211

Brünen, Eberhard

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Institut für Zeitgeschichte Archiv

ED-106/26 - 210

BRUNDERT, Wilhelm Prof. Dr.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-706/2G-213

24. Mai 1957.

Herrn Professor
Dr. F. Friedensburg MdB
Berlin - Dahlem
Königin-Luise-Strasse 5

Sehr verehrter Herr Professor !

Heute kann ich Ihnen einmal etwas sehr Erfreuliches mitteilen, daß nämlich Professor Dr. Wilhelm Brundert nach 7 1/2 Jahren Haft aus dem Zuchthaus Brandenburg entlassen worden ist. Sie werden sich noch erinnern, daß er seinerzeit beim Dessauer Schauprozeß verurteilt wurde. Er war mit Haubach und Reichwein befreundet, gehörte zum Kreisauer Kreis. Vielleicht haben auch Sie ihn persönlich gekannt.

In alter kameradschaftlicher Verbundenheit
verbleibe ich mit freundlichen Grüßen

Ihr ergebener

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/26 -214

Prof. Dr. Willi B r u n d e r t z.Zt. Düsseldorf, den 29. Juni 57
Paulusstraße 12 bei Dr. Kunze

Herrn
Walter H a m m e r

H e m b u r g 39
Veerstücken 9

Sehr verehrter, lieber Genosse Hammer!

Ich habe Ihnen noch sehr herzlich für Ihren letzten Brief und für die Übersendung der verschiedenen Materialien zu danken, die ich natürlich alle mit großem Interesse gelesen habe.

Meine Bemühungen, hier im Buchhandel noch ein zweites Exemplar Ihrer Gedächnisschrift für Theo H a u b a c h (2. Aufl.) zu bekommen, sind leider fehlgeschlagen. Wäre es Ihnen möglich, bei Ihrem Verlag zu veranlassen, daß mir ein Exemplar an meine Düsseldorfer Anschrift geschickt wird. Den Rechnungsbetrag würde ich umgehend überweisen.

Es wird Sie weiter interessieren, daß ich über die Erfahrungen meiner 7½jährigen Haft z.Zt. an einem Buch arbeite, das ich Ihnen zur gegebenen Zeit gern zuschicke. Ich hätte auch Ihnen das Manuskript angeboten, glaube aber, daß im Rahmen Ihrer Verlagsarbeit nur Darstellungen aus der Zeit vor 1945 interessieren werden, so verbindlich an sich auch die Parallele zu Faschismus und Bolschewismus ist.

In Ihrem letzten Brief hatten Sie mich noch nach D i e c k e r und T h a p e gefragt. Was Diecker angeht, so befindet er sich noch in der Ostzone. Er hat nach meinem Dafürhalten mit Recht das Vertrauen all seiner alten Freunde verloren. Wenn Sie nach meiner eigenen Meinung fragen, darf ich ergänzend bemerken, daß ich ihn für einen feigen Opportunisten halte. Ich hatte hinreichend Gelegenheit, ihn von 1946 bis 1949 aus nächster Nähe zu beobachten; denn neben meinem Lehrstuhl an der Universität war ich noch Ministerialdirektor im

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-700/26 -215

Ministerium für Wirtschaft und Verkehr, dem Diecker bis Anfang 1949 vorgestanden hat. Er verdient es nicht mehr, auch zu unserem weiteren Freundeskreis gezählt zu werden.

Ernst T h a p e dagegen wird von uns allen übereinstimmend als prächtiger Mensch und guter Kamerad empfunden. Mehr brauche ich Ihnen nicht anzudeuten. Seine derzeitige Anschrift ist Hannover-Langenhagen, Am Eichkamp 3.

Im Übrigen habe ich mich in Oberstdorf gut erholt und hoffe, ab Herbst wieder beruflich tätig zu sein.

Mit den besten Grüßen bin ich

Ihr

Wilhelm Hamacher

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Prof. Dr. Brandert

Wiesbaden, 20. IO. 57
Bahnhofstr. 40
(bei Lutteroth)

EA-106/16 -216

Herrn
Walter Hammer

Hamburg 39
Veerstücken 9

Sehr verehrter, lieber Genosse Hammer!

Ich danke Ihnen verbindlichst für Ihr Schreiben vom II. IO. 57, das ich unmittelbar nach meiner Rückkehr aus Bad Pyrmont nach hier nachgeschickt bekam. Ich bin vom I. 8. - 8. IO. in Bad Pyrmont zur Kur gewesen, um mich körperlich endgültig restaurieren zu lassen. Abgesehen von einigen kleinen Beschwerden bin ich jetzt wieder völlig gesund.

Ich habe mich jetzt endgültig in Wiesbaden niedergelassen, wo ich auch in absehbarer Zeit wieder eine feste Berufsarbeit aufnehmen werde. Mein Manuskript habe ich abgeschlossen. Ich stehe bereits mit einem Verleger in Verbindung und hoffe auch zuversichtlich, daß es auch bald zu einem Vertrags-abschluß kommen wird.

Es wird Sie sicher interessieren, daß im nächsten Heft des SBZ-Archivs (Verlag Kiepenheuer & Witsch) ein Beitrag von mir über das Thema "Die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft in den sowjetzonalen Strafanstalten" erscheinen wird.

Auf Ihre Anfrage teile ich Ihnen gern mit, daß tatsächlich ich es gewesen bin, der Anfang 1940 Adolf Reichwein und Theo Haubach/Charlo Mierendorff zusammengeführt hat. Aus dieser Zusammenführung entstand dann eine feste Zusammenarbeit in der Illegalität. Die ersten Besprechungen haben allgemein in meiner Wohnung stattgefunden, bis ich im Herbst 1941 zur Kriegsmarine eingezogen wurde.

Ich würde mich freuen, von Ihnen gelegentlich wieder zu hören und verbleibe mit freundlichen Grüßen

Ihr

Fritz Brandert

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Prof. Dr. Brundert

Wiesbaden, 24. 1. 58
Bahnhofstr. 40
bei Lutterotn

ED-106/26 -217

Herrn
Walter Hammer

Hamburg 39
Veerstücken 9

Sehr verehrter, lieber Genosse Hammer!

Ihre Vermutung ist durchaus richtig, daß ich durch die alte Jugendbewegung gegangen bin. Anfang der 20-iger Jahre war ich Mitglied der ersten Gruppe der sozialistischen Kinderfreunde in Magdeburg. Später habe ich während meiner Schulzeit auf der Oberstufe die erste sozialistische Schülergruppe gegründet, die ganz im Stile der Jugendbewegung lebte. Während meines Studiums fand ich Anschluß an den [illegible], der aus der Deutschen Freischar hervorgegangen war. Diesem Kreis gehörte auch Adolf Reichwein an. Der letzte Führer dieses Kreises war der jetzt in Kostberin lebende Prof. Dr. Fritz Borinski. Seine Anschrift lautet: Berlin-Zehlendorf, Matterhornstr. 3.

Fritz Borinski hat während seiner Emigrantenzeit in England ein Buch über die Entwicklung der deutschen Jugendbewegung herausgegeben, allerdings in englischer Sprache. Von ihm könnten Sie erforderlichenfalls viele Auskünfte bekommen.

Über das Beberhaus wissen Sie wahrscheinlich mehr als ich. Ich kann Ihnen nichts Wesentliches mitteilen. Ihre Vermutung, daß in der dortigen Arbeit die Keimzelle des Kreisauer Kreises gelegen hat, hat sicher eine gewisse Berechtigung.

An weiteren alten Freunden der Jugendbewegung nenne ich Ihnen noch:
Prof. Dr. Thieme, Freiburg/Breisgau, Lugostr. 10;
Rechtsanwalt Dr. Kurt Bley, Bonn, Koblenzer Str. 208;
Gustav Schmidt-Küster, Hannover, Handelstr. 3.(Sozialistische Jugend)
Die Anschrift von Frau Reichwein werden Sie sicher haben.

Ich wünsche Ihnen recht gute Besserung und verbleibe mit herzlichen Grüßen

Ihr Willi Brundert

u.b. Ich wurde mit Wirkung ab 1.2.58 zum Oberregierungsrat und Leiter des Hessischen Finanzschulamtes ernannt. Meine künftige Anschrift:
Rotenburg/Fulda, Schloss.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ORR Prof. Dr. Brundert

Rotenburg a.d.F., den 11.2.1958

ED-106126-218

Herrn
Walter Hammer
Hamburg 39
Verstücken 9

Sehr geehrter Herr Hammer!

Wie ich Ihnen in meinem Schreiben vom 24.1.1958 andeutete, bin ich aus dienstlichen Gründen nach Rotenburg a.d.Fulda übergewechselt. Meine Amtseinführung erfolgte am 30.1.1958.

Bei meinen hiesigen Antrittsbesuchen habe ich einen weiteren Angehörigen der alten Jugendbewegung kennengelernt, Herrn Forstmeister Wellmann. Er kommt aus dem DPB und hatte viel mit dem Boberhaus zu tun. Als Angehöriger der Widerstandsbewegung hatte er Beziehungen zum Kreisauer Kreis, insbesondere zu meinem Freund Adolf Reichwein. Er ist gern bereit, auf Anfragen von Ihnen Auskunft über das Boberhaus zu geben. Seine Anschrift ist: Forstmeister Wolfgang Wellmann, Rotenburg a.d.Fulda, Forstamt Rotenburg-Ost, Sälzerweg.
Im übrigen hoffe ich, daß Sie inzwischen Ihre Krankheit überwunden haben und verbleibe mit kameradschaftlichen Grüßen

Ihr

Willi Brundert

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

14.2.1958.

ED-106/26-2/9

Herrn Forstmeister
Wolfgang Wellmann
Rotenburg an der Fulda
Forstamt Rotenburg-Ost, Sälzerweg

Sehr geehrter Herr Wellmann !

Verargen Sie es mir bitte nicht, daß ich Sie unverzüglich mit einigen kühnen Wünschen überfalle, nachdem mir dieser Tage unser gemeinsamer Freund, Oberregierungsrat Professor Dr. Brundert Ihre Adresse anvertraut hat.

Wie Sie aus den beiliegenden Papieren ersehen können, bemühe ich mich bereits seit 14 Jahren um eine systematische Erforschung der deutschen Hitlerabwehr, wobei mir die Totenehrung ganz besonders am Herzen liegt. Daß es sich um eine durchaus seriöse Angelegenheit handelt, dafür spricht wohl überzeugend der Umstand, daß mir unser verehrter Bundespräsident schon vor vier Jahren als Anerkennung für meine Forschungsarbeit das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse verliehen hat. Dies natürlich bloß zu meiner Legitimation.

Wie Sie aus einem Exposé von Hugo Sieker, welches ich ebenfalls beilege, zu ersehen belieben, ist ein großes illustriertes Werk im Entstehen begriffen, welches auf mehr als 300 Seiten auch mindestens 120 Bilder enthalten soll. Es hat den Anschein, als ob hiermit ein wirklich wertvoller und gediegener Rückblick auf unsere alte deutsche Jugendbewegung, auf die zwanziger Jahre und auf die anschließende Hitlerkatastrophe geboten werden könnte.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Darf ich auch Sie noch um Ihre Mitarbeit bitten ?

Die ganze Publikation sollte ja ursprünglich eine Überraschung für mich werden. Aber ich wurde dann mit einer so großen Menge auffälliger Fragen bestürmt, daß dieses Geheimnis schon längst gelüftet ist. Und vielleicht ist es auch besser so, denn nun werde ich eingeweiht in alles und kann dazu beitragen, daß von vornherein Fehler, Mißverständnisse und bloß halbe Wahrheiten korrigiert werden.

Bei meinen speziellen Quellenstudien glaube ich entdeckt zu haben, daß man im Boberhaus geradezu eine Keimzelle des späteren Kreisauer-Kreises sehen darf. Es würde mich freuen, von Ihnen zu hören, daß Sie ähnlicher Meinung sind.

Schon vor Jahren verständigte ich mich hierüber mit Herrn Professor Rosenstock-Huessy, nahm auch unverzüglich nach seiner späten Heimkehr Fühlung mit meinem alten Freunde Dr. Hans Dehmel. So ungefähr ist mir der Personenkreis bekannt, der damals beteiligt war. Neben meinem Freunde Adolf Reichwein waren es u.a. die beiden Grafen Yorck, Graf Helmut von Moltke, Herr von Trotha (der ja vor einigen Jahren in Süd-Amerika verunglückte), die beiden Grafen von Einsiedel (von denen Wolfgang mich 1955 von London kommend hier besuchte), ferner etliche alte Wandervögel und Pfadfinder, die aber heute schwer zu erreichen sind, sofern sie überhaupt zu den Überlebenden gehören.

Es wird Ihnen gewiß verständlich sein, daß meine Freude groß war, als Herr Professor Brundert mir dieser Tage anvertraute, Sie seien über das Boberhaus gut orientiert und hätten auch Beziehungen zum Kreisauer-Kreis gehabt. Darf ich Sie nun wohl um Ihre Unterstützung bitten ? Ich weiß von vielen jungen Doktoranden, die ihre Dissertationen dem Kreisauer-Kreis widmen möchten, Zwar gibt mein Archiv über alle Bereiche und

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-706/26-722

Persönlichkeiten des Widerstandes verläßliche Auskünfte, aber Erschöpfendes ließ sich natürlich noch nicht erarbeiten; viel Lücken gibt es noch auszufüllen.

Die schon genannte Publikation wird Bilder von Adolf Reichwein und dem Grafen von Moltke enthalten. Mehrere Autoren kommen auch auf das Boberhaus zu sprechen. Ich möchte wünschen, daß gerade dieser Fragenkomplex recht gründlich geklärt würde. Darf ich hoffen, daß Sie dazu mit beitragen möchten ? Zu allem Überfluß hat es Hamburg damit nun schon brandeilig.
So wäre ich Ihnen für recht baldige Antwort doppelt dankbar.

Zu Ihrer Orientierung füge ich dieser Sendung mein Haubach-Gedenkbuch bei, welches Ihnen wahrscheinlich manche willkommene Aufschlüsse geben kann.
Es bleibt Ihnen gerne überlassen.

Mit hochachtungsvollem Gruß verbleibe ich
Ihr ergebener

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

18.3.1958

ED-106/26-221

Herrn Oberregierungsrat
Professor Dr. Willi Brundert
Rotenburg / Fulda
(Schloß)

Lieber Herr Professor !

Grollen Sie mir bitte nicht, weil ich mich heute schon wieder einmal in empfehlende Erinnerung bringen muß. Mir ist nämlich immer noch viel daran gelegen, über Löwenberg und das Boberhaus einiges mehr zu erfahren. An Herrn Forstmeister W. habe ich mich leider resultatlos gewandt; ich wurde nicht einmal einer Antwort gewürdigt. Sollte ich mir eine Taktlosigkeit ihm gegenüber geleistet haben ? Wenn Sie eine Möglichkeit haben, nächster Tage einmal mit Herrn W. zu sprechen, wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie zu meinen Gunsten intervenieren wollten.

Mit herzlichen Grüßen verbleibe ich Ihr

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Mag
23. August 1958

ED-106/26-222

Herrn Oberregierungsrat
Professor Dr. Willi Brundert
Rotenburg / Fulda
Schloß

Lieber Herr Professor!

Haben Sie herzlichen Dank für Ihr prächtiges Buch, welches ich natürlich sogleich verschlungen habe. Sehr erbaulich für mich war natürlich Ihre kräftige Abrechnung mit dem Freibeuter Fritz Lange, dem eigentlich auch noch eine spezielle Publikation gewidmet werden müßte. Ich habe den Kerl in Brandenburg aus allernächster Nähe und gründlich genossen!

Es wird auch Sie freuen zu hören, daß in dem umfangreichen illustrierten Werk, welches mir zum 70. Geburtstag gewidmet werden soll, auch Beiträge über Reichwein und das Boberhaus zu finden sein werden, dazu nicht weniger als 118 Bilder. Hans Dehmel habe ich nicht vergebens zu bitten brauchen, wahrscheinlich wird auch Herr Professor Borinski noch einiges über den Leuchtenburg-Kreis beisteuern.

Mit herzlichen Grüssen und Wünschen verbleibe ich

Ihr

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Prof. Dr. Brundert

Rotenburg a.d.F., den 24.3.1958

ED-106/26-223

Herrn
Walter Hammer
Hamburg 39
Veratücken 9

Lieber Herr Hammer!

Ich nehme an, daß Sie inzwischen mein Buch erhalten haben. Ich würde mich freuen, darüber gelegentlich von Ihnen zu hören.

Wegen Ihres Briefes vom 18.3.1950 habe ich mich nochmals mit Herrn Forstmeister Wellmann in Verbindung gesetzt. Er sagte mir, daß er Ihren Brief bereits am 16.2. beantwortet hätte. Um weiteren Mißverständnissen vorzubeugen, will er Ihnen in den nächsten Tagen eine Abschrift seines damaligen Schreibens schicken. Damit wird diese Angelegenheit dann erledigt sein. Sie haben ihm gegenüber keineswegs eine Taktlosigkeit begangen, da können Sie ganz unbesorgt sein.

Es wird Sie interessieren, daß zu Ostern erstmalig nach dem Krieg ein Treffen der ehemaligen Leuchtenburger stattfinden wird, an dem auch Fritz Borinski teilnehmen wird. Das Treffen findet in Rottenberg bei Aschaffenburg statt. Ich selbst will auch für einen Tag hinfahren.

Mit herzlichen Grüßen verbleibe ich

Ihr

Willi Brundert

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

27. März 1958

ED-106/26 - 220

Herrn
Professor Dr. W. Brundert
Rotenburg / Fulda
Schloß

Lieber Herr Professor!

Wirklich eine Wonne zu lesen, wie Sie jenem Fritz Lange heimgeleuchtet haben! Lassen Sie sich nochmals herzlich Dank sagen für Ihr vortreffliches Buch. Sie werden gegenwärtig wahrscheinlich alle Hände voll zu tun haben, um auf all die Beifallskundgebungen zu antworten, die sicher laufend bei Ihnen eintreffen werden.

Grollen Sie mir bitte nicht, wenn ich heute dessenungeachtet mit einer ebenso herzlichen wie dringenden Bitte zu Ihnen komme. Nachdem Herr Forstmeister Wellmann mir dank Ihrer Fürsprache inzwischen geschrieben und mir dabei einige wertvolle Aufschlüsse gegeben hat, fehlt Hugo Sieker für das mir zugedachte Buch immer noch ein knapper Beitrag über den Leuchtenburgkreis. Da Sie ohnehin zur Reise nach Rottenburg rüsten und sich geistig auf das Ostertreffen vorbereiten, wäre es Ihnen vielleicht unschwer möglich, auf ein oder zwei Seiten alles Wichtige über den Leuchtenburgkreis zu sagen, natürlich ganz besonders im Hinblick auf Adolf Reichwein. Darf ich Sie bitten, mich mit der Erfüllung dieses kühnen Wunsches noch vor Ihrer Abreise zu erfreuen?

Mit herzlichen Grüßen verbleibe ich

Ihr

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

30. März 1958

ED-106/26-225

Herrn Oberregierungsrat
Professor Dr. Willi Brundert
Rotenburg / Fulda
Schloß

Lieber Herr Professor!

Gewiß ist es Ihnen schon peinlich geworden, daß ich Sie fast Tag für Tag mit Briefen bombardiere. Aber Sie wissen ja, daß meine Bitten und Fragen einem guten Zweck dienen sollen.

Hoffentlich werden Sie meinen Wunsch noch vor Ostern erfüllen können, einen knappen Überblick zu geben über den Leuchtenburgkreis. Zu meiner Beschämung muß ich gestehen, daß ich auch vom Hottenroterbund nur wenig weiß. Vielleicht darf ich auch über ihn ein paar knappe Aufschlüsse erbitten?

Über Herrn Forstmeister Wellmann las ich mittlerweile in einem Buch von Friedrich Hielscher, welches gewiß auch für Sie bemerkenswert ist: " Fünfzig Jahre unter Deutschen" . 1954 bei Rowohlt erschienen. Die Adresse des Autors: Friedrich Hielscher, (13a) Münnerstadt, Leitschulweg 1.

Ja, während Ihrer Festungszeit ist so allerhand erschienen. Mindestens 2 Meter Literatur warten auf Sie!

Mit kameradschaftlichen Grüßen verbleibe ich

Ihr

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Prof. Dr. Brundert

Rotenburg a.d.F., den 9.6.1958

ED-106/26-226

Herrn
Walter Hammer
Hamburg 39
Verstücken 9

Sehr verehrter, lieber Herr Hammer!

Ich habe Ihnen heute einmal für Ihren letzten Brief und außerdem für die mir heute zugegangene Besprechung meines Buches aus dem "Hamburger Echo" zu danken. Die Herzlichkeit Ihres Briefes hat mich diesmal besonders gefreut. Ich erwidere sie mit dem Wunsch, daß Sie nun bald wieder von Ihrer Krankheit genesen werden.

Im übrigen wäre ich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir noch kurz mitteilen könnten, wann die obengenannte Buchbesprechung erschienen ist. Aus dem Zeitungsausschnitt ist das leider nicht zu ersehen.

Auf Ihr Buch freue ich mich sehr.

Mit herzlichen Grüßen bin ich

Ihr

Willi Brundert

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-196/26 -227

20.6.1958.

Lieber Professor Brundert !

Sie sollen doch den gewünschten Bescheid haben, auch wenn es mir im Augenblick miserabel geht. Ich hoffe, daß Sie die Kürze des Briefes verstehen und entschuldigen können. Jene Besprechung, die ich Ihnen vor vierzehn Tagen schickte, erschien in dem HAMBURGER ECHO vom 4.6.1958.

Halten Sie mir bitte auch weiterhin den Daumen - daß ich es noch schaffe ! Das Buch stellt mich vor eine sehr schwierige Aufgabe.

Mit herzlichen Grüßen verbleibe ich Ihr

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Prof. Dr. Brundert — Rotenburg a.d.F., den 26. 8. 1958

ED-106126 -228

Herrn
Walter H a m m e r
H a m b u r g 39
Veerstücken 9

Lieber Herr Hammer!

Ihrem freundlichen Brief vom 22.8.1958 habe ich mit Freude entnommen, daß es Ihnen offensichtlich gesundheitlich wieder gut geht. Es ist natürlich schade, daß sich die Herausgabe des Buches so verzögern soll. Was meinen angeblichen Beitrag angeht, darf ich Ihnen den Sachverhalt kurz wie folgt erläutern:

Sie hatten unmittelbar vor Ostern bei mir angefragt, ob es möglich wäre, einen kurzen Beitrag über die Entwicklung des Leuchtenburgkreises zu schreiben. Diese Frage habe ich dann auf der Leuchtenburgtagung im Spessart, die von Karfreitag bis Ostern stattfand, mit den dortigen Freunden besprochen. Wir kamen überein, daß Fritz Borinski den Beitrag abfassen sollte. Das ist auch geschehen. Jedenfalls hat mir Fritz Borinski etwa 14 Tage nach Ostern geschrieben, daß der Beitrag an Sie abgegangen wäre. - Um einen anderen Beitrag hatten Sie mich nicht gebeten. Ich kann also der Bitte Ihres letzten Briefes nicht entsprechen.

Zur Frage des Titels kann ich mich eigentlich auch nicht äußern. Das setzt doch die Kenntnis des ganzen Manuskripts voraus. Hinzu kommt, daß ich nicht weiß, an welchen Leserkreis Sie denken. Wenn das Buch im wesentlichen auf den Freundeskreis beschränkt bleibt, sagt der Titel "Der Hohe Meißner - Gelöbnis und Bewährung" relativ viel. Sollten Sie aber an einen größeren Leserkreis denken, bin ich skeptisch, inwieweit der "Hohe Meißner" noch Begriff ist. - Es wäre sicher gut, der heutigen Jugend ein gutes Buch über die Entwicklung

./.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

der deutschen Jugendbewegung vorlegen zu können. Wie weit Ihr Buch diesen Zweck erfüllen soll, entzieht sich meiner Beurteilung.

Für den Hinweis auf Ihren Aufsatz im "Parlament" danke ich Ihnen. Ich werde den Beitrag in den nächsten Tagen lesen.

Für heute verbleibe ich in Eile mit herzlichen Grüßen und den besten Wünschen für Ihre weitere Genesung

Ihr

Lili Bonnet

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

16. Juli 1965

ED-106/26-229

Lieber Willi Brundert!

Verargen Sie es mir bitte nicht, daß ich mir heute als alter Kampf-und Weggefährte diese altvertraute Anrede ausnahmsweise einmal gestatte.

Mit dem beiliegenden kleinen Paasche-Bild hoffe ich Ihnen eine kleine Ferienfreude bereiten zu können. Jahrelang hatte ich mich vergebens um dieses Porträt bemüht. Nun ist eine Vergrößerung auf 18:24 cm in Arbeit, die hinfort im Archivbau der Jugendburg Ludwigstein einen Ehrenplatz eingeräumt bekommen soll. Sie werden sich gewiß auch noch daran erinnern, daß es allemale Beifallsstürme gab, wenn aus den Negerbriefen unseres "Hutten des Freideutschtums" vorgelesen wurde. Treffender und herzerquickender ist ja auch wirklich sonst nie der deutsche Spießbürger, besonders der Saufstudent, "veräppelt" worden.

So wollen wir denn Hans Paasches in Verehrung und Dankbarkeit gedenken; am 22. Mai 1965 waren schon 45 Jahre verstrichen, seitdem man Paasche "auf der Flucht erschossen" hatte - wie später zur Hitlerzeit noch Hunderttausende, ja Millionen in aller Welt.

Mit herzlichen Grüßen und Wünschen verbleibe ich

immer Ihr

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/26-230

13. August 1965

Privatpost

Herrn Oberbürgermeister
Prof. Dr. Willi Brundert
F r a n k f u r t / M a i n

Lieber verehrter Willi Brundert!

Grollen Sie mir bitte nicht, daß ich Sie heute schon wieder einmal behellige, sogar gleich mit zwei Wünschen.

Bei meinen umfangreichen zeitgeschichtlichen Quellenstudien hat es noch immer eine ärgerliche Lücke gegeben: Wo ist der General der Artillerie Fritz Lindemann ums Leben gekommen? Er hatte sich sechs Wochen lang verborgen gehalten; als man ihn jagte, wurde er bei einem Schußwechsel schwer verwundet. Er kam in ein Lazarett und riß die Verbände los in der bewußten Absicht, seinem Leben ein Ende zu bereiten und derart durch keine Folter mehr zu Aussagen gezwungen zu werden können. Er starb hier in Hamburg, doch sind alle Bemühungen um eine Lokalisierung seines Todes und seiner Beisetzung resultatlos geblieben.

Der Bruder Hermann Lindemann, ein Industrieller, der zusammen mit Gustav Dahrendorf im Haus IV des Zuchthauses Brandenburg eingekerkert saß, ist nach seiner Befreiung schon 1951 gestorben. Die Generalswitwe hat lange Jahre hier in Hamburg gewohnt, ist aber verzogen, ohne daß ich sie noch wieder erreichen konnte. Der ebenfalls aus Brandenburg befreite Sohn Georg, Oberfähnrich a.D., ist ebenfalls von Hamburg verzogen. Er soll nach Frankfurt gegangen und dort im Rahmen der Frankfurter Allgemeinen Zeitung eine Wirkungsstätte gefunden haben. Da ich von ihm die noch fehlenden Aufschlüsse über den Vater erlangen könnte,

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/26 -23A

BUBER-NEUMANN, Margarete

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/26-282

Frankfurt/Main, den 7.November 1950

Herrn Walter Hammer

Hamburg 39

Bilser Str. 16d

Lieber Walter Hammer!

Ich habe ein sehr schlechtes Gewissen, daß ich erst heute Ihre Zeilen vom 9.Oktober beantworte. Aber die Zeit! Die Arbeit wächst mir über den Kopf, so daß der Tag herum ist, ohne daß man es merkt. Sie werden inzwischen von der Gründung des "Befreiungs - komitees ~~xxxxxxxxxx~~für die Opfer totalitärer Willkür" in Frankfurt/Main gelesen haben. Ein Rundschreiben füge ich bei, aus dem Sie unsere Aufgaben und Ziele ersehen können. - Die erbetenen beiden Bücher sind heute als Päckchen an Ihre Adresse abgegangen. Ihre Artikel im Freien Wort habe ich gelesen. Sollte mich mein Weg nach Hamburg führen - da ich eine "Reisetante" geworden bin, ist das nicht ausgeschlossen - werde ich Sie unbedingt besuchen. Für heute bitte ich Sie, sich mit diesen wenigen Zeilen zu begenügen.

Mit vielen herzlichen Grüßen

Ihre

M. Biber-Neumann

i. A. M. Grapp

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-906/26 - 283

12. November 1950

Frau
Margarete Buber=Neumann
F r a n k f u r t /Main
Gr. Friedbergerstr. 44/46 IV.
via Sekretariat des Befreiungskomitees

Liebe verehrte Kampf=und Weggefährtin!
Herzlichen Dank für die Freude, die Sie mir bereitet haben! Aber es lag keine Rechnung bei. Falls es sich um eine Dedikation handeln sollte, wäre ich Ihnen doppelt zu Dank verpflichtet.

Ich befindmich gesundheitlich in sehr schlechten Heften, fühle mich aber dich verpflichtet, Ihr Komitee mit einem Hinweis zu unterstützen, den Sie auf beiliegendem Blatt finden . Wohl unnötig zu betonen, dass grösste Diplomatie geboten ist, um Trude Marx nicht vollends in des Teufels Küche geraten zu lassen. Mit weiteren Aufschlüsse stehe ich nötigenfalls gerne zur Verfügung.

Mit herzlichen Grüssen und Wünschen
verbleibe ich Ihr

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106126 -234

BEFREIUNGSKOMITEE FÜR DIE OPFER TOTALITÄRER WILLKÜR

FRANKFURT AM MAIN 17.11.1950
Große Friedbergerstraße 44-46 IV

Ruf:
Postscheck:
Telegramme: Demok. Flm.

Herrn Walter Hammer

Hamburg 39
- - - - - - -
Bilser Str.16 d

Lieber Walter Hammer,

vielen Dank für Ihr Schreiben. Die Mitteilung, die Sie uns machen, ist sehr tragisch! Ist Ihnen bekannt, ob jemand in Berlin wohnt, der die Betreffende kennt, damit wir hier den Kontakt aufnehmen können? Vielleicht könnte man auf diesem Wege etwas erfahren. Das wäre die erste Möglichkeit, um evtl. mit ihr persönlich Verbindung aufzunehmen. Gerade einen solchen Menschen müßte man versuchen zu retten und herauszuholen.

Falls es Ihr Gesundheitszustand zuläßt, wären wir Ihnen für eine baldige Mitteilung in dieser Angelegenheit sehr dankbar.

Ihnen alles Gute wünschend, verbleibe ich

mit vielen herzlichen Grüßen

Ihre

Befreiungskomitee für
die Opfer totalitärer Willkür
Margarete Buber-Neumann

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

21.Januar 1951

ED-106126 -235

Liebe Margarete Buber-Neumann!

Leider kann ich erst heute auf Ihre freundlichen Zeilen vom 17. November zurückgreifen, denn es ging mir gesundheitlich recht schlecht. Eine Zeitlang sah es sogar so aus, als habe der Überfall in Brandenburg mir den Rest gegeben. Aber nun werden die Tage wieder länger, so hoffe ich, im Frühjahr mit dem übrigen Unkraut neu aufzublühen.

Vor einigen Tagen habe ich Adolf Grimme um Rat gefragt, doch weiss auch er über die Angehörigen von Trude Marx nichts zu sagen. Daraufhin habe ich mit alten Berliner Freunden in Verbindung gesetzt, die herauszubringen versuchen wollen, ob etwa Trude Marx aus Karlsbad zurückgekehrt ist. Das Wahrscheinlichste wird aber auch in diesem Falle sein, dass niemand weiss, wo Trude Marx geblieben ist. Aber wir müssen ihr unbedingt auf die Spur kommen.

Mit ebenso herzlichen Glückwünschen wie Grüssen

verbleibe ich Ihr

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

4. Februar 1951

ED 106/26 -236

Frau
Margarete Buber=Faust
Frankfurt a./Main
Robert Mayerstr. 20 IV

Liebe Margarete Buber=Neumann!

Es drängt mich doch, Ihnen unverzüglich mitzuteilen, dass ich der Trude Marx auf die Spur gekommen bin. Allerdings kann ich nicht dafür garantieren, dass diese Angaben stimmen. Es kann sich immerhin um eine blosse Ablenkung handeln. Man soll also Trude Marx nach ihrer Rückkehr aus Karlsbad auf eine Parteischule geschickt haben (an sich eine Geschmacklosigkeit sondergleichen!). Nach dieser Dressur hat man jedoch für sie noch keinen neuen Posten gefunden. In das VVN-Generalsekretariat ist sie jedenfalls nicht zurückgekehrt. Sie soll jetzt in Niederschönhausen wohnen, wo man sie wahrscheinlich argwöhnisch beobachtet. Wir sollten nicht aufhören, mit über sie zu wachen, wobei wir natürlich vermeiden müssen, den Argwohn der Gewaltherren noch zu vergrössern.

Mit gesinnungsfreundlichen Grüssen verbleibe ich
Ihr Kampf=und Weggefährte

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

20.Mai 1951

ED-106/26-283

Frau
Margarethe Buber-Neumann
Redaktion der "Aktion"
Frankfurt /Main
Gr. Friedbergerstr.44/46

Liebe Frau Buber-Neumann! Heute kann ich Ihrer AKTION eine kleine Delikatesse zur Verfügung stellen. Der Autor muss seinen Namen verschweigen, weil er sonst in grosser Gefahr schwebt. Auch selber möchte ich natürlich nicht genannt sein. Soviel aber über den Autor: Ein Mann von Rang und Ruf, der es auch famos verstanden hat, Majakowski zu parodieren. Teilen Sie mir Ihre Entscheidung bitte recht bald eben mit. Sie würden mit der Veröffentlichung dieses Angriffs gewiss Aufsehen erregen.

In alter gesinnungsfreundlicher Verbundenheit herzliche Grüsse und Wünsche!

Ihr

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

IN MEMORIAM WLADIMIR MAJAKOWSKI

Vor rund zwanzig Jahren nahm sich der einzige schöpferische Lyriker der russischen Revolution, Wladimir Majakowski, aus Enttäuschung über den nach Trotzkis Abgang eingeschlagenen Kurs (die Liquidierung der Revolution) das Leben. Er gehörte durchaus zu den heute so verfemten "Formalisten". Lediglich einige beiläufige Lobesworte Lenins haben sein Werk davor bewahrt, eingestampft zu werden. Man paradiert hoch mit ihm, natürlich zu Unrecht. Zwei Bände seiner Gedichte sind auch in deutscher Übersetzung im Verlag VOLK UND WELT erschienen (und bis auf diesen Tag noch nicht eingestampft!).

Dem Dichter Majakowski ist auf majakowski'sche Weise der folgende Nachruf gewidmet, dessen Autor aus zwingenden Gründen anonym auftreten muss.

Vorschlag für eine redaktionelle Notiz!

Institut für Zeitgeschichte Archiv

AKTION

ED 706/26 -239

MONATSZEITSCHRIFT · HERAUSGEGEBEN VON MARGARETE BUBER-NEUMANN

REDAKTION: FRANKFURT A.M., GROSSE FRIEDBERGER STRASSE 44-46
VERLAG UND VERTRIEB: FRANKFURT A.M., POSTSCHLIESSFACH 1771
POSTSCHECKKONTO: FRANKFURT A.M. 107681

den 27. Mai 1951

Herrn

Walter Hammer

H a m b u r g 39

Sehr geehrter Herr Hammer,

Ihr Schreiben vom 20.Mai ist bei uns eingegangen. Frau Buber-Neumann befindet sich jedoch augenblicklich auf einer Vortragsreise in Norwegen und wird erst Mitte Juni wieder in Frankfurt sein. Das Gedicht, das Ihrem Brief beilag, wurde an die Redaktion weitergegeben, die sich noch direkt mit Ihnen in Verbindung setzen wird.

Hochachtungsvoll
AKTION-Verlag
i.A. M. Krapp

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 1961/IV-280

26.August 1951

Frau
Margarethe Buber-Neumann
Frankfurt a./Main
Gr. Friedbergerstr. 44/46

Lieber Gesinnungsfreund! Anbei meine letzte Rundfunkrede, die vorgestern auch noch vom Frankfurter Sender herausgebracht wurde. Im übrigen muss ich mich einmal nach dem Schicksal jener Majakowski=Parodie erkundigen, die ich Ihnen etwa vor einem Vierteljahr für Ihre Zeitschrift geschickt habe. Ich schrieb Ihnen seinerzeit, dass der Autor ein namhafter Dichter sei, der aber nicht mit seinem Namen hervortreten wolle. Es wäre mir nun doch sehr lieb, wenn ich ihm recht bald Ihre Entscheidung mitteilen dürfte.

Nachträglich übrigensnoch:den Wortlaut meiner Rundfunkrede schicke ich Ihnen nur zur freundlichen Kenntnisnahme und keineswegs um Ihnen den Abdruck zuzumuten.

Mit herzlichem Gesinnungsgruss verbleibe ich

Ihr

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-906/23-74 A

2.September 1951

Frau
Margarethe Buber-Neumann
Frankfurt a./Main
Gr Friedbergerstr. 44/46

Lieber Gesinnungsfreund! Erst vorigen Sonntag hatte ich Ihnen geschrieben wegen eines Gedenkartikels (Majokowski), den ich Ihnen am 20. Mai geschickt hatte. Heute komme ich Ihnen nun mit einem weiteren Wunsch. Sollten Sie meine leider mit tollen Setzfehlern durchsetzte Artikelserie "Europäer in den Höllen Hitlers" im FREIEN WORT gelesen haben, dann werden Sie sich vielleicht erinnern, dass ich darin auch auf den spanischen Ministerpräsidenten Largo Caballero zu sprechen gekommen bin. In dem besonders wertvollen Heft 6 Ihrer "Aktion" lese ich nun Caballero=Erinnerungen von Hellmut Draus Tychssen. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir die Adresse dieses alten Sachsenhausenersanvertrauen wollten.

Mit herzlichen Gesinnungsgrüssen verbleibe ich
Ihr

Institut für Sozialgeschichte - Archiv

EB 906/26 - 200

7.Oktober 1951

Frau
MargareteBuber-Neumann
Frankfurt / Main
Robert Mayerstr. 20 IV

Liebe Margarete Buber-Neumann!

Es ist zwar schon geraume Zeit her, dass ich Sie um die Adresse jenes Ihrer Mitarbeiter bat, der in der "Aktion" über Sachsenhausen und den Spanier Cabellero geschrieben hatte. Noch habe ich die Hoffnung nicht aufgegeben, dass Sie meine Arbeit in der erbetenen Weise unterstützen werden, würde Sie dann aber bitten, mir noch eben zu verraten, ob Sie mit Martin Buber verwandt sind. Schliesslich wäre es für mich noch sehr wissenswert, ob Sie und Heinz Neumann unserer alten Jugendbewegung nahegestanden haben und vielleicht als besondere Gesnninungsfreunde von Hans Paasche bezeichnet werden können.

Mit freundlichen Grüssen verbleibe ich

Ihr

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-706/8-243

AKTION MONATSZEITSCHRIFT · HERAUSGEGEBEN VON MARGARETE BUBER-NEUMANN

EDAKTION: FRANKFURT A.M. GROSSE FRIEDBERGER STRASSE 44-46
ERLAG UND VERTRIEB: FRANKFURT A.M. POSTSCHLIESSFACH 7775
TELEFON: 44449, POSTSCHECKKONTO: FRANKFURT A.M. 107431

den 12. Oktober 1951

Herrn
Walter Hammer
Hamburg 39
- - - - - - -
Bilserstr. 16d

Sehr geehrter Herr Hammer,

entschuldigen Sie, bitte, daß in der Beantwortung Ihrer Schreiben eine Verzögerung eingetreten ist. Frau Buber-Neumann war in den letzten Wochen verschiedentlich im Ausland auf Vortragsreisen und ist kurzzeit leider erkrankt. Nach ihrer Gesundung wird sie auf die persönlichen Fragen Ihres Briefes selbst eingehen. Wir möchten Ihnen heute nur mitteilen, daß der Verfasser des Artikels über Caballero Herr Drews-Tychsen, Pappenheim/Mittelfranken, ist.

Hochachtungsvoll
Monatsschrift AKTION
i.A. M. Grupp

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

» AKTION « ED-105/26 - 244

MONATSZEITSCHRIFT - HERAUSGEGEBEN VON MARGARETE BUBER-NEUMANN

Herrn
Walter Hammer

Hamburg 39

Bilserstr. 16 d

FRANKFURT - MAIN, den 20.2.1952
Vilbeler Straße 31 - Telefon 44442
R/s.

Sehr geehrter Herr Hammer,

Frau Margarete Buber-Neumann hat mich gebeten, das an sie gerichtete Schreiben zu beantworten und gleichzeitig sie für die verspätete Erledigung zu entschuldigen. Infolge der ausserordentlichen zeitlichen Beanspruchung von Frau Buber-Neumann war es ihr beim besten Willen nicht möglich, früher auf Ihre Nachricht einzugehen. Wunschgemäss teilen wir Ihnen die Anschrift von Herrn Draws-Tychsen mit:

Hellmut Draws-Tychsen,
-13a- Pappenheim/Mittelfr.
Altes Schloss

Das von Ihnen uns seinerzeit überlassene Manuskript "Ein Dichterleben" müssen wir Ihnen trotz reiflicher Überlegung zurückschicken, da wir zur Zeit leider nicht den notwendigen Raum zum Abdruck zur Verfügung haben. Wir hoffen, dass Sie über diesen Bescheid nicht allzu sehr enttäuscht sind und würden es begrüssen, von Ihnen in absehbarer Zeit unverbindlich einen Beitrag zu erhalten.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Monatsschrift AKTION
Redaktion

(Georg Romeiser)

1 Anlage!

Redaktion: Frankfurt a. Main, Vilbeler Straße 31 - Verlag u. Vertrieb: Frankfurt a. Main-1 - Postschließfach 1774 - Telefon 44442
Postscheck-Konto: Aktion-Verlag Helmuth Faust, Nr. 107631 Frankfurt a. Main

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/26 -245

IN MEMORIAM WLADIMIR MAJAKOWSKI

im Alter von 37 Jahren

Vor rund zwanzig Jahren nahm sich der einzige schöpferische Lyriker der russischen Revolution, Wladimir Majakowski, aus Enttäuschung über den nach Trotzkis Abgang eingeschlagenen Kurs (die Liquidierung der Revolution) das Leben. Er gehörte durchaus zu den heute so verfemten "Formalisten". Lediglich einige beiläufige Lobesworte Lenins haben sein Werk davor bewahrt, eingestampft zu werden. Man paradiert hoch mit ihm, natürlich zu Unrecht. Zwei Bände seiner Gedichte sind auch in deutscher Übersetzung im Verlag VOLK UND WELT erschienen (und bis auf diesen Tag noch nicht eingestampft!).

Dem Dichter Majakowski ist auf majakowski'sche Weise der folgende Nachruf gewidmet, dessen Autor aus zwingenden Gründen anonym auftreten muss.

Walter Hammer

Vorschlag für eine redaktionelle Notiz!

Institut für Zeitgeschichte München

Vor 2o Jahren nahm sich
Wladimir Majakowski
im Alter von 37 Jahren
das Leben.

ED-106/24-206

E i n D i c h t e r l e b e n ...

Meine ruppige Kehle
soll Euch alle erschrecken. Ich -: geboren
aus einem Frauenlächeln auf Sprungfedersofa,
Gymnasiast und Bolschewik. Einer, der Astern
und Rubine aus Zarengärten brechen wird.
(Verse. Verse. Auch Verse sind ein
Weltenbeben.)

Tagesbefehl Sektion Lyrik, 1916: "Pißt an Paläste.
Furzt in Kirchen. Für Bettler und Muschiks sein
Herz zerharfen." Moskau wird Gottes Saum!
Und wenn das Bürgerpack in Schützengräben
seine Saat vertut -- treibt Eure Hirne als Drillbohrer
in den Globus! Rüsselt die Furchen der Kontinente
auf, brüllt: "Waffen nieder! Alle!"
Gebirge schwenken ein, die Generäle taun wie Schnee.
(Aber Schlachtenmosaik: Ergötzungen, gut für
Epiker. Lyrik heisst: Plakate. Ich bin die
Posaune der Revolution.)

Saht Ihr wohl anno siebzehn
Lenins Raketenschweif an Sterne stossen?
Herbstblutrote Degen; chrysanthemen Bajonette;
so ernten Schnitter ein Jahrtausend ab.
Wir wohnten da auf Schädelstätten. Millionen
Knöchlein -- ach, du süsse Flöte! "Auf --
zum letzten Gefecht!"
Die Utopiensteppe wuchert Antithesen --

-- doch wenn Dschugaschwili
die Fahnen fälscht und unsern Drusch in seine Scheuer
fährt -: auch Jakob diente einmal sieben Jahre. Und
wachte nur an Leas kalter Lende auf, genarrt.
Ich speie grünes Gelächter in die Georgierfresse:
"Auf diese Stirn --"
(zerspellter Marmor, Frauentränen netzten sie)
"auf diese meine Stirne setz ich selbst
den Schlusspunkt aus Blei!"

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Ihr Brief durchaus!

16. März 1955

Als aussichtslos Briefwechsel abgebrochen! ZWH

ED-906/10-242

Frau
Margarete Buber-Neumann
Frankfurt/Main
Fahrgasse 88

Liebe verehrte Frau Buber-Neumann!

Verschiedentlich habe ich Sie brieflich zu erreichen versucht- leider immer vergebens. Ich konnte mir Ihr langes Schweigen gar nicht erklären. Ihre Warnrufe sind doch so wichtig und Ihr ganzes Schaffen ist so verdienstlich.

Sie wissen wohl schon, daß ich an einem großen illustrierten Werk arbeite, worin ich die Leidenswege und den Opfergang unserer deutschen Parlamentarier in der Hitlerzeit würdigen will. Selbstverständlich werde ich auch der Köpfe im Lager der KPD gedenken, dabei auch die Opfer nicht vergessen, die namentlich in Rußland gebracht worden sind. Ich habe verschiedene brauchbare Bilder bereitliegen, so auch eines von Heinz Neumann. Es wäre mir schmerzlich, wenn wesentliche Lücken blieben. Darf ich Sie wohl bitten, mir einmal die Namen derjenigen alten deutschen Parlamentarier anzuvertrauen, die ganz bestimmt im Paradies aller Werktätigen umgebracht worden sind. Sie sind hierüber ja hervorragend gut orientiert.

Ein Jammer, daß Ihre "Aktion" so jäh zu erscheinen aufhörte. Da ist wirklich eine schmerzliche Lücke entstanden. Aber ich weiß ja, welch Riesenkapital zur Verfügung stehen muß. Sicher haben Sie Ihre ganze schmerzlich erkaufte Haftentschädigung zubuttern müssen.

Für recht baldige Wunscherfüllung wäre ich Ihnen besonders dankbar.

Mit herzlichen Grüßen und Wünschen
verbleibe ich Ihr

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/25 -248

MARGARETE BUBER-NEUMANN

FRANKFURT A. M., 5. Juni 1955
Fahrgasse 88

Herrn
Walter Hammer
Hamburg 39
Veerstücken 9

Sehr geehrter Herr Hammer,

Es tut mir leid, dass ich Ihnen bisher nicht geantwortet habe, doch habe ich durch eine mehrwöchige Vortragsreise nach Skandinavien einfach keine Zeit erübrigen können.

Über das Schicksal von Heinz Neumann, meinem Lebensgefährten, schrieb ich, wie Sie ja wissen, in aller Ausführlichkeit in meinem Buch "Als Gefangene bei Stalin und Hitler". Seit seiner Verhaftung durch die NKWD in Moskau im April 1937 sind jetzt 18 Jahre vergangen, und ich habe keinerlei Nachricht über sein weiteres Schicksal erhalten. Er dürfte wie zehntausende anderer Opfer der Grossen Säuberung in irgendeinem sowjetrussischen Gefängnis ums Leben gekommen sein. Es gibt unverbürgte Gerüchte, dass er im Sommer 1938 auf besonderen Wunsch von Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht ohne Gerichtsverfahren erschossen worden sei.

Natürlich kenne oder besser kannte ich eine ganze Reihe weiterer kommunistischer Abgeordneter, die in Sowjetrussland verhaftet wurden und verschwanden, aber , lieber Herr Hammer, ganz ehrlichgestanden ist es mir im Moment unmöglich, so aus dem Stegreif über das Schicksal dieser Menschen zu schreiben. Es sind fast 20 Jahre vergangen und ich müsste meine Erinnerungen erst sorgfältig überprüfen. Dazu fehlt mir vor allen Dingen die Zeit.

Bitte, nehmen Sie mir meine Absage nicht übel. Ich wäre jederzeit gern bereit, meine Erinnerungen an diese Menschen irgendjemand ins Stenogramm zu diktieren.

Mit den besten Grüssen

Ihre

Margarete Buber-Neumann

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

MEIN WEG ZUR „AKTION"

MARGARETE BUBER-NEUMANN

Es war an einem regnerischen Herbsttag im September 1946, als die „Kastelholm", ein Schiff des Schwedischen Roten Kreuzes, langsam von Lübeck [illegible] die Trave abwärtsfuhr. Unfaßbares Glück, nach einem Jahrzehnt der Schreckens und der Gefangenschaft noch einmal ein neues Leben beginnen zu dürfen! Als Kommunistin war ich 1935 nach Moskau gekommen. 1937 hatte man mich verhaftet und ohne Gerichtsverfahren zu 5 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Zwei Jahre lang saß ich in Karaganda, in einem Lager der Kasakischen Hungersteppe in Südsibirien nahe dem Balkaschsee. Es war eine verlorene Gegend, und als sie mich 1940 nach Moskau holten, atmete ich auf. Für kurze Zeit, denn es geschah nur, um mich an die Gestapo auszuliefern. Die Deutschen schickten die kommunistische Agentin ohne viel Federlesens nach Ravensbrück. In den letzten Tagen des Krieges, im Schutz der großen Unordnung konnte ich vor der Roten Armee über die amerikanischen Linien entkommen.

NEUES LEBEN

Das war alles vorbei . . . Es war mir, als ließe ich mit jeder Runde, die da am Ufer im Nebel verschwand, die lastende Vergangenheit zurück. Mit diesem Schiff fuhren DP's — viele aus Konzentrationslagern wie ich —, Auswanderer, Repatriierte und einige Deutsche, die nach Schweden als Gäste geladen waren. Ein Schiff voller Erwartung. Ueber die Ostsee mit Schaumkronen, Möwen und Minengefahr suchte sich die „Kastelholm" langsam ihren Weg. Mitten in der Nacht landeten wir in Hälsingborg, und mit Omnibussen transportierte man uns Seuchenverdächtige in die ehemalige Zitadelle Landskrona, die Quarantänestation des Schwedischen Roten Kreuzes.

Eine sanfte Glocke rief am nächsten Morgen zum Frühstück, und Schwedinnen mit freundlichen, ausgeruhten Gesichtern betreuten uns. Woher nahmen diese Leute die Ausgeglichenheit? Seit 1945 hörten sie doch Tag für Tag von dem, was in Deutschland geschehen war! Hatten sie mehr Kraft oder vielleicht weniger Gefühl, weniger Phantasie — Als wir dann in der Herbstsonne auf den Wällen der Zitadelle spazierengingen, das Meer in der Ferne glitzerte und jenseits des Festungsgrabens farbenprächtig gekleidete Kinder im Herbstlaub spielten, überkam mich ein lange vergessenes Gefühl der Sicherheit und des sinnvoll geordneten Lebens. So also sieht ein Land aus, das seit hundert Jahren keinen Krieg mehr kennt. Ob man auch noch einmal so werden kann wie diese Menschen, so sicher und zukunftsgläubig? Und ich sagte zu meinem Begleiter auf dem Festungswall: „Von jetzt ab will ich nichts mehr mit Politik zu tun haben, ich will nur noch ein Privatleben führen."

Das gastfreundliche Schweden gab mir als ehemaliger Kerkerin einen schwedischen Ausländerpaß, bot mir eine neue Heimat und als Aufenthalt eine der schönsten Städte Europas, Stockholm. Eine Großstadt auf Klippen erbaut und durch gigantische Brücken verbunden. Nichts war zerstört, nichts zusammengestürzt. Nachts erstrahlten die Straßen in einer Flut von Licht. Warenhäuser, Märkte und Läden waren voll von allem, was man sich nur wünschen konnte. Man sah keine Lumpen, alle schienen satt und wohlhabend. Und dennoch ...

DARF ICH SCHWEIGEN?

Bald begannen die ersten Gespräche mit den Menschen dieses Landes. Es war mir nicht möglich, zu schweigen über das Erlebte. In Sibirien, im Fernen Osten, am Polarkreis, überall hinter dem Eisernen Vorhang litten nach wie vor Millionen Unschuldiger in Stalins Konzentrationslagern. In Schweden wußte man so gut wie nichts davon. Man weigerte sich, diese Verbrechen denen Hitlers gleichzusetzen. Ja, nicht einmal die Verbrechen Hitlers waren diesen Menschen sehr tief in das Bewußtsein gedrungen. Ich bemühte mich, ihnen dieses Ungeheuerliche klarzumachen. Man hörte mich an, nur wenige begriffen, warum dies alles geschehen war, viele waren voller Mitleid, doch im Grunde genommen verständnislos. Während dieser Berichte, die nach und nach zu Vorträgen wurden, bekam ich einen immer größeren Abstand zu dem Erlebten, und dadurch wurden mir nicht nur die politischen Zusammenhänge klarer, ich erkannte mehr und mehr die tödliche Gefahr, die Europa drohte. Damals begann ich, meine Erinnerungen aufzuzeichnen. Das Buch half mir, hoffentlich auch anderen, bei der Suche nach Klarheit.

EUROPA 48

In Schweden las ich nach langer Zeit zum ersten Male wieder regelmäßig ausländische Zeitungen. Stockholm, Metropole der Neutralität, ist infolge dieser Neutralität zu einem Brennpunkt geworden, einem architektonischen Punkt außerhalb der Kampfplätze der hitzigen Tagespolitik. Man hört, hört, diskutiert viel, ja, alles, und man ist dennoch herausgehoben aus der Wirrnis. Man überschaut ein Panorama. Und welch ein Panorama! Wir schreiben das Jahr 48, 1948, Gedenkjahr an eine Revolution, eine große Bemühung, die im Sande verlief. Wieviel ist seither im Sande verlaufen, wieviel Bemühungen, wieviel Blut! In Deutschland bauen sie die Paulskirche wieder auf. So von oben betrachtet steht diese Paulskirche klein und zerbrechlich zwischen zwei Ungeheuern. Drei Jahre sind seit Beendigung der Kampfhandlungen vergangen. Nachdem der Ungeist der Gewalt Zeit gehabt hatte, in zwei Ländern, zwei Völker zwingend, zu vernichtender Uebermacht zu wachsen, nachdem einer der feindlich-freundlichen Brüder den anderen so sehr überschattete, daß der Ungeist dieses anderen den erstaunten Beobachtern fast aus den Augen

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 100/28-15

kam, brach ein Krieg aus. Es war ein schrecklicher Krieg, und hatte man ihn weder herbeigewollt noch herbeigezwungen, und war er auch das Werk des Ungeistes selbst, so fand man sich doch darein und sah bald in ihm den einzigen Weg, dieses Ungeistes Herr zu werden. Es ist eine harte Sache, seine letzten Hoffnungen auf Menschlichkeit an die Ultima ratio Krieg hängen zu müssen. Dennoch schien dieser Krieg wie kein anderer befrachtet mit Hoffnung. Der Sieg der Demokratien schien diese Hoffnung zu rechtfertigen. Wenn auch der Bruder des besiegten Ungeistes, der andere, der östliche Ungeist, zu ihren Bundesgenossen zählte.

Und jetzt, das heißt damals, 1948, in Stockholm: Der Geschlagene ist von neuem erwacht. Auf Schleichwegen drängt er sich vor, so von oben gesehen mächtig genug, noch völlig daheim unter denen, die früher in seinem Zeichen gesiegt hatten. Zu ganz riesenhafter, alles beherrschender Größe aber ist jener östliche Ungeist gewachsen. Er ist nicht mehr zu übersehen. Und sein westlicher Bruder, der scheinbar Vernichtete, gedeiht prächtig, weil er behauptet, er habe es schon immer gesagt, sein Bruder sei eine Gefahr für die freiheitliche Welt. Eine böse Konstellation. Nicht nur die Paulskirche liegt klein und zerbrechlich inmitten.

ANGST

Was tun die Menschen? Handeln sie? Reden sie? Suchen sie nach Auswegen? Sie sind weder stumm noch gelähmt. Und sie tun dennoch nicht viel, das Verhängnis abzuwehren. Teils mit verbundenen Augen, teils mit dem neu erwachten Ungeist Hand in Hand befassen sie sich mit Restauration. Europa hat Angst. Diese Angst treibt es vorwärts auf dem Wege zur langersehnten Einigung. Aber Europa hat auch Angst vor seinem eigenen Mut. Es liebt die Restauration. Und diese beiden Aengste heben einander auf. Von Lähmung fast zerrissen tritt Europa auf der Stelle. Und ist heute noch ungeeint.

Amerika war eine große Gelegenheit geboten worden, die Grundsätze der Proklamation von 1776 tatsächlich zu l e b e n. Es hatte sein Bestes getan, aber es war innerlich nicht sehr gut vorbereitet. Es hatte noch nicht genug gelitten. Es stand laut und etwas hilflos inmitten des alten, brüchigen Europa. Zwei Jahre sollte es noch dauern, bis es anfing, politisch reif zu werden.

Stockholm war 1948 so schön wie am Tage meiner Ankunft im Herbst 1946. Nichts störte das friedliche Bild. Abend für Abend war die Stadt in das kühle Meer der Lichter getaucht. Und doch begann sie unmerklich, sich zu verändern. Oder war es mein Blick, der sich wandelte? Wie verwandelt sah eine Stadt, wenn man erkannt hat, daß die eigene böse Vergangenheit für Millionen noch eine nicht minder böse Gegenwart ist und, setzen wir uns nicht bezeiten zur Wehr, für uns alle eine infernalische Zukunft werden kann? Rahe und Frieden, unterschrie Straßenzeilen verlieren an Ueberzeugungskraft, die alten Schwüren beginnen von neuem zu brennen.

DIE RITTERLICHE PHALANX

Im Januar 1949 reiste ich nach Paris zum Kravtschenko-Prozeß. Ich hatte mich als Zeugin gemeldet. Die Stadt, die ich 1935 zum letztenmal gesehen hatte, schien nur so zauberhaft wie einst. Wo ist Europa, wenn nicht Paris? Warum war ich hierhergekommen? Dieser Viktor Kravtschenko hatte seine Erinnerungen niedergeschrieben, Erinnerungen an sein Leben als Manager im stalinistischen Rußland. Das Buch hieß „Ich wählte die Freiheit", denn er war eines Tages zu den Kapitalisten übergelaufen. Ich weiß nicht, ob er begriff, was er da gewählt hatte, ich wußte nur, daß seine Angaben sich mit meinen eigenen Erfahrungen deckten. Also mußte ich für ihn zeugen, als eine kommunistische Zeitschrift in Frankreich ihn der Lüge geziehen hatte.

Ich saß außerhalb des Gerichtssaals, im Raum für die Zeugen. Neben mir hockten aufgeregte Menschen, einfache Leute, russische DP's aus den Lagern Westeuropas, Bauern, Arbeiter, Soldaten, Männer und Frauen mit schweren Schicksalen. Sie sahen bedrückt aus. Sie fürchteten sich vor der Aussage. Jedesmal, wenn sich die Tür des Gerichtssaals öffnete, brach das Gezeter der Zuhörer in unser kleines Zimmer. Die Kommunisten waren zahlreich erschienen. Sie empfingen jeden einzelnen der Zeugen Kravtschenkos mit dem gleichen stereotypen Gebrüll: „Kollaborateur! Spion! Vaterlandsverräter!" Sie waren ihrer Sache sicher, obwohl sie unrecht hatten. Die Zeugen für die Wahrheit mußten eingeschüchtert werden. Und da war die glanzvolle Reihe der Zeugen für die Sache des Stalinismus: die Crème der europäischen Intelligenz, Nobelpreisträger und Kirchenfürsten, Dichter und Politiker, die Herren Joliot-Curie und Vercors, Zilliacus und der Erzbischof von Canterbury. Sie verteidigten die Lüge in wohlgesetzten Worten. Es war einer der schönsten Augenblicke meines Lebens, als den kommunistischen Zuhörern bei meiner Geschichte das Gebrüll in die Kehle stockenblieb. Einige aus dieser ritterlichen Phalanx haben bald daraus die Konsequenzen gezogen.

Die freundliche Apathie der Menschen in Schweden hatte mich mein erotisches Privatleben aufgeben lassen. Doch ich hatte im stillen immer wieder gehofft, diese Rückkehr zur Politik könne zeitlich begrenzt werden, brauche nicht endgültig zu sein. Hier in Paris, angesichts der leidenden Dutzende, angesichts der intelligenten, in ihrem Fach jeweils bedeutenden Europäer, die trotz allen Enthüllungen bereitwillig den Ungeist verteidigten, hier erkannte ich, daß ein Privatleben eine Vermessenheit wäre in dieser Zeit. Ich habe damals erlebt, daß Kommunisten ihre Parteibücher zerrissen, als sie hörten, Stalin habe politische Emigranten an Hitler ausgeliefert. Die Welt weiß immer noch zu wenig!

DIE „HEIMATLOSE LINKE"

Länger als anderthalb Jahrzehnte war ich ein Mitglied der Kommunistischen Partei gewesen. Ich hatte Zeit und Gelegenheit genug gehabt, den

Institut für Zeitgeschichte Archiv

Verfall der kommunistischen Idee zu beobachten. Ich sah die freien Ländersektionen der Komintern nach und nach zu Werkzeugen der sowjetrussischen Politik werden. Die meisten meiner Freunde waren verhaftet worden und verschwanden für immer. Ich lernte aber auch die Tragödie des gläubigen Kommunisten kennen, der sich gezwungen sieht, den endgültigen Bruch zu vollziehen. Er gehört dann meist — so wie ich — zur sogenannten „heimatlosen Linken". Kein schönes Wort, und häufig so abfällig geäußert! Die ihrer Sache immer Sicheren sind übrigens unter jedem System zur Grausamkeit geneigt. Sollte aber ihre Sache die Sache der Demokratie, die Sache der Freiheit, der Wahrung der Menschenrechte sein, so mögen sie gewiß sein, daß diese Frauen und Männer der „heimatlosen Linken" wertvollste Bundesgenossen sein können, sollten sie auch ihrerseits Eigensinnigkeiten und einen leisen Hang zur Demagogie mitbringen. Es stellt sich in Zeiten der Verwirrung manchmal heraus, daß die Beständigkeit der erfahrenen Einzelnen mehr vermag als das Gerede der aufgeschwatzten Vielen. Wenn ich mein kleines Boot nicht an die gigantischen Schlepptaue der Parteipolitik gehängt habe, so ist es nur, weil ich die Freiheit lieben gelernt habe, und um die geht es ja uns allen.

JA ZUM SOZIALISMUS

Der bekehrte Kommunist neigt leicht der Gefahr, zu weit in die entgegengesetzte Richtung zu pendeln. Er neigt dazu, gerade die Dogmen zu übernehmen, um deren Zerstörung es ihm ehemals gegangen war. Seine Enttäuschung ist so groß, daß er bereit ist, seine Bundesgenossen da zu nehmen, wo sie sich ihm bieten. Das ist verhängnisvoll, wenn auch begreiflich. Ich bin heute keine Marxistin mehr, aber ich weiß, daß es notwendig ist, ein besserer Sozialist zu werden, als uns die doktrinäre Schule des Marxismus jemals ermöglichte. Es geht immer noch um eine schönere Zukunft für uns alle. Restauration auch der sozialen Verhältnisse aber würde uns jede Aussicht auf diese schönere Zukunft für immer nehmen.

AKTION

Als ich 1950 endgültig nach Deutschland zurückkehrte, fand ich die Verhältnisse in meiner Heimat, in ganz Westeuropa verworrener denn je. Das Selbstbewußtsein war einer sorgenvollen Beklommenheit, einem allgemeinen Fatalismus gewichen. Sollte der Ungeist den Geist Europas in einem Jahrhundert zum zweitenmal niederknüppeln? Wir sind nicht so schwach! Wir haben etwas, was der Ungeist nicht hat: wir haben die Wahrheit, mag sie auch nicht immer ganz stichhaltig sein, wir haben die Menschlichkeit, mag sie auch unsere Blöße nicht immer decken, und wir haben die Freiheit, mag sie auch hier und da dunkle Flecken haben. Wer jemals in seinem Leben dieser Schätze verlustig ging, vermag zu erkennen, daß ohne sie die Welt eine Hölle ist, daß aber mit ihnen auch ein Untergang noch erträglich sein kann, geschweige denn das Bestehen gegen den Feind. Und noch eins haben wir: die

Verantwortung für die Millionen von Menschen, die in Sklaverei gefangen liegen, die von uns ihre Befreiung erwarten. Es ist uns auferlegt, zu wählen zwischen Gut und Böse, und diese Wahl wird endgültig sein. Da hilft uns keine Flucht in einen schwächlichen Relativismus.

Möge diese Zeitschrift dazu beitragen, die schlummernde Widerstandskraft zu wecken. Ihr Name ist „AKTION", und sie ist ein Meilenstein auf dem politischen Wege, den ich gehen mußte, weil ich meine Erfahrungen nicht begraben konnte.

„Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für die Mitglieder einer Partei — mögen sie noch so zahlreich sein — ist keine Freiheit. Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden. Nicht wegen des Fanatismus der „Gerechtigkeit", sondern weil all das Belehrende, Heilsame und Reinigende der politischen Freiheit an diesem Wesen hängt und seine Wirkung versagt, wenn die Freiheit zum Privilegium wird.

Das öffentliche Leben der Staaten mit beschränkter Freiheit ist eben deshalb so dürftig, so armselig, so schematisch, so unfruchtbar, weil es sich durch Ausschließung der Demokratie die lebendigen Quellen allen geistigen Reichtums und Fortschritts absperrt.

Mit den Erdrücken des politischen Lebens im ganzen Lande muß auch das Leben in den Sowjets immer mehr erlahmen. Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie das allein tätige Element bleibt. Diesem Gesetz entzieht sich niemand .... Die Schreckensherrschaft demoralisiert."

(Aus: Rosa Luxemburg: „Die Russische Revolution", Eine kritische Würdigung, geschrieben 1918.

Freiheit

John Barbour. Um 1316—1396

Ja, Freiheit ist ein edel Stückl
Freiheit ist Mannes Freud und Glück.
Kein Trost so rein vom Himmel schwebt,
Der lebt erst, der in Freiheit lebt!

Wer je gekost't, was Freiheit ist,
Der weiß und kennt sie jeder Frist;
Der acht' sie mehr als Gut und Geld,
Mehr als das Gold der ganzen Welt.

Uebersetzt von Ferdinand Freiligrath.

Institut für Sozialgeschichte Archiv

sei, so bemerkte Herr Roland Freisler, endlich der „schlagende wissenschaftliche Beweis der völligen Selbständigkeit der nationalsozialistischen Grundlagen" erbracht worden.

Hinter dieser völkischen Mythologie, hinter den Worten von der Artgleichheit, Führerschaft, staats- und volkstragender Bewegung etc. verbarg sich in Wirklichkeit ein den militärischen Prinzipien von Befehl und Gehorsam von oben nach unten und in allen seinen Zweigen unterworfener Staat. Aus der Weimarer demokratischen Republik war eine völkisch getarnte Kaserne geworden, in der der imperialistische Krieg des deutschen Faschismus vorbereitet wurde.

Die nationalsozialistischen Staatsideologen haben sich auch bemüht, eine Theorie der imperialistischen Aggression, der Hitlerschen Außenpolitik, der sog. „Großraumpolitik" zu entwickeln. Auch hier hat Carl Schmitt, der schon während der Weimarer Republik Angriffe gegen den Genfer Völkerbund, die Verbindlichkeiten internationaler Verträge und gegen Sowjetrußland gerichtet hatte, die Führung ergriffen. Im Jahre 1932 schrieb er über „Völkerrechtliche Formen des modernen Imperialismus", 1939 über das Thema „Großraum gegen Universalismus", und im Jahre 1940 suchte er in einer Schrift mit dem bezeichnenden Titel „Völkerrechtliche Großraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte" den „Reichsbegriff" in das Völkerrecht einzuführen. Es handelte sich hier darum, die Großräume und Reiche für die Ziele der Hitlerschen Aggression und Expansion abzustecken und juristisch zu rechtfertigen. „Jedes Reich hat einen Großraum, in den seine politische Idee ausstrahlt und der fremder Intervention nicht ausgesetzt werden darf." Während dem Völkerbund das Recht untersagt wurde, beim „Dritten Reich" zu intervenieren, wurde diesem Reich das Recht zugeschrieben, die Grenzen seines Großraums gewaltsam zu bestimmen und sie auf ganz Europa bis tief nach Sowjetrußland hinein zu verlegen, ohne auf irgendwelche völkerrechtliche Grundsätze oder Lebensrechte anderer Völker Rücksicht zu nehmen. Selbstverständlich nahm diese Machtpolitik auch von den Rechten der Neutralen nicht weiter Notiz. Schmitt, der schon 1937 den totalen Krieg verherrlicht hatte (ein um diese Zeit geschriebener Aufsatz führte den bezeichnenden Titel: „Totaler Feind, totaler Krieg, totaler Staat"), stellte der völkerrechtlichen Neutralität die „völkische Totalität" oder die „Totalität des völkischen Krieges" gegenüber. Der Staat des Dritten Reiches wurde zum Leviathan, zu einem hemmungslosen Machtgebilde, durch das die zivilisierte Welt herausgefordert und Europa in ein Chaos gestürzt wurde.

Was hier geschehen war, bedeutete das Ende der bisherigen deutschen Staatslehre. Schmitt selbst hatte sie ad absurdum geführt. Er hat nicht nur sämtliche früheren Positionen der bürgerlichen Staatslehre unterminiert und diskreditiert, gegeneinander geführt und aufgelöst, von Kant bis Kelsen, von Hegel bis Mussolini, er hat schließlich die Ideologie des totalen Machtstaates übergeleitet in die Mythologie der völkischen Rassenlehre und damit dem nationalen Denken überhaupt ein Ende gesetzt.

Nachschrift der Red.: Auskunft über die Quellen der in diesem Aufsatz angeführten Zitate wird jederzeit gern erteilt. Raumknappheit gestattete uns keinen ausführlichen Literaturnachweis.

Norwegische Reise

Margarete Buber-Neumann

Der Skandinavien-Expreß passiert am frühen Morgen die norwegische Grenze. Man wird von den Zollbeamten höflich geweckt. Es dauert eine Weile, bis sich das Auge an das scharfe Licht der nördlichen Sonne gewöhnt hat. Heftig verteilen die Strahlen allen Formen zu jener Plastik, die eines der schönsten Charakteristika der skandinavischen Landschaft ist. Aber welch eine Landschaft ist das an diesem Junimorgen? Als ich Frankfurt verließ, waren die Kastanien schon abgeblüht. Hier hat gerade der Frühling begonnen mit Sumpfdotterblumen, Wiesenschaumkraut und Anemonen. An den Hängen verstreut liegen die ochsenblutfarbenen Bauernhäuser. Die Landschaft ist karg. Der Zug schiebt sich langsam bergan. Immer mehr Villen und Wochenendhäuschen säumen die Strecke. Wir steigen, und doch wird die Landschaft üppiger, kommt der Sommer näher. Da öffnet sich der Ausblick, und das Auge fährt hin über den glitzernden Oslofjord, über runde felsige kiefernbewachsene Schären, bis an das Ende der weiten Bucht, wo in einem Tal, von schützenden Bergen eingeschlossen, das lebhafte Oslo liegt. Der Zug rollt bremsend bergab, Faulbaum und Kirschen stehen in voller Blüte, und die Frauen tragen schon bunte Sommerkleider.

Und dann kommt Oslo, der überfüllte Bahnhof, viele Menschen, Freunde und Fremde, und vor allem die unausstehliche Presse. Ich war gekommen, als Gast der Arbeiterpartei Vorträge zu halten, in Oslo, Bergen, Drammen, Lillehammer, und im Norden bis hinauf nach Drontheim und Steinkjer. Da stand ich inmitten vieler Stimmen, und eine kam über einen gezückten Bleistift hinweg: „Was halten Sie von der Politik der deutschen Sozialdemokratie?" Was schon? Als Gast der Arbeiterpartei? Und doch: man soll, wenn man schon hält, im Rücken der Presse artikuliert sein! Denn: „Schumacher schafft einen neuen Faschismus in Deutschland! Sagt M. B-N." Das war denn doch übertrieben!

Hat sich das Land verändert? 1947 war ich zum letztenmal in Norwegen gewesen. Damals sah man die Folgen des Krieges und der deutschen Okkupation auf Schritt und Tritt. Mangel an allen Enden, keine Lebensmittel, keine Kleider, keine Schuhe. Fisch, nichts als Fisch, wo immer man eingemalen zu speisen hoffte. Es war damals etwas mit diesem Land und seinen Bewohnern geschehen. Das Ende des Krieges und der deutsche Zusammenbruch hatten die Norweger, alte und junge, in eine seltsame Lethargie versinkt. Man hatte noch nicht zurückgefunden zu einem normalen Leben. Mangel, Rationierung, all das waren geringe Probleme im Vergleich zu der beunruhigenden Erscheinung, daß große Teile des norwegischen Volkes, vor allem die unter Hitlers Statthaltern herangewachsene Jugend, 1945 die Hände in den Schoß legten und die Befreiung feierten. Und das haben sie noch 1947.

Heute schreiben wir 1951, und nichts von dieser Krankheit ist mehr zu spüren. Die Norweger sind wieder ein mutiges, betriebsames und temperamentvolles Volk geworden. Noch immer ist die Rationierung nicht völlig aufgehoben, doch herrscht kein Mangel mehr. Oslo, zusammengezwängt zwischen seinen Bergen,

Institut für Zeitgeschichte Archiv

ist erfüllt von Verkehr und Geschäftigkeit. Etwa 300 000 von den drei Millionen Norwegern führen in den engen Straßen ein geräuschvolles Leben. Märkte ziehen sich bis zum Hafen hinunter, wo Schornsteine und Masten der Ueberseedampfer über die alten Häuser ragen, Kräne in rastloser Bewegung sind, wo von den Werften dröhnendes Gehämmer kommt und Schiffsgerippe meergrün herüberleuchten.

Textilien, Zucker und Kaffee sind also noch rationiert. „Wie ist das bei Ihnen in Deutschland?" Fast schäme ich mich meiner Antwort. Die Norweger haben doch nicht vergessen. Zu tief wurde ihr Gerechtigkeitsgefühl verletzt. Blinder Deutschenhaß liegt ihnen fern, aber nüchtern und sachlich machen sie eine Rechnung auf, die wohltuend absticht von dem gefühlsgeschwängerten Gerede in aller Welt, unter dem man die grausige Vergangenheit zu begraben bestrebt ist.

Auch die norwegische Regierung bekommt Marshall-Gelder, doch sie verwendet diese Subsidien zum Aufbau der Eisenindustrie, der Handelsflotte, die schon wieder die drittgrößte der Welt ist, und — zur Aufrüstung. Also *austerity*, aber eine seltsam ungezwungene *austerity*, mit Humor getragen und dem Verständnis des ganzen Volkes, jedenfalls seiner großen Mehrheit. Natürlich lokt man auch in Norwegen manchmal wider den Stachel. Im Expreß zwischen Oslo und Bergen belauschte ich zwei Großbauern, deren Erregung das „Belauschen" unvermeidlich machte. Die Großbauern Norwegens hatten wenig Verständnis für die verhältnismäßig niedrigen Preise für Milch, Butter, Bier und Fleisch gezeigt. Also proklamierten sie einen Streik. Doch die Kleinbauern kehrten sich nicht daran und lieferten wenigstens Milch für die Krankenhäuser und Säuglinge. Der Streik wurde durchbrochen, und da der Streik ein wilder, von den Gewerkschaften nicht sanktionierter war, wollte der norwegische Staat die großbäuerlichen Unholde nicht ungeschoren davonkommen lassen. Die Regierung berät gerade in diesen Tagen, ob Geldstrafe oder ... Mit voller Billigung des Volkes.

Wie gesagt, die Aufrüstung. Es fand just ein Manöver statt. Moderne Tanks rasselten durch Oslos Karl Johansgate, die Luft pfiff von Düsenjägern. Eine seltsame Situation ist, die ich die Dinger so wenig leiden kann, bemerke sie nicht. Beruhigung! Wohl eine völlig verdrehte Zeit! Die Norweger betrachten das Schauspiel mit schöner Selbstverständlichkeit. Sie haben aus der Vergangenheit gelernt. Einmal ist eine aggressive Diktatur über sie hergefallen, ein zweites Mal wollen sie gerüstet sein. Die „Friedenskampagne" Stalins hat wenig Erfolg in Norwegen. Ueberhaupt geht die KPN schweren Zeiten entgegen. Sie, die während des Krieges und nach seiner Beendigung einen beträchtlichen Einfluß ausübte, hat eine Niederlage nach der anderen erlebt und alle Popularität verloren. Einst waren die Kommunisten ein wenig die „Helden der Nation". Sie waren seit 1941 die aktivsten Spitzen des norwegischen Widerstandes gewesen. Viele waren in den deutschen Kzs umgekommen. Der Rest hielt das Steuer fest in der Hand. Betriebe und Gewerkschaften standen stark unter ihrem Einfluß. Auch die große Arbeiterpartei hatte anfangs nicht geringe sowjetische Sympathien. Man sah in Sowjetrußland eine verbündete Nation und einen der vier großen Befreier. Nur langsam wurde man sich über die Ziele der sowjetischen Diktatur klar, und erst der Putsch in der Tschechoslowakei öffnete den meisten endgültig die Augen. 1949 spaltete sich die KPN in zwei Gruppen. Der Kommunistenführer Furuholm gründete eine neue, angeblich

unabhängige Partei, die man als titoistische Treibmine lebhaft begrüßte. Doch hat etwas in der Geschichte der Komintern-Kominform wohl Einzigdastehendes ein: Auch Furubotn wird von Moskau unterstützt, so daß Norwegen nunmehr zwei — wenn auch schwache — kominformtreue Parteien besitzt. Wie verwirrend das sein muß, beweist der traurige Fall des Chefs der ganz Regulären, der vor einiger Zeit an das Fenster seines Büros sprang und auf die Straße brüllte: „Man will mich morden!" Die Mörder vermutete er unter Stalins Kindern Furubotnscher Observanz. Man mußte ihn in ein Sanatorium schaffen, aus dem er, wie das bei westlichen Sanatorien üblich ist, vor kurzem als geheilt entlassen wurde.

Die Arbeiterpartei unter John Hansen und Haakon Lie ist die größte Partei des Landes. Sie hat eine alte sozialistische Tradition. Von den zwei Volkshäusern Oslos stammt das eine aus dem Beginn des Jahrhunderts, das andere war gerade vollendet worden, als die Deutschen das Land besetzten. So wohlhabend und würdig diese Volkshäuser sind, so einfach und auch wirklicher Arbeit sieht es in den Büros der Partei in Oslo aus. Wie wenig haben diese weiten, hellen Räume mit den meisten muffigen Käfigen deutscher Parteizentralen gemein! Die Wände hängen voll mit Originalen und Reproduktionen moderner norwegischer Maler. Man geht munter mit der Zeit und ist keineswegs versunken in berüchtigten sozialistischen Spießbürgertum.

Reisen in Norwegen ist eine herrliche Sache! Von Bergen aus mit dem Dampfer die Küste hoch, ein Fjord unglaublicher als der andere, unter einer Sonne, die sich selber übertrifft, auf einem Meer von kräftiger, gesunder Bläue. Es summert, und dann sind die Versammlungen überfüllt. Eine große politische Aktivität hat dieses Land ergriffen. Die Kommunisten sind gar nicht erbaut von meinem Besuch. Und doch: wieviel wohlerzogener sind sie als ihre deutschen Brüder! Sie finden sich sogar bereit zur Diskussion. Nur ein einziges Mal fielen sie aus der Rolle und in den peinlichen Tonfall, aus dem die Guten anderwärts nicht mehr herauskommen. Nur ein einziges Mal hörte ich das Schimpfwort „Agentin". Dafür hatten sie in Drontheim eine gewisse Anna Andrejewna bestellt. Zur gleichen Zeit, im gleichen Volkshaus, eine Treppe höher, Fragen über die Sowjetunion dürfen gestellt werden! In den letzten Tagen meines Aufenthalts in Oslo erfuhr ich, daß sie sich [illegible] einen weiblichen Justizminister aus Estland, Madame Weinberg, engagiert hatten für eine Reise mit gleichem Programm. Die Dame dürfte mittlerweile einige schwere Wochen hinter sich haben!

Zwischendurch aber kam ich nach Steinkjer, ein gutes Stück nördlich von Drontheim. Steinkjer ist eine Nachkriegsstadt. Das alte Fischernest wurde von Bomben völlig zerstört. Und was steht heute da? Eine kleine Stadt, drei, vier Straßen, rechtwinklig und sauber, mit modernen, weißen, Flachdachhäusern, mit einer Front großzügiger Läden an der „Hauptstraße", die einer Weltstadt zur Ehre gereicht hätte. Der Bürgermeister empfing mich sehr stolz. Diese Musterstadt war sein Werk. Ich hätte gern gewußt, ob die Fischer sich darin wohlfühlen. Die schmucklich übersichtlichen Straßen waren fast menschenleer. „Verzeihen Sie, aber es ist Sonnabend. Die Leute sind alle nach Hause gegangen. Sonst ist es nicht so leer." 3000 Einwohner hat das Nest, aber es ist eine Musterstadt, der Mittelpunkt eines großen Gebietes, das von Fischern und Bauern bewohnt wird, auf dem 64. Breitengrad. Mit viel Geduld und rührender Liebe zu seiner Schöpfung erklärte

mir das alles der gute Bürgermeister, der jahrelang in einem deutschen Kz gesessen hatte. Wir gingen die Hauptstraße hinauf. Ueber uns erhob sich ein großer Bau, ein fünfeckiger Turm, ein Portal, verziert mit Sandsteinreliefs. Das Krematorium. Daneben aber — mein Herz wurde leichter — der alte Fischerfriedhof, prächtiger, einfacher Holzzaun mit bäuerlich geschnitzter Türe. „Wie schön!" „Das dort? Ich bitte Sie! Das kommt fort. Dieser Zaun" — fachmännischer Blick zum Meer hinunter — „springt anderthalb Meter in die neue Straße vor. Wenn er fort ist, wird man vom Krematorium einen schönen Blick aufs Meer haben!" Ein glücklicher Ort von Stinkjet!

Und noch eins: es geschah in Lillehammer, daß ein Kommunist die freie Diskussion benutzte, seine Lektion herzusagen. Es genügte ihm nicht. Er meldete sich von neuem zum Wort, erhielt es und erfreute das Publikum mit der gleichen Litanei. Als er das Wort zum drittenmal verlangte und vom sehr demokratischen Vorsitzenden zugebilligt erhielt, da erhob sich der Saal wie ein Mann und verließ das Lokal. Erst nachdem der verdutzte Kommunist sich wieder auf seinen Platz gesetzt hatte, kehrten die Zuhörer geschlossen zurück! Eine heilsame Demonstration!

Wieviel könnten wir von diesem Lande lernen, das glücklich ist, ohne übermütig zu sein, tapfer ohne Selbstsucht und auf eine gesunde bäuerliche Weise freiheitliebend!

Heimkehrer zwischen Tür und Angel

Der Heimkehrer aus langjähriger Kriegsgefangenschaft steht heute nicht mehr „draußen vor der Tür". In demselben Maße, wie sich die Verhältnisse in Westdeutschland normalisiert haben, sind dem Heimkehrer Vergünstigungen eingeräumt worden, die notwendig sind und für die er dankbar ist. Die Verwaltungen bemühen sich in zunehmendem Maße und in erfreulicher Weise, dem Heimkehrer einen Weg durch den dichten Ring der Verordnungen zu zeigen, die von unserer gemeinsamen Not bestimmt werden. Das alles sind Selbstverständlichkeiten und flüchtige Aushilfen. Wirkliche Hilfen sind es nicht! Die Heimkehrer stehen nicht mehr „draußen vor der Tür", aber sie stehen zwischen Tür und Angel. Um in den Raum des deutschen Lebens ganz eintreten zu können, brauchen sie solide Brücken.

Die Landtage haben bis vor kurzem keine Möglichkeit gefunden, solche Brücken zu bauen. Es bestand noch nicht einmal Klarheit darüber, wer denn nun eigentlich zuständig sei, dem Heimkehrer wirklich zu helfen. Enttäuschung über die ursprünglich vorgesehene Behandlung durch das Gesetz über den Lastenausgleich sowie das Gefühl, schon in der Grundeinstellung der gesetzgebenden Verwaltung nicht die Anerkennung zu finden, die die Heimkehrer aus mehrjähriger Kriegsgefangenschaft erwarten zu können glauben und die sie nach all ihren Leiden und Leistungen für die Allgemeinheit der Deutschen auch verdienen, haben zur Gründung von Interessengemeinschaften geführt. In allen westdeutschen Ländern entstanden in stetig zunehmender Zahl Zusammenschlüsse von Rußlandheimkehrern, denen sich im Laufe der Monate auch Heimkehrer aus anderen Ge-

wahrsamländern angeschlossen haben. Inzwischen haben sich nun die Heimkehrer innerhalb der einzelnen Länder vereinigt und ihre Forderungen aufeinander abgestimmt.

Die Heimkehrer selbst wollen mithelfen und nachhelfen, die Brücken zu bauen, deren sie bedürfen. Sie haben sich zusammengeschlossen, um deutlich zu sagen, was sie erwarten. Sie fordern gesetzgeberische Maßnahmen, Sicherung des Arbeitsplatzes, Arbeitsschutz, Wohnraum auch für die Angehörigen von noch Gefangenen oder Vermißten, ferner Rat und Stimme in politischen Ausschüssen und schließlich wirtschaftliche Hilfe. Diese besonders soll sie aus dem unsicheren Standort zwischen Tür und Angel in den Raum des deutschen Arbeitslebens zurückführen und gleichzeitig eine Anerkennung der Leistung sein, die jeder einzelne Spätheimkehrer für jeden einzelnen Deutschen aufgebracht hat; einer Leistung, die so mancher von ihnen durch Hunger und Erschöpfung mit dem Tode bezahlen mußte.

Die wirtschaftlichen Forderungen der Heimkehrer gliedern sich in drei Teile. Auf dem Wege zur Verwirklichung der Forderung der Heimkehrer ist die Bundesrepublik einen wesentlichen Schritt vorwärtsgekommen. Im Rahmen der Soforthilfe wird den Heimkehrern Aufbauhilfe und Ausbildungshilfe gewährt, so wie es nur für Flüchtlinge und politisch Verfolgte vorgesehen war. Damit sind die Ansprüche der Heimkehrer auf eine echte Hilfe zunächst einmal politisch anerkannt, und das ist nach manchen Enttäuschungen in der Vergangenheit ein unbestreitbarer Erfolg.

Die weiteren wirtschaftlichen Forderungen beziehen sich auf eine allgemeine Steuerermäßigung für alle Heimkehrer, gleichgültig aus welchem Gewahrsamland sie entlassen wurden, ferner auf eine besondere wirtschaftliche Anerkennung für die Spätheimkehrer aus dem Osten, die in ihrer Gesamtheit das unvergeßbar härteste Schicksal aller Kriegsgefangenen erlitten haben.

Die Heimkehrer zwischen Tür und Angel haben, weil sie von draußen kommen, für manche Dinge einen klaren Blick. Sie haben andere Vergleichsmöglichkeiten als viele, die nur durch ein enges Fenster in ihre nächste Umgebung zu schauen vermögen. Deswegen betrachten sie voll Anerkennung die Ordnung, die das staatliche Leben ihrer in der Gefangenschaft so heiß ersehnten Heimat nach dem Zusammenbruch auszeichnet. Die Forderungen der Heimkehrer an die deutsche Oeffentlichkeit sind nicht eigentlich politischer Art, sondern in erster Linie wirtschaftlicher Natur. Die Vereinigung der Heimkehrer hat deswegen auch nicht die Absicht, sich einer politischen Partei oder Gruppe von Benachteiligten anzuschließen, die sich politisch organisiert haben. Sie richten ihre berechtigten und von der Oeffentlichkeit weit mehr als von den Gesetzgebern anerkannten Ansprüche an die Allgemeinheit und glauben, daß [illegible] Gerechtigkeit und das Verständnis für ihre Leistung wie Kriegsende und für ihre Lage in der Gegenwart zu einer wirtschaftlich ausgleichenden Anerkennung führen wird. Die Heimkehrer sind nicht unbescheiden, und sie stehen unter den verhärmten Paten an der Wiege des westdeutschen Bundes nicht im Vordergrund. Aber ebenso wie sich ihre oft aussichtslose Rückkehr in die Heimat einmal doch verwirklichte, hoffen sie, daß eben diese Heimat ihnen das Recht und die Anerkennung nicht versagen wird, auf die sie einen Anspruch haben.

K.

9.12.49

D-10-04-245

Ein offener Brief an Wilhelm Pieck

Frau Margarethe Buber-Neumann, die in Stockholm befindliche frühere Frau des deutschen Kommunistenführers Heinz Neumann, bekannt durch ihre Zeugenaussagen im Kravtschenkoprozeß in Paris, hat in der Stockholmer Abendzeitung „Aftonbladet" einen offenen Brief an Wilhelm Pieck gerichtet, in dem sie die schwersten Vorwürfe gegen ihn erhebt. Wir lassen Stellen aus dem Brief im Wortlaut folgen.

„Ich schwöre, daß ich alle meine Kräfte einsetzen werde für das Beste des deutschen Volkes!" so lautete der Eid, welcher der russische Mitbürger Pieck auf die Verfassung ablegte. Das sind schwache Kräfte, sagen diejenigen, die ihn kennen. Denn die sie meisten hervorstechenden Eigenschaften der farblosen Figur Piecks ist ja seine persönliche Schwachheit. Nur auf Grund dieser „Schwachheit" ist er [illegible] der sehr wenigen, welche ohne Schaden die kommunistischen Parteireinigungen überleben konnten. Ehe Pieck 1933 Deutschland verließ, war er in seinen Parteikreisen dafür bekannt, daß er in wichtigen Fragen niemals eigene Stellung nahm. Die gleiche Taktik leitete ihn später auch in Moskau. Er sah vor, daß nur ein williges Exekutivorgan für Stalin zu sein. Der Diktator, der nur kritiklose Volk um sich duldete, sah bald ein, daß Pieck, dieser meinungslose Weihnachtsmann, der richtige Mann war, um seine Politik in der Kommunistischen Partei Deutschlands zu unterstützen. Eine Figur, die niemals Fragen an ihren Herrn und Meister stellte, wie derb auch dessen Kapriolen waren.

Für uns deutsche Emigranten in Moskau, welche seit 1935 damit rechnen mußten, als Opfer für Stalins Blutdurst zu fallen, war Wilhelm Pieck das beste Barometer. War er freundlich am Telefon, so bedeutete dies eine weitere Galgenfrist. War er zynisch oder abweisend, konnte man mit Sicherheit annehmen, daß man auf der Proskriptionsliste stand. Denn dieser Schakal hatte die Fähigkeit, die Kadaver zu riechen, ehe sie getötet waren.

Ehe ich 1938 zusammen mit meinem Manne Heinz Neumann, früher Mitglied im politischen Büro der Partei, von jeder politischen Tätigkeit entfernt wurde [auf Grund von Abweichungen von der „Komintern-Linie"], hatten wir ein Zimmer im Hotel Lux, das in Korridorform gebaut war. Eine halbe Stunde nach der Mitteilung von unserer Entfernung aus der Bewegung klingelte das Telefon. Das war Pieck.

„Sie müssen sofort das Hotel Lux verlassen und in das Hotel Baltschuk ziehen", befahl er.

Baltschuk war ein Hotel erstklassigsten Schlages, aber es war gut genug für deutsche Emigranten, um deren Wohnungen sich Pieck nicht im geringsten kümmerte.

Während das Leben der deutschen Emigranten in Moskau ständiger Kampf um das tägliche Brot war, illustrierte Pieck körperlich ein Wort Stalins, seines Meisters, der aus propagandistischen Gründen erklärte: „Wir bekommen es besser von Tag zu Tag!" Der dicke Pieck sang u. a. soweit, daß er sich in Sportklubs zwängte und Ball spielte. Sei es auch nur, um seinem gestrengen Herrn und Meister zu zeigen, daß für dessen getreue Sklaven das Leben nur ein Spiel sei. Er bemühte sich, seine Ehrerbietung für alles Russische zu zeigen. Mit Vorliebe trug er russische Hemden, in denen er sich fotografieren ließ. Diese Fotografien mußten über den Schreibtischen aller deutschen Emigranten hängen. Man soll dabei auch nicht vergessen, daß die gleiche Rolle auch eine Gipsbüste von Pieck spielte.

1937 ging die Verhaftungswoge los gegen die Emigranten, die in Rußland wohnten. Nachdem mein Mann verhaftet war, wurde ich in einen Anbau von Lux übergeführt. Vom Fenster aus sah ich, wie Wilhelm Pieck täglich eine Tischlerei besuchte. Es war damals schwer, in Rußland Möbel zu bekommen. Während die nach dem „sozialistischen Paradies" geflüchteten deutschen Kommunisten und Sozialisten verhaftet, erschossen oder landesverwiesen wurden, war der Generalsekretär der Deutschen Kommunistischen Partei damit beschäftigt, seine Wohnung neu zu möblieren und seine größte Sorge war, das richtige Holz zu finden. Kein Wunder, daß er keine Zeit hatte, uns, seinen Genossen, zu helfen. Natürlich rührte er keine Hand, um den Angehörigen der ermordeten oder verschleppten Opfer zu helfen. Ohne jede Möglichkeit zu arbeiten, ohne Verdienst, starben diese vor Hunger und grenzenlosen Entbehrungen.

„Ich will die Verfassung und die Gesetze beschützen und, gewissenhaft alle meine Pflichten erfüllen und gerecht sein gegen alle!" erklärte Pieck bei der Eidesleistung. Gerechtigkeit! Erinnert sich Wilhelm Pieck an den jovialen Mann mit der sonoren Stimme, Remmele, vielleicht in einer einsamen Stunde an Frau Anna Remmele, die Frau dieses bekannten Kommunisten, welche, nachdem ihr Mann verhaftet worden war, zwei Jahre im Butirki-Gefängnis saß, ohne verhört zu werden? Darauf wurde sie „freigegeben" und nach Sibirien geschickt, wo sie den Hungertod starb. Erinnert sich Wilhelm Pieck an Gertrud Taube, die eine Ernst Thälmanns Sekretärin war? Nachdem ihr kleines Kind erfroren war, nahm sich Gertrud Taube das Leben. Alles dies geschah zu einem Zeitpunkt, da Wilhelm Pieck Sorgen hatte um seine Möbel.

Pieck muß sich erinnern an viele Opfer. Er kann unter keinen Umständen den ungarischen Juden Bloch vergessen, früher Redakteur des „Ruhr-Echo", der im gleichen Korridor im Hotel Lux wohnte. Was geschah mit dem jüdischen, kommunistischen Emigranten Bloch? Er wurde von der NKWD verhaftet und 1940 an die Gestapo ausgeliefert.

Wilhelm Pieck, erinnerst Du Dich an mich, Margarethe Buber-Neumann, und an 500 andere deutsche Kommunisten und Sozialisten, die gleichfalls von der NKWD als eine Gabe an die Gestapo ausgehändigt wurden während der Zeit der deutsch-russischen Zusammenarbeit? Es ist ein Unglück für Dich und Deine Genossen, daß es welche gibt, die dieses überlebt haben. Was machtest Du, als kürzlich eine westdeutsche Zeitung Dich fragte, ob es wirklich wahr sei, daß deutsche Emigranten an die Gestapo ausgeliefert wurden? Du schriebst einen offenen Brief, daß Du diese Beschuldigungen entrüstet zurückweist. Mir scheint, daß Deine Erinnerungen Dir auf Deinem Präsidentenstuhl unbequem sein müssen.

Man versucht gelland zu machen, daß Pieck auf Grund von Uneinigkeit mit der sozialdemokratischen Kriegspolitik im ersten Weltkrieg aus der Partei ausgeschlossen worden sei und auch in ein Konzentrationslager placiert wurde. Aber Du, Wilhelm Pieck, erinnerst Dich vielleicht eines gewissen Kassierers im Holzarbeiterverbande, der einen tiefen Griff in die Verbandskasse getan hatte? Nachher taufte der Betreffende als Kommunist auf. Ich vermute, daß Du, Wilhelm Pieck, diese Frage zufriedenstellend beantworten kannst.

Und nun sitzt Du, russischer Sklave, Stalins Werkzeug, auf einem Throne Rumpfdeutschlands. Du hast es verstanden zu überleben, länger als die meisten Funktionäre Deiner Generation, vielleicht allzu lange. Als Du Unter den Linden die nazigleiche Parade entgegennahmst, dachtest Du da nicht an Dimitroff? Er war auch ein blindes Werkzeug in Stalins Hand, aber trotzdem haben ihn die Zeitereignisse zermahlen. Als er nicht mehr für seinen Herrn von Nutzen war, da begegnete er keiner Barmherzigkeit. Sie transit gloria mundi, Wilhelm Pieck! Vergiß nicht, daß der große Khan im Kreml seine Beschlüsse gleich unergründlich faßt wie ein unbarmherziger Gott. Dies beruht nicht auf Deinem guten Willen oder Deiner Unterwürfigkeit. Der Tag mag kommen, da Dir das gleiche passieren kann, wie es Tausenden Deiner alten Kampfgenossen geschah, deren Schicksal Du ungerührt vorbeigehen ließt. Unsere Wünsche sollen Dich begleiten . . .

Institut für Zeitgeschichte Archiv

ED-706/26-256

Eine Frau allein

Eine Privatklage wegen Verleumdung und übler Nachrede von Frau Buber-Neumann, der Verfasserin des Buches „Als Gefangene bei Stalin und Hitler", gegen den ehemaligen kommunistischen Landtagsabgeordneten Carlebach war der Anlaß, daß am 11. Januar in dem stillen Amtsgericht zu Frankfurt a. M.-Höchst zwei politische Welten aufeinanderprallten. Auf der einen Seite stellte sich der Exponent des in seiner perfekten Organisation erdrückenden kommunistischen Parteiapparates, auf der anderen Seite stand allein ein Mensch. Die Frau, die den Mut gehabt hat, im russischen Arbeitslager den Kampf für ihre Ueberzeugung und ihre menschliche Existenz aufzunehmen, und ihn im deutschen Konzentrationslager, in das sie ausgeliefert wurde, weiterführte mit der doppelten Front gegen die Nationalsozialisten und die stalinistischen Mithäftlinge, hat in einer Welt, in der die Furcht regiert, fast Unglaubwürdiges geleistet. Gegen die Macht des anonymen Totalitarismus ist es ihr gelungen, physisch und moralisch ein individuelles Dasein zu behaupten. Sie lebt und handelt in einem Stil, der ihren politischen Gegnern unverständlich bleiben muß. Den meisten, die einst Kommunisten waren oder es heute noch sind, ist die — dem Durchschnittsbürger keineswegs geläufige — Bereitschaft gemeinsam, für ihre Sache Leib und Leben aufs Spiel zu setzen. Wer immer in diesem Prozeß zu Worte kam — Kläger, Beklagter und Zeugen —, hat den respektgebietenden Willen, an der Front der großen Entscheidungen unserer Zeit das Aeußerste zu wagen, sehr eindrücklich dargestellt. Niemand sprach, der sein Leben nicht schon im Kampf gegen ein totalitäres Regime, sei es faschistisch oder kommunistisch, drangegeben bereit gewesen wäre, aber es sprachen auch viele, die, einst überzeugte Kommunisten, als gebrochene Menschen aus der persönlichen Begegnung mit Rußland hervorgingen. Frau Buber-Neumann gehört nicht zu ihnen. Den Kampf, den sie 1921 im Namen der Kommunistischen Partei begonnen hat, den Kampf um Menschenrecht und Menschenwürde, hat sie nach der Enttäuschung an dem stalinistischen Rußland auf eigene Rechnung fortgesetzt. Und dieser Kampf auf eigene Rechnung muß ihren Widersachern unverständlich bleiben. Auch dieser Prozeß machte deutlich, daß die Welt unheilbar aufgespalten ist in die Macht des Totalitären und den Mut des Individuellen. Bei aller Sorge und Trauer, mit der diese Feststellung die Anwesenden erfüllen mußte, ging doch zugleich etwas Tröstliches von den Erfahrungen dieser Gerichtsverhandlungen für alle die aus, die Frau Buber-Neumanns Sprache noch verstehen.

(Die Gegenwart)

Weiter lesen Sie:

Unser Bonner Brief
Westdeutschlands Sicherheit — Ernst Meyer
Antwort an Grotewohl — Dr. M. Becker MdB.

Der Turm zu Babel
Auf dem Weg zur Einheitsversicherung? — Dr. R. Hammer MdB.
Wohnungsbau 1951 — Carl Wirths MdB.

Deutschland und Frankreich
Auf falschem Kurs — W. v. Lojewski
Brief von der Saar
* * *
Der große Bluff — J. v. Kruse

21/1 57

Institut für Zeitgeschichte Archiv

ED-1061/6-257

Die Agentin Buber-Neumann erneut entlarvt

Frankfurt a. M. (Eigene gvc-Meldung.)

Unter den Figuren, die von den Kriegstreibern ausgehalten werden, ist eine gewisse Margarete Buber-Neumann.

Überall, wo die im Weltfriedenslager stehenden Menschen auftreten, versuchen die beauftragten Spitzel Unruhe und Verwirrung zu stiften.

Der Ausdruck „kommunistische Tarnorganisation" ist von diesen bezahlten Subjekten geschaffen. Mit diesem Ausdruck sollen Pinkerton-Methoden angewandt werden. Die amerikanische Zeitung in Deutschland, „Die Neue Zeitung", muß nun in ihrer Nummer vom 21. März 1952 Buber-Neumann bloßstellen. Diese Agentin hatte nämlich behauptet, daß die Firma Robert Bosch GmbH. in Stuttgart die Agentenzentrale der Neumann unterstütze. Das amerikanische Blatt schreibt wörtlich:

„Die finanziellen Mittel für die Lehrgänge hat das Institut durch freiwillige Spenden aus Kreisen der Bevölkerung und der Industrie erhalten. Wie die NZ hierzu von der Firma Robert Bosch GmbH. in Stuttgart erfährt, entspricht die Äußerung von Frau Buber-Neumann, nach der die Firma dem Institut regelmäßige Beträge zur Verfügung stellt, nicht den Tatsachen. Ein Mitglied des Instituts wies darauf hin, daß Frau Buber-Neumann die Firma Bosch mit einem anderen Unternehmen verwechselt hatte."

Wir warnen alle demokratischen Menschen, mit dieser Agentin in Verbindung zu treten!

Diese behauptet nämlich, daß auch Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei im Auftrage der Partei mit ihr zusammenarbeiteten. Wir fragen den Bezirksvorstand Hessen-Süd und den Parteivorstand, ob die Mitteilung der amerikanischen Zeitung, daß auch Mitglieder der SPD an dem sogenannten „Institut" beteiligt sind, auch gelogen ist?

Ebenso lenken wir die Aufmerksamkeit des Vorstandes des DGB auf die Meldung in der Nr. 69 der genannten Zeitung, wonach Gewerkschaftler in Gemeinschaft mit Angehörigen der Arbeitgeber-Organisationen an dem „Institut" beteiligt sind. Nach dem Auftreten Fettes und seiner antibolschewistischen Hetzmethode könnte das durchaus möglich sein.

Monatsversammlung in Seesen

Die Versammlung ehrte die Genossen Krause und Bock für ihre 50jährige Mitgliedschaft in der Partei.

Der Bundestagsabgeordnete Bielitz — zur Schumacher-Clique gehörend — war nicht erschienen. An seiner Stelle war vom Bezirksvorstand in Braunschweig der Genosse Ewald Gehrich geschickt. Die Genossen hatten sich schon auf Bielitz gefreut, um ihm, wie sie sagten, ordentlich heimzuleuchten. Aber der Ersatzreferent hatte auch kein Glück. Als er sagte: „Wir haben jetzt eine klare Führung" brauste starkes Lachen durch den Saal. Gehrich meinte dann, die SDA als Steigbügelhalterin der SED bezeichnen zu müssen. Er stellte dann zum tausend-und-einsten Male die fügenhafte Behauptung auf, daß die SDA eine kommunistische Tarnorganisation sei. Der Bezirksvorstandsreferent sollte doch wissen, daß das nicht mehr zieht. In allen Ländern der Welt rührt sich die Opposition gegen die verbürgerlichten Elemente in den sozialdemokratischen Parteien. Immer mehr werden Fette und Schumacher auch in den von den Westmächten besetzten Zonen Deutschlands isoliert.

Als der Redner geendet hatte, brach dann auch der Sturm los. Der Landrat Beulshausen, ein Mann, der in unserer Partei eigentlich wenig zu suchen hat, bekam einen Tobsuchtsanfall und meinte, daß der Widerstand gegen die Schumacherpolitik zersetzende Reden seien. Er wollte die Diskussion abwürgen. Aber der Landrat bekam noch nicht einmal ein Drittel von den 65 anwesenden Genossen hinter sich. Die Erregung darüber, die Meinungsfreiheit in der Partei zu unterdrücken, wächst auch in Seesen immer mehr.

gvc

Sozialistische Arbeiter-Zeitung, Nr. 13 vom 30.3.52

Institut für Zeitungsforschung - Archiv

ED-106/26-258
28/252

„ARGUS" Nachrichten-Bureau
Berlin-Tempelhof, Boelckestr. 91 a
Fernruf 66 40 54

Rheinische Post, Düsseldorf

Nr. Dat. 22. April 1950

Frau Buber-Neumann spricht

Das Befreiungskomitee für die Opfer totalitärer Willkür, das seit mehr als einem Jahr in Frankfurt eine Zentrale unterhält und Zweigstellen in Berlin, Hamburg, Braunschweig, Hannover und Wiesbaden hat, gründete vor einigen Tagen auch in Düsseldorf eine eigene Zweigstelle. Damit soll den in Nordrhein-Westfalen lebenden politischen Flüchtlingen und sonstigen Opfern totalitärer Willkür Gelegenheit gegeben werden, vor Sachverständigen ihre Erfahrungen auszutauschen. Das Befreiungskomitee will „die Menschen in der Ost- und Westzone von Furcht befreien", erklärte Herr Kaps von der Frankfurter Zentrale auf einer Pressekonferenz. Es nimmt sich speziell derjenigen an, die sowohl unter dem Nationalsozialismus wie unter dem Bolschewismus gelitten haben. Das Befreiungskomitee verfügt bereits über eine umfangreiche, laufend ergänzte Kartei über Insassen sowjetischer KZ, mit deren Hilfe den Angehörigen der Kontakt ermöglicht werden soll. Auch unterhält das Komitee in Jugenheim ein Institut für politische Erziehung, wo Angehörige aller Parteien und Lebenskreise lehren. Eine große Anzahl bekannter Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und der Wirtschaft geben dem Komitee materielle und moralische Unterstützung. Vorsitzende des Komitees ist Frau Buber-Neumann. Mit einer Kundgebung „Offensive der Freiheit" wird Frau Buber-Neumann am kommenden Freitag im Haus der Altstadt das Komitee in Düsseldorf erstmalig der Öffentlichkeit vorstellen. Darüber hinaus finden jeden Mittwoch und Samstag zwischen 15 und 17 Uhr in der Goltzheimer Str. 104 b. Ahrens Sprechstunden statt. Das Komitee setzt sich zu 70 Prozent aus politischen Flüchtlingen und zu 30 Prozent aus Freunden zusammen.

Frankfurter Krawtschenko-Prozeß

up Frankfurt, 24. Mai

Die ehemalige Hauptzeugin des Krawtschenko-Prozesses aus dem Jahre 1949 in Paris und Ehefrau des früheren deutschen Kommunistenführers Heinz Neumann, Frau Grete Buber-Neumann, hat gegen den verantwortlichen Redakteur der Wochenzeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands in Hessen, „Informationen" Klage wegen Beleidigung und Verleumdung eingereicht, die vor dem Frankfurter Amtsgericht Höchst am 25. Mai 1950 verhandelt werden wird.

Im anhängigen Prozeß will sie durch in- und ausländische Zeugen den Wahrheitsbeweis für ihre Behauptungen erbringen, daß die sowjetische NKWD zur Zeit der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion politische Häftlinge an die Gestapo übergeben hat.

Hamburger Echo, 24.5.1950

DIE NEUE ZEITUNG

Frau Buber-Neumann fordert eine starke Westverteidigung

Hamburg, 27. Februar (NZ). — „Stalin ist ein Realpolitiker par excellence. Er rechnet jeweils mit den ihm gegenüberstehenden Panzern und Flugzeugen", erklärte Frau Margarethe Buber-Neumann, die Präsidentin des von ihr gegründeten „Befreiungskomitees für die Opfer totalitärer Willkür", am Mittwochmittag in Hamburg anläßlich einer Pressekonferenz. „Stalin ist nicht wie Hitler und wird nicht angreifen, wenn er mit ernstlichem Widerstand rechnen muß." Aus diesem Grunde sei es Wahnsinn, wenn Europa dem kalten Kriege, den die Sowjets seit 1947 gegen den Westen führen, ungerüstet gegenüberstehe. Auch könne Stalin Westeuropa nur dann angreifen, wenn die sowjetischen Satellitenstaaten so völlig sowjetisch durchsetzt seien, daß ein innerer Widerstand nicht mehr für Moskau zu befürchten ist. Heute sei es jedoch noch nicht soweit, und Westeuropa könne durch eine klare Haltung Moskau gegenüber den inneren Widerstand in den Satellitenstaaten unterstützen.

Zu der Moskauer Reise von Kirchenpräsident D. Martin Niemöller führte Frau Buber-Neumann aus, daß Niemöller sich einem Irrtum hingegeben habe, wenn er annahm, daß er sich in Moskau ungehindert mit dort lebenden zwangsevakuierten deutschen Facharbeitern habe unterhalten können. Vor zwei Tagen sei in Berlin ein Ingenieur eingetroffen, der mit anderen deutschen Ingenieuren in dem Moskauer Vorort Krasnogorsk lebte, den Niemöller besuchte. Niemöller sei, wie der Ingenieur erklärt hat, nur ganz durch dieses Lager geführt worden und konnte sich dann ohne russische Begleitung mit frei deutschen Ingenieuren unterhalten. Diese frei aber seien vor zwei Jahren auf einer sowjetischen politischen Schule gewesen und hätten innerhalb der deutschen Kolonie politische Schulungsabende abgehalten, die — wie man es von den deutschen Kriegsgefangenenlagern her kenne — im Sinne der Sowjets waren. Andere Deutsche aber Niemöller nicht sprechen können.

Institut für Zeitgeschichte Archiv

ED-106/126-259

BUCHWITZ, Otto MdR

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

GUSTAV DAHRENDORF

ED-100/26-260

ARCHIV
WALTER
HAMMER

Begegnung mit
Otto Buchwitz im
Zuchthaus Brandenburg

Der sozialdemokratische Abgeordnete Otto Buchwitz, der von 1921/24 dem Preussischen Landtag und 24/33 dem Reichstag angehört hatte, war nach Kopenhagen emigriert, wo er Philipp Scheidemann nahestand. Obwohl er schon hoch in den 50 gen. war, trug er das Kopenhagener Parteiblatt aus, unermüdlich von Treppe zu Treppe, was ihm gewiss zur Ehre gereichte. Im Sommer 1940 wurde er in Kopenhagen auf Betreiben der Gestapo verhaftet und nach Berlin ausgeliefert, einige Wochen später folgte auch ich ihm. Er wurde zu 7 , ich zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt. Obwohl wir Monate hindurch nur wenige Meter von einander entfernt waren, trafen wir uns im Zuchthaus Brandenburg doch erst wieder, als wir genau an seinem 66.Geburtstage, am 27. April 45, befreit wurden. Gesundheitlich war es Otto Buchwitz recht schlecht ergangen. Ungefähr ein Jahr lang war er im Zuchthaus-Hospital untergebracht, wo er den Vorzug genoss, als Vorleser in die Zelle von Ernst Niekisch einquartiert zu werden, der (zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt und an Multipler Sklerose erkrankt) gelähmt und erblindet war.

Als in der Erwartung der Russen der Gefangenenausschuss gebildet wurde, gehörte ihm neben Gustav Dahrendorf auch Otto Buchwitz an. Die beiden alten Reichstagskollegen schienen sich damals auch gut zu verstehen. Buchwitz konnte sich nur mit grosser Mühe aufrecht erhalten und fortbewegen, als wir zu Dritt

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

in die ~~xxxxxxxxxx~~ wildbewegte Weltgeschichte hinauszogen, um uns zwischen den noch kämpfenden Fronten über Nauen nach Berlin durchzuschlagen. Dahrendorf nahm sich damals des verelendeten Otto Buchwitz mit rührender Sorgfalt an, weshalb es überaus peinlich wirkt, dass Otto Buchwitz in seinem Buch "50 Jahre Funktionär der deutschen Arbeiterbewegung", wovon inzwischen schon mehr als 100.000 Exemplare im Ostberliner Dietz-Verlag erschienen sein dürften, in sehr gehässiger Weise und von oben herab über Dahrendorf herzieht (und nicht nur über ihn, sondern auch über sehr viele andere ehemalige sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete). Bekanntlich hat es Buchwitz gutgeheissen, dass die SPD von der kommunistischen SED aufgesogen wurde. Er brachte es zum Landtagspräsidenten in Sachsen und bekleidet eine Unzahl von Ehrenämtern, neuerdings ist er wohl auch Präsident des Roten Kreuzes ~~xxxxxxx~~ in der DDR geworden.

Hamburg, 7. August 1955

W. S. Hammer

Institut für Zeitgeschichte, Archiv

OTTO BUCHWITZ Mitglied des Zentralkomitees der SED
Dresden N 6, Königsbrücker Straße 54

ED-106/27-261

Dresden, den 13. März 1948
Bu./Gr.

B e s c h e i n i g u n g

Ich bescheinige hiermit gern, daß der Genosse

Walter H a m m e r,

mit dem ich vor meiner Verhaftung in Kopenhagen in der Emigration zusammen war, schon damals als aufrechter Antifaschist gehandelt hat.

Er war es, der uns Emigranten mit den dänischen Quäkern zusammenbrachte, die sich immer sehr hilfsbereit für die heimatlosen Emigranten zeigten und uns auch in unserer politischen Arbeit eine gewisse Hilfe zukommen ließen.

Otto Buchwitz

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-706/26 - 202

Einige notwendige Worte zuvor:

Der Briefwechsel, von dem die folgenden 18 Blätter Abschriften bieten, wurde geführt zwischen Otto Buchwitz und Walter Hammer. Bis zu beider Tod soll der Inhalt geheimbleiben. B. und H. trafen sich als Emigranten in Kopenhagen (1935-40) und gingen ab Sommer 1940 streckenweise den gleichen Leidensweg, bis sie am 27.April 1945, am 66. Geburtstag von Buchwitz, aus dem Zuchthaus Brandenburg befreit wurden.

Personalien von Buchwitz findet man im Parlamentarierbuch "Hohes Haus in Henkers Hand". Außerdem noch pro domo: B. auf Blatt 11 dieses Briefwechsels. B. galt in Kopenhagen als Außenseiter. Er war dort wohl der beste Freund von Scheidemann, um den er sich bis zu dessen letzter Stunde bemühte (Sch. starb Ende Nov.39). Als Gäste bei Quäkern traf auch Hammer mit Scheidemann öfters zusammen. B. war leicht zu beeinflussen und hatte ein gutes Gemüt (vgl. Bl.15). Hochangerechnet wurde es ihm, daß B. sich nicht scheute, noch an der Grenze des Greisenalters frühmorgens die Parteizeitung auszutragen.

Hammer hatte ab 1945 im Zuchthaus Brandenburg eine Mahn- und Gedenkstätte und in der Handelskammer der Havelstadt ein Archiv und Museum aufgebaut, welches nicht seinesgleichen hatte. Nach einem, von Fritz Lange ~~xxxxx~~ angeführten Überfall, ging alles zugrunde; am 20.Februar 50 mußte Hammer alles fluchtartig im Stich lassen. Seitdem hatte er es vermieden, nach Ost-Berlin und der Ostzone Briefe zu schicken. Aber am 9.November 1956 riskierte H. es, mit Buchwitz in Briefwechsel zu treten (Blätter 2 bis 19). Hammer (und nicht nur er!) hatte es zunächst nicht fassen können, daß der alte Sozialdemokrat Otto Buchwitz allen Ernstes der SED beigetreten war und sich dem ostzonalen Polizeistaat verbunden fühlte. Öfters wurde auch kolportiert, daß B. immer wieder Zweifel bekommen habe, ob er sich zum Richtigen entschieden habe.

Stark beachtet wurde ein Buch von Otto Buchwitz, welches es bis jetzt schon auf 4 Auflagen gebracht hat und wovon in der Ostzone bereits 100 000 Exemplare verbreitet wurden: 50 JAHRE FUNKTIONÄR DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG (Dietz-Verlag Berlin, 1949). Auch in der Bundesrepublik ist inzwischen dieses Werk erschienen (Verlag DAS NEUE WORT, Stuttgart). Beide Fassungen stimmen im wesentlichen überein; nur das Porträt von O.B. wurde ausgewechselt. Vorzugsweise um dieses Buch geht es im vorliegenden Briefwechsel. Besonders peinlich wirken die Angriffe auf Löbe (Blätter 12 und 15/16) und auf Dahrendorf (Blätter 2, 4/5 und 6). Man muß wissen, daß wir am 23.April 45 zu Dritt das Zuchthaus Brandenburg verließen, um uns durch die noch wildbewegte Weltgeschichte zwischen den kämpfenden Fronten hindurch in Richtung auf Nauen durchzuschlagen; der körperlich sehr geschwächte Otto Buchwitz stützte sich dabei auf die Schultern von Gustav Dahrendorf und Walter Hammer.

Auf den folgenden Blättern ist noch besonders bemerkenswert: Aufschlüsse über wirklich anständige Beamte, mit denen wir im Reichssicherheitshauptamt (Berlin, Prinz-Albrecht-Straße 8) zu tun bekamen (Blatt 2/3) und deren Gunst u.a. auch Breitscheid genießen durfte (Blatt 3). Meine gewissenhaften Quellenstudien führten aber auch zu einer für die Kommunisten recht peinlichen Entdeckung (Blatt 15/16): daß nämlich Frau Rosa Thälmann aus dem gleichen Bau Monat für Monat 250 RM überwiesen bekam und auch annahm - und die Gestapo-Zentrale war doch keineswegs ein Wohltätigkeitsinstitut.

Von einem Spitzel, der sich Rosenthal nannte und über den die Meinungen in Kopenhagen weit auseinandergingen, ist auf Blatt 6 die Rede.

Das Wichtigste aber: Dr. Kurt Heinig konnte von Buchwitzens häßlichen Verdächtigungen reingewaschen werden (Blätter 2/3, 4, 6 und 8). Mit dieser Nachricht hat Hammer in einem Brief nach Stockholm Kurt Heinig noch kurz vor dessen Tod beglücken dürfen.

Hamburg, den 4. April 1957.

M. Hammer

ED-106/26 - 265

Hamburg, 9.11.1956

(1)

Herrn Präsident
Otto Buchwitz
Dresden N 6
Auf dem Meissenberg 8

Lieber Otto Buchwitz !

Da es zwischen uns zu keinerlei Feindseligkeiten gekommen ist, darf es wohl beim alten DU bleiben, nicht wahr ? Es war mir schon lange ein Bedürfnis, Dir einmal zu schreiben. Heute komme ich endlich dazu.

Es freut mich, daß Du trotz aller Leiden gesundheitlich noch auf der Höhe bist, was ich von mir leider nicht berichten kann. Gleichwohl habe ich mich immer wieder zusammengerissen, um auf meinem speziellen Arbeitsgebiet noch recht viel geschafft zu bekommen. Wie Du aus den beiliegenden Papieren ersehen kannst, sind kürzlich von zwei meiner Publikationen Neuauflagen erschienen. In meinem Parlamentarierbuch bist natürlich auch Du vertreten. Wenn ich damit rechnen dürfte, daß meine Sendung unversehrt bei Dir einträfe, möchte ich Dir gerne beide Bücher dedizieren, da sie Dir gewiß viel zu geben haben. Ich glaube, daß Dich eine Einschreibesendung wohl am ehesten erreichen würde. Gib mir deswegen bitte eben Bescheid.

Wenn Du Dich dann gerne erkenntlich zeigen möchtest, so würden sich mancherlei Möglichkeiten bieten. Zunächst einmal suche ich ein gutes Bild meines alten Freundes Hans Litten, welches Dir als Präsident des Roten Kreuzes sicher unschwer erreichbar sein würde. Ein weiterer Wunsch richtet sich auf die vorzügliche Broschüre von Claus Lehmann über die sog. "Rote Kapelle" (die illustrierte Broschüre erschien im VVN-Verlag 1948). Wichtig wäre für mich auch die Veröffentlichung von Carola Stern über die Leidenswege der Politiker in der DDR zur Hitlerzeit.

Natürlich habe ich Dein Buch geradezu verschlungen, mich auch über mancherlei ehrlich gefreut. Aber diese Freude wurde doch immer wieder gedämpft und getrübt. Ich erinnere mich noch deutlich der Stunde, als wir uns zu Dritt auf den Weg machten aus dem Zuchthaus Brandenburg in Richtung auf Neuen. Es hat mich geschmerzt, daß Du es nicht vermieden hast, Dehrendorf so böse abzukanzeln. Schlimmer aber ist es noch, daß Du an Deinem alten Vorurteil festgehalten hast in Bezug auf den nun auch nicht mehr lebenden Kurt Heinig. Hierzu ein paar Worte der Aufklärung.

Wir können von Glück reden, daß in der Prinz-Albrecht-Strasse Leute arbeiteten, die uns gut gesinnt waren. Im Dezernat IV des Reichssicherheitshauptamtes wirkten zwei anständige Beamte, denen wir (speziell Du und ich) das Leben zu verdanken haben. Dem Referat SPD stand ein Mann vor, an den ich später immer wieder erinnert wurde, wenn ich Carlo Schmid sah. Bei meinen Recherchen - ich fahndete bei meinen Rundfragen ja immer nach "anständigen Beamten" - ist es gelungen, in seine Arbeit Einblick zu gewinnen. Er und seine Mitarbeiter haben sich auch von mir die größten Bären aufbinden lassen und alles ganz treu protokolliert. Derart

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/26-284

(2)

gelang es nicht, uns "schlachtreif" zu machen. Auch Breitscheid hat hier gut abschneiden können. An dieser Stelle wurden auch zwei große Säcke mit Bildern und dergleichen verarbeitet, die als Beute aus Kopenhagen kamen: bei Heinige aufgestöbert. So also erklärt es sich, daß man in der Prinz-Albrecht-Strasse über Mancherlei orientiert war, was Du irrtümlich als Verrat glaubtest deuten zu müssen. Übrigens durfte ich feststellen, daß auch diese ohnehin nur wenig ausgiebigen Papiere schnell durch den Reißwolf geschickt worden sind.

Lieber Otto Buchwitz ! Bei Deinem bewährten Sinn für Gerechtigkeit brauche ich wohl nicht vergebens zu bitten, Deinen Standpunkt entsprechend zu revidieren und dem nun Verstorbenen auch Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Natürlich war es ein bloßes taktisches Manöver, als man Dir weis machte, Heinig habe Konzessionen gemacht. Sollten Dir aber immer noch Zweifel aufkommen, dann bin ich gerne bereit, zu weiterer Aufhellung beizutragen. Überlege Dir das bitte einmal.

In meinem Parlamentarierbuch findest Du Bilder von Scheidemann, auch von Heinig und Tarnow. Alle drei sind nun tot. Aber von unseren alten Freunden leben noch einige, über deren Ergehen ich einigermassen im Bilde bin: Günther Mütsch, Hans E. Hansen, Prof. Walter A. Berendsohn, Olga Kuttner ((von den Quäkern) usw.

Nimm für heute bitte mit diesen wenigen Worten fürlieb. Es würde mich freuen, wenn ich bald von Dir hören dürfte. Für eine schnelle Antwort wäre ich Dir doppelt dankbar, da es mir gesundheitlich sehr schlecht geht, ich mich aber für verpflichtet fühle, alte Mißverständnisse zwischen alten Kampf- und Weggefährten noch aus dem Wege zu räumen.

Mit herzlichen Grüßen und Wünschen verbleibe ich Dein

gez. Walter Hammer.

Institut für Zeitgeschichte, Archiv

ED-106/26 -265

3

DEUTSCHES ROTES KREUZ

Der Ehrenpräsident

Dresden A 1
Knitzer Strasse 2

15.Nov. 1956
E/Rei

Herrn
Walter Hammer
Hamburg 39
Veerstücken 9

Lieber Freund Walter Hammer !

Ich danke Dir in mehrfacher Hinsicht für Deinen Brief vom 9.ds.Mts. Ich ersehe aus demselben, daß Du immer noch derselbe hochanständige Mensch bist, als den ich Dich in der Emigration kennenlernte. Ich hätte von Dir auch nichts anderes erwartet. Da ich morgen früh zur Volkskammersitzung fahre, möchte ich schnell noch Deinen Brief beantworten.

Zuerst: Ich wäre Dir wirklich dankbar, wenn Du mir Deine beiden Bücher senden würdest. Ich habe mich mehrfach auch an Westdeutsche Freunde gewandt, um Deine Bücher zu erhalten, bisher vergeblich. Ich wäre also wirklich dankbar, sie erhalten und lesen zu können.

Ich werde mich sofort bemühen, Dir die gewünschten Broschüren sowie das Bild zu verschaffen. Ich gehöre dem Präsidium des Komitees unserer Widerstandskämpfer an und glaube, von dort die Sachen erhalten zu können. Dann werde ich bemüht sein, auf sicherem Wege Dir dieselben zu übermitteln.

Lieber Freund Walter Hammer, ich bin Dir ebenso aufrichtig verbunden für Deine Aufklärung über die Person von Kurt Heinig und die Zusammenhänge über die Verhältnisse in der Prinz-Albrecht-Strasse. Ich verspreche Dir, daß ich in irgendeiner Form, ich muß mir überlegen auf welche Art, Deine Darstellung über Kurt Heinig zu gegebener Zeit richtigstellen werde. Wenn ich mit dieser Einschränkung schreibe, mußt Du nicht denken, daß es mir an Mut mangelt, eine solche Richtigstellung zu bringen, es muß nur überlegt sein, in welcher Form und bei welcher Gelegenheit, daß es auch richtig durchkommt.

Von meinem ersten Buch sind 3 Auflagen erschienen. Sollte, da immer noch Nachfragen nach demselben sind, eine weitere Auflage erfolgen, würde ich in einem Anhang die Richtigstellung bringen und den betreffenden Absatz über Heinig streichen. Das verspreche ich hiermit.

Anders Deine Bemerkung über Dahrendorf. Gustav Dahrendorf ist tot. Er kann sich nicht mehr verteidigen. Damit könnte für mich die Angelegenheit erledigt sein. Er hat sich aber insofern schwer enttäuscht, indem er unaufgefordert doch sehr oft auf Wilhelm Leuschner und dessen Aufforderung zur Einheit der Arbeiterklasse einen Tag vor seiner Hinrichtung hingewiesen hat. Daß Gustav Dahrendorf noch in den ersten Monaten in Berlin vielleicht intensiver als mancher andere sich für die sofortige Vereinigung

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/26 - 286

4

der beiden Arbeiterparteien aussprach und alsdann ganz überraschend und plötzlich fahnenflüchtig wurde, das war für mich, weil ich auf Dahrendorf viel hielt, eine bittere Enttäuschung.

Also nochmals, werter Freund, ich freue mich über Dein Schreiben und möchte nur noch zum Ausdruck bringen, möge sich Dein gesundheitlicher Zustand bessern ! Bei Deinem Wissen und Können kannst Du noch viel dazu beitragen, daß wir endlich zu gesamtdeutschen Gesprächen kommen. Ich glaube, sitzen wir erst einmal an einem Tisch, werden wir die Sprache und die Grundlage finden, wie wir uns verständigen können. Ich bin durch die Erlebnisse, die wir alle hinter uns haben, nun einmal zu der unerschütterlichen Überzeugung gekommen, in Situationen wie heut kann Krieg und Faschismus nur durch Zusammenarbeit der gesamten Arbeiterklasse Europas verhindert werden.

Wir sehen, lieber Freund Walter Hammer, so wie vor dem ersten Weltkrieg, so vor dem zweiten, so diesmal durch das Ultimatum Englands und Frankreichs an Ägypten und die Vorgänge in Ungarn den Anfang, das Ende ist nie zu sehen. Das alles genügt aber, um unsere Verbindung gerade als Widerstandskämpfer in der jetzigen Zeit zu erfordern.

Mit den besten Wünschen und meiner großen Wertschätzung verbleibe ich in Freundschaft

Dein

gez. Otto Buchwitz.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

5

ED-106/26-267.

Walter Hammer
Hamburg 39
Veerstücken 9

18.11.1956

Herrn Ehrenpräsident
des Roten Kreuzes
O t t o B u c h w i t z
D r e s d e n A 1
Kaitzer Strasse 2

Lieber alter Freund in Dresden !

Hab Dank für die wirklich große Freude, die Du mir mit Deinem Brief vom 15.November bereitet hast. So hatte ich also nicht vergebens gehofft, daß wir uns unschwer verständigen könnten. Wenn ich an das Frühjahr 1940 zurückdenke und auf unsere anschließenden Leidensjahre, wäre es ja auch ein Unfug, wenn wir uns jetzt in die Haare kriegen und einander als Ketzer ansehen würden. Es war ein guter Zug der alten Jugendbewegung, daß man im Sachgegner doch immer den ehrlichen Menschen achtete, der es von seinem Standpunkt aus auch redlich meinte.

Aber die Erinnerung an unsere letzten Monate in Kopenhagen ließ eben vor meinen Augen auch eine Gestalt wieder auftauchen, die damals hertig umstritten wurde. Du wirst Dich dieser Figur noch erinnern, die sich Rosenthal nannte, in Wirklichkeit aber ein junger Kriminalbeamter aus der Prinz-Albrecht-Strasse war, der Behrend oder so ähnlich hieß. Wer weiß wo dieser Kerl heute untergetaucht ist! Vielleicht hat er im Zimmer nebenan gesessen, als wir im Reichssicherheitshauptamt verhört wurden.

Zusammen mit diesem Brief erhältst Du nun zunächst einmal mein Haubach-Gedenkbuch; die wesentlich erweiterte Neuauflage meines Parlamentarierbuches lasse ich morgen folgen. Beide Bücher werden Dir viele willkommene Aufschlüsse bringen und Bilder von alten Kampfgenossen zeigen, bei deren Anblick Dir die Augen feucht werden dürften. Allerdings wirst Du auch vieles so nicht akzeptieren wollen. Ist ja auch nicht nötig. Von Gleichschaltung nach Hitlers Muster haben wir ja glücklicherweise die Nase voll.

Es ist sehr erfreulich, daß Du Deinen Standpunkt hinsichtlich Heinigs zu revidieren bereit bist. Ich kann Dir heute nochmals ehrlichen Herzens die Versicherung geben, daß der Verstorbene alles Andere als ein V-Mann der Prinz-Albrecht-Strasse gewesen ist. Leider sind wir auf die raffinierten Machenschaften der Gestapo oft gar zu leicht hereingefallen. Denke bitte auch mal an jenen Lockspitzel, der ausgeschickt worden war, mich madig zu machen. Sicher wirst Du die richtige Form finden, die Heinig zu rehabilitieren bestimmt ist. Es wäre nett gewesen, wenn Du auch Dahrendorf ähnlich zu entlasten bereit gewesen wärest. Auch er war eine ehrliche Haut, stets hilfsbereit, ein vorbildlicher Charakter und eine treue Seele.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-906/26-288

(6)

Überlege Dir bitte auch diesen Fall noch einmal.

Für Deine Genesungswünsche bin ich Dir aufrichtig dankbar. Die zwei Jahre Sachsenhausen haben mir doch böse zugesetzt. Bin ich auch noch nicht ganz 69, so ist doch meine Herzkraft bald verbraucht, zumal ich für mich keine Schonung kenne. Ich habe noch so viele Pläne zu verwirklichen. Halte mir bitte den Daumen, daß es noch klappt.

Es wäre schön, wenn Du meine Arbeit im erbetenen Sinne unterstützen könntest, vor allem mit einem Bild meines Freundes Hans Litten. Aber mein Wunsch richtet sich noch auf ein weiteres Bild, auf das von Reinhold Meyer (s.Beilage!). Ein vorzügliches Bild von ihm hing in Brandenburg schon mit gegen 600 weiteren eingerahmt fürs Museum bereit. Ich weiß nicht, was aus all diesen Bildern geworden ist. Wenn sich aber jemand bereitfinden wollte, es für mich herauszusuchen, damit ich auch Reinhold Meyer noch mit in meine nächste Totenehrung einbeziehen könnte, würde er ein gutes Werk tun.

In der Hoffnung, recht bald wieder von Dir hören zu dürfen, verbleibe ich in alter gesinnungsfreundlicher Verbundenheit

mit herzlichen Grüßen Dein Kampf- und Weggefährte

gez. Walter Hammer.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-706(20-26)

DEUTSCHES ROTES KREUZ

DER EHRENPRÄSIDENT

DRESDEN A1, KAITZER STRASSE 2
RUF 44157

15. Nov. 1956
B/Rei.

Herrn
Walter Hammer
H a m b u r g 39
Veerstücken 9

Lieber Freund Walter Hammer !

Ich danke Dir in mehrfacher Hinsicht für Deinen Brief vom 9.ds.Mts. Ich ersehe aus demselben, daß Du immer noch derselbe hochanständige Mensch bist, als den ich Dich in der Emigration kennenlernte. Ich hätte von Dir auch nichts anderes erwartet. Da ich morgen früh zur Volkskammersitzung fahre, möchte ich schnell noch Deinen Brief beantworten.

Zuerst: Ich wäre Dir wirklich dankbar, wenn Du mir Deine beiden Bücher senden würdest. Ich habe mich mehrfach auch an westdeutsche Freunde gewandt, um Deine Bücher zu erhalten, bisher vergeblich. Ich wäre also wirklich dankbar, sie erhalten und lesen zu können.

Ich werde mich sofort bemühen, Dir die gewünschten Broschüren sowie das Bild zu verschaffen. Ich gehöre dem Präsidium des Komitees unserer Widerstandskämpfer an und glaube, von dort die Sachen erhalten zu können. Dann werde ich bemüht sein, auf sicherem Wege Dir dieselben zu übermitteln.

Lieber Freund Walter Hammer, ich bin Dir ebenso aufrichtig verbunden für Deine Aufklärung über die Person von Kurt Heinig und die Zusammenhänge über die Verhältnisse in der Prinz-Albrecht-Straße. Ich verspreche Dir, daß ich in irgendeiner Form, ich muß mir überlegen auf welche Art, Deine Darstellung über Kurt Heinig zu gegebener Zeit richtigstellen werde. Wenn ich mit dieser Einschränkung schreibe, mußt Du nicht denken, daß es mir an Mut mangelt, eine solche Richtigstellung zu bringen, es muß nur überlegt sein, in welcher Form und bei welcher Gelegenheit, daß es auch richtig durchkommt.
Von meinem ersten Buch sind 3 Auflagen erschienen. Sollte, da immer noch Nachfragen nach demselben sind, eine weitere Auflage erfolgen, würde ich in einem Anhang die Richtigstellung bringen und den betreffenden Absatz über Heinig streichen. Das verspreche ich hiermit.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

DRK 1/1 Vos Vordruck-Leipzig Dresden 31/18 Ra 023 III-7-5 156 0,5 Ag 503/56

Eo-106/26-220

18.November 1956

Herrn
Ehrenpräsident des Roten Kreuzes
O t t o B u c h w i t z
D r e s d e n A 1
Kaitzer-Strasse 2

Lieber alter Freund in Dresden!

Hab Dank für die wirklich grosse Freude, die Du mir mit Deinem Brief vom 15. November bereitet hast. So hatte ich also nicht vergebens gehofft, dass wir uns unschwer verständigen könnten. Wenn ich an das Frühjahr 1940 zurückdenke und auf unsere anschliessenden Leidensjahre, wäre es ja auch ein Unfug, wenn wir uns jetzt in die Haare kriegen und einander als Ketzer ansehen würden. Es war ein guter Zug der alten Jugendbewegung, dass man im Sachgegner doch immer den ehrlichen Menschen achtete, der es von seinem Standpunkt aus auch redlich meinte.

Aber die Erinnerung an unsere letzten Monate in Kopenhagen liess eben vor meinen Augen auch eine Gestalt wieder auftauchen, die damals heftig umstritten wurde. Du wirst Dich dieser Figur noch erinnern, die sich Rosenthal nannte, in Wirklichkeit aber ein junger Kriminalbeamter aus der Prinz-Albrecht-Strasse war, der Behrend oder so ähnlich hiess. Wer weiss, wo dieser Kerl heute untergetaucht ist! Vielleicht hat er im Zimmer nebenan gesessen, als wir im Reichssicherheitshauptamt verhört wurden.

Zusammen mit diesem Brief erhältst Du nun zunächst einmal mein Haubach-Gedenkbuch; die wesentlich erweiterte Neuauflage meines Parlamentarierbuches lasse ich morgen folgen. Beide Bücher werden Dir viele willkommene Aufschlüsse bringen und Bilder von alten Kampfgenossen zeigen, bei deren Anblick Dir die Augen feucht werden dürften. Allerdings wirst Du auch vieles

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

WALTER HAMMER
Schriftsteller
Hamburg 39, Veerstücken 9
Postscheck: Hamburg 1437 37

ED-106126-271

(7)

Abschrift eines Briefes vom 23.11.1956
an Otto Buchwitz.

Herrn Ehrenpräsident
Otto B u c h w i t z
Deutsches Rotes Kreuz
D r e s d e n A 1
Kaitzer-Str. 2

Lieber Otto Buchwitz !

Mehrfach habe ich Deine denkenswerten Zeilen vom 15. November gelesen, aber erst eben fällt mir auf, daß in vierten und fünften Absatz nicht klar ausgedrückt wird, was Du mir darin Wesentliches mitteilen wolltest. Sei doch so freundlich, diese Stellen noch einmal nachzulesen. Du wolltest sagen, daß Du meine sachliches Richtigstellung anerkennen könntest und daß Du bei bevorstehenden Neuauflagen offenbare Irrtümer richtigstellen würdest. Damit aber läßt sich Dein Versprechen nicht in Einklang bringen, heißt es doch in Deinem Brief, Du wolltest " Deine (also meine!) Darstellung über Kurt Heinig zu gegebener Zeit richtigstellen ". Wird nicht gerade umgekehrt ein Schuh daraus ? Überlege Dir das bitte noch einmal und erfreue mich mit recht baldiger Antwort.

Mein Buch wird mittlerweile bei Dir eingetroffen sein. Hoffentlich hast Du in der Woche zwischen Volkstrauertag und Totensonntag nicht zu gar zu starken Flüchen hinreißen lassen. Vielleicht kennst Du sogar anerkennen, daß ich allen Parteien gerecht geworden bin.
Ich bin gespannt.

Alles Gute und herzliche Grüße
in alter kameradschaftlicher Verbundenheit

Dein

gez.
Walter Hammer.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/26 - 270

23.11.1956

Herrn Ehrenpräsident
Otto B u c h w i t z
Deutsches Rotes Kreuz
D r e s d e n A 1
Kaitzer-Str. 2

Lieber Otto Buchwitz !

Mehrfach habe ich Deine dankenswerten Zeilen vom 15.November gelesen, aber erst eben fällt mir auf, daß im vierten und fünften Absatz nicht klar ausgedrückt wird, was Du mir darin Wesentliches mitteilen wolltest. Sei doch so freundlich, diese Stellen noch einmal nachzulesen. Du wolltest sagen, daß Du meine sachliche Richtigstellung anerkennen könntest und daß Du bei bevorstehenden Neuauflagen offenbare Irrtümer richtigstellen würdest. Damit aber läßt sich Dein Versprechen nicht in Einklang bringen, heißt es doch in Deinem Brief, Du wolltest " Deine (also meine!) Darstellung über Kurt Heinig zu gegebener Zeit richtigstellen ". Wird nicht gerade umgekehrt ein Schuh daraus ? Überlege Dir das doch bitte einmal und erfreue mich mit recht baldiger Antwort.

Mein Buch wird mittlerweile bei Dir eingetroffen sein. Hoffentlich hast Du Dich in der Woche zwischen Volkstrauertag und Totensonntag nicht zu gar zu starken Flüchen hinreissen lassen. Vielleicht kannst Du sogar anerkennen, daß ich allen Parteien gerecht geworden bin. Ich bin gespannt !

Alles Gute und herzliche Grüße
in alter kameradschaftlicher Verbundenheit

Dein

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/26-273

DEUTSCHES ROTES KREUZ

DER EHRENPRÄSIDENT

DRESDEN A 1, 26. Nov. 1956
KAITZER STRASSE 8 B/Rei.
RUF 44167

Herrn
Walter Hammer
H a m b u r g 39
Veerstücken 9

Lieber Walter Hammer !

Deinen Brief vom 22.ds.Mts. habe ich erhalten, ebenso Deine beiden Bücher, das über Theo Haubach und 'Hohes Haus in Henkers Hand'.

Mein Urteil über Deine Bücher sende ich Dir in kurzer Zeit. Du mußt entschuldigen, daß ich es heute noch nicht tun kann. Ich bin wirklich noch jeden Tag unterwegs, entfalte eine immerhin noch umfangreiche Tätigkeit, über die ich mich freue. Es ist eine Aufgabe, die man ja in der heutigen Zeit haben muß.

Zuerst zu Deiner Bemerkung über Kurt Heinig:

Du schreibst, ich müßte gerade umgekehrt handeln, als ich mich zu dieser Frage in meinem Schreiben an Dich geäußert habe. So geht es nicht, werter Freund ! Ohne Deine Wahrheitsliebe im Geringsten anzuzweifeln, ich habe keinen Grund dazu, muß ich Deine Darstellung über die Vorgänge in der Prinz-Albrecht-Straße von mir aus nachprüfen, ob es wirklich so ist, daß dort Leute waren, die über SPD-Widerstandskämpfer in gewissem Sinne ihre schützende Hand gehalten hätten.

Eins ist nun einmal in meiner Erinnerung tief eingegraben: Bei den vielen Vernehmungen, wenn ich von der Lehrter Straße nach der Prinz-Albrecht-Straße gebracht wurde, wo mich immer 3 Mann vernahmen, war gravierend für mich, daß mir eine Reihe von Aussprüchen, die ich tatsächlich getätigt habe, feindliche Äußerungen gegen den Faschismus, die ich aber nur im Emigrantenbüro getan haben kann, vorgehalten wurden. Zum anderen vergesse ich nicht, wie mir, hochtrabend und zynisch, der eine Beamte erklärte:

> Buchwitz, warum sind sie unserer Aufforderung, für uns zu arbeiten, nicht nachgekommen. Wir sind doch gar nicht so. Sehen sie, wir haben doch Herrn Heinig und Herrn Tarnow die Genehmigung gegeben, ihre Häuser in Berlin zu verkaufen.

Als der Gestapo-Beamte das gesagt hatte, merkte ich, wie ein anderer demselben einen warnenden Blick zuwarf. Dann brachten sie ein anderes Thema zur Sprache. Das mußte mich stutzig machen, und dieser Verdacht ist bis heutigen Tages bei mir nicht gewichen. Das bedarf einer Nachprüfung. Noch einmal sage ich, das soll nicht heißen, daß ich Deine Glaubwürdigkeit anzweifle.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Ich habe in Deinem Buch 'Hohes Haus' bisher nur geblättert. Ich werde es aber gewissenhaft lesen, ebenso wie ich jenes von Weisenborn studiert habe. Eins bemerke ich schon heut:

Deine Heraushebung von Paul Löbe teile ich nicht. Ich will Dir auch hier etwas aus der Zeit meiner Vernehmungen und der ersten Jahre meiner Strafhaft in Sonnenburg erzählen.

Einmal bei einer Vernehmung auf der Prinz-Albrecht-Straße erklärte einer der Gestapo-Beamten:

> Buchwitz, unser Reichsmarschall Göring ist ja gar nicht so, wie ihr ihn hinstellt. Er hat z.B. Karl Severing und Paul Löbe, weil sie immer faire Kämpfer waren, eine Pension bewilligt.

Darauf habe ich protestiert. Ich habe erklärt, das glaube ich nicht. Erstens habe ein ehemaliger Reichstagspräsident keinen Anspruch auf Pension. Ich glaube auch nicht, daß Löbe und Severing aus der Hand des Herrn Göring eine Pension angenommen haben. Ich wurde daraufhin, weil ich das nicht glauben wollte, nach Gestapo-Methode belehrt, daß man die Worte Görings nicht anzweifeln dürfe.
Ich habe selbst noch im Zuchthaus, als mir kommunistische Genossen das gleiche mitteilten, Partei für Löbe und Severing ergriffen. Ich kannte ihre Rechtseinstellung auf politischem Gebiet, hätte aber nie geglaubt, daß sie Pension annehmen aus der Hand der faschistischen Führer, wo ihre Klassengefährten gepeinigt, geköpft wurden. Die Wahrheit habe ich erst nach 1945 erfahren. Heute weiß ich, daß es wahr ist, daß Paul Löbe, obwohl ein Reichstagspräsident rechtlich keinen Anspruch auf Pension hat, Pension bezog. Soviel ich inzwischen darüber hinaus erfahren habe, seien ihm zu seinen 500 Mark monatlich Pension von Hitler selbst noch 250 Mark monatlich zugelegt worden. Das ist für mich, entschuldige Walter Hammer, unerhört, denn das geschah in einer Zeit, als die Genossen von Löbe und Severing in den Höllen des Faschismus gefoltert, gehangen und geköpft wurden.
Auch meine Frau saß in jener Zeit und viele andere. Dafür habe ich kein Verständnis und werde es nie aufbringen.

Aber ein allgemeines Urteil wirst Du von mir gern erhalten.

Für heut mit sozialistischen Grüßen

Otto Buchwitz

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-906/26 -274

DEUTSCHES ROTES KREUZ

DER EHRENPRÄSIDENT

DRESDEN A 1, KAITZER STRASSE 2
RUF 44157

10. Dezember 56
B/Rei.

Herrn
Walter Hammer
H a m b u r g 39
Veerstücken 9

Werter Freund Walter Hammer !

Nun möchte ich mein Versprechen erfüllen und Dir meine Meinung über Deine beiden Bücher mitteilen. Zuerst zu Deinem Buch "Theodor Haubach zum Gedächtnis".

Du hast Theodor Haubach mit Deinem Buch ein schönes Denkmal geschaffen. Auch ich kannte Haubach, natürlich nicht wie Du. 2-3mal brachte mich im Restaurant des Preußischen Landtages Hildegard Wegscheider mit ihm zusammen, diese gehörte ja zum Kreis der religiösen Sozialisten wie Haubach, sie war als Abgeordnete des Preußischen Landtages gewählt in meinem niederschlesischen Wahlkreis. Auch durch Carlo Mierendorf bin ich 2-3mal, ich glaube im Restaurant des Reichstages, Haubach begegnet. Bei dieser Erinnerung an diese Begegnungen taucht folgendes bei mir auf:

Bei den Franktionssitzungen der SPD im Reichstag saß links von mir Karl Severing, neben ihm Kurt Schumacher. Mir visavis saßen Carlo Mierendorf und Gerhard Seger, der sich wohl heute in Newyork befindet. Was Du vielleicht nicht weißt oder aus Pietät verschweigst ist folgendes: Mierendorf und Seger haben sehr oft mit grimmigem Humor, hinter welchem sich viel Bitterkeit verbarg, gegen die Politik des Parteivorstandes der SPD in jener Zeit sich ausgesprochen.

Deine Würdigung Theodor Haubachs ist einem Deiner Freunde gewidmet, und das ehrt Dich. Das entspricht ganz Deinem Charakter, den ich durchaus schätze, wie ich in meinem ersten Schreiben vor einiger Zeit schon zum Ausdruck brachte. Aber, Walter Hammer, würden alle Opfer des Faschismus, die ihr Leben als Märtyrer gaben, eine gleiche Ehrung erfahren, welches Heldentum und welche menschliche Größe würde der Nachwelt übermittelt, eine vieltausendbändige Bibliothek würde auf dem Gebiete erstehen. Aber viele wurden nicht gewürdigt, obwohl ihre Taten und ihre Opfer denen Haubachs gleichstehen.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Heute ist es schon so, daß über kurz zurückliegende Vorgänge und über noch lebende Politiker einfach keine zuverlässigen, unanfechtbare Daten zu erlangen sind. Du wirst Dich vielleicht gewundert haben, daß Georg Handtke in meinem Parlamentarierbuch fehlt. Da er es wohl gewesen ist, der Dich in Brandenburg zur Reparatur einer "Zerreißmaschine" anforderte, wird es gewiß auch Dir an einer Klarstellung folgender Fragen gelegen sein. In der letzten Ausgabe von "Wer ist Wer" steht zu lesen, Georg Handtke sei von 1918 bis 1933 MdR gewesen, 1935 habe man ihn zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Er dürfte also mit dem Erfinder der Brandenburger Zerreißmaschine identisch sein. Nun habe ich mich um ein halbes Dutzend Quellen bemüht, die ein komisches Sammelsurium ergaben. Da heißt es, H. sei bis 1927 MdR gewesen, weiter, er sei Landtagsabgeordneter gewesen usw.usw. Eine genaue Nachprüfung hat inzwischen ergeben, daß H. von 1920 bis 1932 weder Mitglied des Preussischen Landtages, noch Reichstagsabgeordneter gewesen ist. Mir blieb also nichts anderes übrig, als die ganze Geschichte unter den Tisch fallen zu lassen. Ich wäre Dir natürlich sehr dankbar, wenn Du zur Aufhellung beitragen wolltest, damit ich in der 3.Auflage des Parlamentarierbuches ganz Authentisches über unseren alten Brandenburger veröffentlichen kann.

Ein ganz übles Machwerk, wovon schon in Zürich eine deutsche Version erschienen ist, soll kürzlich auch bei Euch im Verlag "Volk und Welt" erschienen sein: "Briefe europäischer Widerstandskämpfer". Was kann eine ernstliche Widerstandsforschung helfen, wenn ahnungslose Ausländer alles auf den Kopf stellen und grotesk verzerren? Da läßt man beispielshalber Franz Jacob Selbstmord begehen, spricht von einem "Brandenburger Gefängnis in Berlin" und bezieht die von mir mit großer Mühe erarbeiteten Daten über die Hinrichtungen in Brandenburg schlankweg auf Plötzensee. Überdies sind die Daten auch gefälscht worden. Ist das nicht ein Jammer ? Hoffentlich sind die

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-906/26-275

Ich habe in der Weimarer Zeit 20 Regierungen erlebt, 8 davon unter Führung der SPD. 20 Programme, 20 Lügen.
Dann erlebte ich in Januar 1934 in der Emigration als Heimatloser das revolutionäre Manifest der Sopade an die deutschen Arbeiter. Wieder glaubte ich an eine Selbstbesinnung. Wie sie aussah, beweisen die Verhältnisse bei Euch.
Das sind, lieber Walter Harmer, Überlegungen, die ein alter Mensch anstellt, der weiß, daß seine Zeit bemessen ist, der aber das große Menschheitsziel als Sozialist trotz mancher Enttäuschung noch genauso liebt und verehrt wie als junger Mensch, als er in die Bewegung kam.

Zu diesem Teil meines Briefes noch folgendes:
Du bist völlig nichtsahnend über meine Tätigkeit in der Deutschen Demokratischen Republik. Ich bin glücklich, noch Helfer der Menschen und bei der Lösung der Aufgaben, die vor der deutschen Arbeiterklasse stehen, sein zu können. Zu mir kommen im Durchschnitt im Monat 150-200 Menschen, ich erhalte noch die gleiche Anzahl Briefe, wo ich um Hilfe ersucht werde. Ich frage niemand, welcher Partei bist du, ich gehe von dem Grundsatz aus: Marxist sein, heißt Helfer der Menschheit sein zu müssen !
So handle ich.

Zur Beurteilung Deines zweiten Buches "Hohes Haus in Henkers Hand" wird Dich meine Meinung sicher gleichfalls nicht befriedigen. Gewiß ist auch dieses Buch eine fleißige und dankenswerte Arbeit eines Historikers, ein erschütterndes Material im Kampf gegen die Barbarei des Faschismus, welche vor wenigen Wochen ohne die sowjetischen Panzer in Ungarn wieder über das Volk in Ungarn, vielleicht über größere Teile Europas hereingebrochen wäre.

Kritisch betrachte ich diese Deine Arbeit, weil nur die Bestialität des Faschismus an der Hand zahlreicher Beispiele registriert wird, jedoch keinerlei Untersuchung über die Ursachen, wieso der Faschismus mit seiner Barbarei in Deutschland zur Macht kommen konnte.

Du widmest in Deinem Buch sogar Herrn Adenauer ehrende Worte. Das verstehe ich nun wirklich nicht. Auf diesen Mann und dessen verhängnisvolle Politik würde doch das Wort zutreffen, was Du am Schlusse der Einleitung zu Deinem Buch anführst: "Seid wachsam und wehret den Anfängen !" Was sich in der Bundesrepublik zurzeit abspielt, Aufbau der neuen Wehrmacht unter faschistischen Hitlergeneralen und der SS, die Du und ich kennengelernt haben, ist mehr als der Anfang des Faschismus. Das kannst Du nach meiner Meinung doch nicht beabreiten !

Schon in meinem vorangegangenen Brief habe ich Dir mitgeteilt, daß es mir unverständlich ist, daß Du Dein Buch Paul Löbe gewidmet hast. Die Gründe dieser meiner Haltung habe ich Dir mitgeteilt. Ich sende Dir heut die Fotokopie des Interviews mit, das Paul Löbe bei seiner Entlassung aus dem Konzentrationslager gehabt hat. Mehr will ich dazu persönlich nicht zum Ausdruck bringen.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Ich kann Dir, Deinem Wunsch gemäß, mitschicken die Broschüre von Claus Lehmann und das Bild von Litten. Weitere Wünsche, die Du in Deinem Schreiben aussprachst, bin ich nicht in der Lage erfüllen zu können.

Ich wünsche Dir für die Zukunft alles Gute, vor allen Dingen Gesundheit, und verbleibe trotz gegensätzlicher Meinung

in Freundschaft

Otto Buchwitz

Anlagen

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED- 706/19-276

8.1.1957

Herrn Ehrenpräsident
Otto B u c h w i t z
Deutsches Rotes Kreuz
D r e s d e n A 1
Kaitzer Str. 2

Lieber Otto Buchwitz !

Nimm es mir bitte nicht übel, daß ich Dir erst heute für Deinen ausführlichen Brief vom 10.v.M. antworte und nicht einmal zu den Festtagen gratuliert habe. Ich weiß, daß Du auch diesmal meine mißliche Gesundheit als Entschuldigung gelten lassen wirst.

Nach wie vor bin ich angenehm berührt von der sachlichen Form unseres Meinungsaustausches. Ich zweifle nicht daran, daß es auch in Zukunft mit der alten persönlichen Wertschätzung hergehen wird und daß es zu keinen Schimpfkanonaden kommt.

Wir stimmen durchaus in unserem herzlichen Bedauern überein, daß nicht Tausenden von Helden der deutschen Hitlerabwehr ein ähnlich ehrendes Denkmal erbaut werden kann, wie ich es Theo Haubach gesetzt habe. Eben das ist ja mein wesentlichstes Anliegen: recht viele vor dem Vergessenwerden zu bewahren. Leider sind die wertvollen Unterlagen, die Ende der Vierziger Jahre an vielen Stellen erarbeitet worden sind, regelrecht zum Teufel gegangen. Ich denke hier nicht nur an Brandenburg, sondern auch an die Forschungsstelle der VVN in Berlin. Immer wieder verschwanden wertvolle und unersetzliche Unterlagen. Ich zweifle nicht daran, daß verschiedentlich ehemalige Nazis die Hände im Spiel hatten.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Heute ist es schon so, daß über kurz zurückliegende Vorgänge und über noch lebende Politiker einfach keine zuverlässigen, unanfechtbare Daten zu erlangen sind. Du wirst Dich vielleicht gewundert haben, daß Georg Handtke in meinem Parlamentarierbuch fehlt. Da er es wohl gewesen ist, der Dich in Brandenburg zur Reparatur einer "Zerreißmaschine" anforderte, wird es gewiß auch Dir an einer Klarstellung folgender Fragen gelegen sein. In der letzten Ausgabe von "Wer ist Wer" steht zu lesen, Georg Handtke sei von 1918 bis 1933 MdR gewesen, 1935 habe man ihn zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Er dürfte also mit dem Erfinder der Brandenburger Zerreißmaschine identisch sein. Nun habe ich mich um ein halbes Dutzend Quellen bemüht, die ein komisches Sammelsurium ergaben. Da heißt es, H. sei bis 1927 MdR gewesen, weiter, er sei Landtagsabgeordneter gewesen usw.usw. Eine genaue Nachprüfung hat inzwischen ergeben, daß H. von 1920 bis 1932 weder Mitglied des Preussischen Landtages, noch Reichstagsabgeordneter gewesen ist. Mir blieb also nichts anderes übrig, als die ganze Geschichte unter den Tisch fallen zu lassen. Ich wäre Dir natürlich sehr dankbar, wenn Du zur Aufhellung beitragen wolltest, damit ich in der 3.Auflage des Parlamentarierbuches ganz Authentisches über unseren alten Brandenburger veröffentlichen kann.

Ein ganz übles Machwerk, wovon schon in Zürich eine deutsche Version erschienen ist, soll kürzlich auch bei Euch im Verlag "Volk und Welt" erschienen sein: "Briefe europäischer Widerstandskämpfer". Was kann eine ernstliche Widerstandsforschung helfen, wenn ahnungslose Ausländer alles auf den Kopf stellen und grotesk verzerren? Da läßt man beispielshalber Franz Jacob Selbstmord begehen, spricht von einem "Brandenburger Gefängnis in Berlin" und bezieht die von mir mit großer Mühe erarbeiteten Daten über die Hinrichtungen in Brandenburg schlankweg auf Plötzensee. Überdies sind die Daten auch gefälscht worden. Ist das nicht ein Jammer ? Hoffentlich sind die

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

haarsträubenden Fehler der Züricher Ausgabe nicht auch in der Version des Verlages "Volk und Welt" enthalten. Gibt es denn bei Euch keine Stelle mehr, die solchen Unfug verhüten und für eine einwandfreie Geschichtsschreibung sorgen kann ?

Lieber Otto Buchwitz, selbstverständlich bedaure ich mit Dir, daß die folternde Schwefelbande der SS bei uns die Köpfe wieder hoch trägt. Es fehlt bei uns keineswegs an geharnischtem Protest, aber wir hätten damit mehr Erfolg, wenn die Politiker unserer Tage sich einander die Bälle nicht zuwerfen wollten. Du weißt in etwa wie ich das meine. Wir hätten es natürlich wesentlich einfacher, wenn es uns möglich wäre, mit vereinten Kräften gegen die Ewiggestrigen anzukämpfen, aber dazu kann es natürlich nicht kommen, wenn die Sozialdemokraten immer noch als "Sozialfaschisten" beschimpft und die Abwehr nicht gegen den gemeinsamen Feind gerichtet ist. Aber da werden wir auf brieflichem Wege wohl nicht weiterkommen. Jedenfalls darfst Du Dich darauf verlassen, daß wir in der Bundesrepublik auf der Wacht stehen. Immerhin halten es in der Bundesrepublik 45% mit der SPD.

Werter Otto Buchwitz, ehrwürdiger Veteran der Arbeiterbewegung, mir fehlt es wirklich nicht an Respekt, auch wenn ich Dir nicht ganz folgen kann. Du hast mir auch in Kopenhagen gewaltig imponiert, als Du in Deinem Alter und mit Deinen großen Verdiensten mit dem Parteiblatt xxxx treppauf-und treppab-gelaufen bist, nebenher aufklärend gewirkt und an der Zeitung von Max Sievers mitgearbeitet hast. Alle meine Freunde haben Dir das hoch angerechnet, insbesondere jene, die mit uns damals in Hellerup der Einladung der Quäker zu jenem für uns denkwürdigen Abend gefolgt waren, als wir wohl zum ersten Mal das Moorsoldatenlied vortrugen. Wir haben gewiß gut daran getan, unsere briefliche Aussprache

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

von vornherein auf diesen Ton gestimmt haben. Laß uns doch bitte versuchen, dabei zu bleiben.

Mir will scheinen, daß auch in Dir ein gut Stück Quäkertum lebendig ist, auch wenn Du es mit anderem Namen bezeichnest. Du wirst auch herausgespürt haben, daß auch mein Parlamentarierbuch von ähnlichem Geist durchweht ist. Scharfe Polemiken habe ich vermieden. Aber bisweilen sprachen die schlichten Fakten eine Sprache, die Dir nicht recht behagen will. Ich verstehe das. Übersieh aber bitte nicht, daß ich es an manchen Stellen nicht an Ironie fehlen lasse. Beispielshalber gerade bei dem von Dir genannten Konrad Adenauer. Wäre ich engherzig gewesen, dann wäre dieses Denkmal aus Wort und Bild nicht zustande gekommen. Wäre das nicht bedauerlich gewesen ?

Nun aber bitte ich Dich, einmal ganz scharf zurückzudenken. Hat nicht jeder um seinen Kopf gekämpft ? Auch wenn unsereins nicht schwach geworden ist und keine wesentlichen Konzessionen gemacht hat- als wir nun einmal in den Klauen der Bestie waren, wäre lauter Widerspruch einem Selbstmord gleichgekommen. Und wenn alten Parlamentariern von den Nazis eine Pension zugebilligt wurde, dann hätte ich den Helden sehen mögen, der sich aufs hohe Roß gesetzt und ihnen ein NEIN entgegengeschleudert hätte. Du weißt auch, daß die Prinz-Albrecht-Strasse sich nicht gescheut hat, in Verein mit dem Klumpfuß viele aufrechte Gegner zu verleumden und die Welt glauben zu machen, dieser und jener sei umgefallen und habe sich zum Lobredner des Monstrums hergegeben. Wollen wir denn heute noch auf solchen Schwindel hereinfallen ?

Wir wissen, daß Hitler befohlen hat, sogar Hinterbliebenen der "Roten Kapelle" und auch des "Zwanzigsten Juli" Pensionen auszuzahlen. Das geschah gewiss nicht aus humanen Motiven, sondern aus kühler Berechnung und zur Irreführung drinnen und draußen. Ist Dir bekannt, daß auch Rosa Thälmann aus der Prinz-Albrecht-Strasse Monat für Monat 250.- RM überwiesen bekam und keineswegs die Annahme des Geldes abgelehnt hat ? Aber zum Thema Thälmann wäre auch

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/2 6-278

sonst noch vieles zu sagen, aber dann kämen wir vielleicht doch noch zu jenen Schimpfkanonaden, denen wir aus dem Wege gehen möchten. Wir könnten nicht unerwähnt lassen, daß die mit alkoholischen Exzessen verknüpften Verhandlungen in Moskau, die zum Abschluß des den zweiten Weltkrieg recht eigentlich auslösenden Hitler-Stalin-Paktes führten, zwar zur Befreiung einiger fünfzig KZ-Kommunisten geführt haben, andererseits aber auch mindestens eben so vielen Emigranten, die in der UdSSR Zuflucht gesucht hatten, das Leben gekostet hat oder ihnen Einweisung in die KZ-Höllen Hitlers einbrachte. Du weißt auch, daß Thälmann damals freigelassen worden wäre, wenn...

Jedenfalls wurde Thälmann als Ehrenhäftling behandelt. Er hatte zwei komfortabel eingerichtete Zellen zur Verfügung. Es gibt viele Fotografien, die das unzweideutig illustrieren. Aber es wäre bedauerlich, wenn alles dies noch einmal aufgewühlt würde. Immerhin mußte ich wenigstens andeutungsweise darauf zu sprechen kommen, als Du den Charakter von Löbe anzuzweifeln für richtig hieltest.

Aber nun muß ich einen Punkt machen, denn es würde über meine Kraft gehen, alles noch weiter auszuspinnen, wie ich es auch vermeiden möchte, Dir einen schier endlos langen Brief zu schreiben und Dir seine Lektüre zuzumuten, da Du ohnehin mit wichtiger Arbeit überlastet bist.

Ich bin Dir aufrichtig dankbar für die Broschüre von Klaus Lehmann, die bei einer Aufgabe der Widerstandsforschung gute Dienste leisten wird. Sehr gefreut hat mich auch das Bild von Hans Litten. Allerdings hätte ich eine Fotografie vorgezogen. Wäre es nicht möglich, mir eine solche wenigstens einmal leihweise zu überlassen ?

Sieh in allem von mir Gesagten bitte keine persönlichen Spitzen. Trotz offenbarer Sachgegnerschaft verbleibe ich in alter kameradschaftlicher Verbundenheit und mit herzlichen Grüßen und Wünschen

Dein

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

6.2.1957.

ED-106/26-27

Herrn Ehrenpräsident
Otto Buchwitz
Dresden A 1
Kaitzerstr. 2

Lieber Freund Otto Buchwitz !

Nimm mir mein langes Schweigen bitte nicht übel. Du weißt ja, daß es mit meiner Gesundheit schlecht bestellt ist. Aber gerade deshalb wäre es mir schmerzlich, wenn der Briefwechsel zwischen uns ganz abreissen sollte. Insbesondere wäre es mir sehr lieb, wenn wir uns auch weiterhin darum bemühen würden, unseren Toten Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Darüber hinaus sollten wir einwandfreie Daten über unsere überlebenden Leidensgefährten festzustellen versuchen.

Dies gilt ganz besonders für Georg Handke. Warst Du so freundlich, dieser wichtigen Frage einmal nachzugehen ? Gerne hätte ich auch authentisches erfahren über den Tod Deines früheren Reichstags- und Fraktionskollegen Professor Heinrich Cunow. Offenbar ist er in Verzweiflung und Tod getrieben worden. In Berlin ist er gestorben. Über die näheren Umstände konnte nichts herausgebracht werden.

Immer noch gibt es in meinem Parlamentarierbuch kleine Lücken, die in der bevorstehenden dritten Auflage getilgt werden sollen. Überfliege daraufhin doch bitte einmal die beiliegenden Zeilen über Erwin Hartsch. Von ihm heißt es, er habe "Monate des Grauens in verschiedenen Konzentrationslagern verbracht". Das sollte uns nicht genügen; die Namen der KZs müßte ich noch erfahren. Weißt Du mir da vielleicht brauch-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

baren Rat ?

Von Günther Mötsch, der mit Frau und Sohn immer noch in Schweden lebt und mit dem ich laufend in Briefwechsel stehe, soll ich Dir bei nächster Gelegenheit herzliche Grüße vermitteln. Der Junge hat sich offenbar gut emporgearbeitet, während sein Vater über ein altes Magenleiden klagt.

In der Hoffnung, recht bald wieder von Dir hören zu dürfen, verbleibe ich mit besten Grüßen und Wünschen

Dein

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

3. März 1957

ED-106/26 - 280

Herrn Ehrenpräsident
Otto Buchwitz
Deutsches Rotes Kreuz
D r e s d e n A 1
Kaitzer-Strasse 2

Lieber Otto Buchwitz!

Dein langes Schweigen macht mir nun doch grosse Sorge. Hoffentlich hast Du unter den Tücken der Übergangszeit nicht zu leiden. Gesundheitlich hat uns die Hitlerzeit doch mit einer hohen Hypothek belastet.

Erreichen Dich diese Zeilen aber wohlbehalten, dann greife auf unseren Briefwechsel doch bitte noch einmal zurück. Wir können dann ja jene Fragen, die auf brieflichem Wege ohnehin nicht hinreichend geklärt werden können, getrost einmal übergehen und in dieser Hinsicht den Briefwechsel abbrechen.

Hingegen wäre mir viel daran gelegen, wenn in der dritten Auflage meines Parlamentarierbuches auch unserem alten Leidensgenossen aus dem Zuchthaus Brandenburg Gerechtigkeit widerfahren könnte. War es Dir möglich, mittlerweile Authentisches über Georg Handkes Leidensweg festzustellen?

Alles Gute! Und herzliche Grüsse!

Dein

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

DEUTSCHES ROTES KREUZ

DER EHRENPRÄSIDENT

DRESDEN A 1, KAITZER STRASSE 2
RUF 44187

DRESDEN A 1, 6. März 1957
B/Rei.

ED-106/26 - 284

Herrn
Walter Hammer
H a m b u r g 39
Veerstücken 9

Lieber Walter Hammer !

Du hast mit Deiner Mutmaßung in Deinem letzten Schreiben vom 3.ds.Mts. recht, ich bin wirklich wieder einmal krank gewesen und habe mich einige Wochen im Krankenhaus befunden, bin erst Montag wieder aus dem Krankenhaus entlassen. Es geht mir aber noch nicht besonders gut.

Nun zu Deinen Briefen. Auch hier bin ich derselben Meinung wie Du, unterlassen wir den gegenseitigen Briefwechsel über Fragen, von denen wir von vornherein wissen, daß wir verschiedener Ansicht sind und wahrscheinlich auch trotz Briefwechsel ein Einverständnis nicht erreichen werden. Das soll kein Hindernis sein, daß wir als ehemalige Leidensgenossen und aus unserer Freundschaft aus der Emigration weiterhin als Menschen miteinander in Verbindung bleiben über Fragen, die uns gemeinsam interessieren.

Du frugst in einem Deiner Schreiben nach dem Genossen Erwin Hartsch. Da dürfte es am besten sein, Du setzt Dich mit dem Sohn unseres verstorbenen Genossen Erwin Hartsch in Verbindung. Ich kann Dir nur mitteilen, ich war mit Erwin Hartsch befreundet. Er wurde auf meinen Vorschlag Minister für Volksbildung im Lande Sachsen. Obwohl er bei Übernahme des Amtes schon ein schwer kranker Mann war, hat er seine Arbeit ausgezeichnet geleistet, aber sein Krankheitszustand verschlimmerte sich, so daß er 1948 uns leider verstarb. Sein Sohn Erwin Hartsch wohnt Dresden-A. 27, Friedrich-Hegel-Str. 29.

Nun zur Frage Georg Handke. Hier liegt in Deiner Darstellung eine Verwechslung vor. Deine Bezugnahme auf mein Buch und die Schlußfolgerung Deinerseits, daß der Handke, der mich eines Tages zur Reparatur der Zerreißmaschine holte, Geworg Handke gewesen wäre, ist falsch. Der Mann hieß Albert Handke. Ich habe ihn noch einmal nach 1945 in Berlin getroffen, seitdem aus den Augen verloren. Ich kann Dir also nähere Angaben, wie Du sie wünschst, nicht machen. Das tut mir leid, ist nicht böser Wille, ich bin dazu nicht in der Lage, werde auch gehindert an weiteren Nachforschungen durch meinen Gesundheitszustand.

Ich verbleibe mit den besten Wünschen

in alter Freundschaft

Peter Buchwitz

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/26 -282

Eskilstuna 20.1.57

Lieber Freund Walter.

Herzlichen Dank für Deinen letzten Brief, in dem Du uns schreibst, daß Du nicht ganz auf der Höhe bist mit Deiner Gesundheit. Lieber Walter, wir wünschen Dir alle recht baldige Gesundung und hoffen von Herzen das dieses inzwischen schon eingetreten ist. Du mußt noch arbeitsfähig bleiben um der Nachwelt noch mehr „Tatsachen" vermitteln zu können. Ich habe Dein Buch, Hohes Haus greifbar für Alle, im Buchreal stehen. Immer wieder beim lesen der Grausamkeiten kommt man zu der Ansicht, das dieses Buch – jeder Deutsche – lesen müßte!

Du schreibst auch, daß Du wieder im Briefwechsel mit Otto Buchwitz stehst und ich darüber hören sollte. Ich bin wirklich erstaunt darüber, hat Otto seinen Standpunkt geändert oder aber greift er Dich irgendwie an? Du Walter, wenn es Dir möglich ist schreibe mir doch etwas näheres darüber. Ich bin immer noch sehr an die Geschehnisse um Otto Buchwitz interessiert. Er war ja für Betty Lang und mich immer ein Mensch

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

und Kamerad, den wir gerne in unserer Mitte sahen.
Im Buche, Hehes Haus, schreibst Du um Gustav Steinbrecher. Hast Du bewußt ausgelassen das Steinbrecher in Kopenhagen als Flüchtling 1933-34 lebte.? Er ging dann zusammen mit einem anderen Sozialdem. Minister aus Braunschweig wieder nach Deutschland zurück. Trotz das er dem Alter nach mein Vater hätte sein können, waren wir oft zusammen, ich bewunderte immer seine große Güte und ausgeglichenheit. Er rauchte gerne eine gute Zigarre oder Pfeife. welches er sich aber nicht in Kopenhagen erlauben konnte da er genau wie alle andere mit 15 Kronen Unterstützung lebte. Dadurch das ich als „Cyckelbud" in einem Tobak Forettning arbeitete konnte ich im doch oft diese Freude bereiten. Bei einem Besuch meines Vaters in Kopenhagen fanden sich diese beiden Alten und Erinnerungen lebten auf. Gustav Steinbrecher litt an Heimweh und trotz vieler Warnungen nicht zuletzt auch von meinem Vater kehrte er nach Deutschland zurück.

Uns geht es noch gut, außer einem Magengeschwür bei mir, Zahn der Zeit.

Mit vielen Grüßen Dein

Günther

Institut für Zeitgeschichte Archiv

ED-106/26 -283

Eskilstuna 22.3.57

Lieber Walter.

Vielen Dank für das Buch von Buchwitz und Deinen Brief vom 20.3. Aber Walter es war bestimmt nicht so gedacht, das Du das Buch bezahlen solst. Schreibe mir bitte was es kostet und ich sende das Geld.

Ich bekam es erst gestern und konnte noch nicht viel darin lesen, kann aber jetzt schon sagen das es mir bitter stimmt. Gewiss hat Otto in vielem recht, es war nicht alles so wie es hätte sein sollen in der Partei. Ich bin der letzte welcher es verneinen würde und habe auch immer gegen den starren Parteiweg angegriffen, aber ich finde das Otto Buchwitz von der Seite auf der er nun steht, absolut kein recht hat so zu schreiben. Otto Buchwitz scheint garnicht zu begreifen, das er von seinen neuen Freunden nur als Aushängeschild benutzt wird. Lieber Walter, die Socialdemokraten haben eine ganze Reihe Dummheiten begangen, wir haben nicht zu wenig von der Sorte wie Richard Hansen in unseren Reihen gehabt, aber in einem werden wir den Kommunisten immer voraus sein -

N.B. Walter, kennst Du einen deutschen Zeichner oder Maler mit Namen Oskar Graf?

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

nie hat der eine Socialdemokrat dem anderen Parteigenossen, nur weil es ihm in seinem Kram passt, den Kopf abhacken lassen und ihn dann später, wieder einer neuen Lage angepasst, für heilig erklärt.

Na, wir wollen Otto ruhen lassen und seine Mahnung an die Jugend wird sich im Gegenteil auswirken. Siehe Polen und Ungarn. Schade für einen alten Freund der wirklich für meine kleine Familie ein fester Punkt gewesen ist.

Lieber Walter, wenn Du mir die anderen Briefe von Otto und Dir noch senden wolltest wäre ich Dir dankbar, habe die letzten noch nicht bekommen. Werde Dir dann alles wieder zurücksenden oder sie Dir selbst geben, wenn wir im Juli (wenn alles gut geht) durch Hamburg kommen.

Das Buch aus dem Wuppertal würde mich interessieren da ich selbst im Stadion Thälmann hörte. Bitte schreibe mir die Adresse vom Verlag.

Sonny kam Samstag vom Militär zurück und begann am Donnerstag seine erste richtige Stellung bei A.S.E.A. als Chemi Ing. Västerås liegt 45 Klm von hier und er kommt Samstags nach Hause. Nun sehnen wir uns nach Sonne und Wärme und Frühling Gestern hatten wir noch 22° Kälte.

Nun lieber Freund

die herzlichsten Grüße

Dein Freund Günther

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-706/26-28

Eskilstuna 24.5.57

Lieber Freund Walter

Nun hab ich nochmals Ottos Buch gelesen und in Ruhe alles durch den Kopf gehen lassen. Ja, er hat in vielem Recht und ich gehe weit mit ihm gemeinsam im Urteil über unsere Parteileiter, aber nicht soweit das mich der Haß gegen einige Dunkelmänner das klare sehen nimmt so wie es bei Otto Buchwitz doch der Fall ist. Er schreibt so schön um den positiven Friedenswillen der Sowjets und die Erfolge in der Ostzone, na Otto sollte mal versuchen so frei und offen die Leiter der SED anzugreifen so wie wir es konnten gegenüber unsere Führer, ja dann würde er etwas anderes erleben. Aber Otto ist nun Alt und er hat verdient seinen Lebensabend in Ruhe zu verleben. Schade lieber Walter, wie schön wäre es wenn wir Dre. uns noch mal sehen und unsere Erlebnisse austauschen könnten. Ich denke sooft an den Abend in Hellerup wo wir, doch auch nicht mehr die allerjüngsten das Moorsoldatenlied sangen. Unser einfacher Gesang ergriff die Zuhörer mehr wie eine lange Rede. Unser Kreis hätte das Recht haben sollen länger bestehen zu dürfen. Aber dann kam das große Vaterland uns nachgelaufen und alles war aus.

4414 185

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-100126-28E

Ich habe Otto Buchwitz gestern einen Brief geschrieben und ihm ein Bild von sich aus Kopenhagen beigelegt und ihn gebeten mir einen Gruß darauf zu schreiben. Hoffe das er es tut. Nichts hab ich ihm geschrieben über sein Buch, nur hab ich ihm ein anderes Bild vom 9. April 1940 gegeben. Ich kann nicht vertragen wenn man Menschen ungerecht angreift und das tut Otto gegen Richard Hansen. Mir ist Hansen nie sympatisch gewesen und habe auch nie ein Hehl daraus gemacht, aber gerecht muß man trotzdem sein. Ich weiß, das die Dänen verlangt haben das Richard Hansen sofort beim Einfall der Deutschen in Dänemark das Land verlassen sollte. Ich habe es aus dem Munde von Olaf Carlsson Sekretär von Hadhoft mit dem ich hier in Schweden während des Krieges noch viel zusammen war. Auch er lebte hier als Flüchtling und Verbindungsmann der Widerstandsbewegung in Dänemark. Mit Richard Hansen war ich mehrere Monate hier im Lager aber nie engere Fühlung mit ihm gehabt. In Dänemark war er der Feldwebel und hier „Luft". Ich glaube hier hatte er Zeit über seine Dummheiten nachzudenken. Hab dank für den Briefwechsel, Otto und Dir der hat mir viel gegeben.

Recht herzliche Grüße

Günther

4414. 3.55

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

N.B. Lieber Walter Der Name des Malers ist wirklich Oskar Graf.

Oskar Maria Graf kenne ich auch hab auch einige Bücher von ihm gelesen.

Gerade findet Betty den Zettel den du für unseren Abend in Kellberg geschrieben hast. Der ist wohl lustig, !!

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/26-286

13.1.1959

Herrn
Hans Flensfelt
Eckernförde
Kieler Landstrasse 115

Lieber Hans !

Obwohl es mir ganz miserabel geht und ich nach meinem Schlaganfall beinahe all meine Schaffenskraft eingebüßt habe, muß ich heute doch unbedingt noch einmal einen Anlauf nehmen, um Dein beharrliches Schweigen zu ergründen. Solltest Du ernstlich erkrankt sein ? Greife doch auf unseren Briefwechsel recht bald zurück. Mir muß daran gelegen sein, daß unser altes Sorgenkind Otto B. im rechten Lichte erscheint, dass aber mein schwerwiegendes Material nicht vorzeitig publik wird. Du hattest mir seinerzeit hoch und heilig versprochen, mir alle Unterlagen, die ich Dir anvertraut hatte, recht bald zurückzugeben. Nun warte ich seit Jahr und Tag vergebens darauf. Gehe der Sache doch bitte einmal gründlich nach.

Mittlerweile ist ein neues Buch von Ernst Niekisch erschienen, dem Otto B. im Hospital von Brandenburg lange Zeit hat vorlesen müssen. Niekisch verbreitet sich ausführlich über B., den er natürlich ganz schief sieht. Du kannst darüber noch mehr von mir erfahren.

Nimm bitte mit diesen wenigen Worten fürlieb.
Mit herzlichen Grüßen und Wünschen
verbleibe ich

Dein

PS. Seit einigen Wochen ist mein Parlamentarierbuch nun vollständig vergriffen. Zu einer dritten Auflage reicht meine Kraft nicht mehr. Schade ! Weitere Bilder und Texte liegen dafür bereit.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Otto Buchwitz

„Apostel der Einheit"

Am 27. April wurde Otto Buchwitz 75 Jahre alt. Mehr als fünf Jahrzehnte hat er als Funktionär der Arbeiterklasse gewirkt — 46 davon für Freiheit und Demokratie, 9 für Totalitarismus und Sowjetsystem. Obwohl ursprünglich zweifellos von den lautersten Motiven bewegt, machte er sich objektiv mitschuldig an der Bolschewisierung der Sowjetzone und der Spaltung Deutschlands. Nur als Folge eines einseitigen Weltbildes und aus der Erinnerung an das unrühmliche Ende seiner Partei im Jahre 1933 ist dieser dialektische Sprung in seiner Entwicklung überhaupt zu begreifen.

Hineingeboren in die Arbeiterbewegung — sein Vater, ein Breslauer Schlosser, war aktives Mitglied der SPD —, erlernte er den Beruf eines Metalldrückers, wurde 1896 Geselle, dann Meister, und trat 1898 in die Partei ein. Seine politische Tätigkeit wurde zum Anlaß mehrfacher Berufswechsel: er war nacheinander Bergarbeiter und Weber, bis er 1907 zum Sekretär des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes bestellt wurde. Auf dem Chemnitzer Parteitag 1912 lernte Bebel ihn kennen, als er Buchwitz in ein Gespräch über die Situation in Chemnitz und Umgebung zog. 1919 wurde er Bezirkssekretär der Partei in Görlitz und Mitglied des Schlesischen Provinziallandtages. 1921—1924 gehörte er dem Preußischen Landtag an, anschließend bis 1933 dem Reichstag. Obwohl immer auf dem linken Flügel der SPD stehend, machte er keine Abspaltung mit, weil er hierin in erster Linie eine Schwächung der Partei sah.

Buchwitz, der sich in den dreißiger Jahren mit der SA in Görlitz wahre Straßenschlachten lieferte, war einer jener Funktionäre, die sich gegen die Beteiligung der SPD-Fraktion an der Reichstagssitzung des 24. März 1933 — als die Ermächtigungsvorlage zur Debatte stand — aussprach. Die SPD kapitulierte, und er mußte, wie viele andere Genossen, 1933 emigrieren. Von Dänemark, später von Schweden aus, organisierte er die illegale Tätigkeit in Deutschland. 1941 in Dänemark verhaftet, wurde er zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt und an seinem 66. Geburtstag von der Roten Armee aus dem Zuchthaus Brandenburg befreit.

Seine Erlebnisse in der letzten Zeit der Weimarer Republik drängten ihm die Erkenntnis auf, daß die Einheit der Arbeiterklasse die sicherste Gewähr zur Verwirklichung des Sozialismus wäre. Er baute die sächsische Landesorganisation der SPD auf, wurde deren Vorsitzender und betrieb mit seinem Kollegen von der KPD, Hermann Matern, die Fusionierung beider Parteien, obwohl Schumacher ihn mehrmals vor diesem Schritt warnte. Der „Apostel der Einheit", wie man ihn seitdem nannte, wurde auf dem Vereinigungsparteitag im April 1946 in den Parteivorstand der SED aufgenommen, um sich von nun an für die Vorherrschaft der SED in ganz Deutschland einzusetzen.

Auf einer Versammlung in Zehlendorf (16. Oktober 1947) erklärte er, die politische Einheit der Werktätigen Deutschlands wäre die Atombombe gegen die Kriegshetzer. Zugleich sprach er sich für eine Zusammenarbeit führender Persönlichkeiten aller demokratischen Parteien aus, um den deutschen Standpunkt auf der Londoner Konferenz darzulegen. Die gleichen Themen behandelte er damals auf Versammlungen in Fürth, Kaufbeuren, Frankfurt, München und Nürnberg, in denen er auf Einladung der Arbeitsgemeinschaft KPD-SED sprach. Das war der Auftakt für den „1. Deutschen Volkskongreß", dem Buchwitz ebenso wie dem II. und dem III. Volkskongreß angehörte. „Schnelles Handeln" forderte er in der „Täglichen Rundschau" am 21. August 1949 und den Zusammenschluß aller „Patrioten" in einer Nationalen Front. Einen Monat später nahm er als Mitglied des Deutschen Volksrats bzw. der Provisorischen Volkskammer an der Konstituierung der „DDR" teil.

Buchwitz wurde dazu ausersehen, innerhalb der SED die Sozialdemokratie zu liquidieren. Der II. Parteitag, der den Revisionismus verurteilte, hatte ihn als Mitglied des Parteivorstandes bestätigt. Am 29. November 1948 beschloß das Zentralsekretariat der SED, ihn und Matern als Vorsitzende der Zentralen Parteikontrollkommission einzusetzen — eine Funktion, die er bis zum III. Parteitag im Jahre 1950 ausübte. Während er in der Sowjetzone an der Eliminierung sozialdemokratischen Gedankengutes und der Entfernung freiheitlich gesinnter Genossen aus der SED arbeitete, rief er die Sozialdemokraten im Westen unaufhörlich zum Kampf gegen ihre Führer auf. „*Schumacher ist es, der Adenauer in seinen Kriegsvorbereitungen vorwärtspeitscht*"[1]) — „*Diesen Ehrgeizling, diesen Hasser jeden Fortschritts* (Schumacher) *sollten die Arbeiter in Westdeutschland die Gefolgschaft verweigern*"[2]). Das war der immer wiederkehrende Tenor seiner Ausführungen. Den verhaßten „Sozialdemokratismus" definierte er später — auf der Bezirksdelegiertenkonferenz Dresden im März 1954 — wie folgt: „*Eine Politik der Koalition mit dem Bürgertum, wobei nicht die Arbeiterklasse führt, sondern der Klassenfeind, die Bourgeoisie*"[3]).

In seiner Eigenschaft als Sächsischer Landtagspräsident — vom Herbst 1946 bis zur Auflösung der Länder 1952 — nahm er aktivsten Anteil an der Sowjetisierung Mitteldeutschlands. Er stellte der „formalen Demokratie des kapitalistischen Staates" die „reale Demokratie der DDR" gegenüber, in der nach seinen Worten das gesamte Volk die Kontrolle ausübt. Wie es darum bestellt war, zeigte ein grundlegender Artikel in der „Täglichen Rundschau" am 29. Januar 1952 über die Funktion der Landtage. Hauptpunkte seiner Ausführungen waren, daß die Abgeordneten in der vordersten Linie der Aufklärungsarbeit im Volke stehen müßten und der Landtag alle drei Monate von der Regierung einen Bericht über die Erfüllung des Fünfjahrplans anzufordern hätte.

Er, der in seiner Person die Unterwerfung der gewählten Körperschaften unter das Diktat des Zentralkomitees verkörperte, forderte in seiner Amtszeit dreimal die Länderparlamente in Westdeutschland zu gesamtdeutschen Beratungen auf (Mai 1949, Dezember 1950, September 1951). Er appellierte an die westdeutschen Genossen vor der Bundestagswahl des Jahres 1953, „Adenauer vernichtend zu schlagen", und als er nicht geschlagen wurde, legte er dar, daß der Sturz des Kanzlers dennoch schnell zu erreichen wäre, „*wenn wir . . . beflügelt vom gleichen Klassenbewußtsein wie die Helden des Kampfes gegen Bismarck und das Sozialistengesetz, den Kampf führen*"[4]). Er nannte am 16. Dezember 1954 im Zentralorgan der SED die Pariser Verträge „*das Ermächtigungsgesetz für Adenauer, seine faschistischen Generäle und die anglo-amerikanischen Auftraggeber*", um den Sozialdemokraten zuzurufen: „*Wartet nicht wieder, bis ihr wehrlos seid!*" Er, der den KP-Führern geholfen hatte, den demokratischen Sozialismus in der Sowjetzone zu vernichten, richtete im Dezember 1954 an die Sozialistische Fraktion der Französischen Nationalversammlung ein Schreiben, in dem er gemeinsame Aktionen zur Verhinderung der Ratifizierung des Vertragswerkes empfahl.

1950 vom III. Parteitag in das ZK gewählt, sprach er auf der II. Parteikonferenz, nachdem Ulbricht den Aufbau des Sozialismus verkündet hatte, das Wort von der „*Perspektive, wie wir sie erträumt haben*"[5]). Für seine unwandelbare Linientreue wurden dem Veteranen der SED immer neue Ehrungen zuteil: Er wurde Ehrenpräsident des neugegründeten Roten Kreuzes der „DDR". Er wurde in das Komitee Antifaschistischer Widerstandskämpfer aufgenommen, das die Nachfolge der aufgelösten VVN antrat. Er erhielt als einer der ersten am 16. Juni 1953 den

[1]) Vgl. Otto Buchwitz: „Die Angst der rechten SPD-Führung vor der Einheit Deutschlands", Tägliche Rundschau vom 12. Oktober 1951.
[2]) Diskussionsrede auf der II. Parteikonferenz. Neues Deutschland vom 12. Juli 1952.
[3]) Vgl. Otto Buchwitz: „Der Sozialdemokratismus ist ein Feind der Arbeiterklasse", Neues Deutschland Nr. 67 vom 9. März 1954.
[4]) Vgl. Otto Buchwitz: „Wie die Arbeiter Bismarck besiegten", Berliner Zeitung vom 21. Oktober 1953.
[5]) a. a. O. (Anm. 2).

neugestifteten Karl-Marx-Orden. Zum 75. Geburtstag wurde ihm der Titel „Held der Arbeit" und die Ehrenbürgerschaft der Stadt Dresden verliehen. Der IV. Parteitag, auf dem er den Rechenschaftsbericht Ulbrichts den *„Triumph der Einheit der Arbeiterklasse . . . Triumph unseres Bündnisses mit der werktätigen Bauernschaft und der fortschrittlichen Intelligenz"* nannte, bestätigte ihn als Mitglied des ZK.

Die Arbeiter, die am 17. Juni gegen das von ihm miterrichtete System aufstanden, bezeichnete er laut „Neues Deutschland" vom 20. Juni 1953 als *„Verbrecher und Provokateure, die im Solde der amerikanischen Imperialisten stehen"*. — Den Sowjettruppen aber, die die Revolution verhinderten, widmete er am 8. Mai 1954 im gleichen Organ einen hymnischen Artikel, der mit den Worten schloß: *„Laßt uns Brüder sein!"* — Angesichts dieser Haltung ist es beschämend für ihn und seine Vergangenheit, wenn ihm die Mitglieder des ZK an seinem Lebensabend schreiben: *„Dein Leben ist beispielhaft in der Treue zur sozialistischen Arbeiterbewegung."* *Oskar Pfeiferkorn*

Der Mai-Aufruf
der Sowjetführung
Außenpolitische Losungen besonders betont

Am 21. April 1955 — am gleichen Tag wie im vergangenen Jahr — gab das Zentralkomitee der KPdSU den traditionellen Aufruf zum 1. Mai heraus, der in gedrängter Form die offizielle Formulierung der Generallinie der Partei zu den zentralen Fragen der Industrie, Landwirtschaft, Innen- und Außenpolitik zusammenfaßt. Diese Zusammenfassung erfolgt in der Form von 69 (im Vorjahr 61) parteioffiziellen Losungen, die auf allen Demonstrationszügen am 1. Mai zu sehen sind und gleichzeitig den Funktionären die Schwerpunkte der aktuellen politischen Aufgaben vor Augen führen sollen. Der diesjährige Parteiaufruf bringt in vielen nicht unwesentlichen Punkten neue Formulierungen, die erheblich von denen des vergangenen Jahres abweichen. Wie weit diese Veränderungen gehen, wird durch einen Vergleich des diesjährigen offiziellen Mai-Aufrufs mit dem des vergangenen Jahres sichtbar.

Der wichtigste Unterschied besteht darin, daß die Zahl der außenpolitischen Losungen sich von 13 auf 20 erhöht hat. Der außenpolitische Teil des Aufrufs nimmt damit einen weit größeren Raum ein als bisher.

Die außenpolitischen Richtlinien des Mai-Aufrufs

Im außenpolitischen Teil des Aufrufs fällt zunächst die starke Betonung der moskauhörigen „Weltfriedensbewegung" auf. Nach mehreren Jahren sind die „Friedenskämpfer" erstmalig wieder erwähnt. Eine besondere Losung für die Friedensbewegung hatte es zum letztenmal im Mai 1952 (also noch vor Stalins Tod) gegeben. In den beiden letzten Jahren fehlte sie. Diesmal wird „die machtvolle Bewegung der Friedenskämpfer in der ganzen Welt" begrüßt. Die Werktätigen aller Länder werden aufgefordert, „aktiv gegen die Gefahr eines neuen Weltkrieges, für friedliche Zusammenarbeit zwischen den Völkern" sowie „für das Verbot der Atom-, Wasserstoff- und anderen Massenvernichtungswaffen, für eine allgemeine Einschränkung der Rüstungen" zu kämpfen. Das läßt darauf schließen, daß die sogenannte „Weltfriedensbewegung" von Moskau wieder stärker in den Vordergrund gerückt werden soll.

Auffallend ist ferner, daß die Zusammenarbeit der Ostblockstaaten stärker unterstrichen wird als 1954. Erstmalig enthält der Parteiaufruf eine Losung, die sich g e m e i n s a m an die „Werktätigen der Sowjetunion und der Länder der Volksdemokratie" richtet. Die Werktätigen des Ostblocks werden darin aufgerufen, „auf die Machenschaften der Friedensfeinde" mit einem „weiteren Zusammenschluß unserer Kräfte, mit der Stärkung der Wirtschaftsmacht und der Verteidigungskraft" zu antworten. Interessant ist, daß die China betreffende Losung zum erstenmal vor die allgemeine Begrüßung der volksdemokratischen Länder gestellt wird. Damit ist die zunehmende Bedeutung Chinas innerhalb der Ostblockstaaten gewissermaßen „offiziell sanktioniert".

Drei neueingefügte Losungen weisen auf eine verstärkte Aktivität der sowjetischen Außenpolitik in den asiatischen Ländern hin. In einer besonderen Losung wird das

Außenpolitische

	1952
„Friedensanhänger"	Friedensanhänger in aller Welt! Enthüllt und durchkreuzt die verbrecherischen Pläne der imperialistischen Aggressoren, erlaubt den Kriegsbrandstiftern nicht, die Volksmassen durch Lügen irrezuführen und sie in einen neuen Weltkrieg hineinzuziehen!
„Keine strittigen Fragen"	fehlt
Deutscher Militarismus	fehlt
Ostblock	Brüderlichen Gruß den Werktätigen der Länder der Volksdemokratie, die erfolgreich den Sozialismus aufbauen!
China	Brüderlichen Gruß dem großen chinesischen Volk, das neue Erfolge beim Aufbau des volksdemokratischen China errungen hat! Es lebe die unverbrüchliche Freundschaft der Völker Chinas und der Sowjetunion, eine gewaltige Kraft im Kampf für den Weltfrieden!
Korea	Brüderlichen Gruß dem mannhaften koreanischen Volk, das heroisch seine Freiheit und Unabhängigkeit im Kampf gegen die ausländischen Eindringlinge verteidigt!
Deutschland	Gruß der demokratischen Kräften Deutschlands, die gegen die verbrecherischen Pläne kämpfen, Westdeutschland zu einem Stützpunkt der imperialistischen Aggression in Europa zu machen! Für einen einheitlichen, unabhängigen und friedliebenden deutschen Staat!
Japan	Gruß dem japanischen Volk, das mannhaft gegen die fremde Besatzung, für Wiedergeburt und Unabhängigkeit s Heimatlandes, für die Erhaltung des F dens kämpft!
Kolonialvölker	fehlt
Westmächte	Es lebe die Freundschaft der Völker Großbritanniens, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion in ihrem Kampf für die Verhinderung des Krieges und die Gewährleistung eines dauerhaften Weltfriedens!
Frankreich — Italien	fehlt
Sowjetische Außenpolitik	Es lebe die Außenpolitik der Sowjetunion, die Politik des Friedens und der Sicherheit, der Gleichberechtigung und Freundschaft der Völker!

ED 406/26 - 288

„ARGUS" Nachrichten - Bureau
Berlin-Tempelhof, Boelckestr. 91 a
Fernruf 66 40 54

Natur und Heimat, Berlin

Nr. Dat.

4 — 8 APR. 1955

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Ausländische Widerstandskämpfer gegen den Faschismus bei einem Besuch im Zweiglager Dora des ehemaligen KZ Buchenwald.

Otto Buchwitz

Vor zehn Jahren

Jede Nummer unserer „Natur und Heimat" führt uns durch die herrlichsten Landschaften nicht nur in unserer Deutschen Demokratischen Republik, sondern durch unser gesamtes schönes Vaterland, dessen baldige Vereinigung auf friedlicher und freiheitlicher Grundlage wir uns alle sehnlichst wünschen. Wir werden wieder bekannt gemacht mit unserer heimatlichen Fauna und Flora, es wird uns berichtet von frohen Wanderfahrten durch Wald und Flur, über Höhenzüge und Berge sowie von unseren ehrwürdigen Städten und deren unvergänglichen Kulturdenkmälern vergangener Jahrhunderte.

„Natur und Heimat" führt uns aber auch in die Länder der mit uns befreundeten Nachbarnationen, trägt dazu bei, die Freundschaft mit denselben zu festigen und weckt in uns das Verlangen nach einer Zeit, wo alle Menschen in Frieden und Freundschaft miteinander leben, sich gegenseitig wieder besuchen und erfreuen an ihren kulturellen Errungenschaften.

Wenn unser Leben schöner und glücklicher geworden ist und wir es noch schöner gestalten wollen, müssen wir uns gerade in der jetzigen Zeit erinnern, wer uns die Voraussetzungen für dieses neue Leben nach der Zeit des Faschismus erkämpfte. Bei solch geschichtlicher Betrachtung werden wir ganz von selbst zu einer ernsten Prüfung der gegenwärtigen internationalen und nationalen Situation gedrängt, die in ihrer drohenden Zuspitzung all unser Glück wie eine Lawine unter sich zu begraben droht.

Wer denkt nicht mit Schaudern zurück an das Jahr 1933, als sich durch die Machtergreifung des Faschismus die Nacht der Barbarei über unser Vaterland senkte, als die mittelalterliche Inquisition ihre Auferstehung feierte. Jene Zeit, von welcher der Vorsitzende des Nürnberger Weltgerichtshofes vor zehn Jahren sagte: „Ganz Deutschland wurde zu einem Konzentrationslager, die Schmie der Gefolterten wurden in der ganzen Welt gehört."

In jener für das deutsche Volk entscheidenden Schicksalsstunde versagten die sich demokratisch nennenden Parteien völlig, besonders die deutsche Bourgeoisie unterwarf sich willig Hitler aus blindem Haß gegen die deutsche Arbeiterbewegung und gegen die Sowjetunion. Die Arbeiterparteien wurden verboten, die bürgerlichen Parteien ergaben sich freiwillig. Obwohl millionenfach dem Volk zugerufen wurde: Hitler bedeutet Krieg!, leisteten ihm 17 Millionen erwachsener Deutscher freiwillig Gefolgschaft.

Der Krieg kam, schamlos und verbrecherisch brach Hitler alle dem deutschen Volk gegebenen Friedensbeteuerungen, brach alle Nichtangriffsverträge mit den Nachbarvölkern, entfesselte den Krieg und stürzte unser Volk und die ganze Menschheit in namenloses Unglück.

Vor zehn Jahren wurden Deutschland und Europa von der Geißel des Faschismus befreit durch die Armee der sozialistischen Sowjetunion, der wir immer am Jahrestag der Befreiung dankend gedenken müssen. In opferreichen Kämpfen befreite die heldenhafte Sowjetarmee ihr Vaterland von den faschistischen Okkupanten. Von Stalingrad kamen sie kämpfend 2000 Kilometer bis nach Berlin, sahen auf ihrem Marsch die barbarisch zerstörten Städte und Dörfer ihrer Heimat, fanden viele Tausende ihrer Familienangehörigen ermordet.

Wie anders aber zeigten sich dem deutschen Volk die Sowjetmenschen, als sie von der Propaganda des Faschismus geschildert wurden, auch heut noch durch die Wolfreaktion dargestellt werden. Nicht wie die Angloamerikaner legten sie auf ihrem Siegeszug durch Deutschland barbarisch deutsche Städte in Schutt und Asche, wie Dresden, Berlin und viele andere Städte. Von den Nazis verbrecherisch als Festungen erklärte offene deutsche Städte wurden von der Sowjetarmee nicht in Grund und Boden geschossen, aus Mitleid mit der Zivilbevölkerung. Sie handelten in Deutschland nach dem Wort Stalins: „Die Sowjetunion feiert den Sieg, wenn sie sich auch nicht anschickt, Deutschland zu zerstückeln und zu vernichten."

Kann es heut nach zehn Jahren noch in unserer Deutschen Demokratischen Republik Menschen geben, welche die Hochherzigkeit der Hilfeleistung der Sowjetunion gegenüber dem deutschen Volk bestreiten? Wir erinnern uns der ersten Hilfe unserer Besatzung bei der Ernährung unseres Volkes 1945 sowie bei dem beginnenden Aufbau eines neuen Deutschlands, sie standen uns mit Rat und Tat zur Seite. Viele große deutsche Betriebe wurden durch das Potsdamer Abkommen der Sowjetunion als Entschädigung für die Riesenzerstörungen in ihrem Land als Reparation übereignet. Sie wurden uns — dem deutschen Volk — alle zurückgegeben.

Um unseren Aufbau zu erleichtern, erließ uns die Regierung der Sowjetunion einen erheblichen Teil unserer Reparationsverpflichtungen. Sie schloß mit uns Handelsabkommen ab, die uns heute noch den weiteren Aufbau erleichtern. Wissenschaftler und Spezialisten kamen und kommen noch zu uns, um uns auf Grund ihrer Erfahrungen zu helfen, daß wir mehr und besser produzieren können. Gerade in diesen Tagen hob die Regierung der Sowjetunion den Kriegszustand gegenüber ganz Deutschland auf und erklärte ihre Bereitschaft, auch mit der Bonner Bundesrepublik normale Beziehungen herzustellen. Wahrlich, wenn man hinzunimmt die Bemühungen der Sowjetunion seit 1945, ein einiges Deutschland friedlich und demokratisch herzustellen, dann muß man feststellen: Einen ehrlicheren Freund hat das deutsche Volk nie gehabt. Eine solche Regierung, welche der Menschheit Frieden und eine glückliche Zukunft sichern will, kann die kapitalistische Welt nicht aufweisen.

Aber es ist am 10. Jahrestag der Befreiung unsere Ehrenpflicht, derer zu gedenken, die aus den Reihen des deutschen Volkes furchtlos den Kampf gegen die faschistische Barbarei, gegen den Krieg, für Humanität und die Rettung der Ehre des deutschen Volkes kämpften.

Im Herzen Europas, in Deutschland, erstand die erste Widerstandsbewegung Europas gegen den barbarischen Faschismus. Entschlossene Frauen und Männer schlossen sich zusammen und nahmen den Kampf gegen das faschistische Ungeheuer auf. Es waren Helden, welche sich diesem den meisten Gegnern Hitlers aussichtslos erscheinenden Kampf mutig zur Verfügung stellten. Als der verbrecherische Hitlerkrieg ausbrach, befanden sich 300 000 deutsche Widerstandskämpfer in Konzentrationslagern, über eine Million war bereits verhaftet worden, von denen Hunderttausende nicht zurückkehrten. An der Schafottfront starben 32 500 dieser Helden, wurden geköpft, gehenkt, fusiliert.

Unter diesen Opfern waren Geistliche der verschiedenen Konfessionen, Schriftsteller und Künstler, Angehörige unserer Intelligenz der verschiedenen Berufe. Die übergroße Masse dieser unvergeßlichen Opfer kam aus den Arbeiterparteien. Es war ihnen nicht vergönnt, Deutschland zu befreien, sie konnten nur für die Ehre und Befreiung ihres Vaterlandes ihr Leben lassen. Doch vergeblich war ihr Kampf keineswegs, ihr Widerstand machte dem faschistischen Gewaltregime ungemein viel zu schaffen, sie verkürzten den Krieg und erhielten damit vielen Tausend Soldaten das Leben. Sie verhinderten mit ihrem opferreichen Kampf, daß nicht auf deutsche Städte und Menschen die amerikanische Atombombe abgeworfen wurde, die einige Monate später die amerikanischen Flieger auf die unglücklichen Menschen in Hiroshima und Nagasaki abwarfen.

Einen weiteren Dank sind wir den deutschen Widerstandskämpfern am 10. Befreiungstag schuldig. In Zuchthäusern und Konzentrationslagern kamen sie mit Zehntausenden von Widerstandskämpfern unserer Nachbarnationen zusammen, sie halfen sich gegenseitig und schlossen unverbrüchliche Freundschaft. Sie bewiesen den ausländischen Opfern des deutschen Faschismus, daß es noch ein anderes Deutschland gab. Diese ehemaligen Widerstandskämpfer der europäischen Völker sind heute ehrliche Freunde unserer Deutschen Demokratischen Republik und unterstützen uns rückhaltlos im Kampf für ein einiges, friedliches Deutschland, mit welchem sie in Frieden leben wollen.

Am 10. Jahrestag der Befreiung steht das deutsche Volk an einem Scheidewege. Mit Sorge blickt die friedliebende Menschheit nach Westdeutschland und fragt sich beängstigt: Wird zum dritten Male ein Krieg, der schrecklichste aller Kriege, seinen Ausgang in Deutschland nehmen? Geloben wir uns in Erinnerung an unseren Leidensweg in der Vergangenheit, alles zu tun, um die Auferstehung des alten Militarismus und Imperialismus durch die Pariser Kriegsverträge zu verhindern. Führen wir mit Verdoppelung unserer Kräfte den Kampf gegen die amerikahörige Adenauer-Regierung und deren Hintermänner. Der Kraft der großen Weltfriedensbewegung ist es unter der Führung der Sowjetunion gelungen, den Kriegsbrand in Korea und Vietnam auszulöschen. Wir sehen, daß die amerikanischen Kriegstreiber in diesen Tagen bemüht sind, in China einen neuen Weltbrand zu entfachen.

Wieder ertönt der Ruf der wahren Patrioten: Adenauer bedeutet Krieg! Sollen es wieder nur wenige sein, eine Minderheit, die sich opfert? Die Geschichte mahnt uns alle, tun wir unsere Pflicht für unser Volk, für die Menschheit, für eine glückliche Zukunft!

Wir kämpfen für ein großes schönes Ziel

Otto Buchwitz sprach zu sozialdemokratischen Funktionären

Im nächsten Jahr werden es 6 Jahrzehnte, daß ich der Gewerkschaftsbewegung angehöre, und 58 Jahre, daß ich mich der politischen Arbeiterbewegung anschloß.

Die Lage im Westen Deutschlands erweckt in mir eine Fülle bitterer Erinnerungen an die vergangene Zeit. Denn von den 58 Jahren, die ich der politischen Arbeiterbewegung angehörte, habe ich 48 Jahre der SPD angehört. Und ich kann schöpfen aus meinen Erinnerungen. Es ist doch wohl die Pflicht der Alten in der deutschen Arbeiterbewegung, der mittleren und jungen Generation zu zeigen, was sie durchgemacht haben, und hinzuweisen auf eine ganze Menge geschichtlicher Erfahrungen, wo die deutsche Arbeiterklasse in der Vergangenheit, wie auch jetzt wieder, aufgerufen war zur Entscheidung. Und wo die Führung der sozialdemokratischen Partei versagte.

Ich war immerhin in der sozialdemokratischen Partei — ich glaube von Anbeginn an, auch als junger Mensch — Funktionär. Ich war Mitglied, Bezirkssekretär der Partei in Schlesien, Mitglied des preußischen Landtages und Reichstagsabgeordneter und gehörte dem Parteiausschuß an. Ich habe also einige Erfahrungen.

Gestern sind eine ganze Reihe westdeutscher Genossen zu mir gekommen und haben mich gefragt: „Sage uns doch, warum du 1946, nachdem du so viele Jahre der SPD angehört hast, den anderen Weg gegangen bist?"

Voreingenommenheiten aus dem Wege räumen

Liebe Genossinnen und Genossen! Um Voreingenommenheiten, die zwischen uns bestehen könnten, — wir wollen doch weiter miteinander verhandeln, bis zur Erreichung unseres Zieles — aus dem Wege zu räumen, möchte ich einiges von meinen Erfahrungen aus der Vergangenheit, der Geschichte der Arbeiterbewegung, der Geschichte der SPD zum besten geben. Denn ich vertrete die Meinung, wer die Geschichte der Arbeiterbewegung nicht kennt, wird die Gegenwart und ihre Aufgaben nicht begreifen und wird auch kein Mitgestalter für unser gemeinsames Ziel sein können. Deswegen müssen wir uns sachlich über diese Dinge unterhalten.

Ich bin also gefragt worden, warum ich 1946 den Weg der Vereinigung der Arbeiterbewegung gegangen bin. Wenn man 48 Jahre einer Partei angehört, dann — ihr könnt es mir glauben — wechselt man nicht, wie zum Wochenende seine Wäsche, seine politische Wäsche. Also müssen ernsthafte Gründe und Ursachen für diesen Schritt vorhanden gewesen sein. Und sie waren in reichlichem Maße vorhanden, wie folgende Beispiele zeigen sollen.

Als der erste Weltkrieg zu Ende war, war ich Parteisekretär in Niederschlesien, dem Land der Junker, die kleine Königreiche besaßen. Die kamen 1919 ins Parteibüro und sagten: „Wir wissen, daß die Zeit der Bodenreform gekommen ist", und sie fragten: „Wieviel müssen wir denn abtreten?" Da ich der Meinung war, daß Revolution sei, gab ich zur Antwort: „Alles ist abzutreten."

Ich bin dann wegen der Durchsetzung der Bodenreform zweimal nach Berlin zu den Volksbeauftragten gefahren, und zweimal habe ich die abschlägige Antwort erhalten: „Wenn wir zu einer solchen Maßnahme greifen würden, würden uns die Amerikaner und Engländer keine Lebensmittel mehr liefern." Die Bodenreform unterblieb.

Genossinnen und Genossen! Ich habe mir die ganzen Wahlaufrufe der SPD zusammengestellt, die bei den vielen Wahlen der Weimarer Zeit ins Land hinausgingen. **In jedem Wahlaufruf wurde das sozialistische Pferd aus dem Stall geholt, noch bei den Wahlen unter Hitler im Jahre 1933. Wer sich überzeugen will, kann es nachlesen. Da wurde gefordert — Hitler war schon an der Macht —: Enteignung des Großgrundbesitzes, Enteignung der Banken und Enteignung der Schwerindustrie und des Bergbaues. Hitler sollte also machen, was man 1918 hätte machen können.**

Der Weg von der kleinen Koalition, den ich mitgegangen bin und ich will gleich einfügen, ich fühle mich mitverantwortlich für die Fehler, die in der Weimarer Zeit gemacht wurden, und weil ich dieses Schuldbewußtsein habe, bin ich 1946 diesen Weg zur Einheit der Arbeiterklasse gegangen —, führte zur großen Koalition, zur Politik der Tolerierung unter Brüning und dann zur Politik des „kleineren Übels".

Einige Beispiele dafür, daß in der Weimarer Republik — wie in jedem kapitalistischen Staat — das galt, was Karl Marx zum Ausdruck brachte, wenn er sagte: „In der kapitalistischen Welt ist der Staat nichts weiter als das Herrschaftsinstrument der Besitzenden, die die großen Produktionsmittel haben." Wenn man das sagt, muß man das beweisen: Es war 1920, da kamen die privaten Schiffsreeder zur Regierung, an deren Spitze ein Sozialdemokrat stand, und forderten Hilfe vom Staate zur Überholung ihrer Schiffe. Sie erhielten 500 Millionen Mark, nicht als Darlehen sondern geschenkt aus allgemeinen Steuermitteln.

1922 war der Ruhrkampf. Die Arbeiter brachten die Blutopfer im Kampf um die Erhaltung der Demokratie, sie hatten die Toten. Als der Ruhrkampf vorüber war, kam Stinnes im Auftrage der Rüstungsindustrie zur Regierung und sagte: „Wir sind nicht konkurrenzfähig, uns muß geholfen werden." Die Industriellen erhielten zwei Millionen, die die Arbeiter aufgebracht haben. Damit bauten sie ihre Rüstungsindustrie für den 2. Weltkrieg auf.

Ein dritter Fall. 1925 bestand unter der Regierung Hermann Müller die Gefahr, daß das Ruhrgebiet erneut besetzt werden könnte, weil die Reparationskosten nicht erfüllt werden konnten. Die Regierung nahm eine innere Anleihe von 500 Millionen auf. Eines Tages wurde Hermann Müller aus der Fraktionssitzung herausgeholt. Nach einer halben Stunde kam er leichenblaß zurück. Hjalmar Schacht hatte ihm gesagt: „Ihre Anleihe wird nicht gezeichnet. Wir, die Banken, sind bereit, sie zu zeichnen unter der Bedingung, daß sofort die Löhne und Gehälter abgebaut werden, daß die Renten abgebaut werden, und daß die Beiträge zu den verschiedenen Unterstützungsvereinen herabgesetzt werden." Das wurde gemacht. Also hinter den Kulissen diktierte die wirtschaftliche Macht.

Regierungshilfe für Junker

Der vierte Fall. Als die große Weltwirtschaftskrise von Amerika zu uns kam und die Banken in den Grundfesten erschüttert wurden, kamen die Banken- und Finanzkönige und erhielten 500 Millionen zur Stützung ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht.

Als letztes: Zweimal in der Weimarer Zeit haben die Junker ihre Güter heruntergewirtschaftet. Zweimal erhielten sie 2000 Millionen aus der sogenannten Osthilfe, um sich zu sanieren. Die kleinen Bauern und Landarbeiter ließ man dagegen zugrunde gehen. Wir haben Beweise dafür, daß hinter den Kulissen diejenigen regierten, die heute wieder in der Bundesrepublik die wirtschaftliche Macht haben.

Ein anderes Beispiel, das Erbitterung hervorrief: Es war kurz vor dem Papenschen Staatsstreich 1932, da haben wir in den Landkreisen 18 geheime Waffenlager der SA und SS ausgehoben. Damals wurde uns von Karl Severing gesagt, in der Stunde der Gefahr werde das Reichsbanner bewaffnet werden, die Eiserne Front mit 100 000 Deutschen werde jedes Putsches Herr werden. Ich ging nach Hause in dem Glauben, was Karl Se-

Fortsetzung Seite 8

In Anbetracht der Bedeutung, die der Aussprache sozialdemokratischer Funktionäre mit Vertretern der Deutschen Demokratischen Republik in Leipzig zukommt, veröffentlichten wir in einer Sondernummer wichtige Auszüge aus den Referaten und Diskussionen der zweitägigen Beratung. Die Ausführungen des Arbeiterveteranen Otto Buchwitz, Dresden, mußten wir jedoch aus Platzmangel zurückstellen. Da sie uns wichtige Lehren aus der Geschichte der Arbeiterbewegung vermitteln, möchten wir sie unseren Lesern nachträglich an dieser Stelle zur Kenntnis geben.

Wir kämpfen für ein großes schönes Ziel

Fortsetzung von Seite 7

vering versprochen hat, wird stimmen.

Der Papensche Staatsstreich kam, die Reaktionäre mußten sich vor dem Staatsgerichtshof verantworten, ohne daß ihnen etwas geschah.

Hitler war an die Macht gekommen. Wir kamen noch einmal im Reichstag zusammen, auch mit der Landtagsfraktion. In der Sitzung fehlten schon viele, einige waren schon mißhandelt, einige Funktionäre der KPD und SPD hatte man schon totgeschlagen.

In dieser Sitzung fragte ich Otto Wels: „Sollen wir abtreten und alles preisgeben, was die Arbeiter in 100 Jahren erkämpften?" Wels antwortete: „Nein, es sind alle Vorbereitungen getroffen, um zu verteidigen, was wir erkämpft haben."

Wir fuhren in unsere Bezirke und bereiteten den Widerstand vor. Ich sage es ganz offen, er war vorbereitet bis ins kleinste, bis zum Benzin und den Streichhölzern. Wir sagten: „Wir brennen der SA alles über den Kopf an", aber der Befehl kam nicht. Dafür holten dann die Faschisten die Funktionäre der KPD und der SPD aus den Häusern, schlugen sie, mißhandelten sie, schlugen sie tot.

Das, was jetzt in der Bundesrepublik vor sich geht, erinnert mich an diese furchtbare Zeit. Nun könnte ich mit Recht fragen: Hast du in der Weimarer Zeit etwas getan? Ich sage ganz offen, ja. Aber ich gebe ebenso ehrlich zu, daß ich ideologisch nicht klar genug war, um mehr zu tun. Ich war der Meinung, daß durch die vielen Mißerfolge die Parteiführung zur Besinnung kommen und wieder zu den revolutionären Traditionen der vergangenen Zeit August Bebels zurückkehren müßte. Ich habe mich darin getäuscht, wie viele andere mit mir.

Einheit muß Wirklichkeit werden

Dann kamen wir ins KZ und ins Zuchthaus. Da trafen wir uns wieder, sozialdemokratische und kommunistische Funktionäre. Da fragten wir uns wieder: Wäre das alles möglich gewesen, wenn wir uns einig gewesen wären? Und wieder sagten wir uns: Nein.

Unvergeßlich bleibt für mich auf ewig — und wenn ich alt werde wie Methusalem — jene Zeit, in der ich von meinem Zellenfenster des Zuchthauses Brandenburg aus das Fallbeil sehen mußte, unter das jede Woche zweimal die Genossen zur Hinrichtung geführt wurden.

Manchmal war ein Freund darunter. Da fragte ich mich wieder: Wäre es möglich gewesen, wenn wir uns einig gewesen wären? Damals gelobten wir uns: „Die Einheit der Arbeiterklasse muß Wirklichkeit werden." Dieses Gelöbnis verpflichtet uns. Es darf diesmal nicht so sein wie in der Vergangenheit, in der es zwar drei Manifeste gegen den Krieg gab, in der aber die Führung der SPD ebenso oft versagte.

Es war 1912, da wurden die Konturen des 1. Weltkrieges vor der ganzen Welt sichtbar. Der Befreiungskampf der Balkanvölker gegen das türkische Joch fand statt. Die Großmächte der Imperialisten lagen auf der Lauer und wollten ihr Teil davon haben, ihren Profit. In dieser Zeit wurde eine Tagung im Münster zu Basel angehalten und ein revolutionäres Manifest erlassen. Es wurde darin gelobt, der großen Gefahr des 1. Weltkrieges zu begegnen. Die Arbeiter wurden aufgerufen, den Krieg zu verhindern. Wir gingen zurück in die Heimat, und der 4. August 1914 kam.

Lest einmal einen Jahrgang der sozialdemokratischen Presse aus den Junitagen von 1914 nach, wie ich es vor 14 Tagen tat. Am Anfang steht darin das Basler Manifest. Die ganze sozialdemokratische Presse war gegen den Krieg. Es hieß da: „Wir schießen nicht auf die Brüder in Serbien und anderswo." Trotzdem fiel die Führung um und bewilligte die Kriegskredite. Damals wurden die sozialdemokratischen Führer zu Dienern der Bourgeoisie.

Der 1939 nach Prag emigrierte Parteivorstand der SPD brachte ein weiteres Manifest heraus. Da bekannte der Parteivorstand den Fehler, daß er 1918 nicht nach der Lehre von Marx gehandelt hat, die die Notwendigkeit nachwies, den alten Staatsapparat zu zerschlagen und einen neuen zu erbauen.

In der DDR wurde SPD-Manifest verwirklicht

In dem Manifest stand: Die Geschichte überwindet die Spaltung der Arbeiterschaft. Weiter wurde gefordert die entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes, der Schwerindustrie und der Banken, die Einsetzung eines Revolutionstribunals zur Aburteilung der Faschisten, der Staatsverbrecher und der Mörder.

Sind sie bei Euch abgeurteilt worden? Sie sitzen alle wieder als die Träger des neuen Imperialismus in Amt und Würden. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, eines weiß ich: Dieses Manifest mit dem Versprechen des Parteivorstandes von Prag war unserer innerer Fundus für uns Sozialdemokraten in der Emigration. Damals haben wir gesagt: Sie sind doch zur Besinnung gekommen. Als wir im Zuchthaus saßen, haben wir vom Manifest gesprochen: Sie haben gelernt, atmeten wir auf, der Parteivorstand hat aus seinen Fehlern die Lehren gezogen.

Und ich sage Euch, so mancher sozialdemokratische Funktionär, der den letzten Weg zum Galgen oder zum Fallbeil ging, der trug in sich den Gedanken: Sie haben gelernt, es wird anders, und meine Kinder werden es anders haben; denn die Parteiführer haben es gelobt.

Nach 1945 haben wir es in der DDR erfüllt, jenes Manifest. Zum Dank dafür sind wir mit Kübeln von Schmutz seit 1945/46 überschüttet worden.

Und jetzt ein drittes Manifest in der Paulskirche in Frankfurt am Main. Und wieder hofft die Welt — nicht nur in Deutschland —, daß endlich der richtige Weg beschritten werde. Georg Reuter sprach, Erich Ollenhauer sprach, es waren wunderbare Worte. Und was nun? Einiges wurde in der Diskussion gesagt. Man erklärt jetzt: Wenn ratifiziert ist, wird das Vertragswerk Gesetz. Man schreibt: Ollenhauer habe in einem Interview erklärt: Nachdem ratifiziert sei, sei die Volksbefragung überflüssig geworden.

Einige Führer der SPD reisen jetzt nach Amerika und wollen den Aufbau der Truppen studieren.

Der 1939 nach Prag emigrierte Parteivorstand der SPD brachte ein weiteres Manifest heraus. Da bekannte der Parteivorstand den Fehler, daß er 1918 nicht nach der Lehre von Marx gehandelt hat, die die Notwendigkeit nachwies, den alten Staatsapparat zu zerschlagen und einen neuen zu erbauen.

In der DDR wurde SPD-Manifest verwirklicht

Es wurde hier in der Diskussion gesagt — und wir freuen uns alle darüber, der Kampf soll trotzdem weitergeführt werden, es soll nicht an den Wehrgesetzen mitgearbeitet werden. Aber wie ist es denn in Wahrheit, liebe Genossinnen und Genossen.

Adenauer hat ja seine Mehrheit, und wenn er Gesetze verabschiedet, dann müssen sie die sozialdemokratischen Länderminister durchführen. Sie müssen Euren Jungens die Gestellungsbefehle in die Häuser tragen lassen, sie eventuell mit der Polizei holen lassen. So liegt doch die Situation, und wir dürfen doch vor den Tatsachen die Augen nicht verschließen.

Ich möchte sagen: Sind wir — es sitzen ja noch einige der alten Sozialdemokraten unter uns — sind wir Renegaten geworden, weil wir das erfüllt haben ab 1946, was das Manifest des Parteivorstandes in Prag von 1934 der Arbeiterschaft gesagt hat, und wozu er aufgefordert hat? Nein, wir sind keine Renegaten. Mehr denn je zeigt sich in der heutigen Zeit die Richtigkeit der marxistischen Methode. Mehr denn je zeigt sich die Richtigkeit der Lehre eines anderen Genossen in der internationalen Arbeiterbewegung, dessen Werke in der Bundesrepublik verschwiegen werden.

Lenin schrieb in einem Buch vor ungefähr 40 Jahren mit Recht: Der Kampf gegen das Ungeheuer des Imperialismus ist so lange eine Phrase, so lange nicht zur gleichen Zeit der Kampf gegen den Opportunismus auf-

Fortsetzung Seite 9

Berichtigung

In unserer Sonderausgabe über die Konferenz sozialdemokratischer Funktionäre in Leipzig wurden durch einen Übertragungsfehler die beiden Diskussionsbeiträge der Genossen J. (Ruhrgebiet) und S. (Süddeutschland) zusammen als ein Diskussionsbeitrag des Genossen J. veröffentlicht. In Wirklichkeit war der zweite Teil des veröffentlichten Beitrags die Diskussionsrede des Genossen S.

ED-106/26-291

Antwort an sozialdemokratische Funktionäre

Aussprache sozialdemokratischer Funktionäre mit Walter Ulbricht und Mitgliedern des ZK der SED

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

S12 ED-106/RE-292

Kürzlich fand in Berlin eine Zusammenkunft sozialdemokratischer Funktionäre der Bundesrepublik mit dem Ersten Sekretär des ZK der SED, Genossen Walter Ulbricht, und den Mitgliedern des ZK der SED, den Genossen Otto Buchwitz, Helmut Lehmann und Paul Verner statt. Im Mittelpunkt der Aussprache standen jene Probleme, die das Anliegen der ganzen deutschen Arbeiterklasse sind und eine Antwort verlangen. Was für ein Deutschland muß sich die Arbeiterklasse, müssen sich alle friedliebenden Menschen erkämpfen? Welcher Weg muß dazu eingeschlagen werden? Wie kommen wir zur Aktionseinheit?

Die Beratung zwischen Funktionären der SPD aus Ländern der Bundesrepublik und leitenden Genossen der SED, die in einer ebenso herzlichen wie freimütigen Atmosphäre vor sich ging, war von dem Willen getragen, Klarheit in den Hauptfragen des gemeinsamen Kampfes der deutschen Arbeiterklasse zu schaffen. Da der Parteivorstand der SPD nach allen bisherigen Erfahrungen und trotz seiner Erklärungen über Kontakte zur DDR mit Maßnahmen bis zum Parteiausschluß gegen die sozialdemokratischen Mitglieder und Funktionäre vorgeht, bedauern die sozialdemokratischen Genossen, daß sie ihren Namen und die Funktionen gegenwärtig nicht bekanntgeben können.

Im folgenden veröffentlichen wir einen Auszug aus dem Protokoll dieser Aussprache.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Walter Ulbricht: Wir sind sehr erfreut darüber, daß ihr den Wunsch zu dieser Aussprache geäußert habt. Auch wir sind daran sehr interessiert, weil unser Ziel, die Beseitigung des deutschen Militarismus und die Herbeiführung eines friedliebenden, demokratischen Deutschlands, nicht von einer Arbeiterpartei allein erreicht werden kann. Es sind Probleme, über die wir uns mit den sozialdemokratischen Genossen und Gewerkschaftern aus Westdeutschland beraten und verständigen wollen. Ich habe hier ein ganzes Paket Fragen, die von den Genossen gestellt wurden und die in der Sozialdemokratie eine Rolle spielen. Wir wollen offen über diese Fragen sprechen. Vielleicht verfahren wir am besten so, daß ich einleite und auf die vorliegenden Fragen antworte. Die Genossen haben jede Möglichkeit, zwischendurch Fragen zu stellen und auch Einwände zu machen. Wir sind hier an kein Protokoll gebunden.

Worum geht es heute?

Die Genfer Konferenz der Außenminister zeigt, daß in Deutschland eine Frage auf die Tagesordnung gestellt ist: Was für ein Deutschland wollt ihr, ein friedliebendes und demokratisches Deutschland oder ein Deutschland, in dem der Militarismus herrscht? Das ist die Grundfrage, um die die Auseinandersetzung geht. Wenn man weiß, was für ein Deutschland man will, dann ist es leichter, sich über den Weg Klarheit zu verschaffen.

Wir haben in der Regierungserklärung der Deutschen Demokratischen Republik und auch im Beschluß der 25. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands klar ausgesprochen, was schon immer unsere Position war: *Wir sind für ein friedliebendes, demokratisches Deutschland. Darunter verstehen wir, daß die Marktpositionen der Militaristen in Westdeutschland beseitigt werden. Dazu gehören auch die Marktpositionen der Militaristen auf dem Lande, d. h. die Junker und Großgrundbesitzer, die ebenfalls ausgeschaltet werden müssen. Anders ist eine friedliche Lösung in Deutschland nicht möglich. Nach zwei Kriegskatastrophen kann man keinen anderen Weg gehen. Für diese Position des Friedens und der Demokratie kämpfen wir.*

Das entspricht auch den Vereinbarungen der vier Mächte, die festgelegt haben, daß der deutsche Militarismus vernichtet werden muß. Bei uns haben wir das getan und sind dafür, daß es in ganz Deutschland durchgeführt wird. Wir haben also keine kommunistische Plattform aufgestellt, sondern Forderungen, die in Potsdam neben Stalin auch Truman, Attlee und später der Ministerpräsi-

Institut für Geschichte Archiv

dent Frankreichs unterschrieben haben. Bei uns haben wir diese Aufgaben erfüllt. Das ist im Grunde genommen unsere Konzeption für die demokratische und friedliche Wiedervereinigung Deutschlands.

Man wirft uns vor, daß wir für das wiedervereinigte Deutschland ein kommunistisches Programm wollen. Man kann doch beim besten Willen nicht sagen: die Bodenreform sei kommunistisch. Bekanntlich haben die Vertreter der USA und Englands das Potsdamer Abkommen mit unterschrieben, nach dem bis zum Jahre 1947 die Bodenreform in ganz Deutschland durchgeführt werden sollte. Die Kräfte der Bourgeoisie selber haben das als ihr Programm der bürgerlichen Revolution aufgestellt. Und daß man nach zwei Kriegskatastrophen die Macht der Rüstungsindustriellen, dieser 150 Rüstungsmillionäre beseitigen muß, die heute wieder Westdeutschland beherrschen, darüber kann kein Zweifel bestehen. Auch das haben die drei Großmächte in Potsdam festgelegt. Wir halten uns an das, was die Amerikaner und Engländer selbst mit unterzeichnet haben.

Demgegenüber gibt es eine andere Konzeption, die der amerikanischen und deutschen imperialistischen Kräfte. Sie erklären, sie sind für die Wiedervereinigung Deutschlands in der NATO. Sie fügten hinzu, daß sie dann bereit seien, der Sowjetunion einen Sicherheitsvertrag zu geben, damit sie nicht zu befürchten braucht, daß sie angegriffen würde, wenn von der NATO Stützpunkte an der Oder errichtet werden. Nun, dazu wird es nie kommen. Die sowjetischen Regierungsmitglieder haben alle diejenigen, die solche Pläne aufstellten, ausgelacht und ihnen gesagt: Wir wollen einen dauerhaften Frieden. Ihn braucht das deutsche Volk und die Völker Europas. Und weil wir den Frieden wollen, deshalb darf man dem deutschen Militarismus keine Aufrüstungsmöglichkeit geben, man muß ihn vielmehr bändigen. Das ist unsere Position.

Herr Dulles hat in Genf die Position der Westmächte vertreten, und die Regierung in Bonn hat diese unterstützt. Herr Brentano hat erklärt, die Bonner Regierung sei der Meinung, das wiedervereinigte Deutschland solle der NATO angehören. Der Parteivorstand der SPD hat seine Vorschläge zur Genfer Konferenz Herrn Brentano übergeben und erklärt, er wünsche, daß Brentano die Vorschläge der SPD-Führung mit vertritt. So gab es zur Genfer Konferenz nur eine deutsche Plattform, die den Interessen unseres Volkes entspricht, und das war die Plattform der Regierung der DDR. Eine andere existierte nicht. Nun hat Brentano selbstverständlich nicht die Vorschläge Ollenhauers in Genf vertreten, sondern gesagt: Wir sind dafür, daß Westdeutschland der NATO angehört. Ollenhauer hat sich bei Dulles davon überzeugt, daß das auch die Position der Regierung der USA ist. Dazu brauchte er aber wirklich nicht nach Genf zu reisen, das stand doch vorher alles in der Presse.

Die Grundfrage, um die es geht, ist die Frage der Beseitigung des deutschen Militarismus. Nur von der Lösung dieser Frage aus kann man die Sicherung des Friedens und der Wiedervereinigung behandeln. Man kann nicht über die Wiedervereinigung mit den Generalen Monteuffel und Kessching diskutieren; das ist undenkbar. Als Herr Dulles dem Außenminister der Sowjetunion, Genossen

Molotow, in Genf sagte: Wir werden Garantien geben, daß ein NATO-Deutschland nicht aggressiv ist, antwortete er: Aber, meine Herren, wenn Sie nur friedliche Zwecke verfolgen, warum haben Sie sich erst die Mühe gemacht, die NATO zu bilden? Es wäre einfacher gewesen, wenn Sie die NATO nicht gebildet hätten und nicht die Eingliederung ganz Deutschlands in die NATO fordern würden. Dann könnten wir uns eher verständigen. Über ein militaristisches Deutschland kann man nicht diskutieren. Die Sowjetdelegation in Genf hat hinzugefügt, was der Erste Sekretär der KPdSU, Genosse Chrustschow, in Berlin gesagt hat: An den Errungenschaften der Deutschen Demokratischen Republik wird nicht gerüttelt. Der Militarismus wird in Deutschland nicht herrschen.

Eine neue Lage ist entstanden

Die Lage hat sich geändert, und das bitte ich die sozialdemokratischen Genossen vor allen Dingen zu beachten. Die Änderung der Lage besteht darin, daß die Politik der Stärke zum Scheitern verurteilt ist. Niemand wird dem deutschen Militarismus erlauben, seinen Einfluß auszudehnen, sondern umgekehrt, man wird und muß alles tun, um seinen Einfluß auszuschalten. Die Bonner Regierung, die erklärt, die Eingliederung Westdeutschlands in die NATO sei der Weg zur Wiedervereinigung, steht vor dem Bankrott dieser Politik. Würde sie beibehalten, so bedeutet das, daß die herrschenden Kreise in Bonn Westdeutschland auf den Weg des Krieges und der Zerstörung stoßen.

Die andere Seite ist die, daß die Deutsche Demokratische Republik als Staat existiert, der mit der Sowjetunion ebenso wie mit den Staaten des Warschauer Vertrages durch Verträge verbunden ist.

Es wird in Westdeutschland behauptet, die DDR habe nur ein Drittel der Bevölkerung Deutschlands. Das ist eine formale Fragestellung. Die Trennungslinie in Deutschland geht doch zwischen den Anhängern des Friedens und der Demokratie und den Anhängern der NATO. Niemand wird behaupten wollen, daß in Westdeutschland die Mehrheit der Bevölkerung für die NATO ist, das heißt, für die Verewigung der anglo-amerikanischen Besatzung in Westdeutschland und für das Fortbestehen der ausländischen Militärstützpunkte. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß nicht nur die Bürger der DDR, sondern auch breite Massen in Westdeutschland den Weg des deutschen Militarismus, der schon zweimal in die Katastrophe geführt hat, nicht noch einmal gehen wollen. Die Zahl der Menschen, die für den Fortschritt sind, nimmt in Westdeutschland immer mehr zu. Man darf auch die Tatsache nicht übersehen, daß die Hälfte der Bevölkerung Europas bereits die Grundlagen des Sozialismus schafft. Nach der Genfer Außenministerkonferenz ist noch offenkundiger, als es schon früher war, daß die NATO-Politik der Bonner Regierung keinerlei Perspektiven hat.

Die Lage ist heute so, daß man sich in Deutschland entweder für die Herrschaft des deutschen Im-

pentarismus oder für eine wirkliche Demokratie entscheiden muß, das heißt, für eine Demokratie, in der die Arbeiterklasse die führende Kraft wird.

Die Position der sozialdemokratischen Parteiführung, im Kielwasser der Bourgeoisie zu segeln, wie das gegenwärtig geschieht, ist nicht im Interesse der Arbeiterklasse. Mit den Vorschlägen der sozialdemokratischen Parteiführung, die sie Herrn Brentano für Genf gegeben hat, konnte dort niemand etwas anfangen. Warum nicht? Es wird in ihnen nicht konkret gesagt, was für ein Deutschland man will. Die Gefahr des deutschen Militarismus existiert, jeder Mensch sieht es, aber darüber wird in den 12 Punkten der SPD nicht gesprochen. Für die SPD-Führung existiert diese Gefahr nicht.

In der Stellungnahme der SPD zu Genf wird über die Festlegung von Bedingungen für ein Gesamtdeutschland gesprochen. Gesamtdeutschland besteht aber gegenwärtig nicht, es existieren zwei deutsche Staaten. Also muß man sich zunächst darüber unterhalten, wie sich die beiden deutschen Staaten näherkommen und verständigen, alles andere ist nicht real. Wenn es so schwer ist, daß sich die Bonner Regierung und die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik verständigen, dann müßte es selbstverständlich sein, daß sich zunächst die Arbeiterparteien und Arbeiterorganisationen ganz Deutschlands näherkommen und verständigen.

Ein weiterer Punkt ist, daß sich die sozialdemokratische Parteiführung gegen „Unterwanderungsversuche" wendet. In Westdeutschland geht der Klassenkampf vor sich, und selbst wenn wir nicht da wären, gäbe es dort den Klassenkampf. Daß sich die Existenz der Arbeiter-und-Bauern-Macht in der Deutschen Demokratischen Republik günstig auf den Kampf der Arbeiter in Westdeutschland für bessere Lebensbedingungen auswirkt, darüber besteht kein Zweifel. Vor welcher „Unterwanderung" hat die SPD-Führung eigentlich Angst? Daß die marxistische Ideologie nach Westdeutschland kommt? Wenn die Arbeiter von den Kapitalisten immer stärker ausgebeutet werden, dann denken sie nach, wie man sich seiner Haut am besten wehren kann. Wenn man jetzt den Grenzschutz in die reaktionäre Wehrmacht überführen will, so wird den Arbeitern klar, daß hier eine Truppe gegen sie geschaffen wird. Die herrschenden Kreise in Bonn sorgen dafür, daß sich der Klassenkampf verschärft und die Arbeiter in der marxistischen Literatur die Beantwortung ihrer Fragen suchen.

Für eine nationale Position

Die SPD-Führung interessiert sich dafür, welches der militärische Status des wiedervereinigten Deutschlands sei. Wir möchten zunächst, daß sich die beiden Teile näherkommen und haben deshalb die Bildung des Gesamtdeutschen Rates vorgeschlagen. Was heißt militärischer Status? Wir müssen uns über den Friedensvertrag und nicht über den militärischen Sta-

Institut für Zeitgeschichte Archiv

tus unterhalten. Wollen sie wissen, wieviel Truppen Deutschland haben soll? Ich sage offen: Das interessiert uns heute wenig. Uns interessiert nur, wer diese Truppen kommandiert und wer die Soldaten sind. Wir sind dafür, daß die Arbeiterklasse dann das Kommando hat und Werktätige die Truppen stellen, die Militaristen aber hinausfliegen. Die Frage ist die: Welchen Charakter hat diese Truppe? Die SPD-Führung stellt aber die Frage: Was ist der militärische Status? Das ist die Fragestellung von Rechtsanwälten.

In dieser Stellungnahme ist weiter entscheidend, daß der Parteivorstand der SPD erklärt, er fühlt sich mit dem Westen verbunden. Aber das ist keine deutsche, sondern eine englische Position. Die deutsche Position ist, daß man die Interessen des deutschen Volkes vertritt und als SPD vor allen Dingen die Interessen der Arbeiterklasse. Was heißt denn „mit dem Westen verbunden" sein? Das sind doch die Länder, in denen das Monopolkapital herrscht. Was hat die Arbeiterklasse damit zu tun? Oder glauben die SPD-Führer, daß — wenn sie einige Posten in den Behörden der Montan-Union einnehmen — sie schon etwas mitzubestimmen haben? Das heißt aber, daß die SPD-Führung nicht auf die friedliche und demokratische Wiedervereinigung orientiert ist. *Man ist erst dann für die Wiedervereinigung, wenn man eine Verständigung zwischen den beiden deutschen Staaten, mit der Sowjetunion und auch mit den Nachbarstaaten Deutschlands herbeiführt.* Mit anderen Worten: Man muß eine eigene nationale Position einnehmen, muß für die Souveränität Deutschlands sein und darf nicht sagen: Ich bin für den Westen.

Weiter wird gesagt: Der SPD-Parteivorstand betrachtet die Bundesrepublik als den rechtmäßigen Staat, uns aber nur als eine Zone. Wir sind überzeugt davon, daß die Mehrheit der Arbeiterklasse in Westdeutschland die Meinung vertreten wird, die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist besser als die Westdeutschlands. Das wird sich im Kampf entscheiden, der bevorsteht. Wenn aber die SPD-Führung erklärt, daß sie auf dem Boden der Bonner Republik steht, d. h. auf dem Boden eines Staates, der vom Monopolkapital beherrscht wird, dann frage ich euch, kann ein sozialdemokratischer Arbeiter einen solchen Standpunkt einnehmen? Nein, das ist ein bürgerlicher Standpunkt. Die SPD-Führung ist zwar für die Wiedervereinigung, aber sie sagt: Die Bundesrepublik ist sozusagen die Grundlage. Dort ist aber das Gegenteil einer Arbeiter-und-Bauern-Macht. Die Herrschaft der imperialistischen Bourgeoisie ist der SPD-Führung also lieber als die Herrschaft der Arbeiter und Bauern. Mir scheint, diese prinzipiellen Fragen stehen zur Diskussion und zur Klärung. Deshalb beantworte ich die Fragen vom grundsätzlichen Standpunkt der Interessen der Arbeiterklasse aus, der dem nationalen Interesse entspricht.

Ich will noch auf einige Auffassungen sozialdemokratischer Genossen eingehen.

Wie kommt man zu freien Wahlen?

Offenkundig spielt bei euch die Frage des Weges zur Wiedervereinigung und der Wahlen die Hauptrolle. Aber die Hauptfrage ist doch die: Wie kann man den deutschen Militarismus beseitigen und was für ein Deutschland wollen wir?

In den Fragen, die die Genossen gestellt haben, wird gesagt, daß doch die Sowjetregierung und die Regierung der DDR zur Zeit der Berliner Konferenz der Außenminister auch für gesamtdeutsche Wahlen waren. Das stimmt; wir sind auch für Wahlen. Aber nachdem seit der Berliner Konferenz bestimmte militaristische Tatsachen geschaffen sind, muß man diese erst wieder beseitigen, damit man demokratisch und frei wählen kann. Zur Zeit der Berliner Außenministerkonferenz war Westdeutschland noch nicht der NATO eingegliedert. Damals war auch die SPD-Führung gegen eine Verständigung der beiden deutschen Staaten über die Schaffung der Voraussetzungen für Wahlen und für eine Wahlordnung. Sie wollten also keine demokratischen Wahlen. Warum waren sie damals gegen eine Verständigung mit der DDR? Adenauer und Bonn waren der Meinung, daß das damals ein zu großes Risiko gewesen wäre. Sie sagten sich, wenn man ohne militärische Verbände wählt, besteht die Gefahr, daß im Zusammenhang mit Wahlen ein Erdrutsch eintreten könnte. Sie waren gegen ein solches Risiko und lehnten darum Wahlen ab. Sie haben erklärt: Zuerst Remilitarisierung und Eingliederung in die NATO, dann machen wir Wahlen. Sie verkündeten damals die Politik der Stärke. Inzwischen haben sie Westdeutschland in die NATO eingegliedert, und außerdem wurde ein Militärvertrag zwischen Bonn und Washington geschlossen, der der amerikanischen Armee in Westdeutschland weitgehende Rechte gibt, die Ausrüstung der westdeutschen Armee durch die Amerikaner und die Waffenproduktion in Westdeutschland festlegt. Nachdem diese militaristischen Tatsachen geschaffen wurden, ist klar, daß eine neue Lage entstanden ist. Die Sowjetregierung und die Regierung der DDR haben der anderen Seite rechtzeitig gesagt: Wenn Sie das machen, so bedeutet das die Verhinderung der Wiedervereinigung Deutschlands.

Die Divisionen, die jetzt in Westdeutschland aufgestellt werden, gelten euch, sozialdemokratische Genossen; sie sind gegen die Arbeiterklasse und die Werktätigen Westdeutschlands gerichtet, zweitens sind sie ein Druckmittel gegen Frankreich, Holland und Belgien.

Wenn in der letzten Zeit in Westdeutschland militaristische Tatsachen geschaffen wurden, so ist es klar, daß man diese Tatsachen beseitigen muß. Wenn es Militärblocks in Europa gibt und Westdeutschland dazugehört, so muß man auf dem Wege der kollektiven Sicherheit diese Militärbündnisse überwinden. Man hat mich gefragt: Gibt es nicht noch einen anderen geheimnisvollen Weg? Nein, es gibt keinen anderen Weg. Mit der westdeutschen Militärbasis der NATO können wir uns nicht vereinigen. Deshalb begrüßen wir den Vorschlag Molotows, die Besatzungstruppen aus Deutschland abzuziehen. Da die anderen Mächte das jetzt nicht wollen, sind

wir auch für Molotows Vorschlag, die Besatzungstruppen zunächst auf die Hälfte herabzusetzen. Das ist ein sehr realer Vorschlag, gegen den eigentlich niemand sein sollte. Dieser Vorschlag dient der Entspannung.

Sozialdemokratische Genossen haben die Frage nach freien Wahlen gestellt. Wir sind für freie Wahlen, aber von freien Wahlen kann man doch nicht sprechen, solange die imperialistischen Besatzungsmächte in Westdeutschland sind, solange dort Militärstützpunkte bestehen und Westdeutschland der NATO angehört. Man muß also vor allem auf dem Wege der kollektiven Sicherheit Westdeutschland von den Fesseln der NATO befreien und in Westdeutschland demokratische Verhältnisse schaffen.

Aber ich möchte noch eine prinzipielle Bemerkung machen. Manche sozialdemokratischen Genossen erklären, man könne die Frage der Zukunft Deutschlands allein mit dem Stimmzettel lösen. Es geht doch darum, daß ein friedliebendes, demokratisches Deutschland geschaffen wird. Wenn ein solches Deutschland entstehen soll, d. h. die gesellschaftliche Ordnung verändert werden muß, so ist das in der Geschichte noch niemals mit dem Stimmzettel erreicht worden. Die Sozialdemokratie hat im Jahr 1919 versucht, zu beweisen, daß man mit dem Stimmzettel den deutschen Imperialismus schrittweise überwinden kann. Deshalb gab sie damals die Losung der Wahlen zur Nationalversammlung aus, bevor durch die Arbeiterklasse demokratische Garantien geschaffen wurden. Wir waren dagegen, weil es bedeutete, daß die Macht wieder den Kriegsinteressenten gegeben wird. Wir haben allzu recht gehabt.

Nun haben sozialdemokratische Genossen gesagt: Wie das wiedervereinigte, demokratische Deutschland aussehen soll, wird am Wahlsonntag bestimmt. Ihr wollt also am Wahlsonntag eine Veränderung der gesellschaftlichen Ordnung durchführen, indem ihr einen Stimmzettel in die Urne werft. Wenn die Geschichte so einfach wäre! Mir scheint, daß sich die Bourgeoisie die Sache nicht so einfach macht. Die Bourgeoisie hat die Gewohnheit, wenn Gefahr für ihre Macht besteht, alle Mittel anzuwenden, und sie wird sich nicht scheuen, auch einzusperren, wie das unter Hitler der Fall war.

Ein sozialdemokratischer Funktionär: In Guatemala wurde uns das erneut vor Augen geführt.

Walter Ulbricht: Deswegen ist es nicht richtig, wenn sozialdemokratische Genossen sagen, man kann die Beschlüsse des DGB und der SPD nur auf parlamentarischem Wege durchführen. Das ist nicht wahr. Auf allen Wegen kann und muß man sie durchführen. Bitte, nutzt auch parlamentarische Wahlen aus, um Adenauer eine Niederlage beizubringen. Die Hauptsache ist aber der Volkskampf.

Nun haben sozialdemokratische Genossen gesagt, die SED und die SPD werden doch bei Wahlen die Mehrheit in Deutschland bekommen. Unter den Bedingungen einer militaristischen Herrschaft in Westdeutschland werdet ihr nicht die entsprechende Position bekommen. Wie wollt ihr gewinnen, wenn die Bourgeoisie einen Bürgerblock bildet und die sozialdemokratische Führung gegen die DDR und die SED kämpft, wie sie das tut. Das ist doch zum Schaden der Arbeiterklasse! Wer garantiert euch, daß

die SPD-Führung nach gesamtdeutschen Wahlen nicht mit der Bourgeoisie geht? Nach den Berliner Wahlen sind sie trotz ihrer Mehrheit mit der CDU gegangen, und auch in Bremen wollen sie wieder mit den Parteien der Bourgeoisie zusammengehen. Solange die führenden Personen im Parteivorstand der SPD in ihrer Politik amerikanisch-englisch orientiert sind, ist nicht anzunehmen, daß sie nach gesamtdeutschen Wahlen mehr der Arbeiterinteressen Rechnung tragen, als sie es nach dem 1. Mai 1945 getan haben. Die Arbeiterklasse kann in Deutschland nur Einfluß gewinnen, wenn SED, SPD, KPD und die beiden Gewerkschaftsorganisationen kameradschaftlich zusammenarbeiten. Gemeinsam sind wir imstande, die militaristische Reaktion zu schlagen. Durch eine solche Kampfgemeinschaft der Arbeiterklasse werden auch große Kräfte der Bauern, des Kleinbürgertums und sogar Teile des Bürgertums, die den Frieden sichern wollen und gegen den deutschen Militarismus sind, aktiviert und von den Parteien des deutschen Monopolkapitals losgelöst.

Zu den Vorschlägen der SPD-Funktionäre

Eure Vorschläge über die Zusammenarbeit der Sozialdemokraten Westdeutschlands mit der Arbeiter- und Bauernmacht der DDR sind annehmbar. Ihr schlagt vor:

1. Sicherung des Friedens durch einen Vertrag aller europäischen Staaten über die kollektive Sicherheit. Lösung Westdeutschlands von der NATO.

Zu diesem Vorschlag ist zu bemerken, daß der Abschluß eines Vertrages über die kollektive Sicherheit verbunden sein müßte mit der schrittweisen Beseitigung der militärischen Gruppierungen in Europa. Auf diese Weise würden wesentliche Voraussetzungen für die Wiedervereinigung Deutschlands geschaffen.

Ihr schlagt weiter vor:

2. Schaffung eines einigen, friedliebenden und demokratischen Deutschlands, in dem die Arbeiterklasse, die die Mehrheit der Bevölkerung ist, im Bündnis mit den Bauern einen entscheidenden Einfluß im Staate erhalten muß.

Dazu möchte ich folgendes bemerken. Wir stehen grundsätzlich auf dem gleichen Standpunkt. Man muß aber klar aussprechen, daß eine solche Wiedervereinigung Deutschlands den gemeinsamen Kampf der Arbeiterklasse und aller friedliebenden Menschen gegen den deutschen Militarismus, der in Westdeutschland die herrschende Kraft ist, zur Voraussetzung hat. Wiedervereinigung, das heißt also in der Hauptsache Beseitigung der Machtpositionen des Militarismus in Westdeutschland.

Auf dieser Grundlage ist die Verständigung aller Arbeiterorganisationen in Deutschland sehr wohl möglich. Wenn wir uns verständigen, wenn die SPD, statt gegen die DDR zu kämpfen, gegen die imperialistische Bourgeoisie in Westdeutschland kämpfen würde, wäre die Lage sofort anders, dann wären wir eine Riesenkraft.

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED Archiv

Es gibt nun sozialdemokratische Funktionäre, die sagen, wenn wir uns mit der SED zusammensetzen, dann verschluckt sie uns. Sie nennen das Infiltration, Unterwanderung oder Aufweichung. Das ist natürlich Unsinn. Wir haben zur Zeit des Paulskirchen-Manifestes erklärt: Bitte, Genossen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, übernehmt die Führung im Kampf gegen die Remilitarisierung, aber führt wirklich den Kampf! Kaum hatten wir das gesagt, hat die SPD-Führung die Bewegung aus Angst, sie könnte zu stark werden, zurückgepfiffen und nicht weitergeführt. Unseres Erachtens trifft das Argument, daß wir die SPD unterminieren wollen, völlig daneben.

Es ist doch für jeden sozialdemokratischen Arbeiter sichtbar, daß die Adenauerregierung unter dem Einfluß des Herrn Conant und mit Hilfe des Herrn Braunthal, der extra zu diesem Zweck nach Deutschland kam, systematisch die SPD zersetzt. Wenn es Adenauer gelingt, die SPD-Führung zu veranlassen, die Bonner Außenpolitik zu unterstützen und den Militaristen zu helfen, indem sie das Märchen von der „demokratischen Wehrmacht" verbreitet, so führt das zur Zersetzung und Schwächung der SPD. Selbstverständlich müssen wir jene rechten sozialdemokratischen Führer bekämpfen, die auf die Politik des amerikanischen und englischen Imperialismus orientiert sind. Das ist Pflicht gegenüber der deutschen Arbeiterklasse. Das hat aber nichts mit Infiltrierung zu tun.

Wir sind bereit, mit der SPD und mit einzelnen sozialdemokratischen Organisationen Vereinbarungen auf der Basis voller Gleichberechtigung zu treffen. Eure Vorschläge, die ihr als sozialdemokratische Funktionäre gemacht habt, sind eine reale Grundlage dafür.

Manche sozialdemokratischen Funktionäre scheuen die Kontaktaufnahme mit den Genossen der SED oder mit Staatsfunktionären der DDR, weil die SPD in Westdeutschland keine Erfolge seit 1945 aufweisen kann. Wir haben nicht die Absicht, solche Fragen in den Vordergrund zu stellen. Für die Werktätigen ist es das beste, wir strengen uns endlich gemeinsam an, damit es in Westdeutschland auch Errungenschaften gibt.

Ladet mehr SPD-Genossen ein

Ein sozialdemokratischer Funktionär: Ich möchte auf einen Punkt eingehen, der mir wesentlich erscheint, nämlich auf die Aktionseinheit zwischen SED und SPD. Von der Perspektive der Bundesrepublik aus gesehen, ist es doch wohl so, daß eine Aktionseinheit zwischen KPD und SPD noch nicht die Wirkung auslösen würde, wie wir sie alle herbeiwünschen und herbeisehnen. Zur Schaffung einer Aktionseinheit zwischen SED und SPD gehören gewisse Voraussetzungen, die noch geschaffen werden müssen. Eine Voraussetzung dafür wäre die, daß ihr mehr und mehr versucht, Genossen aus der SPD nach hierher einzuladen. Das geschieht bereits, aber man sollte versuchen, daß noch mehr Genossen

herkommen, damit eine gewisse geistige Auflockerung stattfindet.

Das ist sehr wesentlich, denn wir dürfen nicht vergessen, daß gewisse Ressentiments vorhanden sind, die es uns als Marxisten innerhalb der SPD in vielen Fällen schwer machen, stärker in Position zu kommen. Das würde eine wesentliche Voraussetzung für eine solche Aktionseinheit schaffen.

Walter Ulbricht: Einverstanden!

Wir begrüßen die sozialdemokratischen Delegationen. Wir werden einladen, soviel wir nur können.

Paul Verner: Was die Aktionseinheit zwischen den Arbeiterorganisationen Westdeutschlands angeht, so halten wir sie nach unserer Meinung für dringend erforderlich. Alle Erfahrungen lehren uns, daß die Arbeiterklasse und ihre Organisationen stark und unüberwindlich sind, wenn sie gemeinsam handeln.

Über Kontakte zur DDR

Ein anderer sozialdemokratischer Funktionär: Ollenhauer und der Parteivorstand haben in letzter Zeit den Standpunkt vertreten, daß das System der kollektiven Sicherheit in Europa an erster Stelle steht und die Frage der freien Wahlen dahinter. Das setzt aber voraus, daß eine andere Regierung in Bonn geschaffen wird.

Viele unserer Mitglieder und Funktionäre wollen Kontakte mit dem Osten, und wir sollten alle beim Parteivorstand vorstellig werden, daß offiziell von Parteiseite aus Kontakt mit den Staaten des Ostens und mit den Vertretern der DDR aufgenommen wird.

Ein dritter sozialdemokratischer Funktionär: Ich möchte diese Frage noch einmal aufgreifen. Euch allen ist die Stellungnahme der Sozialdemokratie aus den letzten Monaten zu der Frage der gesamtdeutschen Verständigung bekannt. Bis heute hat man nur rein platonische Versicherungen abgegeben, daß man für technische Gespräche sei. Uns interessiert folgendes: Seit einigen Tagen verlautet aus Kreisen der SPD-Führung etwas, was bis vor wenigen Tagen noch vollkommen abgelehnt wurde. So hat Ollenhauer jetzt öffentlich erklärt, daß ein Sicherheitssystem das Vordringliche ist, zumindestens die deutsche Wiedervereinigung erleichtern kann, während man bis vor kurzer Zeit noch den entgegengesetzten Standpunkt vertreten hat. Ich habe einen Artikel des „Hamburger Echo" im Auge, der wahrscheinlich nicht zufällig erschienen ist; denn die Zeitung ist wegen ihrer amerikafreundlichen Linie bekannt. Es ist ein Organ der amerikanischen Richtung in unserer Partei. Dieses „Hamburger Echo", das an sich in seiner Hetze gegen die DDR und gegen jede Verständigung sozusagen richtunggebend ist, hat einen Leitartikel gebracht, in dem gesagt wird, daß die Frage der deutschen Wiedervereinigung nicht nur eine Angelegenheit der vier Großmächte sein darf, sondern auch eine Sache der Deutschen selbst ist. Eine Formulierung, wie ihr sie jahrelang schon gebraucht habt. Uns würde es natür-

lich interessieren, vor auch zu erfahren, wie ihr diese Schwenkung unserer Führung beurteilt, ob darin nur ein Nachgeben gegenüber dem dauernden Druck von unten zu sehen ist, inwieweit ihr eine positive oder auch eine negative Seite darin seht. Ich glaube, die Taktik unserer Führung wird darin bestehen, wieder an die Bundesregierung das Verlangen zu stellen, mit der Regierung der DDR zu verhandeln, um so selbst der Verantwortung enthoben zu sein. Die Bundesregierung wird das sicherlich nicht tun, und es käme nur ein rein platonisches Verlangen dabei heraus.

Ein hiesiger sozialdemokratischer Funktionär: Am 2. Oktober fand eine Parteiausschußsitzung statt. Dort wurde ein Antrag behandelt, der folgendes besagt: Wenn die Bonner Regierung nicht bereit ist, mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik Kontakt aufzunehmen, so solle zumindest die Opposition es tun. Auf jeden Fall müsse man es versuchen. Man war nicht grundsätzlich dagegen, aber hat es bis nach der Genfer Konferenz zurückgestellt, um dann erneut darüber zu beraten. Ich glaube, daß es an der Zeit ist, diesem Antrag stattzugeben.

DDR ist für eine Zusammenarbeit

Walter Ulbricht: Wir würden eine Zusammenarbeit begrüßen. Aber im 12-Punkte-Programm der SPD wird erklärt: Es handelt sich einzig und allein darum, die Beziehungen zwischen beiden Teilen Deutschlands zu verbessern und alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, um den Durchgangsverkehr von Gütern zu erleichtern. Es werden sogar die Fahrkarten erwähnt. Aber das ist doch nicht die Frage. Dann wird weiter gesagt, daß eine Zusammenarbeit in Teilfragen möglich ist, aber ohne Anerkennung der DDR durch Bonn. Das heißt, die SPD-Führung stellt sich auf den Boden der Bonner Regierung gegen die Regierung der DDR, sie stellt sich auf die Seite der Bourgeoisie gegen die Arbeiter- und Bauernmacht.

Erfahrungen aus der Vergangenheit

Otto Buchwitz: Im Punkt 3 und 4 des 12-Punkte-Programms spricht sich Ollenhauer für eine Annäherung an uns und für Verhandlungen aus. Aber im Schlußsatz wehrt er sich mit aller Entschiedenheit dagegen, daß das eine Anerkennung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik bedeuten könnte. Meine persönliche Meinung ist: Ihr müßt einen Schritt weitergehen, ihr müßt versuchen, in den Bezirken und Kreisen, wo ihr den erforderlichen Rückhalt habt, die Parteiführung zu zwingen, mit der DDR und mit unserer Partei zu verhandeln. Schon allein, wenn sie das tut, ist die öffentliche Stimmung drüben in der Bundesrepublik und der Druck, der dann auf die Adenauerregierung ausgeübt wird, viel größer. Ollenhauer und einige andere haben doch aus der vergangenen Zeit

Institut für Zeitgeschichte

eine Menge Bekannte. Er kennt mich und Grotewohl, und vielleicht können ihm, wenn er mit uns und unserer Parteierklärung spricht, einige Bedenken genommen werden.

Warum bin ich der Meinung, daß ihr einen Schritt weitergehen müßt? Ich werde meine 50 Jahre, die ich mit euch in einer Reihe marschiert bin, und meine Erfahrungen nicht los. Ich habe keine Angst um unsere DDR. Aber ich habe Angst um euch und fuße dabei auf den Erfahrungen aus der Vergangenheit. Was ich bei euch kommen sehe, will ich offen sagen. Ich war bei den vielen Enttäuschungen und den politischen Fehlern des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion immer der Meinung: Einmal kommen sie doch zur Vernunft, und dann kehren wir zu unserer alten Tradition unter Bebel zurück. Euch geht es heute sicherlich auch so. Ich habe einen regen Briefwechsel mit vielen Genossen der SPD, besonders mit Genossen aus der älteren und mittleren Generation. Sie sagen mir, es wird alles anders kommen, sie werden doch mal vernünftig! Ich habe Sorge um die Entwicklung, wenn ihr nicht weiter vorstoßt.

Ich will euch nur an ein paar Beispielen zeigen, wie ich hinters Licht geführt wurde. Hier wurde die Bodenreform erwähnt. 1919 war ich in einem Wahlkreis tätig, wo die schlesischen Junker und Großgrundbesitzer wie Schaffgotsch usw. saßen. Sie kamen alle zu mir gekrochen und sagten: Eine Bodenreform kommt, wieviel müssen wir dann abgeben? Ich antwortete: Alles! Ich bin dann zu Ebert und Schneidemann gefahren. Als ich das zweite Mal hinfuhr, haben sie mir gesagt: Laß uns endlich in Ruhe! Dann geben uns die Amerikaner und Engländer keine Lebensmittel.

1923 kam in Sachsen auf Grund von freien Wahlen eine linke Regierung zustande. In Görlitz stand ein Munitionszug. Die Eisenbahner kamen und fragten, ob der Zug weiterfahren soll. Sie sagten, es handelt sich um eine Aktion gegen Sachsen. Severing hat mich damals belogen und mir gesagt, der Zug fährt durch Sachsen nach Bayern.

Kurz vor dem Staatsstreich in Preußen war ich bei Severing und habe ihm gesagt: Gebt uns die Waffen, denn es liegt etwas in der Luft. Zwei Stunden habe ich mit ihm verhandelt. Schließlich sagte er: Ich kann es auf Grund meines Eides nicht tun. Aber Otto, und da nahm er meine Hand, ich verspreche dir, wenn das eintreten sollte, daß die Reaktion einen Putsch macht, dann bewaffne ich das Reichsbanner, und wir werden jeder Situation Herr. Dann kamen bekanntlich ein Leutnant und drei Mann, und die Polizei stand Gewehr bei Fuß.

Vor der letzten Sitzung des Reichstages im Jahre 1933 trat der Parteiausschuß der SPD zusammen. Wir waren alle konsterniert. Ich habe zu Otto Wels gesagt: Treten wir jetzt so ab von der Schaubühne und geben alles preis? Darauf Wels: Wir treten nicht ab, wir kämpfen! Wir haben mit der Eisernen Front und der Partei alles vorbereitet, es wird gekämpft! Wir sind in die Bezirke und Wahlkreise zurückgefahren, haben alles organisiert bis zu den Streichhölzern und zum Benzin. Aber dann haben sich Wels, Stampfer und Hans Vogel von Göring die Pässe unter-

Institut für Zeitgeschichte Archiv

schreiben lassen und sind ins Ausland gefahren. Dort haben sie zur sozialdemokratischen Presse gesagt: Schreibt nur nichts darüber, daß bei uns Leute totgeschlagen werden! Wir aber sind dann in die KZ und Zuchthäuser geworfen worden.

Bei euch will man jetzt die neue Wehrmacht „demokratisieren". Ich habe im militärpolitischen Ausschuß des Reichstages mit dem Genossen Leber gesessen. Wir wollten die Wehrmacht auch demokratisch machen. Damals war das Staatsoberhaupt Fritz Ebert, immerhin ein Mitglied der SPD, und der Reichswehrminister war Noske, Mitglied der SPD, Ministerpräsident des größten deutschen Landes, Preußen, war der SPD-Genosse Otto Braun, und der Innenminister war Severing. Herausgekommen ist eine reaktionäre Wehrmacht. Jetzt will eure Führung die Wehrmacht demokratisch machen, an deren Spitze Hitlergenerale stehen. Ist das nicht eine lächerliche Illusion?

Ihr müßt einen Schritt weitergehen.

Eure leitenden Genossen müssen nach Berlin kommen, genauso wie ihr kommt. Wir haben eine Sprache, gemeinsame Interessen, und wir müssen gemeinsam kämpfen!

Westdeutsche Arbeiterschaft ist kampfbereit

Ein fünfter sozialdemokratischer Funktionär: Die Ausführungen des Genossen Ulbricht über den Weg zur Wiedervereinigung werden von uns im großen und ganzen akzeptiert. Ein wiedervereinigtes Deutschland kann nur ein demokratisches und friedliebendes sein. Das bedeutet, im Westen muß die Macht der Großgrundbesitzer und Monopolisten gebrochen werden. Entscheidend ist aber, daß die Masse der Mitgliedschaft dem zustimmt und verstärkt den Kampf gegen die restaurierten Kräfte der Reaktion in Westdeutschland führt.

Eine entscheidende Rolle wird dabei die Gewerkschaftsbewegung spielen. Ich glaube trotz aller Schwächen, Fehler und Krankheiten sagen zu dürfen, daß die westdeutsche Arbeiterschaft bereit ist, zu kämpfen. Die Metallarbeiterabstimmung im Ruhrgebiet beweist das. Der Unternehmerverband hatte geglaubt, die IG Metall werde gar nicht wagen, eine Urabstimmung durchzuführen.

Was die Frage der Aktionseinheit zwischen SED und SPD betrifft, so habe ich den Genossen Ulbricht so verstanden, daß er sie auf den Kampf gegen den Militarismus, für die kollektive Sicherheit und für die Wiedervereinigung Deutschlands bezieht. Die Aktionseinheit der beiden Parteien in den entscheidenden Fragen der Nation wird von uns befürwortet. Aber das ist noch ein heißes Eisen in unserer Partei. Wir dürfen euch aber versichern, daß heute in den Versammlungen unserer Partei schon ein ziemlich offenes und klares Wort gesprochen wird. Unsere Genossen sind heute nicht mehr so ängstlich. Was wir brauchen ist Schriftenmaterial. Darin muß man aber eine etwas andere Sprache sprechen. Ihr dürft nicht vergessen, daß die große Mitgliedschaft unserer Partei nur die bürger-

liche Presse zu ihrer Information hat. Wir haben bei uns in den Ländern in Westdeutschland vielfach keine eigene SPD-Parteipresse, sondern eine Presse, die „befreundet" ist und die Hetze gegen die DDR mitmacht. Wenn wir ideologisch nicht mitgekommen sind, so muß man eine Sprache führen, die für jedes Mitglied unserer Partei verständlich ist.

Keine Mitarbeit bei den Militaristen

Ein sechster sozialdemokratischer Funktionär: Einige Fragen sind für uns in der Bundesrepublik und unsere Genossen von wesentlicher Bedeutung. Das ist die Frage der Remilitarisierung. Es steht ohne Zweifel fest, daß die Mehrzahl der sozialdemokratischen Arbeiter gegen jede Remilitarisierung ist. Aber nun kommt die Frage der Wehrausschüsse. Unsere Genossen sind verwirrt und stellen die Frage so: Wir müssen in den Wehrausschüssen mitarbeiten, weil wir dadurch imstande seien, die kommende Wehrmacht demokratisch zu kontrollieren.

Ein Teil der Genossen, die der DDR gegenüber positiv eingestellt sind, stellen die Frage, ob die Sowjetunion nicht auf Kosten einer kollektiven Sicherheit die DDR und ihre Errungenschaften opfern würde.

Paul Verner: Da können sie lange warten!

Walter Ulbricht: Was die Wehrausschüsse betrifft, so kommt es darauf an, daß man in der Sozialdemokratie gegen die Illusion über eine sogenannte demokratische Wehrmacht Stellung nimmt. Will die SPD General Manteuffel unterziehen? Genosse Buchwitz hat schon gesagt, wie es mit der Demokratisierung der Wehrmacht in der Weimarer Republik gegangen ist und was dabei herausgekommen ist. In dieser Frage muß man prinzipiell kämpfen. Meiner Meinung nach hätte sich die SPD an der Sache nicht beteiligen sollen, sondern einen prinzipiellen Kampf führen müssen. Das hätte die Kräfte der Arbeiterklasse gestärkt, und das Ergebnis würde ein anderes sein.

Ohne Kampf kein Erfolg

Helmut Lehmann: Was ihr braucht, ist Klarheit. Ihr müßt auch bereit sein, dafür Opfer zu bringen. Als die Partei und auch die Gewerkschaften vor Jahrzehnten noch schwach waren — ich bin hauptsächlich Gewerkschaftsfunktionär gewesen —, haben wir den letzten Pfennig, den wir erübrigen konnten, aufgewendet, um uns Literatur zu beschaffen. Für Kampf erfordert Einsatz, und wenn ihr nicht zu dieser Opferbereitschaft kommt, werdet ihr diesen Kampf nicht erfolgreich führen können. Die Delegationen, die zu uns kommen, sind ein ausgezeichnetes Mittel für den Anschauungsunterricht. Aber das ist nur die erste Hälfte des Weges. Was nun die Delegationen, wenn sie zurückkommen? Was macht ihr mit diesen Arbeitern? Wie hilft man diesen Mitgliedern der Delegationen?

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Die Kunst besteht darin, in der Sprache, die die Menschen verstehen, zu sprechen. Man muß — wenn man die Menschen ansprechen will — von ihrem Bewußtsein ausgehen. Ihr habt durchaus recht mit der kritischen Bemerkung: Schulen nützen nichts, wenn sie nicht in einer solchen Sprache gehalten sind.

Walter Ulbricht: Das Delegationssystem muß ausgebaut werden, weil das eine der Hauptmethoden für die Herstellung der Aktionseinheit ist. Das heißt praktisch: Die Aktionseinheit muß zwischen den Organisationen und zwischen den Betriebsbelegschaften hergestellt werden.

Der zweite Punkt ist die Aufnahme von Beziehungen zwischen der SPD bzw. sozialdemokratischen Organisationen und der DDR. Wenn die Sozialdemokratische Partei eine Arbeiterpartei ist, so muß sie mit der Arbeiter- und Bauernmacht in der DDR Verbindung aufnehmen und darf nicht nur mit Dulles reden.

Ein sozialdemokratischer Funktionär: Wir danken, daß wir Gelegenheit hatten, mit euch zu sprechen. Wir, die wir jetzt wieder nach Westdeutschland zurückkehren, sind aus den verschiedensten Gebieten gekommen. Wir kennen uns nicht mal alle persönlich, haben aber einen schönen Kontakt gefunden, weil wir trotz Differenzen im einzelnen eine gemeinsame Sprache sprechen und gemeinsame Interessen haben, die Interessen der Arbeiterklasse. Dasselbe gilt im Verkehr von euch zu uns und umgekehrt. *Wir haben bei allen persönlichen Meinungsverschiedenheiten gemeinsame Anliegen, und wir haben einen gemeinsamen Feind, den Militarismus. Wenn wir gemeinsame Feinde haben, müssen wir uns auch Freund sein.*

Vor allen Dingen danke ich euch, daß ihr uns eure kostbare Zeit zur Verfügung gestellt habt. Der Kontakt zwischen den Funktionären unten und den obersten Funktionären ist bei euch eine Selbstverständlichkeit, aber ob er bei uns selbstverständlich ist, steht auf einem anderen Blatt. Wenn unsere Zusammenkunft den Erfolg gehabt hat, uns ein Stückchen auf dem Weg zur Einheit der deutschen Arbeiterklasse und zur Wiedervereinigung weiterzubringen, so sind diese Stunden nicht umsonst gewesen.

Walter Ulbricht: Wir wünschen euch alles Gute!

Institut für Zeitgeschichte

ED-706/26 300

Herausgeber: Parteivorstand der Kommunistischen Partei Deutschlands.
Verantw.: Maria Krüger, MdB, Bremen. — Druckerei Otto Finck GmbH, Hamburg.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

OTTO BUCHWITZ
spricht!

ED-106126-B09

Kollegen!

Vor wenigen Wochen fand während der Leipziger Frühjahrsmesse die zweite gesamtdeutsche Arbeiterkonferenz in Leipzig statt. Auf dieser bedeutsamen Tagung gegen die Verwirklichung der Pariser Kriegsverträge sprach u. a. auch der Vertreter der deutschen Arbeiterklasse und erprobte Kämpfer gegen Faschismus und Krieg, Otto Buchwitz, dessen Ausführungen wir nachstehend wiedergeben. Diese Worte Otto Buchwitz sollen uns Mahnung sein, all unsere Kräfte gegen die Pariser Verträge und für die Durchführung einer Volksbefragung einzusetzen.

Kollegen!

Gebt diese Broschüre nach dem Studium an unsere Arbeitskameraden weiter.

Diskutiert den Inhalt und schließt euch zum gemeinsamen Kampf gegen die Verderber von Bonn zusammen.

Der Herausgeber

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Im nächsten Jahr werden es 60 Jahre, daß ich der deutschen Arbeiterbewegung und der Gewerkschaft angehöre. Wenn ich auf diesen durchschrittenen Zeitraum zurückblicke, dann muß ich an die vielen geschichtlichen Wendepunkte denken, wo gerade die deutsche Arbeiterklasse dazu berufen war, in ihr eigenes Schicksal und das Schicksal Deutschlands zu ihren Gunsten einzugreifen. Sehr oft habe ich in der Vergangenheit anläßlich solcher geschichtlicher Wendepunkte mit Bitternis erleben müssen, daß es immer und stets die Unterdrücker der Arbeiterklasse, die Reaktion war, die dem Wendepunkt den Stempel ihres Wollens aufdrückte, und nicht die Arbeiterklasse.

Wir sind jetzt wieder berufen,

in einer geschichtlichen Stunde einzugreifen, nicht nur im Interesse des Schicksals des gesamten deutschen Volkes, sondern im Interesse der gesamten Menschheit, vor allen Dingen aber im Interesse der Arbeiterklasse. Wenn ich den bisherigen Verlauf der heutigen Tagung betrachte, und Eure Presse hinzunehme — ich bin ein eifriger Leser der Presse der Bundesrepublik —, und es ist nicht immer ein reines Vergnügen, sie zu verfolgen —, so möchte ich sagen, daß ich die Situation zur Zeit bei Euch im Westen so einschätze: Die Arbeiterschaft ist genau so bereit zu kämpfen, wie in den Jahren 1932/33; sie wartet auf den Ruf der Führung.

Was sich im Bonner Bundestag in den vier Tagen der Ratifizierung zugetragen hat, ist so unerhört, daß es nicht nur die Arbeiterklasse, sondern bis weit in die Schichten des Bürgertums hinein die Menschen aufrütteln müßte. So wie mancher Briefmarken sammelt, so sammle ich aus der Geschichte der Arbeiterbewegung und aus der Geschichte des politischen Kampfes in Deutschland Argumente vergangener Zeiten.

Ich habe hier einen Aufruf aus dem Jahre 1929, den damals die Koalitionsparteien erließen, SPD, Zentrum und Staatspartei, einen Aufruf an das deutsche Volk. Er wendet sich vor allen Dingen gegen die Deutschnationalen jener Zeit. Der Aufruf ist deshalb so interessant, weil darauf verwiesen wird, daß nunmehr Verhandlungen mit den Siegern im ersten Weltkrieg im Gange seien und daß die große Hoffnung bestehe, daß das Saargebiet vorzeitig an Deutschland zurückgegeben werden könne. Ich erwähne den Aufruf, weil er mit von Konrad Adenauer unterschrieben ist. Hat er damals den Aufruf nur unterschrieben, um das Saargebiet vorzeitig zurückzuerhalten, damit er es nunmehr verschachern kann? Ist es nicht unerhört, daß ein deutscher Bundeskanzler es wagen kann, deutsches Gebiet zu verschachern, um die Genehmigung zu erhalten, 12 Divisionen — wohlverstanden als Abschlagszahlung — aufzustellen? Ist es nicht ebenso unerhört, daß ein Deutscher in einer Schicksalsstunde des deutschen Volkes, wo er von der Regierung der Sowjetunion und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ein Angebot nach dem anderen bekommt, stur ablehnt, irgendwie zu verhandeln? Aber derselbe Kanzler geht nach Paris, um über die Einheit Deutschlands und die Erhaltung des Friedens zu verhandeln,

Messebetrieb in Leipzigs Innenstadt

verhandelt mit dem verflossenen französischen Ministerpräsident Mendès-France, dem separatistischen Ministerpräsidenten des Saargebietes, Hoffmann, über die Abtretung des Saargebietes von Deutschland. Ich glaube, unerhörter kann man das deutsche Volk nicht brüskieren.

Ich habe auch sehr aufmerksam die Ratifizierungsdebatten im Bundestag verfolgt. Und wieder stiegen Erinnerungen aus der vergangenen Zeit in mir auf. Was entsteht, wenn wir die Verwirklichung der Pariser Verträge nicht verhindern?

Wir Alten haben es zweimal durchgemacht

Ich führe Euch im Geiste zurück in die Zeit vor dem ersten Weltkrieg. Wenn im Reichstag in Berlin eine Militärvorlage verabschiedet wurde, dann kam die nächste Vorlage in London, Paris, Wien usw. Wenn umgekehrt die Aufrüstung in Paris angekurbelt wurde, ging es der Reihe nach herum, bis die imperialistischen Mächte fertig waren und der Krieg da war. Das war vor dem ersten Weltkrieg so und das geschah auch so vor dem zweiten Weltkrieg.

Also die Geschichte steht drohend und mahnend in der jetzigen Situation vor uns.

Es ist dabei eine der wichtigsten Aufgaben für Euch im Westen, den Wall von Lügen zu durchbrechen, der gegenüber uns, der DDR, gegenüber der Sowjetunion und gegenüber dem Kommunismus im allgemeinen aufgerichtet wird.

Ich will einige wenige Worte darüber sagen:

Wir sind ehrlich für den Frieden!

Was wären wir für Menschen, für Funktionäre der Arbeiterklasse, wenn wir nicht nach den Erfahrungen der Vergangenheit für Einheit und Frieden wären! Wir sind für den Frieden aus Liebe zu unseren Kindern, nein, ich möchte sagen, zu allen Kindern der Welt.

Institut für Zeitgeschichte Archiv

Wir sind für den Frieden aus Liebe zu unserer Jugend. Ich erkläre Euch, daß ich sechs Kinder, sechs Enkel und vier Urenkel habe. Ich liebe aber nicht nur sie, ich liebe alle deutschen Kinder. Ich liebe alle Kinder und die Jugend der ganzen Welt und unsere Aufgabe muß es sein, zu verhindern, daß die deutsche Jugend und die Jugend der Welt Tote auf Urlaub sind, die für die Geldsäcke und Monopolisten in die Massengräber geschickt werden.

Und wir sind für den Frieden aus Achtung vor den deutschen Müttern, den Müttern der ganzen Welt. Sie sind die Trägerinnen kommender Geschlechter und in den verflossenen Kriegen haben sie die Hauptlast der Not und des Elends getragen, auch nach dem Krieg an den Folgen. Und wenn man das, was unsere Forscher und Wissenschaftler in einem Zeitalter entdeckt und erfunden haben, wo die Wissenschaft der Natur die letzten Geheimnisse entreißt, in den Dienst der Friedenswirtschaft stellt, wenn wir also die Kriegspläne verhindern, dann bin ich völlig überzeugt — nicht aus Gründen der Propaganda —, daß unsere Jugend einer Zukunft von märchenhafter Schönheit entgegengeht.

Ich glaube, dafür zu kämpfen lohnt sich wahrlich. Und wir wissen, daß Ihr im Westen es schwerer habt als wir, aber wir haben Euch durch die Beschlüsse der Volkskammer gezeigt — und wir werden es immer wieder unter Beweis stellen —, daß wir weitestgehend bereit sind, Euch in Eurem schweren Kampf zu unterstützen. Es ist doch besser, jetzt Opfer zu bringen, oder wollt Ihr Eure Frauen und Kinder wieder wie einstmals unter Trümmern suchen und nicht mehr finden?

Lieber jetzt Opfer bringen!

Ich habe in der Diskussion des Bundestages Herrn von Brentano gehört und habe mich gewundert, warum in der nachfolgenden Diskussion diesem Herrn von Brentano nicht ein Sozialdemokrat entschieden entgegengetreten ist, als Brentano die Unverschämtheit besaß, entgegen jeglicher Wahrheit die Behauptung aufzustellen: wann habe jemals die Regierung der Sowjetunion gegenüber den Wünschen und Forderungen der westlichen Mächte auch nur das geringste Entgegenkommen gezeigt. Eine größere Lüge kann es doch nicht geben! Das ist eine solche Schamlosigkeit, wo seit Jahr und Tag die Regierung der Sowjetunion zeigt, daß die Völker dieses Riesenlandes fanatisiert sind für den Aufbau ihres Landes, aber nicht für den Krieg.

Die Einwände von seiten der imperialistischen Mächte, die auch von Adenauer gemacht wurden, hat die Regierung der Sowjetunion immer beachtet und stets ein Entgegenkommen gezeigt.

Und als Kiesinger sprach, den jetzt Herr Adenauer als das angeblich beste Pferd aus seiner Fraktion öfter vorschickt, betete er das nach, was ihm Dulles vorgebetet hat.

Institut für Zeitgeschichte Archiv

Messegäste aus aller Welt gehen sich ein Stelldichein

Warum trat ihm aber kein Sozialdemokrat oder sonst ein mutiger Abgeordneter entgegen, als er behauptete, man müsse wegen der sowjetischen Aggression rüsten, die man erwartet. Er verwies, um die Aggressionsabsichten der Sowjetunion zu beweisen, auf die Aufstände in Vietnam, in Guatemala und überall dort, wo die Amerikaner ihre Hand selbst im Spiele haben. Ist das nicht unerhört? Da könnte man Herrn Kiesinger fragen: Waren die ersten Christen, die sich zum Neuen Testament bekannten, die Sklaven Roms, die sich gegen die Herren Roms wendten, waren die auch vom Kreml aufgehetzt?
Oder wenn man von der neueren Geschichte ausgeht. Als der Bürgerkrieg zwischen den amerikanischen Nordstaaten gegen die Südstaaten geführt wurde, da war wohl auch Moskau schuld? Als die Iren sich gegen England zweimal hintereinander erhoben, da war auch Moskau daran schuld?

Ich bin der Meinung,

was sich in unserer unruhigen Welt zeigt, das ist folgendes: Wenn die Entwicklungsgeschichte in Natur und in menschlicher Gesellschaft eine Veränderung im Zusammenleben der Menschen notwendig macht und Regierungen, Parteien und Staatsmänner dem nicht stattgeben, da entstehen Aufstände und Revolutionen und was wir jetzt in der Welt sehen — das müssen die Imperialisten erkennen —, das ist das Ende der Unterdrückung fremder Völker.

Und der Haß gegen uns? Liebe Kolleginnen und Kollegen, haben wir diesen Haß verdient? Ich habe auch die Rede von Ollenhauer verfolgt. Er wandte sich an einer Stelle seiner Ausführungen gegen Adenauer und dessen Freunde, die die Demonstrationen, die in Westdeutschland jetzt stattfinden und stattgefunden haben und die von Adenauer als Demonstrationen der Straße bezeichnet wurden, bestrafen.

Ollenhauer hat scharfe Worte gegen Adenauer gefunden und erklärt, man würde das Recht der Arbeiter, für ihre Ziele und Rechte zu demonstrieren, nie aufgeben. Das war sehr schön. Was setzte er aber diesen Worten hinzu? Er setzte hinzu: „Damit wollen wir nicht bestreiten, den letzten Willen hat das Parlament."

Diese ewige

Anbetung des Parlaments ist falsch!

Wenden wir doch einmal den Blick in die Geschichte zurück. Noch niemals sind die letzten Entscheidungen in irgendeiner Form in Parlamenten gefallen. Auch

jetzt müßt Ihr in Westdeutschland in Eurem Kampf von allen Mitteln Gebrauch machen.

Wenn sich Erich Ollenhauer und andere immer wieder gegen uns und unsere gesellschaftlichen Verhältnisse verwahren, haben wir uns das verdient? Was haben wir seit 1945 getan? Wir haben die Lehren aus einer bitteren und dunklen Vergangenheit gezogen.

War es denn falsch, Kolleginnen und Kollegen aus dem Westen, daß wir die Junker enteignet haben, die ewigen Treiber zu Rüstung und Krieg? Das kann doch nicht falsch gewesen sein!

War es falsch von uns, daß wir die Herren der Monopole und Konzerne enteignet haben und die Betriebe dem Volke gaben, die heute von Arbeitern beherrscht und geleitet werden? Das kann doch nicht falsch sein!

Daß wir das Finanzkapital enteigneten und nun eine Volksbank haben, so daß nicht mehr spekuliert werden kann, das kann doch unmöglich falsch gewesen sein.

Wenn diejenigen, die wir hier enteignet haben, im Westen über uns schimpfen, das kann ich verstehen. Wir haben sie doch aus einem Paradies vertrieben. Ihr Arbeiter dürft Euch aber durch solch eine Hetze gegen uns nicht beeinflussen lassen. Wenn wir ihre schönen Erholungsheime und Erholungsorte den Gewerkschaften gegeben haben, kann das unmöglich falsch sein. Daß wir ein Gesetz der Arbeit schufen, das die Arbeiter im Betrieb wirklich mitbestimmen läßt, kann auch nicht falsch sein.

Handelten wir falsch, wenn wir die Träume der Jugend verwirklichten? Jedes Kind trägt einen Traum in sich, was es gern werden möchte. Es lernt in der Schule und glaubt, die Welt stehe ihm offen. Und wenn sie in höhere Lehranstalten im kapitalistischen Staat wollen, dann müssen Vater und Mutter sagen, daß sie dazu kein Geld haben. Wir aber haben die Träume der Jugend zur Wirklichkeit gemacht. Die Arbeiterjungens und Mädels können bei uns lernen, den Kindern der Bauern stehen alle Institute offen und sie können sich wirklich für alle Stellungen in unserem Staat vorbereiten.

Liebe Freunde!

Laßt mich zwei Worte über die Frage Demokratie sagen, die in der Presse des Westens, besonders der der SPD, so oft gegen uns ausgespielt wird.

Wie alles in der Welt ist auch die Demokratie dem Wandel der Zeiten unterworfen. Ich war unter dem Dreiklassen-Wahlrecht im Kaiserreich in einem Industriebezirk Kandidat für die Arbeiterpartei. Die Industrieherren hatten ein größeres Wahlrecht als die Arbeitenden. Ich wurde gegen meinen eigenen Unternehmer gewählt, am anderen Tage schmiß er mich heraus. Ich wurde der einzige Arbeitervertreter in diesem Ortskreis. Der Vorsitzende meines Ausschusses war ein Prinz Wilhelm von Preußen. Die anderen nannten ihn Königliche Hoheit,

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ich hatte damals einen Sprachfehler und brachte dieses Wort nicht heraus. Und wenn ich ihn mit „Herrn Vorsitzenden" titulierte, da hatte er einen Hörfehler. So kam es, daß wir uns nicht recht verstanden.

Liebe Freunde!

Zwei Beispiele dafür, daß die bloße Beteiligung von Sozialdemokraten an einer Regierung oder eine rein sozialdemokratische Regierung keine Wunder tun kann, wenn die Kräfte aller anderen Machtinstrumente in den Händen der Besitzenden, der Monopole und Junker bleiben.

Erstes Beispiel: England.

Als die Labour-Party das letzte Mal zur Regierung kam, da wollte sie ein Stück Sozialismus verwirklichen. Sie hat eine ganze Reihe Betriebe der Schwerindustrie und der Bergwerke nationalisiert, natürlich gegen Abfindung. Das haben wir übrigens in der DDR nicht gemacht, weil wir nicht so viel Geld hatten.

Da erklärte der Führer der Opposition, der alte Churchill: „Nun, wenn wir wieder dran sind, werden wir das wieder rückgängig machen!"

Inzwischen ist Churchill wieder Premierminister und er hat auch sein Wort gehalten. Viele Betriebe, die die Labour-Party nationalisiert hatte, wurden modernisiert den Besitzern wieder zurückgegeben.

Oder, ich war vor drei Jahren in Schweden.

Dort regieren seit über 20 Jahren die Sozialdemokraten. Ich kam mit sozialdemokratischen Freunden zusammen, die ich in der Illegalität kennen gelernt hatte. Ich unterhielt mich mit ihnen, jedoch sagten sie mir: „Wir können mit Dir nicht mehr reden, Du bist Kommunist geworden!"

„Trotzdem werden wir uns unterhalten", sagte ich. Ich fragte: „Ihr seid doch 20 Jahre an der Regierung, könnt Ihr mir sagen, welche Betriebe Ihr vergesellschaftet habt?" Da sahen mich die Sozialdemokraten nur an und wurden nachdenklich. Ich sagte: „Ihr braucht nicht nachzudenken, Ihr habt nicht einen Hosenknopf nationalisiert." Aber ich zeigte ihnen eine kleine Notiz aus ihrer eigenen Zeitung. Da war zu lesen — was die Sozialdemokraten Schwedens wissen —: „Der Generalstab Schwedens und die höheren Offiziere setzen sich zum größten Teil aus Faschisten zusammen." Ich fragte die schwedischen Genossen: „Nun, was tut Ihr?" Da bekam ich zur Antwort: „Was sollen wir tun? Die haben doch die militärische Macht." — Ich antwortete den schwedischen Genossen: „Ich denke, Ihr habt sie seit 20 Jahren?"

Wir sehen, es gibt Situationen, in der die Arbeiterklasse, die geeinte Arbeiterklasse handeln muß, denn sie ist stärker als alle Atombomben.

Wir haben das schon durchexerziert. Es sind jetzt 35 Jahre her, daß der Kapp-Putsch von der deutschen Arbeiterschaft niedergeschlagen wurde.

Institut für Marxismus-Leninismus - Archiv

Ein Hauptanziehungspunkt jeder Leipziger Messe — der Pavillon der Volksrepublik China

Ich möchte noch etwas anderes erwähnen, liebe Freunde, was Euch zur Wachsamkeit anregen soll.

Wie ich schon sagte, ich sammle aus der Geschichte Material. Ich habe hier vom 14. Februar 1934 einen Zeitungsausschnitt aus der „Oberschlesischen Volksstimme". Da steht etwas sehr interessantes von einem Manne, der heute noch in Westdeutschland in der SPD eine große Rolle spielt, Paul Löbe. Er war aus dem Konzentrationslager von Göring geholt worden. Und da wurde er interviewt und das Interview ist hier veröffentlicht. Da heißt es unter anderem:

Nach einer Schilderung seiner persönlichen Verhältnisse äußert sich Löbe über die Umstände seiner Entlassung aus der Schutzhaft und erklärte dem Berichterstatter dazu, daß er auf das Versprechen, sich nicht mehr politisch zu betätigen, freigelassen worden sei. Es sei ihm selbstverständlich, dieses Versprechen abzugeben, weil er der Ansicht sei, daß seine politische Tätigkeit und diejenige seiner Freunde endgültig abgeschlossen sei. Die Geschicke Deutschlands vollziehen sich künftig auf einer neuen Ebene. In dieser Beziehung unterstreiche er das Wort Hitlers, die Vergangenheit käme nie mehr zurück. Und er führt — nach dem Zeitungsausschnitt — fort: Man würde mich für einen verdächtigen Überläufer halten, wenn ich mich, nachdem ich solange Zeit für ein anderes Ideal war, von heute auf morgen zum Nationalsozialismus bekennen würde. Ich bin aber objektiv genug zuzugeben, daß die neuen Führer Deutschlands mit einem schönen Ungestüm Probleme in Angriff genommen haben, die wir nicht haben meistern können. Ich denke an die Reichsreform, die Beschaffung von Arbeit für die Arbeitslosen und die Winterhilfe.

Das alles nannte Paul Löbe in seinem Interview „sozialistische Arbeit".
Am Schluß noch eins, eine Erinnerung, die ich Euch, liebe Freunde aus Westdeutschland, zu überlegen bitte:

Es werden bald zehn Jahre sein, daß Deutschland von der Nacht der Barbarei befreit wurde, daß wir wieder an eine neue Arbeit gehen und bei uns die Fun-

Institut für Zeitgeschichte Archiv

damente zu einem besseren, zu einem friedlichen und demokratischen Deutschland legen konnten.

Vergessen wir bei diesem Gedenken eines nicht und daß ist eine Warnung an alle: Vor mehr als 20 Jahren entbrannte im Herzen Europas, in Deutschland, die älteste Widerstandsbewegung gegen Hitler, gegen die Macht der Barbarei, gegen Krieg, für Frieden und Völkerfreundschaft. Wir prophezeiten damals:

Hitler bedeutet Krieg!

Das Volk hörte nicht.

Als der prophezeite Krieg kam, da befanden sich dreimal hunderttausend deutsche Widerstandskämpfer in den Konzentrationslagern.

Eine Million Widerstandskämpfer war verhaftet, hunderttausende kehrten nicht zurück.

An der Schafott-Front und am Fallbeil und am Galgen endeten 32 500 deutsche Widerstandskämpfer. Darunter waren gewiß, das werden wir nie verschweigen — Geistliche aller Konfessionen, Intellektuelle — Schriftsteller, Ingenieure und Chemiker —, aber 95 Prozent derer, die ihr Leben hingaben, kamen aus den Reihen der KPD und SPD.

Soll es wieder so werden!?

Ich glaube nein! Drohend steht die Geschichte hinter uns und warnt: So darf es nicht wieder kommen!

Wir wollen gemeinsam kämpfen, um vor unseren eigenen Kindern und vor unserem Gewissen zu bestehen. Wenn wir uns über das Ziel einig sind, können wir wirklich alles, gibt es keinen Widerstand gegen uns.

Wir werden unser Ziel erreichen!

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Die Diskussion

war so umfangreich, daß es nicht möglich ist, alle Redner auf den folgenden Seiten sprechen zu lassen. Einige der wesentlichsten nur sollen an dieser Stelle zum Abdruck kommen.

Ein Kollege aus Wolfenbüttel:

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich sprechen als Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. Ich möchte über meine Ausführungen folgendes stellen: Die Präambel des Grundgesetzes besagt, daß das deutsche Volk aufgefordert wird, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden. Im Artikel 20 des Grundgesetzes heißt es: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus."

Ich stelle die Frage: Geht im Bonner Bundestag die Staatsgewalt noch vom Volke aus? Die wichtige Frage für uns alle ist doch die, die Einheit in Frieden und Freiheit, oder die Pariser Verträge zu erhalten. Wie das Volk darüber denkt, das haben wir gesehen, als wir die Unterschriften für das Manifest der Paulskirche sammelten. 70 bis 90 Prozent der Bevölkerung haben das Manifest unterzeichnet; das ist der wahre Volkswille.

Wenn im Bonner Parlament eine Mehrheit von 324 Abgeordneten für die Pariser Verträge gestimmt hat, dann hat sie damit gegen den Volkswillen entschieden. Damit hat sie aber auch die Verfassung gebrochen, denn die Staatsgewalt soll laut Verfassung vom Volke ausgehen. Sie hat auch die Verfassung gebrochen, weil sie, wie von mir eingangs zitiert wurde, gegen die Präambel des Grundgesetzes verstoßen hat.

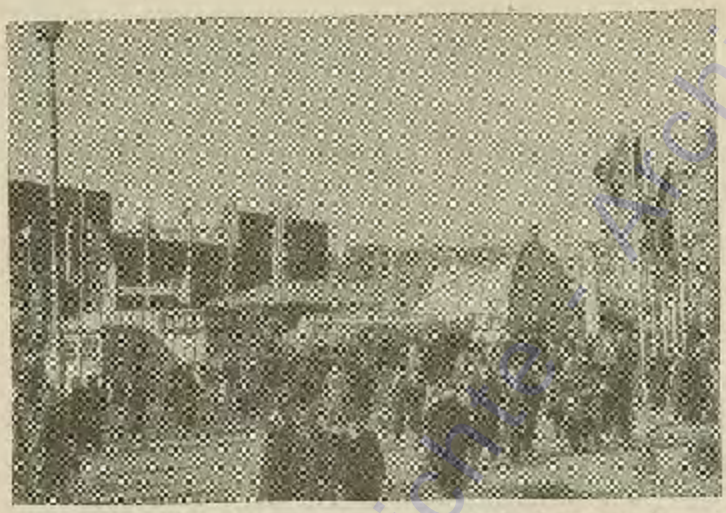
Deshalb meine ich als SPD-Genosse, daß das Volk jetzt entscheiden muß, und ich begrüße als Sozialdemokrat den Vorschlag der Volkskammer über die Durchführung der Volksbefragung in ganz Deutschland.

Aber ich möchte noch mehr sagen: **Der Bonner Bundestag entspricht nicht mehr dem Willen des Volkes. Deshalb muß er, wenn Demokratie und Recht herrschen sollen, aufgelöst werden.**

Darum erhebe ich die Forderung,

daß das Bonner Parlament aufgelöst wird, und ich appelliere an die Führung meiner Partei und an den Bundesvorstand des DGB, die Auflösung des Bundestages ebenfalls zu fordern, um mit allen Mitteln durchzusetzen, daß in Westdeutschland eine freie, demokratische Willensentscheidung des Volkes herbeigeführt wird.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv



Aussteller aus Polen, Westdeutschland, Ungarn – friedliche Partner im West-Osthandel

Ich appelliere besonders an meine SPD-Genossen, sich zu Hause für die Volksbefragung einzusetzen.

Schreibt Briefe an Erich Ollenhauer und an die Abgeordneten des Bundestages, damit sie sich für die Volksbefragung einsetzen. Der Wille des Volkes wird und muß entscheiden; Parteien und Politiker dürfen nicht mehr zur Ruhe kommen.

Eine neue deutsche Wehrmacht?

Ich sage: **Nein!**

Wir brauchen keine Rüstung.

Wir wollen nicht Deutsche gegen Deutsche gehen.

Wir wollen keinen Krieg, wir, die ihn ausfechten sollen, wir nicht, die wir nicht an ihm verdienen wollen.

Wir wollen besser und freier leben und nicht Orden und Generale!

Kollege Fechtel [DDR]

Kolleginnen und Kollegen!

Zerreißt die Lüge in Westdeutschland!

Wie komme ich dazu, Ihnen dieses hier zu sagen?

Institut für Zeitgeschichte, München

Mit der Berechtigung als westdeutscher Junge, der 44 Jahre im Westen gelebt hat, der dort groß geworden ist und dort erzogen wurde, der 27 Jahre seines Berufskampfes der größten westdeutschen Maschinenfabrik gewidmet hat, als Sohn eines Arbeiters und einer Mutter, die aus einer Bergarbeiterfamilie stammt. Und seit einem halben Jahr bin ich Bürger der Deutschen Demokratischen Republik.

Der Entschluß war schwer,

aber wir haben ihn nie bereut. Wie kam es zu diesem Entschluß?

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Mit wem hat der westdeutsche Ingenieurstand nach dem Kriege 1945 die westdeutsche Industrie aus einem Trümmerhaufen wieder herausgearbeitet, zu dem jetzigen Machtinstrument? Ich frage: Mit wem?

Mit Reuter von der DEMAG, mit Lanz von Mannesmann, oder wie sie alle heißen? Nein, wir haben mit Euch geschafft, mit den Arbeitern, mit den westdeutschen Arbeitern haben wir die westdeutsche Industrie für unsere Familien zu einem friedlichen Instrument aufbauen wollen.

Wir Arbeiteringenieure waren nach 1945 gut, die verlorenen Posten, die diese Herren wie Pferdemenges usw., aus Angst verlassen hatten, einzunehmen und mit der Arbeiterschaft in ausdauernder energischer Arbeit Stein für Stein wieder aufzusetzen, die alten Maschinen zu reparieren. So haben wir nach und nach mit einer Schnitte Graubrot für den ganzen Tag das Werk wieder hingesetzt. Als wir 1948, am Tage der Währungsreform, die vollen Schaufenster sahen, da haben wir auf einmal gemerkt: Donnerwetter, wir haben ja nur gearbeitet, die anderen haben den Rahm abgeschöpft. Wir hatten zu der Zeit — 1948 — unsere friedlichen Arbeitsstätten wieder aufgebaut, aber die Herren der Schwerindustrie hatten mittlerweile ihren Regierungsstab aufgebaut, in dem sie an maßgebender Stelle saßen und damit uns unsere Macht und unsere Kraft aus der Hand schlugen. Das spürten wir Arbeiteringenieure nach 1945 am deutlichsten. Unsere Position wurde jetzt schwächer und schwächer. Es gab einen Kampf mit den Direktionen, in die, dank der Adenauer-Regierung, mittlerweile die Herren wieder zurückgekommen waren.

Unsere Position wurde immer schwächer, der Kampf immer stärker. Es sind viele meiner Kollegen, das gebe ich zu, abgefallen, weil sie Familie hatten und immer darauf Rücksicht genommen haben, denn es ist nicht jeder zum Kämpfer geboren, und gerade ist es leider in meinem Beruf so, daß der deutsche Ingenieurstand ein großer Stand ist und große Könner hat, in bezug auf Können, Wissenschaft und Tüchtigkeit, daß sie aber Kinder in der Politik sind; denn wären wir Ingenieure wach gewesen, dann hätten wir es nicht zugelassen, daß diese Konzernherren uns wieder vor die Nase gesetzt wurden.

Dann hätten wir es mit Ihrer Hilfe in den Händen halten müssen für ein friedliches Deutschland.

So war es auch in meiner Stellung, da ich aus meiner Haut nicht heraus konnte als Arbeiterkind und ständig mit der Direktion in Schwierigkeiten lag.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Einmal wurden Überstunden nicht bezahlt, dann waren Zeichnungen nicht früh genug fertig, es war ein ständiger Kampf. Ich mußte Wasser tragen zwischen der Direktion und meinen Kollegen, bis mir eines Tages die Hutschnur riß. Ich wurde, mein Name ist übrigens Josef Feintel, und ich war bei der DEMAG Duisburg — von der Direktion vor die Tatsache gestellt: Gewerkschafter kannst du nicht sein — entweder bist du Gewerkschafter, oder bist auf unserer Seite. Ich sagte, ich bin auf der Seite der Arbeiter. Darauf wurde mir erklärt, dann ist für dich am 15. der Erste. Vorher wurde mir noch gesagt: „Wir werden dafür sorgen, daß Sie in der westdeutschen Industrie keine Arbeit mehr bekommen."

Und meine Antwort war:

Dann werde ich dahin gehen, wo für einen Arbeiteringenieur noch ein Arbeitsplatz ist, um in Frieden und Freiheit arbeiten zu können für das deutsche Volk.

Jetzt kommt die Freiheit. Das war so: Morgens um 9 Uhr, ich schloß meinen Schreibtisch ab und ging nach Hause. Am anderen Morgen wurde ich unliebsam geweckt. Zwei Herren in Zivil: „Kommen Sie bitte mit, Sie sind verhaftet." Vier Tage habe ich gesessen. Meine Reklamation, daß ich einem Richter vorgeführt werden sollte, half nichts. Nach vier Tagen wurde ich vorgeführt. Es wurde mir gesagt: „Es liegt ein Irrtum vor". Ich war frei und konnte nachhause gehen. Da sagt meine Frau: „Weißt du, warum du frei geworden bist?" „Ja", sag ich „es lag ein Irrtum vor". „Nein" sagt sie. Bitte, ich lege dieses Schriftstück zu jederzeit vor: Meine Frau hat eine eidesstattliche Erklärung abgeben müssen, daß sie nie mit meinen Kindern in die „Ostzone" gehen würde.

Darauf beruht meine „Freiheit". Aber dieses Dokument haben wir nicht anerkannt. Des nachts um drei Uhr fuhr unser Zug und am anderen Morgen um neun Uhr, waren wir in der wirklichen Freiheit.

Erzählt es den Kollegen, wie es mir bei meinem Übertritt über die Grenze gegangen ist, und dann fragt doch die, die verräterisch vor eineinhalb oder zwei Jahren hier weggegangen sind, wie sie auf der anderen Seite an der Grenze angekommen sind. Ich bin hier angekommen und ich wurde gefragt: „Was sind Sie von Beruf"? Das und das. Gut! „Haben Sie Wohnung, haben Sie irgendeinen Bekannten?" Nein! „Gut! dann kommen Sie auf acht Tage in ein Heim und dann bringen wir Sie unter." Auf die Frage, wo ich arbeiten möchte, habe ich VEB Bleichert genannt, weil Bleichert mir als Firma sehr gut schon vor dem Kriege bekannt war und sie in meiner Branche lag. Ich war in der Nähe von Schwerin mit meiner Familie sechs Tage sehr gut untergebracht. Wir kamen nach Leipzig, ich wurde von VEB Bleichert eingestellt, erhielt meine Wohnung und bin da. So war der Weg hier. Ich bin bis heute — und das möchte ich ausdrücklich betonen — damit die Lügen auf der anderen Seite endlich einmal aufhören, noch nicht von irgendeiner Polizei oder von einer staatlichen Dienststelle ausgefragt worden. Ich möchte wissen, ob das die sogenannten Ostflüchtlinge drüben auch sagen können, ob sie nicht ausgefragt worden sind!

Seht, liebe Kolleginnen und Kollegen,

das sollte mein kurzer Beitrag zu dieser Konferenz sein, weil gerade so viele Westdeutsche anwesend sind. Geht nach Hause und zerreißt das Lügengewebe. Es

ist Lug und Trug, was in eurer Presse drüben im Westen steht. Nicht ein einziges Wort ist über das, was in der DDR hier ist, wahr. Hier ist wirkliche Freiheit. Wir haben es bis heute nicht bereut und werden es nicht bereuen, hierher gekommen zu sein. Hier kann jeder junge deutsche Mensch, der sich irgendwie drüben in seiner persönlichen Freiheit bedroht fühlt, herüberkommen und ich sage, ich verpflichte mich persönlich, wenn er herüberkommt, ihn beruflich zu qualifizieren und weiterzubringen.

Erzählt es denen drüben, daß hier ein rheinisches Mädel mit zwei Kindern sitzt, die es nie bereut hat, den Fuß in die DDR zu setzen. Und dann noch bitte eines: Denkt in diesen Tagen, in den nächsten Wochen daran, daß es um alles geht. Nehmt wirklich den Ernst mit, daß auch wir hier bereit sind, die Errungenschaften der Arbeiterklasse zu halten und sie uns nicht von Adenauer nehmen lassen. Dafür ist der Mann viel zu klein. Sorgt dafür, daß er die zweite Abreibung in seinem Leben bekommt. Die erste erhielt er 1923 in Honnef. Ich glaube, es wird nicht mehr lange dauern und wir werden hören, daß er auch die zweite abbekommen hat. Es ist doch unmöglich, daß eine gewisse Finanzclique drüben alles mit den deutschen Arbeitern machen kann, was sie will.

Ihr müßt doch fühlen, daß Ihr die Macht habt. Ich stand allein in meinem Kreis, das können Sie glauben und ich habe ihnen die Stirn geboten.

So bitte ich Euch, Kolleginnen und Kollegen aus dem Westen:

Schließt die Reihen fest,

jagt sie von dannen, sorgt dafür, daß die Errungenschaft der DDR, bald die Errungenschaften eines Gesamtdeutschlands werden!

Eine Kollegin aus Westberlin:

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich bin eine westberliner Verkäuferin und Mitglied des DGB. Auch ich möchte von Westberlin aus und als Frau einiges zu den Pariser Verträgen sagen.

Als erstes möchte ich vorausschicken, daß wir genau wie ihr Kollegen in Westdeutschland und in der Deutschen Demokratischen Republik gegen die Pariser Verträge kämpfen.

Uns Westberlinern will man einreden, daß die Pariser Verträge auf Westberlin keine Anwendung finden. Mit diesem Betrug versucht man, uns vom Kampf abzuhalten. Aber eines sage ich euch: Wir sind schon hinter diesen Betrug gekommen.

Unser Vorsitzender von Nahrung und Genuß und Gaststätten im DGB, Kollege Rode, äußerte sich selbst in der Landesdelegiertenkonferenz, daß er gegen die Pariser Verträge ist und die Einschläferungspolitik von Scharnowski verurteilt.

Institut für Zeitgeschichte Archiv

Über tausend westdeutsche Aussteller beschickten die Leipziger Frühjahrsmesse 1955

An uns Mitgliedern der Gewerkschaft liegt es,

in Westberlin nun zu Aktionen gegen die Pariser Verträge zu kommen.

Die Arbeiter Berlins haben sich in der zweiten Arbeiterkonferenz das Ziel gesetzt, die Durchführung der Pariser Verträge zu verhindern. Ich habe in meiner Verkaufsstelle damit angefangen, indem ich für die Volksbefragung Unterschriften gesammelt habe.

In 8 Tagen

habe ich von den Kunden

87 Unterschriften

bekommen.

Nur 2 Kunden lehnten die Unterschrift ab. Trotzdem werde ich weiter kämpfen. Wir Frauen müssen uns mit ganzer Kraft dafür einsetzen, daß unsere Männer und Söhne nicht noch einmal für die Kapitalisten die Uniform anziehen müssen.

Wir müssen uns dagegen wehren, damit unsere Kinder nicht in den Schrecken eines Atomkrieges umkommen.

In unserer Hand liegt es,

Kolleginnen und Kollegen, den Krieg zu verhindern und den Frieden zu erkämpfen. Wenn wir so gemeinsam, jeder an seinem Platz, den Kampf führen, dann wird es uns gelingen, daß Berlin wieder die ungeteilte Hauptstadt Deutschlands ist und die Sonne schön wie nie über Deutschland scheint.

In allen Betrieben Volksbefragungen gegen die Wiederaufrüstung und Rekrutierung

Herausgeber: Kommunistische Partei Deutschlands — Verantwortl.: Erika Ewert, Bremen
Druck: Düssel-Druck GmbH, Düsseldorf

Institut für Zeitgeschichte e.V.

ED-106/26 - 310

GELÖBNIS 1953

Otto Buchwitz, bis zur Vereinigung der beiden Arbeiterparteien, Sozialdemokratische Partei Deutschlands und Kommunistische Partei Deutschlands, zur heutigen Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Gebiete der Deutschen Demokratischen Republik, ein führender Funktionär der deutschen Sozialdemokratie, und aus dieser Zeit auch den westdeutschen Sozialdemokraten noch in guter Erinnerung, sandte uns zum Jahreswechsel den nachstehenden an die Mitglieder und Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei Westdeutschlands gerichteten Ruf:

Genossinnen und Genossen!

Das friedlose Deutschland ruft zu seiner Rettung alle Menschen, die in kompromißlosem Kampf gegen die Adenauer-Regierung und deren ausländische und inländische Herren stehen! Es ruft in dieser Zeit des offenen und getarnten Verrats feiger Politiker und Staatsmänner alle wahren Patrioten zur Rettung des Friedens und der Zukunft des gesamten deutschen Volkes!

Sozialdemokratische Genossinnen und Genossen, Eure Aufgabe im neuen Jahr ist schwer und besonders verantwortungsvoll. Viele Eurer Führer haben die revolutionäre Tradition der deutschen sozialdemokratischen Partei wie lästigen Ballast über Bord geworfen. An den Sozialismus und dessen Verwirklichung glauben sie längst nicht mehr. Die Aufgabe der Opposition in der SPD muß sein, dem Verrat am Sozialismus, am schärfer denn je tobenden Klassenkampf, ein rückhaltloses Treuebekenntnis zu den Lehren unserer Altmeister Marx und Engels entgegenzustellen, deren Wiege in Deutschland stand. Mit ihrer Wissenschaft wiesen sie den Unterdrückten und Ausgebeuteten der ganzen Welt den Weg zur Freiheit und zu einer Gesellschaftsordnung, in welcher die Menschen leben sollten ohne Lebensangst und Todesfurcht.

Treue zum revolutionären Sozialismus ist Treue zur Arbeiterklasse, bedeutet Treue zu Deutschland und Treue zur internationalen Solidarität der fortschrittlichen Arbeiterklasse des Erdenrunds!

Genossinnen und Genossen! Es wird einmal die Geschichte Deutschlands von 1945 bis zum Tag der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes geschrieben werden. Es wird die Geschichte des Heldenkampfes jener Frauen, Männer und Jugend sein, die unter unerhörten Opfern den Kampf für Einheit und Frieden führten gegen eine Welt von Feinden, gegen Niedertracht, Feigheit, Verrat und Dummheit. Dieses Buch wird ein Lehrbuch für die deutschen Schulen werden über den dunkelsten Abschnitt deutscher Geschichte. Dann wird die Zeit kommen, wo vielleicht manches Kind die Eltern fragen wird: Wo standet ihr, Vater und Mutter, als es um die Einheit Deutschlands, um Frieden und Zukunft ging?

Möge dann keine Mutter und kein Vater vor seinem eigenen Kind die Augen niederschlagen müssen, weil sie abseits vom Kampf um unsere Zukunft standen.

Liebe Genossinnen und Genossen! Nehmen wir 1953 noch entschlossener in gemeinsamen Aktionen den Kampf gegen die Adenauer-Regierung und die gesamte Reaktion auf, damit Deutschland und das deutsche Volk leben kann!

Die Geschichte hat der deutschen Arbeiterklasse eine große und verantwortliche Aufgabe gestellt, die uns niemand abnehmen kann. Wir lösen sie nur durch Geschlossenheit und durch restlose Hingabe an unsere geschichtliche Aufgabe als Marxisten. Weder vom deutschen noch vom weltpolitischen Gesichtspunkt aus gesehen, haben wir Ursache, in unserem Kampf zu versagen. Sichtbar zieht

Institut für Zeitgeschichte Archiv

„ARGUS" Nachrichten - Bureau
Berlin-Charlottenburg 4, Bismarckstr. 79
Fernruf 32 40 54

ED-706/26-3/1

Neues Deutschland, Berlin.

Nr. Dat.

12. SEP. 1954

Auftakt zum Internationalen Gedenktag

Großkundgebung in Karl-Marx-Stadt / Einmütige Entschließung: Unsere Stimme bei der Volkswahl der Nationalen Front

Karl-Marx-Stadt (Eig. Ber.). In einer eindrucksvollen Großkundgebung zum Internationalen Gedenktag der Opfer des faschistischen Terrors ehrten am Sonnabend 60 000 Einwohner von Karl-Marx-Stadt auf dem Stalinplatz die gefallenen Kämpfer gegen den Faschismus. Held der Sowjetunion Liwenzew und der französische Widerstandskämpfer René Ferlerre versicherten den deutschen Werktätigen, daß das sowjetische und das französische Volk treue Kampfgenossen des deutschen Volkes in seinem gerechten Kampf um die Einheit sind.

Der Veteran der deutschen Arbeiterbewegung, Träger des Karl-Marx-Ordens Otto Buchwitz, appellierte leidenschaftlich an die Bürger der DDR, sich entschlossen gegen die Remilitarisierung und Faschisierung in Westdeutschland zu wenden, damit unseren Kindern nicht das Schicksal der ermordeten Antifaschisten widerfährt.

In einer einmütig angenommenen Entschließung gelobten die 60 000, den Kampf um die demokratische Wiedervereinigung Deutschlands mit aller Kraft zu führen und bei den Volkswahlen am 17. Oktober ihre Stimme den Kandidaten der Nationaler Front zu geben.

Fürstenberg (Eig. Ber.). Überlebende des ehemaligen Frauen-Konzentrationslagers Ravensbrück und Widerstandskämpfer aus der Sowjetunion, Frankreich, Italien, Polen und anderen Ländern Europas sowie 10 000 Frauen aus ganz Deutschland versammelten sich am Sonnabendvormittag auf dem Marktplatz in Fürstenberg zu einer eindrucksvollen Kundgebung. Anna Saefkow, die Frau des ermordeten deutschen Widerstandskämpfers Anton Saefkow, sagte, daß der Kampf der Frauen von Ravensbrück für Frieden, Demokratie und Völkerfreundschaft heute zur Herzenssache aller deutschen Frauen und Mütter geworden ist. Im gemeinsamen Handeln aller deutschen Frauen liegt ihre Stärke, betonte Ilse Thiele, die Vorsitzende des DFD.

Unter herzlichem Beifall erklärte die französische Sprecherin Mirande Laval zur Ablehnung des Kriegsvertrages durch das französische Parlament: „Wir alle wissen jetzt, daß der Wille des Volkes kein leeres Wort ist."

Frau L. Kosmodemjanskaja erhielt lang anhaltenden stürmischen Beifall, als sie ausrief: „Es gibt keinen Zweifel daran, daß die Völker, die die Sache des Friedens in ihre Hände nehmen, die kollektive Sicherheit in Europa erreichen werden". (Siehe auch Seite 3).

L. Kosmodemjanskaja und andere Widerstandskämpfer sprechen zur Berliner Jugend

Berlin (Eig. Ber.). Am Montag, dem 13. September 1954, um 18 Uhr, veranstalten das Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer in der DDR, der Zentralrat der Freien Deutschen Jugend und die Bezirksleitung der FDJ Groß-Berlin in der Deutschen Sporthalle eine Großkundgebung für Frieden und Freundschaft mit der Jugend der Welt.

Zur Berliner Jugend werden sprechen:

Frau L. Kosmodemjanskaja, die Mutter der Helden der Sowjetunion Soja und Schura;

der Held der Sowjetunion und tapfere Partisanenkämpfer Liwenzew;

ein Mitglied der Delegation französischer Widerstandskämpfer;

Joachim Herrmann, Mitglied des Zentralrates der Freien Deutschen Jugend.

Es spielt das Orchester der Berliner Volkspolizei unter der Leitung von Musikdirektor Willi Kaufmann.

Institut für Zeitgeschichte Archiv

ED-906/26 -317-

Otto Buchwitz:

50 Jahre Funktionär der deutschen Arbeiterbewegung

Otto Buchwitz — vielen Sozialdemokraten noch bekannt als Reichstagsabgeordneter und Mitglied des Parteivorstandes der SPD bis 1933 — legt uns ein Buch vor, welches er den „Jungen Menschen des arbeitenden Volkes" gewidmet hat. Doch nicht nur diese Widmung allein, das ganze Buch bringt klar zum Ausdruck, was das Leben des Genossen Otto Buchwitz erfüllte und wem sein Wirken und sein Kampf galt: den Werktätigen und besonders der arbeitenden Jugend.

In anschaulicher und leicht verständlicher Sprache spiegelt sich in den Ausführungen ein fesselndes Bild eines großen Stückes der Deutschen Arbeiterbewegung wieder. Es sind nicht die „Memoiren' irgendwelcher faschistischer Generale oder sonstiger Reaktionäre, sondern es ist die kritische Einschätzung des eigenen Lebens und Wirkens im Rahmen des heroischen Kampfes der deutschen Arbeiterbewegung gegen Militarismus, Faschismus und Krieg, für den Frieden, für Demokratie und sozialen Fortschritt.

Genosse Otto Buchwitz, der am 27. April 1879 in Breslau geboren wurde, war schon vor dem ersten Weltkrieg ein aktiver Sozialdemokrat und Gewerkschafter. So ist er nicht nur mit dieser stolzesten Epoche der deutschen Sozialdemokratie besonders vertraut, sein Buch ist gleichzeitig für alle Sozialdemokraten ein Stück echter Tradition und Hilfe in ihrem Bemühen, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen.

In der Zeit nach dem ersten Weltkrieg wird er einer der mutigsten Kämpfer gegen den Faschismus. Er scheut sich nicht, in faschistischen Versammlungen gegen solche Fememörder wie Heines aufzutreten und sich den Haß dieser Massenmörder besonders zuzuziehen. Als es 1933 zum Machtantritt der braunen Barbaren kommt, streitet dennoch Genosse Buchwitz gegen die Schreckensherrschaft weiter. Als er später von den Gestaposchergen eingekerkert und zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt wird, legt er im Zuchthaus Brandenburg das Gelöbnis an, welchem er bis zum heutigen Tage treu geblieben ist: Erhebe ich nochmals die Freiheit, will ich ein Apostel für die Einheit der sozialistischen Arbeiterbewegung sein, immer dafür eintreten, daß der revolutionäre Geist in der Arbeiterklasse lebendig bleibt."

Diesem Gelöbnis ging die Erkenntnis voraus, daß Faschismus und Krieg nur durch die Einheit der deutschen Arbeiterklasse hätten verhindert werden können. Darüber schreibt Genosse Buchwitz in seinem Buch: „Der Fluch der Spaltung der Arbeiterbewegung hinderte die Arbeiterklasse, im Kampf gegen den Faschismus die Führung zu übernehmen, die von unerhörter Not an den Rand der Verzweiflung getriebenen Massen der werktätigen Bauern, Mittelständler und der werktätigen Intelligenz fest an sich zu schließen und so die Demokratie zu verteidigen und den sozialistischen Ausweg aus der Krise zu erkämpfen."

Wie aktuell dieses Buch auch für den Kampf um die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands ist, soll an einem Beispiel gezeigt werden. Genosse Buchwitz schreibt: „Eine starke Arbeiterbewegung ist in all ihrem Handeln nicht nur ihrer Klasse verantwortlich, sondern darüber hinaus gesamten Volk, ja, der ganzen Menschheit."

Wie ein roter Faden zieht sich durch dieses Buch die Liebe eines Arbeiters zu seiner Klasse, die Treue zur Arbeiterklasse, der persönliche mutige Einsatz für die deutsche, für unsere Nation. Jeder aufrechte Sozialist wird das Buch von der ersten bis zur letzten Seite erleben und während des Lesens oft zu sich selbst sagen: „So war es wirklich." Und sich selbst geloben: „Auch ich muß dazu beitragen ein neues 1914, 1933 und 1939 zu verhindern."

Das Buch gehört in die Hände der arbeitenden Jugend, besonders der organisierten Arbeiterjugend. In jeder sozialdemokratischen Familie sollte es gemeinsam mit den Werken von Marx und Engels, Bebel und Liebknecht seinen Ehrenplatz haben.

F. L.

(Anmerkung der Redaktion: Das Buch „50 Jahre Funktionär der deutschen Arbeiterbewegung" ist im Verlag „Das neue Wort", Stuttgart, erschienen. Der Preis beträgt 3,20 DM.)

Sozialistische Aktion, Dez. 1954

Institut für Zeitgeschichte

Veteran der Arbeiterbewegung schreibt:

Eure Entschlossenheit entscheidet

Der in der Deutschen Demokratischen Republik lebende ehem. Spitzenfunktionär der SPD, Otto Buchwitz, richtete in diesen Tagen das nachstehend wiedergegebene Schreiben an westdeutsche Sozialdemokraten:

Liebe sozialdemokratische Genossen!

Mit großer Aufmerksamkeit lese ich seit Jahren Eure Presse und stelle dabei mit ehrlicher Freude fest, daß sowohl den verantwortlichen Führern der SPD, wie auch — und noch mehr — der Arbeiterschaft selbst bewußt ist, daß wir in einer Zeiten-, ja in einer Weltenwende stehen. Dabei geht es um Sein oder Nichtsein für das gesamte deutsche Volk. Aus den Reden nicht nur des Genossen Erich Ollenhauer, sondern auch vieler anderer führender Persönlichkeiten ist deutlich erkennbar, daß auch sie wissen, daß die Geschichte bei dieser Entscheidung über die Zukunft des deutschen Volkes der deutschen Arbeiterklasse die Hauptverantwortung zugewiesen hat, die ihr niemand abnehmen kann.

Ich erlaube mir heute, mich mit diesem Schreiben an Euch, werte Genossen, zu wenden, da ich in den vielen Jahrzehnten, in denen ich als Funktionär der SPD angehöre, viele historische Entscheidungen erlebte, bei denen es stets der Reaktion gelang, der neuen Epoche den Stempel ihres volksfeindlichen Wollens aufzudrücken.

Dies wurde immer nur möglich, weil die damalige Führung der SPD und der Gewerkschaften keinen Glauben an die unüberwindliche Kraft der Arbeiterklasse hatte.

Ich gestatte mir, nur einige wenige Beispiele aus meinen Erfahrungen als Beweis und als Warnung für das heutige Zeitgeschehen anzuführen:

1919 kamen zu mir — dem damaligen Bezirkssekretär der SPD in Görlitz — zahlreiche schlesische Junker und erklärten, es sei ihnen bewußt, daß die Zeit für eine Bodenreform gekommen sei, ob ich ihnen sagen könne, wieviel Boden sie wohl abtreten müßten! Ich fuhr in dieser Angelegenheit zweimal zu den Genossen Ebert und Scheidemann und erhielt die Antwort: „Laß uns in Ruhe mit diesen Plänen, fangen wir damit an, dann liefern uns Amerikaner und Engländer keine Lebensmittel." Dasselbe wie heute, wo sich Adenauer ein Deutschland ohne amerikanische Atomkanonen nicht vorstellen kann.

Beim Kapp-Putsch folgte die gesamte Arbeiterschaft dem Ruf der SPD-Regierung und schnürte in einem dreitägigen Generalstreik den Putschisten alle Lebensadern ab. Dem Volke wurde schwerste Abrechnung mit den Kappisten zugesagt. Bittere Wahrheit wurde, daß die Regierung blutig mit dem revolutionären Teil der Arbeiter „abrechnete", der den Kampf gegen die Reaktion bis zum Ende führen wollte. Die Kappisten aber bekamen ihre Pensionen bis ins Ausland nachgesandt, wohin sie geflüchtet waren.

Wochen vor dem Papenschen Staatsstreich 1932 war ich mit den schlesischen SPD-Sekretären Eberle und Janotta bei dem preußischen Innenminister, Genossen Severing, und erklärte ihm, daß mir 18 geheime Waffenlager der SS und der SA bei schlesischen Junkern bekannt seien und bat ihn, die Waffen der Arbeiterschaft zu übergeben. Ich begründete es damit, daß zu jener Zeit es förmlich in der Luft lag, daß die Reaktion einen Schlag gegen die Republik plane. Severing lieferte die Waffen der Reichswehr aus, mir versprach er in die Hand: „In der Stunde der Gefahr werde ich das Reichsbanner bewaffnen, zusammen mit der Polizei sind wir alsdann jeder Gefahr gewachsen." Dann kam der Papensche Staatsstreich, und Severing ließ sich von einem Leutnant und zwei Mann aus seinem Dienstzimmer entfernen.

Als Hitler 1933 durch den Verrat Hindenburgs an die Macht kam, fand eine gemeinsame Beratung der SPD-Reichstags- und Landtagsfraktion statt, zu der auch der Parteiausschuß hinzugezogen wurde. In jener Sitzung fragte ich sowohl Otto Wels als auch Peter Graßmann, als zweiten Vorsitzenden der Gewerkschaften, ob nunmehr die Partei und die Gewerkschaften alles preisgäben und einfach abzutreten gedächten! Beide antworteten: „Nein, was in einem Jahrhundert erkämpft ist, wird nicht aufgegeben." Es sei alles gemeinsam mit dem Reichsbanner besprochen und der Widerstand vorbereitet. Wir bereiteten in den Bezirken den Widerstand vor, die Arbeiter waren bereit zum Kampf. Die Führung rief die Arbeiter nicht, ich habe alte, ergraute Genossen damals weinen sehen.

Liebe Genossen!

Es ist die Pflicht von uns Veteranen der deutschen Arbeiterbewegung, Euch unsere bitteren Erfahrungen zu vermitteln. Vielleicht ein letztes Mal gibt die Geschichte der deutschen Arbeiterklasse die Möglichkeit, dem Zeitgeschehen nach ihrem Willen die Richtung der Entwicklung zu bestimmen.

Führt ununterbrochen Aussprachen mit Euren Abgeordneten und Sekretären, drängt sie zu Verhandlungen mit allen Gegnern der Remilitarisierung!

Ihr seid es, liebe Genossen, die durch ihre eigene Entschlossenheit den führenden Genossen den festen Glauben an die Kraft der Arbeiterklasse geben müßt.

Genossinnen und Genossen!

Entscheidungen von der Größe und Bedeutung, vor welche die deutsche Arbeiterklasse in diesen Tagen und Wochen gestellt ist, werden nicht auf dem Parkett des Parlaments, auch nicht durch bloße Lippenbekenntnisse siegreich getroffen. Jetzt werden außerparlamentarische Aktionen zur Lebensfrage für das ganze deutsche Volk, und die Arbeiterklasse ist zur Führung aufgerufen!

Ich würde mich freuen, wenn Ihr mir Eure Meinung zu diesen Fragen mitteilen würdet.

Mit sozialistischen Grüßen!

Otto Buchwitz

Dresden, im Januar 1955
Thomas-Mann-Straße 46

Soz Akad
Feb 55

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Die Wahrheit über den 23. März 1933

Unter der Überschrift „Geschichtsfälschung" veröffentlichten wir in unserer Ausgabe Nr. 40 vom 4. Oktober 1956 einen Beitrag Professor Dr. Fritz Baades, der sich mit dem kürzlich in der DDR erschienenen Buch „Unterwegs nach Deutschland" auseinandersetzt. Professor Baade wies dem Verfasser des Buches, Wolfgang Gans Edler Herr zu Putlitz, eine Reihe historischer Unwahrheiten nach, die von alten Sozialdemokraten nicht unwidersprochen hingenommen werden können. Jetzt hat sich auch das Zentralorgan der SED, „Neues Deutschland", von dem umstrittenen Buch distanziert, gleichzeitig aber richtiggestellt, daß das Buch nicht, wie Professor Baade behauptete, in einem SED-Verlag erschienen sei. Da der Artikel im „Neuen Deutschland" aus der Feder des ehemaligen SPD-Reichstagsabgeordneten Otto Buchwitz stammt, möchten wir ihn unseren Lesern nicht vorenthalten (D. Red.).

Im Verlag der Nation erschien ein Buch „Unterwegs nach Deutschland". Der Verfasser ist ein Wolfgang Gans Edler Herr zu Putlitz. Seit einer Woche war ich im Begriff, zu einem Abschnitt dieses Buches einen Artikel zu schreiben. Denn dieser Abschnitt ist geschichtlich unwahr und für ehemalige sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete diffamierend, die bei der Abstimmung über das Hitlersche Ermächtigungsgesetz in der Kroll-oper anwesend waren. Ich bin auf Grund vieler Arbeit, in der ich zur Zeit stecke, nur Abfassung des Artikels nicht gekommen, nun aber ist dies für mich eine dringliche Notwendigkeit geworden.

Im Zentralorgan der SPD, „Vorwärts", vom 28. September nimmt zu diesem Buch und dem erwähnten Kapitel der Bundestagsabgeordnete Prof. Dr. Fritz Baade, Kiel, Stellung. Auch er empört sich über die Schilderung des Herrn zu Putlitz in jener Reichstagssitzung, die er von der Diplomatenloge aus beobachtet haben will.

Zuerst möchte ich Prof. Dr. Fritz Baade entgegnen, der Verlag der Nation ist kein SED-Verlag, meine Partei hat mit diesem Verlag nicht das geringste zu tun.

Zweitens kann aus diesem Vorfall sowohl Prof. Baade als auch der Parteivorstand der SPD ersehen, daß es nicht so ist, wie sie es immer darstellen, als könnten in der DDR nur Druckerzeugnisse erscheinen, die von der SED begutachtet sind. Gäbe es eine Zensur, dann wäre diese unrichtige Darstellung niemals erschienen.

Nun zur Sache selbst, zu jenem Kapitel über die Reichstagssitzung vom 23. März 1933 in der Kroll-oper. Ich selbst habe an dieser Sitzung teilgenommen und möchte schildern, wie der Vorgang war.

Wie immer fand vor der Plenarsitzung eine Sitzung der Fraktion der SPD statt. In der betreffenden Sitzung wurde ein leidenschaftlicher Kampf darum geführt, ob die Fraktion der SPD überhaupt an dieser Sitzung teilnehmen solle. Ich selbst sprach in der Fraktion dreimal. Ich plädierte für die Nichtbeteiligung der sozialdemokratischen Abgeordneten, indem ich darauf hinwies, daß die Kommunistische Partei bereits verboten sei, und die SPD würde ein gleiches Verbot treffen. Ich erklärte, die Tagung in der Kroll-oper sei kein Parlament mehr, sondern ein „Marionettentheater". Mehrere Stunden wurde in der sozialdemokratischen Fraktion gerungen. Fast schien es so, als ob die Mehrheit der Fraktion für Nichtbeteiligung an der Sitzung sei; doch nach Stunden heftiger Diskussion fand sich eine schwache Mehrheit für die Beteiligung. Die Minderheit fügte sich dem Beschluß und nahm an der Sitzung teil.

Die Darstellung des Herrn zu Putlitz ist unwahr und muß jedes der ehemaligen Mitglieder der SPD-Fraktion, die an dieser Tagung teilgenommen haben, beleidigen, allzumal 24 SPD-Abgeordnete in der Folgezeit durch die gleichen Henker ihr Leben verloren wie die KPD-Genossen, andere viele Jahre in Konzentrationslagern und Zuchthäusern für ihre Überzeugung litten.

Da es sich bei dem Ermächtigungsgesetz um ein verfassungsänderndes Gesetz handelte, wurde nicht wie Herr zu Putlitz es schildert, durch Erheben von den Plätzen abgestimmt, sondern namentlich.

Daß die SPD-Fraktion gewillt war, gegen das Ermächtigungsgesetz zu stimmen, wurde auch in einer Rede ihres damaligen Vorsitzenden Otto Wels erklärt, aus welcher ich nur wenige Sätze entnehme:

„Noch niemals, seit es einen deutschen Reichstag gibt, ist die Kontrolle der öffentlichen Angelegenheiten durch die gewählten Vertreter des Volkes in solchem Maße ausgeschaltet worden, wie es jetzt geschieht und wie es durch das neue Ermächtigungsgesetz noch mehr geschehen soll."

Wels fügte weiter hinzu:

„Wir grüßen die Verfolgten und Bedrängten.

Wir grüßen unsere Freunde im Reich.

Ihre Standhaftigkeit und Treue verdienen Bewunderung.

Ihr Bekennermut, ihre ungebrochene Zuversicht verbürgen eine hellere Zukunft."

Die Ausschaltung des Volkes aus den öffentlichen Angelegenheiten war jedoch nur möglich, weil damals die SPD-Führung unter Otto Wels nicht bereit war, die mächtige Aktionseinheit der Arbeiterklasse gegen Reaktion und Faschismus herzustellen.

Übrigens nahmen an der betreffenden Sitzung unser Ministerpräsident Genosse Grotewohl sowie Fritz Ebert und noch einige andere heute lebende Abgeordnete teil, die meine Darstellung bestätigen können.

Von dieser Richtigstellung der „Beobachtungen" des Herrn zu Putlitz bleibt die bittere Tatsache unberührt, daß die SPD-Fraktion dem verlogenen außenpolitischen Programm Hitlers zustimmte.

Von unserer Partei ist mit dem Verlag der Nation gesprochen worden. Dieses Kapitel muß und wird der Wahrheit entsprechend geändert werden.

Dem Genossen Prof. Dr. Baade aber möge diese Richtigstellung sagen, daß wir immer der Wahrheit die Ehre geben. Ich hoffe, er wird zu seinem Teil dazu beitragen, daß dieses auch von seiner Partei uns gegenüber geschieht.

Otto Buchwitz

Institut für Zeitgeschichte Archiv